



Gisela Muschiol  
Eva Welskop-Deffaa  
(Hg.)

# HELENE WEBER



BEITRÄGE ZU  
EINER BIOGRAPHIE

Bonn 2014

## Impressum

### *Herausgeber/innen:*

Hildegardis-Verein e.V.  
FRAUEN – STUDIEN – FÖRDERN  
Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn  
Tel.: 0228 96 59 249, Fax: 0228 96 95 226  
post@hildegardis-verein.de, www.hildegardis-verein.de

Institut für Kirchengeschichte, Universität Bonn  
Abt. für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte  
Am Hof 1, 53111 Bonn  
Tel: 0228 73 78 48, Fax: 0228 73 65 82

### *Autorinnen dieses Bandes:*

Annett Büttner, Regina Illemaun, Stefanie Pfennig, Marie-Emmanuelle Reytier (†), Birgit Sack, Katrin Schubert.

### *Redaktion dieses Bandes:*

Sophia Franke, Regina Heyder, Regina Illemaun, Andreas Möhlig, Gisela Muschiol, Maria Schwarz, Jenny Wenner.

### *Redaktion der Website [www.helene-weber.de](http://www.helene-weber.de):*

Birgit Mock, Ursula Sautter, Regina Illemaun, Gisela Muschiol, Eva Welskop-Deffaa (Inhalte)  
reutermedien-manufaktur, [www.reutermedien.de](http://www.reutermedien.de) (graphische und technische Umsetzung)

Titelbild: Helene Weber, ca. 1945, Foto: Theo Felten, AKDFB 428.

Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht gelungen, Kontakt zu allen Bildrechtsinhabern (oder ihren Erben) herzustellen oder in allen Fällen deren Identität festzustellen. Wir bitten Personen, die Rechtsansprüche geltend machen möchten, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit wir entsprechend tätig werden können.

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                                                                                                                                                                                                            |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Vorwort .....                                                                                                                                                                                                                                                                              | 4   |
| Einleitung .....                                                                                                                                                                                                                                                                           | 8   |
| Dr. h.c. Helene Weber (1881–1962): „Der reine Männerstaat ist das Verderben<br>der Völker“ – Eine biographische Skizze<br>von <i>Regina Ille</i> .....                                                                                                                                     | 14  |
| Wer macht ‚die‘ Geschichte? Zum Verhältnis von Biographie und Zeitgeschichte<br>am Beispiel einer Kollektivbiographie der weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten von<br>Deutscher Zentrumspartei und Bayerischer Volkspartei in der Weimarer Republik<br>von <i>Birgit Sack</i> ..... | 18  |
| Bildung – Schlüssel der Frauenfrage. Helene Weber als Pädagogin und Bildungspolitikerin<br>von <i>Stefanie Pfennig</i> .....                                                                                                                                                               | 40  |
| Die christliche Frau. Helene Weber und die katholische Frauenbewegung<br>von <i>Annett Büttner</i> .....                                                                                                                                                                                   | 113 |
| Gruppenbild mit Dame(n). Fotographische Darstellungen der Politikerin Helene Weber in<br>deutschen Printmedien 1919–1933 und 1949–1962<br>von <i>Katrin Schubert</i> .....                                                                                                                 | 178 |
| Helene Weber als Europäerin<br>von <i>Marie-Emmanuelle Reytier</i> (†) .....                                                                                                                                                                                                               | 216 |
| Bibliographie .....                                                                                                                                                                                                                                                                        | 245 |
| Unveröffentlichte Quellen .....                                                                                                                                                                                                                                                            | 283 |
| Die Autorinnen .....                                                                                                                                                                                                                                                                       | 287 |

## Vorwort

Helene Weber (1881–1962) ist eine der großen Frauengestalten Deutschlands im 20. Jahrhundert. Als einzige Frau war sie nach beiden Weltkriegen Mitglied in den demokratischen verfassungsgebenden Organen – in der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar und im Parlamentarischen Rat in Bonn. Im Parlamentarischen Rat war sie eine von nur vier Frauen und die einzige, die im Nachgang zur Verabschiedung des Grundgesetzes noch über mehrere Legislaturperioden hinweg im Deutschen Bundestag an der Ausgestaltung dessen ganz konkret mitwirkte, wofür die Verfassung der jungen Bundesrepublik den Rahmen gab.

Helene Weber war streitbar. Sie setzte sich – nachdem sie zuerst durchaus andere Formulierungen favorisiert hatte – im Parlamentarischen Rat in ihrer Fraktion mit Macht für den endgültigen Vorschlag zur Gleichstellung von Mann und Frau ein. Ohne die Zustimmung der Mehrheitsfraktion CDU wäre – das wird in der Frauengeschichtsschreibung häufig übersehen – ein Erfolg des klaren und unmissverständlichen Artikels 3 nicht möglich gewesen. Ebenso leidenschaftlich verteidigte Helene Weber den Schutz von Ehe und Familie – der latenten Spannung, die zwischen den Artikeln 3 und 6 der Verfassung lag, war sie sich bewusst. Diese auszuhalten und auszugestalten war eine der besonderen Begabungen der Politikerin aus Leidenschaft. Sie war als Christin bereit, Verantwortung vor Gott und den Menschen zu übernehmen. Mit und in der katholischen Frauenbewegung war Helene Weber nah bei den Lebenswirklichkeiten der Menschen, unermüdlich reiste sie mit dem Nachtzug durch die Republik, um Frauen für die politischen Themen zu begeistern und um mit den Frauen Mehrheiten für die Anliegen zu finden, die ihr am Herzen lagen: gute Bildungschancen für alle, Professionalisierung der sozialen Arbeit.

Helene Weber nahm sorgsam die Bedürfnisse derer wahr, für die sie eintrat – als Verbandsfrau, als Politikerin und als Beamtin. Die Vereinten Nationen zählen heute die aktive Ausrichtung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger – „Responsivität“ – zu den acht wesentlichen Anforderungen an gute öffentliche Verwaltung. Helene Weber war eine gute, eine responsive Volksvertreterin – nicht immer „ihrer Zeit voraus“, aber aufmerksam nah an den Lebensrealitäten der Menschen ihrer Zeit. Sie nahm in Verbandsarbeit, Bildungs- und Jugendpolitik die Lebensläufe der Menschen in den Blick – mit ihren Vorgeschichten und Entscheidungsfolgen. So ist sie als Vorreiterin dessen anzusehen, was in der Gegenwart unter der Überschrift „Lebenslaufpolitik“ firmiert.

Helene Weber hat im Katholischen Deutschen Frauenbund, im Müttergenesungswerk, im Deutschen Frauenrat, bei der Frauen-Union und in vielen anderen Frauen- und Berufsorganisationen in erster und durchaus auch in zweiter Reihe gestanden, um von dort aus die Netzwerkpflege zu gestalten, die sie früh als Voraussetzung politischen Erfolgs verstanden hatte. Helene Weber war – als katholische Bildungspolitiklerin – auch eine der verlässlichen Wegbegleiterinnen des Hildegardis-Vereins. Es lag daher nahe, dass der damals frisch gewählte Vorstand des Hildegardis-Vereins 2005/2006 sein

erstes Forschungskolleg Helene Weber widmete. Denn die überragende Bedeutung Helene Webers steht in krassem Gegensatz zur Erforschung ihres Lebens und Wirkens. Es gibt keine monografische Biographie, Einzelartikel beziehen sich meist auf Jubiläumswürdigungen oder kleine Einzelausschnitte ihres Wirkens. Der Hildegardis-Verein wollte mit dem Kolleg einen kleinen Beitrag leisten, um eine große Forschungslücke zu schließen.

Die Quellenlage ist schwierig. Helene Weber hat wenig schriftliche Spuren hinterlassen, einen Teil ihrer Unterlagen 1933 bewusst vernichtet<sup>1</sup> – und da, wo Reden und Aufsätze dokumentiert sind, erschließt sich die konkrete politische Bedeutung in der Regel erst voraussetzungs- und aus dem Zusammenhang. Ein Beispiel: Am 12. Mai 1932 sprach Weber im Reichstag zur Rechtsstellung der weiblichen Beamten, zum sogenannten Verbot des Doppelverdienstes. Das Verbot als Ganzes, das grundsätzlich verheirateten Frauen im öffentlichen Dienst eine Beschäftigung untersagte und das damals politisch breit – von SPD bis Zentrum – getragen wurde, konnte sie nicht abwenden. Ihrer politischen Klugheit ist es aber ganz augenscheinlich zu verdanken, dass für die Postbeamtinnen eine Ausnahme durchgesetzt werden konnte, die in der Krise häufig Familiernährerinnen waren, verheiratet mit arbeitslosen Männern, die den Unterhalt der Familie gerade nicht mehr sichern konnten. Helene Weber nahm wahr, dass in der damaligen Zeit nicht automatisch jede verheiratete Frau durch ihren Mann wirtschaftlich versorgt war<sup>2</sup>. Sie kannte aus ihrer Sozialarbeiterinnenzeit die konkreten Nöte, sie suchte nach pragmatischen Lösungen – und so sehr ihr Ideal in einer Familie bestand, in der die Frau sich um die Kinder kümmern und der Mann den Unterhalt der Familie sichern konnte, so leidenschaftlich suchte sie nach konkreten Lösungen jenseits abstrakter Ideale. Vielleicht ist dieser leidenschaftliche Pragmatismus, die Bereitschaft aus der zweiten Reihe heraus unsichtbare Erfolge zu ermöglichen, einer der Gründe, warum Helene Weber im Schatten der ‚großen‘ Geschichte steht. Der Hildegardis-Verein unternimmt nun den Versuch, sie in einigen Profilen – als Bildungs- und Europapolitikerin, als Verbandsfunktionärin – sichtbar zu machen und sie dabei einzuordnen in die Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts.

Diese Frauenbewegung war eine Bildungsbewegung. Frauen in Arbeiterschaft und Bürgertum kämpften um 1900 für eine Verbesserung ihrer Bildungsmöglichkeiten. Bildung war für Frauen das zentrale Instrument, ihre Lebensumstände zu verbessern und Abhängigkeiten abzumildern oder aufzuheben. Frauen gründeten zahlreiche Vereine, wählten mitunter die eigene Berufsarbeit als zentralen Lebensbereich, setzten ihre Zulassung zum universitären Studium durch und engagierten sich politisch.

Helene Weber gehört zu dieser Generation: zunächst Volksschullehrerin, dann Studentin der ersten Generation, führende Repräsentantin der katholischen Frauenbewegung, Gründungsdirektorin einer katholischen Fachhochschule für Soziale Arbeit sowie des entsprechenden Berufsverbandes, Politikerin (Zentrum/CDU) in den beiden deutschen verfassungsgebenden Versammlungen und Parlamenten des 20.

<sup>1</sup> So überliefert es das mündliche Verbandsgedächtnis des Katholischen Deutschen Frauenbundes.

<sup>2</sup> „Auch wir wollen die verheiratete Beamtin schützen, die wirtschaftlich nicht versorgt ist und eine Familie zu unterstützen hat.“ (Rede Helene Weber, Reichstag 64. Sitzung am 12. Mai 1932, S. 2684 C.)

Jahrhunderts, eine der ersten leitenden Ministerialbeamtinnen, Inhaberin eines der wenigen Ehrendokortitel, die die Universität Münster damals einer Frau verlieh, national und international vernetzt – nicht zuletzt auf der Basis ihrer Fremdsprachenkenntnisse und ihrer Beheimatung in der katholischen Kirche.

Der Hildegardis-Verein war ganz und gar Teil dieser Frauenbewegung: 1907 von Repräsentantinnen des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen und des Katholischen Deutschen Frauenbundes gegründet, ermöglicht er bis heute christlichen Studentinnen durch zinslose Darlehen und andere Formen der Förderung ein erfolgreiches Studium und einen guten Start in eine akademische Laufbahn.

Das einjährige SciVias-Forschungsprogramm 2005/2006 war Bestandteil des allgemeinen Studienförderprogramms des Hildegardis-Vereins. Stipendien an junge Wissenschaftlerinnen verschiedener Fachrichtungen unterstützten diese in einer Postgraduiertenphase. Die Aufsatzmanuskripte, die entstanden, konnten nicht wie geplant zeitnah veröffentlicht werden. Verschiedene Gründe waren hierfür verantwortlich. Wegen des unterschiedlichen Charakters der Manuskripte bestand zunächst eine große Unsicherheit, ob ihre gemeinsame Publikation überhaupt unternommen werden könne. Um Literaturangaben und Belege zu vervollständigen und Fragen zu klären, die manche der Manuskripte aufwarfen, wurden Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle des Hildegardis-Vereins und im Institut für Kirchengeschichte der Universität Bonn mit der redaktionellen Bearbeitung betraut. Mehrfach war eine neue Einarbeitung nötig, weil Stellenwechsel und Arbeitsumschichtungen hinzukamen.

Heute jedoch freuen wir uns, diesen Aufsatzband als Onlinepublikation vorlegen zu können. Wir sind überzeugt, auf diese Weise zwei Anliegen gleichermaßen erfüllen zu können: Zum ersten werden die Artikel des SciVias-Forschungsprojektes öffentlich zugänglich und können den dringend notwendigen Grundstock für weitere Forschung bilden, zum zweiten stehen die Beiträge erkennbar als Einladung zur Diskussion. Sie sind erste Annäherungen in aller Vorläufigkeit. Eine Aussage im Jahr 1919, von einer knapp vierzigjährigen Schulleiterin zum Frauenwahlrecht gesprochen, ist anders zu werten als eine Aussage der siebzugjährigen Bundestagsabgeordneten im Jahr 1951, die im Nationalsozialismus Berufsverbot, Bombenkrieg und Verfolgung engagierter Christen am eigenen Leibe erlebt hatte. Helene Weber ist über 80 Jahre alt geworden. Sie ist ‚in den Stiefeln gestorben‘, war bis zuletzt Mitglied im Bundestag und betrachtete es als einen ihrer großen Erfolge, Konrad Adenauer im Jahr 1961 die erste Frau im Amt einer Bundesministerin im wahrsten Wortsinn abgerungen zu haben. Zeitzeugen berichten davon, Weber habe eine Art Sitzstreik organisiert, um zu verhindern, dass auch 1961 das 4. Kabinett Adenauer wieder rein männlich besetzt würde.

Wir danken den vier Autorinnen im Forschungskolleg Annett Büttner, Stefanie Pfennig, Katrin Schubert und Marie-Emmanuelle Reytier (†2012) sowie Frau Reytiers Nachlassverwalterin Angelika Schaser, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg. Wir danken zudem Birgit Sack und Regina Illema, durch deren Forschungsbeiträge der Band inhaltlich abgerundet werden konnte.

Wir danken allen Archiven, die die Forschungen ermöglicht und begleitet haben; eigens hervorgehoben seien das Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln und das Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf.

Unser Dank gilt aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in der redaktionellen Arbeit engagiert haben: Sophia Franke, Regina Heyder, Regina Illemann, Andreas Möhlig, Maria Schwarz und Jenny Wenner.

Außerdem danken wir allen Förderinnen und Förderern, Wegbegleitern und Wegbegleiterinnen. Hervorzuheben sind hier Birgit Mock als Geschäftsführerin des Hildegardis-Vereins und die Preisträgerinnen des Helene-Weber-Preises, der seit 2008 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an engagierte Kommunalpolitikerinnen vergeben wird. Die Preisträgerinnen haben sich auf ihre Weise auf die Spurensuche begeben und Helene Weber als inspirierende Mentorin entdeckt. Ohne ihre Wiederentdeckung der Verfassungsmutter und Netzwerkerin Helene Weber wären diese Beiträge vielleicht zuletzt doch nicht mehr veröffentlicht worden. Unser Dank gilt auch Elisabeth Prégardier, die im Katholischen Deutschen Frauenbund immer wieder den jüngeren Verbandsfrauen von Helene Weber erzählte, so dass ein Erbe, das fast schon verloren schien, nicht ganz in Vergessenheit geriet.

Um das Anliegen des Forschungskollegs wirksam und nachhaltig umzusetzen, haben wir uns zum 65. Geburtstag des Grundgesetzes für eine Onlinepublikation entschieden. Wir wünschen uns, dass auf der dazu von uns eigens eingerichteten Website [www.helene-weber.de](http://www.helene-weber.de) eine rege Diskussion entsteht über Helene Weber und ihr Erbe, über Frauen in der Politik, über Gleichstellung und Bildung, über Ehe und Familie, über all die Themen und Anliegen, die Helene Weber bewegt haben.

*Gisela Muschiol*

*Eva Welskop-Deffaa*

*Bonn, im Sommer 2014*

# Einleitung

## 1. Forschungsbedarf

Helene Weber war eine der herausragenden Frauen der katholischen Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts. Als Mitbegründerin der sozialen Frauenschulen, als „Verfassungsmutter“ beider deutscher Verfassungen, als Ministerialrätin und Parlamentarierin, als Initiatorin der Frauenorganisationen innerhalb des Zentrums und der CDU, als Europäerin und „Friedensaktivistin“ hat sie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens wegweisende Entscheidungen mit vorbereitet und die deutsche Geschichte maßgeblich beeinflusst. Helene Weber baute konsequent Brücken zwischen deutscher Staatspolitik und katholischen Frauen: Über mehr als 40 Jahre hinweg war sie führendes Vorstandsmitglied im „Katholischen Deutschen Frauenbund“ (KDFB)<sup>1</sup> und Vorsitzende des „Verbandes katholischer Sozialbeamtinnen“, den sie 1916 selbst gegründet hatte. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihrer Biographie steckt allerdings erst in den Anfängen.

Obwohl seit den 1970er Jahren auch in Deutschland historische Frauen- bzw. Genderforschung als wissenschaftliche Disziplin in beträchtlichem Umfang die Frauen in der Geschichte sichtbar gemacht hat, ist eine Genderperspektive keineswegs umfassend und selbstverständlich in die historische Forschung insgesamt integriert. Bei der Frage nach historischen Wirklichkeiten ist aber allgemein von großer Bedeutung, die Lebensbedingungen von Männern und Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit zu berücksichtigen.

Historische Forschung wählt Zugänge zur Geschichte häufig über Strukturen, Organisationen und Amtsträger/innen. Hintergründe und Alltagsgeschäft, gar privater Bereich kommen dabei eher kurz – zumal ihre Erforschung aufgrund schwer greifbarer Quellen schlichtweg mühsamer ist. Aber: Wirklichkeit ist stets mehr als das vordergründige und dokumentierte Geschehen. Dass Geschichte von ‚großen Männern‘ gemacht worden sei, kann daher schon lange nicht mehr behauptet werden.

Auch die vorliegenden Studien beleuchten freilich mit Helene Weber eine Persönlichkeit des öffentlichen und politischen Lebens und tun dies in erster Linie im Hinblick auf ebendieses öffentliche Wirken. Dennoch wird eine bedeutende Lücke geschlossen. Speziell im Blick auf die Erforschung politischer Strukturen ist festzuhalten: Selbst diejenigen Frauen, die entgegen verbreiteter Rollenerwartungen politisch tätig waren, sind in der Forschung wenig präsent und werden geradezu strukturell unterschätzt. Einzelne stehen als ‚Heldinnen‘ im Fokus und finden Würdigung: Rosa Luxemburg als führende Kommunistin und politische ‚Märtyrerin‘<sup>2</sup>;

---

<sup>1</sup> Der „Katholische Deutsche Frauenbund“ wird zur Vermeidung von Missverständnissen in der aktuellen Weise mit „KDFB“ abgekürzt. Im Laufe der Geschichte waren auch die Abkürzungen „KDF“ und „KFB“ und „KFD“ zeitweise üblich.

<sup>2</sup> Vgl. als Überblicksdarstellung *Dath, Dietmar, Rosa Luxemburg* (Suhrkamp BasisBiographie 35) Berlin 2010.



Elisabeth Selbert als diejenige, die den Gleichberechtigungsgrundsatz im Grundgesetz durchgefochten habe<sup>3</sup>; Elisabeth Schwarzhaupt, die 1961 als erste Frau zur Bundesministerin ernannt wurde<sup>4</sup>. Das historische Wirken weiterer Parlamentarierinnen ist zumindest teilweise dokumentiert<sup>5</sup>, findet jedoch sowohl in historischen Zusammenhängen als auch im allgemeinen Bewußtsein wenig Berücksichtigung. Allerdings greift Forschung zu kurz, wenn sie sich bei einer demokratischen Gesellschaft auf die ‚Helden‘ und ‚Heldinnen‘ im Vordergrund konzentriert. Demokratische Prozesse sind komplex und sie sind undenkbar ohne diejenigen, die im Vorfeld und im Hintergrund daran arbeiten, Ideen und Kompromisse zu entwickeln, sie zu kommunizieren und Mehrheiten zu überzeugen. Helene Weber war eine derjenigen, die entscheidenden Verdienst daran hatten und haben, Kompromisse auszuhandeln und durchzufechten. Diese Brückenbauer/innen und Mehrheitsbeschaffer/innen sind für das Gelingen einer Demokratie mindestens ebenso bedeutsam, wie die ‚Helden‘, die in der ersten Reihe stehen und Ergebnisse verkünden.

Gerade Frauen wurde zu Lebzeiten Webers, bis weit in die 1960er Jahre hinein, in der Politik eine solche vermittelnde und versöhnliche Begabung und Funktion zugesprochen. Diese vermeintlich weiblichen Tugenden wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sogar von der Frauenbewegung selbst als Argument eingesetzt<sup>6</sup>. Demokratieforschung kann es sich gerade für das 20. Jahrhundert nicht leisten, auf die Genderperspektive zu verzichten.

Die Frage, welche Rolle Religion für das gesellschaftliche Leben spielt, gehört ebenso zu den in zeitgeschichtlicher Perspektive unterschätzten Themen. Während die Bedeutung der christlichen Kirchen allgemein für die deutsche Geschichte zwar Beachtung fand und findet, ist die Rolle speziell der katholischen Frauen und ihrer Organisationen noch immer wenig untersucht, wenn auch mittlerweile mehrere Einzelstudien vorliegen.<sup>7</sup> Ausführliche biographische Zugänge finden sich vornehmlich

<sup>3</sup> Allerdings stellt Gille-Linne heraus, dass dies keineswegs Selbert allein als Verdienst angerechnet werden kann, sondern Herta Gotthelfs Agieren im Hintergrund mindestens ebenso maßgeblich war. Vgl. dazu *Gille-Linne, Karin*, Verdeckte Strategien. Herta Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte 90) Bonn 2011.

<sup>4</sup> Dass es eine gemeinschaftliche Aktion mehrerer CDU-Parlamentarierinnen war, die zum Erfolg führte, ist bereits offen gelegt (Vgl. *Süssmuth, Hans*, Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990 (Parteien und Verbände 1) Baden-Baden 1990, 82-96; *Buchstab, Günter/Keller, Angela*, Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung, St. Augustin 1990; *Pitz-Savelsberg, Elisabeth*, [Autobiographie], in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Deutscher Bundestag – wissenschaftliche Dienste – Abt. Wissenschaftliche Dokumentation (Hg.), Bd. 3, Boppard 1985, 175-296, 276 f.

<sup>5</sup> *Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth* (Hg.), Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik, Essen/Annweiler 1990; *Neuss, Beate/Neubert, Hildigund* (Hg.), Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln u.a., 2013.

<sup>6</sup> So z.B. Catharina Müller, Stadtverordnete in Münster: Sie schrieb „den Frauen im kulturellen und sozialen Bereich besondere Fähigkeiten und Interessen zu.“ (*Link, Roswitha*, „Mit ihrem sozial warm empfinden Herzen“ Die ersten Frauen in Münsters Stadtverordnetenkollegium 1919–1924, in: Arbeitskreis Frauengeschichte (Hg.), FrauenLeben in Münster. Ein historisches Lesebuch, Münster 1991, 34-66, hier: 50.)

<sup>7</sup> *Illemann, Regina*, „Zum Wohl der Kirche und des Volkes“. Der Katholische Deutsche Frauenbund zwischen Krieg und Konzil, Diss. Univ. Bonn 2013, im Erscheinen; *Sohn-Kronthaler, Michaela/Sohn*,

zu geweihten Amtsträgern – damit zu Männern<sup>8</sup>. Auch politisch aktive männliche Laien oder Ordensfrauen wie Edith Stein<sup>9</sup> werden mitunter Gegenstand der Untersuchung<sup>10</sup>. Durch die Erforschung der Biographie einer Verbandsvertreterin und Politikerin, wird eine neue Perspektive auf historische Protagonisten präsentiert.

Helene Weber agierte dezidiert aus christlicher Motivation. Während der Zeit der NS-Diktatur bot die katholische Frauenverbandsarbeit der Demokratin kontinuierlich Lebens- und Entfaltungsraum, aus dem heraus sie nach 1945 wieder mit großem Tatendrang in die Parteipolitik zurückkehrte. Webers Wirken dient exemplarisch damit auch der Erforschung der Zusammenhänge von Religion, Gesellschaft und Geschlecht.

Die Quellenlage zum Leben Webers ist problematisch: Einerseits hat Helene Weber keinen systematischen Nachlass hinterlassen oder gar bewusst angelegt<sup>11</sup>, andererseits finden sich aufgrund ihrer verzweigten und vernetzten Tätigkeit zahlreiche Dokumente ihres Wirkens in diversen Zusammenhängen an unterschiedlichen Archivorten. Ein als solcher erfasster Nachlass-Splitter befindet sich beispielsweise im Institut für Zeitgeschichte in München<sup>12</sup>. Im Archiv des KDFB in Köln sowie in den Archivbeständen des nicht mehr existierenden „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“ im Archiv des Deutschen Caritasverbandes ADCV ist ihr verbandliches Wirken dokumentiert, allerdings bisher nicht vollständig erfasst und verzeichnet. In weiteren Archivbeständen sind Dokumente Webers zu finden; diese sind im Anhang aufgelistet.

---

*Andreas*, Frauen im kirchlichen Leben vom 19. Jahrhundert bis heute, Kevelaer 2008; *Bendel-Maidl, Lydia* (Hg.), Katholikinnen im 20. Jahrhundert. Bilder, Rollen, Aufgaben (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 2), Berlin/Münster 2006; *Osten, Petra von der*, Jugend- und Gefährdetenfürsorge im Sozialstaat. Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder auf dem Weg zum Sozialdienst katholischer Frauen 1945–1968 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 93), Paderborn 2002; *Muschiol, Gisela*, Katholikinnen und Moderne, Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003; *Altherr, Ulrike*, Sachwalterinnen des Vormodernen oder Förderinnen der Mündigkeit von Frauen? Katholische Frauenorganisationen der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom Kriegsende bis zur Würzburger Synode (Europäische Hochschulschriften: Reihe 23, Theologie 694), Frankfurt a. M. u.a. 2000; *Breuer, Gisela*, Frauenbewegung im Katholizismus. Der Katholische Frauenbund 1903–1918, Frankfurt/Main/New York 1998; *Sack, Birgit*, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998; *Berger, Teresa/Gerhards, Albert* (Hg.), Liturgie und Frauenfrage. Ein Beitrag zur Frauenforschung aus liturgiewissenschaftlicher Sicht (Pietas liturgica 7), St. Ottilien 1990.

<sup>8</sup> Vgl. z.B. *Trippen, Norbert*, Josef Kardinal Frings (1887–1978), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen, 2 Bde.) Paderborn 2003; *Trippen, Norbert*, Joseph Kardinal Höffner (1906–1987), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B: Forschungen, 2 Bde.) Paderborn 2009.

<sup>9</sup> Vgl. als Überblicksdarstellung *Feldmann, Christian*, Edith Stein, Reinbek 2004.

<sup>10</sup> Vgl. *Kuhl, Christoph*, Carl Trimborn 1854–1921. Eine politische Biographie, (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen 120) Paderborn 2011. Es ist bezeichnend, dass in dieser Studie die Bedeutung Jeanette Trimborns für Leben und Werk ihres Ehemannes keine Beachtung findet, obwohl diese in zahlreichen Briefen überliefert ist.

<sup>11</sup> So das mündliche Verbandsgedächtnis des KDFB.

<sup>12</sup> IfZ München EC 160.

## 2. Forschungsperspektiven

Der Aufsatzband erschließt zentrale Bereiche des Wirkens Helene Webers. Er liefert so einerseits wichtige Erkenntnisse und bietet zugleich eine Grundlage für die Erforschung weiterer Aspekte ihres Lebens und Arbeitens.

Eine biographische Skizze gibt zunächst einen Überblick über das Leben der katholischen Dozentin, Verbandsfunktionärin und Politikerin. *Regina Ille* fasst konzentriert zusammen, was das Leben Webers prägte und auszeichnete.

Zur Einordnung in den historischen Kontext werden die biographischen Hintergründe beleuchtet, die Politikerinnen der ersten deutschen Demokratie aufwiesen. Helene Weber war eine von ihnen, als sie 1918 als Abgeordnete der Zentrumspartei Mitglied der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung wurde. Dass Weber examinierte Lehrerin und Verbandsfunktionärin war, machte sie zu einer typischen weiblichen Abgeordneten der Weimarer Zeit. *Birgit Sack* nimmt die Reichs- und Landtagsabgeordneten in den Blick und fördert biographische Vielfalt und zugleich gewisse Muster zu Tage.

Helene Weber hatte erheblichen Anteil daran, die Soziale Arbeit in Deutschland als Berufsfeld zu etablieren. Als Fachschul-Direktorin und -Dozentin, Ministerialrätin und Verbandsvorsitzende brachte Weber die Professionalisierung derjenigen Aufgaben voran, die damals noch „Fürsorge“ genannt wurden und überwiegend in den Händen von Frauen lagen. Mit dieser Professionalisierung eines Arbeitsfeldes bekämpfte sie zwei Probleme gleichzeitig: materielle und soziale Not im Land sowie weibliche Bildungsferne und Arbeitslosigkeit. Vor allem aber ging diese strukturelle Problembewältigung weit über Nothilfe im Einzelfall hinaus. *Stefanie Pfennig* zeichnet ausführlich die Entwicklungen nach und arbeitet dabei den Anteil Webers eigens heraus.

Über mehr als 40 Jahre hinweg stand Helene Weber an der Spitze zweier katholischer Frauenverbände. Schon bevor Weber ihre politische Karriere in Verwaltung und Parlamenten begann, gründete sie den „Verein Katholischer Sozialbeamten“ und arbeitete im Vorstand des „Katholischen Deutschen Frauenbundes“ mit. Sie verknüpfte ihre politische Arbeit eng mit der Verbandsarbeit, indem sie aktuelle Themen platzierte und staatsbürgerliche und soziale Bildung der Vereinsmitglieder förderte. *Annett Büttner* analysiert die Verbandsarbeit der Mentorin und Multiplikatorin schwerpunktmäßig während der Weimarer Zeit und schaut ergänzend außerdem auf die Zeit der NS-Diktatur und nach dem Zweiten Weltkrieg.

In den 1920er Jahren wurden Frauen in Illustrierten und Zeitungen überwiegend als Modelle für Damenmode abgebildet, markantes Beispiel war die ‚Illustrierte Zeitung Leipzig‘. Einzelne Abbildungen der Politikerin Helene Weber mit kurzer Bildunterschrift bildeten hierzu zugleich Ausnahme und Kontrast. Nach 1945 gehörten Fotos von Politikerinnen – beispielsweise im ‚Spiegel‘ – vermehrt zur Normalität. Die Darstellung Helene Webers steht im Kontext anderer präsenter Politikerinnen. *Katrin Schubert* unternimmt eine aufschlussreiche erste Untersuchung zur Struktur der

Abbildungen Helene Webers in ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften und stellt dies in den Rahmen anderer Politikerdarstellungen.

Nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung begonnen. Helene Weber beteiligte sich bereits in den 1920er Jahren als deutsche Politikerin daran, friedliche Beziehungen zwischen den beiden Nationen aufzubauen. Angesichts eines kommunistischen Osteuropa nach 1945 modifizierte sie ihre Einstellung zur Europapolitik: Die Bundesrepublik sollte in ein politisch vereintes Westeuropa eingebunden werden. *Marie-Emmanuelle Reytier* sieht Webers Bedeutung besonders darin, die Europäische Sozialcharta miterarbeitet zu haben.

Helene Weber war eine der vier ‚Mütter‘ des bundesdeutschen Grundgesetzes neben Helene Wessels (Zentrum), Frieda Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD), mit deren Namen die Durchsetzung der Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 II GG) verbunden ist. Als einzige von ihnen hatte Weber auch bereits 1919 in Weimar die erste demokratische Verfassung Deutschlands miterarbeitet, damals als Abgeordnete der Zentrumspartei. Ihre Rolle als zweifache Verfassungsmutter zu erschließen, bleibt als Forschungsaufgabe derzeit bestehen<sup>13</sup>.

### 3. Öffentlichkeit – Debatte – Vernetzung: [www.helene-weber.de](http://www.helene-weber.de)

Ein unabdingbarer Anspruch wissenschaftlicher Arbeit ist es, Erkenntnisse und neues Wissen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Es war dem Hildegardis-Verein ein Anliegen, auch über eine wissenschaftliche Öffentlichkeit hinaus die Politikerin Helene Weber sichtbar zu machen. Wir haben uns daher für eine Form der Publikation entschieden, die – bei Wahrung der wissenschaftlichen Standards – zugleich eine aktuelle Auseinandersetzung und eine breitere öffentliche Wahrnehmung ermöglicht: die Website [www.helene-weber.de](http://www.helene-weber.de).

Auf der Website sind im Lektüre-Bereich die wissenschaftlichen Studien eingestellt worden. Die gleichzeitige Online-Veröffentlichung dieses Aufsatzbandes über die Universitäts- und Landesbibliothek Bonn dient der Auffindbarkeit der Studien in wissenschaftlichen Katalogen und Datenbanken. Die Bibliographie, die allen als Basis dienen will, die in Zukunft weiterführende Forschung unternehmen, kann auf der Website fortlaufend aktualisiert werden. Die weitere Forschung wird außerdem dadurch erleichtert, dass auch das Verzeichnis der relevanten Archivbestände fortlaufend aktualisiert werden kann. Es soll eine Art Helene-Weber-‚Findbuch‘ entstehen.

Neben dieser Forschungsplattform bietet die Website [www.helene-weber.de](http://www.helene-weber.de) ein kommunikatives Forum für Kommentare, Ergänzungen und Diskussionen. Wissenschaftliche Anmerkungen finden dort ebenso Raum wie persönliche Äußerungen. Neben den geschichtswissenschaftlichen Fragen zu Webers Biographie

<sup>13</sup> Im Rahmen des Helene-Weber-Forschungskollegs ist auch dieses Thema in Verbindung mit einem Jahresstipendium vergeben worden. Die Stipendiatin, Dr. Angela Kirsch, war nicht bereit, den von ihr verfassten Beitrag zur Veröffentlichung freizugeben. Wir bedauern dies, zumal das Stipendium mit der Maßgabe der Publikation verbunden war.

kann eine Debatte darüber entstehen, wie vergleichbare Formen politischen Wirkens auch in der Gegenwart in Politik, Verbandsarbeit, Sozialer Arbeit oder kirchlichem Leben gefragt sein könnten.

Unser Wunsch und Ziel ist es im Weiteren, dass im Kontext dieser Website ein Netzwerk entsteht, das Frauen aus historischer und pädagogischer Wissenschaft, aus der Bildungsarbeit, aus Verbänden und Parteien zusammenbringt. Helene Weber hat die Vernetzung dieser Bereiche als Notwendigkeit erkannt und als Person konsequent umgesetzt: Politik kann nicht isoliert von den Menschen betrieben werden.

Einigen Vernetzungen Webers wird in diesem Aufsatzband nachgegangen. Zahlreiche Vernetzungen Webers allerdings sind bisher wissenschaftlich nicht erschlossen. Welche Rolle spielte Helene als Vorsitzende des Müttergenesungswerks (1952–1962)? Wie genau gestaltete sich nach der Gründung ihr Beitrag zu Arbeit und Ausgestaltung der Frauen Union? Was lässt sich über Webers Beziehungen zu Adenauer und anderen Politikerinnen und Politikern sagen? Wenn die vorliegenden Beiträge eine Anregung zu weiterer Forschung bieten, dann ist eine der Hauptaufgaben dieses Bandes bereits erfüllt.

## **Dr. h.c. Helene Weber (1881–1962): „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“<sup>1</sup> – Eine biographische Skizze**

von Regina Illemann

Am 17. März 1881 wurde Helene Weber<sup>2</sup> in Elberfeld geboren. Ihr Vater war Volksschullehrer, Ortsvorsitzender in der Zentrumsparlei und nach dem frühen Tod seiner Frau allein für die sechs Kinder verantwortlich. Mit der Ausbildung zur Volksschullehrerin am Lehrerinnenseminar 1897–1900 in Aachen erwarb Weber den damals für Frauen höchstmöglichen Bildungsabschluss. 1905–1909 nahm sie ein Hochschulstudium auf, um an Höheren Schulen unterrichten zu dürfen. Als Studienrätin hatte sie Kontakt zum katholischen „Volkverein“ und engagierte sich im „Frauenstimmrechts-Verband für Westdeutschland“. 1916 gründete sie gemeinsam mit der Hedwig Dransfeld, der Präsidentin des „Katholischen Deutschen Frauenbundes“ (KDFB) in Köln als katholische Ausbildungsstätte für Fürsorgerinnen eine Soziale Frauenschule, die sie bis 1919 leitete<sup>3</sup> (ab 1918 in Aachen). Zugleich mit der Schule gründete Weber auch den „Verein katholischer Sozialbeamtinnen“<sup>4</sup>. Wann und wie genau Weber in Kontakt zur katholischen Frauenbewegung gekommen war, ist nicht belegt. Sie war ihr im Weiteren Heimat und Basis, Berufung und Lebensaufgabe. Ihre umfangreiche parteipolitische Tätigkeit stand letztlich im Dienst der Interessen der Kirche und der Bestrebungen und Ziele der katholischen Frauenbewegung.

Ab 1918 arbeitete Weber im Zentralvorstand des KDFB mit. 1919 zog sie für das Zentrum in die Verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar ein. Sie gab die Leitung der Sozialen Frauenschule auf und wurde im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt erst Referentin und leitete ab 1920 das Dezernat „Soziale Ausbildung, Jugendpflege und Jugendbewegung“ als eine der ersten deutschen Ministerialrätinnen. Insofern sie in dieser Position Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen miterarbeitete, konnte sie dort Interessen der Frauenbewegung vertreten sowie zugleich Interessen der katholischen Kirche, da sie im Bereich der Jugendfürsorge auf die Stärkung der freien, zumeist konfessionellen Träger setzte, statt ein staatliches System

---

<sup>1</sup> Weber, Helene (Redebeitrag), in: Deutscher Bundestag – 20. und 21. Sitzung, Bonn, Freitag, den 2. Dezember 1949, S. 624 f.

<sup>2</sup> Über die Biographie Webers ist vergleichsweise viel überliefert. *Quellen*: Neben dem Nachlasssplitter im Institut für Zeitgeschichte München (EC 160) befinden sich weitere Nachlassdokumente im AKDFB, allerdings nicht umfassend. *Literaturauswahl*: Eine knappe, datenreiche Übersicht findet sich bei Sack, Birgit, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster 1998, 421. Die jüngste biographische Übersichtsdarstellung bietet Tischner, Wolfgang, Helen Weber (1881–1962). Frauen- und Familienpolitikerin, Nordrhein-Westfalen, in: Günter Buchstab (Hg.), In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg 2008, 374–383.

<sup>3</sup> 1918 zog die Schule nach Aachen um. Vgl. Gaspar, Paul/Zapp, Mirjam, Die Geschichte der Sozialen Frauenschule in Aachen, in: Norbert Jers (Hg.), Soziale Arbeit gestern und morgen. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der katholischen Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Aachen, Aachen 1991, 51–96.

<sup>4</sup> Seit 1916: „Verein katholischer Sozialbeamtinnen“, ab 1936: „Hedwigsbund“, ab 1946: „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“.

auszubauen. Neben diesem Posten war sie Parlamentarierin: 1921–1924 MdL in Preußen, 1924–1933 MdR. In der Zentrumsparlei stand sie ab 1925 dem Reichsfrauenbeirat vor und war stellvertretende Reichsparteivorsitzende.

Als 1933 die nationalsozialistische Diktatur begann, hielt Weber an ihrer politischen und religiösen Überzeugung fest. Bei ihrer fristlosen Entlassung aus dem Staatsdienst behielt sie Ansprüche auf eine kleine Pension. Ihre Energie widmete sie in den Jahren bis 1945 ganz der katholischen Frauenverbandsarbeit, in der erzwungenermaßen die religiöse Dimension größeres Gewicht erhielt. „Meine Reserven schöpfe ich aus den 12 Jahren der ‚Stillelegung‘ während der Nazizeit“, blickte Weber als 73jährige Bundestagsabgeordnete zurück<sup>5</sup>. Sie reiste zu zahlreichen Zweigvereinen von KDFB und „Hedwigsbund“ und kam nach der Ausbombung 1943/44 bei ihrer Schwester in Marburg unter.

Nach dem Krieg zog sie nach Essen, später als MdB nach Bonn. Weber führte ihr Engagement in der katholischen Frauenbewegung weiter: Sie stand dem „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“ – wie der Verein nun hieß – weiter vor und arbeitete im Zentralvorstand des Frauenbundes führend mit. Sie trat hier als unangefochtene Expertin für bundespolitische Fragen in Erscheinung, leitete Vorstandswahlen, lieferte in Gremiensitzungen und Verbandszeitschriften aktuelle Informationen, war immer wieder Wortführerin, wurde von Gruppen und Zweigvereinen als Referentin angefragt und genoss offensichtlich sehr überwiegend hohes Ansehen.

Nach Kriegsende wurde Weber sofort wieder parteipolitisch aktiv, um ein demokratisches Deutschland mit aufzubauen. Wie die meisten Mitglieder der früheren Zentrumsparlei setzte Weber nach 1945 auf die konfessionsübergreifende Union. Sie war im Parlamentarischen Rat deren einzige weibliche Abgeordnete<sup>6</sup>. Sie bemühte sich dort um die Absicherung kirchlicher Interessen wie z.B. die konfessionelle Ausrichtung der Schulen und möglichst geringe Einflussnahme des Staates auf das Familienleben und auf verbandliche und kirchliche Arbeit. Im Blick auf die Rechtsstellung von Mann und Frau trat sie zunächst für Formulierungen ein, die der Geschlechterdifferenz Rechnung trugen, ließ sich aber davon überzeugen, dass die Gleichwertigkeit der Geschlechter in der erklärten Gleichberechtigung Ausdruck finden müsse. Die Gleichberechtigung musste freilich nach Webers Überzeugung der Unterschiedlichkeit von Mann und Frau stets Rechnung tragen. 1949 wurde Weber für den Wahlkreis Aachen Abgeordnete im Bundestag und war bis zu ihrem Tod 1962 engagierte und respektierte Parlamentarierin.

Weber hatte die CDU im Rheinland mitgegründet und gehörte ab 1956 dem Bundesvorstand an. Konrad Adenauer, der sich mit Frauen im politischen Betrieb eher schwer tat, schätzte Weber sehr: Er hatte gewünscht, sie würde als Studienrätin in Köln

---

<sup>5</sup> Unsere Parlamentarierinnen, in: Frau und Politik 1 (1955), H. 1, 5-7, 5.

<sup>6</sup> Unter den 70 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates waren insgesamt vier Frauen: Helene Weber (CDU), Helene Wessels (Zentrum), Frieda Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD), mit deren Namen die Durchsetzung der Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 II GG) verbunden ist.

bleiben, statt die Soziale Frauenschule zu gründen. Er setzte sich dafür ein, dass sie in den Parlamentarischen Rat einzog, hörte immer wieder ihre Plädoyers für die Mitwirkung von Frauen in der Politik und scheint davon letztlich nicht unbeeindruckt geblieben zu sein. Weber gab den Anstoß dazu, dass am 1. Mai 1948 die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU gegründet wurde. Bis 1958 stand sie den CDU-Frauen vor<sup>7</sup> und wurde danach zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Noch im Herbst 1961 trug sie im Alter von 80 Jahren energisch dazu bei, im Kabinett Adenauer endlich die erste Frau als Bundesministerin durchzusetzen.<sup>8</sup>

Helene Weber arbeitete für politische Bildung und tatsächliche politische Partizipation anderer Frauen. Sie stellte sich dabei verschiedenen Widerständen persönlich aktiv entgegen: Vorbehalten männlicher Politiker, verbreiteten Rollenvorstellungen, die den Frauen nur den familiären Bereich zuwiesen, und auch der oftmals entsprechenden Zaghaftheit vieler Frauen; auch die meisten Frauen hatten damals verinnerlicht, das Politik ‚Männersache‘ sei. Männer und Frauen müssten aber in allen gesellschaftlichen – auch politischen – Bereichen zusammenarbeiten, damit durch die je geschlechtsspezifischen Begabungen das Wohl aller bestmöglich gewährleistet werden könne, so Webers Überzeugung ganz im Sinne der Frauenbewegung. Im Interesse eines dauerhaften Friedens war Weber auch auf europäischer Ebene verbandlich und politisch aktiv.

Im Laufe ihres Lebens wurden Weber Ehrungen von verschiedenen Seiten zuteil. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster verlieh ihr 1930 die Ehrendoktorwürde. Obwohl selbst unverheiratet und kinderlos, arbeitete Weber im Müttergenesungswerk mit: Als dessen Gründerin, Präsidentengattin Elly Heuss-Knapp 1952 verstarb, machte die First Lady Weber zur ihrer Nachfolgerin als Vorsitzende des MGW. 1956 erhielt Weber das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und anlässlich ihres 80. Geburtstages noch das Schulterband dazu.

Weber war als berufstätige Frau ihrer Generation ledig. Sozialen Rückhalt boten ihr der KDFB und sicherlich auch der „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“. Zur Feier ihres 70. Geburtstages kamen Bundeskanzler Konrad Adenauer, Erzbischof Joseph Frings und Vertreterinnen ausländischer Frauenorganisationen in das Kölner Frauenbundhaus. Zu ihrem 80. stellte der KDFB einen Sammelband über Webers Leben zusammen.<sup>9</sup>

Als Helene Weber am 25. Juli 1962 im Bonner Marienhospital verstarb, hatte sie über mehr als die Hälfte ihres Lebens hin katholische Frauenverbände geführt und in christlichen Parteien mitgearbeitet.<sup>10</sup> Nicht nur die Spitzen von KDFB,

<sup>7</sup> Ab 1951 als kath. Vorsitzende gemeinsam mit einer evang. Vorsitzenden als Doppelspitze.

<sup>8</sup> Zu Webers Engagement für die CDU-Frauen vgl. *Illemann, Regina*, „Zum Wohl der Kirche und des Volkes“ Der Katholische Deutsche Frauenbund zwischen Krieg und Konzil (1945–1962), im Erscheinen, Kap. III.3.b).

<sup>9</sup> *Zentrale des Katholischen Deutschen Frauenbundes* (Hg.), *Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961*, Köln 1961.

<sup>10</sup> KDFB: Zentralvorstand ab 1918; Stellvertretende Vorsitzende 1921–1952 (strikte Ablehnung der dringend erbetenen Kandidatur zur Präsidentin 1926); Präsidium ab 1952. – „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“: Gründung 1916, Vorsitz bis 1962.



Müttergenesungswerk, CDU-Frauenvereinigung, sowie Partei und Fraktion der CDU würdigten die Verstorbene<sup>11</sup>, sondern auch der katholische Episkopat. Nachdem der Essener Bischof Hengsbach das Seelenamt zelebriert hatte, lud der KDfB einige Monate nach der Beerdigung noch zu einem Pontifikalrequiem mit Kardinal Frings im Kölner Dom ein. Wenn der KDfB annoncierte: „Der Katholische Deutsche Frauenbund war Helene Weber die geistige Heimat“<sup>12</sup>, dürfte das trotz eines gewissen Eigeninteresses des Verbandes, sich mit dieser ‚Gallionsfigur‘ zu schmücken, Webers eigener Haltung durchaus entsprochen haben.

---

<sup>11</sup> Pressefotos zeigen hinter Webers Sarg: Bundeskanzler Konrad Adenauer, Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, den geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU Josef Hermann Dufhues, MGW-Vorsitzende Wilhelmine Lübke, Bundesgesundheitsministerin Elisabeth Schwarzhaupt, Gertrud Ehrle, Präsidiumsmitglied und ‚Leiterin der Zentrale‘ des KDfB sowie Aenne Brauksiepe, kath. Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und KDfB-Präsidiumsmitglied (ACDP 04-003-028/1). Bemerkenswert ist, dass auch in der SPD-Frauenzeitschrift, eine Würdigung erschien: *Wessel, Helene*, Helene Weber – ein Stück deutscher Geschichte, in: *Gleichheit – Das Blatt der arbeitenden Frau* 25 (1962), H. 9, 345 f.

<sup>12</sup> Todesanzeige Helene Weber des Katholischen Deutschen Frauenbundes (ACDP 04-003-028/1).

**Wer macht ‚die‘ Geschichte? Zum Verhältnis von Biographie und Zeitgeschichte am Beispiel einer Kollektivbiographie der weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten von Deutscher Zentrumspartei und Bayerischer Volkspartei in der Weimarer Republik<sup>1</sup>**

*von Birgit Sack*

---

<sup>1</sup> Überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrags der Verfasserin, gehalten am 12. März 2005 anlässlich des Helene-Weber-Forschungskollegs in Bonn.

|                                                                                                                                                                            |    |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| I. Zur Bedeutung biographischen Arbeitens für die Zeitgeschichtsforschung .....                                                                                            | 20 |
| II. Frauenleben als Biographie? .....                                                                                                                                      | 22 |
| III. Kollektivbiographie der weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten der<br>Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei in der Weimarer<br>Republik ..... | 23 |
| III.1. ‚Politische Generationen‘ .....                                                                                                                                     | 23 |
| III.2. Soziale Herkunft und Bildungswege .....                                                                                                                             | 24 |
| III.3. Familienstand und Zugänge zur Politik .....                                                                                                                         | 26 |
| III.3.1. Verheiratete und verwitwete Parlamentarierinnen .....                                                                                                             | 26 |
| III.3.2. Ledige Parlamentarierinnen .....                                                                                                                                  | 28 |
| III.4. Geschlecht und Beruf im Vergleich .....                                                                                                                             | 30 |
| III.5. ‚Frauenfrage‘ und Politik .....                                                                                                                                     | 31 |
| III.6. Geschlecht, Beruf und Religion .....                                                                                                                                | 32 |
| III.7. Katholische Politikerinnen und ihre ‚Frauenbilder‘ .....                                                                                                            | 36 |

## I. Zur Bedeutung biographischen Arbeitens für die Zeitgeschichtsforschung

Die historische Biographieforschung ist ein Kind des im 19. Jahrhunderts entstandenen Historismus.<sup>2</sup> Dieser individualisierte die Geschichte und begriff sie als Abfolge einmaliger, nicht wiederholbarer Ereignisse und Konstellationen. Die Vertreter des Historismus waren davon überzeugt, dass Menschen in historischen Prozessen die treibende Rolle spielen. Ihr besonderes Interesse galt der ‚großen‘ Persönlichkeit. Man glaubte, sie bewege die Geschichte im Guten wie im Bösen, sie präge sie und werde von ihr geprägt. Die ‚Kunst‘ des Biographen bestand darin, dies im jeweils rechten Mischungsverhältnis auszuloten.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erreichte der Rangverlust der biographischen Methode seinen Höhepunkt. Man sah die Welt zunehmend von Massenphänomenen und anonymen Verwaltungsapparaten bestimmt. Die Gestaltungsmöglichkeiten des Menschen beurteilte man daher wesentlich skeptischer als früher. Die historische Forschung konzentrierte sich folglich auf überindividuelle Strukturen, auf wirtschaftliche Konjunkturen und Krisen, auf Prozesse sozialer Mobilität und politischen Wandels. Gleichzeitig grenzte sie sich scharf von einer Form biographischer Darstellungen ab, die, zentriert auf die historische Einmaligkeit ‚großer‘ Persönlichkeiten, das handelnde Individuum seiner sozialen Bedingtheiten entkleidete und individualistisch reduzierte. Dieser Typ Biographie galt nun als Fossil einer längst überholten Historiografie der großen Ereignisse und Persönlichkeiten.

Seit nunmehr über zwanzig Jahren nimmt die Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft in der Geschichtswissenschaft wieder breiten Raum ein. Die historisch-wissenschaftliche Biographie hat heute zweifellos einen festen Platz in der historischen Forschung. Nicht nur die Biographieforschung im engeren Sinn, sondern auch die Hinwendung vieler Historiker zu Kultur-, Mentalitäts- und Alltagsgeschichte verweisen darauf, dass man sich „mit dem Verschwinden des Einzelmenschen hinter den Massen, Strukturen und Prozessen nicht länger abfinden mochte“<sup>3</sup>.

Heute besteht ein breiter Konsens in der Geschichtswissenschaft, dass immer wieder einzelne Menschen mit ihren Ideen und Fähigkeiten, ihren Einflüssen, Taten und Unterlassungen auf den Lauf der Geschichte einwirkten, dass diese Individuen aber eingebunden waren in die Bedingungen ihrer Zeit, ihres sozialen Status, der politischen Kräfteverhältnisse und der ökonomischen Spielräume. Die strukturellen Bedingungen sind vorgegeben und nur in Maßen durch bewusste Entscheidungen Einzelner veränderbar. Für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind das unter anderem der Kalte Krieg, die Deutsche Teilung und der Durchbruch zur Konsum- und

---

<sup>2</sup> Vgl. zum folgenden: *Rohlfes, Joachim*, Ein Herz für die Personengeschichte? Strukturen und Persönlichkeiten in Wissenschaft und Unterricht, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 50 (1999) 305-320.

<sup>3</sup> Ebd., 313.

Freizeitgesellschaft. Persönlichkeiten und Strukturen werden als interdependentes Verhältnis begriffen.

Gelungene Biographien zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihre ‚Helden‘ stets auch als Kinder ihrer Zeit und Geschöpfe ihrer Umstände begreifen. Sie verstehen Geschichte als historische Sozialwissenschaft, vermeiden es aber, das handelnde Individuum auf einen Träger von Strukturmerkmalen zu reduzieren und ganz hinter sozioökonomischen Großstrukturen verschwinden zu lassen. Gewachsen ist vielmehr das Bedürfnis, den unersetzbaren Eigenwert einer Lebensgeschichte zur Geltung zu bringen. Eine Biographie „ist mehr als eine Ergänzung und Ausfüllung, Konkretisierung und Individualisierung der Strukturgeschichte. Sie reicht in größere Tiefen und ermöglicht, mehr als jede andere historiographische Gattung, (sekundäre) Lebenserfahrung“<sup>4</sup>. Nach Auffassung des Historikers Hagen Schulze ist es Chance und Herausforderung der Biographie, sich „der Totalität des Wirklichen in der Geschichte“<sup>5</sup> zu nähern und der Verflechtung eines individuellen Lebens mit seinem historischen Umfeld nachzuspüren.

Einigkeit besteht in der Historikerkunft auch darüber dass das narrative Element in einer Biographie immer eine wesentliche Rolle spielen wird. Trotzdem müssen systematisierende, analytische Elemente in die Schilderung eingehen. Moderne Biographien „durchbrechen deshalb die personenzentrierte Darstellung immer wieder durch Reflexionen über die allgemeinen Strukturen und ihnen dient die Perspektive auf den Lebensweg des Protagonisten gleichsam als eine Sonde, die es auch ermöglicht, Verhältnisse, Zeitumstände und Herrschaftsstrukturen aus der Nähe zu studieren“<sup>6</sup>.

Die Biographen fungieren nicht als allwissende, eine einzige Deutungslinie konsequent verfolgende Berichterstatter und Interpreten, sondern mehr als Moderatoren: Sie beleuchten ihr Sujet von vielen Seiten, lassen manches offen, rücken gern die Unausschöpfbarkeit eines Menschenlebens in den Blick. Durch das Einfügen der analytischen Ebene in die Biographie kann der Biograph der Gefahr der „biographischen Illusion“ entgehen. Diese besteht nach dem Soziologe Pierre Bourdieu darin, die einzelnen Lebensstationen finalistisch auf das Ende hin zu deuten und so Sinn zu suggerieren.<sup>7</sup>

Wie die Geschichtswissenschaft insgesamt legen biographisch arbeitende Historiker heute großen Wert darauf, ihre ‚Helden‘ in der Überlieferungs- und Rezeptionsgeschichte zu verorten. Sie beginnen nicht beim ‚Nullpunkt‘, sondern setzen voraus, dass längst bestimmte Ansichten zu dieser Person kursieren, die man berücksichtigen muss, wenn man ihr Leben schildern will.

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Schulze, Hagen, Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978) 508-518, 516.

<sup>6</sup> Wolfrum, Edgar, Die Geschichte der Bundesrepublik anhand von Biographien. Heinrich Lübke, Carlo Schmid, Thomas Dehler, Franz Josef Strauß, Ludwig Erhard, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), 40-54, 53.

<sup>7</sup> Vgl. Bourdieu, Pierre, Die biographische Illusion, in: BIOS 3 (1990) 75-81.

## II. Frauenleben als Biographie?

Fragt man jedoch nach Biographien bzw. biographischen Forschungen über Frauenpersönlichkeiten, so kann von dem erwähnten festen Platz in der Geschichtswissenschaft auch heute noch nicht die Rede sein. Angelika Schaser stellt in ihrer im Jahr 2000 erschienen Doppelbiographie über Helene Lange und Gertrud Bäumer, zwei herausragenden Persönlichkeiten der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung, fest, dass in der deutschen historischen Frauenforschung biographische Arbeiten weitgehend fehlen, so als „sei noch nicht sicher, ob das Leben von Frauen auch bedeutsam genug für eine Monographie wäre“. Zu „bedeutenden, immer wieder erwähnten Frauen, die in der alten Frauenbewegung führende Rollen gespielt hatten“, so Schaser, und dazu zählt zweifellos auch Helene Weber, finde man daher „immer noch erstaunlich wenige Informationen“.<sup>8</sup>

Dem wollen die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes entgegen treten, indem sie Studien zu einzelnen Aspekten des Lebens und Werks von Helene Weber präsentieren. Ein Vorzug dieses Zugangs über ‚partielle‘ Biographien besteht darin, dass sie mehr sachliche Akribie und Kompetenz gestatten.

Ich möchte dagegen hier zunächst einen anderen Zugang wählen: Über eine Kollektivbiographie der weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei soll eine erste Verortung Helene Webers, die 1919 Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde, von 1921 bis 1924 Mitglied des Preußischen Landtags und von 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei war, in ihrer Zeit erfolgen.

Kollektivbiographien untersuchen und vergleichen den Werdegang von Mitgliedern bestimmter Familien, Glaubensgemeinschaften, Berufsgruppen, Sozialmilieus oder Generationen. Der Vorteil von Kollektivbiographien liegt darin, dass sie dem Historiker oder der Historikerin gruppenspezifische Gemeinsamkeiten eröffnen, die auf typische Sozialisationsabläufe verweisen. Dabei wird deutlich, „in welchem Maße scheinbar streng individuelle Eigenheiten in [...] überindividuellen Lebensschicksalen und Verhaltensmustern verwurzelt sind“.<sup>9</sup> Kollektivbiographien kommen insofern dem geschichtswissenschaftlichen Bedürfnis entgegen, die Kontingenz des Geschehens möglichst weit einzuengen und zu Erklärungen vorzudringen. Die biographischen Gemeinsamkeiten einer größeren Menschengruppe erhalten per se mehr Erklärungspotential als die Begebenheiten eines einzelnen Menschenlebens. Darüber hinaus sind sie geeignet, die individuelle Biographie durchschaubarer zu machen.

Der Blick auf die Sozialisation, den beruflichen Werdegang und das gesellschaftspolitische Engagement dieser größeren Gruppe von Katholikinnen unterschiedlicher Generationszugehörigkeit, unterschiedlichen Familienstands und

---

<sup>8</sup> Schaser, Angelika, Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln/Weimar/Wien 2000, 23.

<sup>9</sup> Rohlfes, Herz, 314.

(wenn auch weniger) unterschiedlicher sozialer Herkunft verweist darauf, „welche Bedeutung das Geschlecht für die Interessenschwerpunkte, den Zugang zur Politik, die Wirkungs- und Karrieremöglichkeiten von Frauen hatten“<sup>10</sup>.

### **III. Kollektivbiographie der weiblichen Reichs- und Landtagsabgeordneten der Deutschen Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei in der Weimarer Republik<sup>11</sup>**

Insgesamt entsandten die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei (BVP) zwischen 1919 und 1933 38 weibliche Abgeordnete in den Reichstag und die Länderparlamente. Mandatsdauer und politische Wirksamkeit der Parlamentarierinnen waren sehr unterschiedlich. Die Reichstagsabgeordnete Hedwig Fuchs beispielsweise übte ihr Mandat als Nachrückerin nur wenige Monate aus. Die überwiegende Mehrzahl saß für eine oder mehrere Legislaturperioden im Parlament. Insgesamt sechs Abgeordnete vertraten ihre Partei während der gesamten dreizehn Jahre der ersten deutschen Republik: die Reichstagsabgeordnete Christine Teusch, die badischen Landtagsabgeordneten Maria Rigel und Clara Siebert, die Mitglieder des preußischen Landtags Elise Stoffels und Gertrud Wronka sowie ihre württembergische Kollegin Luise Rist. Hedwig Dransfeld, Clara Siebert und Helene Weber gehörten im Laufe ihrer parlamentarischen Tätigkeit sowohl dem Reichstag als auch dem preußischen beziehungsweise badischen Landtag an.

Zunächst wird nach der Generationszugehörigkeit und anschließend nach der sozialen Herkunft, der schulischen Ausbildung sowie prägenden Sozialisationserfahrungen gefragt. Für die weitere Untersuchung unter kollektivbiographischen Aspekten erwies es sich als sinnvoll, die 38 Frauen nach dem Familienstand in zwei Gruppen, nämlich verheiratete bzw. verwitwete und ledige Politikerinnen zu unterteilen und gesondert zu betrachten. Der Familienstand prägte die Handlungsspielräume und Tätigkeitsfelder der Untersuchten entscheidend. Die Bedeutung von Religion und Kirche wie die ‚Frauenfrage‘ stellten sich jeweils anders dar. Im Einzelnen werden die berufliche Ausbildung, die Heiratskreise beziehungsweise die soziale Stellung im Beruf sowie die Organisationszugehörigkeit thematisiert.

#### **III.1. ‚Politische Generationen‘**

Der Historiker Detlev Peukert unterscheidet unter den politisch Verantwortlichen der Weimarer Republik vier ‚politische Generationen‘, denen er verschiedene biographische Prägungen zugrunde legt: Die ‚Wilhelminische Generation‘, die Zeitgenossen Wilhelms II. (1859–1941), erlebten die Reichsgründung als Kinder und wurden zu Bismarcks Zeiten politisch sozialisiert. Die ‚Gründerzeitgeneration‘ der im Jahrzehnt der

<sup>10</sup> So Schaser, Lange und Bäumer, 23, die sich auf ihre Untersuchung des Lebenswegs von Helen Lange und Gertrud Bäumer vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik bezieht.

<sup>11</sup> Vgl. dazu ausführlich Sack, Birgit, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998, 92–111. Dort auch die Quellennachweise. Im Folgenden werden nur Zitate belegt.

Reichsgründung Geborenen erfuhr ihre politische Prägung nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. Die in den 1880er und 1890er Jahren geborene sogenannte ‚Frontgeneration‘ war um die Jahrhundertwende jung, spürte „die Aufschwungseuphorie wie die Zukunftsängste der Vorkriegsjahre“<sup>12</sup>. Ihre männlichen Angehörigen gehörten zu den am häufigsten und längsten zur Front eingezogenen Jahrgängen. Insbesondere die in den 1890er Jahren Geborenen waren in der Regel stark durch die Jugendbewegung beeinflusst. Hinzu kam die ‚überflüssige Generation‘ der seit 1900 Geborenen. Die Altersspanne unter den weiblichen Zentrumsabgeordneten reichte von der 1854 geborenen Agnes Neuhaus bis zur 44 Jahre jüngeren Helene Wessel (1898–1969), die 1928 als jüngstes Mitglied ihrer Fraktion in den preußischen Landtag einzog. Nach der Generationsunterteilung Peukerts gehörten mit Albertine Badenbergh (1865–1958), Hedwig Fuchs (1864–1944), Agnes Neuhaus (1854–1944), Maria Rigel (1869–1937) und Amelie Freifrau von Soden (1869–1953) fünf Abgeordnete zur Wilhelminischen Generation. Die übrigen verteilten sich mit fünfzehn beziehungsweise achtzehn relativ gleichmäßig auf Gründerzeit- und Frontgeneration. Unter den Angehörigen der Frontgeneration waren sechs um 1890 geboren: Aloysia Eberle (1889–?), Else Peerenboom (1893–1958), Helene Rothländer (1890–1976), Christine Teusch (1888–1968), Helene Wessel (1898–1969) und Elisabeth Zillken (1888–1980).

### III.2. Soziale Herkunft und Bildungswege

Die Untersuchungsgruppe stammte nach der sozialen Stellung ihrer Väter im Beruf überwiegend aus dem verbeamteten gehobenen Bildungsbürgertum. Gehobene Verwaltungstätigkeiten im nichtstaatlichen Bereich übten die Väter Hedwig Dransfelds (Oberförster) und Else Peerenbooms (Gutsverwalter) als Angestellte großer Adelsgüter aus. Dem unteren Bildungsbürgertum zuzurechnen war Helene Weber als Tochter eines Volksschullehrers. Zum wohlhabenden Besitzbürgertum gehörten Maria Heßberger (Wachsfabrikant), Amalie Lauer (Kaufmann), Mathilde Otto (Kaufmann, Fabrikant) und Christine Teusch (Kaufmann). Als Tochter eines Lokomotivführers wich Helene Wessel von dem bürgerlichen Herkunftsmuster ebenso ab wie Aloysia Eberle, die vermutlich aus einer Arbeiterfamilie stammte. Maria Freiin von Gebattel schließlich kam aus dem Militäradel (Kavalleriegeneral).

Wessels Vater, wie auch die Väter von Maria Schmitz, Helene Weber und Gertrud Wronka waren kommunalpolitisch tätige Zentrumsmitglieder: als aktives Mitglied im Dortmunder Zentrum (Wessel), als langjähriger Stadtverordneter in Aachen (Schmitz), als Zentrumsvorsitzender in Elberfeld (Weber). Gertrud Wronka kam aus einer kommunalpolitisch engagierten Allensteiner Familie. Mit Ausnahme der gebürtigen Schwedin Ellen Ammann stammten vermutlich alle aus katholischen Elternhäusern.

Die schulische Bildung der Untersuchten war geprägt durch die eklatante geschlechtsspezifische Diskriminierung. Im europäischen Vergleich war der Kampf um

<sup>12</sup> Peukert, Weimarer Republik, 27.



Bildung in Deutschland „besonders hart und langwierig“<sup>13</sup>. Die sogenannten höheren Töchterschulen stellten die einzige Möglichkeit der Weiterbildung nach dem Besuch der Volks- oder Elementarschule dar. Noch am Ende des 19. Jahrhunderts waren zwei Drittel von ihnen privat. Ihr Lehrprogramm war nirgends festgelegt. Der Besuch war für bürgerliche Töchter vor allem eine Status-, kaum eine Bildungsfrage. Trotz Veränderungen in Erziehungsinhalten und -methoden im Laufe des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich die Ausbildung der sogenannten höheren Töchter vorrangig darauf, diese in ihre zukünftigen gesellschaftlichen Repräsentationspflichten als Ehefrauen einzuweisen und sie auf ihre Mutterrolle vorzubereiten. Eine Berufsqualifizierung fehlte dagegen gänzlich. Bürgerlich-katholische Elternhäuser ließen ihre Töchter vorzugsweise in katholischen höheren Mädchenschulen und Nonneninternaten unterrichten. Thomas Mergel kommt in einem Aufsatz über „Geschlecht, Erziehung und Frömmigkeit in katholischen rheinischen Bürgerfamilien“ zu dem Befund, dass im 19. Jahrhundert „selbst liberale Väter ihre Kinder gerne in Nonnen- oder Jesuiteninternate [schickten], besonders die Töchter, weil ‚bürgerliche Tugend‘ für diese vor allem Selbstdisziplin und Unterordnung hieß“<sup>14</sup>. Die Religion sollte nämlich vor allem die Einordnung der Heranwachsenden in das bürgerliche Leben vorbereiten.

Bis auf drei besuchten alle späteren Parlamentarierinnen eine katholische höhere Mädchenschule. Darunter erhielten nicht wenige zumindest Teile ihrer schulischen Ausbildung und Erziehung in Nonnenpensionaten, nicht selten im benachbarten katholischen Ausland. Bei den Älteren hing die Verschickung ins Ausland höchstwahrscheinlich mit dem Kulturkampf der 1870er Jahre zusammen, in dessen Gefolge die schulischen Ordensgenossenschaften in Preußen aufgelöst wurden. Agnes Neuhaus beispielsweise wurde nach dem Besuch von Volksschule und sogenannter höherer Töchterschule in Dortmund zunächst in einem von Ursulinen geführten Pensionat im niedersächsischen Haselünne, dann in einer entsprechenden Einrichtung im französischen Carignan unterrichtet. Die 39 Jahre jüngere Else Peerenboom besuchte zunächst die örtliche höhere Mädchenschule, dann verbrachte sie zweieinhalb Jahre im Ausland, unter anderem in einem belgischen Pensionat der Schwestern von Sacré Coeur in Blumenthal. Clara Siebert und Maria Rigel lebten als Schülerinnen mehrere Jahre im Klosterinstitut „Unsere liebe Frau“ in Offenburg. Emma Bachem wurde zwei Jahre im Pensionat „Vom hl. Herzen Jesu“ im holländischen Vaals und Mathilde Otto auf katholischen Internatsschulen in Freiburg (Schweiz) und Genf erzogen.

Hedwig Dransfeld, Else Peerenboom, Christine Teusch und Helene Wessel verloren früh ihre Väter: Hedwig Dransfelds Vater starb, als sie drei Jahre alt war; achtjährig wurde sie Vollwaise. Sie wuchs zunächst bei ihrer mittellosen Großmutter und nach deren Tod in einem katholischen Waisenhaus auf. Während ihrer Ausbildungszeit am Paderborner Lehrerinnenseminar Ende der 1880er Jahre schließlich erkrankte Dransfeld

---

<sup>13</sup> Gerhard, Ute, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1990, 140.

<sup>14</sup> Mergel, Die subtile Macht der Liebe. Geschlecht, Erziehung und Frömmigkeit in katholischen rheinischen Bürgerfamilien 1830–1910, in: Götz von Olenhusen, Irmtraud, Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert (Konfession und Gesellschaft 7) Stuttgart 1995, 22–47, 36.

schwer an Knochentuberkulose. Else Peerenboom verlor ihren Vater als Vierjährige; gemeinsam mit ihrer Mutter zog sie zu deren Bruder, einem Kaufmann. Christine Teusch und Helene Wessel wurden mit vierzehn beziehungsweise sieben Jahren Halbwaisen. Es liegt nahe, einen Antrieb für das spätere Streben der Genannten nach beruflicher Selbständigkeit darin zu suchen, dass sie früh den Verlust materieller Sicherheit erfuhren und die traditionelle bürgerliche Arbeits- und Rollenverteilung durch den Tod des Familienoberhauptes außer Kraft gesetzt wurde. Die Erfahrung sozialen Abstiegs (Dransfeld), zumindest von Statusunsicherheit und des Angewiesenseins auf sich selbst, begünstigte diesen Weg in die Selbständigkeit. Vergleichbare Erfahrungen von sozialem Abstieg und Statusverlust machte Albertine Badenberg. 22-jährig musste sie ihre Studien- und Reisepläne aufgeben und einen Beruf ergreifen. Ihre Mutter war von ihrem Mann mittellos und ohne Pension zurückgelassen worden, so dass Badenberg neben ihrem eigenen Lebensunterhalt den ihrer sechs jüngeren Geschwister und ihrer Mutter bestreiten musste. Mathilde Otto musste ihre Schulausbildung abbrechen und in ihren badischen Heimatort zurückkehren, um ihren schwer kranken Vater zu pflegen.

### **III.3. Familienstand und Zugänge zur Politik**

#### **III.3.1. Verheiratete und verwitwete Parlamentarierinnen**

Von den insgesamt dreizehn Reichstagsabgeordneten waren sechs verheiratet oder verwitwet. Demgegenüber überwogen unter den 25 Landtagsabgeordneten die Ledigen mit 18. Lediglich sechs Parlamentarierinnen waren verheiratet oder verwitwet. Die Gruppe der Verheirateten hatte überwiegend vor der Ehe eine berufliche Ausbildung begonnen, größtenteils ihren Beruf auch ausgeübt. So waren fünf Frauen (Drießen, Fuchs, Hattemer, Lang-Brumann – die früh verwitwet ihre Lehrtätigkeit aufnahm, möglicherweise hatte sie auch vor ihrer Ehe gearbeitet – und Siebert) ausgebildete Lehrerinnen. Mit Ausnahme von Clara Siebert, die in ihrem Beruf nicht gearbeitet hatte, gehörten sie damit zu der kleinen Minderheit unter den Frauen ihrer Schicht- und Generationszugehörigkeit, die vor der Ehe berufstätig gewesen waren. Emma Bachem, Maria Heßberger, Klara Philipp und Luise Rist verfügten dagegen über keine weitere Qualifikation als die höhere Mädchenschulbildung. Agnes Neuhaus brach ein Musik-, Ellen Ammann ein Medizinstudium ab, als sie heiratete.

Im Hinblick auf die Heiratskreise bestand nach ihrer sozialen Stellung im Beruf eine sehr große Homogenität zwischen den Vätern der Abgeordneten und deren Ehemännern. Der Ehemann stammte vorzugsweise aus dem verbeamteten höheren Bildungsbürgertum. Ellen Ammanns Mann Ottmar war freiberuflich als Arzt tätig. Der Ehemann der württembergischen Zentrumsabgeordneten Amelie Freifrau von Soden gehörte als Reichswehrgeneral zu den alten adeligen Eliten. Hedwig Fuchs schließlich war mit einem Hochseekapitän verheiratet. Eine Ausnahme machte die Fuldaer Fabrikantentochter Maria Berta, verheiratete Heßberger: Trotz erheblicher Widerstände des Elternhauses, einschließlich des Entzugs jeder materiellen Unterstützung durch ihren vermögenden Vater, heiratete sie einen Studenten aus einfachen Verhältnissen.

Nahezu alle verheirateten Parlamentarierinnen nahmen seit dessen Gründung führende Aufgaben in der Zentrale des Katholischen Frauenbundes bzw. in den Landesverbänden wahr. Der Katholische Frauenbund war 1903 in Köln als ‚Organisation‘ der katholischen Frauenbewegung gegründet worden. Dem vorausgegangen war die Gründung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes im Jahr 1899 als erste organisierte konfessionelle Frauenbewegung. Als Zweck des Katholischen Frauenbundes bestimmte §2 der Satzung: „1. wirksame Vertretung der allgemeinen Fraueninteressen auf sittlichem, sozialem, beruflichem, wirtschaftlichem und rechtlichen Gebiet; 2. Zusammenfassung der katholischen Frauen aller Betätigungskreise und sozialen Schichten [...] 3. Aufklärung der katholischen Frauen über Fragen und Probleme, welche die Entwicklung der Gegenwart mit sich bringt, insbesondere soweit sie die Frauenwelt betreffen; 4. wissenschaftliche, soziale und karitative Gemeinschaftsarbeit“<sup>15</sup>.

Die Protagonistinnen der katholischen Frauenbewegung legten Wert darauf, Teil der sogenannten ‚modernen‘ oder ‚allgemeinen‘ Frauenbewegung zu sein, nicht etwa eine Gegenbewegung zu ihr. Dahinter verbarg sich die bürgerlich-liberale Frauenbewegung mit ihrem Dachverband, dem ‚Bund Deutscher Frauenvereine‘ (BDF). Mit der angeblichen ‚religiösen Indifferenz‘ der im BDF organisierten Frauen legitimierten die Katholikinnen den Aufbau – und später den Fortbestand – einer separaten Frauenbewegung auf katholisch-konfessioneller Grundlage. Tatsächlich spielten neben der religiösen Dimension taktische Gründe eine Rolle. Auf diese Weise sollte das ‚katholische Moment‘ betont werden. Dieses Legitimationsbedürfnis hing mit den spezifischen Handlungsbedingungen der katholischen Frauenbewegung zusammen, die auf die Anerkennung des katholischen Milieus und der Amtskirche existentiell angewiesen war.

Einige der Verheirateten unter den katholischen Parlamentarierinnen hatten bereits vor der Gründung des Katholischen Frauenbundes ein eigenständiges sozial-karitatives Engagement für Frauen entwickelt: Ellen Ammann etwa hatte sich im katholischen Mädchenschutz betätigt. Sie gründete und leitete 1895 die erste katholische Bahnhofsmmission Münchens. Hedwig Fuchs war seit 1906, lange bevor der KDFOB in der protestantischen Diaspora Fuß fassen konnte, Vorsitzende der Hamburgischen Ortsgruppe des „Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen“ und Mitglied im „Ausschuß für Arbeiterinneninteressen“ des bürgerlich-liberalen „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ (ADF). Agnes Neuhaus hatte 1899 den Katholischen Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder gegründet.

Die Verheirateten übten darüber hinaus eine wichtige Schrittmacherinnenfunktion bei der Professionalisierung der Sozialarbeit aus. Ellen Ammann eröffnete 1912 in der bayerischen Metropole die erste katholische Soziale Frauenschule, Maria Heßberger 1917 eine weitere in Berlin. Ihre zeitliche Abkömmlichkeit und ihre finanziellen Möglichkeiten waren in dieser frühen Phase von entscheidender Bedeutung.

---

<sup>15</sup> Zit. nach: *Gerhard*, Frauenbewegung, 205.

Aus dem Muster ‚Führungsfunktion im Katholischen Frauenbund seit dem Kaiserreich als Zugang zum politischen Mandat‘ fiel nur Emma Bachem heraus. Eine Verbindung zum Katholischen Frauenbund, oder zu einer anderen Organisation der katholischen Frauenbewegung bestand bei ihr nicht. Als langjährige Vorsitzende im katholischen ‚Elisabethverein‘ und im protestantisch-national geprägten ‚Vaterländischen Frauenverein‘ repräsentierte sie das traditionelle karitative Engagement von Frauen bürgerlicher und adeliger Herkunft. Die eng an Kirche und Nation angelehnten Vaterländischen Frauenvereine gingen den Anfängen der organisierten Frauenbewegung voraus.

Fünf der zwölf verheirateten Mandatsträgerinnen blieben kinderlos (Bachem, Drießen, Lang-Brumann, Philipp, Rist). Hedwig Fuchs’ Sohn fiel im Ersten Weltkrieg. Maria Heßberger und Clara Siebert hatten je ein Kind, Agnes Neuhaus drei Kinder, die zum Zeitpunkt der Aufnahme ihres sozial-karitativen Engagements schon erwachsen waren. Zwischen dreizehn und achtzehn Jahre alt waren die vier Kinder der verwitweten Else Hattemer, als sie 1919 in den hessischen Landtag gewählt wurde. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellte Ellen Ammann als Ehefrau und Mutter von sechs Kindern dar. Das Jüngste war bei Aufnahme ihrer parlamentarischen Tätigkeit zwar bereits 16-jährig, Ammann war aber schon seit den 1890er Jahren sehr stark außerhäuslich eingebunden. Das hohe Lebensalter und die verhältnismäßig große Zahl Kinderloser verweisen auf die Familiengebundenheit bürgerlicher Katholikinnen. Erst eine weitgehende Freisetzung von den Ehefrauen- und Mutterpflichten ermöglichte weitergehende außerhäusliche Aktivitäten.

Nur Ellen Ammann setzte sich über diese Schranken hinweg. Sie war geprägt durch die vergleichsweise größeren weiblichen Rechte und Freiheiten in Schweden. Ammann selbst hatte schon in den 1880er Jahren studieren können – Jahrzehnte vor der offiziellen Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium in Deutschland.

Die Freisetzung von Ehefrauen- und Mutterpflichten als Bedingung der Möglichkeit außerhäuslichen Engagements, der für die Zentrumsparlamentarierinnen beobachtet werden konnte, war auch für die sozialdemokratischen Parlamentarierinnen eine zentrale Voraussetzung für diese Form des politischen Engagements. So waren zwar einige der verheirateten Sozialdemokratinnen Mütter kleiner Kinder, doch waren auch die verheirateten sozialdemokratischen Parlamentarierinnen in der Regel kinderlos beziehungsweise ihre Kinder schon älter. Allerdings war unter den Sozialdemokratinnen der Anteil der Verheirateten vergleichsweise größer. So stellten unter den insgesamt 73 sozialdemokratischen Reichstags- und preußischen Landtagsabgeordneten die Verheirateten, in der Regel Ehefrauen von Arbeitern beziehungsweise Arbeiterfunktionären, mit 28 Frauen oder fast vierzig Prozent die größte Gruppe, gefolgt von 22 Lehrerinnen.

### **III.3.2. Ledige Parlamentarierinnen**

Von den zusammen 25 ledigen Abgeordneten des Zentrums und der BVP waren nach ihrer beruflichen Ausbildung rund zwei Drittel examinierte Lehrerinnen. Von den Reichstagsabgeordneten waren es sogar zehn von dreizehn. Dies ist angesichts der

begrenzten Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für Frauen im 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht weiter erstaunlich. Die Lehrerinnenausbildung, die bis zur Jahrhundertwende die einzige Fortbildungsmöglichkeit für Frauen darstellte, war zunächst weder staatlich reglementiert noch anerkannt. Diejenigen, die den Lehrberuf ergreifen wollten, mussten „selbst sehen, auf welche Weise sie ihre Qualifikation erwarben, im Privatunterricht, im Selbststudium, oder auf privaten Lehrerinnenseminaren“<sup>16</sup>. 1893 richtete Helene Lange erstmals sogenannte Gymnasialkurse ein, die Absolventinnen höherer Mädchenschulen in vierjährigen Kursen auf das extern an einem Jungengymnasium abzulegende Abitur vorbereiteten. 1908 schließlich führte Preußen eine grundlegende ‚Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens‘ durch und ließ Frauen zur Universität zu. Die universitäre Ausbildung für Lehrerinnen höherer Mädchenschulen ersetzte die vorherige nichtakademische Ausbildung zur sogenannten ‚Oberlehrerin‘. Obwohl die Universität Frauen nun offen stand, leitete sich daraus noch kein Anspruch auf Zulassung zur Promotion oder „gar zum Eintritt in das staatliche Berechtigungs- und Berufssystem“<sup>17</sup> ab.

Das Spektrum beruflicher Möglichkeiten für bürgerliche Frauen wurde erst durch die Professionalisierung der Sozialarbeit im Gefolge des Ersten Weltkriegs spürbar erweitert, als der Staat begann, neben und in Zusammenarbeit mit den privaten Verbänden, selber Wohlfahrtspflege zu betreiben. Diese Möglichkeit nutzte die Abgeordnete Helene Wessel, die sich in den 1920er Jahren zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden ließ. Auch Marie Zettler besuchte nach der höheren Mädchenschule eine Soziale Frauenschule. Zuvor hatte Helene Wessel, wie ihre Fraktionskollegin Sibylla Eickelboom, eine kaufmännische Ausbildung absolviert und war dann als Parteisekretärin der Zentrumspartei Dortmund-Hörde tätig.

Die berufstätigen weiblichen Abgeordneten von Zentrum und BVP waren zum Zeitpunkt der Aufnahme ihrer parlamentarischen Tätigkeit ausnahmslos in den Wirtschaftssektoren Staat/Kommunen bzw. Kirche tätig. Im kirchlichen Bereich unterrichteten sie entweder an katholischen Privatschulen oder arbeiteten in katholischen Verbänden. Nach ihrer sozialen Stellung im Beruf überwogen Beamtinnen im Lehrberuf oder in der Ministerialbürokratie. Dieser Umstand verweist darauf, dass qualifizierte, vielfach auch akademisch gebildete Frauen wegen der ausgeprägten geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarktes in hohem Maße auf Staat und Kirche als Arbeitgeber angewiesen waren. Diese boten begrenzte Aufstiegsmöglichkeiten und Gestaltungsfreiräume.

Helene Weber war als Tochter eines Volksschullehrers die einzige soziale Aufsteigerin. Als Ministerialrätin im preußischen Wohlfahrtsministerium nahm die gelernte Lehrerin eine der ranghöchsten Positionen überhaupt ein, die Frauen in den Reichs- und Länderverwaltungen der Weimarer Republik besetzten. Andere machten außergewöhnliche Karrieren in ihrem gelernten Beruf. Als Lehrerinnen nahmen sie eine

---

<sup>16</sup> Gerhard, Frauenbewegung, 144.

<sup>17</sup> Gerhard, Frauenbewegung, 158.

der wenigen von Frauen besetzten Leitungspositionen an öffentlichen Volksschulen oder höheren Mädchenschulen ein. Hierzu zählen Albertine Badenbergh als Konrektorin einer Volksschule (seit 1922); Elisabeth Stoffels als erste Rektorin einer preußischen Mädchenvolksschule; Dr. Maria Weinand, 1930 zur Volksschulrektorin ernannt; Gertrud Wronka, seit 1925 Oberstudiendirektorin in Allenstein, und die badische Landtagsabgeordnete Maria Rigel, seit 1926 Volksschulrektorin in Mannheim.

Als Verbandsfunktionärinnen arbeiteten neun weitere Mandatsträgerinnen: Hedwig Dransfeld (KDF-Vorsitzende), Aloysia Eberle (Sekretärin beim Verband Süddeutscher Katholischer Arbeiterinnenvereine), Sibylla Eickelboom (Sekretärin beim Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen), Mathilde Kühnert (Vertreterin der Christlichen Gewerkschaften), Mathilde Otto (Referentin für Hausarmenpflege beim Deutschen Caritasverband), Dr. Else Peerenboom (Sekretärin beim Zentralverband katholischer Jungfrauenvereinigungen), Maria Schmitz (VkdL-Vorsitzende), Christine Teusch (Leiterin des Arbeiterinnensekretariats beim Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften (bis 1920)), Helene Wessel (Parteisekretärin und städtische Sozialbeamtin), Marie Zettler (Geschäftsführerin des KDF, Landesverband Bayern) und Elisabeth Zillken (Generalsekretärin des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder). Maria Feldhuß war als Vorsitzende einer kommunalen Fürsorgevermittlungsstelle städtische Angestellte oder Beamtin.

### **III.4. Geschlecht und Beruf im Vergleich**

Zwischen den weiblichen Abgeordneten von SPD und Zentrum bestanden wegen der geschlechtsspezifischen Segmentierung des Arbeitsmarktes und des daraus resultierenden geringen Spektrums der für Frauen zugänglichen Berufe keine nennenswerten Unterschiede. Die Zentrumsfrauen dürften durchschnittlich beruflich höher qualifiziert gewesen sein als ihre sozialdemokratischen Kolleginnen. Arbeiterinnen jedoch waren weder unter den weiblichen Abgeordneten der SPD noch des Zentrums zu finden. Dagegen war die berufliche Palette der männlichen Zentrumsabgeordneten im preußischen Landtag wie auch deren soziale Basis wesentlich breiter. Der Landtag integrierte, anders als der stark bürgerlich geprägte weibliche Teil, auch Arbeiter und Landwirte. Blickt man auf die Gruppe der Lehrberufe als der einzigen, die einen geschlechtsspezifischen Vergleich zulässt, zeigt sich, dass der absolute Anteil der weiblichen Zentrumsabgeordneten an dieser Berufsgruppe im preußischen Landtag kontinuierlich wuchs: In der Verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung waren nur zwei von insgesamt fünfzehn Angehörigen der Lehrberufe weiblich, im ersten Landtag 1920 vier von zwölf und im zweiten Landtag fünf von dreizehn. Ab dem dritten Landtag schließlich waren Lehrerinnen mit sechs von elf (1928) und sieben von vierzehn (1932 und 1933) mindestens ebenso häufig wie Lehrer in der preußischen Zentrumsfraktion vertreten. Seit 1928 war die Zahl der Zentrumsvertreterinnen im preußischen Landtag, verglichen mit ihren Parteikolleginnen im Reichstag und dem durchschnittlichen Frauenanteil im preußischen Landtag, überdurchschnittlich hoch. Diese Entwicklung ging demnach überwiegend auf das Konto katholischer Lehrerinnen, die ihre Mandate nicht nur am längsten halten, sondern

darüber hinaus sogenannte Frauenkandidaturen übernehmen konnten. Die Lehrerinnen Helene Rothländer und Angela Zigahl lösten Maria Heßberger und Maria Feldhuß als Abgeordnete ab. Langfristig setzten sich also berufstätige Frauen, in der Regel Lehrerinnen und/oder professionelle Organisationsvertreterinnen, durch.

### **III.5. ‚Frauenfrage‘ und Politik**

Eine starke Minderheit der ledigen, berufstätigen Parlamentarierinnen war in den Weimarer Jahren im Katholischen Frauenbund aktiv (Badenberg, Beyerle, Dransfeld, Feldhuß, Giese, Lauer, Rigel, Weber, Zettler). Teilweise beschränkte sich die aktive Mitgliedschaft, etwa bei Amalie Lauer, auf die Anfangs- und Endphase der Weimarer Republik. Alle katholischen Lehrerinnen waren jedoch Mitglied im 1885 gegründeten Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL). Sie blieben es auch, wenn sie ihren gelernten Beruf nicht mehr ausübten. Die meisten engagierten sich dort über eine einfache Mitgliedschaft hinaus.

Das vergleichsweise geringere Engagement im Katholischen Frauenbund hing mit dem geschwundenen Bewusstsein vom Vorhandensein einer ‚allgemeinen‘ Frauenfrage zusammen. Der Verein katholischer Lehrerinnen wollte die neuen staatsbürgerlichen Rechte von Frauen direkt und gemäß seiner berufsspezifischen Interessen nutzen. Sich in einer ‚allgemeinen‘ katholischen Fraueninteressenvertretung in Gestalt des Katholischen Frauenbundes zu engagieren, schien demgegenüber zweitrangig. Im Unterschied dazu hatte sich im Kaiserreich die damalige Vorsitzende des VkdL, Pauline Herber (1852–1921), maßgeblich an der Gründung einer Frauenbewegung auf katholisch-konfessioneller Seite analog zum bürgerlich-liberalen Bund Deutscher Frauenvereine beteiligt.

Als einziger katholischer Frauenverband konnte der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen wegen der zahlenmäßigen Stärke, der regionalen Streuung und der vergleichsweise kontinuierlichen Mandatsausübung seiner parlamentarischen Vertreterinnen seine beruflichen Interessen beständig wahrnehmen: Die Volksschulrektorin und stellvertretende VkdL-Vorsitzende Elisabeth Stoffels vertrat seit 1919 die Belange katholischer Volksschullehrerinnen im preußischen Parlament. Seit 1925 wurde sie von der Konrektorin Albertine Badenberg, deren Spezialgebiet Besoldungsfragen waren, darin unterstützt. 1932 löste Maria Weinand die inzwischen 67-jährige Albertine Badenberg im Wahlkreis Düsseldorf-Ost ab. Die neue Repräsentantin katholischer Volksschullehrerinnen und Verfasserin einer Dissertation über „Das Berufsideal der Volksschullehrerin“ war seit 1930 Rektorin einer Essener Volksschule. Else Giese repräsentierte als Oberschullehrerin die Gruppe der nicht-akademisch gebildeten Lehrerinnen an höheren Schulen. Sie war auf kommunalpolitische Fragen spezialisiert und kümmerte sich innerhalb des VkdL insbesondere um Kontakte mit dem Ausland und um Fragen der Völkerverständigung. Die Studienrätin Angela Zigahl vertrat die universitär ausgebildeten Lehrerinnen höherer Mädchenschulen. Wie die Volksschullehrerin Helene Rothländer war sie vor ihrem Landtagsmandat bereits mehrere Jahre Stadtverordnete. Amalie Lauer galt innerhalb des VkdL als Expertin für Berufsschulen, besonders für die Sozialen

Frauenschulen. Die Oberstudienrätin Gertrud Wronka war seit 1915 VkdL-Landesvertreterin für Ostpreußen und von 1925 bis 1931 Vorsitzende der Abteilung für höhere Mädchenbildung innerhalb des VkdL.

Im Zuge der Professionalisierung der Sozialarbeit im Gefolge des Ersten Weltkriegs und der Entwicklung katholischer Frauenvereine zu Massenorganisationen folgte eine ‚zweite Generation‘ von Funktionärinnen den Pionierinnen aus den Reihen des Katholischen Frauenbundes nach. Elisabeth Zillken (1888–1980) beispielsweise arbeitete seit 1916 als erste hauptamtliche Generalsekretärin beim Katholischen Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder, den Agnes Neuhaus anfänglich mit wenigen ehrenamtlichen Kräften geführt hatte. 1930 ‚erbte‘ sie das Reichstagsmandat der 76-jährigen Neuhaus. Marie Zettler (1885–1950) nahm 1911 und 1912/13 an der von Ellen Ammann eingerichteten sozial-caritativen Frauenschulung der „Sozialen Sektion des Münchener Katholischen Frauenbundes“ teil, aus der 1916 die „Soziale und caritative Frauenschule des Katholischen Frauenbundes in Bayern“ hervorging. So vorbereitet, erhielt sie 1912 im Zuge des organisatorischen Wachstums des Katholischen Frauenbundes eine Anstellung als Landessekretärin, später als Geschäftsführerin des Bayerischen Landesverbandes des KDF. Ferner waren Else Peerenboom, Helene Weber, Amalie Lauer und Helene Wessel eng mit der beruflichen Sozialarbeit verbunden: Peerenboom als Direktorin der „Sozialen Frauenschule (Caritasschule) des Deutschen Caritasverbandes“ in Freiburg, Weber als Mitbegründerin und erste Direktorin der 1916 in Köln eröffneten „Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes“ und Vorsitzende des „Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen“, dann als Ministerialrätin im preußischen Wohlfahrtsministerium. Amalie Lauer war seit 1917 Direktorin der neu gegründeten Wohlfahrtsschule der Stadt Köln; Helene Wessel ließ sich, wie schon erwähnt, an Sozialen Frauenschulen, unter anderem bei Alice Salomon in Berlin, zur Wohlfahrtspflegerin ausbilden.

### **III.6. Geschlecht, Beruf und Religion**

Bei der Gruppe der Berufstätigen verknüpfte sich in unterschiedlicher Weise tiefe Religiosität mit ausgeprägtem Bildungsdrang, sozialem Verantwortungsbewusstsein, dem Streben nach materieller und persönlicher Unabhängigkeit wie auch beruflicher Erfüllung. Generationsübergreifend hatten sich die Berufstätigen den Zugang zu Bildung und Beruf erkämpfen müssen. Sie waren mit elterlichen Widerständen, geschlechtsspezifischen Ausbildungsblockaden und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert gewesen. Sofern die Väter zu den lokalen Honoratioren zählten, fürchteten sie eine mögliche soziale Deklassierung der berufstätigen Tochter sowie den eigenen gesellschaftlichen Prestigeverlust. Weibliche Berufstätigkeit trug den Stempel von materieller Not und schlechtem Ersatz für Ehe und Mutterschaft. So durfte Else Hemmes, verheiratete Hattemer, ihre Lehrerinnenausbildung nur unter der Auflage der Geheimhaltung absolvieren. Mütter- und väterlicherseits aus einer Lehrerfamilie stammend – ihr Vater war geheimer Schulrat, der Vater der Mutter Lehrer und Organist –, ließ sich Hemmes in einem katholischen Internat in Koblenz-Moselweiß, fern von



ihrem Heimatort Bensheim, ausbilden. Maria Schmitz, wie Hemmes Angehörige der Gründerzeitgeneration, hatte ebenfalls elterliche Widerstände zu überwinden. Auch die rund zwanzig Jahre jüngere Else Peerenboom empfand ihre Ausbildung zur höheren Tochter als unbefriedigend, die vorgesehene Ehefrauenrolle als Einengung. Sie entschloss sich gegen den mütterlichen Wunsch zu beruflicher Qualifizierung.

Inwieweit geschlechtsspezifische Diskriminierungen in Ausbildung und Beruf die persönlichen Lebensläufe bestimmten, zeigen beispielhaft die Berufswege von der in der Reichsgründungszeit geborenen Maria Schmitz und von Amalie Lauer, einer Angehörigen der Frontgeneration. Sie verdeutlichen die generationsübergreifend ausgeprägte berufliche Aufstiegsorientierung und das Streben nach Bildung und Qualifikation vieler lediger Parlamentarierinnen. Zugleich spiegeln sie die generationsspezifisch unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Beruf wider. Nach ihrer Ausbildung zur Oberlehrerin nahm Schmitz bis 1907 an akademischen Studienkursen des VkdL teil, der ersten Form des Frauenstudiums in Deutschland. Die Universität Münster weigerte sich jedoch, ihre Dissertation anzunehmen, weil ihr das Abitur fehlte. Die Konfrontation mit dem Teufelskreis aus unzureichender Qualifizierung und dem akademischen Bildungsmonopol der Männer war der ausschlaggebende Impuls für Schmitz, die seit 1916 den VkdL leitete, sich in der katholischen Frauenbewegung zu engagieren. Darauf verweisen ihre Bemühungen um den Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen in Bildung und Beruf. 1907 gehörte sie zu den Mitbegründerinnen des „Hildegardisvereins“, der studierende Katholikinnen mit einem zinslosen Darlehen unterstützte. Als sie 1912 als erste Frau das Rederecht auf einem Katholikentag erhielt, forderte sie für Frauen die Mitgliedschaft in der „Katholischen Schulorganisation“ und warb um Unterstützung des von ihr geleiteten „Hildegardisvereins“. In der Weimarer Republik schließlich wirkte Maria Schmitz maßgeblich mit an der Gründung des „Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik“, einer Einrichtung zur Fortbildung katholischer Lehrerinnen und Lehrer.

Wie Maria Schmitz zeigte Amalie Lauer viel Eigeninitiative, Durchhaltevermögen und die Bereitschaft, sich mit ihrer ganzen Kraft für ihre Ziele einzusetzen. So meldete sie sich aus eigenem Antrieb an einer höheren Mädchenschule an. Neben ihrer Lehrtätigkeit ließ sie sich zunächst zur Handelslehrerin ausbilden und studierte Rechts- und Staatswissenschaften, während sie vormittags weiter an einer höheren Mädchenschule unterrichtete. Auslösendes Moment und Motor für das lebenslange Engagement Lauers in der katholischen Frauenbewegung waren ebenfalls persönliche Diskriminierungserfahrungen: Sie verdiente nur etwa halb so viel wie ihre männlichen Kollegen.

Die unsichere materielle Existenz von Frauen, die Albertine Badenberg als junge Frau am Beispiel ihrer Mutter erfuhr und die sie als Haupternährerin der Familie zur Berufstätigkeit zwang, prägten ihr Engagement in der katholischen Frauenbewegung. Darauf verweisen ihre Tätigkeitsschwerpunkte in KDFB und VkdL: Im KDFB war sie lange Jahre Schatzmeisterin, im VkdL gründete sie eine Stellenvermittlung, eine

Rechtsberatung, eine Unterstützungs-, Studien- und Wohnungseinrichtungskasse und war Sachverständige für Besoldungsfragen.

Während es Maria Schmitz verwehrt geblieben war, zu promovieren, konnte die deutlich jüngere Else Peerenboom über eine Persönlichkeit forschen, die ihrem jugendbewegten Selbstverständnis Identifikationsmöglichkeiten bot: den französischen Sozialisten und Pazifisten Jean Jaurès.

Das Streben nach Bildung, Beruf und materieller Sicherheit waren aber nicht der einzige Impuls für das politische Engagement berufstätiger Katholikinnen. Die Lehrerin und Stadtjugendpflegerin Helene Rothländer (1890–1976) – seit 1925 VkdL-Vorsitzende in Koblenz – verzichtete bewusst auf „die Teilnahme an Kursen [des VkdL, B.S.] für das Mittelschul- und Rektorenexamen“, weil ihr „die sozialen und politischen Aufgaben dringlicher erschienen“<sup>18</sup>.

Auch für die ehrenamtliche Armenpflegerin Mathilde Otto (1875–1933) war das eigene berufliche Vorwärtstkommen zweitrangig. Rothländer und Otto zeigen aber auch die nicht nur generationsbedingten Unterschiede außerberuflichen Wirkens. Helene Rothländer, eine Angehörige der Frontgeneration, orientierte sich am modernen Wohlfahrtsstaat und nutzte die erweiterten Möglichkeiten politischer Partizipation, die die Weimarer Demokratie ihr als Katholikin bot. Sie wollte auf politischem Weg gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen. Im Unterschied zu dem sozialpolitischen Selbstverständnis Rothländers war das Engagement Mathilde Ottos, einer Angehörigen der Gründerzeitgeneration, eher sozial-karitativ motiviert. Es stand in der Tradition des staatsfernen, durch den Kulturkampf geprägten Katholizismus des Kaiserreichs, das auf traditionelle Caritas und kirchliche Selbsthilfe baute. Ihr politisches Mandat als Zentrumsabgeordnete in der verfassungsgebenden badischen Landesversammlung gab sie nach wenigen Monaten freiwillig zurück. Die Entfremdung von der persönlichen Hilfeleistung von Mensch zu Mensch war hierfür vermutlich ausschlaggebend.

Als gemeinsames Lebensmuster der Ledigen lässt sich das Bedürfnis erkennen, Religiosität, Beruf und persönliche Unabhängigkeit miteinander in Einklang zu bringen. Ihr prekärer gesellschaftlicher Status in einer männlich dominierten Arbeitswelt begünstigte die Suche nach einem Rückhalt. Die feste Verankerung im katholischen Glauben wirkte, soweit ersichtlich, bei den ledigen Parlamentarierinnen als eine Quelle persönlicher Kraft und als Sinnstiftungsinstanz. Der Ordensstand, die traditionelle kirchliche Lebensform für bürgerliche Katholikinnen, die unverheiratet bleiben wollten, kam für die späteren Parlamentarierinnen letztlich nicht in Betracht. Religiosität sollte dem Berufsleben dienen, dort Stütze und Halt sein, nicht umgekehrt. Das Nonnendasein hätte eine Ein- und Unterordnung persönlicher und beruflicher Interessen in eine strenge Klosterordnung bedeutet. Insofern wäre es keine Alternative zur Ehe gewesen. Stattdessen suchten einige Frauen bewusst alternative religiöse Lebensformen. Maria Schmitz beispielsweise trat in jungen Jahren dem Dritten Orden des Heiligen Franziskus bei, einer Laienvereinigung, die mit dem Gelübde lebenslanger Jungfräulichkeit

---

<sup>18</sup> Im Dienst für das Gemeinwohl. Aus den Erinnerungen von Helene Rothländer, in: Katholische Bildung 84 (1983) 550-555, 551.

außerhalb der Klostermauern verbunden war. Die Zugehörigkeit zu einer Drittordensgemeinschaft bot ihr die Möglichkeit, den elterlichen Lebensentwurf unwiderruflich abzulehnen und den eigenen Lebensweg religiös zu legitimieren, ohne – wie ihre beiden jüngeren Schwestern – in ein Kloster einzutreten. Amalie Lauer schwankte noch um 1913, als sie längst berufstätig und in VkdL und KDfB aktiv war, entschied sich aber schließlich gegen einen Klostereintritt.

Bei Mathilde Otto hingegen scheint eine ‚ausgeprägte Frömmigkeit und Gottsuche‘ bestimmender Lebensimpuls gewesen zu sein. Schicksalsschläge – der Abbruch ihrer Schulausbildung und die Rückkehr in ihren badischen Heimatort, um ihren schwerkranken Vater zu pflegen – dürften nicht unerheblich dazu beigetragen haben. Erst 21 Jahre alt legte sie 1896 dem Ortsgeistlichen als ihrem geistlichen Berater das persönliche Gelübde der Jungfräulichkeit und Hingabe an Gott ab. Ihr späteres berufliches Betätigungsfeld, die Armen- und Krankenfürsorge, hatte ihr jener geistliche Berater empfohlen, um ihre Frömmigkeit leben zu können. Nach jahrelanger Unentschlossenheit entschied sie sich gegen einen Klostereintritt. Sie zweifelte „nicht nur, ob es klug, sondern sogar, ob es gut u[nd] erlaubt ist, den eigenen Willen so demjen[igen] eines andern zu unterstellen, einem andern, den ich gar nicht kenne“<sup>19</sup>.

Neben dem Streben nach religiöser und persönlicher Unabhängigkeit trugen ihre Kenntnisse klösterlicher Anstalten, in denen sie lange Zeit als Patientin verbracht hatte, zu ihrem Entschluss bei. Otto gründete 1925 die „St. Elisabeth-Schwesternschaft“ für die beim Freiburger Elisabethverein beschäftigten Familienpflegerinnen. Als Leiterin dieser ordensähnlichen Gemeinschaft konnte sie vertiefte Religiosität mit persönlicher Entscheidungsfreiheit verbinden.

Hedwig Dransfeld trieb die Konfrontation mit Krankheit und Tod in eine Lebenskrise. Sie hatte den festen Willen, sich gegen ihr Schicksal aufzulehnen, anstatt es in religiöser Demut hinzunehmen. Ihrem Leben wollte sie einen über die eigene Person hinausweisenden Sinn geben. Sie konzentrierte sich zunächst auf die mühselige eigene Aus- und Weiterbildung und ihr berufliches Fortkommen als Lehrerin, später wurde der Katholische Frauenbund ihre Lebensaufgabe. Die Durchsetzungskraft und das Selbstvertrauen, das sie als langjährige Führungsgestalt der katholischen Frauenbewegung an den Tag legte, wurzelten im katholischen Glauben und in dem Bewusstsein, nichts zu verlieren zu haben. Dransfeld unterhielt, auch nachdem sie ihre Lehrtätigkeit in der Schule des Ursulinenklosters zu Werl aufgegeben hatte, zu einigen Schwestern des Hauses lebenslang enge persönliche Beziehungen.

Der Kontakt zu den Ordensschwestern oder die religiösen Laiengemeinschaften waren auch ein Familienersatz. Dransfeld etwa hatte zu ihren Geschwistern keinen Kontakt. Else Giese und Else Hattemer nahmen Nonnen in ihre Wohnräume auf: Giese ließ in ihrem Haus ein Heim für Franziskusschwestern einrichten, die Witwe Else Hattemer eine von Schwestern geleitete Kinderkrippe. In diesen Zusammenhang gehört es auch, dass einige der ledigen Abgeordneten in häuslicher Gemeinschaft mit einer Freundin

---

<sup>19</sup> Wollasch, Hans-Josef, Mathilde Otto (1875–1933), „Armenfürsorgerin“. Eine (fast) vergessene Frau der Caritas '89. Jahrbuch des DCV, Freiburg i.Br. 1988, 297-324, 298f.

oder weiblichen Verwandten lebten. So lebte Amalie Lauer seit 1933 mit der Rechtsanwältin Dr. Margarethe Esch (1899–1966) zusammen. Die Reichstagsabgeordnete Christine Teusch führte einen gemeinsamen Haushalt mit ihrer Zwillingsschwester Käthe, einer Lehrerin, die zugleich ihre politische Vertraute war. Basis dieser Lebensgemeinschaften gleich gesinnter, berufstätiger Frauen dürfte der geistige Austausch, eine enge emotionale Bindung wie auch die Gemeinsamkeit im Glauben gewesen sein. Wegen der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz ihrer Lebensform kamen Religiosität und Frauengemeinschaft wohl häufig eine zentrale Bedeutung zu.<sup>20</sup>

Die knapp 40 Parlamentarierinnen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei waren nach sozialer Herkunft und schulischer Ausbildung sehr homogen. Fast ausnahmslos entstammten sie bürgerlich-katholischen Elternhäusern und waren entsprechend erzogen worden. Ihr späteres politisches Mandat stand in engem Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu katholischen Frauenorganisationen; entsprechendes gilt auch für die Parlamentarierinnen der bürgerlichen Parteien, mit Abstrichen ebenso für die Sozialdemokratinnen.

### III.7. Katholische Politikerinnen und ihre ‚Frauenbilder‘

Als Politikerinnen der ersten Generation stellten die untersuchten Parlamentarierinnen die herkömmlichen Geschlechterrollen in Frage. Sich politisch zu engagieren, in männlich dominierte Bereiche einzudringen, kann als emanzipatorisch bezeichnet werden. Der Umstand als solcher sagt aber nichts über das Selbstverständnis. So setzten sich einige Katholikinnen, aber eben nur eine Minderheit, aktiv für die politischen Rechte von Frauen ein. Elisabeth Zillken und Helene Weber beispielsweise engagierten sich seit dem späten Kaiserreich in einer Frauenstimmrechtsorganisation. Demgegenüber hatte der Katholische Frauenbund (in dem beide Mitglieder waren) offiziell seine ‚Neutralität‘ in der Stimmrechtsfrage erklärt und hielt daran fest, bis seine Position von den Ereignissen überrollt wurde.

Vor diesem Hintergrund soll abschließend, unter Einbeziehung weiterer Protagonistinnen der katholischen Frauenbewegung, ein Blick auf das Frauenbild der katholischen Parlamentarierinnen geworfen werden.

Die konfessionelle wie die bürgerliche Frauenbewegung postulierte eine Gleichheit der Geschlechter, die die Verschiedenheit des Menschseins anerkannte. Entgegen der gültigen Normen wurden Menschenrechte nicht mit Männerrechten gleichgesetzt. Die sogenannte ‚gemäßigte‘ Mehrheit der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung ging wie die konfessionellen Frauenbewegungen von einer grundsätzlichen ‚Wesensverschiedenheit‘ der Geschlechter aus. Die Eigentümlichkeiten der Frau als

<sup>20</sup> Zur Bedeutung von Frauenbeziehungen im Rahmen der Frauenbewegung vgl. Schaser, Lange und Bäumer, 84–88, die betont, dass die Lebensform mit einer Frau die beste Voraussetzung für eine eigenständige Tätigkeit geboten habe. Die Frauen hätten sich „als Speerspitze einer neuen Frauengeneration“ gefühlt, „die für sich das Recht beanspruchte, einen neuen Lebensstil zu kreieren, der ihre beruflichen Ambitionen unterstützte und nicht, wie die übliche Rollenverteilung in heterosexuellen Beziehungen, sie an der effektiven Ausübung eines Berufs hinderte“, (ebd., 86f.).

Geschlechtswesen bestimmten ihre Aufgaben und ihre Stellung in der Gesellschaft. Das aus der sogenannten ‚weiblichen Eigenart‘ entwickelte Konzept der ‚organisierten‘ oder ‚geistigen Mütterlichkeit‘ meinte nicht nur biologische Mutterschaft, sondern „gleichberechtigte Beteiligung und weiblichen Einfluss in allen Lebensbereichen, gerade auch in der Politik und gerade auch für kinderlose Frauen“<sup>21</sup>. Erfolgreich und politisch folgenreich war diese Programmatik – wie Ute Gerhard zu Recht urteilt – gerade deshalb, weil das sich Einlassen auf die ‚intellektuelle‘ Verschiedenheit zwischen den Geschlechtern, auf die ‚Gattungsaufgabe‘ der Frau, letztlich die bestehende Arbeitsteilung unangetastet ließ. Es fügte sich in die bestehende patriarchale Ordnung ein. Nicht das Postulat der Gleichheit als Menschenrecht, sondern die Geschlechterdifferenz sollte Grundlage eines den Frauen angemessenen ‚weiblichen‘ Rechts sein. In der Konsequenz hieß das – so ist aus heutiger Perspektive zu erkennen –, dass der Befreiung der Frau zu einem selbst bestimmten Leben in Gestalt ihrer Mutterschaft eine unverrückbare Grenze gezogen wurde.

Die Auffassung von der Geschlechterdifferenz als Wesensverschiedenheit war auch in der Weimarer Republik und darüber hinaus maßgeblich. Einige Berufsbilder, insbesondere das von den Frauen selbst geschaffene der sogenannten Sozialbeamtin oder Wohlfahrtspflegerin, wurden als für Frauen besonders geeignet postuliert. Dabei spielten natürlich auch taktische Überlegungen, hier das Fernhalten männlicher Konkurrenz, eine Rolle. In diesen Zusammenhang gehört es auch, dass eine Politikerin wie Helene Weber bestimmte vermeintliche weibliche Wesenseigenschaften gezielt einsetzte, um für ihre allgemeinpolitischen Zielsetzungen zu werben. Ein Beispiel ist ihre Behauptung in einem Beitrag im Jahr 1926, ‚die‘ Frau setze sich für die staatliche Existenz überhaupt ein, wobei sie die Staatsform in ihrem „leidenschaftlichen Ringen um die Existenz des Staates“<sup>22</sup> weniger beachte. Hier transportierte Helene Weber die offizielle Ideologie der bürgerlich-konservativen ‚Mitte‘ der Zentrumspartei, die den Kurs der Partei in der Weimarer Republik maßgeblich bestimmte. Die Parteiführung und mit ihr Helene Weber wollte sich in der Frage der Staatsform prinzipiell nicht festlegen. Darin kamen die Sorge um den übergeordneten konfessionellen Zusammenhalt der schichtenheterogenen Partei, aber auch eigene Vorbehalte gegenüber der politischen Demokratie und der politischen Linken zum Ausdruck. Die parlamentarische Demokratie stellte für Helene Weber keinen Wert an sich dar, sondern rechtfertigte sich funktional bezogen auf den deutschen Nationalstaat, dessen Restauration als nationaler Machtstaat auf ihrer politischen Prioritätenliste ganz oben stand. Das verdeutlicht auch ihre Rechtfertigung des Frauenwahlrechts im Jahr 1924, dem sie rückblickend eine dem demokratischen Gedanken ethisch überlegene, nationale Mission zuschrieb: Nicht ‚nur‘ ein „primitives [!] demokratisches Ideal“ habe die Frau zur Staatsbürgerin „gestempelt“, dem Frauenwahlrecht liege ein „tieferer“ Gedanke zugrunde als das demokratische Recht. In der Politik spreche „ein ganzes Volk, das nicht sterben“ wolle. Die Frau brachte und bringe dem Vaterland „eine solche Kraft, die Glauben heißt“

---

<sup>21</sup> Gerhard, Frauenbewegung, 147.

<sup>22</sup> Weber, Helene, Grundsätzliches zur politischen Mitarbeit der Frau, in: Die Schildgenossen 6 (1926) 68-73, 70.

und die die Voraussetzung für ein „starkes, einheitliches und mutiges Handeln“ sei. Der Glaube sei der „Inspirator der großen Diplomatie und der großen staatsmännischen Kunst“ und scheine wie eine „nie verlöschende Sonne über den verlorenen, abgetrennten und besetzten Gebieten“.<sup>23</sup> Gleichzeitig ging es Helene Weber darum, mit der Betonung spezifisch weiblicher nationaler Tugenden und Fähigkeiten, den politischen Partizipationsanspruch von Frauen innerparteilich einzuklagen.

Jenseits dieses auch taktisch motivierten Umgangs mit vermeintlich weiblichen Wesenseigenschaften standen die zeitgleichen, grundsätzlicheren Aussagen der damaligen Vorsitzenden des Katholischen Frauenbundes, Dr. Gerta Krabbel (1881–1961). Sie machte deutlich, dass die Definitionsmacht über das Weibliche nicht den Männern überlassen werden durfte: „Der Begriff des Geistes aber darf nicht vom Manne her bestimmt sein, sondern aus der übergeschlechtlichen Fülle des Geistes, im Letzten aus Gott. Innerhalb der Sphäre lebendiger Geistigkeit sich die eigene Provinz zu erobern und ihre Charakterisierung sich selbst zu gewinnen, darum gehts“. Für diese Aufgabe müsse „die Frau vom Manne fordern, daß er ihr Raum gibt und ihr nicht in irgendwelcher Form sein Wesen aufzwingen will“.<sup>24</sup>

Zugleich wandte sich Krabbel gegen ein von Männern festgelegtes Frauenbild. Die theoretischen Äußerungen Krabbels zum weiblichen Wesen bewegten sich auf dem „schmalen Grat einer Abwehr nach zwei Seiten“.<sup>25</sup> Es galt, Frauen weder zum ‚Naturwesen‘ machen zu lassen, noch sie in die „männliche Form“ (?) (Krabbel) zu zwingen. Äußerungen dieser Art waren typisch für die Frauenbewegung(en) über die weltanschaulichen Grenzen hinweg. Bei der katholischen Frauenbewegung scheint mir das Bedürfnis sehr ausgeprägt gewesen zu sein, sich von der Reduzierung auf die biologische Mutterrolle zu distanzieren. So betonte Krabbel verschiedentlich die weibliche Individualität und Persönlichkeit jenseits ihrer Gattungsaufgaben und Geschlechtszugehörigkeit sowie das Allgemeinmenschliche und das Geistige, das beide Geschlechter verbinde und ihre Gleichheit ausmache. Die Bestimmung weiblichen Wesens und Wirkens dürfe nicht, wie das vielfach geschehe, vom „Geschlechtlichen“, sondern müsse vom „Personenhaften“ ausgehen: Die „beiden ebenbürtigen Grundformen des Menschlichen, die männliche und die weibliche“ erhielten „ihren Wert und ihre Würde von ihrer Person“. In den letzten Jahrzehnten sei die Frau „vielfach zu einseitig [...] auch im Geistigen nur in ihrer Frauenart gesehen worden“. Die Reduzierung auf „das spezifische Frauentum“ sei eine „Verarmung“. „Frauentum und Menschentum“ stünden „in lebendiger innerer Beziehung“.<sup>26</sup>

Auch andere Vertreterinnen der katholischen Frauenbewegung vermieden den (Gattungs-)Begriff ‚Mütterlichkeit‘ in der Weimarer Republik. Für dieses

<sup>23</sup> Dies., Grundsätzliches und Zeitgeschichtliches zur Mitarbeit der Frau in der Politik, in: *Die christliche Frau* 22 (1924) 50–53, 50f.

<sup>24</sup> Krabbel, Gerta, Frau und Staat, in: *Die Schildgenossen* 6 (1926) 74–77, 77.

<sup>25</sup> Stoeck, Irene, Staatsfeminismus und Lebensform. Frauenpolitik im Generationenkonflikt der Weimarer Republik, in: *Dagmar Reese u.a. (Hg.), Rationale Beziehungen? Geschlechterverhältnisse im Rationalisierungsprozeß, Frankfurt/Main 1993*, 105–141, 115.

<sup>26</sup> Krabbel, Gerta, Weibliche Kultur, in: *Die christliche Frau* 22 (1924) 136–139; 145–149, 146.

Distanzierungsbedürfnis waren meines Erachtens zwei Gründe bestimmend: Darin kam eine Distanzierung vom kirchlich-konservativen Frauenbild zum Ausdruck, wie es insbesondere von den Präsidien der mitgliederstarken Jungfrauen- und Müttervereine propagiert wurde und das durch diese Engführung auf die Reproduktionsaufgabe geprägt war. Die katholische Frauenbewegung war darüber hinaus in der Weimarer Republik stark durch ledige, berufstätige Frauen geprägt. In ihrem eigenen Selbstverständnis lebten sie das ‚jungfräuliche‘ Gegenmodell der katholischen Kirche zu Ehe und Mutterschaft. Insbesondere im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen wurde das Ideal der unverheirateten (und natürlich kinderlosen) Pädagogin auch in der Weimarer Republik weiter gepflegt. Dieser vereinsinterne ‚Ehrenkodex‘ ging so weit, dass VkdL-Mitglieder, die heirateten, als ‚Verräterinnen‘ Schmähbriefe erhielten. Diese Reaktion verweist indirekt auf den prekären gesellschaftlichen Status lediger, berufstätiger Frauen auch und gerade im katholisch-konservativen Milieu.

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen lehnte (wie auch die anderen Organisationen der katholischen Frauenbewegung) eine Berufstätigkeit verheirateter Frauen unter Verweis auf deren Familienrolle grundsätzlich ab. Insofern waren für das Frauenbild der führenden, überwiegend ledigen, Repräsentantinnen der katholischen Frauenbewegung die sehr unterschiedlichen Aufgaben und Handlungsspielräume konstitutiv, die Frauen je nach Familienstand zugestanden wurden. Ein (Eigen-)Interesse daran, diese Dichotomie aufzubrechen, hatten am ehesten die Betroffenen selbst. Sehr vereinzelt sprachen sich verheiratete, im Katholischen Frauenbund aktive Katholikinnen in den Jahren der Weimarer Republik für eine Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit aus. Und noch viel seltener (aber das gilt nicht nur für die katholische Frauenbewegung) wurde das tradierte *Männerbild* in Frage gestellt. Eine Ausnahme machte eine Zeitgenossin Helene Webers, Dr. Maria Schlüter-Hermkes (1889–1971), promovierte Philosophin und fünffache Mutter, die Anfang der 1930er Jahre eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Familienarbeit forderte.<sup>27</sup>

Der unterschiedliche Umgang mit der Berufstätigkeit von Ehefrauen und Müttern verweist darauf, dass selbst bürgerliche Katholikinnen derselben Generation weder mit der ‚Frauenfrage‘, noch, so ist zu ergänzen, mit den bewegenden Kräften und Tendenzen ihrer Zeit in gleicher Weise umgingen. Gleichwohl war der Beitrag von Frauen zur (Zeit-)Geschichte, ihr Umgang mit den Herausforderungen ihrer Zeit, stark durch ihr Geschlecht und die damit zusammen hängenden Beschränkungen bestimmt. Führende Persönlichkeiten der katholischen Frauenbewegung wie Helene Weber haben sich in ihrem Lebensweg immer wieder über diese strukturellen Grenzziehungen hinweg gesetzt und insofern dazu beigetragen, Frauen in ‚die‘ Geschichte einzubringen.

---

<sup>27</sup> Vgl. Schlüter-Hermkes, Maria, Die neue Familie durch die neue Frau, in: Luise Bardenhewer/Aenne Franken (Hg.), Die katholische Frau in der Zeit, Düsseldorf 1931, 11-22.

## **Bildung – Schlüssel der Frauenfrage. Helene Weber als Pädagogin und Bildungspolitikerin**

*von Stefanie Pfennig*



|                                                                                                                                         |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Einleitung .....                                                                                                                     | 42  |
| II. Helene Webers Verständnis von Frauenbildung.....                                                                                    | 44  |
| II.1. Über das Klassenzimmer hinaus: Volksschullehrerin – Studienrätin –<br>Bildungspolitikerin .....                                   | 44  |
| II.2. Lebens- und Glaubenserfahrung als Hintergrund der Bildungsvorstellungen.....                                                      | 46  |
| II.2.1. Laienkatholizismus und Katholische Soziallehre .....                                                                            | 46  |
| II.2.2. Frauenbildung und politische Verantwortung.....                                                                                 | 49  |
| II.3. Weibliche Bildung und soziale Arbeit .....                                                                                        | 53  |
| III. Ein spezifisch katholisches weibliches Berufsethos? .....                                                                          | 55  |
| III.1. ‚Geistige Mütterlichkeit‘ als strategisches Instrument der bürgerlichen<br>Frauenbewegung .....                                  | 55  |
| III.2. Katholische Übertragung: Jungfräulichkeit und ‚Geistige Mütterlichkeit‘ ..                                                       | 57  |
| III.3. Einfluss der Jugendbewegung .....                                                                                                | 61  |
| IV. Die Netzwerkerin in Schule, Berufsverband und Politik .....                                                                         | 63  |
| IV.1. Schulleitung der Sozialen Frauenschule des KDFB in Köln .....                                                                     | 63  |
| IV.2. Verlegung der Schule.....                                                                                                         | 68  |
| IV.3. Gründung des Vereins der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen.....                                                             | 72  |
| IV.4. Die Etablierung und Professionalisierung der sozialen Ausbildung.....                                                             | 81  |
| IV.4.1. Durchhaltevermögen und langer Atem .....                                                                                        | 81  |
| IV.4.2. Erste Konferenz der Sozialen Frauenschulen 24. Januar 1917 .....                                                                | 82  |
| IV.4.3. Erlass des Reichsinnenministeriums vom 10. September 1918 .....                                                                 | 84  |
| IV.4.4. Erlass des Ministeriums für Volkswohlfahrt vom<br>22. Oktober 1920 .....                                                        | 86  |
| IV.4.5. Konferenz der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der<br>freien Wohlfahrtspflege vom 24. bis 26. Oktober 1921 in Weimar ..... | 87  |
| IV.4.6. Konferenzen und Erlasse Januar 1922 bis Oktober 1928.....                                                                       | 88  |
| IV.4.7. Einführung der Richtlinien für die Lehrpläne der<br>Wohlfahrtsschulen am 1. Juni 1930.....                                      | 91  |
| IV.5. Wissenschaftliche Fundierung sozialer Arbeit .....                                                                                | 95  |
| IV.6. Ansätze der Professionalisierung sozialer Arbeit .....                                                                            | 101 |
| IV.7. Die „Zeit der Stille“ .....                                                                                                       | 103 |
| IV.8. Förderung sozialer Berufsarbeit nach 1945 .....                                                                                   | 105 |
| V. Zusammenfassung .....                                                                                                                | 108 |
| V.1. Die fromme Helene Weber?! .....                                                                                                    | 108 |
| V.2. Balancesuche zwischen Tradition und Moderne.....                                                                                   | 110 |

## I. Einleitung

Am 20. Juni 1930 erhielt Helene Weber durch die Fakultät der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften der Universität Münster die Ehrenpromotion.<sup>1</sup> Weber wurde als „erfolgreiche Vorkämpferin auf dem Gebiete der Frauenbewegung und der sozialen Arbeit, als unermüdliche Förderin sozialwissenschaftlicher Forschung und Schulung und als verdienstvolle Referentin für soziale Bildungsfragen und für Jugendpflege im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt“<sup>2</sup> ausgezeichnet.

Im vorliegenden Beitrag gilt es der Frage nachzugehen, worin die Verdienste der Pädagogin und Bildungspolitikerin Helene Weber lagen, dass ihr eine solch hohe Auszeichnung zuteilwurde. Vermutlich war Helene Weber wenn nicht die einzige Frau, so doch eine der wenigen Frauen in Deutschland, die in der Zeit der Weimarer Republik den Dokortitel ehrenhalber erhielt. Dieses Ereignis bildet gewissermaßen den Kulminationspunkt im Leben und Wirken der Pädagogin und Bildungspolitikerin Helene Weber, jenen Punkt, von dem aus ihr Bildungsverständnis auf der Grundlage ihres Menschenbildes, ihr Einsatz für die Etablierung und Professionalisierung sozialer Ausbildung und die Gründe für ihre bildungspolitischen Erfolge und Misserfolge zu betrachten sind. Helene Weber war geprägt von der Überzeugung, dass Bildung der Schlüssel zur Gleichberechtigung und zur Überwindung der sozialen Frage sei. Ihr Leben lang engagierte sie sich als Pädagogin, Bildungs- und - wie sich zeigen wird, untrennbar damit verbunden - Sozialpolitikerin für die Professionalisierung der Frauenbildung, insbesondere für die sozialen Frauenschulen.

Anhand dreier Leitfragen soll das bildungspolitische Wirken Helene Webers untersucht werden: Das ist zum ersten die Frage, in welchem Zusammenhang Helene Webers Lebenserfahrung und ihr Verständnis von Frauenbildung standen. Daraus ergibt sich die Frage, wie Frauenbildung und Politik in Helene Webers Leben miteinander verknüpft waren. Abschließend soll geklärt werden, welche neuen Möglichkeiten das Bildungs- und Politikverständnis Helene Webers für weibliche Lebensentwürfe eröffnete.

Im ersten Kapitel erfolgt die Darstellung des Bildungsverständnisses, das zentral aus Webers Menschenbild erwuchs. Helene Weber gehörte zu den ersten Frauen in Deutschland, die ein Studium aufnahmen. Konsequenter ging sie ihren Bildungsweg und gab ihr fachspezifisches und ihr aus persönlichen Erfahrungen und tiefer Gläubigkeit gespeistes Lebenswissen praxisorientiert weiter. 1929 nahm sie als Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen Stellung zu ungelösten Fragen der

---

<sup>1</sup> Diese Tatsache wird in der Literatur nur selten erwähnt. Ein wenig ausführlicher gehen auf die Ehrenpromotion ein: *Reichel, Saskia*, Helene Weber (1881–1962), in: *Elisabeth Fischer-Holz* (Hg.), *Bedeutende Frauen aus dem Dreiländereck. Lebensbilder in drei Bänden*, Bd.3, Aachen 1992, 75-90, 83; *Rieden, Charlotte*, Helene Weber als Gründerin der katholischen Schule für Sozialarbeit in Köln und als Sozialpolitikerin, in: *Rüdeger Baron* (Hg.), *Sozialarbeit und soziale Reform. Zur Geschichte eines Berufs zwischen Frauenbewegung und öffentlicher Verwaltung. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Sozialen Frauenschule Berlin-Schöneberg/Fachschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Weinheim/Basel 1983*, 110–143, 126.

<sup>2</sup> Universitätsarchiv Münster, Bestand 30 Nr. 159, Bestand 35 Nr. 29, Akte Ehrenpromotion Helene Weber.

Wohlfahrtspflege. Angesichts wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Elends ging sie besonders darauf ein, aus welchem Geist heraus die Sozialarbeiterinnen sowohl in der öffentlichen wie in der freien Wohlfahrtspflege ihren Dienst tun sollten. Aus Webers Worten spricht eine feste Verwurzelung im christlichen Glauben, der ihr selbstverständlich pädagogische und politische Richtschnur war: „Wir glauben nicht mehr daran, dass Sozial- und Wohlfahrtspolitik oder auch die Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen das Vertrauen der Menschen zueinander allein erbringen würden. Das alles wird sein und muss sich entwickeln. Aber die inneren Beziehungen der Menschen zueinander, die sich helfen wollen, strömen noch aus ganz anderen Quellen. Kein Experiment der Psychologie wird das Letzte treffen, was nur die Seele aus ihren eigenen ungebrochenen Kräften ursprünglich schafft, und doch nicht selbst schafft. Hier schließt sich das Weltbild und bleibt unvollendet. Die niemals enttäuschte, immer geduldige Nächstenliebe strömt aus der Gottesliebe, die das Weltbild durchleuchtet und ihm erst einen Sinn gibt.“<sup>3</sup>

Im Zuge der allgemeinen Veränderung des Verständnisses von sozialer Arbeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Helene Weber zum Zeitpunkt dieser Aussage bereits die katholische Idee von sozialer Bildung frauenspezifisch definiert. So war es unter maßgeblicher Beteiligung Helene Webers noch während des Ersten Weltkrieges im November 1916 zur gleichzeitigen Gründung der ersten Sozialen Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes<sup>4</sup> und des Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen gekommen. Von diesem Parallelereignis an ebnete Weber den Weg zur Etablierung, wissenschaftlichen Fundierung und Professionalisierung sozialer Ausbildung.

Im zweiten Kapitel steht Helene Webers Verständnis weiblicher Bildung und sozialer Arbeit vor dem Hintergrund katholischer und zeitgenössischer bürgerlicher Weiblichkeitsvorstellungen im Mittelpunkt. Weber trat als engagierte Katholikin auf politischer Ebene in Erscheinung. Dabei wusste sie sich geistig in der katholischen Frauenbewegung beheimatet, zu deren Protagonistin sie avancierte. Sie war es, die das Thema Bildung für katholische Frauen innerhalb des KDFOB immer wieder anmahnte. Auf dem politischen Parkett kämpfte sie ihr Leben lang dafür, die Bildungsfrage auf struktureller Ebene als Schlüsselfrage zur geschlechtlichen Gleichberechtigung und zur Überwindung der sozialen Not zu etablieren. Es gilt zu zeigen, wie Helene Weber als Katholikin maßgeblich daran beteiligt war, soziale Ausbildung und soziale Arbeit zum Strukturelement der allgemeinen Frauenbildungsdebatte zu machen.

Das zentrale dritte Kapitel zeichnet das Bild der ‚Netzwerkerin‘ Helene Weber in Schule, Berufsverband, Verwaltung und Politik. Sie betätigte sich als Pädagogin und

<sup>3</sup> Weber, Helene, Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, in: *Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen* (Hg.), Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, Köln 1929, 5-13, 13.

<sup>4</sup> Zukünftig der einfacheren Lesbarkeit halber abgekürzt KDFOB, auch wenn historisch eine andere Abkürzung gültig war. Seit 1903 gebrauchte man den Namen Katholischer Frauenbund (KFB), seit 1916 Katholischer Frauenbund Deutschlands (KFD), seit 1921 Katholischer Deutscher Frauenbund (KDF). Die Abkürzung KDF wurde im Jahre 1983 durch die Abkürzung KDFOB ersetzt, vgl. dazu Muschiol, Gisela, Katholikinnen und Moderne - Forschung und Perspektiven, in: Dies. (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 1-9, 8.

Berufslobbyistin sowie als Bildungs- und Sozialpolitikerin gleichermaßen intensiv. Ihr pädagogisches Geschick, ihr politisches Talent und ihr strategisches Gespür eröffneten neue Perspektiven für weibliche Lebensentwürfe und führten zur Akzeptanz außerhäuslich berufstätiger Frauen in Gesellschaft und Kirche. Helene Weber blieb als sozial engagierte Pädagogin nicht bei der individuellen Verbesserung weiblicher Bildungschancen zur Überwindung sozialer Not stehen, sondern ebnete als Ministerialrätin im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt von 1920 bis 1933 den Weg für strukturelle Veränderungen im Bereich der Mädchen- und Frauenbildung. Während der von ihr selbst so benannten „Zeit der Stille“ von 1933 bis 1945<sup>5</sup> blieb Weber die Netzwerkerin im Untergrund. Sie hielt persönliche Kontakte zu katholischen Frauengruppen im ganzen Land und wurde nicht müde, religiöse, kulturelle und soziale Bildungsarbeit zu leisten – was ihr letztlich selbst Halt gab. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges knüpfte sie über den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge an ihre seit 1916 verfolgten Bestrebungen wieder an, für Sozialarbeiterinnen eine beamtenrechtliche Altersabsicherung durchzusetzen. In Nordrhein-Westfalen erreichte sie 1959 das Ziel, alternative weibliche Lebensentwürfe auch strukturell zu verankern: Es wurde die Möglichkeit eines Quereinstiegs in die Beamtenlaufbahn geschaffen.

Das vierte und letzte Kapitel ist als vergleichende Zusammenfassung angelegt. Hier sollen die Zusammenhänge von Ausbildung und Professionalisierung und die Gründe für die Erfolge und Misserfolge der Bildungspolitikerin Helene Weber analysiert werden.

## **II. Helene Webers Verständnis von Frauenbildung**

### **II.1. Über das Klassenzimmer hinaus: Volksschullehrerin – Studienrätin – Bildungspolitikerin**

Bilden – das hieß für Helene Weber prägen und formen, letztendlich auch verändern. In ihrer Zeit als Abgeordnete des ersten deutschen Bundestages sprach sie 1951 vor katholischen Frauen über die Aufgaben der lehrenden Frau: „Wir sollen die Kinder so bilden und formen – die Mädchen anders als die Buben, denn die Mädchen müssen einmal Frauen und die Buben Männer werden –, dass sie, wenn sie die Schule verlassen, wissen, was eine christliche Demokratie ist. [...] Und noch etwas: Wir müssen den Schülerinnen die Möglichkeit der Begegnung mit der sozialen Frage geben.“<sup>6</sup>

Aus diesen Worten spricht die Pädagogin und Bildungspolitikerin Helene Weber, die hier nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Schule als den zentralen Ort der Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu guten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern

---

<sup>5</sup> Vgl. Weber, Helene, Vom "Amt" zur "Aufgabe", in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 99-108, 101.

<sup>6</sup> Weber, Helene, Die Aufgaben der lehrenden Frau, in: Katholische Frauenbildung 52 (1951) 540-546, 546.

im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ansah.

Bildung war in Helene Webers eigenem Leben immer mit Demokratie und mit sozialem Handeln verbunden. Ihre Aufgeschlossenheit gegenüber der sozialen Frage wurde bereits in ihrem Elternhaus grundgelegt. Webers Vater war Volksschullehrer und Vorsitzender der örtlichen Zentrums-Partei in Wuppertal-Elberfeld. Die Partei bot der katholischen Minderheit in der ansonsten weitgehend protestantisch-pietistisch geprägten bergischen Industrieregion einen Ort ihrer politischen Interessenvertretung. So war es auch Helene Webers Vater, der ihre Affinität für politische und soziale Fragen förderte.<sup>7</sup>

Die Tochter folgte dem Vorbild des Vaters in der Wahl des Berufes. Gleichzeitig war 1897 die Ausbildung zur Volksschullehrerin die einzige einer Frau offen stehende berufliche Option. Auch die beiden Schwestern Helene Webers wählten diesen Weg. Die Ausbildung schloss Helene Weber 1900 mit dem Examen an St. Leonhard in Aachen ab und arbeitete dann bis 1905 an Volksschulen in Haaren bei Aachen und in Elberfeld, wo sie über ‚ihre‘ Kinder zahlreiche Facetten von Armut und sozialer Not kennenlernte.

Seit 1905 gehörte Helene Weber zu den ersten deutschen Studentinnen. Zu dieser Zeit waren Frauen zum Universitätsstudium in Preußen noch nicht zugelassen. Es gab lediglich Kurse, in denen für Lehrerinnen nach mindestens fünf Jahren praktischer Tätigkeit wissenschaftliche Bildung durch Hochschuldozenten vermittelt wurde. Helene Weber führten ihre Studien in der Zeit von 1905 bis 1909 nach Bonn und nach Grenoble. Die auf der Grundlage einer bestimmten inneren Einstellung vorgenommene Wahl ihrer Prüfungsthemen deutete den weiteren persönlichen wie beruflichen Werdegang bereits an: Im Fach Geschichte wählte sie das Spezialgebiet soziale Frage, in Französisch die soziale Komödie und in Philosophie die materialistische Geschichtsauffassung, „weil sie Grundlage des Marxismus ist“, wie sie selbst rückblickend angab.<sup>8</sup>

Über die Zeit als Oberlehrerin – die heutige Bezeichnung wäre Studienrätin – in Bochum und Köln hinaus sollte der Lebens- und Berufsweg Helene Webers aber weiter führen: seit 1916 Leiterin der ersten Sozialen Frauenschule des KDfB in Aachen, von 1919 an Referentin und schließlich von 1920 bis 1933 Ministerialrätin im Berliner Wohlfahrtsministerium. Gleichzeitig war Weber seit 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und nahm mit Unterbrechung durch das nationalsozialistische Regime bis 1962 durchgängig unterschiedliche Abgeordnetenmandate wahr. Birgit Sack vergleicht sie mit anderen katholischen Politikerinnen im Reichstag, in den Landtagen und Kommunen der Weimarer Republik und stellt fest: „Helene Weber war als Tochter eines Volksschullehrers die einzige soziale Aufsteigerin. Als Ministerialrätin nahm die gelernte Lehrerin eine der

---

<sup>7</sup> Vgl. Schmidt-Koddenberg, Angelika, Helene Weber (1881–1962), in: Michael Fröhlich (Hg.), Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002, 244–255, 244.

<sup>8</sup> Vgl. Weber, Aufgaben, 545.

ranghöchsten Positionen überhaupt ein, die Frauen in den Reichs- und Länderverwaltungen der Weimarer Republik besetzten.“<sup>9</sup>

Dieser Aufstieg im Parlament und in die Dezernatsleitung „Soziale Ausbildung und Jugendfragen“ des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt geschah auf dem Hintergrund katholischer Netzwerke: sozialkatholische Bewegung, Frauenstimmrechtsverein, Katholische Studentinnenvereine und Katholischer Deutscher Frauenbund.

## II.2. Lebens- und Glaubenserfahrung als Hintergrund der Bildungsvorstellungen

### II.2.1. Laienkatholizismus und Katholische Soziallehre

Ein wichtiger Impuls für Helene Webers Berufung zur sozialen Arbeit war die durch den katholischen Geistlichen Carl Sonnenschein<sup>10</sup>, den sie bereits aus Elberfeld persönlich kannte<sup>11</sup>, ins Leben gerufene sozialstudentische Bewegung. Durch die Einrichtung eines „Sekretariates sozialer Studentenarbeit“ in allen Universitätsstädten sollte der Klassengegensatz zwischen Akademikern und Nichtakademikern überwunden und das soziale Gespür unter den jungen Akademikern geweckt werden. Der Arbeiterführer, Journalist und Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei Joseph Joos<sup>12</sup> schrieb rückblickend über Webers erste Begegnung mit dem Kaplan Carl Sonnenschein, die gleichzeitig ihre erste intensive Begegnung mit dem Volksverein für das katholische Deutschland war: „1906. Helene Weber ist von Elberfeld nach M.-Gladbach herübergekommen, um etwas mehr vom Volksverein zu erfahren. In meiner Erinnerung sehe ich sie in Begleitung von Carl Sonnenschein, mit dessen

<sup>9</sup> Sack, Birgit, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998, 103.

<sup>10</sup> Carl Sonnenschein, geb. 15. Juli 1876 in Düsseldorf, gest. 20. Februar 1929 in Berlin; Gründer der sozialstudentischen Bewegung; 1894 Abitur; Aufnahme des Theologiestudiums in Bonn, ab Wintersemester 1894/95 als Germaniker an der Gregoriana in Rom. Schon zu dieser Zeit Beschäftigung „mit der sozialen Frage [...] referierte zunächst im kleinen Kreis über den Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler. [...] Zwischen 1898 und 1901 veröffentlichte er unter dem Pseudonym Lujo Saalenstein in der von Romulo Murri, einem der Väter der christlichen Demokratie in Italien, herausgegebenen Zeitschrift »Cultura Sociale« Aufsätze über den Arbeitsnachweis, die Sozialgesetzgebung und die Frage der interkonfessionellen Gewerkschaften. (28. Oktober 1900 Priesterweihe in Rom; 1902 Kaplanstelle in Aachen, bereits Anfang 1903 Versetzung nach Köln-Nippes, 1904 Vikar in Elberfeld) 1906 holte ihn August Pieper, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, als Referenten an dessen Zentralstelle nach Mönchengladbach.“ Grothmann, Detlef, Art. Sonnenschein, Carl, in: BBKL 10 (1995) 793-796. Vgl. Löhr, Wolfgang, Carl Sonnenschein (1876–1929), in: Jürgen Aretz/ Rudolf Morsey/ Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 4, Mainz 1980, 92-102.

<sup>11</sup> Vgl. Lange, Erhard H.M., Porträt Helene Weber (1881–1962). Ein Frauenleben für die Politik, in: Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte 21 (2006) 183-193, 187, Anm. 13.

<sup>12</sup> Joseph Joos, geb. 13. November 1878 in Wintzenheim, Kreis Kolmar, gest. 11. März 1965 in St. Gallen, Schweiz; 1903 Redakteur, dann 1906 Erster Redakteur bei der Westdeutschen Arbeiterzeitung in Mönchengladbach und Mitarbeiter in der Zentrale des Volksvereins für das katholische Deutschland ebd.; 1920–1933 Vorsitzender des Verbandes katholischer Arbeitervereine; 1919–1933 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags (Zentrum). Wachtling, Oswald, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrums Politiker. Politische Biographie 1878–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 16) Mainz 1974.

sozialstudentischem Sekretariat (SSS) sie eben bekannt gemacht worden war, der eigentlichen Zentralstelle zuschreiben.“<sup>13</sup>

Mit Joseph Joos und dessen Ehefrau Barbara<sup>14</sup> verband Helene Weber über Jahre hinweg eine „beglückende Übereinstimmung in allen Grundfragen der Zeiterfordernisse.“<sup>15</sup> Wichtiger Anhaltspunkt für die Suche nach Antworten auf diese Grundfragen, welche sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts katholischen Männern wie Joseph Joos und eben auch katholischen Frauen wie Helene Weber stellten, war sicherlich die Rezeption der ersten päpstlichen Sozialenzyklika *Rerum Novarum* von Papst Leo XIII.<sup>16</sup> Erhard H.M. Lange weist darauf hin, dass Helene Weber in ihrem Elternhaus schon früh Einblicke in den politischen Katholizismus gewann, „der in dem Umfeld stark von der katholischen Soziallehre her bestimmt wurde, welche durch die päpstliche Enzyklika „*Rerum Novarum* (1891) [...] eine richtungsweisende Grundlage fand.“<sup>17</sup> Das Erscheinen der Enzyklika gilt bis heute als die „Geburtsstunde“ der Katholischen Soziallehre. Das „Neue“ war die offizielle Zuwendung der institutionell verfassten Kirche in Gestalt des päpstlichen Lehramtes zur Arbeiterfrage. Die wichtigsten Inhalte von *Rerum Novarum* waren zum einen das Recht der Arbeiter auf Privateigentum und auf Bildung von eigenen Vereinigungen. Zum anderen wurde erstmals ausführlich die Staatsintervention zugunsten der jeweils Schwächeren thematisiert.

Zeitgleich gab es ab 1890 mit Beendigung des Kulturkampfes mehrere Möglichkeiten für den weiteren Weg des deutschen Laienkatholizismus. „Sollte man weiterhin [...] aus der Kulturkampf-Mentalität leben – also aus der Oppositionshaltung gegen den Staat, aus der konfessionellen Einigelung? Oder sollte man sich primär den gesellschaftlich-sozialen Aufgaben des ausgehenden 19. Jahrhunderts zuwenden, die moderne Welt primär als positive Aufgabe zur Bewährung des eigenen Christseins, und nicht bloß als

<sup>13</sup> Joos, Joseph, Im Rückblick, in: *Mohr/Prégardier*, Ernte eines Lebens, 63-70, 67.

<sup>14</sup> Barbara Joos, geborene Graß, geb. 31. Oktober 1883, gest. 1. Dezember 1939 in Köln; „1906 Sekretärin der kath. Arbeiterinnenvereine Westdeutschlands; 1908 Heirat [mit] Joseph Joos [...], 7 Kinder. Vorstandsmitglied des Reichsbundes der Kinderreichen; Mitarbeiterin der kath. Frauen- und Müttervereine in Düsseldorf; ab 1928 Vorsitzende des Kölner Stadtverbandes der kath. Müttervereine; Mitglied im KDF, Zweigverein Köln.“ *Sack*, Religiöse Bindung, 454.

<sup>15</sup> Joos, Rückblick 1991, 67.

<sup>16</sup> Leo XIII., Papst v. 20. Februar 1878 bis 20. Juli 1903, geb. 2. März 1810, „als Vincenzo Gioacchino Pecci in Carpineto Romano bei Agnagni, entstammte dem niederen Landadel [...] Die Wahl seines Namens Leo war ein äußeres Zeichen für den von ihm angestrebten Wandel in der Stellung des Papsttums. Leo XIII. ist als ausgesprochen »politischer Papst« in die Geschichte eingegangen. Sein Ziel war es, die Kirche aus ihrer selbstgewählten Isolierung gegenüber den neuzeitlichen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen herauszuführen. Ohne einschneidend mit der Politik seiner Vorgänger zu brechen, erstrebte Leo XIII. als Antwort auf die Nöte seiner Zeit die Restauration der von ihm als vorbildlich erachteten hochmittelalterlichen Ordnung von Kirche und Staat. [...] seine berühmteste Enzyklika »*Rerum novarum*« (1891) begründete seinen Ruf als »Arbeiterpapst«. Leo XIII. entwickelte hier eine Lehre von der menschlichen Person und ihren Rechten, von der Ordnung der Wirtschaft, von der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und der sozialen Verpflichtung des Staates.“ *Sauser, Ekkart*, Art. Leo XIII., in: *BBKL* 4 (1992) 1451-1463.

<sup>17</sup> *E. Lange*, Weber, 185f.

Bedrohung ansehen?“<sup>18</sup> Es entwickelten sich verschiedene Modelle eines katholischen Zusammenschlusses, von denen zwei in ihrer unterschiedlichen Ausrichtung hier zu nennen sind: Der Leoverein entstand nach einer Idee Papst Leos XIII. als eine Art ‚katholische Liga‘ gegen den 1886 gegründeten Evangelischen Bund. Dieses Modell hätte den Kulturkampfgeist und damit die Ghetto-Situation weiter geführt. Sozusagen als Gegenentwurf gründete sich 1890 der in Mönchengladbach ansässige Volksverein für das katholische Deutschland. Bis zum Ersten Weltkrieg hatte er eine wahre Erfolgsgeschichte zu verzeichnen: Fast 800.000 Mitglieder umfasste der Verein; er organisierte die Bildungs- und Schulungsarbeit mit Erwachsenen des katholischen Milieus, um das spezifisch katholische Bildungsdefizit zu beseitigen und er bildete schließlich einen wesentlichen Faktor der gesellschaftlichen Integration des Katholizismus ins Kaiserreich und mobilisierte die Wählerschaft des Zentrums.<sup>19</sup> Viele katholische Arbeiterführer und auch Zentrumspolitiker sind durch diese Schule des Volksvereins gegangen – ein Minister aus der Arbeiterklasse sagte später: „M.-Gladbach hat uns denken gelehrt.“<sup>20</sup> Sowohl zu den christlichen Gewerkschaften als auch zum Volksverein für das katholische Deutschland, zu dem Carl Sonnenschein ebenfalls in enger Beziehung stand, unterhielt Helene Weber enge Kontakte.<sup>21</sup>

Allerdings fand der Volksverein in katholischen Studenten- und Akademikerkreisen wenig Resonanz. Dass dieser Zustand sich mit sozialpolitisch sensiblen Persönlichkeiten wie dem katholischen Theologen Carl Sonnenschein und der katholischen Oberlehrerin Weber ändern sollte, wurde eingangs beschrieben. Helene Weber suchte als junge Pädagogin, die ab 1909 als Oberlehrerin am Städtischen Lyzeum und Oberlyzeum in Bochum, ab 1911 an der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln tätig war, den Kontakt zu den Vertretern des sozialen Katholizismus im Volksverein, in christlichen Gewerkschaften und in der sozialstudentischen Bewegung. Doch Helene Weber wollte mehr, suchte und fand gleichgesinnte Frauen. In ihrer Vita zum Ehrenpromotionsverfahren heißt es: „Der Katholische Deutsche Frauenbund schien ihr die Organisation, die die soziale Arbeit mit der Bildungsfrage und der politischen Verantwortung der Frau aufs Innigste verbinden könnte.“<sup>22</sup>

<sup>18</sup> Schatz, Klaus, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1986, 173; zu Ansätzen einer Katholischen Soziallehre vor 1891 in der „Schule von Lüttich“ und in der „Schule von Angers“ vgl. Furger, Franz, Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzungen, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, 26-31.

<sup>19</sup> Vgl. Grothmann, Detlef, Verein der Vereine? Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik (Paderborner historische Forschungen 9) Paderborn 1997, 12.

<sup>20</sup> Zitiert bei Schatz, Säkularisation, 176.

<sup>21</sup> Vgl. E. Lange, Weber, 187.

<sup>22</sup> Vgl. Universitätsarchiv Münster, Akte Ehrenpromotion, Begründungsschreiben. Es ist anzunehmen, daß diese Zeilen vom späteren Urkundenverleiher Prof. Dr. Heinrich Weber verfaßt wurden; zur Person Heinrich Webers und seiner fachlichen Beziehung zu Helene Weber vgl. Kap. 5.; Heinrich und Helene Weber standen in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zueinander.



### II.2.2. Frauenbildung und politische Verantwortung

In der Helene Weber maßgeblich prägenden Kölner Zeit entstanden die genannten Kontakte zum 1903 gegründeten KDFOB. Hier fand die christlich denkende und handelnde Akademikerin Weber eine institutionelle Plattform und eine geistige Heimat für ihre sozialen Aktivitäten. Aus der Überzeugung heraus, dass weibliches Denken und Handeln sich auch politisch auswirken muss, trat sie dem Kölner Frauenstimmrechtsverein bei. „KDFOB-Mitglieder wie Helene Weber (1881–1962), die aufgrund ihrer religiös-kirchlichen Bindung der Zentrumsparterie zuneigten, dort aber – anders als die Sozialdemokratinnen – keinen Rückhalt in der Stimmrechtsfrage fanden, engagierten sich anderweitig: So gehörte die damalige Studienrätin zum Vorstand der Ortsgruppe des ‚Frauenstimmrechtsvereins für Westdeutschland‘, der sich 1911 mit weiteren Regionalverbänden zur ‚Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht‘ zusammenschloss.“<sup>23</sup> Die Deutsche Vereinigung forderte allerdings das Frauenwahlrecht auf der Grundlage der konstitutionellen Monarchie und des herrschenden Dreiklassenwahlrechts – und ist somit innerhalb der Frauenstimmrechtsbewegung als konservativ einzuordnen.<sup>24</sup>

Der kriegsbedingte Ausnahmezustand vereinte jedoch schon bald alle Frauenbewegungen über weltanschauliche Grenzen hinweg im 1914 von Gertrud Bäumer<sup>25</sup> gegründeten Nationalen Frauendienst. Unter den katholischen Frauenorganisationen liefen alle Fäden zur Koordinierung der sozialen Kriegsarbeit beim KDFOB zusammen; unter dem Vorsitz von Hedwig Dranksfeld hatte im Frauenbund ab 1912 eine Politisierung eingesetzt. Mit Beginn der Politisierung des KDFOB rief Helene Weber zusammen mit Else Rodeck<sup>26</sup> und Antonie Hopmann<sup>27</sup> aus

<sup>23</sup> Sack, Birgit, Vertretungen nach eigener Wahl und aus den eigenen Kreisen. Katholischer Frauenbund, Zentrumsparterie und Zentrumspolitikerinnen in der Weimarer Republik, in: *Muschiol*, Katholikinnen, 239–254, 240.

<sup>24</sup> Vgl. Ebd., 241.

<sup>25</sup> Gertrud Bäumer, geb. 12. September 1873 in Hohenlimburg (Westfalen) als Tochter eines Pfarrers, gest. 25. März 1954 in den Bodelschwingschen Anstalten in Bethel; Lehrerin, Oberlehrerin, Promotion; Mitbegründerin der Marburger Lehrerinnenvereinigung, über die sie die Führerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Helene Lange, kennenlernte; gab ab 1901 mit Helene Lange das „Handbuch der Frauenbewegung“ heraus; 1907–1910 Redakteurin bei „Neue Bahnen“, der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (ADF); 1910–1919 Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF); 1914 Gründung des „Nationalen Frauendienstes“; 1916 Herausgabe des Organs der bürgerlichen Frauenbewegung „Die Frau“; 1919/20 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung für die Deutsche Demokratische Partei (DDP); 1920–1930 Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der DDP; 1922 Ministerialrätin in der kulturpolitischen Abteilung des Reichsinnenministeriums, Leitung des Schulreferates und der Jugendwohlfahrt. *Matthes, Eva/Hopf, Carolin* (Hg.), Helene Lange und Gertrud Bäumer. Ihr Beitrag zum Erziehungs- und Bildungsdiskurs vom Wilhelminischen Kaiserreich bis in die NS-Zeit, Bad Heilbrunn 2003.

<sup>26</sup> Zu Else Rodeck leider keine Angaben auffindbar.

<sup>27</sup> Antonie Hopmann, geb. 3. Juni 1882 in Werden (Essen), gest. 1. März 1941 in Köln; „1902 Lehrerinnenexamen, bis ca. 1905 StR in Bonn; 1905ff. Studium der Philosophie, Geschichte und Anglistik für das höhere Lehramt in Münster, 1909–1912 Dozentin am Lehrerinnenseminar in Koblenz, 1912–1917 StR in Köln; soziale Kriegsarbeit im Nationalen Frauendienst; 1916f, 1921–1935 nebenberufliche Dozentin an der Sozialen Frauenschule des KDFOB in Köln/Aachen und 1925–1926 an der Niederrheinischen Frauenakademie in Düsseldorf; 1917–1926 Leiterin der Fürsorgevermittlungsstelle bzw. der Abteilung für Arbeitsnachweis der Frauen im Arbeitsamt Köln; 1926–1941 Generalsekretärin des KDF. 1916–1941 Mitbegründerin und stellvertretende Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher

der jüngeren Generation des KDVB eine „Kommission für soziale Fragen und Bestrebungen“ im Kölner Zweigverein ins Leben. Die von dieser Gruppe organisierte Hilfeleistung nahm konkrete Gestalt an „in praktischen und theoretischen Kursen und Vorträgen für Heimarbeiterinnen und über die Heimarbeiterinnenfrage in Köln und Umgegend, in Bildungsabenden über Familienpflege, Literatur und Kunst und gemeinsamen Wanderungen.“<sup>28</sup>

Helene Weber brachte die durch Joseph Joos und Carl Sonnenschein mit entwickelte Idee der sozialen Bildung in den KDVB ein. Sie setzte sich vehement für das Aufbrechen des Klassendenkens zur Eröffnung neuer Lebensperspektiven für junge Frauen im ganzen Volk ein. Dies geschah sowohl in der theoretischen als auch in der praktischen Auseinandersetzung: „Zur Zielsetzung des KDVB gehörte zum einen die staatsbürgerliche Aufklärung und Bildung von Frauen mit der Ermunterung zu öffentlichem Engagement und zum anderen die Organisation einer Fürsorge für sittlich Gefährdete, Straffällige und körperlich oder geistig Bedürftige.“<sup>29</sup> Die Verbandsziele „politische Frauenbildung“ und „soziales Handeln“ wurden im KDVB als untrennbar betrachtet.

An Helene Webers Handeln ist dieser Zusammenhang unmittelbar abzulesen. Sie suchte bewusst den persönlichen Kontakt zu Mädchen und Frauen im Arbeitermilieu. So wurde das „Arbeiterkind“ Sibylla Hartmann<sup>30</sup> aufgrund des zielstrebigsten Agierens Webers ab Ende 1912 Mitarbeiterin im Gewerkverein der Heimarbeiterinnen und in der Zentralstelle des KDVB – als „erste Sekretärin von der Heimarbeit selbst her“<sup>31</sup>. Auf einer Veranstaltung im Januar/Februar 1912 über „Heimarbeit in Köln“ referierte die Oberlehrerin Helene Weber. In der anschließenden Diskussion meldete sich Sibylla Hartmann mit dem Hinweis auf weitere Vereinigungen von Heimarbeiterinnen zu Wort und schrieb im Rückblick über diese erste Begegnung mit Weber: „Helene Weber schnellte auf: ‚Was? Sie kennen Heimarbeit und Heimarbeiterinnen?!‘ Und als ich, die Diskussionsrednerin, mich still zur Tür verdrücken wollte: ‚Bleiben Sie hier!‘ Und ich blieb in der Überzeugung: Die hat etwas von Heimarbeit und der Not der

---

Sozialbeamtinnen, Vorsitzende des [Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen], Ortsgruppe Köln; 1931 Gutachterin einer Sachverständigen-Kommission des Kabinetts Brüning zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ Sack, Religiöse Bindung, 453f.

<sup>28</sup> Sack, Religiöse Bindung, 34f.

<sup>29</sup> Schmidt-Koddenberg, Weber, 246.

<sup>30</sup> Sibylla Hartmann, geb. 19. Februar 1890 in Köln, gest. 23. September 1973 ebd.; „Lager- und Fabrikarbeiterin, Schirmnäherin in Heimarbeit; 1912 Fortbildungskurse beim Volksverein; 1912–1917 Sekretärin beim Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, Ortsgruppe Köln; Betriebsfürsorgerin bei den städtischen Bahnen, dann Betreuerin von Munitionsarbeiterinnen; 1918ff. Mitarbeiterin der weiblichen Abteilung des Arbeitsamtes, dann beim Jugendamt der Stadt Köln. 1912ff. KDVB-Mitglied; 1913ff. Mitbegründerin u. Mitglied der Frauenkommission der Kölner christlichen Gewerkschaften. Seit ca. 1910 Mitglied des Kölner Windthorstbundes, 1918ff. Mitglied der Kölner Zentrumsparität, nach 1945 Mitbegründerin der CDU in Köln; 1919–1933; 1946–1969 Stadtverordnete des Zentrums bzw. der CDU in Köln.“ Sack, Religiöse Bindung, 452f.

<sup>31</sup> So bezeichnet Hartmann sich selbst in ihrem Artikel Dietlein-Rust, Hedwig/Hartmann, Sibille, Beginn der Sozialarbeit, in: Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens, 23–30, 26.

Heimarbeiterin verstanden. Sie will Verbindung, sie will sie kennenlernen, um die Not aufzudecken – und zu helfen.“<sup>32</sup>

Helene Weber gewann Hartmann für die soziale Bewegung der katholischen Frauen in Köln. „Aber bald traf ein Brief von Helene Weber bei mir ein: ich solle mich um 9 Uhr abends in der Eifelstraße 50, III. Stock, einfinden. Schüchterner Besuch! [...] Unter den katholischen Frauen sei eine Volksbewegung entstanden, eine soziale Bewegung sei notwendig, Arbeiterinnen müßten mitmachen. Ein Kursus für Arbeiterinnen sei geplant für Mittwochnachmittags 5 Uhr in der Aula der Ursulinen. Auf meinen Einwand, das gehe nicht, sondern erst abends um 9 Uhr wäre eine Arbeiterin frei, wurde klargestellt, daß es ein Kursus *über* die Arbeiterinnenfrage sein sollte.“<sup>33</sup> Sibylla Hartmann nahm auf Betreiben Helene Webers und Joseph Joos an einer volkswirtschaftlichen Schulung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach teil, dessen Leiter der spätere Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns war<sup>34</sup>.

An diesem Beispiel lässt sich die enge Verbindung von pädagogischem und sozialpolitischem Bestreben im Hinblick auf Helene Webers Verständnis von Frauenbildung ablesen: Eine jede sollte nach ihren Fähigkeiten und unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gefördert und gleichzeitig gefordert werden, damit sie zukünftig auf der Grundlage von Bildung ihren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten könne.<sup>35</sup> Sie legte die Bedeutung von Bildung den Mädchen aus dem Arbeiter- wie aus dem Akademikermilieu gleichermaßen ans Herz. Für die Studentinnen tat sie dies maßgeblich über die ab 1909 gegründeten katholischen Studentinnenvereine. Nach Ulrike Hoppe forderte sie bereits vor Beginn des Ersten Weltkrieges in einem Artikel des Verbandsorgans „Die katholische Studentin“ die Studentinnen zu sozialer Arbeit auf. Sie sollten für sich begreifen, dass ihr soziales Engagement ihre Lebenserfahrungen erweiterte und sie vor intellektueller Einseitigkeit bewahrte. Im Kontakt zwischen Arbeiterinnen und Studentinnen sollten vorhandene Vorurteile überwunden werden, um die Arbeit der jeweils anderen in ihrem Wert zu

---

<sup>32</sup> Ebd., 23-25.

<sup>33</sup> Ebd., 25.

<sup>34</sup> Heinrich Brauns, geb. 3. Januar 1868 in Köln, gest. 19. Oktober 1938 in Lindenberg i.Allgäu; Zentrums-Politiker und katholischer Theologe; nach dem Studium der Theologie Kaplan in Krefeld und Essen-Borbeck; Studium der Volkswirtschaft und Staatswissenschaften; 1905 Abschluss mit Promotion; Direktor der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland; 1929 Vorsitzender der (katholischen) *Internationalen Arbeitskonferenz*; 1933 zusammen mit Wilhelm Marx und Adam Stegerwald im Prozess gegen den Kölner "Volksverein-Verlag" in seiner Funktion als Vorstandsmitglied des Volksvereins angeklagt, Prozess wurde 1934 eingestellt; 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für den Wahlkreis Köln-Aachen; Vorsitzender des Ausschusses für Sozialpolitik; anschließend bis zur März-Wahl 1933 Reichstagsabgeordneter; vom 25. Juni 1920 bis zum 12. Juni 1928 Reichsarbeitsminister; prägte die Sozialpolitik der Weimarer Republik, schuf die Grundlage für viele sozialpolitische Gesetze und Einrichtungen. *Mockenhaupt, Hubert*, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, Paderborn 1977.

<sup>35</sup> Diese Quintessenz zog sinngemäß die Zeitzeugin Theresa Bock im Gespräch am 4. Juli 2005 in Viersen. Theresa Bock hat die Katholische Fachhochschule Aachen von 1967–1970 geleitet und sieht sich ganz in der Tradition von Alice Salomon und Helene Weber stehend; über Helene Weber sagt sie - ähnlich wie Sibylla Hartmann - dass sie ihr zur wohlwollend-kritischen Lehrmeisterin wurde, die sie während ihrer Studien- und Berufszeit bis zu ihrem Tod „nicht aus den Augen ließ“.

schätzen und der „Kultureinheit im Volke“ näher zu kommen. Helene Weber versuchte im Ersten Weltkrieg, Studentinnen für die soziale Arbeit zu gewinnen. Nach dem Ersten Weltkrieg forderte sie die Studentinnen auf, die ihnen nun zugefallenen politischen Rechte und Pflichten auch wahrzunehmen.<sup>36</sup>

Bereits vor den ersten Gründungen einiger Studentinnenvereinigungen erfolgte 1906 die Gründung eines Jugendbundes des KDFB. Diese Tatsache war für den Verband und seine weitere gesellschaftspolitische Rolle in der Frauenbildungsdebatte von großer Bedeutung. Helene Weber definierte die Idee von sozialer Bildung geschlechtsspezifisch und übertrug sie auf die weibliche studierende Jugend. Sie vernetzte viele Studentinnengruppen in zahlreichen deutschen Universitätsstädten. Maria Offenberg<sup>37</sup> erinnert sich im Rückblick: „Als junge Abiturientinnen im Jugendbund des KDFB hat sie uns mit aufrüttelndem Wort über die Not der Arbeiterinnen sehr unruhig gemacht. [...] Ihr Wort und Anruf war so stark, dass manche den Kurs ihrer Studien änderten. Aus ihrem sozialen Kreis fanden sich später fünf Leiterinnen in den Konferenzen der Wohlfahrtsschulen.“<sup>38</sup>

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 engagierte Helene Weber sich konkret in der Einzelfallnothilfe der Soldaten- und Hinterbliebenenfürsorge. Sie motivierte Studentinnengruppen zu Sozialarbeit. Mit Antonie Hopmann sorgte sie dafür, dass die ersten Fabrikfürsorgerinnen eingesetzt wurden, als immer mehr Frauen in den Munitionsfabriken arbeiteten. Aktiv setzte sie sich über die im Rahmen des KDFB gegründete Kriegszentrale für Heimarbeit dafür ein, dass Frauen, die durch die Kriegsereignisse sozial auf sich allein gestellt waren, nicht ohne Einkünfte blieben.<sup>39</sup>

Gleichzeitig war Weber im KDFB maßgeblich daran beteiligt, politische Schulungsarbeit für Frauen zu organisieren. Akademisch gebildete Frauen sollten diese Weiterbildungen durchführen. Helene Weber sah die Gefahr, dass die große Mehrzahl der Frauen wegen fehlender Kenntnisse über politische Zusammenhänge leicht zu manipulieren sei. Durch diese Arbeit wurde der Verband mit seinem Schulungs- und Bildungsprogramm auch nach außen deutlich profiliert. „Sichtbares Zeichen der gestiegenen gesellschaftspolitischen Bedeutung des Verbandes und seines politischen Mitgestaltungsanspruchs war seine sechste Generalversammlung, die 1916 im Reichstagsgebäude unter dem programmatischen Titel ‚Die Frau als Mitgestalterin des neuen Deutschland‘ stattfand.“<sup>40</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. Hoppe, Ulrike, Katholische Studentinnenvereine 1909–1936. Ihr Selbstverständnis und ihre Vorstellungen vom weiblichen Lebenszusammenhang, Bonn 1990, 27.

<sup>37</sup> Maria Offenberg, geb. 4. August 1888 in Konitz (Westpreußen), gest. 5. April 1972 in Aachen; „1914 Studium der Volkswirtschaft, Geschichte und Philosophie in Münster, Freiburg und Berlin; Verwundetenhelferin; 1921f Schriftleiterin des KDF-Organes „Die Christliche Frau“; 1921–1941; 1946–1957 Direktorin der Sozialen Frauenschule des KDFB in Aachen. Mitglied des KDF-Jugendbundes in Düsseldorf; Mitglied im katholischen Studentinnenverein Hadwig und Mitarbeiterin im Sekretariat Sozialer Studentenarbeit; seit 1925 Vorstandsmitglied der Union Catholique Internationale de Service Social (UCISS).“ Sack, Religiöse Bindung, 459.

<sup>38</sup> Zitiert bei Rieden, Weber, 117.

<sup>39</sup> Vgl. E. Lange, Weber, 188.

<sup>40</sup> Sack, Vertretungen, 241.

### II.3. Weibliche Bildung und soziale Arbeit

Auf der soeben erwähnten Kriegstagung im Januar 1916 stellte Helene Weber in ihrer programmatischen Rede zur sittlich-sozialen Mission unverheirateter Frauen fest: „Die soziale Frage mit ihrer Fülle von Problemen und praktischen Lösungsversuchen verlangt noch dringender nach Frauenmission. Wir sind uns längst darüber klar geworden, dass Verständnislosigkeit und hochmütige Herrenmoral unübersteigbare Mauern zwischen den Klassen errichten, dass die soziale Frage auch eine Seelenfrage ist.“<sup>41</sup>

Die bis zu diesem Zeitpunkt in der Einzelfallnothilfe und in der Fabrikarbeiterinnenfürsorge gesammelten Erfahrungen bestätigten die engagierten Frauen um Helene Weber in der Ansicht, dass es einen Bedarf an hauptamtlicher Fürsorgearbeit gab und dass diese Arbeit eine fachliche Fundierung benötigte.<sup>42</sup> Helene Weber formte immer mehr den aus einer inneren Logik und gesellschaftspolitischen Notwendigkeit sich ergebenden Zusammenhang von sozialer Arbeit und weiblicher Bildung. Diesen Zusammenhang artikulierte sie deutlich vernehmbar und machte in der Folge die Etablierung und Professionalisierung sozialer Arbeit zu ihrer persönlichen Lebensaufgabe. In ihrer oben genannten Rede forderte sie darum weiter: „Ich verlange die beste und tiefste Vorbildung für diese Mission. Aber ich sehe in ihr eine **Mission**, also viel mehr als Arbeitstechnik. Sie mag nun beruflich oder ehrenamtlich ausgeübt werden, fast immer wird sie ein Schaffen an Menschen, ein persönlicher Dienst. Das soziale Leben würde verarmen und verbürokratisieren ohne Frauenarbeit, die ganz und nicht nur gelegentlich sich einsetzt.“<sup>43</sup>

Damit formulierte Weber die Forderung nach professioneller Ausbildung für weibliche soziale Arbeit und griff eine innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung und unter den Trägern der freien Wohlfahrtspflege diskutierte Entwicklung auch für die katholische Frauenbewegung auf. Bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts gab es in vielen deutschen Städten Veranstaltungen mit dem Ziel, den in der sozialen Arbeit engagierten Personen, in erster Linie waren es Frauen, wichtige theoretische Grundlagen zur sozialen Frage zu vermitteln. Doch der entscheidende Impuls zu einer systematischen Ausbildung im Bereich sozialer Arbeit ging von der Berliner Initiative des Vereins Frauenwohl und der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur aus, damit von den Jüdinnen Jeanette Schwerin<sup>44</sup> und Alice Salomon<sup>45</sup>. Die 1893 ins Leben gerufenen

<sup>41</sup> Weber, Helene, Die sittlich-soziale Mission der unverheirateten Frau, in: *Zentralstelle des Katholischen Frauenbundes Deutschlands* (Hg.), Kriegstagung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands im Reichstagsgebäude zu Berlin 1916, Köln 1916, 66-74, 68.

<sup>42</sup> Vgl. Schmidt-Koddenberg, Weber, 246.

<sup>43</sup> Weber, Mission, 68. Hervorhebung im Original.

<sup>44</sup> Jeanette Schwerin, geborene Abarbanell, geb. 21. November 1852 in Berlin, gest. 14. Juli 1899 in Berlin, Tochter eines renommierten jüdischen Arztes in Berlin; später Ehefrau des Arztes Dr. med. Schwerin; 1892 gründete sie zusammen mit ihrem Gatten die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ zur Reformierung der Armenpflege und fungierte als zweite Vorsitzende; als Vorsitzende der „Sozialen Kommission“ richtete sie eine Auskunftsstelle ein, die über die Wohlfahrtseinrichtungen Berlins informierte und aus der sich das „Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen“ entwickelte; Beteiligung an der Gründung der ersten öffentlichen Lesehalle in Berlin; ab 1896 Vorstandsmitglied des „Bundes

Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit sollten nach Salomons Vorstellungen junge Mädchen und Frauen zu ernster Pflichterfüllung im Dienste der Gesamtheit erziehen. 1899 veränderte sich die Arbeitsweise der Berliner Mädchen- und Frauengruppen, indem die bisher lose zusammengefügte Vortragsreihe zu einem Jahreskurs mit festem Programm und der Forderung nach verbindlicher Teilnahme umgestaltet wurde. Das Modell kam an und verbreitete sich auch über die Grenzen Berlins hinaus. Besonders die weiterführende Idee einer Stellenvermittlung in unterschiedlichste Praxisfelder der sozialen Arbeit fand großen Anklang. Nicht unwichtig für das Verständnis der Bestrebungen Alice Salomons ist die Tatsache, dass in der jüdisch-ethischen Tradition die Begriffe für „Gerechtigkeit“ und „Wohltun“ sprachlich als identisch gelten.<sup>46</sup> Salomon betonte den dienenden Charakter der sozialen Arbeit, die für sie selbstverständlich ehrenamtlich ausgeübt werden sollte.

Der Wille zum Dienen, Hingabefähigkeit und Opferbereitschaft waren zeitlebens auch für Helene Weber zentrale Begriffe, allerdings hat sie sich bereits ab 1916 dezidiert für die bezahlte Festanstellung von auszubildenden Sozialarbeiterinnen eingesetzt, wie noch zu zeigen sein wird. Doch zunächst soll im zweiten Kapitel das Verständnis von sozialer Arbeit vor dem Hintergrund zeitgenössischer bürgerlicher Vorstellungen von Weiblichkeit und Frauenrollen betrachtet werden, bevor Webers Ansatz eines spezifisch katholischen weiblichen Berufsethos entfaltet wird.

---

Deutscher Frauenvereine“; seit 1897 Leitung der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit; zusammen mit Marie Stritt (1855–1928) leitete sie die 1898 geschaffene „Kommission für Gewerbeinspektion“, die auf ihre Initiative in eine „Kommission für den Arbeiterinnenschutz“ umgewandelt wurde; 1899 Herausgabe der ersten Hefte des „Centralblatts des Bundes Deutscher Frauenvereine“. *Probst, Ernst*, Superfrauen, Feminismus und Familie, Mainz 2006.

<sup>45</sup> Alice Salomon, geb. 19. April 1872 in Berlin, gest. 30. August 1948 in New York, Tochter des jüdischen Lederhändlers Albert Salomon und seiner Frau Anna, geb. Potocky-Nelken; seit 1893 Mitglied und ab 1899 Vorsitzende der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Arbeit in Berlin; 1896 bei mehrwöchigem Englandsaufenthalt erstmals Berührung mit Idee der Settlementbewegung, die ihr weiteres soziales Engagement beeinflusste; 1900–1920 Schriftführerin und stellvertretende Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine sowie seit 1909 Schriftführerin des Internationalen Frauenbundes; 1902–1906 Studium der Nationalökonomie in Berlin; Dissertation 1906 „Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit“; 1916 Konversion zur evangelischen Kirche; 1917–1933 Vorsitzende der Konferenz sozialer Frauenschulen; seit 1929 Vorsitzende des Internationalen Komitees; 1937 Ausweisung aus Deutschland. Vgl. *Lautenschläger, Gabriele*, Art. Salomon, Alice, in: BBKL 8 (1994) 1247–1250.

<sup>46</sup> Vgl. dazu Einleitung „Soziale Arbeit und Frauenbewegung zwischen 1890 und 1933“ in: *Eggemann, Maike/Hering, Sabine* (Hg.), Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit. Texte und Biographien zur Wohlfahrtspflege, Weinheim 1999, 7–20. Als weitere Pionierinnen der sozialen Arbeit stellen die Hg. neben Jeanette Schwerin und Alice Salomon noch Elisabeth Gnauck-Kühne, Berta Pappenheim, Henriette Fürth, Helene Simon, Frieda Duensing, Gertrud Bäumer, Marie Baum, Siddy Wronsky und Hilde Lion vor. In diesem Zusammenhang sind auf katholischer Seite für die zeitgenössische und die nachfolgende Frauengeneration zu nennen: die Gründerin und Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder Agnes Neuhaus, die Generalsekretärin des Katholischen Fürsorgevereins Elisabeth Zillken, die Gründerin der Münchener Sozial-Caritativen Frauenschule Ellen Ammann, die Mitbegründerin der Sozialen Frauenschule Köln/Aachen des KDFB Hedwig Dransfeld, die Gründerin der Sozialen Frauenschule des KDFB Berlin Maria Heßberger, die Direktorin der Wohlfahrtsschule der Stadt Köln Dr. Amalie Lauer, die Gründerin von zwei Sozialen Frauenschulen in Montevideo und Caracas Dr. Else Peerenboom-Missong (diese Gründung erfolgte allerdings erst 1934).

### III. Ein spezifisch katholisches weibliches Berufsethos?

#### III.1. ‚Geistige Mütterlichkeit‘ als strategisches Instrument der bürgerlichen Frauenbewegung

Alice Salomon als Pionierin der Sozialarbeit formulierte 1901: „Neben all den Eigenschaften und Fähigkeiten, die Mann und Frau in gleichem Maße besitzen können, neben Pflichttreue, Eifer, Ausdauer und Zuverlässigkeit bringt die Frau für diese Arbeitsgebiete noch ihr ausgewiesenes Gefühlsleben mit, ihre alles verstehende Milde und Nachsicht [...] ihre Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit bei der Verrichtung auch kleiner und unbedeutender Aufgaben [...] schließlich ihre Mütterlichkeit, die Fähigkeit, die Mutterliebe vom Haus auf die Gemeinde zu übertragen, auf die Welt, die dieser Kräfte so dringend bedarf.“<sup>47</sup>

Damit griff Salomon eine traditionell den Frauen zugeschriebene, sogenannte Wesenseigenschaft der „Mütterlichkeit“ strategisch auf und nutzte sie zur Erreichung eigener Ziele. Die von der leiblichen Mutterschaft losgelöste „Mütterlichkeit“ war zum zentralen Begriff der Frauenbewegung in Deutschland geworden und wurde als geschlechtsspezifischer Wesenszug allen Frauen zugeschrieben. Nach bisherigem Forschungsstand handelt es sich bei dem Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ wahrscheinlich um ein rein deutsches Phänomen. Die mit der 1848er Revolution in Deutschland einsetzende Kindergartenbewegung wird von Ann Tyler Allen als erster Versuch gewertet, die Neuerungen in der Kindererziehung (im Kontrast zu zwischen 1820 und 1848 entstandenen Kleinkinderschulen) mit neuen Formen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu verknüpfen.<sup>48</sup> Die beabsichtigte Reform zielte dabei sowohl auf die bessere und fürsorglichere Betreuung der Kinder aus der Arbeiterklasse und damit auf einen Versuch zur "Versöhnung der Klassen" ab, als auch auf die Durchsetzung des Einflusses "geistiger Mütterlichkeit" – als Ausdruck spezifisch weiblicher Kompetenzen – auf die gesamte Gesellschaft. Mit diesem Ansatz war eine Missionsaufgabe für die Frauen formuliert worden, welche sie dazu aufrief, "aus der Familie in die Welt" aufzubrechen, um dort für eine Reform des "großen sozialen Haushalts" zu wirken.<sup>49</sup> Die Zeuginnen, auf welche Allen sich im Rahmen ihrer Darstellung der Ursprünge eines deutschen "mütterlichen Feminismus" bezieht, sind: Emilie Wüstenfeld, Charlotte Paulsen, Bertha von Mahrenholz-Bülow, Malwida von Meysenbug, Henriette Schrader-Breymann und Henriette Goldschmidt – Persönlichkeiten, die laut Sabine Hering in den hiesigen Darstellungen der Geschichte der deutschen Frauenbewegung im Prinzip nur dann Berücksichtigung finden, wenn es um die Rekonstruktion der frühen sozialpädagogischen Ausbildungsmodelle geht. Allen

---

<sup>47</sup> Salomon, Alice, Die Frau in der sozialen Hilfstätigkeit, in: Helene Lange/Gertrud Bäumer (Hg.), Handbuch der Frauenbewegung, Berlin 1901, 1-119, 90.

<sup>48</sup> Vgl. Allen, Ann Tylor, Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland 1800–1914, Weinheim 2000, 93.

<sup>49</sup> Vgl. Ebd., 118-131.

aber versteht diese Frauen als Pionierinnen einer neuen zivilen Kultur, deren Ziel es war, die Familienreform und die Gesellschaftsreform miteinander zu verbinden.<sup>50</sup>

Unter „geistiger Mütterlichkeit“ wurden alle „spezifischen weiblichen Kräfte“, die sogenannten erzieherischen, hegenden und pflegenden Eigenschaften sowie die Fähigkeit zu gefühlvoller Wärme und Emotionalität zusammengefasst. Unter dem Motto „Übet geistige Mütterlichkeit“ prägte besonders Henriette Schrader-Breymann das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“. 1874 gründete sie in Berlin das Pestalozzi-Fröbel-Haus als Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen. Das Grundmotiv der Übertragung mütterlicher Fürsorge von der Familie auf die Gesellschaft erläutert Allen an verschiedenen Beiträgen. Sie zeigt auch, wie erfolgreich diese Einflussnahme zum Teil gewesen ist. So schlägt Allen einen Bogen von der Gründung des Pestalozzi-Fröbel-Hauses, über die Teilhabe von Frauen an den Sozialreformen der Jahre 1888 bis 1902, die Kampagnen des Bundes für Mutterschutz, die Wirksamkeit des von Hedwig Heyl und Anna von Gierke gegründeten Jugendheims Charlottenburg bis zur Tätigkeit Frieda Duensings in der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge.

Unter Rückgriff auf das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ war die soziale Arbeit zunächst als exklusiver Frauenberuf legitimiert und verschaffte vor allem bürgerlichen Frauen eine Möglichkeit der gesellschaftlich akzeptierten außerhäuslichen Betätigung. Angelika Schmidt-Koddenberg weist darauf hin, dass „Soziale Arbeit“ aber eben nicht nur als Vehikel zu beruflicher bzw. öffentlicher „Betätigung“ der Frauen diene, sondern zugleich wesentlich die Frauenbildungsdebatte strukturierte und vorantrieb.<sup>51</sup>

Alice Salomon stellte im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge ein Grundlagenprogramm für eine geplante Soziale Frauenschule vor. Auf der Generalversammlung 1907 in Eisenach wurde die fachliche Ausbildung für beruflich in der sozialen Arbeit Tätige zur Ergänzung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit gefordert.<sup>52</sup> 1908 erfolgte dann die Gründung der ersten von Alice Salomon geleiteten Sozialen Frauenschule in Berlin. „Sie ist davon überzeugt, dass sich die karitative Arbeit der „Pionierinnen“ unter Einbezug der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus den Bereichen Medizin, Psychologie, Soziologie und Volkswirtschaft zur qualifizierten Arbeit von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Ebenen weiterentwickeln muss. Ihre Aktivitäten mündeten 1925 in der Gründung der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin.“<sup>53</sup> Auch Helene Weber ging es um die wissenschaftliche Fundierung sozialer Arbeit, besonders auch unter Einbeziehung der modernen Sozialwissenschaften. Wie sie sich dabei mit Alice Salomon in einer

---

<sup>50</sup> Vgl. Ebd., 90.

<sup>51</sup> Vgl. Schmidt-Koddenberg, Angelika/Silva Antunes Alves, Susanne da/Ernst, Renate, Weibliche Führungskräfte im Berufsfeld Soziale Arbeit. Ein Beitrag zur Machtfrage, in: Brigitte Hasenjürgen/Christine Rohleder (Hg.), *Geschlecht im sozialen Kontext. Perspektiven für die soziale Arbeit*. Schriften der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Bd.1, Opladen 2005, 145-177, 148, Anm. 3.

<sup>52</sup> Vgl. Bock, Teresa, Teresa Bock. \* 21. Oktober 1927, in: Heitkamp, Hermann/Plewa, Alfred (Hg.), *Soziale Arbeit in Selbstzeugnissen*, Freiburg i.Br. 1999, 55-84, 74.

<sup>53</sup> Eggemann/Hering, Wegbereiterinnen, 16. Helene Weber war seit der Gründung der Akademie Vorstandsmitglied.



Beziehung kollegialer Nähe und doch gebotener Distanz befand, soll im weiteren Verlauf dieses Kapitels beschrieben werden. Von Bedeutung im vorliegenden Zusammenhang ist, dass die bürgerliche Frauenbewegung mit dem Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ arbeitete und dass dieses Konzept von der katholischen Frauenbewegung in spezifischer Weise aufgegriffen und ergänzt wurde.

### **III.2. Katholische Übertragung: Jungfräulichkeit und ‚Geistige Mütterlichkeit‘**

In der Frühzeit des Christentums wurde die Jungfräulichkeit der Frauen besonders eng mit dem Martyrium verbunden. Die Kirchenväter sahen die Jungfräulichkeit eindeutig der Ehe überlegen an und propagierten sogar innerhalb der Ehe den Verzicht auf Sexualität. Dies ist aber nach Anne Jensen auch unter dem Aspekt zu sehen, dass Sexualität in der Spätantike „keine Kategorie erfüllten Menschseins“ war. So schien der „Ausstieg aus den biologischen Zwängen den Weg in eine neue Freiheit und Selbstverwirklichung zu eröffnen.“<sup>54</sup> Diese Möglichkeit des Ausstiegs griffen viele Frauen der katholischen Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder auf, um ihren emanzipatorischen Zielen in Übereinstimmung mit der eigenen christlichen Tradition mehr Gewicht zu verleihen.

So war Helene Webers Ideal die unverheiratete Frau, die sich in Ausübung geistiger Mutterschaft mit ganzer Hingabe ihrer Aufgabe widmen sollte – ebenso wie eine Ehefrau und Familienmutter sich nach ihrer Auffassung ganz und gar den Erfordernissen ihrer körperlichen Mutterschaft zu verschreiben hatte. Dies sollte sie nach Weber allerdings immer als nach Bildung strebende Frau und Mutter tun, wie sie während der Deutschen Frauenwoche im Juni 1925 in Köln betonte: „Je mehr die Erziehung der Kinder und alle anderen Aufgaben der Familie als erste und feinste Kulturarbeit gewertet werden, desto mehr müssen wir die Hochschätzung der Frau und die Entfaltung ihrer geistigen Kräfte wünschen. [...] Man spricht viel von der Stille des Frauengemütes, in der die kämpfende Menschheit ausruhen sollte. Wir wissen längst, daß diese Stille nichts zu tun hat mit Unwissenheit und Unerfahrenheit. Die Familie braucht heute jene Frauenpersönlichkeiten, die ihre geistige Bildung und den Kampf ihres Lebens umgestaltet haben zu einem starken Lebensmut, der stiller und ausgeglichener macht als jene kindliche Naivität, die manches nur ahnend erfaßt. Das mütterlich starke Empfinden geht durch wirklich erworbenes Bildungsgut nicht verloren. Im Gegenteil, es wird noch stärker, reicher und gestaltungskräftiger.“<sup>55</sup> Eine Kombination aus den Lebensentwürfen der gebildeten Mutter und der Berufstätigen war für Helene Weber bis zu ihrem Lebensende nicht vorstellbar.

Helene Weber kämpfte für das Berufsethos der Ledigen. Mit der Mehrheit der katholischen Frauenbewegung ergänzte sie unter Bezugnahme auf das in der

<sup>54</sup> Jensen, Anne, Thekla, Vergessene Verkünderin, in: Karin Walter (Hg.), Zwischen Ohnmacht und Befreiung. Biblische Frauengestalten, Freiburg i.Br. 1988, 173-179, 179.

<sup>55</sup> Weber, Helene, Familie, Volk und Vaterland, in: Erneuerung der Familie, Vorträge gehalten bei der Gelegenheit der Deutschen Frauenwoche am Rhein, Köln 1925, 58-60, 58f.

katholischen Tradition gängige Modell der Jungfräulichkeit das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“. Die Frauen schufen auf diese Weise eine moralisch legitimierte Grundlage zur Verwirklichung von geistiger und ökonomischer Unabhängigkeit.<sup>56</sup> Weber zog den sogenannten Lehrerinnenzölibat, der in Preußen sogar gesetzlich vorgeschrieben war, als Standesideal der weltlichen Lehrerin<sup>57</sup> zur Etablierung ihrer Vorstellung eines weiblichen Berufsethos heran: „Die Mutterschaft ist nicht die einzige, aber sie ist die natürlichste Bestimmung des Weibes, und eine Sehnsucht verborgener, ungelöster Gemütskraft ruht in diesen vielen. Sie will sich auswirken. Sie strebt nach einem persönlichen Beruf. Ja, noch mehr [...] So sehen wir die jungfräuliche Seele schaffen am sittlich-sozialen Werk der Jahrhunderte: unvergängliche Werte, die die Menschheit höher ziehen, gehen hervor aus ihrer Hand.“<sup>58</sup>

Immer wieder bezog Helene Weber sich in Vorträgen auf die Vorbilder jungfräulicher Frauen der kirchlichen Tradition. „Die Ordensschwestern pflegen im Mittelalter Kranke, helfen den Armen; fromme Gemeinschaften wie die der Beginen, setzen mit ihrer Hilfe da ein, wo keiner sie mehr spendet. [...] Der Segen all dieser Frauen war Arbeit, und Arbeit ist auch die erste Mission der Unverheiraten.“<sup>59</sup> In der mittelalterlichen Bewegung der Beginen<sup>60</sup> schien sie eine ideale Lebensform unverheirateter katholischer Frauen zu sehen. Denn Weber teilte eine innere Spannung mit vielen religiös gebundenen Frauen ihrer Zeit: Einerseits war sie bestimmt von dem Wunsch nach einem Leben in Gemeinschaft und andererseits auch von dem Wunsch, ein vollkommen selbstbestimmtes Leben zu führen. Vermutlich erschien ihr die Ehe als Lebensmodell denkbar ungeeignet und die sogenannte Kameradschaftsehe<sup>61</sup> lehnte sie kategorisch ab. So wundert es nicht, dass sie auf das Beginentum als ein mögliches weibliches Lebensmodell rekurrierte. Birgit Sack hat in ihrer Kollektivbiographie

<sup>56</sup> Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 38.

<sup>57</sup> Zur Auseinandersetzung um den Lehrerinnenzölibat und die inhaltliche Unterstützung der Position des KDFB durch den Münsteraner katholischen Theologen Joseph Mausbach siehe: Niehaus, Irmgard, Die Krone unserer Berufswürde. Die Auseinandersetzung um den Lehrerinnenzölibat im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen und im Katholischen Frauenbund, in: Muschiol, Katholikinnen, 43-67.

<sup>58</sup> Weber, Mission, 73.

<sup>59</sup> Ebd., 66.

<sup>60</sup> Beginen ist die mittelalterliche Bezeichnung für jene Frauen, die seit dem späten 12. Jh. die üblichen Frauenrollen, Gattin und Mutter bzw. Nonne, wenigstens zeitweise ablehnten, um eine neue Lebensform zu wählen: Beginen wohnten meist gemeinsam in Häusern und Konventen, später eigenen Siedlungen innerhalb von Städten (Beginenhöfe besonders in Belgien) oder zogen trotz vieler Verbote vagierend umher. Sie verzichteten besonders anfangs freiwillig auf jeden Wohlstand und ernährten sich durch Bettelei oder Handarbeit. Ziel dieser Lebensform war es, für ein intensives Frömmigkeitsleben frei zu sein, ohne lebenslänglich durch die monastischen Gelübde gebunden zu sein. Vgl. Dinzelbacher, Peter, Beginen, in: Ders., Wörterbuch der Mystik, Stuttgart 1989, 48.

<sup>61</sup> Unter Kameradschaftsehe ist nach von Soden Folgendes zu verstehen: „eine öffentlich anerkannte, legalisierte Verbindung zwischen zwei jungen Menschen [...], die in den ersten Jahren des Zusammenseins die Zeugung von Kindern durch bewusste Geburtenregelung vermeiden. Auf sich allein gestellt sollten die Partner die Tiefe ihrer gegenseitigen Zuneigung und Belastbarkeit prüfen und – war beides nicht mehr gegeben – diese ‚Kameradschaftsehe‘ schnell und unbürokratisch auflösen können“, Soden, Kristine von, Auf dem Weg zur "neuen Sexualmoral" - die Sexualberatungsstellen in der Weimarer Republik, in: Johanna Geyer-Kordesch/Annette Kuhn (Hg.), Frauenkörper, Medizin, Sexualität. Auf dem Weg zu einer neuen Sexualmoral, Düsseldorf 1986, 237-262, 243.

weiblicher Abgeordneter als Kennzeichen aller Frauen dieses auch bei Helene Weber immer wieder deutlich durchklingende Bedürfnis herausgearbeitet: die Verbindung von Religiosität und Eigenständigkeit, von selbstverständlicher Loyalität zum zeitgenössischen katholischen Frauenbild und der angestrebten Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Da das Ordensleben für die meisten der Frauen nicht in Betracht kam, suchten sie bewusst alternative Lebensformen, manchmal in Gemeinschaft mit weiblichen Verwandten oder Freundinnen oder in bewusst alternativen religiösen Lebensformen wie z.B. dem Dritten Orden des Hl. Franziskus.<sup>62</sup> „Religiösität sollte dem Berufsleben dienen, dort Stütze und Halt sein, nicht umgekehrt. Das Nonnendasein hätte eine Ein- und Unterordnung persönlicher und beruflicher Interessen in eine strenge Klosterordnung bedeutet. Insofern wäre es keine Alternative zur Ehe gewesen.“<sup>63</sup>

Immer wieder standen bei Helene Weber aber gleichzeitig Demut- und Opferbereitschaft sowie Hingabefähigkeit sowohl an das Leben in der Berufs- als auch an das Leben in der Kloster- oder Ehe- und Familiengemeinschaft im Vordergrund. Ostern 1921 ermutigte sie zur Zeit der beginnenden Wirtschafts- und Finanzkrise ihre mittlerweile in diesen unterschiedlichen Lebenskontexten stehenden ehemaligen Schülerinnen der ersten Sozialen Frauenschule des KDFB, im Glauben fest zusammen zu halten. Unter Rückgriff auf die biblischen Klagen des Propheten Jeremias ging sie auf die Alltagsrealität der Frauen ein: „Ich fürchte, dass die Stunden der Niedergeschlagenheit in den letzten Jahren bei manchen von Ihnen wie eine Frau Sorge im grauen Kleid sich ins Alltagsleben geschlichen haben, weil wir alle fast nichts sehen von dem, was wir wirken. Die sozialen Verhältnisse sind fast nicht zu meistern in ihrer gigantischen Kompliziertheit und Abhängigkeit von tausend Nebenfragen.“ Die letzte Passage des Briefes verdeutlicht einmal mehr Helene Webers aus dem Glauben gespeiste Begründung für ihr christlich-soziales Engagement, als praktische Auswirkung ihrer bildungs-, sozial- und berufspolitischen Vorstellungen: „Ob nicht das demütige Dienen das einzige Mass ist, mit dem wir Christen messen dürfen? Es überholt jede Statistik, steht jeden Morgen mit neuem Mut auf, sieht an jedem Menschen noch den sonnigen Schein der Kindschaft Gottes und wälzt die unerträgliche Bergeslast, die uns heute mehr als sonst bedrückt, auf den, der von jedem nur sein Mass verlangt.“<sup>64</sup>

Helene Weber bezog in ihre Berufsauffassung ganz konkret auch das Leben von Studentinnen und die Bedeutung der katholischen Studentinnenvereine mit ein. „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Helene Weber diejenige war, die den Studentinnen ihre soziale und politische Verantwortung nahe zu bringen suchte, um sie zu aktiver Wahrnehmung ihrer sozialen und politischen Aufgaben zu bewegen. Dabei war es ihr jedoch wichtig, dass dies mit dem richtigen Berufsethos geschah. Um die

<sup>62</sup> Der Dritte Orden des Hl. Franziskus war eine religiöse Laienvereinigung, die mit dem Gelübde lebenslanger Jungfräulichkeit außerhalb der Klostermauern verbunden war. Vgl. dazu weiter Sack, Religiöse Bindung, 106, Anm. 130.

<sup>63</sup> Ebd., 106.

<sup>64</sup> Archiv KDFB, Rundbrief an ehemalige Schülerinnen, Briefabschrift, unverzeichnet – freundlicherweise zur Verfügung gestellt von der Archivleiterin Frau Dr. Mütter.

Entwicklung eines weiblichen Berufsethos, insbesondere für die in der Sozialarbeit stehenden Frauen, bemühte sie sich darum vorrangig.<sup>65</sup> Als Richtschnur für das ehelose Leben als Berufstätige formulierte Helene Weber 1930: „Die jungfräuliche Berufsfrau, die in Gott ruht und in der Welt schafft, die den Menschen liebt und mit der Ewigkeit verbunden bleibt, ist nach den Worten des Propheten: Die Einsame, die mehr Kinder hat, als die, die den Mann hat.“<sup>66</sup>

Die katholischen Studentinnenvereine behielt Helene Weber Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre besonders im Blick und setzte sich für die weitere Entwicklung des Konzeptes der „geistigen Mütterlichkeit“ in der nächsten Frauengeneration ein. Als Ehrenaltmitglied des Verbandes wünschte sie sich 1929, dass die jungen Frauen „in der destabilen Familiensituation wie gesellschaftlichen Lage von den Studentinnenvereinen dazu angehalten werden müssten, nicht im Hinblick auf mögliche spätere materielle Vorteile hin zu studieren, sondern mit dem Ziel, sich in einem möglichst breit angelegten, aber in die Tiefe gehenden Studium umfassende Bildung anzueignen. Dadurch sollte ihnen ihr geistiges Mutter-Werden, im Sinne von sich hingeben an Personen und Ideen, ermöglicht werden, um später – im öffentlichen wie privaten Leben – Verantwortung übernehmen und Vorbild sein zu können.“<sup>67</sup> Nach Webers Ansicht war dies die Verpflichtung der Studentinnengeneration der zwanziger Jahre gegenüber den Frauen der Frauenbewegung, die ihnen das Studium zugänglich gemacht hatten.<sup>68</sup>

Von den jungen Frauen verlangte Weber absolute Hingabefähigkeit an den Beruf allgemein, speziell aber erwartete sie Opferbereitschaft und Hingabefähigkeit von künftigen Sozialarbeiterinnen. Anklänge an eine klosterähnliche Lebensgemeinschaft mitten in der Welt fanden sich bereits ab November 1916 in der Gestaltung des Schullebens der Sozialen Frauenschule des KDFB in Köln. Zeitgleich mit der Schulgründung am 8. November 1916 kam es am 11. November 1916 zur Vereinsgründung der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen im Sinne einer katholischen Berufsbewegung. Helene Weber, die Zeit ihres Lebens den Vorsitz dieses Verbandes führte, betonte auch hier immer wieder die religiös-sittliche Vertiefung der einzelnen Berufspersönlichkeiten. Auf einer Konferenz der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege im Oktober 1921 in Weimar trat die Ministerialrätin Helene Weber „bezügl. der Gesinnungsbildung in den sozialen Frauenschulen für Internate ein, die allein es der Leitung der Schule möglich machen, mit den Schülerinnen innerlich zusammenzuwachsen.“<sup>69</sup> An den Neubauplänen des

<sup>65</sup> Hoppe, Studentinnenvereine, 29.

<sup>66</sup> Weber, Helene, Gedanken über den Sinn unserer Bewegung, in: *Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen* (Hg.), Geschichte und Probleme der Berufsbewegung katholischer deutscher Sozialbeamtinnen, Köln 1930, 5-12, 11.

<sup>67</sup> Giwjorra, Maria, Die geistesgeschichtliche Lage der heutigen Zeit und die Studentin, Referat von Frau Ministerialrat Weber (Wiedergabe), 6-8, zitiert nach: Hoppe, Studentinnenvereine, 29.

<sup>68</sup> Vgl. Hoppe, Studentinnenvereine, 29.

<sup>69</sup> Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, CA 980 II, Konferenz zur Beratung über die Fragen der Ausbildung zur sozialen Arbeit veranstaltet von der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege vom 24.–26. Oktober 1921 in Weimar; Quellenangabe freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Elli Reichert und Manfred Hermanns.

Architekten Rudolph Schwarz ist gut abzulesen, wie klosterähnlich der gesamte Schulkomplex mit seinem kreuzgangähnlichen Innenhof angelegt war. In Aachen-Burtscheid schuf Schwarz einen Bau bestehend aus „Schule für rund 140 Schülerinnen, Internat für 32 Schülerinnen, Verwaltungsräumen und zwei Dienstwohnungen. Das Internat liegt um einen großen Blumenhof herum. Jedes einzelne Zimmer hat unmittelbaren Zugang zu diesem.“<sup>70</sup> Der Neubau der Schule, der das äußere Erscheinungsbild der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen bis heute prägt, wurde am 5. Juli 1930 mit einem Sommerfest eingeweiht. Helene Weber nahm daran als Ehrengast teil.

### III.3. Einfluss der Jugendbewegung

Bereits in den 1920er Jahren hatte sich die Jugendbewegung in Deutschland neu formiert<sup>71</sup> und prägte auch die Entwicklung im Jugendbund des KDFB. „Kontakte zu Burg Rothenfels, dem Zentrum der katholischen Jugendbewegung werden gepflegt. Neue Formen jugendgemäßen Gemeinschaftslebens, Wandern; Spiel, Tanz und Musik werden erprobt. [...] Die Formung der Persönlichkeit trat in den Vordergrund, aber betont in der Ausrichtung auf Verantwortung für andere, für Volk und Kirche.“<sup>72</sup> Sabine Hering und Edith Kramer weisen in ihrer Untersuchung zur Entwicklung der sozialen Berufsarbeit zwischen 1910 und 1960 darauf hin, „dass die bedeutendsten Überschneidungen von Frauenbewegung und Jugendbewegung ohne Zweifel im Bereich sozialer Arbeit zu verzeichnen waren.“<sup>73</sup> Dieser Zusammenhang zeigte sich für die 1920er Jahre auch in der katholischen Frauenbewegung, insbesondere in den Aktivitäten Helene Webers und des KDFB. Im Januar 1924 erschien unter der Rubrik „Nichtamtliches“ in der „Volkswohlfahrt“ ein Artikel Helene Webers über die Not der weiblichen Jugend, in dem sie die Jugendbewegung an ihre soziale Verantwortung erinnerte und sie zu phantasievoller Krisenbewältigung aufrief: „Ich bin mir bewusst, dass neben vielen technischen Hilfsmitteln nur der Mensch in seiner vollen Hingabe und Gestaltungskraft die Lösung bringen kann; denn wir müssen unsere tiefsten Kräfte heute sammeln, um unser Volk zu retten. Wenn Jugendvereine jeder Art menschliche

<sup>70</sup> Gasper, Paul/Zapp, Mirjam, Die Geschichte der Sozialen Frauenschule in Aachen, in: Norbert Jers (Hg.), Soziale Arbeit gestern und morgen. FS zum 75-jährigen Bestehen der katholischen Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Aachen, Aachen 1991, 51-94, 67.

<sup>71</sup> „In der Absicht, aus eigener Kraft eine selbstverantwortliche Lebensgestaltung zu finden, bildeten sich Jugendgruppen, die - im Ausbruch aus Stadtleben und Industriegesellschaft - durch Wanderfahrten (↑ Wandervogel), Lagerleben, Pflege des Volkstanzes und -liedes, des Laienspiels und durch einfache Kleidung eine auf Freundschaft gegründete Gemeinschaft suchten. (...) Nach dem ersten Weltkrieg nahm die schon vorher erkennbare Zersplitterung der Jugendbewegung zu. Es entstanden völkische (z.B. Bündische Jugend; seit 1923 auch zusammenfassende Bezeichnung für alle politisch und konfessionell unabhängigen Jugendbünde), religiöse (z.B. Quickborn), weltbürgerlich-pazifistische und sozialistische Gruppen (z.B. Falken).“ Art. Jugendbewegung, in: „Die Zeit“-Lexikon 7 (2005), 325f., 325.

<sup>72</sup> Terhardt, Ursula (Hg.), Jugendbund des Katholischen Deutschen Frauenbundes. Ein Beitrag zur Frauenbewegung, Köln 2003, 6.

<sup>73</sup> Hering, Sabine/Kramer, Edith (Hg.), Aus der Pionierzeit der Sozialarbeit. Elf Frauen berichten, Weinheim/Basel 1984, 11.

Gemeinschaften waren, können sie nicht versagen; wenn Jugendführerinnen schöpferisch für die Jugend eintraten, werden sie jetzt neue Pläne aufbauen.“<sup>74</sup>

1925 erwarb der KDfB eine Bildungs- und Erholungsstätte in Bendorf und nannte sie Hedwig-Dransfeld-Haus. Damit siedelte auch das Jugendsekretariat des Verbandes von München nach Bendorf über. Der Jugendbund erhielt einen Ort und Lebensmittelpunkt, den alle mitgestalten konnten. Das Hedwig-Dransfeld Haus wurde für den Bund, die Gruppen im Land und die einzelnen Bundesschwester zu einem ähnlichen Identifikationsmerkmal wie Burg Rothenfels für den Quickborn und weite Teile der katholischen Jugendbewegung. Helene Weber hat als Initiatorin des Zusammenschlusses der jungen Generation im KDfB die Anliegen des Jugendbundes Zeit ihres Lebens mit Interesse und Unterstützung verfolgt. Die unverkennbaren Merkmale der Jugend- und Wandervogelbewegung wie Wanderungen, Pflege des Volkstanzes und -liedes und des Laienspiels prägten auch das Miteinander von Lehrenden und Lernenden an der Sozialen Frauenschule des KDfB in Aachen.<sup>75</sup>

Sowohl mit Blick auf das Leben und Wirken der Schülerinnen als auch in berufspolitischer Hinsicht betonte die Pädagogin und Politikerin Helene Weber immer wieder den besonders in der Jugendbewegung ausgeprägten Gemeinschafts- und Kameradschaftsgedanken.<sup>76</sup> 1930 hatte die ab 1916 in einem Berufsverband zusammengeschlossene Bewegung der katholischen Sozialarbeiterinnen schon eine Menge Berufs- und Lebenserfahrungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit gesammelt. Zu diesem Zeitpunkt stellte Helene Weber rückblickend nicht nur den Gemeinschaftsgedanken an sich, sondern einmal mehr das Wurzeln des Gemeinschaftsgedankens in einer zutiefst christlichen Lebensüberzeugung heraus: „Berufsbewegung ist deshalb mehr als gemeinschaftliches Ringen um Erkenntnisse und Kenntnisse. Sie ist die große stille oder lodernde Glut gemeinsamer Liebes- und Opferkräfte. Der geheimnisvolle Sinn des Wortes: *Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind [...]*, wird dadurch erfüllt. Die eine feuert die andere an. Freude wird

<sup>74</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), 42a M 25 1924, 72f; die „Volkswohlfahrt“ war Amtsblatt und Halbmonatsschrift des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt.

<sup>75</sup> So heißt es beispielsweise im Jahresbericht 1923/24 unter Punkt vier, Feste: „Im Dienste praktischer Volkskultur und Bildungspflege veranstalteten die Schülerinnen im Juni im Anschluß an den Kursus über Fragen ländlicher Kultur ein ländliches Volksfest in Halle und Garten des Bergdriesch. An drei Tagen des Monats Juli fand eine mittelalterliche Kirchwey anno 1545 unter Zugrundelegung mittelalterlichen Volksgutes, alter Volkslieder, Volkstanz und eines Volksspiels statt, das den jugendpflegerisch interessierten Kreisen der Stadt, sowie den berufstätigen Frauen aller Schichten zugänglich gemacht wurde. (...) Im engeren Kreise der Schulgemeinschaft wurden Waldspaziergänge, eine Wanderung nach dem Kloster Simpelveld in Holland, ferner eine Advents- und Abschiedsfeier veranstaltet.“ Weiter heißt es hier unter Punkt fünf, Gäste: „Im November 1923 ehrte Frau Ministerialrat Weber vom preußischen Wohlfahrtsministerium die soziale Frauenschule mit ihrem Besuch.“ Vgl., Archiv KFH NW, Abt. Aachen, Jahresbericht 1923/24 der Wohlfahrtsschule zu Aachen, Soziale Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes, unpaginiert.

<sup>76</sup> Zum Kameradschaftsgedanken siehe das Kapitel „Die halbe Tat!“, in: *Hering/Kramer*, Pionierzeit, 153-169; „Für unsere Interview-Partnerinnen ist die Kameradschaft gleichbedeutend mit Jugendbewegung. Sie verbinden damit auch in ihrem Berufsleben die Gemeinschaft der Frauen und Männer in ihren Ideen und Zielen, in ihren Schwierigkeiten.“ Ebd., 159. Dieser Kameradschaftsgedanke in den Mädchengruppen hatte nichts mit der sog. Kameradschaftsehe zu tun, siehe dazu Anm. 63.

geteilt, gebrochener Mut wird aufgerichtet, erloschene Flammen glühen auf. Unsichtbar oder sichtbar fassen viele Hände einander an. Das ist der *Seelen-Rundfunk* der vielen, die miteinander arbeiten.“<sup>77</sup>

## IV. Die Netzwerkerin in Schule, Berufsverband und Politik

### IV.1. Schulleitung der Sozialen Frauenschule des KDFB in Köln

Helene Weber vollbrachte als Pädagogin und Bildungspolitikerin das, was im Angesicht des Ersten Weltkrieges und seiner zu ahnenden sozialen Folgen nötig war. So erfolgte im November 1916 auf Betreiben des KDFB-Zentralvorstandes die Gründung einer Sozialen Frauenschule noch mitten im Ersten Weltkrieg. Diese Gründung war, wie oben beschrieben, geboren aus der nüchternen Erkenntnis sozialer Notwendigkeit und aus dem wachen Blick der Frauen für die eigene verbandliche Etablierung. Die Kölner Stadtväter waren an das selbstbewusste Auftreten der Frauen, besonders Helene Webers gewöhnt: „Mit dem Eifer, der für die ‚Sturm- und Drangjahre‘ ihres Lebens – so kennzeichnet sie diese Zeit – charakteristisch ist, appellierte sie an das Gewissen der Stadtverwaltung (damals von Dr. Konrad Adenauer geführt), rüttelte die Stadtväter Kölns aus ihrer bürgerlichen Ruhe und zeigte ihnen Möglichkeiten praktischen Handelns.“<sup>78</sup> So wurde die geplante Schule Realität und der von Helene Weber entworfene Studienplan in Theorie, sprich Vorlesungen, und Praxis, sprich Übungen, umgesetzt.

Das KDFB-Organ „Die christliche Frau“ berichtete 1916 über die Eröffnung der Schule und die, so mutet es an, nahezu einer inneren Logik folgende Leitungsübernahme durch Weber: „Die Grundsätze, die sie damals entwickelte wird sie jetzt in ihrer sozialen Erziehungsarbeit in Tat und Wirklichkeit übertragen können.“<sup>79</sup>

Ausgehend von der sozialen Frage „mit ihrer Fülle von Problemen und praktischen Lösungsversuchen“ hatte Helene Weber in ihrer programmatischen Rede auf der Kriegstagung des KDFB im Januar 1916 die Forderung nach einer schulischen Ausbildung für Sozialarbeiterinnen aufgestellt. Dabei differenzierte sie bereits das Berufsbild: „Neu ist auf sozialem Gebiete die Tätigkeit der Wohnungsinspektorin, die nicht nur die umfassende *Leibsorte* hat. Ihr Wirken ist viel feiner und verantwortungsvoller. Weil Jugendfürsorge in ihr Gebiet fällt, muß sie Verständnis für die tiefsten Zusammenhänge aller praktischen Fragen für die höchsten Verantwortungen im Menschenleben haben. Gleiches gilt für alle Arbeiten, bei denen Beamtinnen oder ehrenamtlich Schaffende jedem Fall innerlich nahetreten wollen und müssen, um die ganze Fülle äußerer Beeinflussung und psychologischer Bedingtheit zu erfassen. Denken Sie an das große Gebiet der Fürsorge. Viele wollen gerade dort nur die

<sup>77</sup> Weber, Gedanken, 8f.

<sup>78</sup> Dietlein-Rust, Hedwig/Hartmann, Sibille, Sozialarbeit, 29.

<sup>79</sup> Die Soziale Frauenschule an der Zentrale des Katholischen Frauenbundes Deutschlands, in: Die christliche Frau 14 (1916) 334-342, 334.

verheiratete Frau wirken lassen. Aber die reife Unverheiratete übt erfahrungsgemäß einen starken, reinigenden Einfluß auf die zerrissenen, von niederen Trieben zerwühlten Seelen aus, wenn ihre jungfräuliche Kraft gepaart ist mit tiefster Güte.“<sup>80</sup>

An dieser Argumentation ist schön abzulesen, wie Helene Weber es verstand, das Bestreben der bürgerlichen wie der konfessionellen Frauenbewegung nach Etablierung der sozialen Arbeit mit dem eigenen, spezifisch katholischen Berufsethos logisch zu verknüpfen. Nun war bereits im November 1916 der Zeitpunkt gekommen, von dem an die Pädagogin Helene Weber ihr berufsethisches Ideal als Schulleiterin einer eigenen Sozialen Frauenschule an Generationen von Mädchen und Frauen weiter vermitteln konnte. Sie übernahm, der inhaltlich-programmatischen Ausrichtung des Frauenbundes folgend, die Aufgabe der Heranbildung von Frauenpersönlichkeiten in der Kölner Schule. Ziel des KDFB war es, den eigenen Nachwuchs, „sowohl den ehrenamtlich arbeitenden, wie auch den innerhalb der eigenen Organisation berufstätigen, für seine Zwecke und in seinem Geist [zu] erziehen.“<sup>81</sup> Die heranzubildenden Persönlichkeiten sollten, so Weber, fest auf dem Boden der Kirche stehen und aus dem christlichen Caritasgedanken heraus ihre Arbeit verrichten, gleichzeitig durch die besten Lehrkräfte eine auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende Ausbildung erhalten und zu qualifizierten sozialen Mitarbeiterinnen für Staat und Gemeinde erzogen werden.<sup>82</sup>

Eine qualifizierte soziale Ausbildung von Frauen in der sozialen Arbeit lag sowohl im allgemeinen Interesse des sich im Krieg befindenden Staates als auch im Interesse der katholischen Kirche. Die Frage, wie diese Ausbildung konkret auszugestalten sei, bot allerdings Anlass zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den am Etablierungsprozess beteiligten Akteuren. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Prozess der auf Betreiben Helene Webers am 11. November 1916, also zeitgleich mit der Gründung der Schule, ins Leben gerufende Verband der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen. Der neue Verein war dem KDFB eng verbunden und auf dessen Unterstützung angewiesen. Diese enge Verflechtung wurde durch das Recht des KDFB dokumentiert, eine Vertreterin, die Sozialbeamtin sein musste, in den Zentralvorstand zu entsenden.<sup>83</sup> Hedwig Dransfeld drückte diese innere Verbundenheit so aus: „Die

---

<sup>80</sup> Weber, Mission, 68.

<sup>81</sup> Soziale Frauenschule, 334.

<sup>82</sup> Helene Weber erwähnte auch die bereits 1911 eröffnete Soziale Frauenschule des KFD in München und die für Ostern 1917 geplante Eröffnung einer Sozialen Frauenschule in Berlin. Hinzuzurechnen war noch die von Gräfin Graimberg in Heidelberg gegründete Schule. Zur Geschichte der Schulen und ihrer Gründerinnen vgl.: Wosgien, Gerlinde, Die Geschichte der sozial-caritativen Frauenschule, in: Bayerischer Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (Hg.), Festschrift Neun Jahrzehnte starke Frauen in Bayern und der Pfalz. 1911–2001, München 2001, 254–275; Helene-Weber-Schule (Hg.), Helene-Weber-Schule 1917–1967. 50 Jahre Katholische Schule für Sozialarbeit, Berlin 1967. sowie: Die Gründung der katholischen Sozialen Frauenschule, in: Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Berlin (Hg.), Festschrift Katholischer Deutscher Frauenbund 1909 bis 1999 – 90 Jahre in Berlin, Berlin 1999, 30–31; für die Heidelberger Schule vgl. Zeller, Susanne (Hg.), Maria von Graimberg. Vierzig Jahre Sozialarbeiterinnenausbildung in Heidelberg, Freiburg 1989.

<sup>83</sup> Vgl. Paulini, Christa, Der Dienst am Volksganzen ist kein Klassenkampf. Die Berufsverbände der Sozialarbeiterinnen im Wandel der Sozialen Arbeit (Siegener Studien zur Frauenforschung 8) Opladen 2001, 113. Paulini untersucht den „Verband evangelischer Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands“, den „Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen“ und den überkonfessionellen „Deutschen Verband der



katholischen Sozialbeamtinnen sind zum weitaus größten Teil aus der katholischen Frauenbewegung hervorgegangen, und sie müssen sowohl für ihre Person als auch für die Ausgestaltung ihres Berufes wurzelfest in ihr verankert bleiben, um ihre Ziele zu erreichen.“<sup>84</sup>

Das Ziel des KDFB, die soziale Ausbildung für Mädchen und Frauen gesellschaftlich und politisch zu etablieren, wurde stark vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, dem Kölner Kardinal Hartmann<sup>85</sup>, gefördert. Er bat den Zentralvorstand des KDFB um die Abfassung einer Denkschrift über die Soziale Frauenbildung zur Vorlage bei der nächsten Bischofskonferenz. Am 3. August 1917 lud Hedwig Dransfeld die Bischöfe der einzelnen Diözesen, Vertreter und Vertreterinnen des Caritasverbandes, der Fürsorge- und Mädchenschutzvereine, der Lehrerinnenvereine, katholische Schulorganisationen und Vertreterinnen aller katholischen Schulen zur Beratung über die neuen Aufgaben ein. Hedwig Dransfeld legte dar, dass die sozialen Ausbildungsstätten im Interesse aller deutschen Katholiken stünden und dass die Ausbildungspläne die Billigung der kirchlichen Behörden finden müssten. Ergebnis des in Frankfurt am Main stattfindenden Treffens war eine „Denkschrift über die soziale Frauenbildung“, die von der Fuldaer Bischofskonferenz sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde<sup>86</sup>.

Damit war der weitere Weg zur Etablierung einer sozialen Berufsausbildung für die katholischen Fachfrauen, insbesondere für Helene Weber als Protagonistin der katholischen sozialen Frauenberufsbewegung, frei. Eine staatliche Ausbildungsordnung existierte noch nicht. In einem vertraulichen Papier „Die Ausbildung katholischer Sozialbeamtinnen“ des KDFB-Zentralvorstandes deutete sich die weitere Entwicklung allerdings bereits an: „Es steht aber, sicherem Vernehmen nach, in einzelnen Bundesstaaten, in erster Linie in Preußen, eine behördliche Regelung des sozialen Frauenbildungswesens in Aussicht. Wir Katholiken haben an dieser Regelung das lebhafteste Interesse. Denn die Sozialbeamtinnen werden demnächst berufen sein, in ihrer beruflichen Eigenschaft einen großen Teil unserer Wohlfahrtspflege in die Hand

---

Sozialbeamtinnen“ (die Mehrzahl der zukünftigen Gründungsmitglieder kam aus dem Umkreis der Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit). Sie siedelt ihre Analyse der Verbände im Spannungsfeld zwischen dem weiblichen „Ethos der Selbstlosigkeit“ und gewerkschaftlichen Strategien der Interessenvertretung an.

<sup>84</sup> Zitiert nach *Paulini*, Dienst am Volksganzen, 113, Anm. 183.

<sup>85</sup> Felix von Hartmann, Erzbischof von Köln, geb. 15. Dezember 1851 in Münster (Westfalen) als Sohn eines Oberregierungsrats, gest. 11. November 1919 in Köln; 1864 Eintritt in die bischöfliche Erziehungsanstalt Gaesdonck bei Goch; seit 1870 Theologiestudium in Münster; 19. Dezember 1874 Priesterweihe; Übersiedlung nach Rom zum Studium des Kirchenrechts; Tätigkeit als Kaplan in Heimatdiözese; „1889 Geheimsekretär und Kaplan des Bischofs Hermann Dingelstad von Münster, 1894 Geistlicher Assessor und Geistlicher Rat, 1903 Domkapitular, 1905 Generalvikar, 1910 Domdechant und 1911 Bischof von Münster, (29. Oktober 1912 Wahl zum Erzbischof von Köln, 9. April 1913 Inthronisation; 1914 Ernennung zum Kardinalpriester durch Pius X.) bemühte sich im Ersten Weltkrieg erfolgreich um Militärseelsorge, Betreuung der Kriegsgefangenen und Begnadigung vieler von deutschen Kriegsgerichten verurteilter Ausländer. Nach 1918 vertrat er energisch die Rechte der Kirche, besonders in der Schulfrage und gründete 1919 im Zuge der Erneuerungsbewegung des deutschen Katholizismus den Jugendbund „Neudeutschland“.“ *Bautz, Friedrich Wilhelm*, Art. Hartmann, Felix von, in: BBKL 2 (1990) 577.

<sup>86</sup> Vgl. *Paulini*, Dienst am Volksganzen, 115f., Anm. 195.

zu nehmen; und es kann uns nicht einerlei sein, mit welchen seelischen und arbeitstechnischen Vorbedingungen sie an ihre Aufgabe herantreten, und in welchem Geiste sie dieselbe verrichten.“<sup>87</sup>

Mit Pioniergeist ging Helene Weber ans Werk. „Sie hatte den Studienplan (Vorlesungen und praktische Arbeiten) entworfen und Fachkräfte aus Volkswirtschaft und Rechtspflege, Theologie und Medizin, aus sozialen, karitativen und pädagogischen Wirkungskreisen [...] als Dozenten gewonnen.“<sup>88</sup> Die Möglichkeit, als katholische Frau das soziale und gesellschaftliche Leben aktiv gestalten zu können, hat auf Helene Weber sicherlich einen besonderen Reiz ausgeübt. An dieser Stelle sei auf eine katholische Zeitgenossin hingewiesen, die sich nicht in Preußen, sondern in Bayern wie Helene Weber gesellschafts-, verwaltungs- und strukturpolitisch für die Reform des Mädchenschulwesens engagierte. Die Vorstellungen Maria von Gebsattels (1885 – 1958) von der Rolle der Frau blieben sehr traditionell und entsprachen ohne Abstriche den Stellungnahmen der Bischöfe. Sie begrüßte zwar die Einführung des Frauenwahlrechtes, hat sich allerdings nicht dafür eingesetzt, sondern sah es dann als ein pragmatisch zu nutzendes Mittel an, um den Glauben zu verteidigen und zu fördern.<sup>89</sup> „Sie sprach vornehmlich auf Versammlungen, die von bayerischen katholischen Frauenorganisationen [...] veranstaltet wurden. [...] Allerdings engagierte sie sich nicht im Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFFB), obwohl sie im bayerischen Landtag mit Ellen Ammann (1870 – 1932), der Leiterin des Zweigvereins München des KDFFB, zusammenarbeitete, um die Gesetzgebung voranzubringen. Ihrer Meinung nach war der KDFFB von der geistlichen Hierarchie zu unabhängig.“<sup>90</sup>

Gerade diese Unabhängigkeit garantierte den katholischen Frauen um Helene Weber und Hedwig Dransfeld aber, sich nicht eines Tages einem geistlichen Diktat beugen zu müssen.<sup>91</sup> Sie konnten als Katholikinnen die Reform der Mädchenbildung, der Sozialen Arbeit und der Frauenberufstätigkeit mit kirchlicher Unterstützung vorantreiben. Dies zeigt sich, wie bereits dargelegt, in der parallelen Gründung einer eigenen Schule und einer eigenen katholischen Berufsbewegung. Beide Einrichtungen standen mit ihrem Beginn unter der Leitung von Helene Weber.

Wahrscheinlich strebte Helene Weber die Schulleitung aber nicht zwangsläufig an. Hedwig Dransfeld übernahm in der Planungsphase zur Schulgründung eher die organisatorische Vorbereitung, Weber stand für die inhaltliche Schwerpunktsetzung. Nachdem diese Phase abgeschlossen war, sah Helene Weber sich wahrscheinlich zur Leitungsübernahme verpflichtet, denn: „Es gestaltete sich als ungeheuer schwierig, eine qualifizierte Frau zu gewinnen, die bereit war, die Leitung der geplanten

---

<sup>87</sup> Archiv KDFFB, 1-222-1, Eine Versammlung kath. Sozialbeamtinnen, Bericht vom 9. Oktober 1926, Vermerk: Vertraulich!

<sup>88</sup> Dietlein-Rust/Hartmann, Sozialarbeit, 29.

<sup>89</sup> Vgl. Reytier, Marie-Emanuelle, Maria Freiin von Gebsattel (1885–1958). Eine Adelige mit bürgerlichem Engagement, in: Muschiol, Katholikinnen, 223–237, 229.

<sup>90</sup> Ebd., 230.

<sup>91</sup> Der vom Verband selbst gewählte geistliche Beirat besaß im KDFFB kein Stimmrecht. Vgl. dazu den Beitrag von Annett Büttner in diesem Band.

Ausbildungseinrichtung zu übernehmen. Aus mehreren von Hedwig Dransfeld im Jahre 1916 verfassten Briefen geht hervor, dass die vermutlich erste Anfrage an Frau Gerta Krabbel<sup>92</sup> [...] erging. Am 13. Mai teilte Frau Dransfeld in einem Brief an Frau Lauer<sup>93</sup>, eine ebenfalls im Katholischen Deutschen Frauenbund engagierte Frau, mit, dass sich die Verhandlungen mit Frau Krabbel zerschlagen hätten. Darüber hinaus fragte sie an, ob nicht Frau Lauer bereit wäre, die Leitung der Sozialen Frauenschule zu übernehmen. Daß dies nicht zustandekam, lag insbesondere an den Gehaltsvorstellungen von Frau Lauer (4.500 – 5.500 RM), sowie an ihrem Wunsch nach Unkündbarkeit. Auch die Verhandlungen mit weiteren Frauen des Katholischen Deutschen Frauenbundes scheiterten daran, dass ‚tüchtige Kräfte‘ für den Frauenbund unbezahlbare Gehälter verlangten.“<sup>94</sup>

Die Oberlehrerin Helene Weber nahm die Herausforderung an. Sie schlug die ihr von Konrad Adenauer, dem ersten Beigeordneten der Stadt Köln, angebotene Direktorinnenstelle eines neu eingerichteten Lyzeums aus und übernahm zum 8. November 1916 die Schulleitung der Sozialen Frauenschule. Zuvor beantragte sie die Beurlaubung ihrer Tätigkeit vom Schuldienst an der Kaiserin–Augusta-Schule und widmete sich dann ganz der neuen Aufgabe. Sie tat dies unter Inkaufnahme persönlicher finanzieller Nachteile, denn am 9. November 1916 teilte ihr der Schuldirektor mit:

„Sehr geehrtes Fr. Weber, eben sendet mir das Provinzialschulkollegium den Bescheid des Ministers, dass der Urlaub für ein Jahr genehmigt ist unter der Bedingung, dass Sie die Kosten der Vertretung tragen. Der Anfang war, wie ich höre, recht schön und [...] dann bereits 30 Schülerinnen! Ich wünsche Ihnen recht viel Erfolg. Mit besten Grüßen, Ihr Meyer.“<sup>95</sup>

<sup>92</sup> Gerta Krabbel, geb. 20. März 1881 in Witten (Ruhr), gest. 15. März 1961 in Aachen; „1909 Abitur; 1909–1915 Studium der Geschichte, Philosophie und Germanistik für das höhere Lehramt, 1914 Promotion über den Humanisten Paul Skalich; 1915–1918 StR in Danzig und Berlin; 1918–1926 Dozentin an der Sozialen Frauenschule des KDFB in Köln/Aachen; 1926–1952 Vorsitzende des KDF, 1923–1941, 1951–1961 Redakteurin des KDF-Organs „Die Christliche Frau“. 1912ff. Vorsitzende des Verbandes katholischer deutscher Studentinnenvereine und 1914–1922, 1928–1932 Redakteurin des Verbandsorgans „Die katholische Studentin“; seit 1916 aktives Mitglied des KDF, Leiterin der Bildungskommission.“ Sack, *Religiöse Bindung*, 455f.

<sup>93</sup> Amalie Lauer, geb. 29. März 1882 in Bornheim (Frankfurt/Main), gest. 15. Oktober 1950 in Fulda, drittältestes von sechs Kindern des Schreiners und Kaufmanns Karl Lauer und dessen Ehefrau Amalie, geborene Sämann; Sozialpolitikern, Leiterin der Sozialen Frauenschule der Stadt Köln; engagierte sich aktiv in der katholischen Frauenbewegung; neben Lehrtätigkeit an einer Mädchenschule Ausbildung an der 'Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften' zur Diplomhandelslehrerin; im Anschluss Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Gießen und Tübingen; gleichzeitige Unterrichtstätigkeit an Berufsschulen; 1915 Abschluss des Studiums mit der Promotion zum Dr. phil., Thema der Dissertation: "Landwirtschaft und Heimarbeit in Deutschland"; nach Entschluss gegen lang gehegten Wunsch, Klosterschwester zu werden, Unterrichtstätigkeit an kaufmännischen Berufsschulen in Frankfurt/Main; zusätzliches Engagement in der Armen- und Waisenpflege; April 1917 Übernahme der Leitung der neu gegründeten "Wohlfahrtsschule der Stadt Cöln". Vgl. Berger, *Manfred*, Art. Lauer, Amalie, in: BBKL 22 (2003) 768-775; Sack, *Birgit*, Dr. Amalie Lauer 1882–1950, in: *Kölner Frauengeschichtsverein* (Hg.), "10 Uhr pünktlich Gürzenich". Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln, Köln 1995, 135-139.

<sup>94</sup> Gasper/Zapp, *Frauenschule*, 53-55.

<sup>95</sup> Archiv KFH NW Abt. Aachen, „Glückwünsche zur Eröffnung der Sozialen Frauenschule in Köln im November 1916“, unpaginiert.

Es bleibt zu fragen, ob Helene Weber in dieser Zeit von Ersparnissen lebte oder wie sie sich finanziert hat. Vermutlich hat der KDVB die Vertretungskosten für ihre Stelle an der Kaiserin-Augusta-Schule übernommen und war im Gegenzug von einer Gehaltszahlung im Umfang einer Schulleiterinnenstelle befreit. Sicher wusste Weber als Vorstandsmitglied um die Finanzlage des Verbandes und trat, um es in ihren eigenen Kategorien auszudrücken, opferbereit, demütig und gehorsam ihren Dienst als Schulleiterin an.

Amalie Lauer scheute sich hingegen nicht, ihre Gehaltsvorstellungen deutlich zu benennen. Es ist hier aber zu bedenken, dass eine Gehaltsforderung von 4.500 bis 5.500 RM für die damalige Zeit keine Unverschämtheit, sondern für alleinstehende Frauen eine Lebensnotwendigkeit war. Amalie Lauer wurde im April 1917 Leiterin der 1915 gegründeten Wohlfahrtsschule der Stadt Köln und war wie Helene Weber ab 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung und Zentrumsabgeordnete des preußischen Landtags. Anscheinend hat Amalie Lauer sich frühzeitig von dem in ihren Kreisen viel zitierten Berufsethos der Selbstlosigkeit und des Dienens gelöst und stand zu ihren klar benannten Gehaltsforderungen und Bedingungen für eine berufliche Absicherung (Unkündbarkeit). Damit setzte sie Maßstäbe auf dem Weg zur Anerkennung berufstätiger Frauen in Kirche und Politik und für die spätere Professionalisierung sozialer Arbeit. Allerdings sei abschließend auch die Frage erlaubt, ob der unter katholischen Vorzeichen stehende Ausbildungsweg in der sozialen Arbeit sich jemals so langfristig auf dem pluralen Bildungsmarkt hätte behaupten können, wenn nicht in der entscheidenden Anfangsphase Frauen wie Helene Weber Idealismus über persönliche finanzielle und über für die Frauenbewegung wichtige prinzipielle Interessen gestellt hätten. Denn gleichzeitig hat Helene Weber sich mit dem Tag der Schulgründung immer auch als Berufslobbyistin, organisiert im Verein der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen, kämpferisch für die strukturelle Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Verdienstmöglichkeiten und für eine Altersabsicherung des neu entstehenden Frauenberufes nicht nur bildungs- und berufspolitisch, sondern auch sozialpolitisch eingesetzt.

## IV.2. Verlegung der Schule

Am 6. Mai 1918 erfolgte wegen unüberbrückbarer Differenzen mit der Stadt Köln die Verlegung der Schule nach Aachen. „Sie konnte sich wegen der dortigen städtischen [Kölner, ergänzt Red.] Wohlfahrtsschule nicht durchsetzen. Öffentliche Beihilfen blieben aus. Der Konkurrenzkampf ging sogar so weit, daß der Frauenbundscheule die Ämter und Einrichtungen der Stadt Köln und des Landkreises Köln als Praktikastellen verschlossen blieben. So entschloß sich Helene Weber, die Schule nach Aachen zu verlegen.“<sup>96</sup>

---

<sup>96</sup> Bachem, Jenny, Bericht über den Zeitraum 1918 bis 1930, in: *Pressestelle der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, 1918–1978. 60 Jahre Katholische Ausbildungsstätte für Sozialarbeit in Aachen, Köln 1978*, 8-12, 8.

Rainer Krockauer vermutet, dass die Wahl Helene Webers auf Aachen fiel, weil eine Reihe maßgeblicher Frauen des Frauenbundes aus dem Aachener Raum stammte. Helene Weber hatte ihr Lehrerinnenexamen an St. Leonhard in Aachen abgelegt und einige Zeit als Volksschullehrerin in Haaren gearbeitet. In dem von Helene Webers direkter Nachfolgerin Maria Brinckmann verfassten Jahresbericht Ostern 1918 – Ostern 1919 sind als in der Aachener Stadt- und Kreisfürsorge ansässige Lehrkräfte der Medizinal- und Regierungsrat Clauditz, der Direktor des Kreiswohlfahrtsamtes Pomp und der Sekundärarzt des städtischen Krankenhauses Wesener aufgeführt.<sup>97</sup>

Zum Ende ihrer Eröffnungsrede der neu bezogenen Schulräumlichkeiten hielt Helene Weber am 6. Mai 1918 fest: „Aachen als Industriestadt, die die Fragen und Not der modernen Zeit kennt, als Kulturstadt, die Sinn hat für Weiterstreben und Weiterbildung, wird ein Mittelpunkt werden können für soziale Frauenbildung.“<sup>98</sup>

Maria Brinckmann schlug allerdings in dem oben genannten Jahresbericht bereits im Frühjahr 1919 deutlich andere Töne an. Für die Bevölkerung war das Kriegsende 1918 überraschend gekommen und so benannte Brinckmann sehr klar die mit dem linksrheinisch gewählten Standort Aachen verbundenen Schwierigkeiten: „Die strengen Absperrungsmaßnahmen gegen das rechte Rheinufer machen es zweifelhaft, ob die Neuangemeldeten von der rechten Rheinseite wirklich bei uns eintreten können. Die von ihnen vorschriftsmäßig eingereichten Einreisegesuche sind abgelehnt worden.“<sup>99</sup> Sie machte sich ernsthaft Sorgen, ob die Schule dauerhaft auf genügend auswärtige Schülerinnen bauen könne. Außerdem schien es wie schon in Köln auch mit dem Verhältnis zur Stadt Aachen nicht auf das Beste bestellt zu sein: „Die Stadt Aachen steht unserer Anstalt nicht wohlwollend gegenüber. Sie weigert sich, unsere Schülerinnen in ihren Büros arbeiten zu lassen; dadurch fehlen wichtige Ausbildungsstätten für die praktische Einführung in die soziale Arbeit, wie städt. Fürsorgeamt, Armenverwaltung, Waisenamt etc.“<sup>100</sup>

Vor der endgültigen Entscheidung für Aachen war auch die Stadt Münster in Westfalen als Schulstandort in die engere Wahl gezogen worden. Der Katholische Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder in Münster betrieb dort bereits eine eigene Wohlfahrtsschule. Er sah sich 1918 veranlasst, ein vier Punkte umfassendes Positionspapier zu erstellen, weil „der Katholische Frauenbund Deutschlands beabsichtigt, zu Ostern 1918 seine Soziale Frauenschule von Köln nach Münster zu verlegen. [...] Die seit längerer Zeit zwischen dem Katholischen Frauenbund und dem Katholischen Fürsorgeverein bestehenden Kompetenzschwierigkeiten haben den Frauenbund zu der Behauptung geführt, dass der Katholische Fürsorgeverein zu

---

<sup>97</sup> Vgl. Archiv KFH NW Abt. Aachen, 1919/1920, Abschrift Soziale Frauenschule des Kath. Frauenbundes Aachen, Bergdriesch, Jahresbericht von Ostern 1918 bis Ostern 1919, unpaginiert.

<sup>98</sup> Archiv KDFB, 1-64-2, 1, (Briefumschlag mit handgeschriebener Notiz „Aus der Eröffnungsrede von Dr. Helene Weber“ am 6. Juni 1918 in Aachen).

<sup>99</sup> Archiv KFH NW Abt. Aachen, 1919/1920, Abschrift Soziale Frauenschule des Kath. Frauenbundes Aachen, Bergdriesch, Jahresbericht von Ostern 1918 bis Ostern 1919, unpaginiert.

<sup>100</sup> Ebd.

Münster mit der Gründung seiner Kreisfürsorgerinnenschule sein Arbeitsgebiet überschritten habe.“<sup>101</sup>

Im Positionspapier folgt dann die detaillierte Darlegung der Schulgründung in Münster aus einer inneren Notwendigkeit der Arbeit in Zufluchtshäusern und Säuglingsheimen heraus. Zur Festigung der eigenen Position des Katholischen Fürsorgevereins heißt es: „Im übrigen scheint der Katholische Frauenbund die Ausbildung von Kreisfürsorgerinnen nicht immer für sein ureigenstes Anliegen gehalten zu haben. In den Leitsätzen für die Fuldaer Bischofskonferenz fordert er von der zu gründenden Frauenschule: Sie soll am Ort bereits bestehende Fachschulen (Fürsorgerinnenschulen, Kreisfürsorgerinnenschulen etc.) nicht schädigen. Bei der Wohlfahrtsschule in Münster handelt es sich zweifellos um eine solche zuständige Fachschule. Ferner scheint uns diese Meinungsäußerung des Frauenbundes mit Deutlichkeit daraus hervorzugehen, daß im Januar des Jahres Frl. Weber und Frau Hofrat Amman selbst uns auf eine geeignete Leiterin für unsere Kreisfürsorgerinnenschule aufmerksam machten. Damals sah also offenbar der Frauenbund nichts Ungehöriges in der Schulgründung des Fürsorgevereins. Wie hätte er sonst versucht, sie durch Rat zu fördern?“<sup>102</sup>

Zwei für den weiteren Weg Helene Webers wichtige Aspekte werden in diesem Dokument unter den Punkten zwei und drei angesprochen: Zum einen ist dies die aktuelle Verhandlungszurückhaltung des Katholischen Fürsorgevereins wegen der „Unsicherheit, die durch die Erwartung der ministeriellen Neuordnung geschaffen worden ist.“<sup>103</sup> Zum anderen warf der Frauenbund dem Fürsorgeverein vor, auf behördlichen Druck hin die Schule interkonfessionell auszurichten. Gegen diesen Vorwurf wehrte sich der Fürsorgeverein: „Die Zulassung evangelischer Schülerinnen ist und bleibt das einzige Zugeständnis, das die Wohlfahrtsschule den Behörden gemacht hat. Nach fester Übereinkunft müssen Vorstands- und Ausschußmitglieder stets katholisch sein, ebenso dürfen nur katholische Dozenten gewählt werden. Wollte man allein den Umstand, daß die Anstalt auch von evangelischen Schülerinnen besucht wird, zum Kriterium machen dafür, ob sie katholisch ist oder nicht, müßte man folgerichtig fast alle Klosterschulen als interkonfessionell bezeichnen.“ Die abschließende Forderung des Katholischen Fürsorgevereins lautet: „Es ist ernstlich zu überlegen, ob es nicht ratsamer wäre, den fünf zum Teil schon voll entwickelten, zum Teil noch in der Entwicklung begriffenen großen konfessionslosen Frauenschulen des Nordwestens (Köln, Düsseldorf, Dortmund, Hamm, Essen) zwei katholische Schulen an zwei verschiedenen Orten entgegenzustellen, anstatt zwei an sich lebensfähige Anstalten zu einer einzigen zu verschmelzen, für deren Lebensfähigkeit unter den obwaltenden Schwierigkeiten sogar ernste Bedenken herrschen müssen.“<sup>104</sup>

---

<sup>101</sup> Archiv KFH NW Abt. Aachen 1917/1918, Abschrift Positionspapier Kath. Fürsorgeverein Münster, 1-4, 1.

<sup>102</sup> Ebd., 2.

<sup>103</sup> Ebd., 3.

<sup>104</sup> Ebd., 4.

Helene Weber hat, wie anscheinend auch in dieser 1917/1918 geführten internen Auseinandersetzung mit dem Katholischen Fürsorgeverein, später immer wieder die Stärkung der katholischen Einflussnahme in der Bildungspolitik und im gesellschaftlichen Leben gefordert und forciert.<sup>105</sup>

Zum guten Schluss wurde die Kölner Schule nicht nach Münster, sondern nach Aachen verlegt und dort am 6. Mai 1918 eröffnet. Helene Weber verfolgte von diesem Zeitpunkt an die Entwicklung der Schule nicht mehr lange aus der Innenperspektive. Über die Kandidatur für die Deutsche Zentrumspartei (Wahlkreis Düsseldorf) führte ihr Weg bei den Wahlen am 19. Januar 1919 direkt nach Berlin. Hier übte sie dann parallel zwei Tätigkeiten aus. Zum einen war sie Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung, zum anderen nahm sie bereits ab dem 15. Oktober 1919 die Geschäfte eines Referenten in der Abteilung Jugendwohlfahrt und Allgemeine Fürsorge im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt wahr. Sie bearbeitete hier die Angelegenheiten der sozialen Frauenschulen, der Sozialbeamtinnen und der Jugendfürsorge.<sup>106</sup> Schon bald war Helene Weber an der erwähnten ministeriellen Neuordnung der sozialen Ausbildung als Ministerialrätin des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt selbst beteiligt. Für dieses Amt schlug Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald<sup>107</sup> sie am 17. Juli 1920 vor; sie war damit die erste Frau, die ein derartiges

<sup>105</sup> Dies zeigte sich z.B. in der Verweigerung der katholischen Sozialen Frauenschulen zum Beitritt in die Internationale Vereinigung Sozialer Schulen, wie Alice Salomon als Vorsitzende der Konferenz der Sozialen Frauenschulen 1929 in einem Brief an das nicht katholische Kollegium mitteilte: „[...] dass die katholischen Schulen definitiv den Beitritt zu der Internationalen Vereinigung abgelehnt haben und damit also ein Beschluss der Konferenz Sozialer Frauenschulen Deutschlands, der Internationalen Vereinigung Sozialer Frauenschulen beizutreten, unmöglich geworden ist.“ – Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen DZI C 9896, 48. Helene Weber schien „die katholische Internationale“ zu bevorzugen, wurde 1925 Gründungs- und Vorstandsmitglied der Union Internationale de Service Social, nach dem Zweiten Weltkrieg dann als Vorsitzende des Berufsverbandes Katholischer Fürsorgerinnen Mitglied des „Bureau“ dieser Internationalen Katholischen Vereinigung für Sozialen Dienst und bereitete einen 1954 in Köln durchgeführten, bedeutsamen Weltkongress mit vor.

<sup>106</sup> Vgl. Marcus, Paul, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: Archivalische Zeitschrift 83 (2000) 93–137.

<sup>107</sup> Adam Stegerwald, geb. 14. Dezember 1874 in Greußenheim bei Würzburg, gest. 3. Dezember 1945 in Würzburg; verheiratet 1902 mit Crescentia, geb. Humpel (1879–1951); wuchs als Sohn eines Kleinbauern mit sieben Geschwistern auf, dörfliche Volksschule; Lehre Schreinerhandwerk; trat während seiner Wander- und Gesellenjahre 1893 dem Kolpingverein bei, in dem er seine geistige Heimat fand; neben beruflicher Weiterbildung auch Besuch von Universitätsvorlesungen; Beitritt zum Arbeiterwahlverein der Deutschen Zentrumspartei und Engagement im 'Arbeiterschutz', einem Vorläufer der christlichen Gewerkschaften. Zentrum und interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsbewegung wurden zwei Richtungsentscheidungen in Stegerwalds Leben: 1899 Beteiligung an der Gründung des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften; im gleichen Jahr Übernahme des Vorsitzes des 'Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter' in München; 1903 hauptamtlicher Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften; 1916 hauptamtlicher Vertreter der Arbeiterschaft im Kriegsernährungsamt Berlin; 1917 Mitglied des Preußischen Herrenhauses; 1919 als Zentrumsabgeordneter Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung; 1920–1933 Mitglied des Reichstags und im Fraktionsvorstand (1929 als Vorsitzender); seit 1920 stellvertretender Parteivorsitzender; 1919/21 preußischer Wohlfahrtsminister; 1921 preußischer Ministerpräsident; 1929/30 Reichsverkehrsminister; 1930/32 Reichsarbeitsminister. Als Reichsarbeitsminister in den Krisenjahren der Weimarer Republik musste Stegerwald zahlreiche Einschränkungen sozialer Leistungen mit vertreten; mit der Abberufung Brünnings als Reichskanzler 1932 Ende der Ministertätigkeit. Stegerwald gehörte nicht dem Widerstand an, wurde jedoch nach dem 20. Juli

Amt in einem preußischen Ministerium übernahm. In dieser Funktion hielt sie engen Kontakt zur Konferenz der Sozialen Frauenschulen, zu den öffentlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen und zu den Berufsverbänden der Wohlfahrtspflegerinnen.<sup>108</sup>

### IV.3. Gründung des Vereins der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen

Die soziale Not des Krieges, aber auch der allgemein einsetzende Trend zur Einrichtung von Berufsverbänden veranlassten den KDFB-Zentralvorstand am 11. November 1916 zur parallelen Gründung von Sozialer Frauenschule und Berufsverband der katholischen deutschen Sozialbeamtinnen (VKDS).<sup>109</sup> Diese Parallelisierung von frauenverbandlicher Bildungs- und Berufspolitik ist aus heutiger Perspektive als politisch weitsichtig zu bezeichnen. Helene Weber und Hedwig Dransfeld wollten für die wegen der Kriegssituation auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Frauen durch den Aufbau einer starken Berufslobby eine wirtschaftliche Absicherung im Alter erwirken.

Bereits 1903 war der Verband der Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission gegründet worden und organisierte die in den eigenen Vereinen und Anstalten tätigen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Frauen. Paulini weist darauf hin, dass der Arbeitskräftebedarf dieser Anstalten und Vereine weder durch die bestehenden Diakonissenhäuser, noch durch die Schwesternschaften abgedeckt werden konnte. Nach Paulinis Angaben suchten jedoch viele „christliche Frauen [...] eine Arbeit und [waren] gerne bereit, für die Innere Mission zu arbeiten. Diese neuen sozialen Berufsarbeiterinnen [waren] vereinzelt, unorganisiert und schlecht bezahlt. Ihnen fehlt[e] im Gegensatz zu den Diakonissenhäusern und den bestehenden Schwesternschaften Gemeinschaft und deren Unterstützung, sowohl in sozialer als auch in finanzieller Hinsicht.“<sup>110</sup>

In den 13 Jahren, die zwischen der Gründung des Verbandes der Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission 1903 und der Gründung des VKDS 1916 lagen, hatte sich die Situation der Wohlfahrtspflege entscheidend verändert. „Die Aufgabenfelder der sozialen Arbeit in der öffentlichen und in der privaten Wohlfahrtspflege haben sich stark vergrößert und ausdifferenziert. Diese Veränderungen führen zu einer steigenden

---

1944 für zwei Monate inhaftiert; das Kriegsende erlebte er in Würzburg. Vgl. *Skala, Dieter*, Art. Stegerwald, Adam, in: BBKL 10 (1995) 1265-1270. *Forster, Bernhard*, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

<sup>108</sup> Zur Geschichte der Berufsverbände siehe neben *Paulini* auch *Reinicke, Peter*, Die Berufsverbände der Sozialarbeit und ihre Geschichte. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1990, 267.

<sup>109</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-43-10; (Abschrift „Bericht über die Gründungsversammlung des Vereins kath. Sozialbeamtinnen Deutschlands in der Bürgergesellschaft in Köln am 11. November 1916, nachm. 3 Uhr“); diess. Mappe enthält das Protokoll (Vermerk: Vertraulich) einer vorbereitenden Sitzung am 9. Oktober unter der Leitung von Hedwig Dransfeld, zu der ca. 80 Sozialbeamtinnen in Köln erschienen waren. Hedwig Dransfeld versicherte der Versammlung das Interesse und Wohlwollen der deutschen Bischöfe an der Gründung „eines Vereins der Sozialbeamtinnen auf konfessionell-katholischer Grundlage“; der Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen künftig abgekürzt als VKDS.

<sup>110</sup> *Paulini*, Dienst am Volksganzen, 92.



Nachfrage nach sozialen Arbeitskräften, sowohl im ehrenamtlichen als auch im hauptamtlichen Bereich. Der Beginn des Ersten Weltkrieges und der Ausbau der Kriegswohlfahrtspflege hat diese Entwicklung nochmals verstärkt.“<sup>111</sup>

Doch nicht nur die Arbeitsmöglichkeiten in der Fürsorge, sondern auch die Ausbildungsmöglichkeiten hatten sich inzwischen gewandelt. Während die bei der Inneren Mission zusammengeschlossenen sozialen Berufskräfte zu Beginn lediglich auf die Teilnahme am Jahreskurs bei den Berliner Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit, auf sporadische Kurse der Zentrale für private Fürsorge oder auf lokale Fortbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Armenpflege zurückgreifen konnten, hatte die nachfolgende deutsche Frauengeneration 1916 bereits die Möglichkeit, eine einigermaßen systematische Ausbildung an einer von zahlreichen bereits existierenden sozialen Frauenschulen zu absolvieren. Allerdings stand die verbesserte Ausbildungssituation in keinem Verhältnis zur Bezahlung der sozialen Berufsarbeiterinnen, denn auch nach 13 Jahren glich diese eher einer Aufwandsentschädigung als einer gerechten Entlohnung.

So war Helene Webers Drängen auf Gründung des VKDS auch ein berufspolitisch – emanzipatorischer Vorgang, in dem sie sich von Alice Salomon unterschied. Salomon sprach sich gegen Berufsorganisationen aus, wie Christoph Sachße belegt: „Die Idee einer solchen Organisation war keineswegs unumstritten. Insbesondere Alice Salomon opponierte. Sie befürchtete, dass dadurch der Entwicklung der Sozialarbeit zu einem „Erwerbsberuf“ und damit der Aushöhlung des sozialen Ethos der Sozialarbeit weiter Vorschub geleistet würde. [...] Soziale Arbeit war nach ihrer Auffassung eben ein besonderer Beruf, der zuallererst eine spezifische Eignung erforderte. Und wer über diese Eignung verfügte, der würde sich – auch ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung – schon durchsetzen.“<sup>112</sup>

Helene Weber ging es für die katholischen Frauen nicht allein um die wirtschaftliche Interessenvertretung. Genauso wenig wollte sie aber die auch nach ihrer Auffassung besonders hohen persönlichen Anforderungen an den Beruf der Fürsorgerin einseitig in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion stellen. Vielmehr gelang es ihr, beide Anliegen geschickt miteinander zu verknüpfen. Das berufsethische Ideal der jungfräulichen katholischen Sozialarbeiterin stand gleichberechtigt neben der Idealvorstellung von einer gerechten Bezahlung und beamtenrechtlichen Absicherung. Helene Weber entdeckte keinerlei Widerspruch darin, sich mit ganzer Kraft für die Propagierung beider Ideale einzusetzen. Organisatorisch sicherte sie dieses Vorgehen gemeinsam mit dem KDFB durch die Gründung eines spezifisch katholisch profilierten Berufsverbandes ab.

---

<sup>111</sup> Paulini, Dienst am Volksganzen, 111.

<sup>112</sup> Sachße, Christoph, Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929, Weinheim/Basel/Berlin 2003, 274. Sachße bezieht sich bei der erwähnten „Idee einer solchen Organisation“ hier auf die im April 1916 von Hedwig Wachenheim und Gertrud Israel veröffentlichten Aufsätze, in denen sie für die Gründung eines selbständigen Berufsverbandes für Sozialarbeiterinnen warben.

Mit dieser Haltung sollte sie sich auch als Pionierin der innerhalb der Wohlfahrtspflege tätigen katholischen Verbände erweisen: Die Forderung Helene Webers nach Aufopferungswillen und Hingabefähigkeit der berufstätigen Frau stand für sie von Beginn an völlig gleichberechtigt neben der Forderung nach leistungsgerechter Bezahlung und beruflicher Fortbildung. Diesen Zusammenhang versuchte sie bereits in einem Rundbrief vom 7. November 1919 auch leitenden männlichen Persönlichkeiten innerhalb des verbandlich organisierten Wohlfahrtskatholizismus zu verdeutlichen. Sie führte ihnen die drohende Gefahr einer selbst verschuldeten gesellschaftspolitischen Außenseiterposition vor Augen: „In den Kommunen und in anderen behördlichen Instanzen bilden sich schon jetzt gewerkschaftliche Organisationen, die diese Fragen durch einen Machtkampf entscheiden wollen. Wenn wir bei den Angestellten unserer katholischen Vereine nicht eine ähnliche unerfreuliche Situation herbeiführen wollen, die die Auffassung der sozialen Arbeit und der sozialen Persönlichkeiten aufs tiefste schädigt, müssen wir auf friedlichem Wege, aber doch in aller Sachlichkeit, Gründlichkeit und mit weitgehendem Verständnis für die Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Sozialbeamtinnen eintreten. Der Verein katholischer Sozialbeamtinnen Deutschlands bittet deshalb alle katholischen Vereine in Verbindung mit ihm die Gehaltsfrage der Sozialbeamtinnen zu behandeln und zu lösen. Wir stellen diese Bitte im Interesse der katholischen Vereine selbst, deren Existenz in dieser schweren Zeit nicht gefährdet werden soll, und aus der Erkenntnis heraus, dass unsere katholischen Sozialbeamtinnen vom radikalen Geiste nicht erfasst werden sollen. Durch den Zusammentritt unseres Vereins und der katholischen Vereine, die die Arbeitgeber sind, würde auch praktisch der Gedanke der Solidarität zum Ausdruck kommen.“<sup>113</sup>

Bemerkenswert ist die frauenbundseigene Wortwahl hinsichtlich der Berufsbezeichnung. Selbstverständlich sprach der Zentralvorstand von *Sozialbeamtinnen*. Noch 1930 schied Helene Weber im „Jahrbuch für Sozialpolitik“: „Die Sozialbeamtinnen sind eine derjenigen Berufsgruppen, die sich erst in den letzten Jahrzehnten gebildet haben. Das Wort „Beamtin“ bedeutet in diesem Zusammenhang eine berufsmäßige Arbeit, die nicht immer beamtenrechtlichen Charakter trägt.“<sup>114</sup> Für das Ziel einer beamtenrechtlichen Absicherung der gut ausgebildeten Frauen hat Helene Weber sich ihr Leben lang eingesetzt.

Auf der Vorab-Versammlung zur Gründung des VKDS am 9. Oktober war sehr umstritten, ob neben den hauptberuflichen auch ehrenamtliche Kräfte aufgenommen werden sollten. Mit großer Mehrheit entschied sich die Versammlung dann für die Aufnahme von Ehrenamtlichen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllten. So lautete die Formulierung in der am 11. November angenommenen Satzung unter Paragraph vier: „Die Mitgliedschaft des Vereins kann erwerben jede katholische Sozialbeamtin in festem Arbeitsverhältnis, die akademische Ausbildung besitzt, oder die eine Soziale

---

<sup>113</sup> Archiv des Deutschen Caritasverbandes ADCV 219.3, Fasz.1 Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen, (Rund)Brief Helene Webers vom 7. November 1919 an den Deutschen Caritasverband.

<sup>114</sup> Weber, Helene, Der Beruf der Sozialbeamtin, in: Jahrbuch für Sozialpolitik 2 (1931) 172-177, 172.

Frauenschule oder eine gleichwertige Ausbildungsanstalt besucht hat, oder die mindestens ein Jahr in sozialer Berufsarbeit tätig war.“<sup>115</sup>

Zweck des Vereins war laut dieser Satzung „der Zusammenschluss katholischer Sozialbeamtinnen Deutschlands zur beruflichen Hebung und Förderung des Standes, zur Vertretung sozial-wirtschaftlicher Interessen und zur religiös-sittlichen Vertiefung der gesamten Betätigung.“<sup>116</sup> Dies sollte durch die Realisierung eines Maßnahmenkatalogs erreicht werden. Dieser nennt zum ersten die Einrichtung von fachwissenschaftlichen Kursen, die Beeinflussung des fachlichen Ausbildungswesens, die Schaffung einer Fachbibliothek und einer Vereinszeitschrift. Zweitens werden Erhebungen, Statistiken, Eingaben, Beeinflussung der Presse und Öffentlichkeit im Dienste der Standesinteressen gefordert. Als dritte Maßnahme wird die Gründung einer Stellenvermittlung, einer Beratungs- und Auskunftsstelle für Fachfragen, die Schaffung von Erholungsmöglichkeiten und die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung von Sozialbeamtinnen genannt. Zum vierten wünscht der Verein die Veranstaltung von religiösen und sozial-ethischen Vorträgen und Vortragsfolgen.<sup>117</sup>

Helene Weber hatte Zeit ihres Lebens den Vorsitz des VKDS und die Redaktion des verbandseigenen Mitteilungsblattes inne. Sie verstand es in den Folgejahren aufs Beste, die spezifisch katholischen religiösen und machstrategischen Verbandsinteressen zu hüten und gleichzeitig dem überkonfessionellen Anliegen aller Berufsverbände zur Institutionalisierung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Jenny Bachem<sup>118</sup> erinnert sich an die Anfänge der Bewegung: „Viele Schwierigkeiten stellten sich der Entwicklung der jungen Berufsorganisation entgegen: Krieg, Kriegsende, Besatzung, Abtretung deutscher Gebiete, Ruhreinfall und Inflation. Die Berufskräfte selbst standen in den ersten Anfängen eines jungen Frauenberufs. Unter der Unmöglichkeit durchgreifender Hilfe in den Massennotzuständen der Zeit leidend, fiel ihnen auch die schwere Aufgabe zu, eine Brücke zu schlagen zwischen den notwendigen finanzpolitischen und verwaltungstechnischen Erfordernissen der Verwaltung und den Notleidenden selbst.“<sup>119</sup> Verantwortlich für die katastrophalen Zustände in Deutschland war in Helene Webers Augen die Annahme des Versailler Vertrages: „Um Versailles klagen wir Frauen, weil wir die Not unseres Volkes wie eine innere, tiefe Wunde tragen.“<sup>120</sup>

<sup>115</sup> Archiv KDFB, 1-222-1, Satzung.

<sup>116</sup> Ebd., § 2.

<sup>117</sup> Vgl. Ebd., § 3.

<sup>118</sup> Jenny Bachem, geb. 1898, gest. 1984; „1928–1941 Geschäftsführerin des Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen und bis 1939 Herausgeberin der „Mitteilungen des Vereins katholischer deutscher Sozialbeamtinnen“. (Der Verein wurde 1936 in Hedwiggbund umbenannt.) Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 447.

<sup>119</sup> Bachem, Jenny, Die Geschichte des Vereins von 1916–1930, in: *Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen* (Hg.), Geschichte und Probleme der Berufsbewegung katholischer deutscher Sozialbeamtinnen, Köln 1930, 13–28, 13.

<sup>120</sup> Weber, Helene, Versailles, in: *Die christliche Frau* 27 (1929) 161.

Nach der Republikgründung 1919 ergab sich für die Berufsverbände die Notwendigkeit, ihre Kräfte für die anstehenden Tarifverhandlungen zu bündeln und sich gegenseitig zu stärken. Die Verhandlungen zwischen dem ebenfalls 1916 gegründeten nichtkonfessionellen Deutschen Verband der Sozialbeamtinnen und dem VKDS begannen bereits im April 1918 auf Anregung von Helene Weber.<sup>121</sup> 1920 entstand trotz großer Berührungsängste auf katholischer Seite die „Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands“. Sie bestand aus dem Berufsverband der Inneren Mission, dem VKDS und dem Deutschen Verband der Sozialbeamtinnen. Paulini weist darauf hin, dass im Gegensatz zu den beiden konfessionellen Verbänden der Deutsche Verband der Sozialbeamtinnen von Anfang an für die Gründung eines Einheitsverbandes eintrat. Er konnte sich jedoch mit dieser Meinung nicht durchsetzen, da die konfessionellen Verbände die Unterschiede in Weltanschauung/Konfession höher bewerteten als das gemeinsame wirtschaftliche Interesse.<sup>122</sup> So wählte man die Form der Arbeitsgemeinschaft. Helene Weber war von Anfang an Vorstandsmitglied dieser Arbeitsgemeinschaft.

Seit April 1921 gab die Arbeitsgemeinschaft die Zeitschrift „Soziale Berufsarbeit“ heraus, deren Chefredakteurin Weber wurde. Im Februar 1922 schrieb sie voll innerer Überzeugung: „Vielleicht ist hie und da durch den Kampf um die wirtschaftliche Lage der Sozialbeamtin für manche das Bild verdunkelt worden. Aber doch nur für Oberflächliche und Uneingeweihte. Wer tiefer blickte, wusste, daß der Kampf um die Eingruppierung ein Ringen um Würdigung der Arbeit und ihres Inhaltes war. Noch immer stehen wir in diesem Ringen am Anfang, weil man die soziale Arbeit mechanisch abschätzt und mit ungleichartigem Dienste vergleicht. [...] Zur Beeinflussung der sozialen Gesetzgebung kann uns Zersplitterung nur schädlich sein, und die Wertschätzung der Wohlfahrtspflegerin wird durch gemeinsame Vertretung in der Öffentlichkeit sichtlich zunehmen.“<sup>123</sup> Hinsichtlich der schwierigen Frage, wie denn die praktische Zusammenarbeit vor Ort geregelt werden sollte, schlug Helene Weber die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses auf Ortsebene vor, der die regional notwendigen konkreten Schritte und Veranstaltungen planen und organisieren sollte. Auf Ortsebene gab es ihrer Einschätzung nach die Gruppe der Übereifrigen, die eine Verschmelzung am liebsten hätten und die Gruppe der Ängstlichen, die immer Übergriffe befürchteten.<sup>124</sup> Laut Paulini zeigte sich, dass die angesprochenen Ausschüsse zwar die Zusammenarbeit vor Ort lösen konnten. Ungeklärt und damit konflikträchtig blieb aber die unterschwellige Konkurrenz der Berufsverbände um Mitglieder und Einfluss.<sup>125</sup> 1928 wurde der Entschluss gefasst, Doppelmitgliedschaften für unzulässig zu erklären. Paulini vermutet, dass dies auf Drängen des VKDS geschah. Helene Webers Begründung für die Ablehnung einer Doppelorganisation belegt sie mit

---

<sup>121</sup> Vgl. Paulini, Dienst am Volksganzen, 316.

<sup>122</sup> Vgl. Ebd., 317.

<sup>123</sup> Weber, Helene, Die Gesinnungsgemeinschaft unserer Verbände, in: Soziale Berufsarbeit 1 (1922) 37-38, 37f.

<sup>124</sup> Vgl. Weber, Gesinnungsgemeinschaft, 37.

<sup>125</sup> Vgl. Paulini, Dienst am Volksganzen, 317.

dem Begriff der Verschleierung der eigenen Beweggründe. Denn Helene Weber formulierte die Frage der Doppelmitgliedschaft nicht nur als eine Frage des VKDS, sondern als grundsätzliche Frage für alle Verbände: „Man kann nicht auf der einen Seite aus dem katholischen Gedanken die Berufsorganisation mit all seinen Fragen der Persönlichkeitsverinnerlichung und den letzten Tiefen der Berufsgestaltung bejahen, und auf der anderen Seite auch noch einem Verbands beitreten, der diese Fragen ebenfalls vertieft, aber aus anderen Quellen schöpfen muß.“<sup>126</sup>

Abgesehen von diesen innerverbandlichen Abgrenzungsdebatten war Helene Weber zutiefst davon überzeugt, dass prinzipiell die Tätigkeit der Sozialarbeiterinnen in der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege im wörtlichen Sinne notwendig und damit sowohl für den Staat als auch für die Gesellschaft unverzichtbar war. „Sie ahnte schon den unglücklichen Ausgang des Krieges, sie sah die kommenden Notstände in den Familien, Gemeinden und Städten. [...] sie hoffte auch, auf deren Überwindung und den demokratischen Aufbau einer Volksordnung, in der Relaisstellen zu schaffen waren. Das waren für sie die Fürsorgerinnen und die noch zu errichtenden Stellen einer privaten und öffentlichen Fürsorge.“<sup>127</sup> Helene Weber schwebte ein flächendeckendes Netz der sozialen Fürsorgearbeit vor. In den kommunalen Schaltstellen, sprich in den Fürsorge- und Kreisfürsorgeämtern, sollten kompetente Fachkräfte arbeiten, die – egal ob mit religiösem oder humanistischem Begründungsmotiv – vom Sinn ihrer Aufgabe „beseelt“ sein sollten. So schrieb sie 1930 rück- und gleichzeitig vorausblickend: „Die große Wohlfahrtsaufgabe unserer Zeit, die Fürsorge an den Gruppen und an einzelnen Menschen, können nicht nur mit dem bestgeleiteten Betriebe, mit Gesetzesmaßnahmen, Verordnungen geleistet werden. Sie hängen an den Schwungkraften der Seele, an ihrer Liebes- und Opferglut. Das gilt sowohl für die freie wie für die öffentliche Wohlfahrtspflege. Und wenn oftmals ein Unterschied gemacht worden ist zwischen diesen beiden großen Gebieten, so schließe ich mich diesem Urteile nicht an. Beide fordern den ganzen Menschen und die ganze Hingabe, wenn sie auch in ihren Zielen und Methoden verschieden sind.“<sup>128</sup>

Helene Weber war selbst beseelt vom jungfräulichen Ideal der katholischen Sozialarbeiterin und wusste ihr katholisches Selbstverständnis vehement als Pfund in der innerkatholischen wie überkonfessionellen Debatte um die Wertschätzung sozialer Berufsarbeiterinnen einzusetzen. Andererseits verstand sie es aber als Berufslobbyistin auch, sich zur rechten Zeit von einer nach außen zu katholisch wirkenden Ausrichtung zu distanzieren, um schlimmeren Schaden für die eigene Organisation abzuwenden. Dies belegt ihr Antwortbrief an den Prälaten des Caritasverbandes vom 19. Januar 1925: „Sehr geehrter Herr Prälat, Auf Ihre Anfrage, ob der Verein Katholischer Deutscher Sozialbeamtinnen nicht dem Caritasverbande organisatorisch beitreten wolle, antworte ich Ihnen als erste Vorsitzende des Vereins folgendes: Der Verein Kath. Deutscher

<sup>126</sup> Paulini, Dienst am Volksganzen, 320.

<sup>127</sup> Schmitt, Hermann Josef, Der heimgegangenen Vorsitzenden des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen Dr. h.c. Helene Weber, in: Katholische Sozialarbeit. Mitteilungen des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen 14 (1962) 80-81.

<sup>128</sup> Weber, Gedanken, 8.

Sozialbeamtinnen hat zur Zeit sehr große Schwierigkeiten zu überwinden, um als Berufsorganisation anerkannt zu werden. Auf der einen Seite versucht die Komba (*Preußischer Kommunal-Beamtenverband, S.P.*) die Wohlfahrtspflegerinnen auf gewerkschaftlicher Grundlage zu sammeln. Auf der anderen Seite setzen die intensiven Bestrebungen des deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen ein, um die Fürsorgerinnen auf interkonfessioneller Grundlage zu organisieren. Beide Verbände suchen dem Verein Kath. Deutscher Sozialbeamtinnen immer wieder nachzuweisen, dass er keine Berufsorganisation sei. Deshalb muß er alle Anschlüsse vermeiden, die nicht auf berufsmäßiger Grundlage beruhen. Eine Zusammenarbeit des Vereins Kath. Sozialbeamtinnen mit dem Caritasverbande ist dadurch keineswegs ausgeschlossen, im Gegenteil eine selbstverständliche und fruchtbare gemeinsame Arbeit.“<sup>129</sup>

Die allgemeine Notlage<sup>130</sup> ließ Mitarbeiterinnen aus den eigenen Reihen zu den rein gewerkschaftlich organisierten Verbänden „überlaufen“, weil sie sich aufgrund der Größe der Verbände eine effizientere Interessenvertretung erhofften. Paulini belegt, dass in den eigenen Reihen über die Frage des Anschlusses an größere Beamtenverbände, wie z.B. dem Beitritt zur „Komba“ und über die Frage, ob Sozialarbeiterinnen streiken sollen oder nicht, heftig gestritten wurde.<sup>131</sup> Helene Weber muss also in höchster Sorge um den Fortbestand der eigenen Vereinigung gewesen sein. Ab Mitte 1925 erschienen in der „Sozialen Berufsarbeit“ verstärkt Klagen und Berichte über den schlechten Gesundheitszustand der Fürsorgerinnen (langfristige Erkrankungen und nervöse Erschöpfungszustände). Schon im Juni 1924 griff Gertrud Bäumer, 1922 als Ministerialrätin in die kulturpolitische Abteilung des Reichsinnenministeriums berufen und mit der Leitung des Schulreferates betraut, die Situation der Wohlfahrtspflegerinnen auf und kritisierte die Berufsbedingungen im Bezug auf Größe der zu versorgenden Bezirke, Gehaltshöhe und Urlaubsregelungen hart. Ihr Artikel endete mit den Worten: „Wenn man sieht, wie beste Frauenkräfte alljährlich in diesen Beruf hinausgehen, um nach kurzer Zeit aufgerieben zu werden, keineswegs durch die ungeahnte Schauerlichkeit der Not, unter der sie arbeiten, sondern durch die Enge der Berufsverhältnisse und die Verständnislosigkeit der Verwaltungen für die inneren Ansprüche ihrer Arbeit, dann scheint es einem Zeit, diese ganzen Fragen etwas deutlicher zu stellen als bisher.“<sup>132</sup>

<sup>129</sup> ADCV 219,3 Fasz. 1, handgeschriebener Brief Helene Webers auf Reichtagsbriefbogen vom 19. Januar 1925.

<sup>130</sup> Die große Unzufriedenheit der Wohlfahrtspflegerinnen war neben der allgemeinen Notlage auch begründet in der Trennung von Innen- und Außendienst in den kommunalen Verwaltungen. Die Frauen waren in der Regel im Außendienst eingesetzt und gerieten angesichts nicht zu bewältigender Bezirksgrößen zunehmend an den Rand der Erschöpfung.

<sup>131</sup> Vgl. Paulini, Dienst am Volksganzen, 321.

<sup>132</sup> Zitiert bei Paulini, Dienst am Volksganzen, 339. Bereits seit 1922 hatten Helene Weber und Gertrud Bäumer in der Auseinandersetzung um das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) als Kolleginnen und Vertreterinnen zweier - im Hinblick auf die Frage nach der Trägerschaft der Wohlfahrtspflege - unterschiedlich ausgerichteter Ministerien miteinander zu tun, wobei das Ministerium für Volkswohlfahrt inhaltlich der Ausrichtung des Reichsarbeitsministeriums folgte. Dazu Andreas Wollasch: „Nachdem der Staat mit Inkrafttreten der WRV (Weimarer Reichsverfassung, S.P.) die Verantwortung für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege definitiv übernommen hatte, wurde durch Reichstagsbeschluss vom 25. Juli 1922

„Das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt ergr[iff] die Initiative und veranlasst[e] eine Umfrage über die Berufslage der Wohlfahrtspflegerinnen in Preußen durch Dr. Martha Heynacher.“<sup>133</sup> Die Untersuchung richtete sich nur auf Fürsorgerinnen in der offenen behördlichen Fürsorge – damit waren Fürsorgerinnen in der geschlossenen Fürsorge, der freien und konfessionellen Wohlfahrtspflege sowie männliche Kräfte nicht erfasst. Der Rücklauf lag bei ca. 3000 Fragebögen. Die Berufsverbände waren von einer höheren Anzahl von Fürsorgerinnen in Preußen ausgegangen. „Untersucht [wurden] Vor- und Ausbildung der Fürsorgerinnen, Arbeitsbedigungen z.B. Innen- oder Außendienst, Anstellungsverhältnisse, Altersversorgung, Besoldung, Urlaubsregelungen und Angaben über den Gesundheitszustand.“<sup>134</sup> Die Umfrage ergab, dass bezogen auf die Anstellungsverhältnisse in Preußen das Ziel der Verbeamtung und damit verbunden eine feste soziale Absicherung in Zeiten völliger Dienstunfähigkeit und im Alter nicht erreicht war: 23 % arbeiteten als Beamtinnen, 35% als Dauerangestellte und 42% als Nichtständig-Angestellte. Auch die Bezahlung entsprach nicht den langjährigen Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände. Der Urlaub betrug bei einer 6-Tage-Woche für ca. 60% 22-28 Tage, 15-30 % hatten jedoch nur Urlaub von 15-21 Tagen. Nur ca. die Hälfte aller Befragten machte Angaben zum Gesundheitszustand: 5% hatten Lungen- und Rippenfellerkrankungen (einschließlich Tuberkulose), 4% litten an Herzerkrankungen, 13% an nervösen Erkrankungen, 22% unter Infektionserkrankungen (einschließlich Grippe) und 32% hatten sonstige Krankheiten hinter sich.<sup>135</sup>

Diese Ergebnisse wurden als Vorbericht zum 39. Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge veröffentlicht und am dritten Verhandlungstag am 16. Oktober 1925 diskutiert. Dr. Polligkeit<sup>136</sup> räumte als Vorsitzender bezüglich des

---

der gesamte Sachbereich Wohlfahrtspflege mit alleiniger Ausnahme von Jugendfürsorge und -pflege vom bisher zuständigen RMdI (Reichsministerium des Innern, S.P.) auf das RAM (Reichsarbeitsministerium, S.P.) übertragen. Dieses unterstützte nun massiv die Interessen der freien Wohlfahrtspflege, indem es dem der katholischen Soziallehre entstammenden Subsidiaritätsprinzip zum Durchbruch verhalf, während sich das RMdI keineswegs als Sachwalter der freien Verbände verstand. [...] Während sich nämlich das RAM unter Minister Heinrich Brauns, dem für Fragen der Wohlfahrtspflege zuständigen Ministerialdirektor Erwin Ritter und der sehr aktiven, aus der katholischen Frauenbewegung kommenden Ministerialrätin Julia Dünner eindeutig in Zentrumshänden befand und sich der katholischen Caritas eng verbunden wusste, agierte das RMdI – in der Zeit von Beratung und Verabschiedung des RJWG (1920–1922) immer unter einem SPD- oder DDP-Minister – mit einer stärker etatistischen und antikonfessionellen Tendenz, wofür auf der wichtigen Ebene der Ministerialräte insbesondere die fachlich hochqualifizierte Gertrud Bäumer (DDP) verantwortlich war.“ – *Wollasch, Andreas*, Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (1899–1945). Ein Beitrag zur Geschichte der Jugend- und Gefährdetenfürsorge in Deutschland, Freiburg 1991, 106f.

<sup>133</sup> *Paulini*, Dienst am Volksganzen, 339.

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> Alle Angaben ebd., 339-341.

<sup>136</sup> Wilhelm Polligkeit, geb. 14.06.1876 in Langenberg (Rheinland), gest. 27. April 1960 in Frankfurt/Main; Jurist und Nestor der deutschen Fürsorge und Wohlfahrtspflege; Dissertation 1907: „Das Recht des Kindes auf Erziehung“, diese war prägend für die Jugendfürsorgebewegung in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts; von 1903–1920 Geschäftsführer der Centrale für private Fürsorge, einer Gründung des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl, dessen Geschäftsführer Polligkeit auch lange Jahre war; 1920–1936 Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge; seit 1929

Vorwurfes von Gertrud Bäumer zunächst die Versäumnisse im eigenen Verein hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein. Berichterstatteerin war dann Helene Weber, die – wie Paulini sie als Strategin treffend charakterisiert – „zuerst elegant die Klippe umschiffte, warum sich denn das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt so engagiert der Berufslage der Fürsorgerinnen angenommen hat, obwohl es doch in den Bereich der Selbstverwaltung der Kommunen fällt. Als gute Rhetorikerin beginnt sie mit einer Frage und beantwortet diese gleich selbst.“<sup>137</sup>

Das hörte sich beispielsweise folgendermaßen an: „Ist Wohlfahrtspflege nicht letzten Endes Selbstverwaltungsangelegenheit? Wirft deshalb der Staat durch diese Umfrage und die daraus entstehenden Folgerungen ein Licht auf die Verhältnisse, die ihn nicht angehen? Hier liegt der Kernpunkt der Frage, die mit der modernen Auffassung des Staates selbst zusammenhängt. Nicht darauf kommt es an, ob der Staat selbst Träger der Wohlfahrtspflege ist, sondern darauf geht die Entscheidung hin, ob er nur jene abstrakte Existenz besitzt, die an dem Schicksal der Menschen und Menschengruppen uninteressiert ist. Ich möchte deshalb hier die Auffassung vertreten, dass die Vermenschlichung des Staates, d.h. seine Anteilnahme an Volks- und Menschenschicksalen ein notwendiges Entwicklungsstadium der modernen Zeit ist. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die betreffende Umfrage eine ganz besondere Bedeutung. Sie will nicht vorschreiben, sie will nur etwas aufdecken und ein Ziel und eine Richtung angeben, ohne in die Rechte der großen öffentlichen Körperschaften einzugreifen.“<sup>138</sup>

Helene Weber verfolgte also in ihrer Funktion als Ministerialrätin und in ihrer Eigenschaft als Berufslobbyistin die Politik der Veränderung durch Erkenntnis, die sich auch bei den entschiedensten Gegnern der Neudefinition der weiblichen sozialen Berufsarbeit irgendwann einstellen müsse. Bezüglich der Ausbildungssituation ergab die Umfrage, dass in Preußen bisher nur 50% aller Fürsorgerinnen auch dementsprechend geschult waren: 65% hatten eine hygienische Vorbildung, 14% eine pädagogische Ausbildung und fast ebenso viele hatten keinerlei Ausbildung. Die staatliche Anerkennung besaßen 69%, 47% hatten sie aufgrund von Schulung und weitere 13% aufgrund praktischer Wohlfahrtsarbeit erworben, 9% sollte sie zum Zeitpunkt der Umfrage noch nach Vollendung des 24. Lebensjahres bekommen.<sup>139</sup> Für Helene Weber stand somit 1926 fest, dass das Ausbildungswesen ausgebaut werden musste: „Der zweijährige Besuch einer anerkannten Wohlfahrtsschule wird jedoch in Zukunft von jeder Wohlfahrtspflegerin gefordert werden müssen, weil nicht nur die

---

Honorarprofessor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt am Main. Als Stadtrat und Leiter des Frankfurter Wohlfahrtsamts baute er nach dem Zweiten Weltkrieg die Centrale für private Fürsorge, heute Institut für Sozialarbeit, neu auf.

<sup>137</sup> Paulini, Dienst am Volksganzen, 340.

<sup>138</sup> Helene Weber, Die Berufslage der Fürsorgerinnen in der öffentlichen Fürsorge in Preußen, in: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Verhandlungen des 39. Deutschen Fürsorgetages des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge am 14., 15. und 16. Oktober 1925 in Breslau, H. 7, Karlsruhe 1926, 125f.; zit. nach Paulini, Dienst am Volksganzen, 477.

<sup>139</sup> Angaben bei Paulini, Dienst am Volksganzen, 342.



persönliche Eignung ausreicht, sondern auch gewisse Kenntnisse notwendig sind, die in der Wohlfahrtsschule vermittelt werden sollen.“<sup>140</sup>

Wie Helene Weber sich als geniale Netzwerkerin um die Etablierung und Professionalisierung der sozialen Ausbildung als Aachener Schulleiterin, als Referentin im Berliner Wohlfahrtsministerium und dann in erster Linie als Ministerialrätin in den Jahren 1920 bis 1930 verdient gemacht hat, soll im Folgenden dargestellt werden.

## IV.4. Die Etablierung und Professionalisierung der sozialen Ausbildung

### IV.4.1. Durchhaltevermögen und langer Atem

Die Christin Helene Weber handelte als Staatsbürgerin und Staatsdienerin in einem weit verzweigten Netzwerk Gleichgesinnter mit unterschiedlicher ethischer Motivation. Sie verfolgte als politische Strategin das Ziel der Verbesserung von Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen und konnte dabei intern auf ein zuverlässiges Netzwerk katholischer nationaler und internationaler Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen zurückgreifen. Bereits seit Gründung der Konferenz der sozialen Frauenschulen durch Alice Salomon im Januar 1917 in Berlin war die Aachener Schulleiterin Helene Weber dort Mitglied und wechselte im Oktober 1918 ganz nach Berlin, allerdings in eine neue berufliche Rolle. Dabei blieb sie aber ihrer Berufung als Lehrerin treu, denn in den Gründungsjahren der Berliner Sozialen Frauenschule arbeitete sie nebenberuflich als Dozentin<sup>141</sup> mit Kollegen wie Prof. Dr. Götz Briefs<sup>142</sup> und Prof. Dr. Franz Hitze<sup>143</sup> zusammen.

Kurze Zeit später wurde Weber von Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald zur ersten Ministerialrätin in das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt berufen.<sup>144</sup> Dort trieb

<sup>140</sup> Weber, Helene, Zur Frage der Überlastung der Wohlfahrtspflegerinnen, in: Soziale Berufsarbeit 5 (1926) 1-2.

<sup>141</sup> Vgl. Helene-Weber-Schule, 29.

<sup>142</sup> Götz Briefs, geb. 1. Januar 1899 in Eschweiler, gest. 16. Mai 1974, katholischer Sozialethiker, Sozialphilosoph und Nationalökonom, vgl. weiter zu Briefs auch Kap. 5.

<sup>143</sup> Franz Hitze, geb. 16. März 1851 in Hanemicke, Kreis Olpe (Sauerland), gest. 20. Juli 1921 in Bad Nauheim; Hitze beschäftigte sich schon als Schüler mit Bischof Kettlers Werken und sozial engagierten Zeitschriften; während Theologie- und Philosophiestudium in Würzburg 1872–1877 Beschäftigung mit sozialen Problemen; 1878 Priesterweihe in Paderborn; Vertiefung der Bildung durch zweijährigen Aufenthalt im Studienhaus des Campo Santo in Rom; 1880 Erscheinen seiner Werke »Quintessenz der sozialen Frage« und »Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft«. Hitze setzte sich darin mit dem Werk Marx' und der Kritik Karl von Vogelsangs am Wirtschaftsliberalismus auseinander; 1880 Generalsekretär des katholischen Unternehmerverbandes »Arbeiterwohl« in Mönchengladbach; 1882–1893 und 1898–1912 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und 1884–1912 Mitglied des Reichstages; schon in den achtziger Jahren maßgebender sozialpolitischer Fachreferent der Zentrumsfraktion; 1890 Mitbegründer des »Volksvereins für das katholische Deutschland«; 13. April 1893 Berufung zum außerordentlichen Professor für christliche Gesellschaftslehre an die katholisch-theologische Fakultät der Universität Münster; sein Lehrstuhl blieb in Deutschland für lange Zeit der Einzige seiner Art. Vgl. Bautz, Friedrich Wilhelm, Art. Hitze, Franz, in: BBKL 2 (1990) 902-904. Gabriel, Karl/ Große Kracht, Hermann-Josef (Hg.), Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn 2006.

<sup>144</sup> „Er (Stegerwald) schlug am 17. Juli 1920 Helene Weber als eine der herausragenden Frauen auf dem Gebiet der Volkswohlfahrt für die Besetzung einer der Ministerialratsstellen vor.“ – Marcus, Ministerium für Volkswohlfahrt, 22.

sie die Erarbeitung einheitlicher Lehrplanrichtlinien für alle staatlich anerkannten preußischen Wohlfahrtsschulen maßgeblich voran. Dabei wusste sie aus eigener praktischer Erfahrung, wovon die am Prozess beteiligten Schulträger und Fachkommissionen sprachen. Eine besonders enge Zusammenarbeit pflegte sie mit der Konferenz der Sozialen Frauenschulen. Dieser Prozess erforderte Durchhaltevermögen und langen Atem. Doch nach zehn Jahren traten zum 1. Juni 1930 die eindeutig Helene Webers Handschrift tragenden, preußischen Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen in Kraft. Das Bemerkenswerte daran ist, dass sie bis zur Neuordnung der Sozialen Ausbildung Ende der 1950er Jahre Gültigkeit behielten. Charlotte Rieden zitiert in ihrem Beitrag Helene Weber selbst, die anlässlich des 60. Geburtstages von Alice Salomon 1932 über die Entwicklungsgeschichte der Wohlfahrtsschulen schrieb, dass „sie nicht nur das Leben der einzelnen Schulen, der Konferenzen Sozialer Schulen, sondern auch die Gemeinschaftsarbeit von Schulen und Ministerien [ist]. Es gibt keine Verfügung und keinen Erlaß, der nicht mindestens ebenso stark, ja vielleicht stärker aus dem Leben der Schulen hervorginge, als aus dem des Ministeriums.“<sup>145</sup>

Doch nun soll dieser Prozess bis zur staatlichen Etablierung der Sozialen Arbeit chronologisch verfolgt werden. Bereits 1917 nahm mit der Einrichtung der Konferenz der Sozialen Frauenschulen eine neue Entwicklung ihren Lauf: Leitende Ärzte und Beamte in den preußischen Kreisfürsorgeämtern waren zufrieden mit der Existenz sozialer Hilfsarbeiterinnen, die bürgerliche wie konfessionelle Frauenbewegung verlangte gemeinsam mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden und -einrichtungen nach staatlich geprüften Wohlfahrtspflegerinnen.

#### **IV.4.2. Erste Konferenz der Sozialen Frauenschulen 24. Januar 1917**

Angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen Sorgen und Nöte wuchsen in den engagierten Kreisen der Träger neu entstehender Sozialer Frauenschulen die Vorstellungen von einer planmäßigen Wohlfahrtspflege. So nahmen an der ersten Konferenz der Leiter am 24. Januar 1917 elf Schulen teil.<sup>146</sup> Im Protokoll der Sitzung heißt es, dass die Berliner Soziale Frauenschule die Anregung zu dieser Konferenz gegeben habe. Infolge des Krieges sei der schon lange von dem Kuratorium dieser

---

<sup>145</sup> Rieden, Weber, 124.

<sup>146</sup> Dazu zählten: Soziale Frauenschule Berlin, Frl. Dr. Alice Salomon u. a.; Frauenschule der Inneren Mission Berlin, Pastor Thiele u. a.; Evangelische Frauenschule für kirchliche und soziale Berufsarbeit des Paul Gerhardt-Stifts Berlin, Pastor Hanse, Schw. Frieda v. Datmering; Soziale Frauenschule des deutschen katholischen Frauenbundes Berlin, Frl. Weltmann; Christlich-Soziales Frauenseminar Hannover, Frl. v. Bennigsen; Frauenseminar für soziale Berufsarbeit Frankfurt a.M., Frau Dr. Kempf; Hochschule für Frauen Leipzig, Oberin Meyer u.a.; Soziale Frauenschule Mannheim, Frau Dr. Altmann-Gottheiner, Frl. Dr. Bernays; Soziale Frauenschule des Katholischen Frauenbundes Köln, Oberlehrerin Weber; Evangelisch-Soziales Frauenseminar Elberfeld, Pastor Erfurth; Wohlfahrtsschule der Stadt Köln, Frl. Dr. Lauer, Beigeordneter Prof. Krautwig; Als Gast: Frl. Keller vom Jugendheim Charlottenburg; Verhindert: Frl. Dr. Bäumer und Frl. Dr. Baum vom Sozialpädagogischen Institut Hamburg – Vgl. Archiv der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Protokoll der ersten Konferenz der Leiter der Sozialen Frauenschulen in Deutschland, Mittwoch den 24. Januar 1917, 10 Uhr Vormittags, 2; der „Volkswohlfahrt“ ist 1924 zu entnehmen, dass bei der von Helene Weber organisierten Fachtagung im Oktober 1924 bereits 25 Schulen dieser Konferenz angehören. Vgl. GStA PK 42 a M 25 1924, 485; Alice Salomon gibt für 1927 dann 30 Schulen an. Vgl. Salomon, Alice, Die Ausbildung zum sozialen Beruf, Berlin 1927, 11.

Schule gefasste Beschluss, einen Austausch der Erfahrungen mit anderen sozialen Schulen herbeizuführen, immer wieder hinausgeschoben worden.

Zum besseren Verständnis für die nun folgenden Auseinandersetzungen um die Institutionalisierung und Professionalisierung der sozialen Arbeit ist es wichtig, zu wissen, dass ab 1905 in der Armenfürsorge das sog. „Straßburger System“ als Weiterentwicklung des seit 1853 bestehenden sog. „Elberfelder Systems“ von Rudolf Schwander ausformuliert und 1906 in die Tat umgesetzt wurde. Das „Elberfelder System“ griff besonders in der Familienfürsorge auf ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger zurück. Das „Straßburger System“ regelte dann das Verhältnis von beruflich wahrzunehmenden administrativen Funktionen und ehrenamtlich zu leistenden pädagogisch-beratenden und persönlich-betreuenden Tätigkeiten. Es „markiert quasi die Grundsteinlegung der Dichotomisierung und Hierarchisierung des Berufsfeldes: Weibliche Fürsorgerinnen waren männlichen Verwaltungsbeamten unterstellt und ihnen blieb mangels Mitspracherecht das eigenverantwortliche sozialpädagogische Handeln verwehrt.“<sup>147</sup>

Alice Salomon begrüßte in der ersten Sitzung vom 24. Januar 1917 neben den Vertretern der Schulen den Geh. Oberregierungsrat Pallat vom Kultusministerium und den Geh. Obermedizinalrat Dr. Krohne als Vertreter des Innenministeriums „mit besonderem Dank“. Sie teilte mit, dass lediglich Prof. Stier-Somlos (Frauenhochschulstudium Köln) seine Beteiligung an der Konferenz abgesagt hätte.<sup>148</sup>

Mit den oben erwähnten Vertretern des Kultus- bzw. Innenministeriums musste Helene Weber sich schon bald auseinandersetzen, da sich deren Interessen an einem einheitlichen Ausbildungsweg für Soziale Arbeit erheblich von denen der bürgerlichen wie der konfessionellen Frauenbewegung unterschieden. Dass diesbezüglich Konflikte vorprogrammiert waren, deutete sich bereits in dieser ersten Konferenz der Sozialen Frauenschulen an. Geheimrat Krohne erläuterte die Position des Reichsinnenministeriums: „Das Ministerium sei auf Antrag einer Wohlfahrtsschule auch mit der Frage beschäftigt, ob staatliche Prüfungen eingeführt werden sollen. Nach Durchsicht der Pläne der bestehenden Schulen habe das Ministerium den Eindruck, dass an manchen Stellen zu viel theoretische Ausbildung gegeben werde; solche Bestrebungen würde das Ministerium nicht unterstützen. Die praktische Ausbildung müsse an erster Stelle stehen. Demnächst sei die richtige Auswahl der Persönlichkeiten und deren sittliche Reife das Wichtigste. Man müsse sich aber klar machen, dass die finanziellen Verhältnisse nach dem Krieg die Einstellung von Kreisfürsorgerinnen in manchen Kreisen unmöglich machen würden. Die Organisation von Kreisfürsorgeämtern finde im Ministerium viel Interesse, aber es sei nicht daran zu denken, dass etwa, wie es von einer Seite gefordert worden sei, selbständig tätige

---

<sup>147</sup> Schmidt-Koddenberg u.a., *Weibliche Führungskräfte*, 149.

<sup>148</sup> Vgl. Archiv der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Protokoll der ersten Konferenz der Leiter der Sozialen Frauenschulen in Deutschland, Mittwoch den 24. Januar 1917, 10 Uhr Vormittags, 5.

Kreisfürsorgerinnen angestellt würden, die nicht dem Landrat oder Kreisarzt unterstellt seien und selbständige Anordnungen treffen könnten.“<sup>149</sup>

Noch hielt Helene Weber sich an dieser Stelle mit einer direkten Entgegnung zum Verhältnis von Theorie und Praxis im Rahmen sozialer Ausbildung und zur Frage nach weiblichen Leitungspositionen in der kommunalen Verwaltung zurück<sup>150</sup> – sie sollte aber nur kurze Zeit später die Diskussion auf der höchsten Verwaltungsebene des preußischen Staates selbst in die ihr vorschwebende Richtung lenken können. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden unterschiedliche Positionierungen in der Frage nach staatlicher Anerkennung und staatlichen Prüfungen ausgetauscht. Dr. Krohne vertrat die Auffassung, dass eine solche Prüfung nicht denkbar sei, da die Betroffenen ja in der Regel nicht vom Staat angestellt würden. Bemerkenswert erscheint an dieser Stelle Folgendes: Vier Jahre später bezog Helene Weber im Rahmen einer von der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege veranstalteten Konferenz zur Beratung über die Fragen der Ausbildung zur sozialen Arbeit eindeutig Position. Im Protokoll heißt es: „Abschließend warnt Frau Weber vor der Kommunalisierung der Frauenschulen, durch die nicht nur die im Fluss befindliche Entwicklung gehemmt werden könnte und weist darauf hin, dass die staatliche Anerkennung der Wohlfahrtspflegerinnen einen gewissen moralischen Zwang auf die einstellenden Behörden ausübe.“<sup>151</sup>

Auf der ersten Konferenz der Sozialen Frauenschulen im Januar 1917 einigte man sich letztlich darauf, von einer weiteren Erörterung der Prüfungsfrage abzusehen. Es wurde die Gründung einer Kommission – bestehend aus je einem Vertreter der vier Berliner Schulen - beschlossen, die Vorarbeiten für Richtlinien über die theoretische Ausbildung aufstellen und in Föhlung mit dem Kultusministerium bleiben sollte.

#### **IV.4.3. Erlass des Reichsinnenministeriums vom 10. September 1918**

Tatsächlich kam es in Preußen schon bald mit dem Erlass des Innenministers vom 10. September 1918 zur staatlichen Anerkennung als „Fürsorgerin“<sup>152</sup> und zur Regelung der

---

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Alice Salomon erwiderte an dieser Stelle direkt auf Dr. Krohne: „Aber bei aller Betonung der praktischen Ausbildung und der Bedeutung des Charakters für die soziale Arbeit könne eine allgemein sozialwissenschaftliche Ausbildung nicht entbehrt werden. (...) Neben dem akademischen Examen sei dazu (*Dr. Krohne hatte sich wohl auf einen Fall bezogen, in dem eine Frau eine Rechtsauskunftsstelle leiten sollte, Anm. S.P.*) die praktische Ausbildung, die der Jurist auch empfänge, nötig. Aber jede Sozialbeamtin muss etwas von der Armengesetzgebung, der Kinderschutzgesetzgebung, der Versicherungsgesetzgebung wissen.“ Ebd.

<sup>151</sup> Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, CA 980 II.

<sup>152</sup> Die Berufsbezeichnung Fürsorgerin, welche zugleich ein bestimmtes Aufgabengebiet festlegte, entsprach nicht den Vorstellungen der Konferenz der Sozialen Frauenschulen. Dazu Alice Salomon: „Der Widerstreit der Meinungen entstand zum Teil dadurch, dass in der Tat verschiedene Arbeitsgebiete ins Auge gefasst wurden. Während die Vertreter der Schulen eine Ausbildung wünschten, die dem sozialen Beruf einheitlich zur Grundlage dienen konnte, und deshalb das Gewicht auf die Ausbildung in der Sozialen Schule, nicht auf die Vorbildung legten, dachte das Ministerium des Innern in erster Linie an die Kreisfürsorgerinnen, das Kultusministerium an die oben geschilderte Aufgabe. Daher hätten beide Ministerien sich mit einer kürzeren Ausbildung in einer sozialen Schule begnügt, forderten aber eine längere Spezialvorbildung. Das kam auch zum Ausdruck, als bei Beratung der staatlichen Vorschriften dem Kind ein Name gegeben werden sollte. Während die Leiter der Schulen „Sozialarbeiterin“ oder

Prüfung an „staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen, Sozialen Frauenschulen und ähnlichen Unterrichtsanstalten“<sup>153</sup>. Wirkliche Anwendung fanden die Richtlinien aber vor der Novemberrevolution nicht mehr, so dass die Fachleute aufatmen konnten: „Diese (*Regierungsumwälzung*) erlöste sie von den ihren Geist zerstörenden staatlichen Bestimmungen vom September 1918.“<sup>154</sup> Denn die Fach- und Schulkreise wünschten sich eine Regelung, die nicht einseitig die Gesundheitsfürsorge, sondern gleichermaßen auch die Jugendwohlfahrtspflege und die Wirtschaftsfürsorge einbeziehen sollte.

Jetzt schlug Helene Webers Stunde! Eine Folge der Novemberereignisse war nämlich, dass die Zuständigkeit für soziale Arbeit und Ausbildungsfragen von der Medizinalabteilung des preußischen Innenministeriums auf das neue Ministerium für Volkswohlfahrt überging. Erleichtert hielt Alice Salomon im Rückblick fest: „Unterdessen wurde am 15. Oktober 1919 ein ehemaliges Mitglied der Konferenz, Oberlehrerin Helene Weber, [...] in das kürzlich gebildete Preußische Wohlfahrtsministerium gerufen, und sie wurde federführende Dezernentin [...] für die Angelegenheiten der sozialen Ausbildung unter Mitarbeit der Medizinalabteilung und des Unterrichtsministeriums. Damit war ein Zustand verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Konferenz geschaffen.“<sup>155</sup>

So wandte Alice Salomon sich auch bereits im Sommer des nächsten Jahres in einem Brief an die Fachkollegin, die nun Ansprechpartnerin für die ureigensten Anliegen sowohl der religiös als auch der humanistisch motivierten Träger sozialer Frauenbildung auf ministerieller Ebene war.

„Sehr geehrte Frau Weber, Ein [sic!] Mitglied der Konferenz der Sozialen Frauenschulen Deutschlands bittet mich, in folgender Angelegenheit für die Konferenz eine Feststellung zu machen. Die Betreffende schreibt: ‚Für die staatlich anerkannten sozialen Frauenschulen Deutschlands ist es mir von Wichtigkeit, dass sie dem Wohlfahrtsministerium und nicht der Regierung unterstehen, die den Vorsitz im Prüfungsausschuss hat. Da der amtliche Verkehr sich fast nur auf die

---

„Sozialbeamtin“ wünschten, dachte der Vertreter des Ministeriums des Innern an „Kreisfürsorgerin“, und dieser Ausdruck wurde dann auch im Erlaß gewählt.“ – Salomon, *Ausbildung*, 28. Das Ministerium des Innern wollte nicht darauf verzichten, die abgeschlossene Ausbildung in der Kranken- oder Säuglingspflege zur Vorbedingung für den Eintritt in die Soziale Frauenschule zu machen. Das Kultusministerium verlangte den Nachweis einer staatlichen Prüfung als Kindergärtnerin, Hortnerin oder Lehrerin. Auf diese Weise sollten die Schülerinnen vor Eintritt in die soziale Ausbildung zwei volle Berufsausbildungen durchlaufen.

<sup>153</sup> *Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt* (Hg.), *Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen*, Berlin 1930, 6.

<sup>154</sup> *Muthesius, Hans* (Hg.), Alice Salomon. *Die Begründerin des Sozialen Frauenberufs in Deutschland. Ihr Leben und Werk*, in: *Schriften des Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Köln/Berlin 1958, 81.

<sup>155</sup> Salomon, *Ausbildung*, 35. Das neu geschaffene Ministerium für Volkswohlfahrt setzte sich aus mehreren ehemals anderen Ministerien zugeordneten Geschäftsbereichen zusammen, so dass Kompetenzstreitigkeiten vorprogrammiert waren: „Der *Beschluss der Preußischen Staatsregierung betreffend die Zuständigkeit des Ministeriums für Volkswohlfahrt (Tagung 1919/21)* regelte nunmehr endgültig den Übergang der verschiedenen Geschäftsbereiche auf das neugebildete Ministerium, die bisher von den Preußischen Ministerien des Innern, für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie vom Staatskommissar für das Wohnungswesen beim Präsidenten des Staatsministeriums, und in diesem Zusammenhang auch vom Finanzministerium wahrgenommen worden waren.“ – Marcus, *Ministerium für Volkswohlfahrt*, 12.

Prüfungsangelegenheiten beschränkt, *könnte sich leicht die Auffassung herausbilden, als sei die betreffende Anstalt der Regierung, in der sie liegt, unterstellt*. Mir ist es auch deswegen wichtig, weil das Frankfurter Frauenseminar jetzt verstadttlicht ist, und ich wissen muß, wer für die Angelegenheiten des inneren Betriebes gegebenenfalls zuständig ist.‘ Ich wäre Ihnen für eine Äußerung in dieser Sache sehr dankbar. Mit besten Grüßen, Ihre Alice Salomon.“<sup>156</sup>

Die Prüfungshoheit wurde mit dem nächsten Erlass an das Ministerium für Volkswohlfahrt unter der Leitung von Adam Stegerwald übertragen.

#### **IV.4.4. Erlass des Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 22. Oktober 1920**

Der Minister änderte, vermutlich durch Einflußnahme Helene Webers, sogleich die Zuständigkeiten: „Der Prüfungsausschuss wird von mir berufen. Er besteht aus einem Staatskommissar als Vorsitzenden, einem Vertreter des Provinzialschulkollegiums und in der Regel aus fünf von der Schulleitung vorgeschlagenen Lehrkräften der Schule. Die als Prüfungsstellen dienenden Schulen, die Sitze der Prüfungsausschüsse und die Namen ihrer Vorsitzenden werden durch die ‚Volkswohlfahrt‘, dem Amtsblatt meines Ministeriums, und das ‚Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen‘ bekanntgemacht.“<sup>157</sup>

Die neue Kultur der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Ministerium und fachkundiger gesellschaftlicher Berufsbasis zeigte sich auch darin, dass der Erlass bereits einen Vorschlag der Konferenz der Sozialen Frauenschulen vom April 1919 in Ansätzen aufgriff. In dem Entwurf waren vier Hauptfächer vorgesehen. Diese waren erstens Volksgesundheitspflege, zweitens Jugendwohlfahrtspflege, drittens allgemeine Fürsorge und viertens Wohlfahrtspflege im Anschluss an Beruf und Erwerb. Eingeführt wurden dann allerdings nur drei Fächer: „Die Bedeutung der Jugendwohlfahrt sowie der allgemeinen und wirtschaftlichen Wohlfahrtspflege haben mich veranlasst, diese Wohlfahrtsgebiete neben der Gesundheitsfürsorge gebührend zu berücksichtigen, ohne dass dadurch eine schematisierende Gleichwertung der drei genannten Gruppen ausgesprochen werden soll.“<sup>158</sup>

Paul Gasper und Mirjam Zapp fassen rückblickend zusammen: „Am 22. Oktober 1920 erschienen von der Handschrift Helene Webers geprägte Richtlinien über die staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen des Preußischen Ministeriums. Diese Richtlinien repräsentierten eine Zusammenfassung der Erfahrungen Helene Webers und waren das Resultat des Meinungsaustausches zwischen den einzelnen Schulen.“<sup>159</sup>

<sup>156</sup> GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, Akte 4468 (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Akten betreffend Wohlfahrtsschulen), Brief v. 3. Juni 1920 auf Blatt 16 der Akte, Hervorhebungen im Original.

<sup>157</sup> GStA PK 42 a M 25 1920, 356; Inhalt des Paragraphen zwei des Erlasses vom 22. Oktober 1920, betr. Staatliche Prüfung von Wohlfahrtspflegerinnen und Richtlinien für die Ausführung der Vorschriften – III P 660-, abgedruckt unter V. Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge, 1. Wohlfahrtsschulen, Soziale Frauenschulen usw.

<sup>158</sup> Ebd., 355.

<sup>159</sup> Gasper/Zapp, Frauenschule, 62.

Auch die gewählte Berufsbezeichnung unterschied sich gegenüber dem Erlass von 1918: „Der Name Wohlfahrtspflegerin, der allen sozialen Berufsarbeiterinnen gleichermaßen gegeben wird, kennzeichnet ohne Zweifel nicht scharf die gemeinsame Eigenart ihrer Arbeit; aber er umfasst doch das Wesen der meisten Gruppen von Sozialarbeitenden.“<sup>160</sup>

Rüdeger Baron und Rolf Landwehr bemerken, dass die Institutionalisierung der Sozialen Arbeit und Ausbildung im Sinne der konfessionellen und bürgerlichen Frauenbewegung zu diesem Zeitpunkt erst am Anfang stand: „Trotz der für die Frauenschulen günstigen Umstände ging der Erlaß dieser Richtlinien jedoch nicht ohne Kampf ab. Insbesondere von Seiten der im sozialen Bereich tätigen Ärzte wurden die neuen Regelungen angegriffen. Zum Beispiel von dem Leiter der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Stabsarzt a. D. Christian, wird die Auffassung vertreten, dass ganz überwiegend niederes Hilfspersonal in der sozialen Arbeit gebraucht wird, für das die Ausbildung der Frauenschulen viel zu anspruchsvoll ist. [...] Der spätere Vorsitzende (*Dr. Langstein, S.P.*) des Fünften Wohlfahrtsverbandes (DPWV) empfiehlt seine und verschiedene andere auf Kinder- und Krankenpflege spezialisierte Wohlfahrtsschulen mit maximal anderthalbjähriger Ausbildung für das ärztliche Hilfspersonal; das Wohlfahrtsministerium mag für die Erziehungs- und Wirtschaftsfürsorge andere Vorstellungen verwirklichen, aber von der Gesundheitsfürsorge hat man dort Langsteins Meinung nach keine Ahnung.“<sup>161</sup>

Dass die drei Bereiche sich sehr wohl miteinander vereinbaren lassen konnten, jedoch auf einer gemeinsamen ethischen Grundlage aufbauen sollten, verdeutlichte Helene Weber im Rahmen der weichenstellenden Konferenz freier Wohlfahrtsträger 1921 in Weimar, an der auch Stabsarzt Dr. Christian teilnahm.<sup>162</sup>

#### **IV.4.5. Konferenz der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege vom 24. bis 26. Oktober 1921 in Weimar**

Helene Weber war zu dieser Konferenz als Ministerialrätin eingeladen und sprach als versierte Pädagogin und Praktikerin der freien Wohlfahrtspflege zu dem Punkt „Feststellung von Normen vollberuflicher Ausbildung für Berufskräfte im Verwaltungsdienst oder in sozialpflegerischer Tätigkeit (Lehrziele, Lehrmethoden, Lehrdauer)“. Sie machte deutlich, dass das von den Schulen zu vermittelnde Wissen zunächst allgemein sozial orientiert sein müsse. Hierauf aufbauend ergebe sich eine Spezialisierung in drei Gruppen. Da Erfahrungen über die Wirkung dieser Dreigliederung noch nicht abgeschlossen seien, wäre eine Kritik verfrüht. Sie betonte, dass die Bewährung in der Praxis der Prüfstein für den Ausbildungsweg in die sogenannten mittleren Berufe sein müsse und warnte davor, die Berufskräfte in der Ausbildung für leitende Stellen zu prädestinieren. Sowohl Universitäten als auch soziale Frauenschulen könnten zu leitenden, aber auch zu ausführenden Organen ausbilden.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Landwehr, Rolf/Baron, Rüdeger, Von der Berufung zum Beruf. Zur Entwicklung der Ausbildung für die soziale Arbeit, in: Baron, FS Soziale Frauenschule Berlin, 1-36, 14.

<sup>162</sup> Vgl. Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, CA 980 II.

Ihrer Ansicht nach musste die Schule erstens „Wissen vermitteln“, zweitens „Können erziehen“ und drittens „praktische Eignung bei den Schülerinnen pflegen und entwickeln“. Ob Theorie und Praxis dabei nebeneinander hergehen oder getrennt abgeleistet werden sollten, sei eine offene Frage, wobei sie selbst zur Trennung von Theorie und Praxis neigte, um ein volles Aufgehen in der Arbeit zu ermöglichen. Als wichtigste Zukunftsaufgaben formulierte sie: Erstens die Revision der Lehrpläne der sozialen Frauenschulen, um die Überlastung der Schülerinnen mit Stoff zu beseitigen, und zweitens die Vereinheitlichung des ganzen Stoffzieles. Hier zeige sich die Leistung der die Schule leitenden Persönlichkeit, die die innere Verbindung des Lehrkörpers herstellen müsse – eine solche Arbeit sei nicht nebenamtlich zu leisten. Abschließend hielt sie bezüglich der Lehrdauer an der zweijährigen Ausbildung fest und warnte vor einem Bildungspessimismus angesichts der schweren finanziellen Krise, in der „wir“ uns befinden. Mit diesem „wir“ stellte sie geschickt ein Gemeinschaftsbewusstsein zwischen den unterschiedlich ausgerichteten Lobbyisten der freien Wohlfahrtspflege und dem Ministerium her.

In ihrem abschließenden Hinweis darauf, dass die Schwierigkeiten hinsichtlich einer verkürzten Ausbildung darin bestünden, dass die Schülerinnen zu jung auf die Wohlfahrtsschulen kämen, werden zwei wichtige Entwicklungen benannt. Zum einen war es seit dem Erlass vom Oktober 1920 auch Volksschülerinnen nach einer schulwissenschaftlichen Vorprüfung erlaubt, eine soziale Frauenschule zu besuchen. Zum anderen brachte Helene Weber mit dieser Äußerung zum Ausdruck, dass sie eine Verfechterin der Persönlichkeits- und Gesinnungsbildung der Schülerinnen neben der rein fachlichen Wissensvermittlung war – auch wenn dafür mehr Zeit aufgewendet werden musste. Dieses doppelte Anforderungsprofil von gleichrangiger Fachwissensvermittlung und Persönlichkeitsbildung wurde dann 1930 in den Lehrplanrichtlinien endgültig festgeschrieben und hat bis heute Gültigkeit.

#### **IV.4.6. Konferenzen und Erlasse Januar 1922 bis Oktober 1928**

Im Januar 1922 „vereinigte das Ministerium eine größere Anzahl von Schulleiterinnen, Dozenten und anderen Sachverständigen zu einer Besprechung über Lehrpläne der staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen. Bei dieser Gelegenheit wurden von verschiedenen Referenten Richtlinien vorgelegt für den Unterricht in Wohlfahrtskunde, Jugendwohlfahrtspflege, Gesundheitsfürsorge, Psychologie und Pädagogik, Volkswirtschaftslehre sowie Rechtslehre.“<sup>163</sup>

Die nächsten Konferenzen folgten im Oktober und November 1923. In der Zwischenzeit war Helene Weber im Alltagsgeschäft mit leidigen Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen konfrontiert, wie sie sich bereits in der ersten Konferenz der Sozialen Frauenschulen im Januar 1917 andeuteten. Am 6. März 1923 fand im Ministerium für Volkswohlfahrt eine Referentenbesprechung mit fünf Vertretern des Wohlfahrtsministeriums, einem Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe, drei Vertretern des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und je einem Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft, des Preußischen

---

<sup>163</sup> *Preußisches Ministerium, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen*, 10.



Staatsministeriums und des Preußischen Ministerium des Innern, statt. Das Wort ging direkt nach der Eröffnung an Helene Weber: „Frau Ministerialrat Weber berichtet, daß das Reichsminist d. Innern Stipendien unmittelbar an Wohlfahrtsschülerinnen vergeben habe und von der Schulleitung direkt Berichte über die Leistungen der unterstützten Schülerinnen einfordere. Das sei ein unhaltbarer Zustand, gegen den die beteiligten preußischen Ministerien entschiedenen Einspruch erheben müssten. In der Aussprache, die sich an den Bericht anschließt, und an der sich fast alle Anwesenden beteiligen, wird hervorgehoben, dass es unerfreulich sei, in dieser ersten Zeit Zuständigkeitsfragen ausführlich zu erörtern. Es wird aber betont, daß es sich hierbei um wichtige Fragen von weitgehender grundsätzlicher Bedeutung handle, deren Klärung gerade zur Beseitigung von Mißstimmungen und zur Herbeiführung eines reibungslosen Zusammenarbeitens mit dem Reich unbedingt erforderlich sei.“<sup>164</sup> Helene Weber ließ sich nicht beirren und sprach eine deutliche Sprache, wenn männliche Kollegen sich in ihre eigenen Zuständigkeitsbereiche einmischten.

Die nächste große Etappe auf dem Weg zum Ziel der Festschreibung von Ausbildungsstandards Sozialer Arbeit und Ausbildung war eine Tagung mit der Konferenz Sozialer Frauenschulen in Thale a. Harz am 8. und 9. Oktober 1924. Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin findet sich dazu eine eigene Akte. Aus dieser geht hervor, dass Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Tagung inklusive Herausgabe eines Vortragsbandes „Chefsache Helene Weber“ waren.<sup>165</sup> Im 1926 erschienenen Vortragsband zur Tagung waren unter dem Titel „Grundsätzliche Fragen zur Ausgestaltung der staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen“ Aufsätze zu den Themen „Lehrziel der Wohlfahrtsschule“, „Dreiteilung der Gruppen“, „Vereinheitlichung des Lehrstoffes und des Lehrkörpers“, „Psychologie und Pädagogik“ und „Die Wohlfahrtsschule als Lebensgemeinschaft“ zusammengestellt.

Außerdem gab die Konferenz einen deutlichen Hinweis auf das von Helene Weber mit langem Atem verfolgte Ziel des Quereinstiegs in die Beamtenlaufbahn ohne das Ablegen einer zusätzlichen Verwaltungsprüfung. Unter „Mitteilungen und Notizen“ hieß es in der „Volkswohlfahrt“ 1924: „Die Konferenz nahm auch Stellung zu der Forderung, die in verschiedenen Städten an staatlich geprüfte Wohlfahrtspflegerinnen gestellt worden ist, das Verwaltungsexamen abzulegen. Es wurde beschlossen, sowohl bei dem Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt wie bei dem Deutschen Städtetag dahin vorstellig zu werden, dass die staatliche Prüfung der Wohlfahrtspflegerin als umfassende und abschließende Prüfung für ihren Beruf anzusehen ist, und infolgedessen die Forderung auf Ablegung eines Verwaltungsexamens abzulehnen.“<sup>166</sup>

---

<sup>164</sup> GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, 14.4492 (Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Akten betreffend Soziale Ausbildung, v. 30. Juni 1921 – 31. Dezember 1930, Blatt 40).

<sup>165</sup> Vgl. GStAPK I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, Akte 4524 (Ministerium für Wiss., Kultur und Volksbildung, Akten betreffend Tagung einer Arbeitsgemeinschaft der staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen in Thale a. Harz 8. u. 9. Oktober 1924).

<sup>166</sup> GStAPK 42 a M 25 1924, 486.

Ungefähr zeitgleich geschah Folgendes: „Durch Erlasse vom 3.4.1924 und 8. Dezember 1924 hatte das Ministerium die Wohlfahrtsschulen aufgefordert, die bei ihnen eingeführten Lehr- und Stoffverteilungspläne einzureichen, damit anhand dieses Materials Richtlinien für die einzelnen Stoffgebiete aufgestellt werden könnten. Im Juni 1925 lagen die Pläne vor. Wie aber die Durchsicht ergab, wichen sie sowohl im Aufbau des Gesamtunterrichts wie der einzelnen Fächer außerordentlich stark voneinander ab – in einer Weise und einem Umfang, der sehr erheblich über den weitverstandenen Rahmen freier individueller Gestaltung hinausging. Es zeigte sich, dass einerseits zwar die Notwendigkeit einer Lehrplanannäherung bzw. -vereinheitlichung groß und dringend war, dass andererseits aber diese gegenseitige Angleichung keineswegs vorschnell und unorganisch vorgenommen werden dürfte. Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer<sup>167</sup> berief daher durch Erlaß vom 17.6.1926 zur Bearbeitung der einzelnen Lehrfächer sechs Arbeitsgruppen, die sich aus je vier bis sechs Sachverständigen aus den Kreisen der Dozentenschaft zusammensetzten. Die Arbeitsgruppen wurden für folgende Gebiete gebildet: Erstens Hygiene und Sozialhygiene, zweitens Wohlfahrtskunde, drittens Psychologie und Pädagogik, viertens Geschlossene Erziehungsfürsorge, fünftens Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik und sechstens Rechtskunde (Staats- und Verwaltungsrecht, Verwaltungskunde, ausgewählte Kapitel aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch sowie dem Strafrecht und Strafprozessrecht). Dazu traten später zwei weitere Kommissionen, nämlich für Praktische Arbeit und für Turnen und Gymnastik.“<sup>168</sup>

Helene Weber hatte nach den ersten Klagen über den schlechten Gesundheitszustand der Wohlfahrtspflegerinnen Mitte der 1920er Jahre begonnen, in ihrer Funktion als Ministerialrätin auf präventive Maßnahmen zu setzen. Das Ministerium für Volkswohlfahrt begann nämlich, Turnkurse für Wohlfahrtspflegerinnen zu finanzieren. Vom 25. April bis 7. Mai 1927 fand mit großer positiver Resonanz der erste Kurs in Spandau statt.<sup>169</sup> Diese Tatsache zeigt einmal mehr, wie weitblickend Helene Weber die soziale Arbeit und ihre Akteurinnen unterstützte.

<sup>167</sup> Heinrich Hirtsiefer, geb. 26. April 1876 in Essen, gest. 15. März 1941 in Berlin; Mitglied der Deutschen Zentrumsparterie; absolvierte als Sohn einer katholischen Arbeiterfamilie nach dem Besuch der Volksschule und der gewerblichen Fortbildungsschule eine Ausbildung zum Schlosser und arbeitete ab 1891 bei der Firma Krupp; 1895–1897 Militärdienst; 1. August 1904 Bezirksleiter des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes für das Rheinisch-Westfälische Industriegebiet; 1920 Verbandssekretär des Gesamtverbandes; 1. Januar 1907 – Mai 1924 Mandat als Stadtverordneter in Essen; von 1921 bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtages; in dieser Zeit auch Minister für Volkswohlfahrt in Preußen; in Wahlperiode vom 5. April 1925 bis 20. April 1932 Stellvertreter des Ministerpräsidenten; am 7. Juni 1932 vom preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der aus gesundheitlichen Gründen zurücktritt, mit der Führung der Amtsgeschäfte beauftragt; durch den sogenannten Preußenschlag des Reichskanzlers Franz von Papen durch Franz Bracht seines Amtes enthoben; offizieller Rücktritt allerdings erst im März 1933; 11. November 1933 Verhaftung durch die SA und SS in Essen; kurz darauf wurde er unter der Auflage, seine Heimatstadt nie wieder zu betreten, kurzfristig auf freien Fuß gesetzt; danach erneute Verhaftung in Essen, wo ihm ein Schild mit der Aufschrift „Ich bin der Hungerleider Hirtsiefer“ umgehängt wurde; er verstarb an den Folgen der KZ-Internierung. *Bücker, Vera*, Heinrich Hirtsiefer, in: *Hugo Maier* (Hg.), *Who's who der sozialen Arbeit*, Freiburg i.Br. 1998, 254-255.

<sup>168</sup> *Preußisches Ministerium*, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen, 11.

<sup>169</sup> Vgl. *Paulini*, Dienst am Volksganzen, 346.

Zur Redaktionsgruppe der Arbeitskommission drei, Psychologie und Pädagogik, gehörten die Damen Charlotte Dietrich<sup>170</sup>, Luise Besser, Elisabeth Nitzsche und Helene Webers Nachfolgerin in der Aachener Schulleitung Maria Offenberg. Auf einer Besprechung im Rahmen der vom 4. bis 6. Oktober 1928 vom Ministerium durchgeführten großen Lehrplankonferenz bemühte sich die Kommission drei, eine Formulierung „im Sinne des Beschlusses [...] zu finden, dass jeder pädagogische Unterricht vom Lehrenden eine eigene philosophische Klärung fordere, von der aus die letzte Sinngebung des Unterrichts gewonnen wird.“ Die Mehrheit stimmte folgender Formulierung zu: „Die Richtlinien für die erzieherische Beeinflussung werden sich aus einer *weltanschaulichen* Grundhaltung und aus pädagogischen Grundsätzen ergeben.“ Weiter heißt es im Protokoll, dass eine beträchtliche Minderheit folgende Fassung vorziehen würde: „Die Richtlinien für die erzieherische Beeinflussung *sollen* sich aus einer *philosophischen* Grundhaltung und aus pädagogischen Grundsätzen ergeben.“ In der anschließenden Aussprache wurde festgehalten, dass die erste Formulierung nur konstatierend sei, während die zweite das normative Element ausdrücke. Es wurde beschlossen, dem Ministerium beide Formulierungen zur Kenntnis vorzulegen.<sup>171</sup>

#### **IV.4.7. Einführung der Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen am 1. Juni 1930**

In den verabschiedeten Richtlinien war dann zu lesen: „Der Unterricht soll die Schülerinnen dahin führen, die Grundfragen der Seelenkunde und Erziehung im Zusammenhang mit den großen Fragen der Weltanschauung und Lebensauffassung zu sehen. Er soll zum tieferen Verständnis der eigenen Persönlichkeit und zur Selbsterziehung anregen. Die Richtlinien für die erzieherische Beeinflussung sollen sich aus einer weltanschaulichen Grundhaltung ergeben.“<sup>172</sup>

<sup>170</sup> Charlotte Elise Dietrich, geb. 12. November 1887 in Leipzig, gest. 4. August 1976 in Berlin, ältestes von zwei Kindern des Kaufmanns und Prokuristen Carl Alfred Dietrich und seiner Frau Elise Johanna Dietrich, geb. Reumuth; streng christlich-protestantisch-geprägtes Elternhaus; 1893–1903 Besuch der „1. Städtischen Höheren Mädchenschule“; einjähriger Aufenthalt in Mädchenpensionat in der Schweiz; anschl. „Haustochter“ und ehrenamtliche „soziale Liebesarbeit“ innerhalb der Kirchengemeinde; ab 1910 Vorbereitung auf das Abitur in „Realgymnasialkursen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“; Abitur als Externe Anfang März 1914 in Leipzig; anschl. Studium Deutsch, Französisch und Geschichte in Marburg und Leipzig; November 1918 Abschluß mit Dissertation „Die politischen Anschauungen Metternichs“; Juli 1919 Examen für das höhere Lehramt; dreimonatige Tätigkeit als Lehramtskandidatin an der Leipziger „2. Höheren Mädchenschule“; Februar 1920 Übernahme der Leitung der neugegründeten Sozialen Frauenschule Breslau und neben den Leitungsaufgaben Unterrichtung von Pädagogik und Psychologie – diese wissenschaftlichen Unterrichtsfächer behandelte sie nicht getrennt voneinander, sondern zusammenhängend, was als Novum und Vorbild für andere Soziale Frauenschulen galt. 1925 Übernahme der Leitung der Sozialen Frauenschule in Berlin-Schöneberg, bis 1927 gemeinsam mit Alice Salomon. Vgl. Berger, Manfred, Art. Dietrich, Charlotte Elise, in: BBKL 22 (2003) 256-263. Zu den ebenfalls der Arbeitsgruppe Psychologie und Pädagogik angehörenden Damen Besser und Nitzsche waren leider keine Angaben zu finden.

<sup>171</sup> DZI C 9896, 18 (Protokoll über die Sitzung der Konferenz Sozialer Frauenschulen (Wohlfahrtsschulen) Deutschlands am 3., 4., 5. und 6. Oktober 1928, hier Bericht über Arbeitskommission für Psychologie und Pädagogik am 5. Oktober im Ministerium für Volkswohlfahrt, 3), Hervorhebungen im Original.

<sup>172</sup> *Preußisches Ministerium, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen*, 42.

Diese Betonung weltanschaulicher Offenheit zog sich durch das gesamte Richtlinienwerk<sup>173</sup> und war untrennbar verbunden mit der Forderung nach der unbedingt zu achtenden Würde jedes einzelnen Menschen. Im ausführlichen allgemeinen Teil wurde die soziale Bildungsidee noch einmal entfaltet: „Es handelt sich nicht nur darum, nach den zeitgebundenen Forderungen diese oder jene Fürsorge zu treiben. Sondern hinter der Tagesarbeit soll, tragend und zielrichtend, ein soziales Ethos stehen, das dem Leben der Gesellschaft und des Menschen einen letzten Sinn zu geben vermag. Die Wohlfahrtspflege soll gedanklich eingefügt werden in den größeren Zusammenhang des Dienstes an der Volkskultur. Sie soll gleichzeitig in ihrer Arbeit am Einzelnen gegründet sein auf einer klaren Stellungnahme zu den Grundfragen nach Menschenwürde und Menschenrechten.“<sup>174</sup>

In der Formulierung dieses Zusammenhanges steckt implizit die Formulierung der notwendigen Verbindung von Personal- und Gemeinwohlprinzip, auf welcher die christliche Sozialethik aufbaut. Mit Personalprinzip ist gemeint, dass die menschliche Person in sich Selbstzweck ist und ihre Achtung daher Ausgangspunkt jeder (Sozial-)Ethik zu sein hat. Das Gemeinwohlprinzip bezeichnet als Ziel jeder Gesellschaftsform das gemeinsame Wohl aller, die in Bezug auf ihre Daseinsgestaltung und Bedürfnisbefriedigung untereinander verflochten sind.<sup>175</sup> Beiden Prinzipien sollte die Ausbildung gerecht werden und auf diese Weise sollten die Schülerinnen befähigt werden, als Staatsbürgerinnen und Berufsarbeiterinnen aktiv Gesellschaft zu gestalten.

Dabei spielte die in den Richtlinien von 1930 erstmalig festgeschriebene und bis heute geltende Gleichwertung von Theorie und Praxis eine entscheidende Rolle für die Soziale Ausbildung: „Die grundsätzliche Zusammengehörigkeit und Gleichachtung von theoretischem Unterricht und praktischer Arbeit muß betont werden. [...] Verhalten und Bewährung der Schülerin in der praktischen Arbeit beeinflussen das Urteil über die Berufseignung vielleicht mehr als die Erfolge im theoretischen Unterricht.“<sup>176</sup>

Diese Forderung wurde aber nicht nur an die Lernenden gestellt, sondern galt laut ministeriellem Erlass bereits seit 1924 gleichermaßen für die Lehrenden: „2. Ich ersuche ferner die staatlich anerkannten Wohlfahrtsschulen, in den mir gemäß Runderlaß v. 13. Mai 1924 - III. W. 579 – durch Vermittlung der zuständigen Herren Regierungspräsidenten zugehenden Anzeigen nicht nur die Namen der von der Veränderung berührten Mitglieder des Lehrkörpers und das in Betracht kommende Fach anzugeben, sondern auch auf die Erfüllung der besonderen Voraussetzungen

<sup>173</sup> Im Einführungsteil heißt es beispielsweise: „Mit Recht bauen daher die Wohlfahrtsschulen ihre Bildungsarbeit im Rahmen eines bestimmten geistigen Weltbildes auf, sei es, dass sie von der Idee evangelischer Innerer Mission ausgehen, sei es vom katholisch-karitativen Gedanken, vom Sozialismus, von einer idealistischen Philosophie oder der Idee der Humanität.“ – *Preußisches Ministerium*, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen, 5.

<sup>174</sup> *Preußisches Ministerium*, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen, 4f.

<sup>175</sup> Zum Personal und Gemeinwohlprinzip vgl. die Präambel und Art. 1 Satz 1 bzw. Satz 2 der UNO-Menschenrechtscharta von 1948. Das Gegenstück dazu im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte ist die Europäische Sozialcharta von 1961, in Kraft getreten 1965, an der Helene Weber als Bundestagsabgeordnete im Europarat mit viel Herzblut mitgearbeitet hat.

<sup>176</sup> *Preußisches Ministerium*, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen, 71.

einzuweisen, die den Dozenten für die Übernahme des Faches geeignet erscheinen lassen (wissenschaftliche Befähigung, praktische Erfahrung in den betreffenden Gebieten der Wohlfahrtspflege).“<sup>177</sup>

Helene Weber, Akzente setzende Theoretikerin und überzeugende Praktikerin zugleich, wird ihren Anteil am Zustandekommen dieses Erlasses gehabt haben. Auch namhafte Vertreter des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge mussten sich diesem Anforderungsprofil an die Lehrtätigkeit stellen. So erinnert sich Hans Muthesius<sup>178</sup>: „Entsinnen Sie sich noch der ersten großen Lehrplankonferenzen? Einmal hatten Sie den großartigen Gedanken, bei einer solchen Konferenz Unterrichtsstunden an Berliner Wohlfahrtsschulen vorzuführen, vielleicht haben Sie es damals Lehrproben genannt. An einem dieser Lehrprobenstage in einem Saal Ihres Ministeriums gab unser gemeinsamer Freund Polligkeit eine Lehrstunde mit einer Klasse der Schule der Arbeiterwohlfahrt. Wir erfuhren die Themen erst am Morgen dieses Tages. Für Polligkeit hatten Sie als Thema gestellt ‚Ehrenamtliche Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege‘ und für mich ‚Altersgruppierungen im Jugendrecht‘. Ich gestehe, dass ich jedenfalls mit Herzklopfen das Thema hörte.“<sup>179</sup> Helene Weber verfuhr in ihrer dienstlichen Funktion nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“. Mit Blick auf die fachliche wie die persönliche Eignung für die soziale Ausbildung gab sie für Lernende und für Lehrende gleichermaßen hohe Standards vor. Darum scheute sie auch nicht davor zurück, in ihrem fachlichen Bereich seit langem etablierte Herren im Interesse der Sache nochmals „in die Schule zu schicken“.

Neben der 1924 schriftlich fixierten Forderung nach theoretischer wie praktischer Befähigung für die Lehre betonten die Richtlinien 1930 gleichermaßen die hohe

<sup>177</sup> GStA PK, I.HA Rep. 76, 4468, Bl. 272 - die Originalakte ist mit dem Zeichen „III. W.“ versehen und lässt vermuten, dass das „W“ für Weber steht, da Helene Weber innerhalb der Abteilung III des Volkswohlfahrtsministeriums (Allgemeine Volkswohlfahrt) für die Angelegenheiten der Wohlfahrtspflegerinnen und Pfleger, für die sozialen Ausbildungsstätten und für Frauenfragen zuständig war. Vgl. Marcus, Ministerium für Volkswohlfahrt, 22.

<sup>178</sup> Hans Muthesius, geb. 1885 in Weimar, gest. 1. Februar 1977 in Frankfurt/Main; 1913 zweites juristisches Staatsexamen; 1915 Magistratsassessor Berlin-Schöneberg; 1919 Wahl zum Stadtsyndikus; Aufnahme in das Dozentenkollegium der Sozialen Frauenschule Berlin-Schöneberg; stellvertretender Bürgermeister; 1925 Berufung in den Vorstand der von Alice Salomon gegründeten „Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“; 1927–1931 Lehrtätigkeit am Sozialpolitischen Seminar; Teilnahme in internationalen Konferenzen; Mitglied in der vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge und von kommunalen Spitzenverbänden eingesetzten Kommission zur Überprüfung des Fürsorgerechts; Mitglied der Deutschen Staatspartei bis zur Auflösung im Juni 1933; März 1933 Beurlaubung vom Amt des zweiten Bürgermeisters und Wohlfahrtsdezernenten in Berlin-Schöneberg; April 1933 – Mai 1935 Mitarbeit im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt/Main; Nachrichtendienst und Wandererfürsorge: hier Vorwurf gegen Muthesius, von 1934–1937 zentrale Prinzipien nationalsozialistischer Fürsorge erarbeitet zu haben; Mai 1935 - Dezember 1939 Mitarbeit in der Präsidialabteilung des Rechnungshofes des deutschen Reiches (RRH); Dezember 1939 – Kriegsende 1945 Angestellter beim Reichsministerium des Innern; Übersiedlung von Potsdam über Frankfurt nach Köln; 1950–1965 Mitwirkung und Gestaltung beim Wiederaufbau der Fürsorge in der Bundesrepublik Deutschland; im Umfeld des Gedenkens an seinen 100. Geburtstag werden einige seiner Maßnahmen während des Krieges heftig diskutiert, vgl. *Schrappner, Christian*, Hans Muthesius (1885–1977). Ein deutschsprachiger Fürsorgejurist und Sozialpolitiker zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Münster 1993.

<sup>179</sup> *Muthesius, Hans*, Als Ministerialrätin im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt und in der Zusammenarbeit mit den Verbänden, in: *Mohr/Prégardier*, Ernte eines Lebens, 83–85.

Eigenverantwortlichkeit der Lehrenden für ihr jeweiliges Stoffgebiet. Darin zeigt sich wiederum die Achtung vor der jeweiligen ethischen Ausrichtung in der pluralen Trägerlandschaft. Als Instrument dieser politisch gewollten Trägervielfalt fungierten ‚bewegliche‘ Lehrpläne: „Einheitliche Lehrpläne für die Wohlfahrtsschulen haben nur dann eine Berechtigung, wenn den Schulen und Lehrenden gleichzeitig weite Bewegungsfreiheit zugestanden wird. [...] Es gibt ferner Schulen des verschiedensten weltanschaulichen Gepräges, interkonfessionelle, evangelische, katholische, sozialistische, ein Umstand, der die Unterrichtsgestaltung im Innersten berührt und also *mehr* ist als ein Prinzip für die Beweglichkeit des Lehrplans. Aber auch rein stofflich kann dieser weltanschauliche Charakter stark hervortreten. [...] Bei dieser Fülle von subjektiven Momenten können die in den ‚Richtlinien‘ niedergelegten Grundsätze und Stoffpläne nirgends als starr verbindlich betrachtet werden. Sie gelten vielmehr überall unter der Voraussetzung weitester Elastizität, die allerdings in der Richtung des allgemeinen Bildungszieles liegen muß. Diese innere Linie, die sich durch die Richtpläne hindurchzieht, soll sich in jedem Schulplan und jeder Unterrichtsstunde wiederfinden. Es ist die Aufgabe der Schulleitung und der Lehrenden, diesen inneren Sinn der Richtpläne zu erkennen und in individueller Formung zu verwirklichen.“<sup>180</sup>

Helene Weber selbst drückte es im Jahrbuch für Sozialpolitik 1930 so aus: „Die Sozialen Frauenschulen (Wohlfahrtsschulen) haben sich zu Bildungsstätten der sozialen Berufsarbeit (sowohl der öffentlichen wie der privaten) entwickelt. Sie haben durch die staatliche Anerkennung auch die Förderung und Hilfe des Staates gefunden, obwohl sie in ihrer inneren Entwicklung Möglichkeiten der freien Ausgestaltung behalten haben.“<sup>181</sup>

Wenn den Schulleitungen und Lehrenden die Verwirklichung der beschriebenen inneren Linie der Richtlinien gelänge, dann würde sich diese pädagogische Leistung nach Helene Weber auch dahingehend auswirken, dass gefestigte Persönlichkeiten die Schule verlassen und mit der richtigen Gesinnung in den Beruf gehen: „Die Berufsarbeit der Sozialbeamtin trägt neben der fachlichen Einstellung die große Anforderung des persönlichen Dienstes. Er ist klein und groß, je nachdem, wie man ihn auffasst. Groß im Willen und in der Zielsetzung; klein in dem, was man in der Welt der Statistik ‚Erfolg‘ nennt. Die persönliche Hingabe und die feine Einstellung auf den einzelnen Menschen und auf Menschengruppen und -klassen sind die ‚Seele‘ ihrer Arbeit.“<sup>182</sup>

Allerdings forderte Helene Weber gleichzeitig „menschliche Arbeitgeber“, damit die wertvolle Arbeitskraft erhalten bliebe: „Gewiß muß ihre Arbeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege in die Verwaltung eingegliedert sein und in der freien Liebestätigkeit einem Organisationsplan entsprechen. Aber sie wird trotzdem ihr Wertvollstes in dem persönlichen Dienst haben. Und nur, wenn Verwaltung und Organisationen diese

---

<sup>180</sup> *Preußisches Ministerium, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen*, 17, Hervorhebung im Original.

<sup>181</sup> *Weber, Beruf der Sozialbeamtin*, 175.

<sup>182</sup> *Ebd.*, 174.

seelische Schwungkraft werten und nicht lahmlegen, kann sie das belebende Element der Verwaltung und der Verbände sein.“<sup>183</sup>

#### IV.5. Wissenschaftliche Fundierung sozialer Arbeit

Menschlichkeit, Lebendigkeit und Schwungkraft aller Akteure sozialer Arbeit forderte Helene Weber nicht nur wie oben beschrieben in der Gestaltung der Dienstverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen. Diese Parameter galten für sie auch im wissenschaftlichen Kontext sozialer Arbeit und Ausbildung. 1925 gründete Alice Salomon die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin. Vom Gründungstag an war Helene Weber Vorstandmitglied der Akademie. Hinter dieser Einrichtung standen zwei Anliegen. Dies war zum einen das Bemühen um einen institutionalisierten kollegialen Austausch unter den Sozialarbeiterinnen. Zum anderen war es das Bestreben zur wissenschaftlichen Etablierung beruflicher Weiterbildung für Frauen, die Leitungspositionen anstrebten.

Kurze Zeit später nahm Helene Weber im Oktober 1927 an der ersten Sitzung des Hauptausschusses für die Weiterbildung von Wohlfahrtspflegerinnen in der Provinz Westfalen in Münster teil. Im Juni 1926 hatte sich dort ein vernetzender Fachausschuss gebildet, dem je eine Beauftragte des Deutschen Sozialbeamtinnenverbandes (Frau Kleven, Dortmund), des Evangelischen Sozialbeamtinnenverbandes (Schwester Luise Brose), des Katholischen Sozialbeamtinnenverbandes (Dr. Maria Laarmann), der geschäftsführende Direktor der Westfälischen Verwaltungsakademie Prof. Dr. Heinrich Weber, die Leiterin der Wohlfahrtsschule Bielefeld (Dr. Margarete Cordemann) und die Leiterin der Westfälischen Wohlfahrtsschule Münster (Dr. Anna Schulte) angehörten. Diese sechs Mitglieder bildeten mit Helene Weber und Paula Schröder von der Westfälischen Wohlfahrtsschule Münster den Hauptausschuss.<sup>184</sup> Es existierten Pläne zur Errichtung einer „Akademie für Soziale Frauenarbeit.“

Die Zusammenarbeit von Helene Weber und Prof. Heinrich Weber (1888–1946) ergab sich aus ihren beiden jeweiligen Aufgabenfeldern im Bereich der Caritas und der Jugendpflege. Heinrich Weber war auch Vorsitzender des Kuratoriums der Münsterischen Wohlfahrtsschule (Vorläufereinrichtung der heutigen Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster) und hatte in dieser Funktion oft mit der zuständigen Dezernentin des Wohlfahrtsministeriums Entscheidungen zu treffen. Der katholische Theologe Weber war seit 1922 Dekan der Fakultät der Wirtschaftlichen Staatswissenschaften an der Universität Münster<sup>185</sup>: Er bettete die

---

<sup>183</sup> Ebd., 175.

<sup>184</sup> Vgl. ADCV 319.4F07/04 Fasz. 1 Akademie für Soziale Frauenarbeit Münster, Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses für die Weiterbildung von Sozialbeamtinnen in der Provinz Westfalen am 23. Oktober 1927, Protokoll von A. Schulte.

<sup>185</sup> Dazu ist anzumerken, dass Heinrich Weber sich nach Manfred Hermanns Vermutung aber Ende September 1922 noch unsicher gewesen sein musste, ob eine interfakultäre Vereinbarung zwischen der katholisch-theologischen und der staatswissenschaftlichen Fakultät genehmigt würde. Am 30. September schrieb er nämlich nach Erhalt eines Briefes von Geheimrat Wende vom Kultusministerium an seinen sozial- und staatswissenschaftlichen Doktorvater Professor Plenge: „Warum mag wohl die von den Fakultäten getroffene Vereinbarung sich nicht durchführen lassen? Ich bin wirklich gespannt, wie die in

wissenschaftliche Fundierung sozialer Arbeit gleichermaßen in einen theologischen und in einen staatswissenschaftlichen Kontext ein. Seine lebensnahe und ‚zupackende‘ Art, wissenschaftliche Theorie mit sozialer und gesellschaftlicher Praxis zu verknüpfen, machte ihn wahrscheinlich zum interessanten wissenschaftlichen Gesprächspartner für die Bildungspolitikerin Helene Weber. Für sie als Protagonistin der sozialen Frauenberufsbewegung galt, dass immer gleichzeitig der einzelne Mensch in seiner unbedingt zu achtenden Würde und das Wohlergehen des ganzen Volkes im Mittelpunkt aller Aktivitäten sozialer Arbeit stehen müssten. Sowohl für Helene als auch für Heinrich Weber bot die Hinwendung zu den modernen Sozialwissenschaften Inspiration und Orientierung in einer von großen sozialen und gesellschaftlichen Umbrüchen geprägten Zeit. Manfred Hermanns bezeichnet Heinrich Weber als einen der ersten katholischen Sozialwissenschaftler und Theologen, „die sich zwar nicht unkritisch, aber doch erstaunlich positiv und differenziert mit der Soziologie auseinandergesetzt haben und diese in die eigene Forschung einbezogen haben.“<sup>186</sup> An dieser Stelle sind neben Heinrich Weber weitere katholische Theologen mit geringen bzw. gar keinen Berührungspunkten gegenüber den Sozialwissenschaften zu nennen. Zu diesen zählen etwa Heinrich Pesch (1854–1926), Max Scheler (1874–1929), Gustav Gundlach (1892–1963), Oswald von Nell Breuning (1890–1991), Walter Dirks (1901–1991), Wilhelm Hohoff (1848–1923), Theodor Steinbüchel (1888–1908) sowie der Erwachsenenbildner und „Laientheologe“ Ernst Michel (1889–1964) und der als Theoretiker der christlichen Gewerkschaften zu bezeichnende Sozialwissenschaftler und Sozialpädagoge Theodor Brauer (1880–1942).<sup>187</sup>

Eher dem konservativen Lager zuzurechnen ist nach Lienkamp in diesem Zusammenhang Helene Webers Kollege aus der Zeit ihrer Dozentinentätigkeit an der

---

Aussicht gestellte endgültige Regelung wohl sein wird.“ Auf die Anfrage Webers hin unternahm Plenge am 14. Oktober 1922 Interventionsversuche über die Reichstagsabgeordneten Helene Weber und Adam Stegerwald. Der Brief an Helene Weber, von dem Plenge am 14. Oktober mit gleicher Post an Stegerwald einen Durchschlag gesandt hat, lässt sich jedoch nach Recherchen von Manfred Hermanns nicht mehr auffinden. Vgl. *Hermanns, Manfred*, Heinrich Weber. Sozial- und Caritaswissenschaftler in einer Zeit des Umbruchs. Leben und Werk (Studien zur Theologie und Praxis der Caritas und Sozialen Pastoral 11) Würzburg 1998, 24, Anm. 74. Vgl. auch weitere Hinweise auf Kontakte zwischen Helene und Heinrich Weber in: *Ders.*, Sozialethik im Wandel der Zeit. Persönlichkeiten - Forschungen - Wirkungen des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre und des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster 1893–1997 (Abhandlungen zur Sozialethik 49) Paderborn 2006.

<sup>186</sup> Ebd., 129f; zu Webers Pionierarbeit auf dem Gebiet des Zusammenhangs von Caritas und Christlicher Sozialethik siehe auch ebd., 92–114.

<sup>187</sup> Zum Verhältnis Katholizismus und Moderne am Beispiel der Auseinandersetzung katholischer Intellektueller mit sozialwissenschaftlicher Forschung siehe *Lienkamp, Andreas*, Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialethische Relecture, Paderborn u.a. 2000. Weiterhin: *Bröckling, Ulrich*, Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens, München 1993; *Groß, Arnulf*, Weltverantwortung des Christen. Zum Gedenken an Ernst Michel (1889–1964). Dokumentationen, Frankfurt/Main u.a. 1996; *Ruster, Thomas*, Die verlorene Nützlichkeit der Religion. Katholizismus und Moderne in der Weimarer Republik, Paderborn u.a. 1994.



Berliner Sozialen Frauenschule: Götz Briefs (1889–1974).<sup>188</sup> 1928 war Briefs Gründer und Leiter des ersten betriebssoziologischen Instituts an einer deutschen Hochschule unter dem Titel „Institut für Betriebssoziologie und soziale Betriebslehre“ an der Technischen Hochschule Berlin. Dort räumte er der Betriebssoziologie einen festen Platz ein und begründete das Wirtschafts-Ingenieur-Studium mit. 1929 wurde er Mitglied der Kommission zur Arbeitslosenversicherung beim Deutschen Arbeitsministerium. Diese betont praxisorientierte Ausrichtung von Briefs Forschung und Lehre verband ihn wiederum mit Heinrich Weber, dessen großes Verdienst der Aufbau der Westfälischen Verwaltungsakademie ab 1923 war. „Die Westfälische Verwaltungsakademie war dem Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Münster angegliedert, [...]. An diesem Institut errichtete Weber eine Forschungsstelle für Beamtenfragen. Die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Beamten und die Vertiefung ihrer fachwissenschaftlichen Kenntnisse – sie waren den politischen und sozialen Umwälzungen seit 1918/19 nicht nachgekommen – hat nach Weber zur Voraussetzung, dass das gesamte Beamtenproblem eine gründliche wissenschaftliche Erforschung erfährt.“<sup>189</sup> Heinrich Weber entwickelte Konzepte zur Fort- und Weiterbildung der Münsterländer Verwaltungsbeamten und setzte sich besonders für Sonderkurse für bestimmte Beamtengruppen wie Strafanstaltsbeamte, Standesbeamte und Sozialbeamte ein. Hermanns fasst zusammen: „Weber kann aufgrund seines intensiven Einsatzes für eine von der Universität mitgetragene Fortbildung als ein Wegbereiter moderner berufsbezogener Erwachsenenbildung angesehen werden. Er hatte ein waches Gespür für die damalige Beamtenbildungsbewegung, sah die Notwendigkeit der Qualifizierung und fand Wege, seine anwendungsbezogenen Qualifizierungsprogramme in die Realität umzusetzen.“<sup>190</sup> Bereits im Juni 1920 wurde Heinrich Weber Geschäftsführer des neu gegründeten Ausschusses für Jugend- und Wohlfahrtspflege am Staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster, wo er Sonderkurse für Jugendamtsleiter nach dem geplanten, maßgeblich von Helene Weber mit auf den Weg gebrachten Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorbereitete und Vorlesungen und Übungen über Grundfragen der Volkswirtschaft, Armenpflege, Jugend- und Wohlfahrtspflege hielt. Eine stets aufgeschlossene Gesprächspartnerin und Förderin seines Anliegens einer praktischen Gesellschaftslehre<sup>191</sup> fand er in der Zentrumsabgeordneten und preußischen Verwaltungsbeamtin Helene Weber.

---

<sup>188</sup> Vgl. Lienkamp, Sozialismusrezeption, 181-338; Weber, Wilhelm, Götz A. Briefs, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, 235-246.

<sup>189</sup> Hermanns, Sozialethik, 34.

<sup>190</sup> Ebd., 36.

<sup>191</sup> Heinrich Weber entwarf in den 1920er Jahren ein eigenes System der Sozialwissenschaften. Er unterschied erstens eine historische, zweitens eine theoretische und drittens eine praktische Gesellschaftslehre. Der praktischen Gesellschaftslehre wies er drei Aufgaben zu: a) die Herausarbeitung eines Ideals der Gesellschaft, b) die Erforschung der Unzulänglichkeiten der Gesellschaft, c) den Entwurf der Möglichkeiten und Mittel, „die tatsächlichen Zustände dem Ideal so weit als möglich anzugleichen“ – vgl. Weber, Heinrich, Einführung in die Sozialwissenschaften, Berlin 1930.

Der besagte, am 27. Oktober 1927 tagende Hauptausschuss für die Weiterbildung von Wohlfahrtspflegerinnen für die Provinz Westfalen entwickelte ein Konzept zur systematischen Gestaltung der Weiterbildung von Sozialbeamtinnen. Prof. Heinrich Weber schlug für die wissenschaftliche Weiterbildung auf dieser Sitzung die Gründung einer „Akademie für soziale Frauenarbeit e.V.“ vor und machte gleichzeitig darauf aufmerksam, dass bei einer augenscheinlich geplanten Verbindung dieser Akademie mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den Bestimmungen des Instituts entsprechend ein Mitglied des Direktoriums des Instituts auch Vorstand des e.V. im Sinne des BGB sein müsse. Daraufhin wandte Helene Weber ein, dass die Tatsache eines männlichen Vorstandsmitglieds in Kreisen der Frauenbewegung und der Frauenorganisationen Befremden hervorrufen könnte. Heinrich Weber erwiderte, dass es sich hier lediglich um eine formelle Vorstandsschaft im Sinne des BGB handele. Angesichts seiner schon jetzt sehr umfangreichen Arbeit müsse er ohnehin darauf bestehen, dass Geschäftsführung und Regelung der Studienangelegenheiten von einer wissenschaftlichen Kraft mit abgeschlossener akademischer Vorbildung übernommen werden müssten. Die Anwesenden beschlossen die Gründung eines eingetragenen Vereins mit dem Namen „Akademie für soziale Frauenarbeit“. Der Gründungsantrag wurde am 19. November 1927 dem Direktorium des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vorgelegt. Dieses begrüßte den Antrag und beauftragte Heinrich Weber, weitere Verhandlungen zu führen. Er arbeitete eine Satzung aus, in deren Paragraph zwei als Zweck der Akademie „die Schaffung und Förderung aller Einrichtungen“ genannt wurde, „die der Weiterbildung der Sozialbeamtinnen und verwandter Berufe dienen.“<sup>192</sup>

Im „Jahrbuch für Sozialpolitik 1930“ schrieb Helene Weber nach der Inkraftsetzung der Richtlinien für die Lehrpläne der preußischen Wohlfahrtsschulen hinsichtlich der Notwendigkeit sozialpädagogischer Akademien: „Der Kampf um das soziale Bildungsideal ist noch längst nicht abgeschlossen. Es geht im tiefsten Sinne bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur um fachliche Notwendigkeiten, die erfüllt werden müssen, sondern um den Sinn der sozialen Bildung, die die Frau nicht nur zum persönlichen Helferdienst erziehen will, sondern auch zu letzten Einsichten, Kenntnissen und Erkenntnissen, damit sie ihre Arbeit richtig einstellen und werten kann in den großen sozialen Wirklichkeiten und Zusammenhängen der Gegenwart. Deshalb musste auch als Auswirkung dieses Geschehens die Möglichkeit einer sozialen Fortbildung in den sozialpädagogischen Akademien gegeben werden (z.B. Berlin und Münster i.W.).“<sup>193</sup>

<sup>192</sup> Hermanns, Sozialethik, 192-195, 193.

<sup>193</sup> Weber, Beruf der Sozialbeamtin, 175; Alice Salomon drückte die Zielvorstellung so aus: „[...] nicht ein besonderes Fach, sondern das Verständnis für die Menschen, für die Einzigartigkeit und Einmaligkeit und Unteilbarkeit jeder besonderen, auf Menschen bezogenen Aufgabe. Also nicht weniger als Wissenschaft, sondern noch etwas anderes neben der Wissenschaft muß getrieben und gelehrt werden. [...] Sie soll Hunger nach Wissen und Erkenntnis für die Gestaltung des Lebens, für die Bewältigung praktischer Aufgaben haben und die Ehrfurcht vor der Schwierigkeit des Erkennens.“ – Zitiert als Einleitung zu: Feustel, Adriane (Hg.), Die Schriften Alice Salomons. Bibliographie 1896-2004, Berlin 2004.

Dieses Engagement für die wissenschaftliche Fundierung Sozialer Arbeit war ein entscheidender Baustein auf dem Weg der Ministerialrätin, die strukturellen Grundlagen zur Institutionalisierung und Professionalisierung Sozialer Arbeit in der Weimarer Republik zu schaffen. Kurz bevor ihr die Verleihung der Ehrendoktorwürde am 20. Juni 1930 in Münster zuteil wurde, traten die unverkennbar ihre Handschrift tragenden Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen zum 1. Juni 1930 in Preußen in Kraft. Im Mai 1930 schrieb Prof. Heinrich Weber an seinen Kollegen Friedrich Wilhelm Bruck<sup>194</sup> im Hinblick auf Helene Webers Ehrenpromotion: „Ich trete dann auch voll und ganz für Helene Weber ein. Es ist nur recht und billig, dass sie im Hinblick auf die verschiedenen Institute, die Sie mit ihr zusammen gegründet haben, diese Frau ehren. Ich werde auch zu diesem Punkte reden. Die Institute, die Sie da geschaffen haben, sind eine positive Bereicherung für die Universität, die für uns bisher noch nichts getan hat“<sup>195</sup> Dem von Weber und Bruck gemeinsam geleiteten Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften waren verschiedene Seminare mit einem je eigenen wissenschaftlichen Assistenten und einer je eigenen Fachbibliothek angeschlossen. Dazu zählte erstens das Seminar für Fürsorgewesen, welches Anfang der 1930er Jahre die Bezeichnung Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik erhielt. Weiterhin gehörten das Seminar für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung und das Seminar für Gewerkschaftswesen sowie das Sozialpolitische Seminar zum Institut. Hinzu kamen das Seminar für Mittelstand- und Beamtenfragen, das Seminar für Kommunalwissenschaft und -politik, das Betriebswirtschaftliche Seminar, das weltwirtschaftliche Archiv in Verbindung mit der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, das Politische Seminar, die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen und das Verkehrsseminar. Prof. Weber war zuständig für die Seminare für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, Sozialpolitik, Fürsorgewesen, Wirtschafts- und Sozialpolitik und zusammen mit dem Honorarprofessor Richard Woldt für das Seminar für Gewerkschaftswesen. Die Mittel für das umfangreiche Aufgabenfeld wurden überwiegend durch private Werbetätigkeit aufgebracht.<sup>196</sup> Für die Seminare für Fürsorge- und Gewerkschaftswesen konnten jedes Jahr auch öffentliche Mittel eingeworben werden. Für die Einwerbung von Mitteln waren die Verbindungen zu den Berliner preußischen Ministerien, u.a. dem Wohlfahrtsministerium, sehr hilfreich. Helene Weber hatte allerdings laut Hermann mit der Gründung der zwölf Seminare nichts zu tun.<sup>197</sup> Trotzdem erscheint es in diesem Zusammenhang interessant, auf die Frage nach der Einordnung der Bildungspolitiklerin Helene Weber zwischen religiöser Bindung und Hinwendung zur modernen Wissenschaft in Gestalt der Sozialwissenschaften in einer gesonderten Abhandlung

<sup>194</sup> Werner Friedrich Bruck, geb. 1880, gest. 1945, entstammte einer jüdischen Juristenfamilie; Konversion zum evangelischen Glauben; nach 1900 Studium der Biologie und der Volkswirtschaft; am 22. August 1922, also fast zeitgleich mit Heinrich Weber, erhielt er die Berufung als planmäßiger Extraordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften-, Industriegewirtschafts- und Weltwirtschaftslehre an die Universität Münster. Weber und Bruck leiteten in jährlichem Wechsel der Geschäftsführung, ab 1924 gemeinsam mit Friedrich Hoffmann, das Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vgl. *Hermanns, Sozialethik*, 25.

<sup>195</sup> Vgl. Universitätsarchiv Münster, Akte Ehrenpromotion, Brief Bruck an Weber v. 20. Mai 1930.

<sup>196</sup> Vgl. *Hermanns, Sozialethik*, 144-146.

<sup>197</sup> Vgl. Ebd.

näher einzugehen. Mit dem katholischen Sozialethiker, Sozialphilosophen und Nationalökonom Götz Briefs und dem katholischen Theologen und Staatswissenschaftler Heinrich Weber ist sie im Blick auf die Gesamtentwicklung in den Kreisen katholischer Intellektueller eher dem konservativen Lager zuzurechnen. Fortschrittlich erscheint allerdings, dass sie als erste katholische Frau auf der höchsten Verwaltungsebene des preußischen Staates, im Sinne der von Hermanns für die Person Heinrich Webers beschriebenen Wegbereitung, einer modernen berufsbezogenen Erwachsenenbildung tätig wurde. Diese Tätigkeit war getragen von dem Anliegen der Reformierung des Mädchen- und Frauenbildungswesens. Dabei war ihr die soziale Ausbildung ein Herzensangelegenheit, die mit großen Erwartungen verknüpft war. Denn die nach den preußischen Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen ab 1930 ausgebildeten Sozialbeamtinnen sollten in Helene Webers Augen das belebende Element der Verwaltung und der öffentlichen Wohlfahrtspflege sein. Sie sah in ihnen Garantinnen einer zwangsläufig unvermeidlichen, aber eben doch menschenwürdigen Bürokratie, wie sie es schon 1929 formuliert hatte: „Sie [die öffentliche Wohlfahrtspflege] ist der Ausdruck des humanitären Staates, der öffentlichen Gewalt mit ‚Menschenantlitz‘. Sie ist in dieser Beziehung nicht nur vernünftiges Nützlichkeitsprinzip, das die Menschenkräfte um des Staates willen bewahren und schützen soll, sondern auch innerliches Prinzip eines demokratischen Staates, der zuerst und zuletzt einen Staatszweck, aber auch einen Volkssinn erfüllen will.“<sup>198</sup>

In diesem staatlichen System der Wohlfahrtspflege stellten die Sozialbeamtinnen in den kommunalen Verwaltungen nach Helene Webers Auffassung Relaisstellen dar. Sie besetzten Schlüsselpositionen, um Kräfte zu bündeln und stellten – um einen aktuellen Begriff zu gebrauchen – Synergieeffekte her, damit organisierte Hilfeleistung nicht ins Leere lief, sondern ohne Umwege bei den Hilfsbedürftigen ankam. Denn im Jahr der Weltwirtschaftskrise 1929 hatte sich die soziale Lage in Deutschland zugespitzt, die Arbeitslosenzahlen stiegen dramatisch. So schrieb Helene Weber über ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege: „Die öffentliche Wohlfahrtspflege ist in ihrer Organisation an einem Punkt angelangt, der die Planwirtschaft aller Ämter verlangt. Alle Organisation ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um die Hilfe des Menschen zu ermöglichen und zu erleichtern. Der Mensch ist das Zentrum. Das Amt ist das dienende Glied. [...] Das gilt auch von den Arbeits- und Berufsämtern, weil [...] die Grenze der Wohlfahrtspflege, die sehr flüssig ist, im Wirtschafts- und Arbeitsleben liegt. Aber der Mensch kann nicht so einfach abgegrenzt werden. Sein Schicksal liegt bald hier, bald dort; bald ist es mit beiden Stellen, nämlich dem Wohlfahrts- und dem Arbeitsamt verbunden.“<sup>199</sup> Und wieder setzte Helene Weber auch und gerade angesichts knapper öffentlicher Kassen auf den sich langfristig für den Staat auszahlenden, präventiven Charakter qualifizierter Sozialer Arbeit. Denn Baron und Landwehr weisen darauf hin, dass sie als Ministerialrätin auf einer Anfang 1931 vom Bund der Berufsorganisationen des sozialen Dienstes in Berlin veranstalteten Kundgebung gemeinsam mit dem Obermagistratsrat Kobrack die Versammlung unterstützte. Beide plädierten dafür,

---

<sup>198</sup> Weber, Ungelöste Fragen, 8f.

<sup>199</sup> Ebd., 9f.

Sparmaßnahmen woanders, aber nicht beim Fachpersonal anzusetzen.<sup>200</sup> Noch kurz bevor sie ihres Amtes als Ministerialrätin enthoben wurde, stellte sie den Präventionsgedanken Sozialer Arbeit in den Vordergrund und mahnte 1932 dessen politische Relevanz trotz erdrückender Finanzknappheit im Staat an: „Wie dürfte man in dieser Zeit Landpflege- und Gemeindeschwestern-Stationen abbauen oder die primitivste Gesundheitsfürsorge fallen lassen? Ist der Kern aller Jugendfürsorge nicht die *vorbeugende, vorsorgende* Tätigkeit? Alle Familienfürsorge, die nicht den Kernpunkt der Familie sammelt, würde verkennen, dass kein Staat ohne Erhaltung dieser Gemeinschaften aufgebaut werden kann. [...] Es vereinigt sich damit eine fiskalische Bewertung, die übersieht, dass Vorbeugen sparsamer ist als Nachsorgen. Ich richte deshalb auch heute meine herzliche Bitte an alle Kommunen und kommunalen Verbände, an alle Organisationen der freien Liebestätigkeit, dass sie alle um unseres Volkes willen die menschliche Hilfsarbeit der Fürsorgerin erhalten.“<sup>201</sup>

Damit verfolgte Helene Weber nach wie vor zwei große Ziele. Das eine Ziel war die Erhaltung des status quo einer in ihrer Tätigkeit als Ministerialrätin mühsam vorangetriebenen, möglichst flächendeckenden, präventiv ausgerichteten Jugend- und Familienfürsorge in den Kommunen. Das zweite Ziel war ganz klar die Erhaltung von Arbeitsplätzen für die Absolventinnen der sozialen Frauenschulen. Denn sie schien die weitere tragische Entwicklung des Ministeriums für Volkswohlfahrt und der sozialen Arbeit voraus zu sehen, die sie später rückblickend in die folgenden Worte fasste: „Nach dem Grundsatz des totalen Staates sollte alle Jugend den letzten Parteizielen dienen. Nicht das Gesetz der Freiheit herrschte, sondern das des Zwanges, der als Grundlage aller Bildung die nationalsozialistischen Ideen für alle verpflichtend machte. Auch die Fürsorgearbeit und die Wohlfahrtsschulen sollten sich diesem Zwang fügen, Bildung wurde geprägt nach Zielen der Macht, die sich im tiefsten Grund mit Bildung nicht vereinbaren ließen. [...] Im Ministerium war man plötzlich vollständig verlassen.“<sup>202</sup>

#### IV.6. Ansätze der Professionalisierung sozialer Arbeit

Frühzeitig sah Helene Weber die Gefahr, dass die ausführenden Berufsorgane der öffentlichen Wohlfahrtspflege angesichts der sich zuspitzenden Notsituation in der Bevölkerung und des gleichzeitig einsetzenden Stellenabbaus den Durchblick in ihrer eigenen Verwaltung zu verlieren drohten. Die Suche nach einem angemessenen Umgang mit der neuen Situation bestimmte das vorausschauende Denken Helene Webers. Sie brachte ihre Sorge bereits 1926 zum Ausdruck, als sie in der

<sup>200</sup> Vgl. Landwehr/Baron, Berufung, 23.

<sup>201</sup> Weber, Helene, Hoffnung in der Not, in: Soziale Berufsarbeit 12 (1932) 1-2, 2, Hervorhebungen im Original.

<sup>202</sup> Weber, Amt, 99f.

„Volkswohlfahrt“ das unter dem Titel „Soziale Diagnose“ gerade erschienene Methodenlehrbuch von Alice Salomon rezensierte.<sup>203</sup>

„Der (*Hauptwert, neben den Impulsen aus einem anderen Land – S.P.*) liegt vielmehr darin, daß auch die Methode der Fürsorge in Deutschland einer gründlichen Analyse mit wissenschaftlicher Methode unterworfen wird, daß alle die vielen Einzelfälle, Einzelschicksale und Einzelgruppen in ein systematisches Bild, in große Zusammenhänge und Verantwortungsbeziehungen miteinander gebracht werden. Wohl spürt man durch das ganze Buch hindurch, daß letzten Endes der lebendige und warm empfindende Mensch diese Methode beseelen muß, aber das Buch räumt auch auf mit einer falsch sentimental Art und jener angeordneten Betriebsamkeit, die schließlich in der Wohlfahrtsarbeit vor lauter Bäumen den großen Wald nicht mehr sehen kann. Das Buch ist der Anfang einer methodischen Forschung der Wohlfahrtspflege, die hoffentlich mit dieser Schrift nicht abgeschlossen ist.“<sup>204</sup>

Das Ministerium für Volkswohlfahrt jedenfalls nahm sich dieser Frage sehr praxisorientiert an und wollte die Suche nach Antworten gemeinsam mit den Trägern Sozialer Ausbildung fortsetzen: „Wir stehen nicht nur in der Wohlfahrtspflege, sondern überhaupt im großen sozialen Leben vor der entscheidenden Frage, ob es uns bei aller Anerkennung der wissenschaftlichen Durchdringung des Stoffes und bei der Verfeinerung der organisatorischen Methoden gelingt, auch diese **menschliche** Frage zu lösen. Sie ist auf der einen Seite die Überwindung der ‚Masse‘, die wieder ‚Volk‘ für uns werden muß; sie ist auf der anderen Seite die soziale Bildung der sozial Arbeitenden im umfassendsten Sinne des Wortes. [...] Wir wollen in den Wohlfahrtsschulen die schwere Frage nach der sozialen Ausbildung der sozial Arbeitenden in bestimmter Form lösen. Aber wir stehen erst noch am Anfang und suchen den besten Weg. [...] Wir wollen keine Psychologen, sondern tief innerlich soziale Menschen aus unseren Schulen in das Leben schicken. [...] Es dürfen keine Fachmauern mit fachlichen Türen, die undurchdringlich sind, zwischen den einzelnen Stoffen entstehen. [...] Mein Ministerium wird deshalb in nächster Zeit eine Konferenz über methodische Fragen der Wohlfahrtsschulen vorbereiten.“<sup>205</sup>

---

<sup>203</sup> 1923 bereiste Alice Salomon die USA, um sich über verschiedene soziale Einrichtungen und deren Arbeitsweisen zu informieren. Sie diskutierte fürsorgliche Ideen und Probleme der sozialen Ausbildung mit führenden Persönlichkeiten wie Porter Lee, dem Direktor der sozialen Schule in New York. 1917 hatte Mary Richmond bereits ein Buch veröffentlicht, das in Amerika eine neue Epoche Sozialer Arbeit einleitete: Ihre „Social Diagnosis“ behandelte zum ersten Mal die damals bekannten Methoden der Fürsorge. Alice Salomon machte sich die Hauptgedanken zu eigen, ergänzte sie um einige grundlegende Darlegungen des Amerikaners Karl de Schweinitz zu „The art of helping people out of trouble“ und verarbeitete auch die Ansätze Porter Lees zu ihrer auf die Verhältnisse in Deutschland abgestimmten „Sozialen Diagnose“. Einige Monate später veröffentlichte sie mit Siddy Wronsky (sie gab die ersten Anregungen zum 1921 erschienenen „Leitfaden der Wohlfahrtspflege“) als logische Folge fürsorgliche Lehrakten unter dem Titel „Soziale Therapie“; ebenfalls 1923 hatte Helene Weber gemeinsam mit Hedwig Dransfeld für den KDFB eine USA-Reise unternommen, um Spendengelder für die in Deutschland Not leidenden Familien zu sammeln.

<sup>204</sup> GStA PK 42 a M 25 1926, 836.

<sup>205</sup> *Landwehr/Baron*, Berufung, 13, Hervorhebung im Original.

1931 trieb Helene Weber die Diskussion mit der Konferenz der Sozialen Frauenschulen voran: „Zu einer Anfrage Frau Ministerialrat Webers über die Vorschläge psychologisch-pädagogischer Themen für das Zusammentreten der Arbeitsgemeinschaft wird beschlossen: dass die Psychologie-Dozenten sich treffen sollen, um der Konferenz Vorschläge zu machen bezüglich Auswahl aus den oben aufgeworfenen Fragegebieten: Erwachsenenpsychologie, Einbau der Individualpsychologie, Herbeischaffung von Anschauungsmaterial für das erste Ausbildungsjahr, Aufstellung eines Jahresplanes (an Hand von Studentafeln), Eingliederung der Heilpädagogik. Wie weit sollen die wissenschaftlichen Richtungen der Psychologie sich in unserem Unterricht widerspiegeln. Revision der Lehrpläne.“<sup>206</sup>

Dann druckte die Zeitschrift „Soziale Berufsarbeit“ in ihrer Dezember-Ausgabe 1932 diesen im Zuge des sog. „Papenstreiches“ entstandenen Erlass ab:

„Auflösung des Ministeriums für Volkswohlfahrt. (-Z 1102 c/3. 11.a-) Nach der zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 wird das Ministerium für Volkswohlfahrt am 1. Dezember 1932 aufgehoben.“<sup>207</sup>

Der Bereich „Ausbildung von Wohlfahrtspflegern und Wohlfahrtspflegerinnen, soziale Frauenschulen und ähnliche Anstalten“ ging über auf das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Somit war die Diskussion um eine Methodenlehre in Deutschland abgebrochen und wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in erster Linie angeregt aus den USA, wieder aufgenommen.

#### IV.7. Die „Zeit der Stille“

Der Weg bis zur Einführung der Lehrplanrichtlinien für die preußischen Wohlfahrtsschulen im Jahr 1930 war gekennzeichnet von einer Kultur des Dialogs zwischen den Trägern der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege und dem Wohlfahrtsministerium. Dieser Dialog war möglich unter der Federführung einer ‚gelernten‘ katholischen Volksschullehrerin, die als Parlamentarierin und preußische Beamtin ihren Platz zwischen religiöser Bindung, moderner Wissenschaft und politischem Handeln gefunden hatte. Die Würdigung ihrer Arbeit wurde Helene Weber weit über die katholischen Kreise hinaus zuteil. Nur zwei Jahre nach der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Helene Weber hatten sich allerdings politische Kräfte in der preußischen Verwaltung und Politik Bahn gebrochen, denen Dialogkultur und freie Meinungsäußerung ein Fremdwort zu sein schienen. Unter der Überschrift „Was sagen die katholischen Frauen dazu?“ hieß es am 6. November 1932 in der Zeitung „Germania“:

„Wie wir hören, ist auch beabsichtigt, die einzige katholische Ministerialrätin, Frau Weber, abzusetzen. [...] Wir fragen an: Ist es wahr, dass man die Übernahme von Frau

<sup>206</sup> DZI C 9896, 13 (Protokoll über die Sitzung sozialer Frauenschulen und Wohlfahrtsschulen Deutschlands, Berlin, den 6./7. November 1931, 4).

<sup>207</sup> Soziale Berufsarbeit, Organ der Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands 12 (1932).

Ministerialrat Weber in ein anderes preußisches Ministerium an die Bedingung knüpft, dass sie ihr Reichstagsmandat niederlegt? Stellt man auch an andere preußische Beamte, die gleichzeitig Mandatsträger sind, solche Ansinnen? Oder sollen nur Zentrumsabgeordnete, die gleichzeitig Beamte sind, unter einen direkten oder indirekten Druck gesetzt werden? Oder werden sogar nur Frauen davon betroffen? [...] Was die sachliche Seite dieser Angelegenheit angeht, so sind sich alle Stellen und Organisationen, die die 13jährige Arbeit von Frau Weber im Wohlfahrtsministerium kennen, – **und zwar ohne Unterschied der Konfessionen und Parteien** – darüber einig, dass Frau Weber trotz der Aufgaben und Pflichten eines Mandats eine hervorragende, unermüdliche preußische Beamtin ist. Die preußischen Wohlfahrtsschulen, die Jugendpflege und die westliche Grenzlandarbeit sind der Inhalt ihrer Referate, die sie mit einer umfassenden Sachkenntnis, strenger Objektivität und geschickter Hand verwaltet.“<sup>208</sup>

Am 30. Juni 1933 wurde Helene Weber nach Paragraph vier des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums fristlos entlassen. „Das war im Grunde die Befreiung von einer Arbeit, die ich nicht mehr leisten wollte und konnte, weil sie meinen christlichen Grundsätzen über Jugendhilfe und soziale Bildung nicht mehr entsprach. [...] Aber es blieb ein Stachel, weil man mit Sorge an all die bedeutsamen Aufgaben der Jugendpflege und der Wohlfahrtsschulen dachte, die mit nationalsozialistischem Geist erfüllt werden sollten. Man kann ein solches Arbeitsgebiet, das man vierzehn Jahre mit seinen besten Kräften gepflegt hat, nicht zurücklassen wie einen verwüsteten Acker oder ein zerstörtes Haus. Man bleibt mit ihm verknüpft, mit geistigen und menschlichen Banden ihm verbunden.“<sup>209</sup>

Helene Weber blieb mit den aus ihrer christlichen Überzeugung heraus definierten ureigensten Anliegen der Jugendhilfe und der sozialen Bildung auch während der Zeit des Nationalsozialismus und über den Zweiten Weltkrieg hinaus verbunden. „So gut es ging, versuchte sie, ihre Gesprächspartner zu einer kritischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu ermuntern. Hierzu erinnerte sich Weihbischof Augustinus Frotz später eines Auftritts von Helene Weber anlässlich einer Tagung der Diözesanjugendseelsorge 1936 in Bad Soden. Hier habe sie mit einem unerhörten Freimut aus einer Fülle von Detailkenntnissen heraus die verführerisch gängigen Parolen der damaligen Machthaber beiseite geräumt und Wege aufgezeigt für eine kluge, kompromisslose Jugenderziehung und Jugendbildung auf christlicher Grundlage“.<sup>210</sup>

Ebenso blieb die Frauenbildung ihr wichtiges Anliegen. In der von ihr selbst so bezeichneten „Zeit der Stille“ von 1933 bis 1945 wurde sie nicht müde, sich in der Bildungs- und Schulungsarbeit des KDFB zu engagieren. Rückblickend schrieb sie, dass ihr in dieser Zeit deutlich geworden sei, „wie notwendig diese Jahre der

<sup>208</sup> ADCV 599 w Helene Weber 1. Personalien, 2. Publikation und Vorträge, „Germania“ vom 6. November 1932 unter Bezugnahme auf Artikel in „Essener Volkszeitung“ vom 4. November 1932; Hervorhebung S.P.

<sup>209</sup> Weber, Amt, 100f.

<sup>210</sup> Vgl. E. Lange, Weber, 193.



Vertiefung, des Opfers, der Sühne, der Sammlung für die katholische Frauenbewegung waren.“<sup>211</sup> Durch die nicht nachlassende Bildungsarbeit seien viele vor den Irrlehren des Nationalsozialismus bewahrt geblieben. Während der NS-Diktatur erhielt sie durch ständiges Kontakthalten zu den Ortsgruppen des VKDS, der sich 1936 in „Hedwigsbund“ umbenennen musste<sup>212</sup>, den Zusammenhalt des Verbandes aufrecht. Nach dem Krieg bereiste sie von Essen aus unter schwierigsten Verkehrsbedingungen erneut die Gruppen vor Ort und blieb Vorsitzende des unter dem neuen Namen „Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen“ wieder erstarkten Verbandes.

Außerdem engagierte sie sich als Vorsitzende im Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Berlin. „Ob es sich um Verwahrloste oder Gefährdete handelte oder um uneheliche Mütter und Kinder; es gab vieles zu schaffen, zu umsorgen und zu gestalten. Das Dritte Reich überließ der freien Liebestätigkeit gern die Gefährdeten. Es wollte aber unseren Einfluß nicht bei der starken und gesunden Jugend.“<sup>213</sup> Andreas Wollasch weist darauf hin, dass von der 1939 anlaufenden „Euthanasie“-Aktion auch Anstalten des Katholischen Fürsorgevereins gelegentlich betroffen waren. Denn nach Kriegsbeginn boten selbst geschlossene Anstalten im Sinne des GVeN („Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, S.P.) den Bewahrten keinen absolut sicheren Schutz mehr vor der Verlegung in die eigens dafür eingerichteten Tötungsanstalten. Ihnen drohte vielmehr dieses Schicksal, falls sie es auf mehr als fünf Jahre Heimaufenthalt brachten. „In dieser Situation gelang es Helene Weber in Berlin, wo sie seit 1937 die Leitung der dortigen Ortsgruppe des KfV übernommen hatte, einige Bewahrungsschützlinge, die von der Abholung besonders bedroht waren, vor der „Euthanasie“ zu retten. Durch persönliche Intervention bei mehreren Schwesternhäusern erreichte sie den Abschluß fingierter Arbeitsverträge mit den Betroffenen und damit ihre rechtlich unangreifbare Unterbringung im Kloster. Vier oder fünf Mädchen konnten nach der Erinnerung von Katharina Müller, der damaligen Geschäftsführerin der Ortsgruppe Berlin, auf diesem Wege vor der Vernichtung bewahrt werden.“<sup>214</sup>

#### IV.8. Förderung sozialer Berufsarbeit nach 1945

Wie bereits angedeutet blieb Helene Weber dem aus ihrer christlichen Überzeugung heraus definierten berufspolitischen Anliegen über den Zweiten Weltkrieg hinaus verbunden. Sie fand Mittel und Wege, diesem Anliegen auch unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen Gehör und Geltung zu verschaffen. Dem Berufsverband der katholischen Fürsorgerinnen gelang es, anders als dem evangelischen Verband, sehr schnell, an die „alten Themen der Weimarer Zeit“<sup>215</sup>

<sup>211</sup> Weber, Amt, 101.

<sup>212</sup> ADCV 319.4 F03/01a Fasz.02, Satzungsentwurf des Hildegard- oder Hedwigsbundes aus Januar 1935; der Verein sah seine Aufgabe gemäß Paragraph zwei von nun an eindeutig auf dem religiösen Gebiet, wirtschafts- und berufspolitische Aktivitäten waren expressis verbis ausgeschlossen.

<sup>213</sup> Weber, Amt, 101.

<sup>214</sup> Wollasch, Fürsorgeverein, 331.

<sup>215</sup> Vgl. Paulini, Dienst am Volksganzen, 424.

anzuknüpfen. Es waren nicht nur die „alten Themen“, sondern auch die „alten“ Netzwerke, welche die ehemalige Ministerialrätin und aktuelle Berufsverbandsvorsitzende neu aktivierte. So nutzte sie ihre Rolle als Vorstandsmitglied im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. „Der Vorsitzende berichtet weiterhin, dass gelegentlich der Sitzung des Studienkreises Soziale Neuordnung am 16. Oktober 54 vom Vorstandsmitglied Frau Dr. Weber die Anregung gegeben wurde, eine Kommission zu bilden, die sich mit der Frage „Das menschliche Potential in der Sozialarbeit“ (Ausbildung, Eingliederung in die Verwaltung u. a.) befasst. Frau Dr. Weber begründet ihren Antrag nochmals und verweist insbesondere darauf, dass die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz die Einsetzung eines solchen Ausschusses für dringend geboten erscheinen lassen. An der Spitze eines solchen Ausschusses muß jemand stehen, der die Arbeit der Fürsorgerinnen aus der Praxis und auch aus der Verwaltung kennt. Auch die Konferenz der Wohlfahrtsschulen hat den Deutschen Verein um Einsetzung eines solchen Ausschusses gebeten.“<sup>216</sup>

In der Sitzung vom 2. Dezember 1955, auf der Helene Weber nicht anwesend war, wurde eine Vorlage zum Beratungspunkt „Fachausschuß soziale Berufe“ diskutiert. Der Vorstand stimmte folgenden Ausführungen zu: „Die Fachkonferenz empfiehlt baldiges Tätigwerden dieses Fachausschusses. Der Fachausschuss soll sich mit der Frage der Ausbildung, zum anderen der Stellung der Fürsorgerin in der Verwaltung und darüber hinaus mit den besonderen Aufgaben dieses Berufes im Rahmen der Neuordnung der sozialen Leistungen beschäftigen. Als vordringlich zu bearbeitende Fragen erachtet die Fachkonferenz die Zulassungsbedingungen zu den Wohlfahrtsschulen, Ausbildung und Weiterbildung, Anstellungsbedingungen und Bewertung, Fragen des beruflichen Aufstieges, Sonderlaufbahn und Arbeitsbedingungen.“<sup>217</sup> Am 17. Oktober 1957 trat der Fachausschuss Soziale Berufe mit zahlreichen Gästen und Förderern erstmalig zusammen. „Das verhinderte Erscheinen Frau Dr. Helene Webers wird besonders bedauert. Als Vorstandsmitglied des Deutschen Vereins gab sie ehemals die erste Anregung für die Gründung eines Fachausschusses dieser Art. Den Ausschuss „Helene-Weber-Ausschuß“ zu nennen, sei am Widerstand Helene Webers gescheitert.“<sup>218</sup>

Dank Helene Webers Engagement auf struktureller Ebene erhielten die Absolventen und Absolventinnen der Sozialen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen mit der Umwandlung der Fachschulen für Sozialarbeit (zwei Jahre Ausbildung, ein Jahr Berufspraktikum) in Höhere Fachschulen für Sozialarbeit (drei Jahre Ausbildung, ein Jahr Berufspraktikum) im Frühjahr 1959 die Möglichkeit des Quereinstiegs in die Beamtenlaufbahn. Die staatliche Anerkennung der dreijährigen Ausbildung inklusive einjährigem Berufspraktikum (davon verpflichtend ein halbes Jahr

<sup>216</sup> ADCV 461.040 + 055, Fasz.1 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge Vorstand, Protokolle 1947–1955, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge am 6. November 1954 in Frankfurt a.M.

<sup>217</sup> ADCV 461.040 + 055, Fasz.1 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge Vorstand, Protokolle 1947–1955, Niederschrift über die Vorstandssitzung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge am 2. Dezember 1955 in Frankfurt a.M.

<sup>218</sup> ADCV 461 .045 VI, Fasz. 1 Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Fachausschuss für Soziale Berufe 1957–1968.

Verwaltungspraktikum) wurde gleichgesetzt mit der bestandenen Zweiten Verwaltungsprüfung der Beamtenlaufbahn. Somit verwirklichte sich noch zu Helene Webers Lebzeiten ihr lang gehegtes Anliegen: Die Möglichkeit der Übernahme von Sozialarbeiterinnen in die Laufbahn des gehobenen Verwaltungsdienstes war nun gegeben – und damit eine beamtenrechtliche Altersabsicherung dieser Frauen.<sup>219</sup>

Helene Weber war es als Ministerialrätin in der Weimarer Republik nicht mehr vergönnt gewesen, die ihr am Herzen liegenden Ansätze einer Methodenlehre weiter zu entwickeln. Die aus den USA in das Deutschland der Nachkriegsjahre und des Wiederaufbaus importierten Impulse verfolgte sie von daher mit großem Interesse. Allem Anschein nach hat Helene Weber 1953 nach Auskunft der Zeitzeugin Marianne Groos nochmals eine USA-Reise zu wichtigen amerikanischen Stätten sozialer Ausbildung unternommen: In dieser Zeit absolvierte Marianne Groos auf Einladung zahlreicher großer Frauenorganisationen von Oktober 1953 bis April 1954 ein „trainee programm“ mit dem Titel „Women affairs“ und war anschließend bis September 1954 Stipendiatin des „State Department of development“ an der Social Service School der Catholic University Washington D.C. Hier genoss sie eine Ausbildung in Methoden der Sozialarbeit bei ihrer Tutorin und Supervisorin Dorothee Sullivan, Professorin für „social group work“. Später wurde sie selbst Dozentin für Methodenlehre an der Aachener Höheren Fachschule für Sozialarbeit (1919 Soziale Frauenschule Aachen, heute Katholische Fachhochschule NRW, Abteilung Aachen). In ihrer Erinnerung ist es Dorothee Sullivan, die Helene Weber persönlich kennen- und schätzen gelernt hat und von ihr durchaus wertschätzend als „the old fine battle horse“ sprach.

Die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung der Höheren Fachschulen für Sozialarbeit für Nordrhein-Westfalen trat am 23. März 1959 in Kraft und brachte durch den Wegfall der Gruppeneinteilung (Gesundheits-, Jugend- und Wirtschaftsfürsorge) eine Verbreiterung der wissenschaftlichen Grundlage für alle Studierenden. Die Ausbildung wurde auf vier Jahre verlängert. Die Nachfolgerin Maria Offenbergs in der Aachener Schulleitung, Augusta Schroeder, erinnert sich: „Es war eine Freude, dass gleichlaufend mit den Bemühungen unserer Schule das Arbeits- und Sozialministerium nach Erlass der neuen **Ausbildungs- und Prüfungsordnung 1959** die Unterstützung der Methodenlehre aufgriff. Unsere Schule durfte 1962 die **Tagung** zu Fragen der Ausbildung in sozialer Fallarbeit der Sozialschulen des Landes Nordrhein-Westfalen [...] aufnehmen. Es beteiligten sich Experten aus Holland, Belgien, Schweiz und

---

<sup>219</sup> Die wertvollen Hinweise auf die im Archiv des Deutschen Caritasverbandes lagernden Quellen verdanke ich Frau Theresa Bock, die den Vorsitz des Fachausschusses Soziale Berufsarbeit im Deutschen Verein von 1972 bis 1994 innehatte. Über diese Zeit schreibt sie zusammenfassend: „Es war mein Einstieg in den Vorstand und wurde zu meinem Stützpunkt. Ich sehe mich dabei in der Tradition von Alice Salomon und Helene Weber, die sich den Anfängen der Ausbildung für die Standards und das Profil der sozialen Berufe engagiert haben.“ Bock, Teresa Bock, 74; Frau Marianne Groos in Aachen und Frau Hedwig Potthast in Warendorf danke ich für hilfreiche Auskünfte und den Hinweis, dass eine Nachgraduierung der Absolventinnen der zweijährigen Ausbildung inkl. einjährigem Berufspraktikum in Nordrhein-Westfalen erst mit dem Erlass des Ministers für Wissenschaft und Forschung, IB 5 43 – 16/0 Nr. 5350/71, vom 19. Oktober 1971 möglich wurde.

USA.<sup>220</sup> In diesem Jahr, dem Todesjahr Helene Webers, unternahm die Oberstufe der Aachener Schule am 21. Februar ihre traditionelle Fahrt zum Bundeshaus nach Bonn. „Dort wurde sie von Helene Weber empfangen. Alle ahnten, dass ihre Lebenszeit nur noch knapp bemessen war. Sie erlebten erschüttert, wie sich die große, greise Vorkämpferin der Frauenbewegung in Sozialarbeit und Politik mühte, jungen Menschen noch die Angelegenheiten ans Herz zu legen, an die sie ihre Lebenskräfte gegeben hatte: Einheit im Volk – Einheit unter den Völkern – die Sorge um den Osten Europas. [...] Wenige Tage danach starb Helene Weber, die Gründerin der Schule und Vorkämpferin aller beruflichen Sozialarbeit.“<sup>221</sup>

## V. Zusammenfassung

### V.1. Die fromme Helene Weber?!

Helene Weber war eine Frau, die aus ihrem Glauben heraus lebte und arbeitete. Grundlage allen pädagogischen, bildungs- und sozialpolitischen Engagements war ihr christliches Menschenbild. Diese Orientierung gab ihr auch in Zeiten äußerer Bedrängnis Kraft für die anstehenden Aufgaben. Diese Kraftquelle gab sie weiter, insbesondere an alle während der Zeit des Nationalsozialismus engagierten katholischen Sozialarbeiterinnen. So erschien im Juli 1935 in den Mitteilungen des Vereins für katholische deutsche Sozialbeamtinnen eine in der christlichen Mystik des Mittelalters wurzelnde Bildbetrachtung. Der Betrachtungsgegenstand war die aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts stammende Sigmaringer „Jesus und Johannes“-Gruppe. Weber ermutigte die im harten Alltag stehenden Frauen: „Und aus der großen Stille dieser ‚Zweiheit‘ klingt das Wort: ‚Ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt‘. Dieses Bild soll auch in unserem Zimmer und in unserem Herzen stehen. Wie ein Morgensegen und ein Nachtgebet. Wie eine leuchtende Kraft und ein tiefes, geheimnisvolles Symbol des Miteinanders von Gott und Mensch.“<sup>222</sup>

Diese einfache christliche Formel der Einheit von Gottes- und Nächstenliebe war für Helene Weber Programm. Sie war fest verwurzelt im Glauben an einen menschenfreundlichen Gott und stand gleichzeitig mit beiden Beinen mitten im gesellschaftlichen und politischen Leben. Gotthard Fuchs hat diese christliche Lebenseinstellung unter Bezugnahme auf die französische Sozialarbeiterin Madeleine Delbrêl (1904–1964) in seinem Festvortrag anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Neubaus der Aachener Sozialen Frauenschule so zusammengefasst: „Wer Sozialarbeit

<sup>220</sup> Schroeder, *Augusta*, Höhere Fachschule für Sozialarbeit. Soziale Frauenschule Aachen 1916–1966, Aachen 1966, 21; Hervorhebungen im Original; Landwehr/Baron merken kritisch an, dass die Methodenlehre in der Musterstudienordnung, die 1959 vom Nordrhein-Westfälischen Arbeits- und Sozialministerium nach Kontakten mit allen interessierten Organisationen und Behörden herausgegeben wurde, nicht auftauche. In den nach 1960 erlassenen neuen Ausbildungsordnungen sei zwar die Verwaltungskunde Prüfungsfach geworden, nicht aber die Methodenlehre. Dies sei in Berlin erst 1968 geschehen. Vgl. Landwehr/Baron, *Berufung*, 32.

<sup>221</sup> Schroeder, *Fachschule*, 26.

<sup>222</sup> Weber, *Helene*, Rundbrief der Führung, in: Mitteilungen des Vereins für katholische deutsche Sozialbeamtinnen 4 (1935) 55-56.

aus christlicher Überzeugung zu tun versucht, muss aus der eliptischen Spannung von ‚solitaire‘ und ‚solidaire‘ leben“. Mit „solitaire“ ist die Initimität der persönlichen Gottesbeziehung sowie die eigene kontemplative Haltung gemeint, mit „solidaire“ hingegen die entschiedene Zeitgenossenschaft – bei Madeleine Delbr l konkretisiert in der Gewerkschaftsarbeit.<sup>223</sup>

Helene Weber hatte zwar zahlreiche Kontakten zu aktiv gewerkschaftlich Engagierten, war aber nie selbst Gewerkschaftsmitglied wie ihre französische Zeitgenossin Delbr l. Aber wie gezeigt wurde, war sie von der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der Aufbruchstimmung im Laienkatholizismus stark geprägt. Zwangsläufig wurde sie als Katholikin politisch aktiv, um dem von der bürgerlichen und der konfessionellen Frauenbewegung gleichermaßen gehegten Anliegen der Institutionalisierung und Professionalisierung der Sozialarbeit in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. In dieser Aufbruchs- und Umbruchsphase der Weimarer Republik trat sie als couragierte Frau mit sicherem Blick für die Erfordernisse der Zeit in Erscheinung. Diese Eigenschaft verbindet sie mit dem Architekten Rudolph Schwarz. Er plante den Schulneubau der von Weber 1916 mit gegründeten Sozialen Frauenschule. Als Professor für St dttebau und als Direktor der Aachener Kunstgewerbeschule war der dem Quickborn nahestehende Schwarz wie Helene Weber mit Leib und Seele Lehrer aus christlicher Motivation. Er wollte etwas von seiner tiefsten inneren Überzeugung weitergeben: „Nicht der also ist ein christlicher Künstler, der sich einem besonders frommen Thema stellt, sondern der irgendetwas vollbringt, das gerade nötig ist – das aber als Christ.“<sup>224</sup> Auch Helene Webers Worten lag diese Geisteshaltung zugrunde, wenn sie 1930 nahezu programmatisch zusammenfasste: „Der Katholizismus hat den Optimismus der Entwicklungsfähigkeit des Einzelindividuums und der Familiengemeinschaft gegenüber dem Pessimismus der Zeit. Seine tiefste Kraft liegt in der Vergeistigung des Opfergedankens, der geduldig, langmütig und voll froher Zuversicht ist trotz der zersetzenden Erscheinungen im Volksleben, die fast unsere Tatkraft zu lähmen scheinen. Er überwindet die Klassengegensätze und widerspruchsvollsten Reibflächen durch Verinnerlichung des Gemeinschaftsgedankens, der schließlich in allen Menschen die Kinder eines Gottes sieht, der seine Ziele und Pläne durch die Welt verwirklichen will.“<sup>225</sup>

Steckt in dieser berufsethisch motivierten Äußerung Webers nicht darüber hinaus ein theologisches Begr ndungsmoment für die katholische Soziallehre? – Der Mensch ist Ebenbild Gottes und als solches eine Person mit einer unveräußerlichen und damit unbedingt zu achtenden Würde. Gleichzeitig ist der Mensch ein soziales Wesen, das notwendig auf seine Mitmenschen bezogen und angewiesen ist. Folgender

<sup>223</sup> Vgl. *Gotthard Fuchs*, „Spiritualität und Soziale Arbeit – Erinnerung und Ausblick“, unveröffentlichter Festvortrag anlässlich des Festaktes zum 75-jährigen Bestehen des Rudolf-Schwarz-Baus der KFH NW Abt. Aachen am 5. Juli 2005.

<sup>224</sup> Vgl. *Schwarz, Rudolph*, Die Christliche Kunst an Kunstgewerbeschulen. Tagung für christliche Kunst, Dresden, 1. Oktober 1929, in: *Die Schildgenossen* 9 (1929) 523-531. – Vorgestellt von Rudolf Schwarz' Nichte Claudia Lang-Pack in ihrem Referat „Rudolf Schwarz und die Soziale Frauenschule in Aachen“ im Rahmen des unter Anm. 216 erwähnten Festaktes.

<sup>225</sup> Äußerung Helene Webers als Ausgangszitat zu: *Bachem*, Geschichte Sozialbeamtinnen, 28.

Zusammenhang ist somit unter hermeneutischem Vorbehalt aus ihren Worten abzulesen: Glaube ist kein rein individueller Akt des Für-wahr-Haltens, sondern die gemeinschaftsbezogene Einheit von Bekennen und Bezeugen, von Mystik und Politik.<sup>226</sup>

## V.2. Balancesuche zwischen Tradition und Moderne

Die Rezeption der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ prägte Helene Webers innere Einstellung zur Arbeiter/innenfrage entscheidend und veranlasste sie zu konkreten und innovativen Handlungsschritten in der Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung. „Rerum Novarum“ bestärkte sie gleichzeitig in dem unerschütterlichen Bewusstsein, dass bestimmte naturrechtliche Ordnungen auch in der ab 1954 diskutierten Familienrechtsreform unumstößlich waren und dies auch in Zukunft bleiben sollten. In der Enzyklika hieß es: „Wie der Staat, so ist auch die Familie, wie schon gesagt, im eigentlichen Sinne eine Gesellschaft, und es regiert eine selbständige Gewalt in ihr, nämlich die väterliche.“<sup>227</sup> Dieser Argumentation folgte Helene Weber 1954 in der parlamentarischen Debatte nahezu wörtlich.<sup>228</sup>

Weber war eine Frau mit festen Prinzipien und Wertvorstellungen, denen sie auch dann unumstößlich treu blieb, wenn inzwischen veränderte gesellschaftliche Wirklichkeiten neue politischen Antworten erforderten.

Ihr großes Verdienst für die bürgerliche wie die konfessionelle Frauenbewegung bleibt die Tatsache, dass sie als sozial engagierte Pädagogin nicht bei der individuellen Verbesserung weiblicher Bildungschancen zur Überwindung sozialer Not stehen blieb, sondern als Bildungs-, Sozial- und Berufspolitikerin strukturelle Voraussetzungen zur Lösung der frauenspezifischen sozialen Frage schaffte. In heutiger Terminologie hat Helene Weber Chancengerechtigkeit angestrebt: Sie wollte eine jede Schülerin nach ihren jeweiligen Fähigkeiten gefördert und gefordert sehen. Über die Forderung einer im Angesicht der Folgen des Ersten Weltkrieges notwendigen qualifizierten sozialen Arbeit verschaffte sich die bürgerliche wie die konfessionelle Frauenbewegung den Zugang zu (wissenschaftlicher) Bildung und zu außerhäuslicher Erwerbsarbeit. Legitimierend herangezogen wurde dabei das im Zuge der Kindergartenbewegung entfaltete Konzept der ‚geistigen Mütterlichkeit‘. Dieses wahrscheinlich rein deutsche Phänomen haben katholische Frauen wie Helene Weber um das in der eigenen

<sup>226</sup> Zur Diskussion um die Frage nach dem theologischen Profil christlicher Sozialethik hier der Hinweis auf die Untersuchung von Marianne Heimbach-Steins zu Biographie und Handlungsorientierung Madeleine Delbrêls (1904–1964). Am Beispiel der auch als „Mystikerin der Straße“ bezeichneten Französin stellt Heimbach-Steins die inhaltliche und methodische Bedeutung des Glaubens als Sinnperspektive christlich geprägten, gesellschaftspolitischen Handelns heraus. Vgl. *Heimbach-Steins, Marianne, Unterscheidung der Geister. Strukturmoment christlicher Sozialethik*. Dargestellt am Werk Madeleine Delbrêls (Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 31) Münster u.a. 1994.

<sup>227</sup> *Leo XIII., Rerum Novarum*, Kap. 10, in: *Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands – KAB* (Hg.), *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, 7. erw. Aufl., Köln/Kevelaer 1989, 41–78, 47.

<sup>228</sup> Vgl. dazu in diesem Band den Beitrag von *Angela Bauer-Kirsch*.

religiösen Tradition verankerte Jungfräulichkeitsideal ergänzt. Auf diese Weise verschafften sie sich selbst und nachfolgenden Frauengenerationen die Anerkennung als ledige Berufstätige in Gesellschaft und katholischer Kirche. Helene Weber war von einem solchen spezifisch katholischen Berufsethos der jungfräulichen Berufsarbeiterin, insbesondere der Sozialarbeiterin, so nachhaltig überzeugt, dass ihr alternative weibliche Lebensentwürfe weder denk- noch in der Praxis realisierbar erschienen. Der Gedanke an eine verheiratete, als Mutter gleichzeitig im Berufsleben stehende Sozialarbeiterin befand sich bis zu ihrem Lebensende außerhalb ihres Vorstellungsvermögens.

Umso vehementer setzte sie sich zeitlebens für die Erlangung einer beamtenrechtlichen Altersabsicherung der ledigen Berufstätigen ein, was ihr wie beschrieben indirekt 1959 mit der Umwandlung der Fachschulen für Sozialarbeit in Höhere Fachschulen für Sozialarbeit und der neu eröffneten Möglichkeit des Quereinstiegs in die Beamtenlaufbahn nachweislich in Nordrhein-Westfalen gelang. Zur Erlangung ihrer Ziele agierte und taktierte Helene Weber – egal unter welchen zeitlichen und politischen Umständen und Gegebenheiten – immer als engagierte Katholikin, brillante Netzwerkerin und weitblickende Politikerin. Angesichts der sozialen Herausforderungen ihrer Zeit engagierte sie sich auf verwaltungspolitischer Ebene für einen neuen Ausbildungszweig im Mädchen- und Frauenbildungswesen. Ihr Bemühen um die Institutionalisierung und Professionalisierung sozialer Arbeit und Ausbildung orientierte sich an der realen gesellschaftlichen Praxis. Dieses ‚geerdete‘ Vorgehen korrespondierte sehr gut mit dem induktiven sozialetischen Ansatz Heinrich Webers, der wohl maßgeblich für die 1930 in Münster erfolgte Ehrenpromotion Helene Webers verantwortlich war. Der Theologe und Staatswissenschaftler Weber sah die Möglichkeit zur Gestaltung der Gesellschaft durch generelle Einflussmöglichkeiten (Sozialpolitik) und durch spezielle Beeinflussung und Besserung gegeben (Wohlfahrtspflege, Fürsorge, Sozialarbeit). Die wissenschaftliche Behandlung der Wohlfahrtspflege, die als Vorläufer der Sozialarbeitswissenschaft zu sehen ist, stellte für ihn eine neue Teildisziplin der praktischen Sozialwissenschaften dar. So hat Heinrich Weber laut Manfred Hermanns „entscheidend zur wissenschaftlichen Fundierung und Professionalisierung der Sozialarbeit beigetragen und durch ihre Verknüpfung mit moral- und pastoraltheologischen Erkenntnissen auch die Grundlagen einer Caritaswissenschaft geschaffen.“<sup>229</sup>

Die in der politischen Praxis stehende Helene Weber hat in ihrer Zeit als Ministerialrätin auf verwaltungs- und strukturpolitischer Ebene dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen zur Institutionalisierung, Etablierung, wissenschaftlichen Fundierung und Professionalisierung der Sozialarbeit geschaffen und erhalten wurden. Das Inkrafttreten der Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen in Preußen zum 1. Juni 1930 bedeutete einen von der Handschrift Webers geprägten Meilenstein in der Geschichte der Sozialen Arbeit. Helene Weber war in der Zeit der Weimarer Republik maßgeblich mitverantwortlich für die Erzeugung einer Kultur des Dialogs, in

---

<sup>229</sup> Hermanns, Manfred, Wo steht die christliche Gesellschaftslehre? Von Heinrich Weber über Josef Höffner bis zur Gegenwart, in: Die neue Ordnung 55 (2001) 193-208, 196.

der die Alltagspraxis und die Zukunftswünsche unterschiedlichster Schulträger, die Weiterentwicklung theoretischer Ansätze in der Sozial- und Caritaswissenschaft und das politisch Machbare in einem ausgewogenen Verhältnis Berücksichtigung finden konnten.



## **Die christliche Frau – Helene Weber und die katholische Frauenbewegung**

*von Annett Büttner*

|                                                                       |     |
|-----------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Einleitung .....                                                   | 115 |
| II. Erstes soziales und politisches Engagement .....                  | 116 |
| III. Helene Weber in der Weimarer Republik .....                      | 118 |
| III.1. Die Funktionärin des KDfB .....                                | 118 |
| III.2. Die Beziehungen zwischen dem KDfB und der Zentrumspartei ..... | 132 |
| III.3. Die Lehrmeisterin der politischen Bildung .....                | 136 |
| III.4. Das Verhältnis zu den Jungfrauen- und Müttervereinen.....      | 140 |
| IV. Das Frauenbild Helene Webers .....                                | 143 |
| IV.1. Helene Weber als konservative Politikerin .....                 | 149 |
| V. Die Zeit des Nationalsozialismus .....                             | 153 |
| VI. Nachkriegszeit .....                                              | 166 |
| VIII. Zusammenfassung .....                                           | 175 |

## I. Einleitung

Helene Weber war eine zutiefst im katholischen Glauben verwurzelte Persönlichkeit, deren gesamte berufliche, politische und Verbandstätigkeit nur vor diesem Hintergrund verstanden und interpretiert werden kann.

Im zweiten Deutschen Kaiserreich aufgewachsen und sozialisiert, machte sie hier ihre prägenden Erfahrungen. Anders als die meisten Mitstreiterinnen in der katholischen Frauenbewegung, die sich vor allem auf soziale und religiöse Anliegen beschränkten, sah sie in der staatsbürgerlichen Schulung, in aktiver politischer Arbeit und dem Kampf um das Frauenwahlrecht schon vor und während des Ersten Weltkrieges den Schwerpunkt ihres gesellschaftlichen Engagements. Daher wird sich die vorliegende Arbeit zunächst mit ihren ersten politischen und sozialen Aktivitäten beschäftigen und sie insbesondere als Vorbild eines neuen katholischen Frauentyps, der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der Wohltätigkeitsdame zur ‚kämpferischen Frau‘ gewandelt hat, würdigen. Bis zur Mitte der 1920er Jahre wird der Katholische Deutsche Frauenbund zu Recht als der eigentliche Träger der katholischen Frauenbewegung angesehen.<sup>1</sup> Ziel der Untersuchung sollen daher die Aktivitäten und der Einfluss Helene Webers innerhalb des KDfB im Spannungsfeld von Tradition und Moderne sein. Aus diesem Grund steht im Hauptteil der Arbeit Helene Webers Tätigkeit als Verbandsfunktionärin in der Weimarer Republik im Mittelpunkt, wobei ihre Vermittlerrolle zur Zentrumspartei ebenso von Interesse ist wie ihre Aktivitäten für die staatsbürgerliche Bildung der katholischen Frauen. Welches Frauenbild ihrer Arbeit zu Grunde lag, ist Gegenstand eines weiteren Kapitels, dem ein Exkurs über das reformkonservative Politikverständnis Webers folgt. In chronologischer Abfolge widmet sich die Arbeit anschließend der Zeit des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit. Ihre umfangreiche Tätigkeit in weiteren katholischen, meist berufsständischen Organisationen, wie dem Verein katholischer deutscher Lehrerinnen oder dem Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen wird nur am Rande thematisiert.<sup>2</sup>

Helene Weber hat nur wenige persönliche Aufzeichnungen hinterlassen und keine Bücher verfasst.<sup>3</sup> Als Quellen kamen daher nur das umfangreiche Archiv des KDfB in Köln und die zahlreichen Beiträge Helene Webers in Verbands- und Fachzeitschriften

---

<sup>1</sup> Der Verband wurde 1903 als „Katholischer Frauenbund Deutschlands“ gegründet. Nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnete er sich als „Katholischer Deutscher Frauenbund“, um die Mitglieder in den abgetretenen Gebieten miteinzubeziehen. Vgl. dazu Sack, Birgit, Vertretungen nach eigener Wahl und aus den eigenen Kreisen. Katholischer Frauenbund, Zentrumspartei und Zentrumspolitikerinnen in der Weimarer Republik, in: Gisela Muschiol (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 239-254, 252, Anm. 2. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich überwiegend mit der Zeit nach 1918. Daher wird einheitlich die Abkürzung KDfB verwandt.

<sup>2</sup> Eine Zusammenstellung der zahlreichen Aktivitäten Helene Webers findet sich bei Sack, Birgit, *Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933)*, Münster u.a. 1998, 421.

<sup>3</sup> Morsey berichtet, dass Weber 1933 aus Angst vor der Gestapo alle persönlichen Unterlagen vernichtet hat. Vgl. Morsey, Rudolf, *Helene Weber (1881–1962)*, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, Mainz 1979, 223-234, hier 292.

in Frage. Da Helene Weber erst ab 1918 im Vorstand des Verbandes mitarbeitete und der Aktenbestand im Wesentlichen nur bis 1945 bearbeitet ist, konzentriert sich der Aufsatz schwerpunktmäßig auf diesen Zeitraum. Die im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München überlieferten Nachlassteile stammen überwiegend aus der Arbeit Webers in politischen Gremien aus der Zeit nach 1945 und sind daher für das hier zu behandelnde Thema zu vernachlässigen.

Zahlreiche Publikationen befassen sich bisher mit der Persönlichkeit Helene Webers, von denen insbesondere die von Elisabeth Prégardier wegen ihrer Materialfülle hervorzuheben sind.<sup>4</sup> Birgit Sacks ausführliche und tiefgründige Dissertation über die katholische Frauenbewegung in der Weimarer Republik wirft zahlreiche Streiflichter auf das Wirken Webers.<sup>5</sup> Heide-Marie Lauterers Untersuchung über Parlamentarierinnen in Deutschland bietet insbesondere für die Zeit des Nationalsozialismus interessante Perspektiven.<sup>6</sup> Die einzige Monographie „Ernte eines Lebens: Helene Weber (1881–1962)“ umfasst eine Sammlung von Erinnerungen von Weggefährtinnen und -gefährten Webers anlässlich ihres 80. Geburtstages.<sup>7</sup> Sie trägt weitgehend hagiographische Züge, ist aber als Quelle ebenfalls heranzuziehen.

Den zahlreichen engagierten und zuweilen hagiographischen Würdigungen der Verdienste Helene Webers um die katholische Frauenbewegung soll hier keine weitere hinzugefügt werden. Es geht vielmehr um eine nüchterne Analyse ihres Werdeganges und ihrer Intentionen.

## II. Erstes soziales und politisches Engagement

Helene Weber war eine der wenigen sozialen Aufsteigerinnen innerhalb der Führungsriege der katholischen Frauenbewegung, da sie ihrer Herkunft nach nicht aus dem gehobenen Bildungs- oder Wirtschafts-, sondern aus dem Kleinbürgertum stammte. Ihr Vater, der seine relativ niedrige soziale Position als Volksschullehrer durch das Amt des Ortsvorsitzenden der Zentrumspartei erfolgreich aufwertete, achtete bei seinen Kindern auf eine gute Schulbildung, die ihnen den Aufstieg in höhere Gesellschaftsschichten ermöglichte.<sup>8</sup> Dabei konnte Weber die Möglichkeiten zu größerer sozialer Mobilität zu Beginn des 20. Jahrhunderts nutzen, als die gesellschaftliche Position von Frauen zunehmend weniger von der Herkunft als von der

<sup>4</sup> Prégardier, Elisabeth, Helene Weber (1881–1962). Sozialpolitikerin und Frauenrechtlerin, in: Alfred Pothmann/Reimund Haas (Hg.), Christen an der Ruhr, Bottrop 1998, 165–188; Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3), Essen/Annweiler 1991. (Der Ausgabe von Mohr/Prégardier liegt ein Original zu Grunde, welches 1961 als Manuskript in nur kleiner Auflage gedruckt wurde: Ernte eines Lebens. Blätter zur Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h.c. Helene Weber am 17. März 1961, gesammelt und herausgegeben von der Zentrale des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Köln 1961. Gegenüber dem Original haben Mohr/Prégardier einige geringfügige redaktionelle Änderungen in Gliederung und Überschriften vorgenommen und zudem zahlreiche Fotos hinzugefügt.)

<sup>5</sup> Sack, Religiöse Bindung.

<sup>6</sup> Lauterer, Heide-Marie, Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949, Königstein/Taunus 2002.

<sup>7</sup> Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens.

<sup>8</sup> Eine Schwester Helene Webers wurde ebenfalls Lehrerein, die beiden Brüder Juristen.

Form der Karriere abhingen. Laut Niklas Luhmann besteht Karriere als „zeitliche Struktur des Inklusionsprozesses“ aus positionsverändernden Ereignissen, die „in jedem Einzelfalle durch eine Kombination von Selbstselektion und Fremdselektion zustande kommen.“<sup>9</sup>

Helene Weber nutzte zunächst die einzige höhere Bildungsmöglichkeit für Frauen am Ende des 19. Jahrhunderts und wurde Volksschullehrerin. Sofort nach der Zulassung von Frauen zum Studium nahm sie die Möglichkeit weiterer universitärer Ausbildung war. Ab 1909 war sie beamtete Oberlehrerin und förderte bereits in dieser frühen Lebensphase die politische und soziale Bildung ihrer Schülerinnen.<sup>10</sup> Ihr in der industriell entwickelten bergischen Heimat gewecktes soziales Interesse und der Blick über die eigene soziale Schicht hinaus brachten sie in Kontakt mit der katholischen Jugend- und Arbeiterbewegung in Gestalt des Volksvereins und des Zentrums politiklers Joseph Joos, die ihren gesellschaftlichen Erfahrungshorizont nochmals erweiterten.<sup>11</sup> Ihr persönlicher Ehrgeiz, gepaart mit den neuen universitären Bildungsmöglichkeiten für Frauen und dem engen Netzwerk der katholischen (Frauen-)Organisationen führten sie schließlich bis zur Position der ersten Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium. Sie entstammte also einer Generation, die ihre berufliche Ausbildung der Frauenbewegung verdankte. So könnte auch Helene Weber von sich sagen, was Marie Baum rückblickend geäußert hat: „Mein Leben hatte also der Frauenbewegung gedient, längst ehe ich mich ihrer Organisation näherte...“<sup>12</sup>

Im KDFB arbeitete Helene Weber schon vor dem Ersten Weltkrieg mit.<sup>13</sup> Im Kölner Zweigverein gründete sie die „Kommission für soziale Fragen und Bestrebungen“ und hielt dort Kurse und Vorträge für Heimarbeiterinnen und Bildungsabende über Familienpflege, Literatur und Kunst ab. Gemeinsame Wanderungen weisen auf den Einfluss der Jugendbewegung hin. Auf die von ihr begründete Berufsausbildung für Sozialfürsorgerinnen in der Sozialen Frauenschule des KDFB in Köln wird an anderer Stelle der Veröffentlichung ausführlich eingegangen.<sup>14</sup>

Helene Weber engagierte sich seit 1911 in der Propagandakommission der Kölner Ortsgruppe des „Frauenstimmrechtsverbandes für Westdeutschland“. Dieser forderte im Unterschied zum „Deutschen Verband für Frauenstimmrecht“ nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Frauen, sondern zunächst nur allgemeine Gleichberechtigung mit den Männern in deren bestehenden Wahlrechten, d.h. innerhalb

<sup>9</sup> Luhmann, Niklas, *Soziologische Aufklärung*, Bd. 4: Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, Opladen 1987, 189.

<sup>10</sup> Vgl. Jörissen, Luise, Als Oberlehrerin in Köln, in: *Mohr/Prégardier*, *Ernte eines Lebens*, 13-21.

<sup>11</sup> Vgl. Joos, Joseph, Im Rückblick, in: Ebd., 63-70 und *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 49. Zur Frauenbewegung vgl. die Überblicksdarstellung bei *Gerhard, Ute*, *Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Reinbek bei Hamburg 1990.

<sup>12</sup> *Baum, Marie*, *Rückblick auf mein Leben*, Heidelberg 1950, 155. Marie Baum engagierte sich im bürgerlichen „Bund Deutscher Frauenvereine“.

<sup>13</sup> Die Angaben zum Eintrittsdatum divergieren zwischen 1909 und 1913, ohne das jeweils eine Quelle dafür angegeben wird. Weber wurde offenbar Mitglied des Kölner Zweigvereins.

<sup>14</sup> Vgl. dazu auch *Sack*, *Religiöse Bindung*, 34f. und *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 37-41.

des Drei-Klassen-Wahlrechts.<sup>15</sup> Diese Arbeit schulte ihr politisches Urteilsvermögen und ihre Überzeugungskraft als Autorin und Rednerin.

Helene Weber ist gleichsam der Prototyp einer neuen katholischen Frau, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der ‚Wohltätigkeitsdame‘ zur ‚kämpferischen Frau‘ wandelte, ein Ausdruck, den Papst Pius XI. eingeführt hat.<sup>16</sup> Es handelte sich dabei um gebildete, emanzipierte und selbstbestimmte Frauen, die sich insbesondere in der Bildung und der Sozialarbeit stark engagieren. „Die ‚neue Frau‘ des militanten Katholizismus ist eine Frau der Tat, allerdings ohne die männer-ähnlichen Züge, mit denen das katholische Feuilleton [...] die Feministin karikiert.“<sup>17</sup> Die Schwierigkeiten bei der eigenen Emanzipation und der Eroberung neuer Bildungsmöglichkeiten ließen bei diesen Frauen ein gewaltiges Selbstbewusstsein entstehen, was sogar zur Überschreitung bisheriger ungeschriebener gesellschaftlicher Grenzen befähigte. So war es bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein nicht üblich, dass sich unverheiratete Frauen allein in der Öffentlichkeit bewegten.<sup>18</sup> Als Rednerinnen auf zahlreichen Frauenversammlungen waren die ersten Funktionärinnen der Frauenbünde nun aber gezwungen, allein zu reisen und sich in ganz Deutschland selbständig zurechtzufinden. Ebenso galt es als Novum, dass nach dem Ersten Weltkrieg auch Frauen als Rednerinnen auf den Katholikentagen auftraten, während sie vorher ausschließlich auf Frauenkreise beschränkt waren.<sup>19</sup>

### III. Helene Weber in der Weimarer Republik

#### III.1. Die Funktionärin des KDfB

Michaela De Giorgio konstatiert in der „Geschichte der Frauen des 19. Jahrhunderts“ die weitgehende religiöse Indifferenz der Männer, denen der Glaube nun nicht mehr eine umfassende, absolute Geisteshaltung, sondern in die Relativität abgedrängte bloße religiöse Meinungsäußerung war.<sup>20</sup> „Vor allem der Glaube der Männer drückt sich zunehmend in ‚politischen Positionen‘ aus, während er bei den Frauen noch als ‚Geisteshaltung‘ erhalten bleibt. Bei Frauen drückt sich die Stärke des Glaubens mehr

<sup>15</sup> Vgl. Archiv des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln (künftig: Archiv KDfB), 1-148-1, Nachlass Weber, Frauenstimmrechtsverband 1912–1919. Aufruf als Vorwort zum Jahresbericht 1911, formuliert von Weber.

<sup>16</sup> Giorgio, Michela De, Das katholische Modell, in: Georges Duby/Michelle Perrot (Hg.), Geschichte der Frauen, Bd. 4, Frankfurt/Main/New York 1994, 187-220, 200. Dieses Phänomen trat zeitgleich in überwiegend katholisch geprägten Ländern wie Italien und Frankreich auf, mit denen sich die „Geschichte der Frauen“ schwerpunktmäßig beschäftigt.

<sup>17</sup> Ebd., 200.

<sup>18</sup> Als Beispiel sei hier Katia Mann, die Ehefrau Thomas Manns erwähnt. Sie durfte zwar als eine der ersten Frauen die Universität in München besuchen, tat dies aber stets in Begleitung ihrer Brüder. Vgl. Mann, Michael/Plessen, Elisabeth (Hg.), Katia Mann. Meine ungeschriebenen Memoiren, Frankfurt/Main 1974, 19.

<sup>19</sup> Bis 1921 durften Frauen nur von der Galerie aus den Vorträgen zuhören. Vgl. Janusch, Cordula, Tradition und Innovation. Frauen auf den Katholikentagen in der Weimarer Republik, in: Muschiol, Katholikinnen, 163-178, 163.

<sup>20</sup> Vgl. Giorgio, Katholisches Modell, 190.

denn je durch ‚faktisches Verhalten‘ aus.“<sup>21</sup> Wenn auch die daraus abgeleitete These, der Katholizismus des 19. Jahrhunderts stehe im Zeichen des weiblichen Geschlechts, weiterer Erörterungen bedarf, so entwickelte sich die katholische Frauenbewegung zu einer starken Stütze der Kirche, was ihr letztendlich das Wohlwollen des überwiegenden Teils des Klerus verschaffte.<sup>22</sup> Mit der Übernahme des Vorsitzes durch Hedwig Dransfeld im Jahr 1912 war die Konsolidierungsphase des 1903 gegründeten KDfB beendet. Sie hatte ihm in dieser Zeit durch ihr sachliches, überlegtes Agieren weitgehende gesellschaftliche Akzeptanz erworben – ein Grundstock, auf dem die kommende Generation der katholischen Frauenbewegung aufbauen konnte. Es folgte nun eine Ausdifferenzierung der Organisationsstruktur, die mit einer Professionalisierung der Arbeit und einer deutlichen Politisierung verbunden war.<sup>23</sup>

Am 5. Februar 1918 nahm Helene Weber zum ersten Mal als Gast an einer Sitzung des Vorstands teil. Es wurde dort bereits der Hoffnung Ausdruck verliehen, „daß Frl. Weber bald als beschließendes Mitglied zum Vorstand gehören möge“.<sup>24</sup> Dies war offensichtlich nach der VII. Generalversammlung im Juni 1918 in Fulda der Fall, denn ab Oktober erschien sie im Protokoll nicht mehr mit dem Zusatz „Gast“.

Im Sommer 1918 beherrschten soziale, sittliche, theologische und organisatorische Probleme die Diskussion. Die meisten Vorstandsmitglieder einschließlich Hedwig Dransfelds und des geistlichen Beirats Subregens Bomewassers sprachen sich noch im Oktober gegen das Frauenwahlrecht aus, da man die Angelegenheit noch als verfrüht betrachtete.<sup>25</sup> Dies mag von Seiten der Vorstandsmitglieder aus Rücksicht auf die Ressentiments der Geistlichkeit gegen jegliche politische Betätigung von Frauen geschehen sein, zumal einige von ihnen sich persönlich in Frauenstimmrechtsvereinen engagiert hatten<sup>26</sup>, entsprach aber auch dem in Frauenkreisen weit verbreiteten Desinteresse an politischen Themen. Selbst rückblickend betrachtete Helene Weber das Frauenstimmrecht noch als „deutsches Schicksalsvermächtnis“, Maria Offenberg empfand es „als ein Geschenk des deutschen Schicksals, das die Frau mitverantwortlich machte für den politischen Aufbau Deutschlands.“<sup>27</sup>

<sup>21</sup> Ebd., 190.

<sup>22</sup> Als beispielsweise ein Pfarrer 1920 alle führenden Frauen des Bundes als „liberal“ bezeichnete, wiesen sie dies weit von sich und suchten das klärende Gespräch mit ihm. Vgl. Archiv KDfB, 1-7-4, Zentralvorstand, Protokolle, Sitzung vom 20. Oktober 1920.

<sup>23</sup> Vgl. *Breuer, Gisela*, Frauenbewegung im Katholizismus. Der Katholische Frauenbund 1903–1918, Frankfurt/Main/New York 1998, 89-94.

<sup>24</sup> Archiv KDfB, 1-7-4 Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, hier Protokoll vom 5.2.1918.

<sup>25</sup> Vgl. Archiv KDfB, 1-7-4 Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, hier Protokoll vom 10./11. Oktober 1918. Vgl. auch: *Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth* (Hg.), Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik, Essen/Annweiler 1990, 50. Der Deutsche Evangelische Frauenbund hingegen lehnte das Frauenstimmrecht grundsätzlich ab. Zur Institution des Geistlichen Beirats in den Vorständen des Frauenbundes vgl. *Breuer*, Frauenbewegung, 63-72.

<sup>26</sup> Vgl. *Dransfeld, Hedwig*, Grundsatzprogramm der katholischen Frauen zum Eintritt in die Politik, in: *Mohr/Prégardier*, Politik als Aufgabe, 103-118.

<sup>27</sup> *Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Jahrhundertwende-Jahrhundertmitte. Der Katholische deutsche Frauenbund auf dem Wege 1903–1953, Köln 1953, 33.

Statt einer offiziellen Begrüßung des Frauenstimmrechts wurden im Vorstand vaterländische und monarchische Kundgebungen beschlossen, die den Erklärungen des weltlichen Bundes deutscher Frauenvereine zur politischen Lage widersprachen. An diesen neuen, politische Fragen berührenden Diskussionsthemen im Vorstand beteiligte sich Helene Weber nicht, obwohl sie seit 1911 Mitglied des Frauenstimmrechtsvereins West war. Ihr Interessenschwerpunkt lag offensichtlich noch ganz im Bereich der Sozialpolitik. Die durch die Revolutionereignisse einsetzende radikale Politisierung der Frauenverbandsarbeit ging aber auch an ihr nicht spurlos vorüber. Es häuften sich ihre Wortmeldungen und Anträge zu politischen und für die inhaltliche Arbeit des KDFOB wichtigen Themen. Allerdings hielt sie die Frauen noch für politisch zu unreif, um ihnen beispielsweise die Mitgliedschaft in einer politischen Partei anzuraten.<sup>28</sup>

Schon im Oktober 1918 wollte man Helene Weber angesichts der sich zuspitzenden politischen Lage als Leiterin in das Berliner Sekretariat des Bundes entsenden. Sie war jedoch an der Frauenschule in Aachen noch nicht abkömmlich, so dass diese Arbeit zunächst von Hedwig Dransfeld übernommen wurde. Helene Weber reist im Sommer 1919 nach. Beide Frauen waren nicht nur durch ihr Engagement im KDFOB, sondern auch durch ihre politische Tätigkeit als Abgeordnete der Weimarer Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags persönlich eng verbunden. Bereits im Oktober desselben Jahres begann Webers Arbeit im Preußischen Wohlfahrtsministerium, in dem sie im September 1920 zur ersten weiblichen Ministerialrätin in Preußen bestellt wurde. So verlegte sie ihren Lebensmittelpunkt gänzlich nach Berlin. Dennoch bemühte sie sich, wenigstens an einem Tag der meist mehrtägigen Vorstandssitzungen des Frauenbundes in Köln teilzunehmen, fast an jedem Sonntag war sie nach einer anstrengenden Nachtfahrt in einem der Zweigvereine bei Beratungen der verschiedensten Art anzutreffen.<sup>29</sup>

Die politisch versierte Arbeit Helene Webers hatte auf die Mitglieder des Frauenbundes offensichtlich so großen Eindruck gemacht, dass im Januar 1920 ein Antrag von 66 Zweigvereinen beim Vorstand einging, in dem dringend um ihre hauptamtliche Verpflichtung für den Bund gebeten wurde.<sup>30</sup> Sie sollte das wichtige Dezernat Volksbildung übernehmen. „Der Zentralvorstand teilt[e] die Meinung der Zweigvereine, dass Frl. Weber ihm eine unersetzlich wertvolle Kraft ist.“<sup>31</sup> Von Seiten einiger Vorstandsmitglieder wurden jedoch Bedenken laut, Helene Weber von ihrem Posten im Preußischen Wohlfahrtsministerium abzuziehen, da ihre Leistungen derartig seien, dass ihr eine äußerst günstige Laufbahn bevorzustehen schien. Insbesondere wollte man auch nicht auf eine katholische Vertreterin in diesem wichtigen Ministerium verzichten. Nach

---

<sup>28</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-7-4 Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, hier Protokoll vom 30./31. Januar 1919.

<sup>29</sup> Vgl. Namentlich nicht gekennzeichnetes Manuskript für einen Artikel in: Frauenland 22, Dez. 1929 anlässlich des 10. Jahrestages der Arbeitsaufnahme Webers im Preußischen Wohlfahrtsministerium in: Archiv KDFOB, 1-3-5 Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Archiv KDFOB, 1-7-4 Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Vorstandsprotokoll vom 22. Januar 1920. Weber nahm an dieser Sitzung krankheitsbedingt nicht teil.

<sup>31</sup> Ebd.



eingehender Diskussion wurde beschlossen, Helene Weber die Entscheidung anheim zu stellen. Eine Abordnung unterbreitete ihr dieses Angebot und Helene Weber lehnte nicht sofort ab, sondern äußerte ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme eines solchen Amtes.<sup>32</sup> Warum es später doch nicht dazu kam, ist aus den Quellen nicht ersichtlich. Seit 1921 wirkte sie ehrenamtlich als stellvertretende Bundesvorsitzende. Ein weiterer Vorstoß, sie hauptamtlich zu verpflichten, wurde vom Vorstand im Jahr 1924 unternommen. Auf der Sitzung vom 6. Juli 1924 nahmen die Vorstandsmitglieder mit Bedauern die Erklärung Hedwig Dransfelds an, bei der nächsten Wahl nicht mehr als erste Bundesvorsitzende zu kandidieren. Sofort richtete sich das Augenmerk auf Helene Weber als Nachfolgerin. Sie lehnte jedoch sofort „infolge schwerwiegender Gründe“ ab; auch die Bitte, ihre Entscheidung bis zur nächsten Vorstandssitzung noch einmal zu überdenken, führte nur zur Bekräftigung „ihrer Entscheidung, daß es ihr unmöglich sei, den Vorsitz anzunehmen.“<sup>33</sup> Dennoch unternahmen die Vorstandsmitglieder auf der nächsten Sitzung einen weiteren erfolglosen Versuch, Helene Weber umzustimmen. Über ihre Gründe wird leider nichts mitgeteilt. So blieb dem Vorstand nichts weiter übrig, als auf der nächsten Generalversammlung im Oktober eine vorläufige geschäftsführende Vorsitzende wählen zu lassen.<sup>34</sup>

Nach dem unerwarteten Tod Hedwig Dransfelds im März 1925 richteten sich alle Hoffnungen der Vorstandsmitglieder wiederum auf Helene Weber. Im November 1925 bat man sie dringend um die Übernahme des Amtes der ersten Vorsitzenden, was sie aber mit dem Hinweis auf ihre Überlastung und die Notwendigkeit, im katholischen Fraueninteresse eine katholische Persönlichkeit auf ihrem Posten als Ministerialrätin haben zu müssen, wiederum ablehnte.<sup>35</sup> Einige Vorstandsmitglieder gingen sogar so weit, sie trotzdem zur Wahl aufstellen zu wollen, um sie dann eventuell mit einem einstimmigen Votum überzeugen zu können. Die Wahlkommission des Bundes stellte die Einsetzung einer geschäftsführenden Vorsitzenden an der Seite von Helene Weber in Aussicht, um die Arbeitsbelastung zu minimieren. Letztendlich gab dann aber die strikte Weigerung der Kandidatin den Ausschlag, sie von Seiten des Vorstandes nicht mehr vorzuschlagen.<sup>36</sup>

Die politischen Erfahrungen, die Helene Weber in der Partei- und Parlamentsarbeit sammeln konnte, stellte sie dem KDFB uneingeschränkt zur Verfügung.<sup>37</sup> Ihr und Hedwig Dransfeld war es maßgeblich zu verdanken, dass sich der KDFB zu Beginn der Weimarer Republik als politische Organisation verstand, die die im neuen politischen Klima gegebenen Partizipationsmöglichkeiten im Sinne der katholischen

---

<sup>32</sup> Vgl. Ebd., 4.

<sup>33</sup> Archiv KDFB, 1-7-8 Protokolle des Zentralvorstands 1924. Zusatz zum Vorstandsprotokoll vom 10./11. August 1924.

<sup>34</sup> Die Wahl fiel auf Frau Schmidt aus Warendorf, die im darauffolgenden Jahr von Gerta Krabbel abgelöst wurde. Vgl. Archiv KDFB, 1-38-2 Mitgliederversammlung Hildesheim 1924 (= 9. Generalkonferenz), Bericht über die Delegiertenversammlung im Nachrichtenblatt des KDFB, 34.

<sup>35</sup> Vgl. Archiv KDFB, ohne Signatur, Anlage zum Vorstandsprotokoll vom 21.-23. November 1925.

<sup>36</sup> Vgl. Archiv KDFB, ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 21. Januar 1926.

<sup>37</sup> Lauterer berichtet über einen regelrechten Unterricht von erfahrenen Angeordneten für die neu hinzugekommenen in der Nationalversammlung: Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 78f.

Frauenbewegung nutzen wollte. Wie bereits erwähnt verband beide ein enges kollegiales Verhältnis, was durch die gemeinsame parlamentarische Arbeit noch gefestigt worden war, gehörten doch die in Volksvertretungen tätigen Bundesmitglieder zu denjenigen mit dem größten Überblick über die aktuellen gesellschaftlichen Themen.

Es finden sich nun Tagesordnungspunkte wie „Massnahmen zur dauernden Beeinflussung der Gesetzgebung“<sup>38</sup> in den Protokollen, eine „Kommission zur Benennung von katholischen Persönlichkeiten, die für die Besetzung von neugeschaffenen amtlichen Stellen in Frage kommen“ wird unter dem Vorsitz von Helene Weber im Juli 1919 installiert. Die Vorstandssitzung vom Juli 1919 fand am Sitz der Nationalversammlung in Weimar statt, die Abgeordneten unter den Vorstandsmitgliedern entfernten sich gelegentlich bei wichtigen Punkten der Parlamentstagesordnung. Ziel des Frauenbundes war jetzt die gezielte politische Einflussnahme im Sinne der katholischen Moral und Soziallehre. Die Verbandsmitglieder sollten durch neue Rubriken in den Verbandsorganen über das parlamentarische Geschehen informiert werden. Im Reichstag wirkte Helene Weber als erklärte Vertreterin der katholischen Frauenbewegung auf die Gesetzgebung ein und unterrichtete in den verbandseigenen Publikationen die Mitglieder über die entsprechenden Themen.<sup>39</sup> Als Vorsitzende des Reichsfrauenbeirates des Zentrums wollte Helene Weber „in engster Fühlungnahme mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund arbeiten“ und sie forderte die Vorsitzenden der Frauenbundkommissionen gezielt auf, Vorarbeiten und Wünsche für neue Gesetzgebungsverfahren vorzulegen.<sup>40</sup>

Der Abwehr sozialdemokratischer Einflüsse auf katholische Frauen galt weiterhin ein besonderes Augenmerk.<sup>41</sup> Allen Vorstandsmitgliedern gemeinsam war die Betonung ihrer katholischen Weltanschauung in Abgrenzung zu den Frauenbewegungen anderer Lager.<sup>42</sup> Mit politischen Äußerungen hielt man sich außerhalb der Zentrumspartei zurück und eruierte, wenn nötig, vorher erst die allgemeine Lage. So zögerte Hedwig Dransfeld zunächst eine Reaktion auf den Tod der Kaiserin im Frühjahr 1921 heraus und bat Helene Weber, Erkundigungen über das Verhalten des Bundes Deutscher Frauenvereine einzuziehen. „Die Haltung des Deutsch Evangelischen Frauenbundes

<sup>38</sup> Archiv KDFOB, 1-7-4, Weber in der Vorstandssitzung vom 17.–19. Juli 1919, 7.

<sup>39</sup> In der Mitgliederzeitschrift „Frauenland“ erschien ab 1928 eine Artikelserie „Leben und Gesetz“, in der Helene Weber über die folgenden Gesetzesinitiativen berichtete: „Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“, „Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, 1929 folgte das Ehescheidungsrecht und die Änderung des Strafgesetzbuches.

<sup>40</sup> Archiv KDFOB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Schreiben von Weber an die Generalsekretärin Antonie Hopmann vom 13. Juni 1928. Neben den Hausfrauen- und Landfrauenkommissionen und einem eigenen Jugendbund arbeiteten im katholischen Frauenbund meist von hauptamtlichen, akademisch gebildeten Mitarbeiterinnen geleitete Kommissionen, wie z.B. die Frauenberufs-, die Staatsbürgerliche oder die Soziale Kommission.

<sup>41</sup> Ein Vorstandsmitglied berichtete über Besprechungen die Kardinal von Hartmann mit Vertretern von Jungfrauenvereinen, christlichen Gewerkschaften und katholischen Dienstmädchenvereinen geführt habe. Insbesondere die beiden letztgenannten sollten in Industriegebieten, in denen die Sozialdemokratie eine wirkliche Gefahr bedeute, eingeführt werden. Vgl. Protokoll vom 17.–19. Juli 1919, 8.

<sup>42</sup> So sollten auf Beschluss des Zentralvorstandes die Rednerinnen auf der VIII. Generalversammlung des Verbandes gerade die katholischen Gedanken in der Frauenbewegung an Hand ihres jeweiligen Themas herausarbeiten. Vgl. Brief von Hedwig Dransfeld an die Rednerinnen vom 10. August 1921, in: Archiv KDFOB, 1-37-5, Generalversammlung 1921.

kann für uns nicht maßgebend sein, da er sich, im wesentlichen deutschnational orientiert, offen zur monarchischen Gesinnung bekennen kann.“<sup>43</sup> Der Vorstand des KDFOB stand offensichtlich fester auf dem Boden der Weimarer Republik als seine evangelische Schwesterorganisation. Außerdem war im besetzten Ruhrgebiet politische Vorsicht von Nöten, denn die nach dem Ersten Weltkrieg dort stationierten französischen Truppen registrierten argwöhnisch jede politische Meinungsäußerung.

Während der Inflationszeit unternahm Hedwig Dransfeld mit Helene Weber eine Kollektenreise nach Amerika, um die für das Überleben des Bundes notwendigen Devisen zu beschaffen.<sup>44</sup> Auf Einladung deutscher oder deutschfreundlicher katholischer Frauenkreise, die aus berufenem Munde etwas über die Frauenbewegung und die sozialen Probleme im Nachkriegsdeutschland hören wollten, reisten sie 1923 mehrere Monate durch die USA.<sup>45</sup> Solche Kollektenreisen wurden in der Inflationszeit auch von evangelischer Seite durchgeführt, etwa um das Überleben der Mutterhausdiakonie zu sichern.<sup>46</sup>

Eine weitere Funktion innerhalb der katholischen Frauenbewegung hatte Helene Weber als Multiplikatorin, die in Presseartikeln und als Rednerin auf zahlreichen Veranstaltungen immer wieder versuchte, die katholischen Frauen im Sinne der allgemeinen staatsbürgerlichen Erziehung, v.a. aber des Katholizismus, zu politisieren und zu mobilisieren. So erreichte sie vor allem einen stärkeren Zusammenhalt nach innen. Zahlreiche Zweigvereine führen ihre Gründung auf ein ‚zündendes‘ Referat Webers zurück.<sup>47</sup> Auf den Generalversammlungen war es meist die Aufgabe von Helene Weber, ein zusammenfassendes Grundsatzreferat zu halten, in dem sie, mitunter nicht frei von Pathos, den großen Rahmen für die zu behandelnden Themen absteckte und zu den aktuellen Frauenthemen in der Gesellschaft Stellung bezog.<sup>48</sup>

Die Einflussmöglichkeiten von Frauen hatten sich in der Weimarer Republik grundlegend geändert, nachdem das passive Wahlrecht auch Frauen die Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren in den Parlamenten ermöglichte. Teile der bürgerlichen

---

<sup>43</sup> Schreiben Hedwig Dransfelds an Helene Weber vom 12. April 1921. Archiv KDFOB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932. Man begnügte sich im KDFOB mit der Sendung eines Kranzes und neutralen Mitteilungen in den Publikationen.

<sup>44</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-38-2, Mitgliederversammlung Hildesheim 1924, Protokoll, 3. Dort wird festgestellt, dass der Bund in den letzten Jahren zum geringsten Teil durch Mitgliedsbeiträge finanziert wurde, sondern durch die außerordentlichen Mittel, die aus Amerika beschafft worden waren. Vgl. auch: *Mohr/Prégardier*, Politik als Aufgabe, 253-266.

<sup>45</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 2-25-3, Amerikareise 1921–1923. Schreiben von Hedwig Dransfeld an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz Kardinal Dr. Bertram vom 29. Dezember 1922, 3. Die Reise erfolgte mit Unterstützung der Reichsregierung, die hoffte, damit in bescheidenem Umfang die Stimmung in Amerika zu Gunsten Deutschlands zu beeinflussen. Sie hatte also neben dem finanziellen auch einen außenpolitischen Aspekt.

<sup>46</sup> So reiste z.B. eine ehemalige Schülerin des Lehrerinnenseminars der Kaiserswerther Diakonissenanstalt mehrmals durch die USA, um in Vorträgen über die Lage in Deutschland zu informieren und Hilfsgelder einzusammeln. Vgl. dazu *Gallison-Reuter, Marie*, Mein Leben in zwei Welten, Heilbronn 1950, hier 227-232.

<sup>47</sup> Die Zweigvereine des Industriegebietes an der Ruhr widmeten Weber zum 70. Geburtstag 1951 die Zusammenstellung ihrer Geschichte. Vgl. Archiv KDFOB, 1-141-10.

<sup>48</sup> So lautete das Referat auf der Generalversammlung 1921 „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“ und 1924 „Die Kulturkraft und die katholische Frauenbewegung“.

Frauenbewegung sahen hiermit schon die Hauptforderungen der Frauenbewegung erfüllt und empfahlen ein Aufgehen im allgemeinen Kulturschaffen. Helene Weber trat an hervorgehobener Stelle im KDFB also erst in Erscheinung, als die bürgerliche Frauenbewegung insgesamt ihren Zenit bereits überschritten hatte. Sie hielt die Weiterarbeit als explizit katholische Organisation dagegen für nötig, da sie ein auf den Gottesbezug begründetes Gemeinschaftsideal vorleben sollte, ja sie betonte sogar den „überweltlichen Charakter der katholischen Frauenbewegung, die ihren Ursprung und ihre selbstverständliche Hemmung und Begrenzung in Gott hat. Sie ist als katholische Gemeinschaft eingeordnet in die grosse Heilsgemeinschaft der Kirche und nur lebendig durch ihr Leben, durch ihren Geist und durch ihre Lehre [...] das Urmotiv der katholischen Frauengemeinschaft ist die Liebe“, gefolgt von ihrer zweiten Kraft, der sittlichen Verantwortung.<sup>49</sup> Helene Webers Realitätssinn ließen sie jedoch auch die kritischen Punkte innerhalb der katholischen Frauenbewegung aufzeigen. Das relativ späte Entstehen hatte eine umso ungestümere Ausbreitung zur Folge, die, so Helene Weber, zu Lasten des „geistigen und inneren Reichtums“ der Bewegung ginge.<sup>50</sup> Interne Kritikerinnen könnten zu Recht den rein praktischen Zusammenschluss bemängeln, dem der „grosse, der felsenfeste und warme Glaube an unsere Gemeinschaftsidee [...] fehlt.“<sup>51</sup> Andere sähen nur den Kampf, fühlten sich von ihm abgestoßen und übersähen dabei, dass er keine Folgeerscheinung der Frauenbewegung, sondern eine Folgeerscheinung des gesamten modernen Lebens sei und die katholische Frauenbewegung die Lösung der gesellschaftlichen Probleme nicht anderen, insbesondere materialistischen Kreisen überlassen dürfe. Doch sei sie keine „Kampfgemeinschaft gegen die Irrlehren der anderen Richtungen“, kein notwendiges Übel, das wieder verschwinden wird.<sup>52</sup>

Das Ziel der von Helene Weber vertretenen katholischen Frauenbewegung war also nicht nur die staatsbürgerliche Bildung im Sinne des politischen Katholizismus, sondern auch das Erwecken und Bewusstmachen von Traditionen, die aus der katholischen Moral- und Soziallehre stammten, wie z.B. der Topos der opferwilligen Frau und Mutter als geistig-sittlicher Mittelpunkt ihrer Familie. Sie hatte damit einen z. T. ausgesprochen antiemanzipatorischen Charakter. Die Selbstverwirklichung der Frau als eigenständige Persönlichkeit gehörte ganz dezidiert nicht zu ihren Zielen. Das paternalistische Herangehen an ihre Klientel hatte Helene Weber auch bei der Erarbeitung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes 1922 praktiziert. Dabei ging es nicht in erster Linie um das Recht auf die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit des Jugendlichen, sondern um die Formulierung der Ansprüche der Gesellschaft an

---

<sup>49</sup> Helene Weber, Referat „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“ auf der VIII. Generalversammlung, in: Archiv KDFB, 1-37-5, Generalversammlung 1921, 9. Diese Versammlung hatte das Ziel, „die Unterscheidungsmerkmale herauszuarbeiten, welche die katholische Frauenbewegung von jener des anderen Lagers, hauptsächlich der im liberalen und im sozialistischen Sinne orientierten Frauenbewegung trennen.“ Hedwig Dransfeld in einem Brief an das deutsche Episkopat vom 4. August 1921, ebd.

<sup>50</sup> Archiv KDFB, 1-37-5, 2.

<sup>51</sup> Ebd., 5.

<sup>52</sup> Vgl. Ebd., 6.

dieselben.<sup>53</sup> Auch die Frauen waren im Verständnis des KDFB durch die Forderungen, die von Familie und Sozialarbeit an sie gestellt wurden, zu Recht weitgehend fremdbestimmte Subjekte. Für die in unterschiedlichste soziale und weltanschauliche Gruppen und Schichten zersplitterte Gesellschaft der Weimarer Republik bewirkte diese Propagierung eines rückwärtsgewandten Frauenbildes eher eine weitere Vertiefung der Trenngräben und verhinderte so die Annäherung an andere Zweige der Frauenbewegung. Die Mitarbeit katholischer Frauenorganisationen in neutralen Frauenbünden war vom Vatikan ohnehin untersagt worden. Dieses Verbot wurde von den in der Internationalen Vereinigung der katholischen Frauenligen zusammengeschlossenen Vereinen in eigenen Beschlüssen umgesetzt.<sup>54</sup> In Deutschland versuchte man, dieses Gebot zu modifizieren, indem die Zusammenarbeit mit neutralen und evangelischen Verbänden als „Arbeitsgemeinschaften“ deklariert wurde oder auf rein persönlicher Basis ablief.<sup>55</sup>

Mit den übrigen Vorstandsmitgliedern war sich Helene Weber dahingehend einig, dass der neue § 118 der Reichsverfassung mit dem Postulat der „grundsätzlichen Gleichheit“ von Mann und Frau nicht dahingehend interpretiert werden könne, dass es neben der staatsbürgerlichen auch die privatrechtliche Gleichstellung der Frau geben solle. Insbesondere könne nicht die „unbedingte Gleichberechtigung im Familienrecht verlangt werden.“<sup>56</sup> Ganz im Sinne der konservativen katholischen Moraltheologie war man auch bemüht, Gleichgesinnte in anderen Parteien zu finden, um die rechtliche Besserstellung von unehelichen Kindern zu verhindern. Die parlamentarischen Spielregeln sind dabei sehr schnell zum selbstverständlichen Handwerkszeug von Helene Weber und Hedwig Dransfeld geworden.

Die grundlegenden Thesen und Erkenntnisse der katholischen Frauenbewegung, „daß das Letzt-Echt-Menschliche nur von Mann und Frau zugleich geleistet werden kann“<sup>57</sup>, und die Betonung der Gleichwertigkeit, aber nicht Gleichartigkeit der Geschlechter hat Helene Weber vollinhaltlich mitgetragen und in zahlreichen Publikationen verteidigt. Als eine Hauptvertreterin des Sozialkatholizismus wusste sie sich jedoch einig mit dessen Forderung, die verheirateten Frauen vom Arbeitsmarkt auszuschließen. Das Hauptarbeitsgebiet der Frau, das sich aus ihrem hingebenden Wesen ergeben würde, waren für sie „alle Arbeitsgebiete, die mit den Menschen zusammenhängen: die

<sup>53</sup> Peukert, Detlef J. K., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1997, 95.

<sup>54</sup> Vgl. Der heilige Vater und der Katholische Deutsche Frauenbund, in: Frauenland 22 (1929) 65-67, hier 66f.

<sup>55</sup> Sack, Religiöse Bindung, 317f. L.G. Heymann und A. Augspurg berichteten über „die besten persönlichen Beziehungen“ und eine „enge Zusammenarbeit in gefährvoller Zeit“ mit Vertreterinnen des KDFB. Vgl. Koepke, Cordula, Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Von den Anfängen bis 1945, Freiburg/Basel/Wien 1981, 133f.

<sup>56</sup> Archiv KDFB, 1-7-4, Vorstandssitzungen 1918–1920, Hedwig Dransfeld auf der Vorstandssitzung vom 17.–19. Juli 1919.

<sup>57</sup> Schwester Thoma Angelika Walter, Seinsrhythmik, Freiburg i.Br. 1932, zit. nach: Weber, Helene, Hochschulstudium und Frauenarbeit, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumspartei 7 (1932) 146-149, 147.

häuslichen, erziehlischen, sozialen und pflegerischen Berufe.“<sup>58</sup> Hauptaufgabe der Frau sei jedoch die Arbeit in der Familie. Aufbauend auf eine bereits reichsweit in der Öffentlichkeit geführte Debatte um die „weiblichen Doppelverdiener“ unternahm das Zentrum 1930 eine Gesetzesinitiative zur Wiedereinführung des sogenannten „Beamtinnenzölibats“, die von Helene Weber maßgeblich vorangetrieben wurde.<sup>59</sup> Das Gesetz gab den Dienstherren die Möglichkeit, eine Beamtin bei ihrer Verheiratung zu entlassen. Zur Gesetzesbegründung führte Helene Weber die soziale Lage mit zahlreichen arbeitslosen Berufsanfängern an. Weiterhin war sie der Meinung, dass die Mutter der Familie erhalten bleiben solle und die Stellung der Frau im Beruf die ganze und ungeteilte Hingabe verlangen würde. Darüber hinaus hielt die katholische Frauenbewegung am Jungfräulichkeitsideal aus religiösen Gründen fest, auf die an späterer Stelle noch einzugehen sein wird. Insbesondere die Lehrerin wurde als „Ordensfrau im weltlichen Gewande“ betrachtet, die die Ideale der weiblichen Schulorden weiterführen sollte.<sup>60</sup>

„Unter dem ständigen Toben der Kommunisten“ hob Helene Weber in einer Reichstagssitzung die Beweggründe für die Gesetzesinitiative energisch hervor. Sie verteidigte ihre Ansichten auch in Publikationen, setzte aber aus ihrem Gerechtigkeitsempfinden heraus die zusätzliche Bestimmung durch, dass langjährig beschäftigten Beamtinnen eine Abfindung gezahlt wurde und unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen ihre Wiedereinstellung möglich war.<sup>61</sup>

Diese Aktivität veranschaulicht, wie Helene Weber durch Einflussnahme auf die Gesetzgebung im Sinne des KDFB tätig wurde und seine katholischen Vorstellungen zur Frauenpolitik direkt in die gesellschaftliche Praxis umsetzte. Dass sie damit den neu auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Akademikerinnen die ohnehin schon schlechten Berufsperspektiven weiter erschweren würde, ließ sie dabei außer Acht. Die Einstellung einer Frau wurde einem Arbeitgeber nicht leichter, wenn er mit ihrem baldigen Ausscheiden aus dem Beruf rechnen musste. Die massiven weltweiten ökonomischen Probleme während der Weltwirtschaftskrise ließen sich nicht durch die Verhinderung eines zweiten Gehaltes pro Familie lösen. Vor diesem Hintergrund ist es

---

<sup>58</sup> Ebd., 148.

<sup>59</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-27-1, Rechtsstellung der weiblichen Beamten 1930–1932. Es handelte sich hierbei um das am 9. Dezember 1931 vom Reichstag angenommene „Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten“ und bezog sich lediglich auf Reichsbehörden. Es wurde u.a. von den Kommunisten und dem Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein abgelehnt, nicht jedoch von den Sozialdemokraten. Das Beamtinnenzölibat war im Reich und in allen deutschen Ländern außer Hessen bis zur Weimarer Verfassung gesetzlich verankert. Vgl. dazu: *Niehaus, Irmgard*, Die Krone unserer Berufswürde. Die Auseinandersetzung um den Lehrerinnenzölibat im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen und im Katholischen Frauenbund, in: *Muschiol*, Katholikinnen, 43–67.

<sup>60</sup> *Eppink, Bernhard*, Leitstern auf dem Lebenspfade der katholischen Lehrerin, Dülmen/Westfalen 1906, hier 116; zit. nach *Niehaus*, Lehrerinnenzölibat, 45.

<sup>61</sup> Vgl. *Weber*, Hochschulstudium, 149. Etwas makaber mutet es an, dass der Verband der deutschen Reichs-, Post- und Telegraphenbeamtinnen sich bewogen fühlte, ausgerechnet der schärfsten Befürworterin des Gesetzes für ihre Bemühungen um die Abfindungsregelung einen Blumengruß zu senden, da „nun die besondere Leidenszeit der weiblichen Postbeamtenschaft beendet sei und die Härte in manchem Einzelfall [...] gemildert werden könne.“ Vgl. dazu: Archiv KDFB, 1-27-1, Rechtsstellung der weiblichen Beamten 1930–1932, Brief vom 18. Mai 1932.

nicht verwunderlich, dass die Gesetzesinitiative nur für die Reichsbehörden, nicht jedoch für die Länder- und die kommunalen Verwaltungen umgesetzt wurde.

Helene Weber entwickelte sich im Laufe der 20er Jahre zu einer erfahrenen Mentorin und fast mütterlichen Ratgeberin für die meist jüngeren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Vorstandsmitglieder. Häufig gab sie Empfehlungen, wie eine Angelegenheit zu regeln sei, stellte Probleme in den richtigen Zusammenhang oder regte bestimmte Aktivitäten an. Der umfangreiche Schriftwechsel im AKDFB legt darüber ein beredtes Zeugnis ab. So mahnte sie 1930: „Ich bitte dringend darum, daß doch vom Frauenbund aus nicht von verschiedenen Kommissionen Eingaben zu derselben Frage gemacht werden [...], das macht keinen guten Eindruck.“<sup>62</sup> In Briefen der Generalsekretärin Antonie Hopmann an Weber finden sich häufig Formulierungen wie: „Wir wollen uns sehr große Mühe geben“ oder „wir wollen Ihrem Rat folgen.“<sup>63</sup> Interessant ist dabei, dass die Briefe Webers zum allergrößten Teil an die Generalsekretärin Hopmann und nicht an die erste Vorsitzende Krabbel gerichtet waren. Dies erweckt den Eindruck, als hätte Helene Weber über Antonie Hopmann die Fäden aus dem Hintergrund gezogen, wenn diese z.B. an Weber berichtete, wie sie Gerta Krabbel im Sinne Webers beeinflusst habe.<sup>64</sup>

Als ein Beispiel für ihre Funktion als Initiatorin einzelner Aktivitäten mag die Rundfunkarbeit des KDFB dienen. Seit 1927 bediente sich der Bund dieses neuen und modernen Massenmediums, um über seine Tätigkeit zu informieren. Helene Weber regte in einer gemeinsamen Besprechung mit dem WDR die Ausarbeitung einer Vortragsreihe über Frauenberufsfragen an, die konkrete Ausgestaltung überließ sie anderen Mitarbeiterinnen des Bundes.<sup>65</sup> Weber hatte die Bedeutung der modernen Kommunikationsmittel früh erkannt und sich der gedruckten Massenmedien seit Beginn der Weimarer Republik bedient. Bei aller kulturkritischen Haltung war ihr bewusst, dass die Masse der Katholiken nicht auf „Appelle lebensfremd gewordener Bräuche“, sondern auf „den Stil und Geschmack der Gegenwart“ reagierte, ein Umstand, der auch die Organisatoren der Katholikentage zur Nutzung des Rundfunks für die Übertragung ihrer großen Kundgebungen bewog.<sup>66</sup> Dies war für den Frauenbund umso nötiger, als sein Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit stark von der Mehrheit der Mitglieder abwich. Obwohl er auf katholische Frauen aller Schichten und Berufe einwirken wollte und ledige Berufstätige nur einen kleinen Teil seiner Mitglieder ausmachten, bestand seine Leitung fast ausschließlich aus unverheirateten Akademikerinnen.<sup>67</sup> Er war daher

---

<sup>62</sup> Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932. Brief von Helene Weber an Antonie Hopmann vom 13. November 1930.

<sup>63</sup> Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932. Brief von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 4. August 1930.

<sup>64</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932. Brief von Antonie Hopmann vom 27. Februar 1932.

<sup>65</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-137-7, Zusammenarbeit mit dem WDR 1927–1935. Es wurde auch später im WDR über den KDFB berichtet, so z.B. über die Eröffnungsfeier des Frauenbundeshauses Essen oder über Tagungen des Bundes in der Rubrik „religiöses Leben“.

<sup>66</sup> *Hürten, Heinz*, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn u.a. 1992, 143.

<sup>67</sup> Weber war es durchaus klar, dass man sich wegen der überwiegenden Zusammensetzung des Vorstandes aus einer Gesellschaftsschicht der Kritik aussetzen würde. Vgl. dazu: Archiv KDFB, 1-3-5,

eine Plattform für die aus den bürgerlichen Oberschichten stammenden, akademisch gebildeten Frauen, salopp formuliert, die Organisation der ‚Damen mit Hut‘. Wie an späterer Stelle noch erörtert werden wird, überließ der KDfB die Betreuung der Frauen aus Arbeiter- und kleinbürgerlichen Kreisen gern den Mütter- und Jungfrauenvereinen, mit denen man auf lokaler Ebene aber durchaus zusammenarbeitete.

Seit dem Ende der zwanziger Jahre orientierte sich die katholische Frauenbewegung stärker an kirchlichen Weisungen und lehnte sich an die Frauen- und Müttergemeinschaften an. Sie folgte damit den ‚Verkirchlichungstendenzen‘ in den meisten katholischen Organisationen. Insbesondere die Katholische Aktion mit dem Ziel der ‚Verchristlichung‘ der Gesellschaft stellte neue Anforderungen an den Frauenbund. In Deutschland verkündete der päpstliche Nuntius Eugenio Pacelli das Programm auf dem Katholikentag 1928 in Magdeburg.<sup>68</sup> Die für Italien konzipierten organisatorischen Formen der Katholischen Aktion waren mit den deutschen Strukturen des Verbandskatholizismus jedoch nicht vereinbar, da er nach weltlichem Vereinsrecht entstanden war. Das ursprüngliche Modell konnte daher nicht unverändert auf Deutschland übertragen werden. „Die Mechanik einer demokratisch-parlamentarisch verfassten Gesellschaft erscheint in den grundlegenden Dokumenten der Katholischen Aktion kaum berücksichtigt.“<sup>69</sup> Daher betrachteten die führenden Vertreter des Verbandskatholizismus und der Zentrumspartei die Aktion mit Skepsis, obwohl eine „selbstbewusste und grundsätzliche Distanzierung von dem päpstlich verordneten Rekatholisierungsprogramm“ unterblieb.<sup>70</sup> „Grundprinzip der Katholischen Aktion war die Teilnahme der Laien am hierarchischen Apostolat der Kirche.“<sup>71</sup> Sie stand unter Aufsicht der Geistlichkeit und hatte streng religiöse Ziele, die sich in Deutschland auf die Stärkung diesbezüglicher Aktivitäten der schon bestehenden katholischen Verbände konzentrierte, wenngleich es im Episkopat starke Tendenzen gab, die Vielzahl der diözesanübergreifenden Vereine zu Gunsten einer bischofszentrierten Laienarbeit zu

---

Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Schreiben von Helene Weber an den Vorstand vom 20. Januar 1928. Die knapp 200 000 Mitglieder im Jahr 1932 setzten sich zu zwei Dritteln aus Hausfrauen und zu einem knappen Drittel aus Landfrauen zusammen. Ledige Berufstätige und Jugendliche waren jeweils nur mit ca. 9000 Frauen vertreten. Vgl. Sack, Vertretungen, 253, Anm. 28.

<sup>68</sup> 1929 folgten die „Richtlinien für die Arbeit der Katholischen Aktion“ der Fuldaer Bischofskonferenz, die aber unverbindlich blieben, da eine Klärung über die Organisationsstruktur nicht erreicht werden konnte. Dies gelang erst 1931. 1933 wurde die Geschäftsstelle der Katholischen Aktion in Düsseldorf eingerichtet. Während des Nationalsozialismus blieb ihre Tätigkeit auf den katholischen Binnenraum beschränkt, so dass sie sich erst nach Kriegsende, zumindest in den süddeutschen Bistümern außenwirksam entfalten konnte. Vgl. Griesmayr, Gudrun, Von der Katholischen Aktion zu den Laienräten. Zur Entwicklung der kirchlichen Laienarbeit im Bistum Augsburg, Augsburg 2000.

<sup>69</sup> Hürten, Deutsche Katholiken, 133. Weitere Literatur zur Katholischen Aktion in Deutschland: Schroeder, Josef, Die Katholische Aktion unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Menden 1933; Steinmaus-Pollak, Angelika, Das als Katholische Aktion organisierte Laienapostolat. Geschichte seiner Theorie und seiner kirchenrechtlichen Praxis in Deutschland, Würzburg 1988. Frau Dr. Krabbel und der Leiter der Zentralstelle der Katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften Msgr. Klens gehörten zu den für einen „Zentralausschuss der Katholischen Aktion“ auf Reichsebene mit Sitz in Düsseldorf vorgeschlagenen Personen. Vgl. Steinmaus-Pollak, Katholische Aktion, 90f.

<sup>70</sup> Sack, Religiöse Bindung, 317.

<sup>71</sup> Hürten, Heinz Katholische Verbände, in: Anton Rauscher (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Bd. 2, München 1982, 215–277, 266.



begrenzen.<sup>72</sup> Wenn aufgrund der innenpolitischen Situation eine wesentliche Strukturänderung des katholischen Organisationswesens vor 1933 nicht mehr umzusetzen war, so ist es umso bemerkenswerter, dass sich der KDFOB in seiner Mitgliederzeitschrift „Frauenland“ in einem Artikel „Der heilige Vater und der katholische Frauenbund“ schon 1929 in die Arbeit der Katholischen Aktion einreihen ließ.<sup>73</sup> In der Praxis bedeuteten die Forderungen der Katholischen Aktion eine Hinwendung des KDFOB zur sozialen Arbeit, insbesondere auf dem Gebiet der Müttererholung und Eheberatung.<sup>74</sup> Als symptomatisch für das stärkere Hineinreden des Klerus in die inhaltliche Ausgestaltung der Verbandsarbeit kann das Drängen des Geistlichen Beirats Prälat Hinsenkamp auf die Abwendung von der rein theoretischen Beschäftigung mit diesem Themenkomplex und die Anmahnung praktischer Arbeit nach dem Beispiel der Müttervereine gelten, der ab etwa 1930 auch entsprochen wurde.<sup>75</sup> Dadurch wurden die Handlungsspielräume und die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Verbandsleitung erheblich eingeschränkt.

In der Zusammenschau der gesetzgeberischen Initiativen Helene Webers in der Nationalversammlung mit ihren publizistischen Aktivitäten, bei denen sie stets versuchte, zuallererst den katholischen Standpunkt durchzusetzen, stellt sich spätestens hier die Frage, ob der KDFOB noch Teil der politischen Frauenbewegung oder nicht doch in erster Linie eine rein katholische Organisation für Frauen geworden war. Birgit Sack konstatierte den Rückzug, insbesondere des Zentralvorstandes, aus der politischen Arbeit.<sup>76</sup> Sein „Selbstverständnis als gesamtgesellschaftlich orientierte Bildungs- und Emanzipationsbewegung, die Katholikinnen zu selbständigem und eigenverantwortlichem Handeln erziehen wollte“, stand in einer Zeit, als die Idee der Frauenbewegung ohnehin wieder stark umstritten war, auf dem Spiel.<sup>77</sup> Die hier geschilderten Vorgänge ließen den KDFOB spätestens Anfang der dreißiger Jahre in die Defensive und unter einen hohen Rechtfertigungsdruck geraten, dem mit einem Abrücken vom Ideal der Selbstbestimmung begegnet wurde. Die Äußerungen Pius XI. in einem Schreiben an die Internationale Vereinigung der katholischen Frauenligen, in der auch der KDFOB Mitglied war, belegen die immer enger werdenden Beziehungen zum Vatikan, der für ihre Arbeit besonderes Verständnis bekunde und „in der katholischen Frauenbewegung eine geschichtliche Sendung der Frau sieht, die er einreicht in das Werden der katholischen Aktion und sie damit eingliedert in den kirchlichen Bereich,“ nicht zuletzt „wegen der vollkommenen Übereinstimmung mit den Anforderungen der katholischen Glaubens- und Sittenlehre, wegen der unwandelbaren Übereinstimmung mit den Weisungen des Heiligen Stuhles [...]“<sup>78</sup> Die

<sup>72</sup> Vgl. *Hürten*, Deutsche Katholiken, 134-137.

<sup>73</sup> Vgl. *Der heilige Vater und der Katholische Deutsche Frauenbund*, in: *Frauenland* 22 (1929) 65-67.

<sup>74</sup> Vgl. *Sack*, Religiöse Bindung, 318f. Auf die katholische Eheberatung wird im Kapitel 5 näher eingegangen. Vgl. außerdem *Richter, Ingrid*, Von der Sittlichkeitsreform zur Eugenik. Katholischer Deutscher Frauenbund und eugenische Beratung, in: *Muschiol*, Katholikinnen, 255-280.

<sup>75</sup> Vgl. *Sack*, Religiöse Bindung, 319.

<sup>76</sup> Seit Mitte der 20er Jahre war die politische Schulungsarbeit im Wesentlichen auf die Frauenbeiräte des Zentrums übergegangen. Vgl. *Sack*, Vertretungen, 244.

<sup>77</sup> *Sack*, Religiöse Bindung, 321.

<sup>78</sup> *Der heilige Vater und der Katholische Deutsche Frauenbund*, in: *Frauenland* 22 (1929) 65-67.

Arbeit des Frauenbundes und seiner Repräsentantin Helene Weber waren mehr und mehr darauf gerichtet, „das katholische Leben in der Familie und der Gesellschaft wieder herzustellen.“<sup>79</sup> Die Frauenbewegung hatte nach Ansicht des Papstes stets nach den Weisungen der Kirche gehandelt und sich so die wohlwollende Unterstützung des Episkopats erworben. In den öffentlichen Äußerungen von führenden Mitgliedern der Frauenverbände fällt die starke Kongruenz zum Vokabular der Katholischen Aktion auf, etwa wenn Maria von Gebsattel die „fortschreitende Entchristlichung der Zeit“ beklagte oder Minna Schumacher-Köhl über das „Apostolat der katholischen Frauen- und Müttervereine“ sprach.<sup>80</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht zufällig, dass Helene Weber im Frühjahr 1929 die päpstliche Laienauszeichnung „Pro ecclesia et pontifice“ erhielt, eine Tatsache, die in den bisherigen biographischen Würdigungen Webers keine Rolle gespielt hat. Dazu hat ihre Bitte, „keinerlei Notiz über die Ordensverleihung in die Presse“ zu bringen sicher nicht unwesentlich beigetragen.<sup>81</sup>

Die bisher geschilderten Aktivitäten Helene Webers lassen sie nach dem Tod Hedwig Dransfelds als die überragende Führungspersonlichkeit des Katholischen Frauenbundes erscheinen, deren Amtsausübung in Anlehnung an Max Weber mit dem organisationssoziologischen Begriff der „charismatischen Herrschaft“ beschrieben werden kann.<sup>82</sup> Während sich die weiteren, von Max Weber herausgearbeiteten Herrschaftstypen der „legalen“ und „traditionalen“ Macht überwiegend auf staatliche Gebilde anwenden lassen, bietet die „charismatische Herrschaft“ insbesondere Erklärungsmuster für außerstaatliche emotionale und weltanschauliche Gemeinschaften.<sup>83</sup> Den Begriff erläutert Max Weber wie folgt: „Charisma‘ soll eine als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften oder

---

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Vgl. Janusch, Tradition und Innovation, Anm. 38 und 91. Auch die Zentralstelle der Katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften in Düsseldorf unter Leitung von Generalpräses Klens ordnete nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Arbeit den Leitgedanken der „Katholischen Aktion“ unter. Klens wertete in seinen Memoiren den Beschluss der deutschen Bischöfe, je eine Hauptstelle für die Männer-, Frauen- und Jugendseelsorge zu errichten „um durch sie die unmittelbare Möglichkeit zur Durchführung ihrer Beschlüsse und Pläne im Sinne der 'Katholischen Aktion' zu schaffen“ in diesem Sinne. Vgl. Klens, Hermann, Anwalt der Frauen. Leben und Werk, bearb. von Ingeborg Rocholl-Gärtner, Düsseldorf 1978, 36. Ähnliche Ausführungen ebd., 174.

<sup>81</sup> Das Verdienstkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice“ wurde von Leo XIII. (1878–1903) gestiftet. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes 1918–1932, hier: Brief der persönlichen Referentin Ina Neundörfer an den KDFB-Vorstand vom 19. Juni 1929. Die Überreichung des Ordens fand offensichtlich im kleinen Kreis statt. Der KDFB hatte dafür 140,- RM an den Vatikan gezahlt.

<sup>82</sup> Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922, 124.

<sup>83</sup> Der Begriff wurde auch auf andere religiöse Führungspersonlichkeiten angewandt, so z.B. auf den Gründer der evangelischen Mutterhausdiakonie Theodor Fliedner. Vgl. dazu Köser, Silke, Denn eine Diakonisse darf kein Alltagsmensch sein. Kollektive Identitäten Kaiserswerther Diakonissen 1836–1914 (Historisch-theologische Genderforschung 2) Leipzig 2006, 54. Die neueren Forschungen zur charismatischen Herrschaft in der Politik bei Möller, Frank, Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004.

als gottgesendet oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird.“<sup>84</sup> Auf eine tatsächliche „Herrschaft“ komme es dabei weniger an als auf eine Anerkennung durch die „Beherrschten“ bzw. „Anhänger“. Mit ihren Grundsatzreferaten und programmatischen Artikeln gab Helene Weber den Mitstreiterinnen die Richtung der gemeinsamen Arbeit vor. Ihre Erfahrungen in höchsten politischen und Verwaltungsämtern ermöglichten ihr den besten Überblick über die gesellschaftliche Entwicklung, den sie gepaart mit ihrer energischen Persönlichkeit in ihrer Amtsausübung einsetzte. Das uneingeschränkte Vertrauen, das ihr bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von den meisten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen des KDFFB entgegen gebracht wurde, befähigte sie zur Ausübung ihrer richtungsweisenden Leitungsfunktionen.<sup>85</sup>

Krisenhafte Situationen befördern stets die Etablierung charismatischer Persönlichkeiten. Insbesondere in der Notlage des Frauenbundes während der nationalsozialistischen Herrschaft offenbarte sich die Führungsqualität Webers, da es ihr gelang, zumindest den engeren Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitglieder eng um sich zu scharen und ideologisch auszurüsten, worauf an späterer Stelle noch näher einzugehen sein wird.

Der Begriff der „charismatischen Herrschaft“ ist natürlich ein idealtypisches Erkenntnisinstrument, das in der Realität niemals eine vollständige, reine Entsprechung erfahren wird. Stets muss die Komplexität der realen Verhältnisse berücksichtigt werden. Bei jeglicher „Starallüren“, hätte Helene Weber seine Anwendung auf ihren Führungsstil sicher entrüstet zurückgewiesen. Würdigungen ihrer Person im KDFFB anlässlich besonderer Ehrungen oder an Geburtstagen verbat sie sich zumindest in jüngeren Jahren energisch.<sup>86</sup> Zu ihrem 50. Geburtstag richtete man ihr dennoch eine kleine Feier aus und ließ sich dafür von ihrer Schwester Material aus der Jugendzeit schicken. Sie stellte es aber nur ungern mit der Hoffnung auf ausschließliche Verwendung im engsten Kreis zur Verfügung: „Helene reißt mir sonst den Kopf ab!“<sup>87</sup>

<sup>84</sup> M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 140. Ursprünglich bedeutete „Charisma“ „göttliche Gnadengabe“, ein Begriff der aus der frühchristlichen griechischen Terminologie stammt und die „Amtsgnade“ der ersten Christen in der Gemeinde umfasste.

<sup>85</sup> Edgar Wolfrum führt in seinem Beitrag über Adenauer den Begriff ‚Vertrauen‘ ein, um mit ihm "die soziale Beziehung zwischen dem Kanzler und weiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung auszuleuchten." Vgl. Wolfrum, Edgar, Konrad Adenauer. Politik und Vertrauen, in: Möller, Charismatische Führer, 171–192, 174.

<sup>86</sup> Vgl. Anm. 81.

<sup>87</sup> Archiv KDFFB, 1-3-5 Korrespondenz des Vorstandes 1918–1932 Brief von Frl. Weber aus Recklinghausen an den Vorstand, o.D. (ca. Februar 1931). Sie berichtet darin auch, dass ihre Schwester schon Material aus früheren Zeiten vernichtet hätte. Weber hatte sich zuvor die Erwähnung oder Feier ihres 50. Geburtstages mit den Worten „Wir müssen endlich einmal damit anfangen, diesen Tag schweigsam und selbstverständlich zu nehmen“ verboten.

### III.2. Die Beziehungen zwischen dem KDFB und der Zentrumspartei<sup>88</sup>

Der KDFB war organisatorisch unabhängig vom Zentrum, wenngleich es zumindest in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre in der Verbandsleitung zahlreiche Zentrumsmitglieder gegeben hat. Es ging den männerdominierten Gruppen in den katholischen Vereinen und Parteien jedoch nicht um die politische Emanzipation der Frauen, vielmehr wollte man über die Ehefrauen und Töchter politischen Einfluss auf die Arbeiterschaft gewinnen, um Stimmenverluste an die Sozialdemokratie zu verhindern.<sup>89</sup> Bebel hatte bereits 1895 und 1905 den Topos von der „schwarzen Frau“ geprägt, indem er im Reichstag ausführte, dass nach Erlangung des Wahlrechtes für Frauen wegen der zu erwartenden konservativen Mehrheit „vorderhand die Zahl der schwarzen Frauen größer sei als die der roten.“<sup>90</sup> Bald wurde dieser Ausdruck von der Sozialdemokratie als Kampfpapare gegen das Zentrum benutzt. Die Gefahr der Instrumentalisierung der katholischen Frauen erkannte Helene Weber schnell, die sie nicht als „Stimmvieh“ für das Zentrum benutzt wissen wollte. „Obwohl die Partei vor 1918 nicht für die Interessen der Frauen eintrat, entschieden sich Helene Weber und Christine Teusch wahrscheinlich im November 1918 für den Eintritt ins Zentrum.“<sup>91</sup> Dies offenbart Helene Webers politischen Instinkt und ihren Sinn für das politisch Machbare. Sie wusste, dass eine reine, die politischen Lager übergreifende Frauenpartei, deren Gründung nach dem Ersten Weltkrieg diskutiert worden ist, nur geringen Einfluss gehabt hätte. Ausschließlich als Mitglied einer klassischen Partei konnte sie Einfluss im Sinne der Frauenbewegung nehmen, und sie ergriff, wenn auch ungern, die sich hier bietende Gelegenheit. Gemeinsam mit Hedwig Dransfeld kandidierte sie für die Nationalversammlung. Frau Dransfeld tröstete sie in einem Brief vom 27. Dezember 1918: „Ich kann mir denken, dass Sie nicht gern kandidieren. Wer von uns tut es gern? Aber ebenso notwendig ist es, dass Sie das Opfer bringen.“<sup>92</sup> Die Möglichkeit an verantwortlicher Stelle politischen Einfluss ausüben zu können, traf auch Helene Weber nach dem Ersten Weltkrieg relativ unvorbereitet. Dementsprechend groß war die seelische Belastung einer solchen Mitverantwortung. Webers Spitzname in der Zentrumsfraktion in Weimar lautete „die Arge im Bunde“, man hatte also auch dort bald

<sup>88</sup> Die spannungsreichen Beziehungen des KDFB zur Zentrumspartei wurden von Birgit Sack in Phasen verschiedener Intensität eingeteilt. Anfangen von einer Konkurrenz und Zusammenarbeit gleichermaßen geprägten Phase zu Beginn der Weimarer Republik, über eine Periode der Entfremdung in der Zeit der weitgehenden politischen „Abstinenz“ des Frauenbundes nach der Gründung der Reichsfrauenbeiräte bis hin zur erneuten Annäherung am Ende der Weimarer Republik. Vgl. dazu ausführlich Sack, *Religiöse Bindung*, 42-157. Zur Geschichte der Zentrumspartei vgl. Loth, *Wilfried* (Hg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne* (Konfession und Gesellschaft 3) Stuttgart u.a. 1991 und den Überblick bei: *Gottwald, Herbert/Wirth, Günter*, *Zentrum (1870–1933)*, in: *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, 4 (1986) 552-635.

<sup>89</sup> Vgl. Sack, *Religiöse Bindung*, 36.

<sup>90</sup> *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 57.

<sup>91</sup> Ebd., 46.

<sup>92</sup> Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932.

ihre politische Durchsetzungsfähigkeit erkannt, die sie bald in den Parteivorstand aufstiegen ließ.<sup>93</sup>

Die enge weltanschauliche Bindung an das Zentrum und die hohen Ämter innerhalb seiner Hierarchie erklären die große Affinität Webers zu ihrer Partei, gewährte ihre Position ihr doch „das Höchstmaß an politischem Einfluss, das Frauen in der Politik der Weimarer Republik erreichen konnten.“<sup>94</sup> Andererseits hielt sie als Vorstandsmitglied trotz entgegengesetzter eigener Meinung den KDFB auf klarem Neutralitätskurs. Eine von zahlreichen Frauenrechtlerinnen am 25. Oktober 1918 unterzeichnete Resolution an den Reichskanzler Max von Baden mit der Forderung nach politischer Gleichberechtigung wurde von den katholischen Frauen aus taktischen Gründen nicht mit unterzeichnet. Helene Weber trennte offensichtlich streng zwischen ihrer politischen Arbeit und ihrem sozialen und bildungspolitischen Engagement im KDFB. Letzterer wurde ohnehin von weiten Kreisen der Geistlichkeit argwöhnisch beobachtet. Ein klares Votum für das Frauenstimmrecht hätte in ernste Auseinandersetzungen um das katholische Frauenbild geführt.

1919 äußerten sich in einer Diskussion innerhalb des KDFB- Vorstandes neben Helene Weber auch andere Mitglieder unzufrieden darüber, dass „von gewisser Seite systematisch gegen den KDFB gearbeitet worden sei, um ihm die politische Schulung der Frauen vorzuenthalten.“<sup>95</sup> Die oberste Leitung des Zentrums war jedoch in diesem Fall nicht gemeint, sondern die schon vor dem Krieg bestehenden Rivalitäten mit dem Volksverein in Mönchengladbach, der sich bisher auf die politische Schulung von Männern konzentriert hatte, diese nun aber auch auf die Frauen ausdehnen wollte, brachen wieder auf.<sup>96</sup> Die enge Bindung an das Zentrum führt sogar zu einer Diskussion über den organisatorischen Anschluss des KDFB an die Partei, wie er beispielsweise 1919 in Bayern auf „kirchliche Weisung von höchster Stelle“ erfolgte.<sup>97</sup> Für die übrigen Landesteile wurde dies jedoch verworfen und lediglich die Stärkung des Zentrums als parteipolitische Aufgabe des Bundes angesehen. Dies geschah aus dem Selbstverständnis als Frauenorganisation heraus, die sich ein Druckmittel für die politischen Partizipationsansprüche der Frauen innerhalb des Zentrums erhalten wollte.<sup>98</sup> Insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gab es Ängste, dass der KDFB an die Bildung einer eigenen Frauenpartei gehen könne. In der ihr eigenen offensiven Art schlug Helene Weber ab dem Frühjahr 1919 zur Ausräumung der Querelen mit dem Volksverein und dem Zentrum eine Sitzung mit Vertretern des

---

<sup>93</sup> Vgl. Teusch, Christine/Löbe, Paul/Krone, Heinrich, Die Parlamentarierin, in: Prégardier/Mohr, Ernte eines Lebens, 71-80, 77.

<sup>94</sup> Lauterer, Parlamentarierinnen, 176.

<sup>95</sup> Archiv KDFB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, hier Protokoll vom 30./31. Januar 1919.

<sup>96</sup> Vgl. dazu Breuer, Frauenbewegung, 172-211; und Sack, Religiöse Bindung, 43-52.

<sup>97</sup> Archiv KDFB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, hier Protokoll vom 30./31. Januar 1919.

<sup>98</sup> Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 43-52.

Mönchengladbacher Vereins und die Ausarbeitung von Richtlinien für den Umgang mit der Zentrumsparlei vor.<sup>99</sup>

Das Verhältnis zur Zentrumsparlei wurde im Vorstand des Frauenbundes immer wieder kontrovers diskutiert.<sup>100</sup> Bereits vor der Reichstagswahl im Jahr 1920 machte sich eine zunehmende Unzufriedenheit der Mitglieder mit dem Zentrum bemerkbar. So sei die ursprüngliche Zustimmung von 95-98% der Verbandsmitglieder zur katholischen Partei stark zurückgegangen.<sup>101</sup> Offenbar gab es schon vor ihrer Nichtaufstellung als Reichstagskandidatin Differenzen mit der Parteiführung. Trotz ihrer erfolgreichen Arbeit in der Nationalversammlung war Weber vom Zentrum nicht als Kandidatin für die erste Reichstagswahl aufgestellt worden, da sie ihren Listenplatz zu Gunsten eines männlichen Kandidaten räumen musste. Kurz nach der Wahl im Juni 1920 schrieb Hedwig Dransfeld an Karl Trimborn, den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums: „Der Umstand, daß Frl. Weber [...] nicht wiedergewählt wurde, hat unter den Frauen die allergrößte Aufregung hervorgerufen. Ich sagte Ihnen bereits, daß Frl. Weber namentlich im Rheinland und Westfalen ganz außerordentlich volkstümlich ist.“<sup>102</sup> Die Vorstandsmitglieder waren sich darin einig, „dass Ähnliches sich nicht wieder ereignen dürfe.“<sup>103</sup>

Helene Weber wollte nun die Eigenständigkeit des Frauenbundes besonders betonen und warnte vor einer nur äußerlichen Erfassung der Frauenwelt durch die Männeragitation, der sie mit eigenen Rednerinnen zu begegnen trachtete.<sup>104</sup> Versiert im politischen Tagesgeschäft, sprach sie sich für die Herausgabe von Flugblättern ausschließlich durch die Partei und nicht durch den KDFB aus. Andere Vorstandsmitglieder stimmten ihr in der Ablehnung einer zu großen Nähe zur Zentrumsparlei zu. Der vom geistlichen Beirat Subregens Bornewasser vorgeschlagene komplette Rückzug aus der Politik fand jedoch keine Zustimmung, da dann die Schulung der Frauen wieder an den Volksverein zurückzufallen drohe und der Frauenbund aufhöre, Teil der gesamten Frauenbewegung zu sein.<sup>105</sup> So beteiligte man sich also trotz der Enttäuschungen der letzten Zeit wieder an der Vorbereitung der Wahlen durch politische Schulungsarbeit.

---

<sup>99</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Weber in der Vorstandssitzung vom 17.–19. Juli 1919, 6.

<sup>100</sup> Zum schwierigen Verhältnis zwischen KDFB und Zentrum vgl. auch *Drießen, Helene*, Mitarbeit der Frauen in der Deutschen Zentrumsparlei, in: *Mohr/Prégardier*, Politik als Aufgabe, 199-208. Darin wird die mangelnde politische Repräsentanz von Frauen in der Partei beklagt, die in keinem Verhältnis zu deren großem Einsatz gestanden habe.

<sup>101</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Protokoll der Vorstandssitzung vom 25./26. April 1920.

<sup>102</sup> Zit. nach *Mohr/Prégardier*, Politik als Aufgabe, 205. Helene Weber gehörte 1919 der Weimarer Nationalversammlung, von 1921 bis 1924 dem Preußischen Landtag und von 1924 bis 1933 dem Reichstag an. Ab 1925 stand sie dem Reichsfrauenbeirat des Zentrums vor. Zum Reichsfrauenbeirat vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 159f.

<sup>103</sup> Archiv KDFB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Protokoll der Vorstandssitzung vom 8. Juli 1920, 2.

<sup>104</sup> Vgl. Ebd., 1f.

<sup>105</sup> Vgl. Ebd.

Die Anerkennung einer besonderen Rolle der Frau in der katholischen Soziallehre stärkte das weibliche Selbstbewusstsein der Zentrums Politikerinnen und eröffnete ihnen einen berechtigten Anspruch auf politische Mitarbeit, auch wenn dieser in praxi immer wieder neu eingefordert werden musste. So enthielten beispielsweise die „Richtlinien der deutschen Zentrums Partei“ vom Januar 1922 die folgenden „Frauensätze“: „Die verantwortliche Anteilnahme aller Bürger an den Aufgaben des Volksstaates bedingt die politische Gleichberechtigung der Frau und die volle Auswirkung der weiblichen Mitarbeit in Gesetzgebung und Verwaltung.“<sup>106</sup> Hierauf konnten sich die katholischen Frauen in ihrem Anspruch auf politische Partizipation berufen. Anders sah es beispielsweise bei den Sozialdemokraten aus, die ihre eigenen Frauengremien nach in Kraft treten des Reichsvereinsgesetzes im Jahr 1908 fast vollständig in allgemeinen Parteigremien aufgehen ließen, da sie die Befreiung der Frau als Teil des Klassenkampfes verstanden. So fiel es den Sozialdemokratinnen ungleich schwerer, den Anspruch auf politische Einflussnahme der Frau theoretisch zu begründen.<sup>107</sup>

Mit zunehmender Inanspruchnahme durch Parteiämter verringerte sich die Distanz zwischen Helene Weber und dem Zentrum wieder. Seit 1925 war sie stellvertretende Reichsparteivorsitzende und von 1925 bis 1933 leitete sie den Reichsfrauenbeirat der Partei.<sup>108</sup> Mit diesem Gremium sollte nach zähen Verhandlungen mit der männerdominierten Zentrums Partei schon 1922 unter Hedwig Dransfelds Leitung ein Forum für „die verständnisvolle Würdigung der weiblichen Mitarbeit [...] und den Einfluß der Frau innerhalb der Parteiinstanzen“<sup>109</sup> geschaffen werden, was in der Praxis jedoch nicht gelang. Den auf allen Parteiinstanzen zu bildenden Frauenbeiräten oblag auch die „parteilpolitische“ Bildung der Frauen, während dem KDFB die „staatsbürgerliche“ zugebilligt wurde. Damit entstand jedoch ein „quasi-institutionalisiertes Nebeneinander katholischer Frauenverbände“, was den KDFB eindeutig zum Verlierer in der Auseinandersetzung um das Monopol der politischen Frauenschulung werden ließ.<sup>110</sup> Der KDFB wurde „zu einer im vopolitischen Raum agierenden katholischen Frauenorganisation neben anderen“ und verlor seine Stellung als führender politischer Repräsentant der katholischen Frauen.<sup>111</sup> Augenfällig wird dies auch an den Persönlichkeiten des Vorstandes. Während Hedwig Dransfeld, Bundesvorsitzende bis 1924, und Albertine Badenber, Generalsekretärin bis 1920, hohe Ämter in Partei und Parlamenten innehatten, übten ihre Nachfolgerinnen Dr. Gerta Krabbel und Antonie Hopmann keine politischen Funktionen mehr aus.<sup>112</sup> Helene Weber als stellvertretende Verbandsvorsitzende und Parteifunktionärin war seit der Mitte der zwanziger Jahre somit fast das einzige Bindeglied des Vorstandes zum

<sup>106</sup> Weber, Helene, Der Reichsfrauenbeirat der Deutschen Zentrums Partei, in: Die Frau 36 (1929) 258-264, hier 258.

<sup>107</sup> Vgl. dazu Juchacz, Marie, Die politische Erziehung der Frauen in der Sozialdemokratie, in: Die Frau 36 (1929) 262-264.

<sup>108</sup> Zur Arbeit des Reichsfrauenbeirats vgl. Weber, Reichsfrauenbeirat.

<sup>109</sup> Ebd., 259. Zu den Frauenräten vgl. die Ausführungen bei Sack, Religiöse Bindung, 69-79.

<sup>110</sup> Sack, Vertretungen, 243f.

<sup>111</sup> Ebd., 244.

<sup>112</sup> Vgl. Ebd., 245.

Zentrum und damit zur politischen Elite der Weimarer Zeit, was ihren überragenden Einfluss auf den Verband erklärt. Andererseits vermisste sie die aktive Unterstützung ihrer politischen Arbeit und kritisierte den fehlenden ideellen Rückhalt durch den KDFOB, von dem sie sich dadurch weiter entfernte.<sup>113</sup> Ihre frauenpolitischen Aktivitäten verlagerten sich daher mehr und mehr zum Reichsfrauenbeirat.

Bedingt durch die Krise des Zentrums am Ende der Weimarer Republik und die wachsende anti-emanzipatorische Agitation verschiedener politischer Lager kam es ab 1928 zu einer erneuten Annäherung zwischen Zentrum und KDFOB.<sup>114</sup>

1930 forderte Helene Weber in der Mitgliederzeitschrift „Frauenland“ dazu auf, das Zentrum als christliche Partei zu wählen, auch wenn dies angesichts der Brüningsschen Deflationspolitik mit erhöhten Steuern verbunden sein würde.<sup>115</sup> Ganz im Sinne der katholischen Soziallehre erinnerte sie die Mitglieder an ihre Pflicht zur Solidarität mit schlechter gestellten Menschen und erläuterte die vom Zentrum im Reichstag dazu unternommenen Schritte. „Darin besteht die politische Arbeit der Frauen, daß sie die Maßnahmen des Kabinetts Brüning auf dem Gebiete der Sozialpolitik verstehen und verteidigen.“<sup>116</sup>

### III.3. Die Lehrmeisterin der politischen Bildung

Helene Webers Beitrag zur katholischen Frauenbewegung bestand weniger in der konkreten Aktion, als vielmehr in der Rolle der erfahrenen und leitenden Mentorin. Als Multiplikatorin verbreitete sie die Ideen der Frauenbewegung in ihren zahlreichen Auftritten als Rednerin und Publizistin. Sie wird daher zu Recht als die „Lehrmeisterin der politischen Bildung der katholischen Frau“ bezeichnet.<sup>117</sup>

Dieser von Elisabeth Prégardier geprägte Ausdruck subsumiert eindrucksvoll das Ziel aller politischen und pädagogischen Bemühungen Helene Webers. Sie wollte insbesondere die gebildeten Frauen aus ihrer Lethargie und politischen Abstinenz aufrütteln und ihnen ein Mindestmaß an staatsbürgerlicher Bildung vermitteln. Dieses Ziel verfolgte sie bereits als Oberschullehrerin und als Gründerin der Sozialen Frauenschule. „Helene Weber kam wie ein Sturm über die junge Frauengeneration, der die Dächer des Wohlbehagens und der Selbstzufriedenheit abhob und sie in das gefährdete Innere unseres Volkskörpers schauen ließ“, schrieb eine ehemalige Schülerin.<sup>118</sup>

Eine neue Qualität gewann ihre Bildungsarbeit durch ihre Tätigkeit im Vorstand des KDFOB, die die „Reichweite“ ihrer Arbeit wesentlich erhöhte. Dabei betätigte sie sich

<sup>113</sup> Vgl. Ebd., 248.

<sup>114</sup> Vgl. Ebd., 249.

<sup>115</sup> Vgl. Weber, Helene, Unser Wahlkampf, in: Frauenland 23 (1930) 225-227.

<sup>116</sup> Ebd., 226.

<sup>117</sup> So der Titel eines Referates von Elisabeth Prégardier, gehalten auf der Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Weber. Vgl.: [-g.-], „Ich habe immer den Menschen gesucht...“. Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Dr. h.c. Helene Weber, in: Prisma der Frau 64 (1981) 37, ferner Prégardier, Weber, 168.

<sup>118</sup> Offenberg, Maria, Der Weckruf, in: Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens, 31-36, 32.



weniger am „Tagesgeschäft“ des Verbandes, sondern eher in größerem Rahmen als Rednerin auf Katholikentagen und Generalversammlungen des Frauenbundes und als Verfasserin zahlreicher programmatischer Beiträge in der katholischen Presse.<sup>119</sup> „Die schöne warme Stimme der geborenen Volksrednerin riß alles zu etwas Größerem hin“, urteilte Helene Lange über Weber.<sup>120</sup>

Ab 1920 hatte Helene Weber den Vorsitz der Staatsbürgerlichen Kommission des Frauenbundes inne, die in den ersten Jahren der Weimarer Republik den Hauptteil der politischen Schulungsarbeit an Frauen tragen sollte, aber „aus Mangel an Mitteln niemals zusammen gekommen ist.“<sup>121</sup> Ihre Aufgabe bestand in der „Aufklärung über wichtige Gesetze und staatsbürgerliche Zeitfragen“, die im Wesentlichen durch Schulungskurse der Referentin Dr. Wingerath geleistet wurde. Helene Weber verstand ihren Beitrag, den sie sogar als „Hauptbeitrag“ zur Kommission bezeichnete, in der „Beeinflussung der Gesetzgebung“ und in Veröffentlichungen in Nachrichtenblättern.<sup>122</sup> Durch die starke zeitliche Inanspruchnahme als Vorsitzende des Reichsfrauenbeirats der Zentrumsparlei sah sie sich 1927 nicht mehr in der Lage, den Vorsitz der Staatsbürgerlichen Kommission weiter auszufüllen und bat um die Übertragung an eine weniger beschäftigte Person. Sie, die ihre Wurzeln im KDFB der Kaiserzeit hatte, entwickelte sich politisch vom Frauenbund weg in Richtung Politik auf oberster Reichsebene und vor allem hin zur öffentlichen Wohlfahrtspflege. Beim KDFB vermisste sie die aktive ideelle Unterstützung der weiblichen Parlamentarierinnen. „Anders als für Hedwig Dransfeld war für Helene Weber der KDFB in der Weimarer Republik nicht (mehr) vorrangig der Ort, von dem aus sie ihre frauenpolitischen Anliegen verwirklichen wollte.“<sup>123</sup> Außerdem hielt sie es nicht für richtig, dass eine aktive Zentrums Politikerin die Staatsbürgerliche Kommission leitete.<sup>124</sup>

Hier zeigt sich besonders deutlich die Rolle, die Helene Weber für den KDFB spielte: Sie war der ‚Außenposten‘, der im Parlament, der Zentrumsparlei und in der Ministerialverwaltung Einfluss im Sinne der katholischen Frauenbewegung nahm und immer wieder für finanzielle Unterstützung einzelner Projekte sorgte. Sie war nicht nur eine begabte ‚Netzwerkerin‘, sondern quasi der ‚Wegweiser‘ für die Beantragung von Zuschüssen bei den verschiedenen Ministerien. Der finanzielle Aspekt von Webers

<sup>119</sup> Vgl. Büttner, Annett, Helene Weber (1881–1962) als katholische Publizistin, in: Thomas Pittrof/Walter Schmitz (Hg.), Freie Anerkennung übergeschichtlicher Bindungen. Katholische Geschichtswahrnehmung im deutschsprachigen Raum des 20. Jahrhunderts, Freiburg i. Br. 2010, 89-105.

<sup>120</sup> Lange, Helene, Helene Weber, in: Die Frau 38 (1930/1931) 429.

<sup>121</sup> Archiv KDFB, 1-16-2, Staatsbürgerliche Kommission, Brief von Helene Weber vom 20. April 1927. Diese Kommission war nicht die einzige, die nicht oder nur unregelmäßig zusammen kam. Immer wieder wird im Schriftwechsel zwischen Weber und dem Vorstand über diese „Sorgenkinder“ geklagt. Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932. Zur Arbeit und den Themen in den Schulungskursen vgl. Mohr/Prégadier, Politik als Aufgabe, 213-252 und Sack, Vertretungen, 248.

<sup>122</sup> Eine Übersicht der Eingaben zu Gesetzesvorhaben bietet: Weber, Helene, Die katholische Volksgemeinschaft und der Katholische Deutsche Frauenbund, in: Katholischer Deutscher Frauenbund (Hg.), 25 Jahre KDFB, o.O. 1928, 124f.

<sup>123</sup> Sack, Vertretungen, 247.

<sup>124</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Brief von Helene Weber an den Vorstand vom 22. Oktober 1927.

Engagement für den KDFB war erheblich, kannte sie aus ihrer Verwaltungserfahrung heraus doch die richtigen Ansprechpartner.<sup>125</sup> Andererseits achtete sie auf die strikte Trennung ihrer Tätigkeitsbereiche, um sich nicht etwa Begünstigungsvorwürfen auszusetzen. Eine direkte staatliche Finanzierung, wie sie 1926 für eine Sekretärin des Verbandes im besetzten Saarland erfolgte, widersprach ihrer Auffassung von „einer wahrhaft inneren Bundesidee“ und der Opferbereitschaft der unbesetzten für die besetzten Gebiete.<sup>126</sup> Doch auch aus ihrer eigenen Tasche steuerte sie erhebliche Summen bei.<sup>127</sup>

Wie weitreichend ihre Bemühungen um Bildung aller Volksschichten gingen, zeigt ihre Parlamentsinitiative zur Gründung eines Reichsernährungsausschusses.<sup>128</sup> Er sollte sich der Aufklärung über Ernährungsfragen widmen, da es breitesten Volksschichten am Verständnis für gesunde und zweckmäßige Ernährungsweise fehle.<sup>129</sup>

1928 gab Helene Weber die Anregung, sich auch außerhalb der eigentlichen Zielgruppe bei der politischen Bildung der Arbeiterinnen im Industriegebiet zu engagieren.<sup>130</sup> Ein Resultat dieser Anregung war das Frauenbundhaus, das 1932 in Essen eingeweiht wurde. Helene Weber war maßgeblich an dessen Gründung beteiligt, über seine Tätigkeit liegen jedoch kaum schriftliche Überlieferungen vor.<sup>131</sup> Sein Hauptzweck lag in der Bildung von Frauen für ihre Aufgaben in Familie und Beruf. Angeschlossen waren ein Kindergarten und Wohnungen für ledige Berufstätige.

Etwas resigniert beobachtete Helene Weber 1927 „eine sehr grosse, politische Gleichgültigkeit der Frauen, die dauernd zunimmt. An dieser Gleichgültigkeit ist auch die Masse der Akademikerinnen beteiligt. Sie schliesst sich in einem solchen Umfange von dem geistig bedeutsamen Leben ab, dass man fast mit Mutlosigkeit in die Zukunft blicken muß. Wir müssen deshalb neue Wege für die politische Aufrüttelung der Frauen finden. Auch die politischen Frauenbeiräte der Zentrumspartei stehen fast sämtlich auf dem Papier und haben fast keinerlei geistige Bedeutung. Sie beweisen, dass die

---

<sup>125</sup> So gelang es ihr noch in der Weltwirtschaftskrise mit äußerster Mühe, 2000 RM für Kurse der Karitativen Kommission vom Reichsministerium des Innern und weitere Zahlungen von anderen Ministerien zu besorgen. Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932, Brief von Helene Weber vom 25. September 1930.

<sup>126</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Schreiben von Helene Weber an den Vorstand vom 22. Juli 1926.

<sup>127</sup> Im Sommer 1930 überwies sie beispielsweise 500,- RM, für die sich Antonie Hopmann bedankte. Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932, Brief von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 4. August 1930.

<sup>128</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-74-2, Reichshausfrauenvereinigung 1928–1932, Abschrift eines Schreibens von Helene Weber an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 12. April 1930.

<sup>129</sup> Vgl. Ebd., Rede von Helene Weber im Reichstag zum Etat des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. Juni 1929. Der Ausschuss sollte allerdings in erster Linie dem Schutz der notleidenden deutschen Landwirte dienen, da der Verbrauch ausländischer Lebensmittel zu deren Lasten ging.

<sup>130</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Schreiben von Helene Weber an Antonie Hopmann vom 6. November 1928.

<sup>131</sup> Lediglich eine Druckschrift in der Bibliothek des KDFB erinnert an den Tag der Einweihung: Frauenbundhaus Essen, o.O., o.J., Sign. F-ORG-1932-Z.

politische Vorarbeit der katholischen Frauenbewegung eigentlich gleich Null ist.“<sup>132</sup> Ihren Brief schloss Helene Weber mit der Bemerkung: „Der letzte Abschnitt meines Briefes mag pessimistisch erscheinen, er ist es aber nicht. Er will nur zunächst vollkommene Klarheit verschaffen, um neu aufbauen zu können.“

Noch mehrmals zog sie ein negatives Fazit der Frauenbildungsarbeit, so 1930 nach einem Besuch des Bezirksverbandes Solingen. Sie fand dort wenig „Bildungsgrund“ für politische Themen. „Das ist fast überall so, wenngleich die Verantwortungskraft zum Teil größer geworden ist.“<sup>133</sup> Sowohl die Bemühungen des Bundes als auch der Frauenbeiräte des Zentrums um die politische Partizipation der Frauen waren in der Praxis gescheitert. Selbst die Hauptzielgruppe, die Akademikerinnen, zog sich offensichtlich immer mehr von der Frauenbewegung zurück. Die Gründe dafür waren vielschichtig und reichten von wirtschaftlichen Schwierigkeiten und beruflicher Inanspruchnahme bis zur Desillusionierung durch politische Querelen und den geringen Fraueneinfluss in den Parteien. Auch die Nachwuchsgewinnung und Ansprache waren dem Frauenbund nicht in ausreichendem Maß gelungen.<sup>134</sup> Die politische Schulung der weiblichen katholischen Jugend durfte nach Ansicht Webers nicht anderen katholischen Organisationen, wie etwa den Windhorstbünden überlassen werden. Sie plädierte dafür, die Jugendabteilung als „Vorschulung der Frauenbewegung“ aufzufassen und sich insbesondere an die intellektuellen Kreise der Jugendlichen zu wenden.<sup>135</sup>

Zum universitären Frauenstudium hat Helene Weber sich nur verhältnismäßig selten geäußert; ihr Hauptaugenmerk lag auf den Problemen der Berufstätigkeit von Frauen. In den Quellen hat sich ein Bericht über ihr Referat „Die katholische Akademikerin“ auf dem Katholikentag 1931 in Nürnberg erhalten, in dem sie die zunehmende Proletarisierung der Studentinnen, ihre Heimat- und Traditionslosigkeit geißelte.<sup>136</sup> Auf die von ihr selbst aufgeworfene Frage nach dem Spannungsverhältnis der geistig eingestellten Frau zu Mann und Familie gab sie keine Antwort, obwohl dies gerade auch im Hinblick auf ihren eigenen Lebensentwurf interessant gewesen wäre. Stattdessen geißelte sie das Fehlen einer geistigen Auslese unter den Studentinnen, die ihr Studium nur unter dem Gesichtspunkt des Berufes, des reinen Broterwerbs betrieben. Dabei verkannte sie offenbar völlig die wirtschaftlichen Zwänge zu Beginn der Weltwirtschaftskrise und die Probleme der geburtenstarken Vorkriegsjahrgänge, deren „biographische Perspektive [...] im besonderen Maße blockiert schien“,<sup>137</sup> und frönte einseitig ihrem elitären Ideal der wirtschaftlich unabhängigen, durchgeistigten

<sup>132</sup> Archiv KDFB, 1-16-2, Staatsbürgerliche Kommission, Brief von Helene Weber vom 20. April 1927.

<sup>133</sup> Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, hier Schreiben Webers an den Vorstand vom 13. September 1930.

<sup>134</sup> Jugendliche hatten 1932 nur einen Anteil von 9000 an fast 200 000 Frauenbundsmitgliedern. Vgl. Sack, Vertretungen, 253, Anm. 28. Als Beispiel für die zunehmende Segmentierung des katholischen Lagers vgl. zur publizistischen Auseinandersetzung Helene Webers und Gerta Krabbels mit Maria Grollmuß als Vertreterin der jüngeren, politisch links orientierten katholischen Frauengeneration: Sack, Religiöse Bindung, 161–177.

<sup>135</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-7-4, Vorstandsprotokolle 1918–1920, Weber in der Vorstandssitzung vom 17.–19. Juli 1919, 8.

<sup>136</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-24-3, Frauenstudium 1910–1933, Bericht (ohne Autor) vom 4. September 1931.

<sup>137</sup> Peukert, Weimarer Republik, 99.

Akademikerin. Zur Behebung der Misere schlug sie die Schaffung einer geistig-seelischen Atmosphäre durch die katholische Frauengemeinschaft vor, die sich in den Universitätsstädten um die angehenden Akademikerinnen legen sollte. Auch die Stellenvermittlung sollte von Frauenseite organisiert und stark unter dem Gesichtspunkt der Auslese betrieben werden. In der abschließenden Einschätzung des Versammlungsleiters und der unbekannten Berichterstatterin wird der zu allgemeine Charakter des Referates kritisiert, der elitäre Ansatz jedoch nicht in Frage gestellt. Dennoch begegnet in diesem Dokument einer der wenigen kritischen zeitgenössischen Blicke auf Helene Weber.

Ein weiteres Mal nahm sie zum Hochschulstudium der Frau mitten in der Weltwirtschaftskrise Stellung, als dieses im Hinblick auf die schwierige Wirtschaftslage von männlicher Seite wieder grundsätzlich in Frage gestellt wurde.<sup>138</sup> Dabei forderte sie für beide Geschlechter eine schärfere Auslese der Studienanfänger, um die Universitäten vor dem Massenansturm zu bewahren. Ziel des Studiums sollte für beide Geschlechter nicht der Beruf, sondern die Bildung an sich sein. Von den Studentinnen ließ sie jene gelten, die mit voller Hingabe für die Wissenschaft studierten. Aber auch die notwendige akademisch qualifizierte Berufstätigkeit der über zwei Millionen ledigen Frauen, die infolge des Frauenüberschusses nach dem Ersten Weltkrieg nicht in „die Ehe als natürlichste Gemeinschaftsform für Volk und Staat“ eintreten konnten, führte sie ins Feld. Schließlich widerlegte sie die These von der Ehefeindlichkeit des Frauenstudiums, da immer noch 88% aller Frauen verheiratet seien.<sup>139</sup>

### III.4. Das Verhältnis zu den Jungfrauen- und Müttervereinen

Die Jungfrauen- und Müttervereine fußen auf einer älteren Traditionslinie als der KDFB. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich in Deutschland Gebetsgemeinschaften christlicher Mütter nach französischem Vorbild, die in die Gründung erster christlicher Müttervereine mündeten.<sup>140</sup> Ein organisatorischer Zusammenschluss auf Diözesanebene kam erstmals 1915 in Paderborn zustande, weitere folgten im und nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Entwicklung führte schließlich 1928 zur Bildung des Zentralverbandes der Müttervereine und des Zentralverbandes der Jungfrauenkongregationen unter Leitung von Generalpräses Hermann Klens. Im Unterschied zum KDFB unterstanden die Mütter- und Jungfrauenvereine ausschließlich männlicher geistlicher Leitung. Ihr Hauptanliegen war „Frauenseelsorge, nicht Frauenbewegung“.<sup>141</sup> Ihre Organisationsstruktur auf

<sup>138</sup> Vgl. Weber, Hochschulstudium.

<sup>139</sup> Vgl. Ebd., 148. Zum Thema Frauenstudium vgl. auch: Huerkamp, Claudia, Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996.

<sup>140</sup> Zur Entwicklung der Jungfrauen- und Müttervereine vgl. Kall, Alfred, Katholische Frauenbewegung in Deutschland, Paderborn u.a. 1983, 72-98; Großhoff, Herbert, Von der Bruderschaft Christlicher Mütter zur Katholischen Frauengemeinschaft in Deutschland. Diss. jur. München 1989; Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (Hg.), Lebensräume - Gleichheitsträume. Die Geschichte der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, Düsseldorf 1993.

<sup>141</sup> So eine Überschrift in den Memoiren von Klens. Vgl. Klens, Anwalt der Frauen, 91.

Gemeindeebene und die Anlehnung an die Diözesangliederung führten zu einem enormen Mitgliederaufschwung.<sup>142</sup>

Im Wesentlichen war der KDFOB auf Abgrenzung zu den Müttervereinen bedacht. Um sich selbst auf deren bevorzugtem Arbeitsgebiet, der katholischen Familie, zu profilieren, regte Helene Weber bereits auf der ersten von ihr besuchten Vorstandssitzung die Einrichtung einer eigenen Abteilung für Familienpflege an.<sup>143</sup> Alle Zweigvereine wurden satzungsgemäß verpflichtet, Haus- und Landfrauenabteilungen zu unterhalten.

In Einzelfragen war der KDFOB jedoch zur Zusammenarbeit mit den Müttervereinen bereit. Auf der Vorstandssitzung am 10./11. Oktober 1918 schlug Weber ein enges Zusammengehen mit den Müttervereinen in Fragen der Verhütung von Geschlechtskrankheiten nach der Demobilmachung vor und wollte sogar Rednerinnen des KDFOB in die Müttervereine entsenden. Der KDFOB nahm hier quasi die Rolle der großen erfahrenen Schwester ein. Die Revolutionsergebnisse machten dann eine politische Arbeitsgemeinschaft mit den Mütter- und Jungfrauenvereinen und dem Lehrerinnenbund notwendig, um "vorläufig bei den Wahlen gemeinschaftlich vorzugehen."<sup>144</sup> Es wurden „Politische Leitsätze katholischer Frauenorganisationen Deutschlands“ beschlossen. Doch schon Ende Januar 1919 war der Vorrat an Gemeinsamkeiten aufgebraucht, und die Arbeitsgemeinschaft wurde auf Anraten von Hedwig Dransfeld und Helene Weber wieder aufgelöst. Insbesondere Weber sah die Aufgabe der religiösen Unterweisung der Mitglieder der Frauenvereine durch eine Verquickung mit den politischen Zielen des KDFOB gefährdet. Eine Konkurrenzsituation war bei der Betreuung von Arbeiterfrauen insbesondere in Industriegebieten gegeben. Mit Sorge beobachtete Helene Weber, dass sich dort die Müttervereine anschickten, auf dem eigentlichen Gebiet des KDFOB, der politischen Bildungsarbeit, tätig zu werden. „Tatsächlich stellen wir uns zunächst überall auf den Mittelstand ein. Aber im Industriegebiet und da, wo wir große Arbeiterinnengruppen haben, ist noch etwas anderes notwendig. Sonst tun die Müttervereine da Arbeit, statt die religiöse Arbeit ihrer Müttervereine zu leisten.“<sup>145</sup> Auch bei den Müttervereinen war man sich der Konkurrenzsituation bewusst. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer auch politisch motivierten katholischen Frauenbewegung wies deren Generalpräses Hermann Klens den Führungsanspruch des KDFOB energisch zurück.<sup>146</sup>

In Anspielung auf die Leitung der Vereine durch Geistliche stellte Helene Weber fest: „In der Interessenvertretung könnten Frauen sich nur durchsetzen, wenn sie selbst

---

<sup>142</sup> Den 1,68 Millionen Mitgliedern der Jungfrauen- und Müttervereine im Jahr 1926 standen ca. 200 000 Mitglieder des KDFOB gegenüber. Vgl. dazu: *Hürten*, Deutsche Katholiken, 129.

<sup>143</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Protokoll der Zentralarbeitsausschusssitzung vom 5. Februar 1918, 2.

<sup>144</sup> Ebd., Protokoll vom 30./31. Januar 1919, 1.

<sup>145</sup> Archiv KDFOB, 1-3-5, Korrespondenz des Zentralvorstandes mit Weber 1918–1932, Schreiben Helene Webers an Antonie Hopmann vom 6. November 1928.

<sup>146</sup> Vgl. Klens, *Anwalt der Frauen*, 93f.

führend seien“.<sup>147</sup> So scheuten sich die Vorstandsmitglieder des KDFOB unter Umständen auch nicht, gegen den Rat des geistlichen Beirats an ihrer Unterstützung der Zentrumspartei festzuhalten.<sup>148</sup> Andererseits wurde auch die bis dahin betonte Selbständigkeit des KDFOB im Laufe der innenpolitischen Entwicklung zu Beginn der zwanziger Jahre partiell wieder in Frage gestellt. In Vorbereitung der Delegiertenversammlung im Herbst 1924 wurde es für die Arbeit der Ehekommission als notwendig erachtet, dass der geistliche Beirat des Zentralvorstands, Dechant Hinsenkamp, die „notwendigen pastoraltheologischen Anweisungen“ gab.<sup>149</sup> Von der reinen Meinungsäußerung oder einem Rat ist der Terminus „Anweisung“ weit entfernt. In rein theologischen Fragestellungen, insbesondere das Ehesakrament betreffend, reichte das Selbstbewusstsein der Vorstandsmitglieder offensichtlich nicht zu einer eigenen Meinungsbildung.<sup>150</sup>

Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten regte Helene Weber eine gemeinsame Sitzung aller katholischen Frauenverbände einschließlich der Mütter- und Jungfrauenvereine an, um die neue politische Lage zu erörtern, denn „dort wartet man darauf.“<sup>151</sup> Die Unterstreichung stammt von Helene Weber selbst, die sich in der angespannten Situation wieder als die erfahrene Ratgeberin empfahl. Im darauffolgenden Jahr wurde die Verschmelzung mit den Müttervereinen erwogen, um gemeinsam dem äußeren Druck zu trotzen.<sup>152</sup> In der Diskussion verwarf man diesen Plan jedoch als „zu vorzeitige Kapitulation“. Eine gemeinsame Besprechung aller Frauenvereine kam trotz mehrerer Anläufe nicht zu Stande, sodass Helene Weber um die „Einheit in der Vielheit“, wie sie die unterschiedlichen Richtungen nannte, fürchtete.<sup>153</sup>

Die Entwicklung des KDFOB in der NS-Zeit wird in einem besonderen Kapitel behandelt.

Die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Richtungen der katholischen Frauenorganisationen brachen nach dem Zweiten Weltkrieg erneut auf, als sich die Müttervereine auf dem bisher ausschließlich vom KDFOB beanspruchten Gebiet der staatsbürgerlichen Erziehung betätigen wollten und zu diesem Zweck eine eigene

<sup>147</sup> Archiv KDFOB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Protokoll der Vorstandssitzung vom 31. Januar 1919, 3.

<sup>148</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-7-4, Protokolle des Zentralvorstands 1918–1920, Protokoll der Vorstandssitzung vom 25./26. April 1920.

<sup>149</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-7-8, Protokolle des Zentralvorstands 1924, Vorstandsprotokoll vom 10./11. August 1924.

<sup>150</sup> Helene Weber war nicht Mitglied der Ehekommission, hielt aber häufig Vorträge zu diesem Themenkreis. Hedwig Dransfeld fehlte krankheitsbedingt in dieser Sitzung. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg betonte Weber immer wieder die Bindung des KDFOB an kirchliche Weisungen.

<sup>151</sup> Archiv KDFOB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935, Brief von Helene Weber vom 4. April 1933.

<sup>152</sup> Vgl. Archiv KDFOB, ohne Signatur, Protokoll der Vorstandssitzung vom 24. September 1934.

<sup>153</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935, Schreiben Helene Webers vom 15. April 1934.

Referentin einstellten.<sup>154</sup> Diese agierte relativ undiplomatisch, da sie nicht das Gespräch mit dem KDFB suchte und sich bei den Ministerien als die alleinige Ansprechpartnerin für die Fragen der Frauenbildung vorstellte, die die Mehrheit der katholischen Frauen hinter sich habe. Es kam mehrfach zu Aussprachen, bei denen Helene Weber betonte, dass sie die Bildungsarbeit der Müttervereine nur dulden, aber nicht anerkennen könne.<sup>155</sup> Auf Grund dieser Haltung sah sich Helene Weber gar dem Vorwurf ausgesetzt, sie hätte sich auf einer Jubiläumsveranstaltung des KDFB „in abwertender Weise“ und „durch Ton und Geste“ in einer „beinahe verächtlichen Einschätzung“ zu den Frauen- und Müttervereinen geäußert. Dies musste sie zumindest offiziell umso entrüsteter zurückweisen, als sie „stets eine große Hochachtung vor den Aufgaben der Frauen- und Müttervereine gehabt habe und daher in Ton und Geste kaum das Gegenteil hatte zum Ausdruck bringen können“.<sup>156</sup> Ein gewisses Überlegenheitsgefühl des bürgerlich dominierten KDFB gegenüber den aus dem Mittelstand und Arbeiterkreisen rekrutierten Jungfrauen- und Müttervereinen lässt sich aus den Quellen aber durchaus erkennen und provozierte dann entsprechende Abwehrreaktionen von Seiten dieser zahlenmäßig weit überlegenen Verbände.

#### IV. Das Frauenbild Helene Webers

Das Frauenbild der katholischen Frauenbewegung war religiös geprägt und orientierte sich an der Marienverehrung.<sup>157</sup> In Maria waren die beiden einzigen von der katholischen Theologie getragenen Existenzformen für Frauen personifiziert: die der Jungfrau und der Mutter. „Weil die Frau als ‚Mutter des Lebens‘ (Gen. 3,20), die Hauptlast der Fortpflanzung zu tragen hat, ist sie von ihrem Geschlecht her stärker geprägt als der Mann“<sup>158</sup>, urteilte Christine Teusch noch im Jahr 1950. Helene Weber, die sich in ihren Ansichten und ihrem politischen Handeln immer streng an die amtskirchlichen Vorgaben hielt, propagierte dieses Frauenbild Zeit ihres Lebens. Ihre Persönlichkeit stand dabei in einem Spannungsverhältnis. So wurde sie einerseits von der Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Sozialpolitik, an deren Aufbau und Gestaltung sie im Staats- und Parteienapparat der Weimarer Republik konstruktiv mitwirkte, geprägt. Dem gegenüber stand aber eine kulturkritische Sicht bei der Beurteilung der Phänomene der Moderne mit ihrem neuen, großstädtischen Lebensstil und insbesondere den neuen Geschlechterrollen. Letztere wurden von ihr und ihren Mitstreiterinnen in der katholischen Frauenbewegung nicht mitgetragen, ja häufig nicht einmal akzeptiert oder toleriert. Entgegenzusetzen hatte man aber nur das über

---

<sup>154</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115-8, Vorstandsprotokolle 1953. Das Frauenbundhaus in Essen sollte nach dem Krieg verstärkt für die Schulung von Arbeiterinnen eingesetzt werden, da diese Arbeit sich bei „manchen verbürgerlichten Zweigvereinen“ schwierig gestaltete. Vgl. Archiv KDFB, 1-115-7, Protokoll der Vorstandssitzung vom 15./16. Januar 1949.

<sup>155</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115-9, Vorstandsprotokolle 1954, Protokoll des Siebener-Kreises vom 11. September 1954.

<sup>156</sup> Archiv KDFB, 1-133-6, Nachlass Weber, Gedichte und Schriftwechsel 1924–1960, hier Schreiben von Helene Weber vom 16. Dezember 1953.

<sup>157</sup> Vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 107.

<sup>158</sup> Christine Teusch 1950, zit. nach ebd., 108.

Jahrhunderte tradierte katholische Frauenbild, ergänzt durch das bürgerlich-frauenbewegte Leitbild der geistigen oder körperlichen Mutterschaft, also Konzepte aus der Vormoderne, die für die ledige berufstätige Frau modifiziert worden waren.<sup>159</sup> Diese „Beschwörung retrospektiver Idylle“<sup>160</sup> mit antiemanzipatorischen Intentionen musste spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg antiquiert wirken und führte letztendlich auch zu Spannungen innerhalb der katholischen Frauenbewegung.

Helene Weber äußerte sich mehrfach gegen die Berufstätigkeit der Familienmutter:<sup>161</sup> „Entweder will sie grundsätzlich den Doppelberuf und dann wird sie keinem von beiden gerecht - sie wird das Berufsfrauentum schädigen und die Familie technisieren - oder sie will grundsätzlich den einen oder den anderen, und dann muß die einzelne Frau sich bewusst entscheiden, und zwar nicht nur für die Ehe, sondern für die Familie oder für die Berufsarbeit mit der ganzen Hingabe ihrer Persönlichkeit.“<sup>162</sup> Offenbar überschätzte Helene Weber die weibliche Erwerbsquote, die im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts konstant bei etwa einem Drittel lag.<sup>163</sup> Allerdings hatte sich die Art der Berufstätigkeit von den Hausangestellten und landwirtschaftlichen Arbeiterinnen zu Gunsten der öffentlich stärker im Blickfeld stehenden „typischen Frauenberufe“ im Büro, der Industrie oder dem Sozial- und Bildungssektor verschoben, was zur Überbewertung der Frauenerwerbsarbeit insbesondere in den Großstädten beitrug.

Ein wichtiger Aspekt des Frauenbildes des KDFB war die religiös begründete Jungfräulichkeit. Sie stand mindestens gleichberechtigt neben, in der Bewertung der eigenen Lebensleistung der unverheirateten Vorstandsfrauen sogar über dem Idealbild der Mutter. Bereits auf der Kriegstagung des KDFB im Reichstag 1916 hatte Helene Weber ein viel beachtetes Referat zum Thema „Die sittlich-soziale Mission der unverheirateten Frau“ gehalten und darin das Jungfräulichkeitsideal derjenigen hervorgehoben, „die diesen Weg gehen können, weil sie ein Persönlichkeitsideal haben, das die tiefsten Kräfte des Weibes auslöst, und die den Weg gehen dürfen, weil sie der Welt vieles geben.“<sup>164</sup> Rekurrierend auf das Vorbild „gottgeweihter Jungfrauenschaft

<sup>159</sup> Das u.a. von Elisabeth Gnauck-Kühne propagierte Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ oder der „Mütterlichkeit der Unvermählten“ nannte Helene Weber schon 1916 in ihrer Rede auf der Kriegstagung des KDFB als vorbildhaft. Vgl. Weber, Helene, Die sittlich-soziale Mission der unverheirateten Frau, in: *Zentralstelle des Katholischen Frauenbundes Deutschlands* (Hg.), Kriegstagung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands im Reichstagsgebäude zu Berlin 1916, Köln 1916, 66-74, 70. Zum handlungsleitenden Konzept der Mütterlichkeit in der gesamten bürgerlichen Frauenbewegung vgl.: Sachße, Christoph, Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929, 2., überarbeitete Auflage, Opladen 1994, 102-107. Zum prägenden Einfluss der Arbeit von Gnauck-Kühne auf die katholische Frauenbewegung vgl.: Prégardier, Elisabeth (Hg.), Elisabeth Gnauck-Kühne (1850–1917). Zur sozialen Lage der Frau um die Jahrhundertwende, Essen/Annweiler 1997.

<sup>160</sup> Peukert, Weimarer Republik, 110.

<sup>161</sup> Vgl. dazu auch den Beitrag: Weber, Helene, Frauenberufe und Frauenberufung. Ein Vorwort zur Generalversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes, in: *Frauenland* 20 (1927) 97f sowie im selben Tenor Eyermann, Gertrud, Die Hausfrau und die beruflich tätige Frau, in: *Frauenland* 20 (1927) 98-100.

<sup>162</sup> Weber, Helene, Am Scheidewege. Die Frage des Doppelberufes der Frau, in: *Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der deutschen Zentrumspartei* 6 (1931) 63ff., 64.

<sup>163</sup> Sie stieg von 31,2 % im Jahr 1907 leicht auf 35,6 % im Jahr 1925. Vgl. Peukert, Weimarer Republik, 101.

<sup>164</sup> Weber, Mission, 72.



der Klöster“ erschien Jungfräulichkeit hier nicht als fremdbestimmtes Schicksal derjenigen, die den geeigneten Lebenspartner nicht gefunden hatten, sondern als „Weihe an Gott, freiwillige, bewusste Jungfräulichkeit, die ihren Sinn und ihre Stärke in Höherem hat und zur größten Aktivität für die Menschheit wird“.<sup>165</sup> Dies ist im Fall Helene Webers durchaus autobiographisch gemeint. Auch andere Vorstandsmitglieder des KDFB gaben der traditionellen Jungfräulichkeit der geistig wirkenden Frau den Vorrang vor dem Beruf der Mutter und wussten sich darin einig mit führenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Frauenbewegung.<sup>166</sup> Rückhalt fanden sie dabei beim geistlichen Beirat des Verbandes katholischer deutscher Lehrerinnen, dem Münsteraner Professor für Moraltheologie Joseph Mausbach, mit dem sie in der „Verbindung aus wissenschaftlicher bzw. beruflicher Betätigung und jungfräulichem Stand [...] als Alternative zur Mütterlichkeit“ einig waren.<sup>167</sup> Gerta Krabbel formulierte die Verbundenheit mit Mausbach im Nachruf: „Aus seiner innersten Haltung der Frauenfrage gegenüber erwuchs seine besondere Wertung der Jungfräulichkeit, die aus dem Geiste erblüht und [...] eine besondere Eignung für geistiges Schaffen in der Menschheit habe [...] und mit dem Begriff der Mütterlichkeit nicht voll erfasst wird.“<sup>168</sup> Folgerichtig erarbeitete sie gemeinsam mit Helene Weber als eine Form der geistigen Rückversicherung in der Mitte der dreißiger Jahre Lebensbilder heiliger Frauen des Mittelalters. Ähnlich äußerte sich Hedwig Dransfeld, die „die Begrenztheit und Einseitigkeit des Modells der Mütterlichkeit“ feststellte, schließlich sei auch die Vaterschaft nie als erschöpfendes Leitbild für den Mann behandelt worden.<sup>169</sup> In ihrer Rollenbewertung der Frau ging sie über deren Verständnis bei Helene Weber hinaus, wenn sie schreibt: „Wir müssen auch der Frau die Ehre zuerkennen, daß ihr Menschentum, ihr Persönlichkeitsbegriff über ihrem Geschlechtscharakter steht, und die Fähigkeit, nach individueller Veranlagung und von äußeren Verhältnissen unbeeinflusst zur Stufe ihrer Vollendung emporzusteigen.“<sup>170</sup> Eine ähnliche Verteidigung des Rechtes des Frau auf ihre persönliche Entfaltung unabhängig von ihrem von vorn herein determinierten Geschlechtscharakter sind von Helene Weber nicht überliefert.

Auf dem Katholikentag 1928 in Magdeburg polarisierte sie klar zwei Lebensentwürfe: die katholisch sanktionierte Mutterschaft und die Jungfräulichkeit gegen die „Junggesellin, die unverheiratete Frau, die ihr freies Berufsleben lebt und doch auf die Liebe des Mannes nicht verzichten will, [sie] ist die größte sittliche Dekadenzerscheinung unserer Zeit.“<sup>171</sup> Ganz im Sinne ihrer grundsätzlich kritischen Haltung zu den Phänomenen der Moderne benannte sie den Unglauben als Grundübel

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> Vgl. Ebd., 70f. Weber bezog sich in ihren Ausführungen auf Gertrud Bäumer, die für die bürgerliche Frauenbewegung das Recht auf geistige Vervollkommenheit der Frau forderte, da „des Weibes Vollendung [nicht] die Hingabe an den Mann“ bedeute. Vgl. auch: *Niehaus*, Lehrerinnenzölibat, 50.

<sup>167</sup> Ebd., 51.

<sup>168</sup> *Krabbel, Gerta*, Joseph Mausbach zum Gedächtnis, in: *Die christliche Frau* 29 (1931) 66-69, 66.

<sup>169</sup> *Niehaus*, Lehrerinnenzölibat, 51.

<sup>170</sup> *Dransfeld, Hedwig*, Schattenseiten der modernen Frauenbewegung, in: *Die christliche Frau* 3 (1904/1905) 369-374, 372.

<sup>171</sup> *Weber, Helene*, Die katholische Frau und die Not der Gegenwart, in: Bericht über den Katholikentag zu Magdeburg. 5. bis 9. September 1928, Paderborn 1928, 95-100, 95.

der Zeit. Nur der unverheirateten Jungfrau billigte Weber die uneingeschränkte Befähigung zum Beruf der Politikerin zu, die verheirateten Parlamentarierinnen hätten „Mann und Kind verlassen, um in den Parlamenten mitzuarbeiten.“<sup>172</sup> In dieser Einschätzung wusste sie sich mit ihren katholischen Parlamentskolleginnen einig.<sup>173</sup> Ihnen war die Kritik am modernen Rollenverständnis vieler Frauen in den 20er Jahren gemeinsam, als das traditionelle katholische Frauenbild und die patriarchalischen Familienstrukturen immer mehr in Frage gestellt wurden. Andererseits äußerte sie sich wenig später verwundert über das Wiederaufflammen der Diskussion über die Frauenemanzipation in katholischen Intellektuellenkreisen. In der Frauenbeilage der Zentrumszeitung „Germania“ schrieb sie: „Das Wesen der Frau beschäftigt wieder Psychologen, Historiker, Statistiker, Feuilletonisten und Politiker, mit ein paar Federstrichen sei das Bild fertig [...]: unlogisch, unsachlich, triebhaft, mütterlich-weich.“<sup>174</sup> Dabei hatte sie aber mit ihrer Propagierung der traditionellen Rollenbilder selbst zur Herstellung eines emanzipationsfeindlichen Klimas beigetragen.

Auch in der Zeit extremer sozialer Verwerfungen nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Helene Weber ihren Ansichten treu, wie die folgende Anekdote illustriert. Nach einer Sitzung des Bundestages wurde Helene Weber von einer Journalistin um ein Interview gebeten. Weber antwortete mit einer Gegenfrage nach eventuellen Kindern der jungen Frau. Als sie dies bejahte, lautete Webers kurze Antwort: „Ich gebe Ihnen kein Interview. Sie gehen gefälligst zu Ihren Kindern!“ Erst als sich herausstellte, dass die Journalistin Kriegswitwe und daher ohne eigenes Verschulden zur Berufstätigkeit gezwungen war, lenkte Weber ein.<sup>175</sup> Ähnlich äußerte sie sich mehrfach in öffentlichen Versammlungen, so z.B. 1956 vor katholischen Lehrerinnen und Eltern: „Außerhäusliche Erwerbsarbeit ist eine drohende Gefahr für Familie und Volk [...] Die Mutter [gehört] in die Familie, nicht in die Fabrik, an die Schreibmaschine, auf die Post oder in die Schule, es sei denn, daß besondere Umstände sie dazu zwingen.“<sup>176</sup>

Interessanterweise lehnte Helene Weber die offensive Propagierung des „Muttertages“ als zu oberflächliche „lärmende Zeichen der Seelenlosigkeit“ ab. „Ein Volk, das diese Rundfunkansprache und diese Technik notwendig hat, ist zum Untergang verurteilt.“<sup>177</sup>

Eine „Verwandte im Geiste“ war für Helene Weber die Schriftstellerin Gertrud von le Fort.<sup>178</sup> Zu einem ähnlichen, zölibatären Lebensstil traten die gemeinsamen Intentionen

<sup>172</sup> Weber, Helene, Zeitenwende, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der deutschen Zentrumsparlei 5 (1930) 1.

<sup>173</sup> Vgl. dazu die Ansichten der Zentrumsabgeordneten Christine Teusch bei Lauterer, Parlamentarierinnen, 109-112.

<sup>174</sup> Weber, Helene, Ein alter, aber neuer Kampf, in: Frauenwelt 43, Beilage zur Germania Nr. 295, 23. Oktober 1932.

<sup>175</sup> Vgl. dazu: Gatter, Magda, „Ein bewahrender, ordnender Mensch“. Helene Weber wäre am 17. März 100 Jahre alt geworden, in: Prisma der Frau 64 (1981) 15-16.

<sup>176</sup> Öffentliche Elternversammlung, in: Katholische Frauenbildung 7-8 (1956) 515-527, 526.

<sup>177</sup> Weber, Helene, Leben und Propaganda. Gedanken zum Müttertag, in: Frauenland 21 (1928) 65.

<sup>178</sup> Gertrud Freiin von le Fort (1876–1971), eine konvertierte Protestantin, schrieb zahlreiche Gedichte und Romane religiösen Inhalts, deren Protagonistinnen meist Frauengestalten waren, die zu Märtyrerinnen wurden. „Sie tragen in scheinbar grenzenloser Leidensbereitschaft den Glauben auch in die heutige, von der Säkularisation gezeichnete Welt hinein [...] Kritische Stimmen bemängeln das zu

als Streiterinnen für den katholischen Glauben und eine ausgeprägte, idealisierende Mittelaltersehnsucht. Zur Einweihung der vom Frauenbund initiierten Frauenfriedenskirche in Frankfurt dichtete von le Fort eine Hymne, 1934 war sie bei Veranstaltungen des Frauenbundes anwesend.<sup>179</sup> Ab 1938 sah auch sie sich dem Unwillen der nationalsozialistischen Machthaber ausgesetzt, ihre Bücher durften nicht mehr erscheinen. 1946 bedankte sich Gertrud von le Fort für die Glückwünsche Webers zu ihrem 80. Geburtstag.<sup>180</sup>

Le Forts 1934 erschienenes Buch „Die ewige Frau“ erlebte zahlreiche Auflagen und war äußerst populär.<sup>181</sup> Das von ihr darin entworfene Frauenbild fand in seiner Symbolkraft Webers Zustimmung, das Kapitel über „die Frau in der Zeit“ fiel ihrer Ansicht nach dagegen sehr ab, da le Fort mit den Problemen der aktuellen Frau scheinbar überhaupt nicht bekannt war.<sup>182</sup> Beide waren sich jedoch einig in der Beschwörung eines „Fluchtbildes“, in der Idealisierung des Status der Mutter und der „hohen Frau“.<sup>183</sup> Die „Hingabe“ war auch ein wichtiger Terminus bei Helene Weber, in erster Linie an die Familie, aber auch an den Glauben, die Wissenschaft, das Volk. Die Hingabe schien für beide, Le Fort und Weber, die eigentliche Daseinsberechtigung der Frau zu sein.

Wie Christel Beilmann kritisch bemerkt, reduzierte le Fort die Frau auf ihre geschlechtliche Funktion als Jungfrau, Braut und Mutter und schmeichelt damit auf subtile Weise dem männlichen Geschlecht, dem die Funktion des Geistes, der Frau dagegen die der Materie zugeschrieben wurde.<sup>184</sup> Im Negativen wie im Positiven werde die Frau allein als sexuelles Beziehungswesen kategorisiert, eine Reduzierung der Persönlichkeit auf das Geschlecht, die man dem Mann etwa in Form des „jungfräulichen Mannes, des Gatten und Vaters“ niemals zumuten würde. So sei die „ewige Frau“ ein „Feind des weiblichen Individuums, das nach Selbstverwirklichung und nach der schöpferischen Gestalt seiner eigenen unverwechselbaren Persönlichkeit strebt.“<sup>185</sup> Doch diese Selbstverwirklichung der Frau war, wie es Helene Weber in zahlreichen Schriften programmatisch vertrat, geradezu das Gegenteil dessen, was die katholische Frauenbewegung als ihr Leitbild vertrat. Sie sah es als wider Gottes Willen

---

einseitig gezeichnete Frauenideal der Dichterin.“ Dennoch sichern ihr gerade diese Gestalten „einen herausragenden Platz im erwachenden literarischen Katholizismus“ Die Dichterin erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg zahlreiche Auszeichnungen, u.a. 1955 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik. Vgl. Kettern, Bernd, Art. Le Fort, Gertrud von, in: BBKL 4 (1992) 1348-1356.

<sup>179</sup> Abdruck der Hymne in: *Mohr/Prégadier*, Politik als Aufgabe, 275. Zum Besuch in Bendorf vgl. Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen, Brief von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 6. Dezember 1934.

<sup>180</sup> Vgl. Archiv KDFB, Materialsammlung Helene Weber.

<sup>181</sup> Es wurde in deutscher Sprache über 100.000 mal verkauft, in zahlreiche weitere Sprachen übersetzt und 1992 in Deutschland neu aufgelegt.

<sup>182</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935, Brief von Helene Weber vom 30. November 1934. Weber ärgerte sich darüber, dass le Fort den Problemen der katholischen Frauenbewegung in keiner Weise gerecht wurde. „Warum schnitzt sie aus einem fremden Holz?“ Gertrud le Fort hat sich zumindest nach dem Erscheinen des Buches um die Bekanntschaft mit der Arbeit des KDFB bemüht, sie weilte im Dezember 1934 für einige Tage im Haus der Zentrale in Köln.

<sup>183</sup> Peukert, Weimarer Republik, 104.

<sup>184</sup> Vgl. Beilmann, Christel, Eva, Maria, Erdenfrau. Der Verrat an den Frauen durch Kirchen und Theologen, Wuppertal 1999, 154f.

<sup>185</sup> Ebd.

an, wenn eine Frau sich das Recht auf „extremen Individualismus“ nahm und etwa behauptete, ein volles Recht auf sich und ihren Körper zu haben.<sup>186</sup> Dies sei nicht nur ein „lebenszerstörender Grundsatz“, sondern auch ein Verstoß gegen die höheren Bestimmungen der Frau als Mutter, die als göttliches Gesetz interpretiert wurden. Der Sinn des Lebens dieser idealen „Mutter-Frau“ liege darin, „geistiger und sittlicher Mittelpunkt ihrer Familie zu sein“, woraus sich wiederum die Aufgabe der Frauenbewegung ableitete, diesen Gestaltungswillen in der Familie zu wecken und zu beleben.<sup>187</sup>

Eine andere wichtige Mitstreiterin war Edith Stein, die mehrmals in Frauenbundhaus in Bendorf weilte.<sup>188</sup> Ihre Meinungen zu Problemen des weiblichen Daseins wie etwa der Bildung deckten sich in weiten Teilen mit den Auffassungen Helene Webers. In ihrem Werk „Die Frau“ forderte Stein eine gründliche politische und soziale Schulung als Vorbereitung für die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten.<sup>189</sup> Ihre Forderungen nach einer dem Wesen der Frau entsprechenden neu gestalteten Mädchenbildung durch weibliche Lehrkräfte entsprachen der konkreten pädagogischen Arbeit Helene Webers. Beiden gemeinsam war zudem der religiöse Impetus aller Bildungsarbeit. „Die Hochschätzung des Religiösen geht durch alle Schriften und muß als Edith Steins erstes pädagogisches Anliegen gesehen werden.“<sup>190</sup> Unterschiede gab es in der Beurteilung der Berufstätigkeit der Frau. Abweichend von Helene Weber betonte Edith Stein jedoch die Individualität und das Recht ihrer Entfaltung durch jede Persönlichkeit, auch durch Frauen, die sie nicht einseitig auf die Familie oder bestimmte Berufsfelder beschränkt sehen wollte. Selbst das Priesteramt für Frauen schien ihr nicht dogmatisch widerlegt.<sup>191</sup> Ihre Aussage „prinzipiell kann die individuelle Anlage auf jedes beliebige Sachgebiet hinweisen, auch auf solche, die der weiblichen Eigenart fern liegen,“<sup>192</sup> wäre so von Helene Weber wohl nicht unterstützt worden, da sie in ihren Beiträgen stets auf die dienende Eigenart des weiblichen Charakters hinwies. Auch gab Stein keine direkten Empfehlungen gegen die Berufstätigkeit der Familienmutter, sondern empfahl als Ausgleich ein vertieftes religiöses Leben. In der Betonung der Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau im Staatsleben trafen sich ihre Interessen jedoch wieder, zumal Edith Stein ebenso wie Helene Weber die Einbringung der mütterlichen Charaktereigenschaften auch in bisher von Frauen nicht besetzte Arbeitsgebiete

<sup>186</sup> Vgl. Weber, Helene, Eine Grundfrage der katholischen Frauenbewegung, in: Kölnische Volkszeitung 789, 10. Oktober 1924, Rubrik „Aus der Frauenwelt“.

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Die Philosophin jüdischer Herkunft Edith Stein (1891–1942) konvertierte 1922 zum katholischen Glauben. Frau Prof. Dr. Theresa Bock (Viersen) danke ich für den Hinweis auf diese Verbindung.

<sup>189</sup> Vgl. Stein, Edith, Die Frau. Ihre Aufgabe nach Natur und Gnade (Edith Steins Werke 5) Luovain/Freiburg 1959, 105.

<sup>190</sup> Gerl, Hanna-Barbara, Frauenbilder in der Geschichte, in: APuZ. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 42 (1988) 3-19, 17.

<sup>191</sup> Vgl. Wobbe, Theresa, Edith Stein (1891–1942). Der Wandel von Geschlechterordnung und Religion im frühen 20. Jahrhundert, in: Ingrid Lukatis u.a. (Hg.), Religion und Geschlechterverhältnis, Opladen 2000, 49-68, 58.

<sup>192</sup> Stein, Edith, Die Frau, 7.

erhoffte. Damit sollte ein Gegenpol zum maskulinen „Parteidenken der Männer“<sup>193</sup> errichtet werden.

#### IV.1. Helene Weber als konservative Politikerin

„Helene Weber war nie restaurativ, schon gar nicht reaktionär. Aber sie ist in ihrem Denken und Handeln ein konservativer, ein bewahrender und ordnender Mensch [...]“<sup>194</sup> Grundlage dieser konservativen Grundhaltung ist ihr starker religiöser Hintergrund, denn „Religion ist Bindung durch alten Glauben, durch Autorität. Insofern ist jede Religion erhaltend [...]“<sup>195</sup> Modifiziert wurde ihr Konservatismus dadurch, dass sie politisch fest auf dem Boden der Weimarer Demokratie stand, verdankten sie und das gesamte katholische Zentrum ihr doch überhaupt die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme an exponierter Stelle.

Im Vorstand des Frauenbundes, dessen Gründung eine Reaktion auf die bürgerliche Frauenbewegung war, deren religiöse Indifferenz man in katholischen Kreisen beklagte, waren republikanisch-demokratische Ansichten zunächst in der Minderheit. Noch in den Wahlrechtsdiskussionen im Jahr 1918 war ein positives Demokratieverständnis nicht prägend für die Haltung der Kirchen und ihrer Gruppierungen.<sup>196</sup> Die meisten Mitglieder des KDFB- Vorstands, einschließlich des geistlichen Beirates, lehnten beispielsweise das Frauenwahlrecht strikt ab, die Minderheit hielt aus taktischen Erwägungen am Neutralitätskurs fest wie die Vorsitzende Hedwig Dransfeld oder beteiligte sich wie Helene Weber als Neuling noch nicht an der politischen Diskussion. Weder auf katholischer noch auf protestantischer Seite gab es zu Beginn der Weimarer Republik ein stark entwickeltes Demokratieverständnis, wobei neben dem strukturellen Konservatismus religiöser Institutionen auch das anthropologische Phänomen des Festhaltens am Althergebrachten eine Rolle spielte. Befreit von den Bevormundungen des Kaiserreichs wurde das Zentrum schließlich zu einer Stütze der Weimarer Demokratie, denn gerade im politischen Katholizismus waren mehrere überzeugte Demokraten wie z.B. Matthias Erzberger oder Konrad Adenauer vertreten<sup>197</sup>, dessen Bekanntschaft mit Helene Weber bis in seine Zeit als Oberbürgermeister Kölns vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichte. Helene Weber ist diesem Kreis zweifelsohne zuzurechnen, ihre gesamte politische Arbeit lässt sich jedoch unter dem Begriff des „Reformkonservatismus“ zusammenfassen.

Was ist darunter zu verstehen? Der Reformkonservative ist beunruhigt über den Zustand der Welt. „Er hat ein gewisses Verständnis für den Lauf der Dinge und akzeptiert die

<sup>193</sup> Ebd., 216.

<sup>194</sup> Zit. nach: *Gatter*, Bewahrender, ordnender Mensch, 16.

<sup>195</sup> *Mann, Golo*, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Taschenbuchausgabe, Frankfurt/Main 1992, 160.

<sup>196</sup> Vgl. dazu *Schildt, Axel*, Konservatismus in Deutschland, München 1998, 136.

<sup>197</sup> Vgl. Ebd. Eine andere starke, außerhalb des Zentrums stehende katholische Strömung sah die gesamte Weimarer Republik als Folgeerscheinung von Meineid und Hochverrat an, wie es etwa der Münchner Kardinal Faulhaber formulierte. Demzufolge verbot sich nach seinem Verständnis eine politische Mitarbeit an diesem Staat für grundsatztreue Katholiken. Vgl. dazu: *Besier, Gerhard/Piombo, Francesca*, Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären, München 2004, 112.

Unvermeidlichkeit bestimmter Veränderungen, obgleich er keine Begeisterung für sie vorschützt.“<sup>198</sup> Da er weiß, dass Veränderungen eintreten werden, versucht er, sie in seinem Sinne zu beeinflussen, um von der Vergangenheit zu erhalten, was erhalten werden kann, ehe Radikale die historische Kontinuität gänzlich zerstören. Der erste Theoretiker des Konservatismus, der aus England – dem Musterland dieser Weltanschauung – stammende Burke, hob hervor, dass dem konservativen Politiker die Neigung zum Bewahren und das Bedürfnis zu verbessern gleichermaßen zu eigen ist.<sup>199</sup>

Die Reformkonservativen eint der Respekt vor dem durch historische Legitimation Bestehenden und sie betonen gern die Vielfalt gegenüber allgemeingültigen Normen. Rationalen Lösungsmodellen und Utopien setzen sie die in den historischen Institutionen enthaltene kollektive Weisheit früherer Generationen entgegen, da sie das aus utopischen Entwürfen möglicherweise resultierende Chaos fürchten. Der prophezeiten Erosion der Grundlagen zivilisierten Benehmens durch den Rationalismus ziehen sie traditionelle Werte wie Religion und Brauchtum vor. Hier kommt die von Karl Mannheim dargestellte Weiterentwicklung des dem Menschen allgemein eigenen Traditionalismus zu einer historisch entstandenen Weltanschauung zum Tragen, die an bestimmte soziologisch-historische Vorbedingungen geknüpft war.<sup>200</sup> Dazu gehörten Strukturprobleme, wie die Dynamisierung der gesellschaftlichen Prozesse durch soziale Differenzierung und Auflösung alter ständischer Bindungen, die eine verschiedenartige Beantwortung durch retardierende und vorwärtstreibende Strömungen zur Folge hatten. Dieser Prozess setzte in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Antwort auf die Aufklärung, die stärkere Verbreitung kapitalistischer Produktionsmethoden und die Forderungen des wirtschaftlich davon profitierenden Bürgertums nach politischer Partizipation ein.<sup>201</sup> In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts forderte ein bisher ungeahnter Modernisierungsschub auf allen gesellschaftlichen Gebieten insbesondere die katholische Frauenbewegung zu Stellungnahmen heraus.

In welchen Erscheinungsbildern treten uns die genannten reformkonservativen Verhaltensmuster bei Helene Weber entgegen? Bei notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen bevorzugte sie die Politik der kleinen Schritte, so z.B. bei der Frage des Wahlrechtes für Frauen. Bereits seit 1911 arbeitete Helene Weber an führender Stelle in einem gemäßigten Frauenstimmrechtsverband mit, der nicht die radikale Forderung nach dem geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht stellte, wie es für die Männer lediglich im Reich, nicht jedoch in den Bundesstaaten und Kommunen bestand. Dieser Verband begnügte sich zunächst mit der Gewährung des

<sup>198</sup> Epstein, Klaus, Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die französische Revolution 1770-1806, Frankfurt/Main 1973, 21.

<sup>199</sup> Vgl. Ebd.

<sup>200</sup> Vgl. Mannheim, Karl, Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, in: Hans Gerd Schumann (Hg.), Konservatismus, Köln 1974, 24-75, 26f.

<sup>201</sup> Vgl. Epstein, Ursprünge des Konservatismus, 14.

Frauenwahlrechts mit den auch für die Männer geltenden Beschränkungen.<sup>202</sup> Die langsame Reform der Gesellschaft zu Gunsten der Frau hatte für Helene Weber immer Vorrang vor umstürzlerischen Aktivitäten. So plädierte sie zu Beginn der Weimarer Republik für eine gründliche politische Schulung der größtenteils noch unerfahrenen Frauen, bevor der Eintritt in eine politische Partei empfohlen werden sollte. Ihre Zurückhaltung bei der Diskussion des Frauenwahlrechts im Vorstand des KDFOB zu Beginn der Weimarer Republik beruhte aber nicht zuletzt auf ihrem unbedingten Gehorsam kirchlichen Weisungen gegenüber. Da der geistliche Beirat des Frauenbundes sich gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen hatte, wagte sie keine abweichende Meinung mehr, ein Charakterzug, der sich auch in späteren gesellschaftlichen Diskussionen noch mehrfach zeigen sollte.

Die Wahrung der Religion und des zivilisierten Benehmens gehörten zu den Hauptanliegen ihrer gesamten Tätigkeit. In ihren Äußerungen betonte Helene Weber immer wieder den göttlichen Ursprung der menschlichen Existenz und grenzte sich insbesondere scharf von materialistischen Deutungsmustern und ihren massenkulturellen Auswüchsen ab. Auf der Generalversammlung des Frauenbundes im Jahr 1921 forderte sie nicht ohne Pathos ein neues lebendiges Gemeinschaftsleben: „Und statt des Götzen der jetzt wenigstens in Gedanken niedergeschmetterten Zivilisation muss ein göttlicher Odem unsere Kultur neu schaffen.“<sup>203</sup> Modernen Erscheinungen der „Lebensreformkultur“ des beginnenden 20. Jahrhunderts wie etwa der „Nacktkultur“ setzte sie das Primat des Geistigen vor dem Körperhaften entgegen. Ebenso prangerte sie aber auch die „Tyrannei der Mode“ an. „Ich – so spricht die Frauenbewegung – muss und will Dich erlösen aus den Fesseln der Modenarrheiten und aus der Sklaverei des Körperhaften“.<sup>204</sup>

Immer wieder mahnte sie die Wahrung der distanzierten gesellschaftlichen Umgangsformen zwischen den Geschlechtern an, sogar der Koedukation oder gemeinsamer Jugendarbeit stand sie skeptisch gegenüber. „Der Typ der Wandervogel ist Formlosigkeit und Naturhaftigkeit. Wie leicht dadurch die feinere Seite zwischen den Geschlechtern aufgehoben wird, wie leicht eine Unnahbarkeit der Frau zerstört wird [...] weiss jeder.“<sup>205</sup>

Auch außerhalb der Frauenbewegung achtete sie auf den Erhalt gewachsener Strukturen, wenn sie etwa die zunehmende Zahl der auf administrativem Weg geschaffenen preußischen Großstädte kritisierte. In diesen neuen Gebilden sah sie die Demokratie in Form des bürgerlichen Ehrenamtes und des Heimatgefühls von einem zentralistischen Rationalismus bedroht, der auch mit finanziellen Zwängen nicht entschuldigt werden könne. Als Vertreterin der Frauen warnte sie vor der Zerschlagung

---

<sup>202</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-148-1, Nachlass Weber, Frauenstimmrechtsverband 1912–1919.

<sup>203</sup> Archiv KDFOB, 1-37-5, Generalversammlung 1921, Referat von Helene Weber: „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“, 1.

<sup>204</sup> Archiv KDFOB, Nachlass Weber, ungeordnetes Material, Manuskript „Fragen christlicher Frauenkultur und die soziale Verantwortlichkeit der Frauen“, o.D.

<sup>205</sup> Archiv KDFOB, Nachlass Weber, ungeordnetes Material, „Aus meiner Chronik“, 1.

des „gesunden und naturhaften Wachsens der Bevölkerung“<sup>206</sup>, versuchte also, die unumgänglichen Entwicklungen wenn nicht zu verhindern, so doch zumindest zu verlangsamen. Darin wusste sie sich einig mit Vertretern anderer katholischer Organisationen wie dem Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes Ludwig Wolker. Er nannte die Großstadt auf dem Katholikentag 1931 in Nürnberg eine „Volkszerstörerin“, da sie im Gegensatz zum ländlichen Raum nicht der „Ort traditionsgesicherten und -geleiteten katholischen Christentums“ sei.<sup>207</sup> Wie das Thema des Essener Katholikentages im Jahr 1932 „Christus in der Großstadt“ jedoch verdeutlicht, wandten sich große Teile des deutschen Katholizismus optimistisch den neuen Zeitströmungen zu, was einen Zugewinn an „Modernität, die Lösung von nostalgischer Bevorzugung ländlicher, vorindustrieller Lebensweise“ bedeutete.<sup>208</sup>

Konservative aller Schattierungen stellen Erfahrung, Gefühl und Glauben über den rationalen Verstand. So kritisierte auch Helene Weber den einseitigen, aus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts erwachsenen Menschenrechtsgedanken als ersten Funken der Frauenbewegung als zu abstrakt, um für katholische Frauen gemeinschaftsbildend wirken zu können. Es sei vielmehr die Eigenart ihrer Frauenbewegung im Religiösen einen Hintergrund zu suchen, der nicht nur „diesseitsweltlich“, sondern an die „überweltliche Opferidee“ und den „universalen Gottesgedanken“ gebunden sei.<sup>209</sup> Erst der Übergang vom Rechtsgedanken zu einer psychologischen Vertiefung, zum Erfassen der vom Manne verschiedenen Frauenpersönlichkeit und -seele, sei die Initialzündung für das Entstehen der katholischen Frauenbewegung gewesen und begründe auch ihren relativ späten Beginn. Tatsächlich erfolgte die Frauenbundgründung nicht initiativ, sondern rein reaktiv, gleichsam im Gegenschlag zur bürgerlichen Frauenbewegung<sup>210</sup> und in der Absicht, ein Kampfbund gegen Materialismus und Liberalismus zu sein.

Die sozialdemokratischen Frauen mit ihrem egalitären Bestreben, die völlige rechtliche Gleichstellung mit dem Mann zu fordern, liefen nach Meinung Helene Webers Gefahr, „dem öden Grundsatz der Gleichmacherei, der Zweckmäßigkeit und der ganz flachen Moral zu verfallen und von ihr zersetzt zu werden. Der Kampf um die heiligsten Güter der Frau ist also entbrannt.“<sup>211</sup> Wiederholt sprach sie Warnungen vor „den auflösenden Wellen der Freiheitsidee und der gleichmachenden Massenidee“ aus. Im gegenwärtigen Kampf der beiden grundsätzlichen Ideengebäude sei das große Ideal der katholischen Frauenbewegung, die „Freiheit der Frauenpersönlichkeit mit dem dienenden Gemeinschaftsgedanken zu verbinden [...] Die Schlacht wird geschlagen zwischen dem christlichen Gemeinschaftsgedanken und dem falschen Götzen“ und sei damit Teil der

<sup>206</sup> Weber, Helene, Wachsende Städte, wachsende Gemeinden, in: Frauenland 21 (1928) 154-155, 154.

<sup>207</sup> Hürten, Deutsche Katholiken, 142.

<sup>208</sup> Ebd.

<sup>209</sup> Vgl. Helene Weber, Referat „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“ auf der VIII. Generalversammlung, in: Archiv KDFB, 1-37-5, Generalversammlung 1921, 5.

<sup>210</sup> Vgl. Götz von Olenhusen, Irmtraud, Feminisierung von Religion und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, in: Lukatis, Religion und Geschlechterverhältnis, 37-48, 40.

<sup>211</sup> Helene Weber, Referat „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“ auf der VIII. Generalversammlung, in: Archiv KDFB, 1-37-5, Generalversammlung 1921, 7.



Geistesgeschichte der Kultur überhaupt.<sup>212</sup> In Abgrenzung zur sozialdemokratischen Frauengruppe, die ihre Bewegung im geschlechterübergreifenden Klassenkampf aufgehen ließe, und ihre „liberalistischen Ideale“<sup>213</sup> der völligen Gleichstellung mit dem Mann verfolge, werde die katholischen Frauenbewegung weiter an ihrem Ideal arbeiten: der katholischen Frauengemeinschaft.<sup>214</sup>

Eine gewisse Vergangenheitssehnsucht ist bei Helene Weber schon in den zwanziger Jahren festzustellen, wenn sie etwa die in Bezug auf die Berufstätigkeit der Frau angeblich problemlose Zeit des Mittelalters lobte. „Es war der Frau selbstverständlich, daß sie Mutter und Hausfrau wurde oder sich Gott weihte und ins Kloster ging.“<sup>215</sup> In der Reformation sah sie einen jähen Abbruch des bisher ungetrübten Geschichtsflusses und des vorreformatorischen kirchlichen Universalismus. Dieser Rekurs auf das Mittelalter sollte in der Zeit des Nationalsozialismus identitätsstiftend für die katholische Frauenbewegung werden.

Helene Webers Festhalten an naturrechtlichen Positionen in religiösem Sinn und an einem starren katholischen Ordnungsdenken ließen sie zu Beginn der 50er Jahre, während der Auseinandersetzungen um die Revision des Familienrechtes, teilweise reaktionäre Positionen beziehen. Wie an späterer Stelle noch ausführlicher dargestellt wird, versuchte sie durch den Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren das „Rad der Geschichte“ zurückzudrehen und nahm so immer stärker rein rückwärtsgewandte Positionen ein.

## V. Die Zeit des Nationalsozialismus<sup>216</sup>

Bereits im Frühjahr des Jahres 1932 sprach Helene Weber von Befürchtungen in katholischen Kreisen, dass der Nationalsozialismus siegreich sein könnte. Sie selbst schien diese Furcht nicht uneingeschränkt zu teilen.<sup>217</sup> Gleichwohl beklagte sie die Mut- und Ziellosigkeit in vielen Zweigvereinen und forderte den Vorstand auf, im Verband für einen neuen Auftrieb an geistigen und sittlichen Kräften zu sorgen. Der von ihr geleitete Reichsfrauenbeirat gab im Wahlkampf ein Heft mit Material gegen die

---

<sup>212</sup> Vgl. Ebd.

<sup>213</sup> Ebd.

<sup>214</sup> Die sozialdemokratischen Frauen haben keine eigene Frauenbewegung ausgeprägt, da sie die Erfüllung ihrer Forderungen nach völliger Gleichberechtigung durch die Teilnahme am Klassenkampf an der Seite des Mannes erreichen wollten. Vgl. dazu: *Gerhard*, Frauenbewegung, 186-189 und *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 102-106.

<sup>215</sup> *Weber*, Frauenberufe, 97.

<sup>216</sup> Über die Katholische Kirche im „Dritten Reich“ ist eine in die Tausende gehende Zahl von Publikationen erschienen, weshalb hier auf grundlegende Fragen nicht eingegangen werden soll. Den derzeitigen Forschungsstand referiert *Hummel*, *Karl-Joseph*, Kirche und Katholiken im Dritten Reich, in: *Ders.* (Hg.), *Zeitgeschichtliche Katholizismusforschung. Tatsachen, Deutungen, Fragen. Eine Zwischenbilanz* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 100) Paderborn u.a. 2004, 59-82.

<sup>217</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-3-5, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1918–1932. Schreiben Webers vom 17. Mai 1932. Sie formulierte ihre Auffassung recht unkonkret: „Dem gegenüber muß man die Gesamtlage klarer und entschiedener sehen.“

NSDAP heraus,<sup>218</sup> in einer weiteren Publikation wurde der Antifeminismus des heraufziehenden Nationalsozialismus vom Jesuitenpater Gustav Gundlach kritisiert.<sup>219</sup> In Zeitschriften des KDFB warnte Helene Weber vor den Versprechungen der Nationalsozialisten: „Es liegt so viel daran, daß die besinnlichen Kräfte der Frau, die reifen und die jugendlichen, das lodernde Feuer kühlen, das Deutschland zu verbrennen droht.“<sup>220</sup> An antifaschistischen politischen Aktionen und Kundgebungen beteiligte sich der Frauenbund aber offensichtlich nicht. Stattdessen ging er gegen „kulturelle Zersetzungserscheinungen“ vor und freute sich über den parlamentarischen Erfolg in der Auseinandersetzung über das sogenannte „Beamtinnenzölibat“, so dass die Selbsteinschätzung Helene Webers, „bis zuletzt habe ich den Nationalsozialismus im Vorstand und in der Fraktion der Zentrumspartei bekämpft“,<sup>221</sup> als zu euphemistisch angesehen werden muss; zumindest was die Außenwirkung betraf. Gerade sie als „herausragende Führungsgestalt der katholischen Frauenbewegung“ betrieb eine Abgrenzungspolitik nach rechts und links und verhinderte so ein Zusammengehen mit den wenigen verbliebenen republiktreuen Kräften, insbesondere mit der Sozialdemokratie.<sup>222</sup> In der Fehleinschätzung der innenpolitischen Situation stand sie nicht allein, wenn man die halbherzige Befriedungspolitik Brünnings, den „Verrat“ des Zentrumspolitikers Papen und die Hoffnungen der alten Eliten, die von der NSDAP organisierten Massen nach Belieben instrumentalisieren zu können, in Betracht zieht.<sup>223</sup> Selbst die nach der Machtübertragung am stärksten verfolgte Gruppe, die jüdische Bevölkerung Deutschlands, hatte die von den Nationalsozialisten ausgehende Gefahr anfangs weitgehend unterschätzt.

Helene Weber war bis zur Auflösung des Zentrums ein disziplinierter ‚Parteisoldat‘. Am 23. März 1933 hatte sie in einer Probeabstimmung zur Annahme des sog. „Ermächtigungsgesetzes“, das die Weimarer Verfassung praktisch außer Kraft setzte, mit ‚Nein‘ gestimmt, beugte sich aber in der eigentlichen Abstimmung dem Fraktionszwang und stimmte zu.<sup>224</sup> Indirekt trug sie damit zur Beendigung ihrer Laufbahn als Berufspolitikerin bei, da die weiblichen Abgeordneten aller Fraktionen

<sup>218</sup> Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumspartei 7 (1932).

<sup>219</sup> Ebd., 203; vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen (wie Anm. 6), 177.

<sup>220</sup> *Weber, Helene*, Gedanken zum Wahlkampf, in: *Die christliche Frau* 30 (1932) 202f.

<sup>221</sup> Archiv KDFB, 1-136-7, Nachlass Weber, Persönliche Unterlagen 1947–1962, Politischer Lebenslauf 1955. Ähnliche Äußerungen wie der Wahlaufuf von Kölner Frauenbundsmitgliedern zugunsten des Zentrums und gegen die Gewalttätigkeit im Wahlkampf vom 25. Februar 1933 sind von Helene Weber nicht bekannt. Vgl.: *Mohr/Prégadier*, Politik als Aufgabe, 368 und 376.

<sup>222</sup> *Sack*, Vertretungen, 252.

<sup>223</sup> Vgl. *Longerich, Peter*, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995, 294–297 und 323.

<sup>224</sup> Vgl. dazu *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 129f. und 199f., sowie *Teusch/Löbe/Krone*, Die Parlamentarierin, 73f.

von der NSDAP aus dem Reichstag ausgeschlossen wurden.<sup>225</sup> Hummel bezeichnete die Zustimmung zu diesem Gesetz als ersten „Kardinalfehler“ des Zentrums.<sup>226</sup>

Schon bald nach der Machtübertragung machten sich beim KDFB Erosionserscheinungen bemerkbar. Mitgliederrückgang und Zahlungsrückstände führten zu erheblichen Mindereinnahmen, so dass die Arbeit ernsthaft gefährdet war. So wurde am 2. April 1933 die Frage gestellt, „ob wir durchhalten können.“<sup>227</sup> Es häuften sich Berichte von örtlichen Versammlungsverboten und Beschlagnahmungen der Kassen.<sup>228</sup> Personaleinsparungen in der Zentrale in Köln wurden unausweichlich.

Nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages mit nationalsozialistischer Übermacht und Terrormaßnahmen Anfang April forderte Weber, eine Konferenz aller katholischen Frauenverbände einzuberufen und ein Gespräch mit dem Kölner Kardinal zu führen.<sup>229</sup> Die gemeinsame Frauenkonferenz ist trotz mehrfacher Anläufe nicht zu Stande gekommen.

Der Briefkontakt Helene Webers zum Frauenbund ließ merklich nach. Schrieb sie bisher ca. alle zwei Wochen an den Vorstand, so ist eine Überlieferungslücke vom 11. Mai bis zum 27. Juli 1933 festzustellen.<sup>230</sup> Offenbar hatte sie Angst, sich und den Bund zu gefährden, war sie doch als ausgewiesene Demokratin und exponierte Katholikin nun nicht mehr ‚systemkonform‘. Dazu passt auch die Feststellung Rudolf Morseys, sie hätte aus Angst vor der Gestapo alle persönlichen Unterlagen vernichtet.<sup>231</sup> Nach der Unterzeichnung des Reichskonkordats im Juli 1933 setzte jedoch eine wahre Briefflut ein. Helene Weber schrieb nun mitunter täglich an den Vorstand.

Am 30. Juni 1933 wurde Helene Weber wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ als Ministerialrätin aus dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entlassen. Dorthin war sie nach der Schließung des preußischen Wohlfahrtsministeriums im Jahr 1932 versetzt worden. Nur mit Mühe gelang es ihr, die Zahlung einer kleinen Pension durchzusetzen. Rückblickend erinnerte sie sich an die Atmosphäre der Angst und Denunziation, die nach der Machtübertragung in der Verwaltung geherrscht hatte und für sie auch mit tiefen persönlichen Enttäuschungen verbunden gewesen war. „Vielleicht war das die traurigste und schwermütigste Erfahrung, die wir machen mussten, daß der Mensch des Zwanzigsten Jahrhunderts sich

<sup>225</sup> Am 5. Juli 1933 löste sich die Zentrumspartei selbst auf. Zuvor war mit dem Reichsinnenminister Frick über die Modalitäten der Übernahme einiger Zentrumsabgeordneter als Hospitanten in die NSDAP-Fraktion verhandelt worden. Frauen und Geistlichen war dieser Weg von vornherein verwehrt worden. Vgl. *Lauterer*, *Parlamentarierinnen*, 230.

<sup>226</sup> *Hummel*, *Kirche und Katholiken*, 69.

<sup>227</sup> Archiv KDFB, 1-119-3, Korrespondenz 1927–1938. Auszug aus den Protokollen des Generalsekretariats vom 2. April 1933.

<sup>228</sup> Vgl. Ebd., Protokollauszug vom 1.-3. Juli 1933.

<sup>229</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935, Brief Helene Webers an Antonie Hopmann vom 4. April 1933. Weber hätte die für die Konferenz notwendigen Finanzmittel als zinsloses Darlehen zur Verfügung gestellt.

<sup>230</sup> Vgl. *Müther, Jutta*, *Der KDFB in den Anfängen der NS-Herrschaft*. Notizen aus den Beständen des Kölner Archivs des KDFB, in: *Muschiol*, *Katholikinnen*, 281-293. Die Quellen werden zu Beginn der NS-Zeit insgesamt spärlicher, da man offensichtlich nicht mehr alles schriftlich festgehalten hat.

<sup>231</sup> *Morsey*, *Weber* 1979, 292.

plötzlich in ein grausames Individuum verwandeln konnte.“<sup>232</sup> Im August und September 1933 verbrachte sie mehrere Wochen in Bad Kissingen zur Kur, anschließend sah sie sich aus finanziellen Gründen genötigt, in eine kleinere Wohnung innerhalb Berlins umzuziehen.<sup>233</sup>

Der KDFB vermied, wenn möglich, jeden Kontakt mit staatlichen Behörden „und überließ es den kirchlichen Stellen, die Bedingungen für seine weitere Existenz auszuhandeln.“<sup>234</sup> Nach der Verfügung der Gleichschaltung oder Auflösung aller Verbände im Mai 1933 bat der Frauenbund dort um die Einbeziehung in den Schutz des geplanten Konkordats und bezeichnete sich in diesem Zusammenhang unter weitgehender Aufgabe seiner Autonomie als einen Verband mit dem „Charakter eines kirchlichen Vereins“.<sup>235</sup> Das am 20. Juli 1933 unterzeichnete Konkordat garantierte in Art. 31 den Fortbestand solcher katholischer Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienten, wenn sie die Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.<sup>236</sup> Unter Aufgabe seiner politischen Zielsetzung war dem KDFB somit die Weiterexistenz unter dem Schutz der Amtskirche möglich, die jedoch stärker als bisher Mitspracherechte einforderte. Dazu gehörte u.a. die Aufsicht über die Publikationen durch den zuständigen Bischof und die Befolgung der „Weisungen und Winke“ der zuständigen kirchlichen Stellen.<sup>237</sup> Wie alle unter Art. 31 des Konkordats fallenden Vereine wurde der Frauenbund durch die Bischöfe der Katholischen Aktion zugeordnet.<sup>238</sup> Vom politischen Gegner war die Katholische Aktion durchaus zur Kenntnis genommen worden, wie der „Auflistung von 12 Schritten zum Ausbau der Katholischen Kirche zu einer übernationalen und überstaatlichen Weltkirche“ in den NS-Monatsheften, dem offiziellen Parteiorgan der NSDAP, aus dem Jahr 1939 zu entnehmen ist. Unter Punkt 1 erschien dort die „Mobilisierung der katholischen Laienmasse durch die Katholische Aktion (Laien-Apostolat).“<sup>239</sup> Die braunen

<sup>232</sup> Weber, Helene, Vom „Amt“ zur „Aufgabe“, in: *Mohr/Prégardier*, Ernte eines Lebens, 99-108, 100.

<sup>233</sup> Den Umzug ließ Helene Weber erledigen, während sie bei ihrer Schwester in Marburg war. Andere ehemalige Politikerinnen hatten schwierigere Bewährungsproben zu bestehen, vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 247. Dessen war sich Weber auch bewusst, als sie schrieb: „3x umgezogen ist so gut wie abgebrannt. Aber es gehört zu den heutigen kleinen Schicksalen neben den großen.“ Brief Webers vom 13. August 1933. Weitere in diesem Sinne vom 4. September 1933 und 25. September 1933, in: Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935.

<sup>234</sup> *Müther*, NS-Herrschaft, 281. Die Verbandsvorsitzende Gerta Krabbel bat in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Adolf Bertram, um den Schutz der Kirche.

<sup>235</sup> Ebd., 285.

<sup>236</sup> Vgl. *Hürten*, Deutsche Katholiken, 240.

<sup>237</sup> *Müther*, NS-Herrschaft, 292. Zur unrühmlichen Rolle der deutschen Bischöfe bei der Verteidigung der katholischen Verbände vgl. *Hürten*, Deutsche Katholiken, 240 und *Grossmann*, Thomas, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken 1945–1970 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 56) Mainz 1991, 22.

<sup>238</sup> Vgl. *Müther*, NS-Herrschaft, 290f.

<sup>239</sup> Zit. nach: *Hummel*, Kirche und Katholiken, 68f.

Machthaber fassten dies als Kampfansage unter zwei konkurrierenden weltanschaulichen Systemen auf, die Anspruch „auf den ganzen Menschen“ erhoben.<sup>240</sup>

Das Ziel insbesondere der ehemaligen Zentrums Politikerinnen, die sich im KDFB zusammengefunden hatten, war der Erhalt der katholischen Kirche und des Frauenbundes unter der Herrschaft des Nationalsozialismus und nicht im Widerstand gegen ihn.<sup>241</sup> In Anlehnung an die bischöflichen Empfehlungen dieser Zeit gab der Vorstand pragmatische Richtlinien zum Verhalten der Zweigvereine heraus, die „eine Mitarbeit am Neuaufbau des Vaterlandes“ gestatteten.<sup>242</sup> An Ausstellungen eindeutig nationalsozialistischer Ausrichtung beteiligte sich der KDFB aber nicht.<sup>243</sup> Im Herbst 1933 gab Helene Weber die Parole aus, alles zu vermeiden, was den KDFB gefährden könnte.<sup>244</sup> Sie selbst reiste nicht mehr ins Ruhrgebiet und bat mehrfach darum, ihren Namen auf Einladungen u.Ä. nicht zu nennen.<sup>245</sup>

Die Forschung hat den katholischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus in vier Begriffe gefasst, zu denen zwei defensive Varianten gehören – punktuelle Unzufriedenheit bzw. Resistenz und Nicht-Anpassung – und zwei offensivere Varianten – Protest und aktiver politischer Widerstand.<sup>246</sup> Das Verhalten Webers und des gesamten KDFB-Vorstandes lässt sich bestenfalls in die Kategorie ‚Resistenz und Nicht-Anpassung‘ einordnen, da unklare Andeutungen über Webers Bekanntschaft mit den Verschwörern des 20. Juli nicht durch Quellen zu belegen sind. Es ging in keiner Weise um konfrontative Behauptung nach außen, sondern um eine Art „innere Emigration“ im Kreis Gleichgesinnter. Indem Helene Weber den großen Bogen der Frauenarbeit in der Kirche vom Mittelalter bis zur Arbeit des KDFB schlug, dessen Bildungsaufgaben betonte und in den Rahmen der allgemeinen Kirchengeschichte integrierte, hob sie dessen Bedeutung als „Teil eines ganz großen Heilsgedankens und Geschichtsplanes“ hervor.<sup>247</sup> Vor diesem weit gespannten geschichtlichen Hintergrund verblassten die aktuellen Probleme und die Mitstreiterinnen sollten einen Sinn für die zeitübergreifende Bedeutung ihrer Arbeit gewinnen.

<sup>240</sup> Aussage Roland Freislers im Volksgerichtshofprozess gegen Helmut James von Moltke. Zit. nach: Ebd., 79.

<sup>241</sup> Vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 245f.

<sup>242</sup> *Müther*, NS-Herrschaft, 282.

<sup>243</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935. Schreiben von Helene Weber vom 31. Mai 1934. Man begründete dies vorsichtig mit 'Arbeitsbelastung'.

<sup>244</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-104-7, Soziale Kommission 1933–1934, Schreiben Helene Webers an die Zentrale des KDFB vom 14. Oktober 1933 sowie 1-14-6, Brief Helene Webers an den Vorstand vom 25. September 1933.

<sup>245</sup> Lauterer stellt diesen Bemühungen ausschließlich um das eigene Überleben die Versuche der Liberalen Marie Baum in der Judenhilfe gegenüber, vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 246. Der KDFB versuchte lediglich, seine eigenen Leute unterzubringen. Warum Weber sich bis in die Kriegszeit hinein weigerte, nach Essen zu fahren, konnte aus den Quellen nicht entnommen werden. Eventuell wollte sie andere nicht gefährden, da sie sich von der Gestapo beobachtet fühlte.

<sup>246</sup> Vgl. *Gotto, Klaus/Hockerts, Hans-Jürgen/Reppen, Konrad*, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: *Klaus Gotto/Konrad Reppen* (Hg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich*, 3. erweiterte und überarb. Auflage, Mainz 1990, 173-190.

<sup>247</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939. Brief von Helene Weber vom 29. Oktober 1933.

Der Preis für den Weiterbestand war jedoch eine weitgehende Entpolitisierung des einstmals so sozial- und frauenpolitisch engagierten Verbandes, zumindest was seine Außenwirkung betraf.<sup>248</sup> Über diesen Rückzug aus dem frauenpolitischen Engagement waren sich Helene Weber und die übrigen Vorstandsmitglieder einig. Die Vorsitzende Gerta Krabbel legitimierte ihn in der „Christlichen Frau“ mit der Besinnung „auf eine große Tradition katholischer Frauenaufgaben“ im religiös kontemplativen Bereich.<sup>249</sup> Es wurde sogar eine Fusion mit den Müttervereinen in Erwägung gezogen, aber schließlich doch eine engere Verbindung mit der Amtskirche vorgezogen.<sup>250</sup>

Der KDFB war somit aber von seinen Wirkungsmöglichkeiten bei den katholischen Frauen teilweise abgeschnitten, insbesondere die Jugend konnte als Nachwuchs nicht mehr rekrutiert werden. So wurde, wie eine 1921 geborene Autorin berichtete, „Die ewige Frau“ von Gertrud von le Fort begeistert aufgenommen, deckte sich doch ihre Entindividualisierung und Reduzierung der Frau auf ihre Rolle als Jungfrau, Ehefrau und Mutter weitgehend mit dem nationalsozialistischen Frauenbild. Die katholische Frauenbewegung dagegen blieb den Mädchen bis nach dem Krieg völlig unbekannt.<sup>251</sup>

Die bestehenden Kommissionen wie etwa die Frauenberufs-, die Volksbildungs- und die Soziale Kommission bestanden weiter und passten ihre Themen überraschend schnell dem Vokabular der neuen Machthaber an. Letztere gründete eine Unterkommission „Biologie“, in der „Rassefragen“ und Grenzfragen der Vererbungslehre studiert und Erkundigungen über die Sterilisationspolitik in anderen Ländern eingeholt werden sollten.<sup>252</sup> Helene Weber schlug als Arbeitsthemen „Die katholische Frau im deutschen Volkstum und in der deutschen Volksgemeinschaft“ und „Die katholische Frau in der Erneuerungsbewegung der Zeit. Rasse - Familie - katholische Frauenpersönlichkeit“ vor.<sup>253</sup> Äußerer Anstoß erhielt die Behandlung dieser Themen schon im April 1933 durch die Pläne der neuen Regierung zu einem Sterilisierungsgesetz. Innerhalb des Katholizismus war man sich nicht sicher, wie auf diese Aktivitäten reagiert werden sollte, der KDFB beklagte diese Uneinheitlichkeit und forderte ein gemeinsames Auftreten gegen die Zwangssterilisierungen.<sup>254</sup> Der Vorstand befasste sich mit diesen Fragen, um die Verbandsmitglieder informieren zu können, sowie aus einer eigenen Affinität zu diesem Problemkreis und der speziellen Art der Fragestellung. Wie die neuere Forschung herausgearbeitet hat, bestand bereits lange vor den Euthanasiemaßnahmen der Nationalsozialisten in unterschiedlichsten politischen

<sup>248</sup> Vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 231f.

<sup>249</sup> Zit. nach: *Sack*, Religiöse Bindung, 394.

<sup>250</sup> Vgl. Archiv KDFB, ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 24. September 1934, Sitzung in Anwesenheit von Helene Weber. Man gedachte jedoch, der „Laienkraft“ in Kirche und Welt mehr Raum schaffen zu wollen. Andererseits wurde eine angedachte Umstrukturierung des Frauenbundes nach Diözesanorganisationen statt der bisherigen Regionalgliederung offensichtlich nicht durchgeführt. Vgl. dazu Anhang zum Vorstandsprotokoll vom 23. September 1934.

<sup>251</sup> Vgl. *Beilmann*, Verrat, 156f.

<sup>252</sup> Vgl. Archiv KDFB, ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 23. September 1934, 3.

<sup>253</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-104-7, Soziale Kommission 1933–1934, Schreiben Helene Webers an die Zentrale des KDFB vom 14. Oktober 1933.

<sup>254</sup> Vgl. *Richter*, Sittlichkeitsreform und Eugenik, 272.

Lagern, von der Sozialdemokratie bis hin zu konfessionellen Kreisen ein Interesse an eugenischen<sup>255</sup> Fragestellungen.<sup>256</sup> Gerade in Kreisen der sozialpolitisch engagierten Wohlfahrtspfleger gab es bereits seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zahlreiche Befürworter eugenischer Maßnahmen.<sup>257</sup> „Die christlichen Konfessionen und eine durch sie geprägte Politik können nicht länger undifferenziert als anti-eugenisches Bollwerk betrachtet werden. Weitverbreitete antiindividualistische und kulturkritische Grundüberzeugungen in den konfessionellen Milieus boten offenbar nicht unbeträchtliche weltanschauliche Affinitäten zur eugenischen Sozialtechnologie.“<sup>258</sup> Insbesondere die Weltwirtschaftskrise und die daraus folgende Krise des Weimarer Wohlfahrtsstaates ließen die Bereitschaft zum eugenischen Handeln auch in diesen Kreisen rasant steigen. Der Frauenbund vollzog nur mit zeitlicher Verzögerung die bereits 1931/32 begonnene Abkehr großer Teile des preußischen Zentrums von einer auf Aufklärung und Freiwilligkeit gegründeten Eugenik zur Befürwortung einer restriktiveren Sterilisationspolitik.<sup>259</sup> Gerade im zentrumsgeleiteten preußischen Wohlfahrtsministerium saßen aktive Befürworter einer eugenischen Sozialpolitik, an deren Diskussionen Helene Weber teilgenommen hat.<sup>260</sup> Die Einführung von medizinisch-eugenischen Eheberatungsstellen, die nach den von diesem Ministerium herausgegebenen Richtlinien arbeiteten, führte zu einer breiten Diskussion in katholischen Kreisen.<sup>261</sup> Der KDfB richtete schon im Januar 1928 eine Tagung zum Problemkreis dieser Beratungsstelle aus. Helene Weber äußerte sich dort zu den „sozial-ethischen Grundlagen der Eheberatung“.<sup>262</sup> Dabei räumte sie dem Staat das Recht ein, vor und nach der Eheschließung eugenische und sozial-hygienische Beratung auf freiwilliger Basis anzubieten, Zwangsmaßnahmen lehnte sie entschieden ab. Wichtig waren ihr dagegen die Kritik am Missbrauch der Eheberatungsstellen als „verkappte[r] Büros für Geburtenverhütung und kriminelle Handlungen gegen das werdende Kind“

<sup>255</sup> Der aus dem griechischen stammende Begriff bedeutet „Lehre von der guten Erbveranlagung“. Er wurde von dem britischen Naturforscher F. Galton 1883 in die europäische Wissenschaftssprache eingeführt.

<sup>256</sup> Vgl. dazu: *Schwartz, Michael*, Konfessionelle Milieus und Weimarer Eugenik, in: *Historische Zeitschrift* 261 (1995) 403-448.

<sup>257</sup> Vgl. dazu die Vorgänge um das 1927 erschienene Buch „Gesetzliche Unfruchtbarmachung Geisteskranker“ des Dozenten am Institut für Caritaswissenschaften an der Universität Freiburg Joseph Mayer, in: *Besier/Piombo*, Heiliger Stuhl und Hitler-Deutschland, 111; sowie bei *Schwartz*, Konfessionelle Milieus, 415 und 425f. Dort werden auch weitere Beispiele wie das des Jesuiten und führenden Eugenikers Hermann Muckermann genannt, der auch auf Tagungen des KDfB auftrat. Vgl. zum linken Kreis der Befürworter der Eugenik: *Schwartz, Michael*, Sozialistische Eugenik, Bonn 1995. Für den Bereich der evangelischen Kirche vgl. *Kaminsky, Uwe*, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945, Köln 1995. Den neuesten Forschungsstand bietet: *Lehnert, Esther*, Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie "minderwertig" im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2003.

<sup>258</sup> *Schwartz*, Konfessionelle Milieus, 446.

<sup>259</sup> Vgl. Ebd., 415-417 und *Richter*, Sittlichkeitsreform und Eugenik, 271.

<sup>260</sup> Vgl. *Schwartz*, Konfessionelle Milieus, 418f.

<sup>261</sup> Vgl. *Richter*, Sittlichkeitsreform und Eugenik, 255-279.

<sup>262</sup> Ebd., 264.

und die Forderung nach einer weltanschaulich fundierten Arbeit dieser Institutionen.<sup>263</sup> Vom modernen „Menschenzüchtungsrummel“<sup>264</sup> ließ sie sich nicht anstecken, sondern beharrte noch 1932 in den Diskussionen des Strafrechtsreformausschusses des Reichstages auf ihrer strikten Ablehnung von Zwangssterilisationen und eugenisch begründeten Abtreibungen.<sup>265</sup> Damit stellte sie sich auf den Boden der päpstlichen Enzyklika „Casti connubii“ von 1930, die ein generelles Sterilisationsverbot aussprach, es aber der „gesunden Vernunft“ durchaus nicht zuwider ansah, heilsame „Ratschläge zur Erziehung einer starken und gesunden Nachkommenschaft“ zu geben.<sup>266</sup>

Der Bundesvorstand und insbesondere seine Mitglieder Christine Teusch und Helene Weber sorgten nach 1933 für die Bewilligung von Geldern des KDfB für einen Forschungsauftrag für die Sozialwissenschaftlerin Helene Wessel und ihr Projekt „Der Zusammenhalt der katholischen Familie durch die Religion“ mit stark eugenischem Akzent.<sup>267</sup> Unter dem Schutz der Kirche war also relativ viel Spielraum für Verbands- und andere Aktivitäten, denn es „bleibt die erstaunliche Tatsache festzuhalten, dass ein ausgewiesenes katholisches Forschungsprojekt im Dritten Reich über mehrere Jahre weitgehend unbehelligt durchgeführt werden konnte.“<sup>268</sup>

Wie von Heide-Marie Lauterer herausgearbeitet wurde, hatte das Weiterexistieren katholischer Organisationen, wie des KDfB, für die ehemaligen Zentrumspolitikerinnen Helene Weber, Christine Teusch und Helene Wessel existenzsichernde Funktionen:

- „1. Durch die Fortexistenz des Bundes konnten die Politikerinnen ihre sozialen Beziehungen aufrecht erhalten.
2. Der Bund bot ihnen die Möglichkeit einer neuen beruflichen Laufbahn.
3. Der Bund verfügte über materielle Ausstattungen und finanzielle Ressourcen, die die Politikerinnen zur Nachrichtenübermittlung und zur gegenseitigen Unterstützung nutzten.

<sup>263</sup> Eheberatungsstellen, in: Caritas 33 (1928) 277, zit. nach Richter, Sittlichkeitsreform und Eugenik, 264, 276. Die Hauptreferentin der Frauenbundsveranstaltungen zu diesen Themen war jedoch die Gründerin der Berliner Frauenschule des KDfB, Maria Heßberger.

<sup>264</sup> So eine Formulierung im rechtskatholischen Blatt „Germania“ aus dem Jahr 1927, zit. nach Schwartz, Konfessionelle Milieus, 428.

<sup>265</sup> Vgl. Ebd., 427f.

<sup>266</sup> Zit. nach ebd., 425.

<sup>267</sup> Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 238-241. Vgl. dazu auch Archiv KDfB, 1-104-7, Soziale Kommission, Sitzungsprotokoll der Kommission für Fragen der Familienkultur vom 27. Oktober 1934. Helene Wessel stellte ihr Forschungsprojekt vor, bei dem es „im letzten um eine Wiedergeburt der Heiligkeit der Ehe und Familie gehe.“ Helene Weber betonte die Notwendigkeit der Erstellung von zuverlässigem Material über die katholische Familie, ihren Bestand und ihre Kultur. Bei der Materialbeschaffung sollten Vertreterinnen mehrerer Zweigvereine helfen. Der für diese Aktion von Helene Wessel entworfene Fragebogen wurde von Weber überarbeitet. Vgl. dazu: Archiv KDfB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933-1935, Brief von Helene Weber vom 2. Juni 1935. Die Finanzierung war häufig Thema des Schriftwechsels zwischen Weber und dem Vorstand, z.B. 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936-1939, Brief von Helene Weber vom 21. Januar 1940, Brief von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 29. Februar 1940.

<sup>268</sup> Lauterer, Parlamentarierinnen, 243.



4. Der Bund ermöglichte den Politikerinnen weiterhin einen, wenn auch beschränkten, gesellschaftlich-politischen Einfluss auszuüben.<sup>269</sup>

Helene Weber erlaubte der Wechsel von der ehrenamtlichen zur hauptamtlichen Tätigkeit als Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder in Berlin die Sicherung ihrer bürgerlichen Existenz. Innerhalb des KDFFB reiste sie von Ortsgruppe zu Ortsgruppe, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten und die Bildungsarbeit durchzuführen, die die Frauen und Familien resistent gegen die nationalsozialistische Indoktrination machen sollte.<sup>270</sup> Die Bundeszentrale in der Kölner Kaesenstraße wurde der zentrale Treffpunkt, der den emotionalen Zusammenhalt und gegenseitiges Mutmachen ermöglichte.<sup>271</sup> Die Generalsekretärin Antonie Hopmann dankte brieflich oft für einen Besuch und erbat konkrete Mitarbeit bei verschiedenen Projekten.<sup>272</sup> Der rege Schriftwechsel bis zum Jahr 1944 war oft die einzige Informationsquelle über Bombenangriffe, den Zustand katholischer Einrichtungen usw. Im Gegensatz zu Gerta Krabbel, die sich oft und gern in religiösen und volksmystischen Schwärmereien verlor, war Helene Weber wie stets die Organisatorin, Wegweiserin und treibende Kraft, von der sich insbesondere die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen gern führen ließen.<sup>273</sup> Da die erste Vorsitzende Krabbel nicht in Köln, sondern in Aachen wohnte, stand auch sie für das Tagesgeschäft und gelegentliche kurze Beratungen nicht zur Verfügung. Aus dem Schriftwechsel ergibt sich der Eindruck, als ob hauptsächlich Helene Weber die Fäden der Verbandsleitung in der Hand hatte und die Weichen stellte. Lauterer schreibt Helene Weber das größte Verdienst daran zu, dass der KDFFB die Zeit des „Dritten Reiches“ überleben konnte.<sup>274</sup>

Ab 1934 geriet der KDFFB wieder in ruhigeres Fahrwasser, die Kommissionen tagten relativ regelmäßig. Helene Weber nahm nun aktiver daran teil als vor 1933, da ihr nach dem Ausscheiden aus ihren Parlaments- und Verwaltungsämtern mehr Zeit zur Verfügung stand. Ein Auftreten an exponierter Stelle schien ihr jedoch immer noch nicht ratsam. So lehnte sie das Ansinnen Hopmanns, für den KDFFB etwas zu schreiben, 1935 als „noch zu früh“ ab. Trotz Webers umfangreichen Vorarbeiten zu einem

<sup>269</sup> Ebd., 232; vgl. auch ebd. 236. Die Unterstützung beschränkte sich jedoch nicht auf den engen Bekanntenkreis, sondern reichte bis zu den ehemaligen Zentrumspolitikern und deren Familien. Vgl. Ebd., 237.

<sup>270</sup> Vgl. Weber, Amt, 101f.

<sup>271</sup> Zur Bedeutung von Freundschaften als Bindung in Frauennetzwerken vgl. Klausmann, Christina, Vordenkerinnen, Organisatorinnen, Freundinnen, Gegnerinnen. Beziehungen und Netzwerke in der Frauenbewegung, in: Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung 37/38 (2000) 36-41.

<sup>272</sup> So z.B. in einem Schreiben von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 14. März 1936, Archiv KDFFB, 1-5-3 Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939.

<sup>273</sup> Antonie Hopmann betonte dies in Bezug auf eine Schulungsveranstaltung: „[...] Sie nehmen die Führung der anderen Arbeit fest in die Hand und stellen uns für die Mitarbeit an die Plätze, die sie bestimmen? Ich sage immer wieder, wir sind alle bereit, Ihnen auf allen Wegen zu folgen.“ Archiv KDFFB, 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939. Brief von Antonie Hopmann vom 18. Dezember 1936. Ähnliche Formulierungen finden sich häufig in den Briefen Hopmanns.

<sup>274</sup> Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 245.

Lebensbild über Hedwig Dransfeld<sup>275</sup> hielt Gerta Krabbel auf einer Gedenkveranstaltung in Dransfelds ehemaligem Wohnort Werl den Festvortrag.<sup>276</sup> Helene Weber hatte in ihrem Beitrag über die ehemalige Vorsitzende des Verbandes Dransfeld als ‚Macherin‘ dargestellt, auf die zahlreiche Aktivitäten des Bundes zurückgingen. „Es geht doch nicht, daß in Werl nur lyrische Reden gehalten werden. Fr! Dransfeld hat etwas geleistet.“<sup>277</sup> Indirekt schildert sich Helene Weber damit selbst, war sie in dieser Hinsicht doch eine Geistesverwandte ihrer Mentorin. Immer noch war sie der ‚Motor‘ des Verbandes, unermüdlich reiste sie zu den Zweigvereinen, hielt Vorträge, verkaufte Zeitschriften, ermutigte andere und richtete sie auf. Ab dem Herbst 1933 mischten sich jedoch auch resignative Äußerungen in ihre Korrespondenz, sei es aus menschlicher Enttäuschung oder wegen der im Verhältnis zu ihrer früheren Machtfülle doch sehr zurückgegangenen Einflussmöglichkeiten für sie persönlich und den Verband. Als der Bestand der „Christlichen Frau“ auf dem Spiel stand, mahnte sie an, die „Keimzellen, Wurzeln, Grundlagen müssen bewahrt bleiben.“<sup>278</sup> Nachdem die erste Gefahr vorüber war und der Erhalt des Bundes zunächst gesichert schien, wollte man sich wieder verstärkt dem „intensiven Studium, der Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit und den Dingen, die werden“, widmen, allerdings ohne das Ziel der Außenwirksamkeit. Die Arbeit sollte „in der Stille geschehen und auf die Tiefe gerichtet sein, es ertragen können, im Verborgenen zu bleiben. Sie setzt darum viel Askese voraus, den Willen zur Selbstbescheidung.“<sup>279</sup>

Helene Weber interpretierte diese Zeit im Nachhinein unterschiedlich, zum einen als Bewährung, die es ihr nicht erlaubt habe, sich resigniert in eine Klausur zurückzuziehen<sup>280</sup>, und zum anderen als Zeit des Rückzugs in den stark religiös geprägten persönlichen Lebensbereich. „Die Stille hat uns besinnlicher, verantwortungsvoller gemacht. Wir hatten ein ‚Amt‘ verloren und wir erhielten eine ‚Aufgabe‘, die ein freies Schaffen für das Reich Gottes und den christlichen Aufbau des deutschen Volkes war.“<sup>281</sup> Heide-Marie Lauterer, die eine solch metaphysische Rückschau als Wissenschaftlerin nicht gelten lassen kann und auf ein beachtliches Maß an verbandsinterner sowie öffentlicher Aktivität verweist, bezweifelt den kompletten Rückzug und stellt einen Vergleich mit liberalen und sozialdemokratischen Politikerinnen an, die ganz andere Bewährungsproben zu bestehen hatten.<sup>282</sup>

Helene Weber hatte aber offensichtlich tatsächlich Angst vor äußerer Bedrohung. Aus der Innenschau der Betroffenen stellte sich die Situation rund um den KDFFB anders dar

<sup>275</sup> Vgl. u.a. Weber, Helene, Ihr Leben und ihr Werk [Hedwig Dransfeld], in: Die Christliche Frau 25 (1927) 69-72; und Dies., Hedwig Dransfeld (1871–1925), in: Gerta Krabbel (Hg.), Selig sind des Friedens Wächter. Katholische deutsche Frauen aus den letzten hundert Jahren, Münster 1949, 1-27.

<sup>276</sup> Vgl. Archiv KDFFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z 1933–1935, Schreiben Helene Webers vom 23. und 25. Februar 1935.

<sup>277</sup> Ebd., Schreiben vom 22. März 1935.

<sup>278</sup> Ebd., Schreiben von Helene Weber vom 8. Februar 1934. Unterstreichungen im Original.

<sup>279</sup> Ebd., Schreiben von Antonie Hopmann an Helene Weber vom 14. Juni 1934.

<sup>280</sup> Vgl. dazu Weber, Amt, 101.

<sup>281</sup> Ebd., 104.

<sup>282</sup> Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 247.

als im historischen Rückblick mit dem Wissen um die brutalere Behandlung politisch oder rassistisch Verfolgter.

Ab 1936 wird der Briefwechsel etwas spärlicher, man verständigte sich oft mit Andeutungen, Namen wurden abgekürzt.<sup>283</sup> Helene Weber mochte ihren Namen, wenn möglich, immer noch nicht auf offiziellen Einladungen sehen: „Mir ist wohl in der Dunkelheit.“<sup>284</sup> Ein Aufsatz Webers in der Verbandszeitschrift zum Thema „Die Frau in der Geschichte der Kirche“ erschien anonym.<sup>285</sup>

Zu offiziellen kirchlichen Stellen gab es ebenso wenig Verbindung. Von Seiten des Frauenbundes wurde die Kontaktaufnahme beispielsweise mit Bischöfen möglichst vermieden, jeder kämpfte für sich allein.<sup>286</sup> Offenbar stand die Geistlichkeit den wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten des KDFB auch noch misstrauisch gegenüber. Eine Frauenwallfahrt in Köln wurde nur durch eigene Plakate angekündigt, denn es war „nicht leicht, über die Berge der Pfarrer zu steigen.“<sup>287</sup> Die Wallfahrt musste später ganz abgesagt werden, von welcher Seite, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Helene Weber traf die Absage wie ein „Donnerschlag“. Dies zeige, „wie wenig unsere Leute die schwere Zeit verstehen [...] Es ist ganz trostlos.“<sup>288</sup> Im Anschluss an einen ihrer Vorträge über die hl. Hedwig folgte ein „müdes, trostloses Bischofswort“, was Helene Weber zu der Frage veranlasste: „Sind wir Laien allein? Es sieht wirklich so aus!“<sup>289</sup> Diese Enttäuschung teilte sie mit weiten Kreisen des deutschen Katholizismus, die ein entschiedeneres Auftreten der Bischöfe gegen das demagogische System erwarteten. Ein Zeitgenosse urteilte: „Denn das Schweigen zerstört die letzte moralische Autorität in Deutschland, es trägt eine Unsicherheit in die Reihen der Gläubigen, es droht zu einer Entfremdung zwischen Bischöfen und dem Volk zu führen, dem dieses Schweigen nicht mehr begreiflich ist.“<sup>290</sup> Der Frauenbund suchte also nur formal Schutz unter dem Dach der Amtskirche, eine engere Zusammenarbeit war damit keineswegs verbunden.<sup>291</sup> Auch innerhalb des Bundes wurde der Kontakt lockerer, es gab Probleme mit einzelnen Landesverbänden, insbesondere mit Bayern, schon die geringe Auflage der Lebensbilder großer Heiliger konnte nicht verkauft werden, der Schwung in der Arbeit war vielerorts verlorengegangen. Die finanzielle Lage des Bundes verschlechterte sich so sehr, dass Helene Weber vorschlug, auf alle Reisebeihilfen zu verzichten, was man ihr jedoch nicht zumuten wollte. Wiederholt spendete sie kleinere Beiträge oder munterte die Mitarbeiterinnen der Zentrale mit Päckchen oder Gedichten auf. Trotz der relativen Geschlossenheit des katholischen Milieus gab es also

<sup>283</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939.

<sup>284</sup> Ebd., Brief von Helene Weber vom 16. April 1937.

<sup>285</sup> Vgl. Büttner, Weber, 99.

<sup>286</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-5-3, Brief von Antonie Hopmann vom 14. März 1936. Sie schrieb: „Es ist ja alles so schwierig um die Kirche und an der Kirche.“

<sup>287</sup> Ebd., Brief von Antonie Hopmann vom 3. Oktober 1936.

<sup>288</sup> Ebd., Brief von Helene Weber vom 16. Oktober 1936.

<sup>289</sup> Ebd., Brief von Helene Weber vom 16. Januar 1938.

<sup>290</sup> Waldemar Gurian, St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe, 1934, zit. nach: Hürten, Deutsche Katholiken, 325.

<sup>291</sup> Zur Diskussion über die Widerstandskraft der Katholischen Kirche gegen den Nationalsozialismus vgl. Hummel, Kirche und Katholiken, 66-79.

Krisenerscheinungen im Frauenbund, ein Phänomen, das in anderen katholischen Verbänden wohl in diesem Maße nicht aufgetreten ist.<sup>292</sup>

Innerhalb des KDFOB übernahm Helene Weber den Vorsitz der Sozialen Kommission und war damit geborenes Mitglied aller Arbeitskreise. Auf deren inhaltliche Ausrichtung nahm sie meist in schriftlicher Form Einfluss, so z.B. im Geschichtskreis, der dem Frauenbund zur historischen Rückversicherung der eigenen Aufgaben dienen sollte.<sup>293</sup> Es ist eine allgemein-menschliche Abwehrreaktion, sich in Zeiten der äußeren Bedrängnis seiner Herkunft und Geschichte zu versichern. Schon im Vormärz mit seinen unerfüllten Nationalstaatsbestrebungen bot die verklärt gesehene Welt des Mittelalters ein Projektionsfeld für die eigenen politischen Ideen. Der charismatische Seelsorger Carl Sonnenschein scharte in den 1920er Jahren in der säkularisierten Großstadt Berlin heimatlos gewordene Katholiken um sich und bot ihnen „in der kulturellen Einsamkeit“ mit seinem Geschichtsverein eine gemeinsame „Erinnerung an verschüttete katholische Traditionen“.<sup>294</sup> Helene Weber, die Sonnenscheins Arbeit stets teilnahmsvoll begleitet hat, beschwor mit der Gründung eines Geschichtskreises im KDFOB im Januar 1935 ebenso die glorreiche Vergangenheit der katholischen Kirche und insbesondere ihrer weiblichen Protagonisten.<sup>295</sup> In ihm bot sich den Teilnehmerinnen ein Forum zur Vorstellung eigener literarischer Arbeiten, die später durch den Bund veröffentlicht wurden. Helene Weber wollte ihn nutzen, um mit dem „Geist der Vergangenheit“ der „stark auf das Neue und Greifbare eingestellte[n] Zeit“ der Gegenwart entgegen zu arbeiten.<sup>296</sup> Ein zunächst von ihr beabsichtigtes Eingehen auf Fragen der katholischen Frauenbewegung erfolgte ebenso wenig wie die Erarbeitung von Vortragsmaterial für die Zweigvereine, wie von einer Teilnehmerin kritisch angemerkt wurde.<sup>297</sup> Die Themen bezogen sich fast ausschließlich auf das Mittelalter, Helene Weber behandelte die hl. Hedwig.<sup>298</sup> Mitunter wurde eine Broschüre mit dem Lebensbild einer Heiligen gedruckt, deren Verkauf dann aber äußerst schleppend voranging, ein „Armutszeugnis“ für die Mitglieder der Geschichtskommission, die ihrer Multiplikatorenfunktion nicht gerecht wurden.<sup>299</sup>

<sup>292</sup> Vgl. *Hürten*, Deutsche Katholiken, 329. Dort werden die Mitgliederentwicklung und der Zeitschriftenverkauf der katholischen Jugend- und Arbeiterverbände analysiert.

<sup>293</sup> Thema dieses Arbeitskreises war „eine geistige Geschichte des Anteils der katholischen Frau an der deutschen Kultur.“ Archiv KDFOB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z, 1933–1935, Schreiben von Helene Weber vom 2. April 1935.

<sup>294</sup> *Hürten*, Deutsche Katholiken, 145.

<sup>295</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-104-6, Soziale Kommission, Geschichtskreis 1934–1936. Die organisatorische Arbeit wurde von Johanna Hundhausen übernommen.

<sup>296</sup> Ebd., Bericht über die Sitzung vom 16. Januar 1935.

<sup>297</sup> Vgl. Ebd., Aktennotiz von G. Schroeder vom 24.6.1935.

<sup>298</sup> Gertrud Ehrle arbeitete über die Hl. Gertrud von Helfta. Dieses Thema hatte sie offensichtlich so gefangen genommen, dass das in ihrer Zeit als Vorsitzende des KDFOB an der Zentrale in Köln gebaute Seminar und Kolleg für ausländische Studentinnen den Namen „Helfta-Kolleg“ erhielt. Vgl. auch *Büttner*, Helene Weber als katholische Publizistin, 99-101.

<sup>299</sup> Vgl. Archiv KDFOB, 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939, Brief von Helene Weber vom 16. Oktober 1936.

Gemeinsam mit der Generalsekretärin organisierte Helene Weber Bundes- und Wallfahrten, die das Zusammentreffen Gleichgesinnter und die Stärkung der Glaubensgemeinschaft ermöglichten.

Auch die Soziale Kommission unter der Leitung Helene Webers diente in erster Linie der Selbstvergewisserung. Auf ihrer ersten Sitzung formulierte Helene Weber ihre geistigen Ziele: „Wir wollen bewusst eine Bewegung sein, – Bewegung, die aus der geistigen Zielsetzung und nicht aus der Kampfstimmung kommt.“<sup>300</sup> Es ging ihr um die Bewahrung der „Wahrheit des katholischen Gedankens“<sup>301</sup> und der Liebe und Güte, kurz gesagt, um das Hinüberretten der katholischen Religionsinhalte durch die widrigen Zeiten. Dem dienten die internen Aktivitäten, wie etwa die Einrichtung von Schulungskursen für Laienkatechetinnen, um dem zunehmenden Priester- und Religionslehrermangel während des Krieges zu begegnen, und die Anfertigung von sogenannten Messkoffern für Priester im Felde. In allen Diözesen fanden Frauenkurse zur Erlangung der „Missio canonica“ statt. Die bei der Prüfung zu Tage tretenden Kenntnisse setzten die anwesenden Geistlichen in Erstaunen. In der Diözese Rottenburg gab es ab 1937 erstmals vom Frauenbund durchgeführte Kurse für Laienkatechetinnen. Die Arbeit war so erfolgreich, dass sie ab 1940 von einer neu eingerichteten bischöflichen Arbeitsstelle übernommen wurde.<sup>302</sup> Die überwiegend männlich geprägte katholische Kirche war in Krisenzeiten offenbar eher bereit, auf strukturstabilisierende Initiativen von Frauen einzugehen.

Die ‚Zeit der Stille‘ kam für Helene Weber vor allem in der Kriegszeit. Im Winter 1939/1940 litt sie an einer langwierigen Vereiterung des Schienbeins, anschließend hielten sie gesundheitliche Probleme und Schwierigkeiten im Fürsorgeverein immer wieder in Berlin fest.<sup>303</sup> Mit Beginn der Bombenangriffe war Reisen ohnehin stark erschwert, ebenso der Briefkontakt. Helene Weber fühlte sich mehr und mehr vom Informationsfluss abgeschnitten und bat eindringlich, sie über die Arbeit der von ihr geleiteten Kommissionen auf dem Laufenden zu halten.<sup>304</sup>

Die tiefe Verankerung Webers in der Volksfrömmigkeit veranschaulichen ihre Gedichte und die Tatsache, dass sie im Januar 1943 Bilder der „Schutzmantelmadonna“ als Schutz vor Luftangriffen nach Köln schickte. Durch die äußere Bedrohung verstärkte sich noch einmal ihre emotionale Bindung an den katholischen Glauben, u.a. regte sie 1940 eine tägliche Gebetsstunde in der Frauenfriedenskirche in Frankfurt an: „Warum bestürmen wir den Himmel nicht? Die Kirche muß jetzt aus dem Gebet der Frauen glühen!“<sup>305</sup> Auch hier bestätigt sich wieder eine von Heinz Hürten vertretene These, „daß in der katholischen Mentalität jener Jahre religiöse Elemente stärker hervortraten,

<sup>300</sup> Archiv KDFB, 1-104-7, Soziale Kommission 1933–1934, Sitzungsprotokoll vom 24. Januar 1934.

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> Vgl. *Krabbel, Gerta*, Nach 1933, in: *KDFB, Jahrhundertwende*, 93-98, 94f.

<sup>303</sup> Im Frühsommer litt Weber regelmäßig unter Heuschnupfen.

<sup>304</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-5-3, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1936–1939. Brief von Helene Weber vom 28. September 1940.

<sup>305</sup> Archiv KDFB, 1-5-4, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1940–1950, Brief von Helene Weber vom 3. Juni 1940. Im Juli 1940 wurde eine tägliche Gebetsstunde durch Frauen abgehalten.

die Bindung an die Kirche und die Verpflichtung zu Opfer und Zeugnis.“<sup>306</sup> Mit zunehmender Kriegsdauer und verschlechterten Arbeitsmöglichkeiten war die katholische Frauenbewegung ein „Stern im Erlöschen!“<sup>307</sup> Im April 1943 wurde das Frauenbundhaus in Essen, ein von Weber besonders gefördertes Projekt, bei einem Bombenangriff schwer beschädigt. Es gab nur noch wenige Aktivitäten in den Zweigvereinen, der Kontakt war auf den engeren Umkreis des Zentralvorstandes beschränkt. Helene Weber forderte in ihren Briefen wiederholt zu Gebeten und zur Unterstützung insbesondere der vom Krieg schwer getroffenen Frauen des Ruhrgebietes auf.

Die Stimmung Helene Webers gegen Kriegsende gibt das folgende von ihr verfasste Gedicht wieder:

„Gott spricht zu uns:  
 ,Ich gab euch vieles,  
 nahm es jäh zurück,  
 daß ihr der Erde letzte Nacktheit spürt,  
 weil meine Hand  
 euch väterlich geführt,  
 daß ihr nun wandert heimatlos  
 durch diese Welt,  
 damit mein Licht  
 euch  
 gnadenvoll erhellt.‘

Textor“<sup>308</sup>

## VI. Nachkriegszeit

Nach dem Ende der Naziherrschaft widmete sich die nun schon über sechzigjährige Helene Weber intensiv der politischen und parlamentarischen Wiederaufbauarbeit. Daneben war sie aber weiterhin als stellvertretende Vorsitzende des KDFB aktiv und besuchte regelmäßig die Vorstandssitzungen. Als sich ab 1950 ein engerer Kreis von

<sup>306</sup> *Hürten*, Deutsche Katholiken, 329. Wie noch zu sehen sein wird, führte die zu Beginn der 30er Jahre einsetzende und in der NS-Zeit verstärkte „Verkirchlichung“ der Verbandsarbeit des KDFB nach dem Zweiten Weltkrieg bei seinen führenden Persönlichkeiten zu einer weltanschaulichen und organisatorischen Verkrustung und Stagnation.

<sup>307</sup> Archiv KDFB, 1-5-4, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1940–1950, Brief von Helene Weber vom 18. Dezember 1942.

<sup>308</sup> Archiv KDFB, Materialsammlung Helene Weber, unverzeichnet, Gedicht vom 26. Juni 1944. Weber unterzeichnete ihre Gedichte gelegentlich mit der lateinischen Version ihres Namens.

sieben Mitgliedern aus diesem Gremium herausbildete, beteiligte sie sich selbstverständlich an dessen Arbeit.<sup>309</sup>

Wieder wurde ihr Rat von der neuen Generalsekretärin Dr. Gertrud Ehrle dringend erbeten.<sup>310</sup> Ihren Wohnort hatte sie 1945 nach Essen in das Frauenbundhaus verlegt, dessen Leitung sie ebenfalls übernahm. Inhaltlich knüpfte die Arbeit nahtlos an die Weimarer Zeit an, die staatsbürgerliche Bildung und geistige Beeinflussung der katholischen Frauen im sogenannten „vopolitischen Raum“<sup>311</sup> waren der hauptsächliche Arbeitsinhalt des KDFB.<sup>312</sup> Im Bereich des Politischen war die CDU an die Stelle des Zentrums getreten; es bestand eine enge personelle Verzahnung der KDFB-Spitze mit den Leitungsgremien der nun ökumenisch ausgerichteten christlichen Partei.<sup>313</sup> Wieder knüpfte Helene Weber an ihre früheren Wahlempfehlungen an, indem sie die katholischen Frauen durch politische Schulungen zu einem Bekenntnis zu einer christlichen Politik befähigen wollte.<sup>314</sup> Als Hauptaufgabe der Frau sah sie den „religiösen und geistigen Kampf gegen Materialismus und Bolschewismus, gegen den Götzen Technik und gegen falsche Gleichschaltung.“<sup>315</sup>

Helene Weber lag trotz ihrer tiefen Verwurzelung im katholischen Glauben konfessionelle Engstirnigkeit fern. Aus politischem Pragmatismus bemühte sie sich mehrfach um die überkonfessionelle Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.<sup>316</sup> Im demokratischen Neubeginn nach dem Ende des Nationalsozialismus mahnte sie mehrfach die Einbeziehung evangelischer Kandidaten entsprechend der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung an.<sup>317</sup> So engagierte sie sich folgerichtig für die Gründung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei und nicht für die Wiederbegründung der alten Zentrumspartei, die am Ende der Weimarer Republik nur noch ein Drittel der katholischen Bevölkerung angesprochen hatte.<sup>318</sup> Im Frauenbund

<sup>309</sup> Diese Gruppe nannte sich künftig „Siebenerkreis“ oder „Führungsrat“ und tagte zwischen den eigentlichen Zentralvorstandssitzungen. Vgl. dazu Archiv KDFB, 1-115-7, Vorstand 1949–1950. Der „Siebenerkreis“ trat erstmals am 4. Februar 1950 zusammen.

<sup>310</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-5-4, Korrespondenz des Vorstandes mit Weber 1940–1950, Schreiben von Gertrud Ehrle vom 20. September und 5. November 1947.

<sup>311</sup> Holz, Petra, CDU-Politikerinnen und KDFB – Kontinuitäten und Neuansätze, in: Muschiol, Katholikinnen, 315–331, 319.

<sup>312</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115,-7 Zentralvorstand 1949–1950, Helene Weber im Protokoll der Vorstandssitzung vom 2./03. Oktober 1949.

<sup>313</sup> Vgl. Holz, CDU-Politikerinnen, 317–321. Im 1951 gegründeten Bundesfrauenausschuss der CDU, der späteren Frauen-Union, achtete man auf eine konfessionell paritätische Leitung, wenngleich die größere Nähe der CDU zum Katholizismus in den ersten Jahren der Bundesrepublik nicht zu übersehen ist.

<sup>314</sup> Vgl. Weber, Helene, Die neue Verantwortung der katholischen Frau, in: Frauenland 32 (1948/49) 67.

<sup>315</sup> Dies., Gegenwartsfragen, in: Alice Scherer (Hg.), Die Frau. Wesen und Aufgaben, Freiburg 1951, 197–198, 198.

<sup>316</sup> Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 310. Weber hatte sich bereits in der Weimarer Republik um den Zusammenschluss der Verbände der katholischen und evangelischen Fürsorgerinnen bemüht und sich im Paritätischen Ausschuss des Reichstages für die Beseitigung der konfessionellen Ungleichheit bei der Besetzung von Beamtenstellen eingesetzt.

<sup>317</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-134-6, Nachlass Weber, Schreiben von Helene Weber an Jakob Kaiser, Königswinter vom 30. Mai 1949.

<sup>318</sup> Vgl. Lauterer, Parlamentarierinnen, 310f.

konnte sich eine inter- und überkonfessionelle Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen nach wie vor nicht durchsetzen, da der Vorstand wegen der Verschiedenheit der Weltanschauung ein Zusammengehen in entscheidenden Fragen ausschloss.<sup>319</sup>

Die stärkste Herausforderung bestand in dem veränderten Selbstverständnis eines Teils der Frauen in der Nachkriegsgesellschaft, das in der katholischen Kirche immer noch „auf ein naturrechtlich festgeschriebenes Rollenverständnis der Frau als Mutter und auf ein theologisch begründetes Verständnis der Unterordnung der Frau unter den Mann“<sup>320</sup> traf. Die Berufstätigkeit von Müttern wurde nach wie vor als Gefahr für die Familie angesehen. Erst zu Beginn der 60er Jahre betrachteten auch breitere katholische Kreise die Frauenarbeit nicht mehr als Notbehelf, sondern als Teil der weiblichen Persönlichkeitsentfaltung.<sup>321</sup>

„Aus dem Selbstbewußtsein heraus die eigentliche geistige Gegenmacht zum Nationalsozialismus dargestellt zu haben, fühlte man sich zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung auf christlicher Grundlage nicht nur in besonderer Weise legitimiert, sondern geradezu verpflichtet.“<sup>322</sup> Insbesondere Geistliche betrachteten die Forderung nach „Verchristlichung“ von Gesellschaft und Staat durchaus nicht als utopisch und knüpften daran romantische Hoffnungen auf eine Renaissance des christlichen Abendlandes.<sup>323</sup> Demzufolge unterstützten sie besonders die in der Zeit des Nationalsozialismus entwickelten Organisationsstrukturen des Laienkatholizismus, die sich eng an die Gemeinde- und Diözesanstruktur anlehnten, und versuchten auch, die wenigen noch bestehenden Verbände „dem hierarchischen Prinzip der Katholischen Aktion“ zu unterstellen.<sup>324</sup> Erst die im Zweiten Vatikanischen Konzil zugestandene „Eigenständigkeit der innerweltlichen Sachbereiche“ brachte hier ein Umdenken und ermöglichte subjektive Entscheidungen des Einzelnen.<sup>325</sup> Wesentlich später rückte die katholische Kirche endgültig von ihrem Anspruch auf religiöse Legitimierung des

<sup>319</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115-7, Zentralvorstand 1949–1950: Beschluss des Zentralvorstandes vom 28./29.5.1947 über die Zusammenarbeit mit anderen Frauenorganisationen. Die Einzelmitgliedschaft von Frauenbundsmitgliedern in anderen Organisationen wurde deren Gewissensentscheidung überlassen.

<sup>320</sup> Rölli-Alkemper, Lukas, Familie im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 89) Paderborn u.a. 2000, 130. In vorkonziliarer Zeit wandelte sich das ahistorisch aufgefasste katholische „Gottesrecht“ erst allmählich zu einem von der Person her gedachten autonomen „Menschenrecht“, so dass Helene Weber hier durchaus „ein Kind ihrer Zeit“ war. Vgl. dazu: Uertz, Rudolf, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965) (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft 25) Paderborn 2005.

<sup>321</sup> Vgl. Rölli-Alkemper, Familie im Wiederaufbau, 130.

<sup>322</sup> Grossmann, Kirche, 27.

<sup>323</sup> Vgl. Ebd., 28. Auch Helene Weber beschwor den Mythos des christlichen Abendlandes. 1950 schrieb sie: „Dieses stark verkleinerte Deutschland [...] liegt an der Grenze Europas und trägt nicht nur sein eigenes Schicksal, sondern auch das der anderen europäischen Staaten. Die christlich-abendländische Kultur wird ein gigantisches Ringen zu bestehen haben.“ Weber, Helene, Die Frau im politischen Wandel unserer Zeit, in: Katholische Frauenbildung 51 (1950) 132–135, 133.

<sup>324</sup> Grossmann, Kirche, 32. Insbesondere die vielerorts entstandenen Katholikenausschüsse verstanden sich als Teil der Katholischen Aktion. Ihr größter Förderer wurde Prälat Wilhelm Böhler, Kölner Domkapitular und Berater von Kardinal Frings.

<sup>325</sup> Ebd., 507.



Staates ab, etwa wenn Kardinal Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., im Jahr 2004 in einem Streitgespräch mit Jürgen Habermas vom „stumpf gewordenen Instrument des Naturrechts“ spricht und an seine Stelle dessen neuzeitlichen Niederschlag, die Menschenrechte, setzt.<sup>326</sup> Diese Entwicklung vollzog sich jedoch erst nach dem Tod Helene Webers und erklärt ihr Festhalten an einem fundamentalistischen Politikverständnis. Insofern ist ihr Denken und Handeln noch nicht von der konziliaren Öffnung der Kirche zur Gesellschaft hin geprägt, was insbesondere in den Ausführungen über die Auseinandersetzungen bei der Neuordnung des Familienrechtes deutlich werden wird.<sup>327</sup>

Wie bereits angesprochen nahmen sie und die meisten Mitglieder des Bundesvorstandes nach dem Krieg das traditionelle Frauenbild trotz konträrer Lebenswirklichkeit wieder auf, sei es im Kampf gegen die rechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder oder gegen eine Erneuerung des Eherechtes.<sup>328</sup> Zunehmend übernahm Weber, salopp formuliert, die Rolle eines ‚alten Schlachtrosses‘ für den Katholizismus.<sup>329</sup> „Für die jüngere Generation der CDU-Frauen war sie [...] eine ‚Figur aus dem 19. Jahrhundert‘, was nicht nur der Realität entsprach, sondern offenbar abwertend gemeint war.“<sup>330</sup> Wiederholt mahnte Helene Weber die Prinzipienfestigkeit der katholischen Auffassungen an und trauerte den Zeiten unter Hedwig Dransfelds Leitung nach, als es noch „klare und entschiedene Stellungnahmen zu den zeitbedingten Problemen gab.“<sup>331</sup> Kern der frauenpolitischen Linie des KDFFB unter Webers Führung war nach wie vor das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“, das die gesellschaftspolitische Partizipation der Frauen mit ihrem besonderen Kulturauftrag als Frau und Mutter begründete.<sup>332</sup> Nicht die formale Gleichheit, sondern die Gleichwertigkeit und Differenz der Geschlechterrollen bildeten den Ausgangspunkt der frauenpolitischen Überlegungen. Diese Theorie der Differenz hatte, zumindest für Helene Weber, den weitgehenden Ausschluss verheirateter Frauen mit Kindern von der politischen Arbeit zur Folge und erweist sich im Rückblick als Emanzipationsfalle. Ihre Forderungen und Bemühungen um die berufliche Ausbildung und Besserstellung der Frau bezogen sich ausdrücklich nur auf Ledige, deren „gesellschaftliche Pariastellung“<sup>333</sup> sie zu verbessern bemüht war.

Im Vorstand des KDFFB vermisste man zunehmend die Mitarbeit der jüngeren Generation und erwog eine andere Art der „Ansprache“,<sup>334</sup> ohne diesen Überlegungen

<sup>326</sup> Habermas, Jürgen/Ratzinger, Joseph, *Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion*. Mit einem Vorwort hg. von Florian Schuller, Freiburg/Basel/Wien 2005, 50f.

<sup>327</sup> In diesem Punkt ist Elisabeth Prégardier zu widersprechen, die schrieb: „Helene Weber hat zwar vor dem Konzil gelebt, aber sie war kein vorkonziliarer Mensch.“ Prégardier, Weber, 187.

<sup>328</sup> Vgl. die Programmatischen Aussagen von Christine Teusch in: Lauterer, *Parlamentarierinnen*, 311f.

<sup>329</sup> Zu Helene Weber als Vertreterin „genereller katholischer Interessen“ vgl. Holz, *CDU-Politikerinnen*, 321.

<sup>330</sup> Ebd., 319. Das interne Zitat stammt von der jüngeren Politikerin Gabriele Strecker.

<sup>331</sup> Archiv KDFFB, 1-115-7, Vorstand 1949–1950, Protokoll der Vorstandssitzung 12./13.03 1950, 1.

<sup>332</sup> Holz, *CDU-Politikerinnen*, 316.

<sup>333</sup> Sack, *Religiöse Bindung*, 12. Dort auch weitere Ausführungen zum Differenzmodell.

<sup>334</sup> Archiv KDFFB, 1-115-7, Zentralvorstand 1949-50, Gerta Krabbel im Vorstandsprotokoll vom 15./16. Januar 1949, 1.

jedoch Taten folgen zu lassen. In der CDU fühlte sich die jüngere Frauengeneration von den älteren Politikerinnen zurückgedrängt.<sup>335</sup>

Helene Webers Festhalten an naturrechtlichen Positionen aus religiöser Perspektive und an einem starren katholischen Ordnungsdenken brachte sie zu Beginn der 50er Jahre in Gegensatz zu einigen Vorstandsmitgliedern des KDFB.<sup>336</sup> Bereits im Parlamentarischen Rat hatte sie gemeinsam mit katholischen Mitstreitern versucht, die Aufnahme des Gleichberechtigungsgrundsatzes zwischen Mann und Frau zu verhindern.<sup>337</sup> Im Gesetzgebungsverfahren zum Gleichberechtigungsgesetz brachen die alten Konflikte erneut auf. In den langjährigen Beratungen ab 1951 ging es um die Anpassung des Familienrechtes an die Gleichberechtigungsnormen des Grundgesetzes, insbesondere um § 1354, in dem das innereheliche Entscheidungsrecht dem Mann zugesprochen wurde. In einer breiten gesellschaftlichen Diskussion hatte sich jedoch herausgestellt, „daß grundlegende Normen des traditionellen, patriarchalischen Familienleitbildes ihre allgemeine Anerkennung verloren hatten.“<sup>338</sup> Der KDFB hatte bereits 1949 einen aus 75 Personen bestehenden Arbeitskreis zu Fragen der Ehe- und Familienrechtsreform einberufen, an dessen Arbeit auch externe Juristen, Theologen und Kirchenrechtler beteiligt waren.<sup>339</sup> Helene Weber, der von Petra Holz eine „Schlüsselstellung bei den Beratungen zur Familienrechtsreform“ zugeschrieben wird, leitete dort die Diskussion zum Recht des unehelichen Kindes, hielt sich aber offensichtlich mit dogmatischen Meinungsäußerungen zurück.<sup>340</sup> Von der Leiterin des gesamten Kreises, der Kölner Notarin Maria Krauß-Flatten, wurden insbesondere das offene Gesprächsklima und die eingehende Diskussion gegensätzlicher Meinungen hervorgehoben. Im Ergebnis der Beratungen wurden im März 1951 zehn Leitsätze verabschiedet, die zwar am Bestand der Familie als oberste Prämisse festhielten, aber auf die Normierung der innerehelichen Entscheidungsgewalt ausdrücklich verzichteten. Dies rief nun wiederum die katholische Kirchenführung auf den Plan. Konservative Theologen forderten vom Leiter des Katholischen Büros in Bonn, Prälat Böhler, und von Kardinal Frings die Einsetzung eines neuen Gremiums, obwohl die Leitsätze nicht veröffentlicht und eine

<sup>335</sup> Vgl. Holz, CDU-Politikerinnen, 325.

<sup>336</sup> Nach Fertigstellung des Manuskriptes hat Regina Illemann die Rolle des KDFB in der Reform des Ehe- und Familienrechtes neu bearbeitet und eingehend untersucht und dabei die Darstellung Rölly-*Alkemper* relativiert und in einzelnen Punkten korrigiert. Für den vorliegenden Aufsatz konnten ihre Ergebnisse nicht mehr nachträglich berücksichtigt werden. Es sei aber ausdrücklich darauf verwiesen. Vgl. Illemann, Regina, „Zum Wohl der Kirche und des Volkes“ Der Katholische Deutsche Frauenbund zwischen Krieg und Konzil (1945–1962), erscheint 2014.

<sup>337</sup> Vgl. Rölly-*Alkemper*, Familie im Wiederaufbau, 537. Diese Bemühungen wurden aus wahltaktischen Überlegungen eingestellt. Durch den grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie sah man die kirchlichen Positionen ausreichend gesichert.

<sup>338</sup> Ebd., 538. Dort wird das gesamte Gesetzgebungsverfahren und die Diskussion in verschiedenen Gremien ausführlich dargestellt. Vgl. auch: Müller-List, Gabriele, Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957, Düsseldorf 1996, sowie Rahden, Till van, Demokratie und väterliche Autorität. Das Karlsruher "Stichtentscheid"-Urteil von 1959 in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History Online-Ausgabe 2 (2005) <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Rahden-2-2005>; eingesehen 8. Mai 2012.

<sup>339</sup> Vgl. Rölly-*Alkemper*, Familie im Wiederaufbau, 539f.

<sup>340</sup> Holz, CDU-Politikerinnen, 323.

entsprechende Stellungnahme des KDfB nach außen nicht abgegeben worden war. Dem neuen „Arbeitskreis Ehe- und Familienrechtsreform“ gehörten neben Helene Weber Geistliche, Juristen und weitere Vertreterinnen der Frauenverbände an.<sup>341</sup> „Der Frankfurter Jesuit Johannes Kirschmann und Helene Weber vertraten anfänglich aus Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse eine großzügige Linie in Bezug auf die Abschaffung des innerehelichen Entscheidungsrechtes des Mannes.“<sup>342</sup> Unter Berufung auf das religiöse Naturrecht und die göttliche Offenbarung setzten sich jedoch die konservativen Kräfte durch, eine entsprechende Stellungnahme wurde erarbeitet, an der Helene Weber aber kaum beteiligt war. Liberale Kräfte wurden zu den künftigen Sitzungen des Arbeitskreises nicht mehr eingeladen. Nachdem die Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb des katholischen Lagers zu Gunsten der konservativen Kräfte offensichtlich geworden war, schwenkte auch Helene Weber auf diese Linie ein. Mehr als wenige, vorsichtige Meinungsäußerungen im Rahmen eines nicht öffentlichen Arbeitskreises wagte sie nicht. Sobald die Amtskirche ihre Meinung gefasst und formuliert hatte, machte Helene Weber sich diese Auffassungen zu eigen und vertrat sie nicht nur vehement in der Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb des Frauenbundes. Dabei nahm sie in Kauf, dass sich der Frauenbund „bei einem Teil seiner Klientel isoliert[e]“. <sup>343</sup> Der in der Folgezeit von den Bischöfen ausgeübte Druck auf Abweichler innerhalb des Katholizismus<sup>344</sup> wurde insbesondere von Helene Weber innerhalb des Frauenbundes weitergegeben. Sie kommentierte einen Brief von Josepha Fischer-Erling an die Bundesgeschäftsführung der CDU vom Oktober 1952, in dem diese sich über die mangelnde Diskussion im katholischen Lager beschwert hatte, als „nach Inhalt und Form unmöglichen Brief“. <sup>345</sup> Eine Abschrift davon leitete sie an Prälat Böhler mit dem Kommentar weiter, „[e]s sei notwendig, daß bestimmte katholische Stellen nachdrücklich ihre Meinung auch öffentlich äußern müßten. Es scheint, daß die Denkschrift der Bischöfe und Frauenverbände nicht ausreicht.“<sup>346</sup>

Diese offizielle Stellungnahme der katholischen Frauenverbände war von den Professoren Hirschmann, Ermecke und Bosch vorbereitet und von der Vorsitzenden des Frauenbundes Gerta Krabbel und von Helene Weber als Vertreterin des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen im Januar 1952 veröffentlicht worden.<sup>347</sup>

<sup>341</sup> Vgl. die genaue Zusammensetzung bei *Rölli-Alkemper*, Familie im Wiederaufbau, 544.

<sup>342</sup> Ebd., 545.

<sup>343</sup> *Holz*, CDU-Politikerinnen, 324.

<sup>344</sup> Vgl. dazu *Rölli-Alkemper*, Familie im Wiederaufbau, 555f. Die von der offiziellen katholischen Lehre abweichenden Stellungnahmen verschiedener Gremien hatten in der Öffentlichkeit zu dem Vorwurf geführt, die Kirchenführung vertrete nicht den Standpunkt der Mehrheit der katholischen Bevölkerung. Vgl. dazu auch: *Weichlein, Siegfried*, Sattelzeit der Milieuerosion. Die deutschen Katholiken in den 1950er Jahren, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 50 (2003) 54-58.

<sup>345</sup> *Rölli-Alkemper*, Familie im Wiederaufbau, 557. Frau Fischer-Erling äußerte auch die Ansicht, dass die entscheidenden Sitzungen in den Frauenverbänden nur für solche Frauen zugänglich gewesen seien, die die offizielle Meinung teilten. Ein beträchtlicher Teil der betroffenen Frauen habe sich dagegen heftigst gewehrt.

<sup>346</sup> Ebd. Helene Weber war auch an der Ausarbeitung des Hirtenbriefes der Bischöfe beteiligt, der die Auffassung des Episkopats zum Entscheidungsrecht des Mannes zur verpflichtenden Haltung aller Katholiken und damit zur Glaubensfrage erklärte.

<sup>347</sup> Vgl. Ebd., 552. Für den katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder hatte Elisabeth Zillken unterschrieben.

Darin wünschten sie zwar ausdrücklich die gütliche Einigung bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Ehe, beharrten im Falle der Uneinigkeit aber auf dem Entscheidungsrecht des Mannes. Damit rückten sie ausdrücklich von den Leitsätzen des Arbeitskreises von Frau Krauß-Flatten ab. Dieses Vorgehen wog umso schwerer, als die Stellungnahme im Frauenbund nicht diskutiert worden war. So mussten sich die liberaleren Kräfte übergangen fühlen, was zu heftigen internen Diskussionen und zu Gegenerklärungen führte. Ganze Landesverbände des KDFB und die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Frauenorganisationen in Frankfurt, deren Leiterin Marianne Dirks zugleich die Präsidentin der katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften Deutschlands war, schlossen sich der liberaleren Auffassung an.<sup>348</sup> Im Organ der genannten Gemeinschaft, „Frau und Mutter“, erschienen Artikel mit skeptischen Stellungnahmen zur Beibehaltung des Entscheidungsrechtes des Mannes, so dass die Frauen- und Müttervereine in dieser Frage weit moderner und realitätsnaher waren als Helene Weber.

In einer Vorstandssitzung des KDFB im Januar 1953 kam es zu einer erregten Diskussion um die Reform des Eherechtes, da Helene Weber die beharrende Position der Amtskirche vertrat.<sup>349</sup> In einem Einleitungsreferat betonte sie die grundsätzliche Treue des Frauenbundes zur Lehrmeinung der Kirche. Besonders die Fragen der Familie sollten nach deren Weisungen gesetzlich geregelt werden, „denn über allem Recht steht Gottes Gebot.“ Im Protokoll wurde die Auseinandersetzung nur kurz in der Form erwähnt, dass Pater Hirschmann für den erkrankten geistlichen Beirat Dr. Trotz in „mehrstündigen“ Ausführungen die Stellungnahme der Fuldaer Bischofskonferenz referierte. „Es kam schließlich noch zu einer klärenden Aussprache.“<sup>350</sup> Im Nachgang zu dieser Auseinandersetzung legten zwei „gestandene“ katholische Juristinnen ihr Vorstandsmandat nieder. Es handelte sich dabei um Dr. Josepha Fischer-Erling und Dr. Maria Schlüter-Hermkes.<sup>351</sup> Erstere nannte als Grund die unterschiedliche Lebenseinstellung, die eine gedeihliche Zusammenarbeit mit zwei Damen des Vorstandes unmöglich machte. Als Generationenkonflikt kann diese Auseinandersetzung nicht gelten, da beide etwa im Alter von Helene Weber waren. Vielmehr symbolisiert dieser Rücktritt eine unterschiedliche Entwicklung der ehemaligen ‚Kampfgefährtinnen‘ um die Durchsetzung katholischer Ideale in der Gesellschaft. Während Helene Weber auf ihren Anschauungen beharrte, entwickelten sich Teile der katholischen Frauenbewegung hin zu einem individualisierten Rollenverständnis der Geschlechter.

<sup>348</sup> Die Liste ließe sich beliebig verlängern, vgl. dazu: Ebd., 553.

<sup>349</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115-8, Vorstand 1953, Sitzungsprotokoll vom 31. Januar /01. Februar 1953, Pkt. 5, 1f.

<sup>350</sup> Ebd. Den Hinweis auf die damit zusammenhängenden Auseinandersetzungen verdanke ich Frau Prof. Dr. Theresa Bock, Viersen.

<sup>351</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-140-5, Vorstand 1955, Schreiben von Dr. Fischer-Erling vom 6. Juni 1955. Bereits früher hatte sie die geringe Lebendigkeit der Arbeit in den Zweigvereinen durch „festgefahrene“ hauptberufliche Mitarbeiterinnen gerügt. Vgl. Archiv KDFB, 1-115-7, Vorstandsprotokoll vom 24. November 1950, 3. Dr. Schlüter-Hermkes galt seit den 1920er Jahren als die Expertin für die katholische Ehe im KDFB, sie war später die Vertreterin Deutschlands bei der UNESCO. Ihre zahlreichen Aufsätze wurden in einem Sammelband veröffentlicht: *Schlüter-Hermkes, Maria*, Wiege und Welt. Aufsätze und Reden über Frau, Ehe und Familie, Münster 1950.

Aber auch ein jüngeres Vorstandsmitglied, die bereits genannte Ausschussvorsitzende Frau Dr. Krauß-Flatten, äußerte 1954 ihre Bedenken zum aktuellen Kurs des KDfB, der viele Katholikinnen ihrer Generation nicht den Weg zum Frauenbund finden ließ.<sup>352</sup> Insbesondere die restriktive Haltung zur Berufstätigkeit der verheirateten Frau schreckte die modernen Frauen ab. Weiterhin kritisierte sie die Streitkultur des Vorstandes, in dem andere Überzeugungen nicht genügend geachtet und referiert würden. Die bewährte ‚Front‘ von Dr. Ehrle und Helene Weber übergab diesen Hinweis auf die möglichen Ursachen der schwindenden Resonanz bei der jüngeren Generation und verwies lediglich auf die Diskussionsmöglichkeiten in den Kommissionen. Frau Weber wiederholte zudem ihre mehrfach geäußerte Ansicht, dass nach außen keine Meinung vertreten werden könne, die der kirchlichen Lehre widerspräche.<sup>353</sup> In der gleichen Sitzung berichtete sie über ihre Fahrt nach Fatima zu einer Sitzung der internationalen katholischen Frauenorganisation, deren Botschaft „Demut, Opfer und Gebet“ lautete. Dass damit im Jahr 1954 keine jungen Frauen oder Akademikerinnen mehr begeistert werden konnten, verwundert in der Rückschau nicht.

Helene Weber vertrat ihre Ansichten nicht nur im Frauenbund, sondern auch im Parlament<sup>354</sup> und sie war an der Ausarbeitung des im Januar 1953 in großer Auflage verbreiteten Hirtenbriefes der Bischöfe beteiligt, der die Auffassung des Episkopats zum Entscheidungsrecht des Mannes zur verpflichtenden Haltung für alle Katholiken und damit zur Glaubensfrage erklärte.<sup>355</sup> Damit war es liberalen Katholiken nun nicht mehr möglich, ihre Positionen öffentlich zu vertreten.

Helene Weber ging es neben ihrem grundsätzlichen Beharren auf naturrechtlichem Ordnungsdenken um das Fernhalten des Staates von der Familie, die sich als Keimzelle der Gesellschaft ungestört entwickeln sollte.

Auch die katholische Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ warnte nach dem Fall des Letztentscheidungsrechtes des Mannes durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1959 vor einem Einbruch der ungeeignetsten Instanz, nämlich des Staates, in jenen Bereich, „dessen innere Ordnung und Gesundheit erst den guten Staat als Verband möglichst vieler guter Familien ausmacht“.<sup>356</sup> Die weiteren Ausführungen des Redakteurs gaben fast wortgleich die Ansichten Helene Webers zu diesem Themenkomplex wieder, die sich ebenfalls des Rückhaltes der CDU-geführten Bundesregierung sicher sein konnte.<sup>357</sup> In dem Artikel hieß es: „Das Urteil beruhe auf der abenteuerliche[n] Irrlehre, daß der Staat – repräsentiert vom Vormundschaftsrichter – der legitime Vater- und Mutter-Ersatz sei“, und entspreche insofern „jene[n] wilden

<sup>352</sup> Vgl. Archiv KDfB, 1-115-9, Zentralvorstand 1954, Sitzungsprotokoll vom 13. Februar 1954, 4.

<sup>353</sup> Vgl. Ebd.

<sup>354</sup> Dort äußerte sie am 12.2.1954, dass es heutzutage einen „Löwenmut“ erfordere, als Frau das Letztentscheidungsrecht des Mannes zu verteidigen. Zit. nach: Holz, CDU-Politikerinnen, 331.

<sup>355</sup> Vgl. Rölli-Alkemper, Familie im Wiederaufbau, 558f.

<sup>356</sup> Zit. nach Rahden, Stichentscheid-Urteil, 1.

<sup>357</sup> Konrad Adenauer bezeichnete in seiner Rede zum 50. Bestehen des KDfB in klar antikommunistischer Stoßrichtung die Familie als „vielleicht einzige Möglichkeit, die Vermassung zu verhindern“ und begründete das politische Engagement von Frauen mit ihrer vermittelnden Art und ihrem versöhnlichen Denken. Vgl. Holz, CDU-Politikerinnen, 315.

Anfangszeiten des Sozialismus, als anarchistisch lebende Berufsrevolutionäre sich der Frau gegenüber dadurch entpflichteten, daß sie deren unbeschränkte Freiheit und Gleichheit proklamierten“. Man könne sich leicht vorstellen, „wie vergnügt man sich in der Sowjetzone die Hände über diese formaldemokratische Einebnung der Familie reiben wird“. <sup>358</sup>

Den alten ‚Feind‘ SPD galt es nach Meinung Webers ebenfalls weiter zu bekämpfen, so bei der Arbeit mit Flüchtlingen in Schleswig-Holstein. <sup>359</sup> Ganz im Zeichen des Kalten Krieges regte Helene Weber als Hauptthema des Arbeitskreises „Soziale Fragen“ das Studium des Bolschewismus als besonders dringend an. <sup>360</sup> Nach wie vor gab es Berührungängste gegenüber anderen Weltanschauungen und die Angst, von kirchlichen Stellen des Abweichens von amtskirchlichen Meinungen bezichtigt zu werden. Die Vorsitzende des Jugendbundes des KDFB, Theresa Bock, musste sich für die Themenwahl einiger Jugendveranstaltungen rechtfertigen, in denen es um die Stellungnahme zur damals aktuellen Friedensdiskussion und um Fragen der Ehrechtsreform ging. <sup>361</sup> Als besonders unerhört galt die Arbeit eines Duisburger Kreises, in dem ein evangelischer Theologe über Karl Marx referiert hatte. Der Vorstand des KDFB versuchte seine Jugendorganisation auf seine Linie einzuschwören, „weil in der Öffentlichkeit die Meinung und Stellungnahme Einzelner als Auffassung des Jugendbundes und damit des Frauenbundes angesehen“ werden könnten. <sup>362</sup>

Unauflösbar bleibt die offensichtliche Diskrepanz zwischen Helene Webers eigenem emanzipierten Lebensweg und dem Festhalten an überkommenen dienenden Rollenmustern für Frauen. Hatte sie sich nicht bewusst für die Eigenständigkeit und gegen die Bevormundung durch einen Ehemann entschieden? Die Ausführungen Leos XIII. über die Ehe in der Enzyklika *Arcanum* aus dem Jahr 1880 waren Weber sicher bekannt und mussten auf einen so eigenständigen Charakter abschreckend wirken. Der Papst bekräftigte darin die Autorität des Ehemannes: „Der Mann ist Herr über die Frau: wie Christus der Herr der Kirche ist“, eine Auffassung, die auch von der 1930 erlassenen Enzyklika „*Casti connubii*“ weiterhin propagiert wurde. <sup>363</sup> Dass die Ehe durchaus zu einem Martyrium für die Frau werden konnte, war Helene Weber durch ihre soziale Arbeit bekannt und wurde durch die offiziellen Kirchenstellen nicht bestritten. <sup>364</sup> Andererseits sprach sie in einem Brief einmal von der Einsamkeit als dem

<sup>358</sup> Zit. nach *Rahden*, Stichentscheid-Urteil, 1.

<sup>359</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-136-4, Nachlass Weber, Korrespondenz 1947–1950, Brief Webers vom 4. Juli 1949 an den Bischof von Osnabrück sowie 1-136-5, Zeitungsausschnitte über Reden Webers 1945–1947 mit Beiträgen politisch verschieden ausgerichteter Zeitungen. Weber sah eine große Kampffront in Europa und der Welt, „Christus gegen Anti-Christus“. Ebd., undatierter Ausschnitt aus dem Kirchenboten.

<sup>360</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-115-9, Zentralvorstand 1954, Sitzung des Siebenerkreises vom 11. September 1954.

<sup>361</sup> Vgl. Ebd., Vorstandssitzung vom 31.1./01. Februar 1953, 4. Frau Prof. Dr. Bock wurde später Gründungsrektorin der Kath. Fachhochschule NRW.

<sup>362</sup> Ebd., 4f.

<sup>363</sup> Weiter wurde in der Enzyklika *Arcanum* ausgeführt: „Die Ehefrau soll sich dem Ehemann unterwerfen und ihm gehorchen, nicht in der Art einer Magd, sondern als Gefährtin, das heißt dergestalt, daß sie die Unterwerfung immer noch mit Anstand und Würde leistet.“ Zit. nach: *Giorgio*, Katholisches Modell, 194.

<sup>364</sup> Vgl. Ebd. Es werden Beispiele für die Heiligsprechung von duldsamen Ehefrauen angeführt.

großen Leiden der Berufsfrau, ohne dies jedoch direkt auf sich zu beziehen.<sup>365</sup> Die einzige für Helene Weber akzeptable Frauenrolle war die dienende, doch hatte sie selbst dies in der Zentrumspartei, im Ministerialdienst und in der katholischen Frauenbewegung an so exponierter Stelle getan, dass sie dafür der allseitigen Anerkennung sicher sein und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen konnte. So kompensierte sie ihre selbst gewählte oder nachträglich akzeptierte Ehelosigkeit durch ihr Lebenswerk: „Gebe ich ihm mein ganzes Leben in der tiefsten, unteilbaren Jungfräulichkeit, dann schweigt die Stimme der Sehnsucht nach leiblicher Mutterschaft.“<sup>366</sup>

Zum 75. Geburtstag erteilte Papst Pius XII. Helene Weber den Apostolischen Segen „für ihre weitreichende öffentliche Tätigkeit im Sinn der katholischen Auffassung von Gesellschaft und Staat; für ihr vorbildliches soziales Wirken in der katholischen Frauenwelt; für die fruchtreichste Schöpfung ihres Willens zu sozialer Tat, den Verband Katholischer Fürsorgerinnen.“<sup>367</sup> Offenbar hielt der Vatikan die soziale Arbeit immer noch für bedeutender und der Rolle der Frau in der katholischen Kirche angemessener als ihre weitreichende politische Tätigkeit, sei es im Frauenbund oder in den Parlamenten, denn letztere Tätigkeit fand im Segenzuspruch keinerlei Erwähnung.

Gegen Ende ihres Lebens übernahm sie immer mehr die Rolle der großen alten Dame der katholischen Frauenbewegung und hielt ihren zumindest emotional „tragfähigen Rücken“ auch gern hin, um die jüngeren Mitglieder zu entlasten und vor Ärger zu bewahren.<sup>368</sup> Gesundheitsbedingt zog sich Helene Weber immer mehr zurück. Ihre Briefe unterzeichnete sie ab 1960 häufig mit „Ihre Eremitin“.<sup>369</sup>

Anlässlich ihres Todes würdigte Kardinal Frings Helene Weber als die „wohl anerkannteste Vorkämpferin einer katholischen Frauenbewegung und unermüdliche Verteidigerin aller katholischen Grundsätze auf dem Gebiet des öffentlichen Lebens.“<sup>370</sup>

## VIII. Zusammenfassung

Helene Weber war eine herausragende Vertreterin eines neuen katholischen Frauentyps, der die zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegebenen neuen universitären Bildungsmöglichkeiten für sich nutzte und in eine selbstbestimmte berufliche und politische Karriere umsetzte. Ab 1918 bekleidete sie einflussreiche Leitungspositionen

<sup>365</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-14-6, Korrespondenz mit Einzelpersonen L-Z 1933–1935, Brief von Helene Weber an Antonie Hopmann vom 30. November 1934.

<sup>366</sup> Archiv KDFB, 1-150-1, Nachlaß Weber, Manuskripte und Artikel 1920–1959, hier: Manuskript „Frauenberuf und Frauenberufung“, 5.

<sup>367</sup> Katholische Sozialarbeit. Mitteilungen des Berufsverbandes Katholischer Fürsorgerinnen und des Berufsverbandes Katholischer Sozialarbeiter 8 (1956) 22.

<sup>368</sup> Vgl. Archiv KDFB, 1-135-4, Nachlass Weber, Korrespondenz 1910–1962, Schreiben von Helene Weber an Gertrud Ehrle vom 13. Mai 1961.

<sup>369</sup> Archiv KDFB, Materialsammlung Helene Weber, Briefe von Helene Weber an Frau Herberger 1960.

<sup>370</sup> Zit. nach: Lenz, *Marlene*, Helene Weber. Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Helene Weber, Köln 1981, 1.

im Vorstand des Katholischen Deutschen Frauenbundes, des Hauptträgers der katholischen Frauenbewegung. Er verstand sich als katholischer Zweig der bürgerlichen Frauenbewegung, die ihren Zenit zu diesem Zeitpunkt bereits überschritten hatte, da ihre wesentlichsten politischen Forderungen sich mit der Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes für die weibliche Bevölkerung erfüllt hatten. Helene Weber hielt die Notwendigkeit der weiteren Arbeit als explizit katholische Organisation dagegen, da sie die von Liebe und sittlicher Verantwortung getragene Frauengemeinschaft als Teil „der großen Heilsgemeinschaft der Kirche“<sup>371</sup> betrachtete. Sie sah in dieser Bewegung ein Instrument der religiösen Vertiefung und zugleich der staatsbürgerlichen und sozialen Bildung der katholischen Frauen und Mädchen sowie ein Forum für die Begegnung der nach jungfräulichem Ideal lebenden Berufsfrau mit der Familienmutter.<sup>372</sup> Tief in der katholischen Mystik und Volksfrömmigkeit verwurzelt, war sie dabei von missionarischem Eifer beseelt und strebte eine Rekatholisierung der zunehmend säkularisierten Gesellschaft und die „Überbrückung der Klassengegensätze aller Schichten“<sup>373</sup> insbesondere durch Agitation gegen die Sozialdemokratie und den aufklärerischen Rationalismus an. Die konkrete äußere Form ihrer frauenpolitischen Aktivitäten der 1920er Jahre ist ein beredtes Beispiel für den von Ernst Bloch als Kennzeichen der klassischen Moderne eingeführten Begriff der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“.<sup>374</sup> So bediente sie sich versiert der neuen Massenmedien wie etwa der Zeitschriften und des Radios, um ihre Ideen einem breiten Publikum bekannt zu machen. Gleichzeitig lehnte sie die gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen moderner Lebensweisen und insbesondere den großstädtischen Lebensstil kategorisch ab.

Helene Webers Beitrag zur katholischen Frauenbewegung bestand weniger in der konkreten Aktion im ‚Tagesgeschäft‘, sondern vielmehr in der Rolle der erfahrenen und leitenden Mentorin und als Multiplikatorin ihrer Ideen bei zahlreichen Auftritten als Rednerin und durch ihre publizistische Tätigkeit. Ihr politisches Machtbewusstsein offenbarte sie, indem sie mehrmals die ihr angetragene Funktion der hauptamtlichen Vorsitzenden des Bundes ablehnte, konnte sie doch als katholische Politikerin auf Reichsebene wesentlich mehr Einfluss ausüben. Sie war eine begnadete Netzwerkerin, die die Verbindung von KDFB und katholischen berufsständischen Organisationen zum Parlament, zur Zentrumsparlei und der Ministerialverwaltung knüpfte und dort Einfluss im Sinne der katholischen Frauenbewegung nahm. Gleichzeitig versuchte sie innerhalb des Bundes ihre Vorstellungen von religiös motivierter, frauenspezifischer politischer Arbeit umzusetzen, was ihr ab Mitte der 1920er Jahre zunehmend weniger gelang. Ihre diesbezüglichen Aktivitäten verlagerten sich ab 1925 zum Reichsfrauenbeirat der Zentrumsparlei, dessen Vorsitzende sie war. Sie entfernte sich politisch vom Frauenbund in Richtung Politik auf oberster Reichsebene und vor allem hin zur

<sup>371</sup> Helene Weber, Referat „Gemeinschaftsgedanke und Gemeinschaftsdienst“ auf der VIII. Generalversammlung, in: Archiv KDFB, 1-37-5, Generalversammlung 1921, 9.

<sup>372</sup> Vgl. Ebd., 14.

<sup>373</sup> Ebd., 12.

<sup>374</sup> Bloch, Ernst, Erbschaft dieser Zeit, Zürich 1935.



öffentlichen Wohlfahrtspflege. Beim KDFB vermisste sie die aktive ideelle Unterstützung der weiblichen Parlamentarierinnen und eine tiefere geistige Durchdringung der kulturellen und politischen Probleme ihrer Zeit. Auch ihr Wirken als „Lehrmeisterin der politischen Bildung“<sup>375</sup> fand bei katholischen Frauen weniger Resonanz als erhofft. Für Helene Weber war der KDFB nun nicht mehr vorrangig der Ort, von dem aus sie ihre frauenpolitischen Anliegen verwirklichen wollte.

Nach 1933 war ihr Ziel der Erhalt des KDFB im nationalsozialistischen System und nicht aktiver Widerstand gegen dessen Übergriffe. Sie propagierte den Rückzug in die ‚Innerlichkeit‘ und förderte die Beschäftigung mit mittelalterlichen Heiligengestalten als Identifikationsfiguren. Hauptsächlich ihrer Integrations- und Organisationskraft verdankte der Frauenbund sein Überleben in der Zeit der Bedrohung.

In der Nachkriegszeit verfocht Helene Weber weiterhin das traditionelle katholische Frauenbild, das in Gegensatz zur Lebenswirklichkeit in der Bundesrepublik geriet, und blieb religiös-naturrechtlichen Positionen verhaftet. Innerhalb des KDFB führte ihr Beharren auf amtskirchlichen Positionen insbesondere bei den Auseinandersetzungen um die Neuordnung des Familienrechtes zu erheblichen Spannungen. Mit ihrer strikt kirchentreuen Linie und dem mitunter pathetischen Ton ihrer Äußerungen polarisierte Weber häufig, statt den Ausgleich divergierender Interessengruppen zu fördern. Indem sie versuchte, durch Einflussnahme auf das Gesetzgebungsverfahren quasi das „Rad der Geschichte“ zurück zu drehen, verschoben sich ihre politischen Ansichten immer mehr von reformkonservativem zu reaktionärem Gedankengut.

Letztlich unauflöslich bleibt der Grundwiderspruch ihres Lebens zwischen dem eigenen, scheinbar emanzipierten Lebensentwurf mit beruflicher und persönlicher Selbstbestimmung auf der einen, sowie der Propagierung eines streng katholischen, rein dienenden Frauenbildes auf der anderen Seite.

Im persönlichen Umgang wurde sie stets als besonders aufmerksam und herzlich beschrieben, so dass Marlene Lenz in ihrem Nachruf ihren zahlreichen Anhängerinnen und politischen Freunden aus dem Herzen sprach: „So leuchtet aus allem, was über sie gesagt und geschrieben worden ist, das Bild einer guten, warmherzigen, für sich selbst völlig anspruchslosen Frau, die aus tiefer christlicher Überzeugung kommend, sich auch noch für den Geringsten unter ihren Nächsten einsetzte, die keine Verantwortung scheute, ihre Meinung – wenn nötig, mit unbeugsamem Mut – vertrat, die in politischen Sachfragen aber mit großem Wissen, kühler Sachlichkeit und zäher Zielstrebigkeit zu handeln pflegte.“<sup>376</sup>

---

<sup>375</sup> *Prégardier*, Weber, 168.

<sup>376</sup> *Lenz*, Weber 1981, 16.

**Gruppenbild mit Dame(n). Fotografische Darstellungen der  
Politikerin Helene Weber in deutschen Printmedien 1919–  
1933 und 1949–1962**

*von Katrin Schubert*

|                                                                                                                                                                      |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Fragestellung, Quellenlage und Methode.....                                                                                                                       | 180 |
| II. Ergebnis der Analyse für den Erhebungszeitraum 1919–1933 .....                                                                                                   | 184 |
| II.1. Helene Weber und andere Politikerinnen in den Illustrierten<br>Zeitschriften.....                                                                              | 184 |
| II.2. Beispielanalyse: Illustrierte Zeitung Leipzig .....                                                                                                            | 186 |
| II.3. Die Bilder 1919-33 in der Einzelanalyse.....                                                                                                                   | 189 |
| III. Ergebnis der Analyse für den Erhebungszeitraum 1949–1962 .....                                                                                                  | 193 |
| III.1. Quellen .....                                                                                                                                                 | 193 |
| III.2. Ergebnisse Archiv des Bundespresseamts .....                                                                                                                  | 194 |
| III.3. Ergebnisse <i>Der Spiegel</i> .....                                                                                                                           | 195 |
| III.4. Ergebnisse des Vergleichs der Bildfunde Helene Weber – Elisabeth<br>Schwarzhaupt - Annemarie Renger im Nachrichtenmagazin <i>Der Spiegel</i><br>1949–62 ..... | 197 |
| III.5. Ein Kreis schließt sich.....                                                                                                                                  | 199 |
| IV. Schlussbetrachtung.....                                                                                                                                          | 199 |
| Anhang–Bildmaterial .....                                                                                                                                            | 202 |

Die Politikerin und katholische Frauenrechtlerin Helene Weber (1881–1962), eine der herausragenden Persönlichkeiten der katholischen Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts, ist eine der Verfassungsmütter beider deutscher Verfassungen. Als Mitbegründerin und erste Direktorin der 1916 eröffneten „Sozialen Frauenschule des Katholischen Frauenbundes Deutschland“ in Köln (heute Katholische Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen), als Initiatorin der Frauenorganisation innerhalb der Zentrumspartei und später der CDU, als Europäerin und als ‚Friedensaktivistin‘ hat sie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens wegweisende Entscheidungen mit vorbereitet. Die vorliegende Untersuchung analysiert die fotografische Darstellung Helene Webers in deutschen Printmedien der Weimarer Zeit (1919–1933) und der frühen Bundesrepublik Deutschland (ab 1949). Der Untersuchungszeitraum endet mit dem Jahr 1962, dem Sterbejahr Helene Webers.

## I. Fragestellung, Quellenlage und Methode

Die Untersuchung befasst sich mit der Frage, inwieweit und in welcher Form die Bildberichterstattung ausgewählter Printmedien der Weimarer Republik und der frühen BRD ein Bild der Politikerin Helene Weber zeichnet, deren gesellschaftliches und politisches Wirken sie zu einer maßgeblichen Person der Zeitgeschichte machte<sup>1</sup>: Sie war Mitglied der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung (1919–1920), Mitglied des Preußischen Landtages (1922–1924), Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei (1924–1933), in dieser Zeit auch Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium (1920–1933) und von 1949–1962 als Abgeordnete der CDU Mitglied des Deutschen Bundestages. Ihr soziales Engagement lag schwerpunktmäßig auf den Feldern der Sozial- und Frauenpolitik: So wirkte sie u.a. als Gründerin und Vorsitzende des Vereins der katholischen Sozialbeamtinnen (1916), als Mitbegründerin und erste Direktorin der Sozialen Frauenschule des KDfB in Köln (1916), als Vorsitzende der Kommission für staatsbürgerliche Bildung des KDfB (1920–1932) und als Stellvertretende Vorsitzende des KDfB (1923).

Diese Untersuchung hat ein doppeltes Ziel: Sie will zum einen für die genannten Zeiträume quantitativ erfassen, welche Fotografien Helene Webers wo veröffentlicht wurden. Angestrebt wird dabei eine weitgehende Sichtung möglicherweise relevanter Quellen. Zum anderen geht sie der qualitativen Frage nach, wie die veröffentlichten Bilder in den jeweiligen zeitgenössischen Medienkontexten zu verorten sind, mithin, wie die empirisch erhobenen Daten zu interpretieren sind.

Die quantitative Analyse geht dabei u.a. den Fragen nach, welche Bilder wo zu finden sind, welche sich durchsetzten, in welchen Kontexten Helene Weber besonders häufig

---

<sup>1</sup> Zu den folgenden biographischen Angaben vgl. Sack, Birgit, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1919/19–1933), Münster u.a. 1998, 421; Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 168f.; Lauterer, Heide-Marie, Zentrums Politikerinnen im „Dritten Reich“. Helene Weber, Christine Teusch und Helene Wessel, in: Gisela Muschiol (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 295–314, 298.

fotografiert wurde und welche dieser Fotografien veröffentlicht wurden, sowie, ob es neben offiziellen Pressefotos aus dem politischen Leben auch veröffentlichte Bilder gibt, die Helene Weber als Privatperson darstellen.

In qualitativer Hinsicht stehen im Mittelpunkt die Fragen danach, welches Frauenbild die ersten Frauen in der deutschen Politik verkörperten, welches Bild unter ihnen Helene Weber verkörperte und auf welches Bild sie von den jeweiligen Medien festgelegt wurde, etwa inwieweit ihre in Texten über sie immer wieder beschriebene große Menschlichkeit Ausdruck findet in den von ihr veröffentlichten Bildern. Um die qualitative Analyse abzurunden, wird der Frage nachgegangen, ob bzw. inwiefern sich die Bilder der Politikerin Helene Weber von den gängigen Darstellungen von Frauen in den damaligen Printmedien unterscheiden.

Für die Sichtung des über Helene Weber veröffentlichten Bildmaterials in den Printmedien der Weimarer Republik und der frühen BRD wurden zwei Zeitabschnitte gewählt: Zum einen sind dies die Jahre 1919–1933, in denen Helene Weber für das Zentrum neben Agnes Neuhaus, Hedwig Dransfeld, Maria Schmitz, Christine Teusch und Marie Zettler Mitglied der verfassungsgebenden Weimarer Nationalversammlung war, und anschließend Abgeordnete des Preußischen Landtags und im Reichstag sowie Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsministerium. Zum anderen sind dies die Jahre 1949–1962, als Helene Weber als Abgeordnete der CDU Mitglied des deutschen Bundestags war. Da die Zentrumsabgeordnete Helene Weber nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Juni 1933 aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium und damit aus dem Staatsdienst entlassen wurde, deshalb 1933–1945 in der katholischen Verbandswelt arbeitete, und während der Nazidiktatur keine Bilder von ihr veröffentlicht wurden, ist dieser Zeitraum von der Daten-Erhebung ausgenommen.<sup>2</sup>

Der geordnete Teil des Nachlasses Helene Webers befindet sich im Institut für Zeitgeschichte, München. Die insgesamt 47 Bände enthalten - in Form von Originalen wie Abschriften – u.a. Unterlagen zum ‚Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge‘, zum Zonenbeirat der britischen Zone und zum Parlamentarischen Rat. Des Weiteren liegt Material zur CDU, zu ihrer Tätigkeit im Bundestag und zum Europarat vor, wobei der Hauptbestand die Jahre 1945–1952 umfasst, dazu kommen einige wenige Dokumente aus den Jahren 1918–1934. Der gesamte Münchner Teil des Nachlasses, so das Ergebnis der Sichtung, besteht ausschließlich aus Textmaterial unterschiedlicher Formen, beinhaltet aber kein für die vorliegende Studie verwertbares Bildmaterial.

Ein zweiter, weitgehend ungeordneter Teil des Nachlasses befindet sich im Archiv des KDFB in Köln. Er enthält zahlreiche persönliche Materialien Helene Webers, ebenso existieren zahlreiche Unterlagen zu ihrem umfangreichen Wirken in der katholischen Verbandsarbeit. Die Sichtung hier ergab keine verwertbaren Hinweise auf presserelevantes Material von bzw. über Helene Weber, lediglich Berichterstattungen über ihren Tod und ihre Beerdigung und eine Sammlung von Nachrufen liegen in lose gesammelter Form vor. Aufgrund des Fehlens verwertbaren Bildmaterials kann

---

<sup>2</sup> Zu Leben und Wirken Helene Webers 1933–1945 vgl. *Lauterer*, Zentrums Politikerinnen.

dementsprechend auch diese Quelle nicht für die vorliegende Untersuchung herangezogen werden.

Im Bildarchiv des KDfB in Köln hingegen befindet sich ein umfangreicher, geordneter und verschlagworteter Bildbestand mit – häufig außerhalb der Verbandspublikationen unveröffentlichten – Fotografien aus dem Kontext der Arbeit des KDfB.<sup>3</sup> Die hier überlieferten Bilder dieser Quelle dienen im Rahmen vorliegender Untersuchung v.a. als Vergleichsmedien zu den in der Presse veröffentlichten Bildern Helene Webers.

Da Helene Weber seit den Jahren der Weimarer Republik eine Person des öffentlichen Lebens war<sup>4</sup>, wurden primär die Printmedien analysiert, die folgende Kriterien erfüllten: überregionales Erscheinen, öffentlich (im Unterschied zu z.B. reinen Verbands- oder Parteinachrichten), das politische Geschehen in Berlin (für den ersten Erhebungszeitraum) bzw. in Bonn (für den zweiten Erhebungszeitraum) en detail abbildend, Fotografien enthaltend. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung sind insofern als vorläufig anzusehen, als sie sich in der Analyse auf einige ausgewählte Quellen konzentriert, die obiges Kriterienraster exemplarisch erfüllen: die Illustrierten Wochenzeitschriften für die Weimarer Zeit und das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Für die Zeit der jungen Bundesrepublik werden Abbildungen hinzugezogen, die sich in der Presseauschnittssammlung des Bundespressearchivs finden.

Zwar erfolgte zur Zeit der Weimarer Republik die politische Berichterstattung im Bereich der Printmedien primär anhand von Tageszeitungen, da diese aber in der Regel gar nicht bzw. wenn, dann nur äußerst geringfügig, bebildert waren, schien es für vorliegende Untersuchung Erfolg versprechender, sich auf die sogenannten *Illustrierten Wochenzeitschriften* zu konzentrieren, die im Gegensatz zu den Tageszeitungen eine umfangreiche politische *Bildberichterstattung* enthielten<sup>5</sup>. Die sich vornehmlich an eine bürgerliche Leserschaft richtenden Illustrierten Zeitschriften der Weimarer Republik wurden sowohl im Abonnement als auch über den Straßenverkauf vertrieben.<sup>6</sup> Die Aufhebung des Straßenverkaufsverbots für Zeitschriften 1904 führte zu einer Liberalisierung des Zeitschriftenmarktes und bedeutete zum einen eine Verbreiterung der Leserschaft (Abonnements konnten sich bis dahin nur Großbürger leisten), zum anderen ermöglichte dies nach 1918/19 die Weiterentwicklung der Illustrierten Zeitschriften zu Massenmedien. Die Illustrierten Zeitschriften mit ihrem gleichzeitigen Bildungs- wie Unterhaltungsanspruch erfreuten sich bei den Lesern großer Beliebtheit.

---

<sup>3</sup> Das Bildarchiv des KDfB in Köln verfügt über eine Sammlung von ungefähr 2000 Fotografien, von denen ca. 500 Stück in digitalisierter Form vorliegen. Die Fotografien bilden größtenteils Persönlichkeiten oder Gebäude des KDfB ab.

<sup>4</sup> Vgl. Sack, Birgit, Vertretungen nach eigener Wahl und aus den eigenen Kreisen. Katholischer Frauenbund, Zentrumspartei und Zentrumspolitikerinnen in der Weimarer Republik, in: Muschiol, Katholikinnen, 239-254, 247.

<sup>5</sup> Zum Hintergrund der Illustrierten Zeitschriften in der Weimarer Republik vgl. Marckwardt, Wilhelm, Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen (unter Einschluss einer Bibliographie dieses Pressetypus 1918–1932), München 1982.

<sup>6</sup> Zu Ausrichtung und Bedeutung der Illustrierten Zeitschriften und deren Leserschaft in der Weimarer Republik vgl. Deilmann, Astrid, Bild und Bildung. Fotografische Wissenschafts- und Technikberichterstattung in populären Illustrierten der Weimarer Republik (1919–1932), Osnabrück 2004, 77-89; 103-128.

In den hochwertig aufgemachten, anspruchsvoll ausgestatteten Zeitschriften finden sich u.a. die Ressorts Politik, Literatur, Sport, Kunst und Kultur, Technik, Gesellschaft, Mode und Unterhaltung. Sie heben sich von anderen Druckerzeugnissen insbesondere durch ihre Aufmachung mittels des Zusammenspiels von Text- mit Bildbeiträgen (Zeichnungen und Fotografien) ab.

Als primäre Quellen aus dem Bereich Printmedien für die Zeit der Weimarer Republik wurden für die vorliegende Untersuchung die einzigen drei überregional erscheinenden und darüber hinaus im Bereich des Fotojournalismus führenden Wochenzeitschriften vollständig gesichtet: die unter den deutschen Illustrierten erfolgreichste Zeitschrift, die *Berliner Illustrierte* [sic] *Zeitung*<sup>7</sup>, die ebenfalls auflagenstarke *Münchner Illustrierte Presse*<sup>8</sup> und die traditionsreichste unter den Illustrierten Zeitschriften, die *Illustrierte* [sic] *Zeitung Leipzig*<sup>9</sup>.

Um die Ergebnisse der Sichtung der drei genannten Illustrierten Zeitschriften in Bezug auf fotografische Abbildungen Helene Webers für die Weimarer Zeit bewerten zu können, werden in einer Beispielanalyse der *Illustrierten Zeitung Leipzig* die ermittelten Abbildungen Helene Webers erstens mit entsprechenden Abbildungen anderer Politikerinnen der Weimarer Zeit verglichen. Zweitens wird für die Jahrgänge 1919, 1926 und 1931 dieser Zeitschrift ein systematischer Vergleich zwischen den veröffentlichten Bildern von Politikerinnen und allen anderen fotografischen Darstellungen von Frauen vorgenommen.

Für den Erhebungszeitraum von 1949–1962 wurden primär die Presseauschnitt-Sammlung des Bundespresseamts, Berlin, und die entsprechenden Jahrgänge des politischen Magazins *Der Spiegel* ausgewertet, das im Untersuchungszeitraum als wichtigstes Printmedium überregionaler Bedeutung gelten kann. Um auch die ermittelten fotografischen Abbildungen Helene Webers dieser Zeit besser einordnen zu können, werden sie exemplarisch verglichen mit denen anderer herausragender Politikerinnen: denen Elisabeth Schwarzhaupts (CDU), der ersten deutschen Bundesministerin (1961–1966), und denen Annemarie Rengers (SPD), der ersten Bundestagspräsidentin (1972–1976).

---

<sup>7</sup> Die unter den deutschen Illustrierten Zeitschriften erfolgreichste, im Berliner Großverlag Ullstein bis 1944 erschienene *Berliner Illustrierte* [sic] *Zeitung* erzielte eine Auflagenzahl von bis zu 1.844.000 Exemplaren (1929). Vgl. Ebd., 14f., 70.

<sup>8</sup> Von der 1908–1918 erschienenen *Münchner Illustrierten Zeitung* wurde der Münchner Jungverleger Otto Hirth zur Herausgabe der *Münchner Illustrierten Presse* inspiriert, die ab 1923 und insbesondere ab 1925 zunehmend steigende Auflagezahlen verzeichnete und 1930/31 eine Auflagenhöhe von bis zu 700.000 Exemplaren erzielte. Sie wurde 1945 eingestellt. Vgl. Ebd., 84-93.

<sup>9</sup> Die nach den Vorbildern von englischen und französischen Zeitschriften-Formaten entwickelte *Illustrierte Zeitung Leipzig* war die erste Illustrierte Zeitschrift in Deutschland. Erschienen 1843–1944, gilt sie als Vorbild für alle späteren deutschen Illustrierten Zeitschriften. Vgl. Ebd. 14f., 70.

## II. Ergebnis der Analyse für den Erhebungszeitraum 1919–1933

Als Hintergrund zunächst einigen Hinweise zur Entwicklung des Fotojournalismus‘ in den 1920er Jahren. Der Fotojournalismus in der Zeit der Weimarer Republik erfuhr in den 1920er Jahren einen großen Fortschritt. Ausgelöst von bedeutenden technologischen Entwicklungssprüngen – die Weiterentwicklung drucktechnischer Verfahren und der technische Fortschritt in der Kameraentwicklung von großen schweren Kameraaufbauten hin zu handlicheren Kameras sind hier v.a. zu nennen – erfolgte eine rasante Entwicklung der Fotografie und des Fotojournalismus. Die Neuentwicklung der Leica-Kamera Mitte der 1920er Jahre hatte eine ganz neue Form des Fotojournalismus zur Folge: Diese kleine, leichte, geräuscharme und somit unauffällige Kamera ermöglichte zum einen aufgrund des nunmehr nur noch 24x36 mm großen Filmmaterials kostengünstiges Fotografieren, und zum anderen aufgrund neuer lichtstarker Objektive das Fotografieren auch bei schwierigen Lichtverhältnissen.

Beeinflusst und inspiriert von der künstlerischen Avantgarde, die ein „Neues Sehen“ propagierte, entwickelte die Fotografie gänzlich neue Gattungen. Neben den gängigen photographischen Dokumentationen bzw. der Bildberichterstattung, deren oberste Maxime die möglichst naturgetreue Wiedergabe des Objekts war, entwickelte sich eine sogenannte ‚Fotografie des günstigen Augenblicks‘: Neben der sachlich-naturgetreuen Abbildung werden zunehmend das Miteinbeziehen von Atmosphäre, Stimmung und Ausstrahlung der wiederzugebenden Situation wichtig. Der seit Mitte der 1920er Jahre vermehrt florierende Zeitschriftenmarkt profitierte in vielfacher Hinsicht von diesen Entwicklungen. Neben zahlreichen Tageszeitungen und Wochenzeitschriften, sog. Periodika, erschienen u.a. Magazine, Frauenzeitschriften und Modemagazine.

Hierbei lässt sich in der fotografischen Bildsprache der Illustrierten Zeitschriften einerseits der moderne, lebendige Bildjournalismus der 1920er Jahre erkennen, andererseits aber nach wie vor die Veröffentlichung statisch anmutender Bilder, die oftmals aus den Bildarchiven der Zeitschriftenverlage, aus Privatbesitz oder auch aus den sich in dieser Zeit zunehmend verbreitenden Bildagenturen stammten. Beide Trends finden sich in den Abbildungen Helene Webers, die im Folgenden detailliert formal und aufnahmetechnisch analysiert und im Vergleich mit anderen zeitgenössischen Fotografien vorgestellt werden sollen.

### II.1. Helene Weber und andere Politikerinnen in den Illustrierten Zeitschriften

Die systematische, für den Erhebungszeitraum vollständige Sichtung aller drei genannten Illustrierten Zeitschriften nach fotografischen Abbildungen Helene Webers ergab folgende Ergebnisse:

In der *Berliner Illustrierten Zeitung* und der *Münchner Illustrierten Presse* sind keine fotografischen Abbildungen der Politikerin Helene Weber aufzufinden.



In der *Illustrierten Zeitung Leipzig* wurden Fotografien Helene Webers *drei Mal* veröffentlicht: Im Januar 1919 als weibliches Mitglied der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar (I), im Jahr 1930 anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an sie (II), und im März 1931 anlässlich ihres 50. Geburtstages (III).

(I) Im Zuge der umfangreichen Berichterstattung über die Konstituierung der Weimarer Nationalversammlung erscheint am 20. Februar 1919 ein Gruppenfoto, betitelt mit „Fraktion der Christlichen Volkspartei“, auf dem Helene Weber als eine von 69 Abgeordneten abgebildet und namentlich unter „21. Fr. Weber, Oberlehrerin“ aufgeführt ist.<sup>10</sup>

(II) Eine zweite Abbildung Helene Webers erscheint in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* am 10. Juli 1930 anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an sie. Ihr Konterfei wird untertitelt mit: „Helene Weber, Reichstagsabgeordnete des Zentrums, seit 1921 als Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsamt tätig, erhielt für ihre Verdienste um die Jugendpflege und die soziale Frauenschulung von der Universität Münster den Titel Dr. rer. Pol. Ehrenhalber“.<sup>11</sup>

(III) Unter der Rubrik „Aus aller Welt“ erscheint am 26. März 1931 eine dritte Abbildung Helene Webers in Form eines Brustbildes mit der Bildunterschrift „Dr. e. h. Helene Weber, bedeutende Persönlichkeit des Jugendpflegewesens, Ministerialrätin, Mitglied des Reichstages (Zentrum), feierte am 17. März ihren 50. Geburtstag.“<sup>12</sup>

Insbesondere im Jahr 1919 werden Frauen als Politikerinnen in allen drei untersuchten Zeitschriften ausführlich vorgestellt. Am 26. Januar 1919 werden beispielsweise in der *Berliner Illustrierten Zeitung* „Einige Politische Führerinnen und Führer in der Wahlbewegung“<sup>13</sup> mittels Portraitaufnahmen, die mit Namen und Parteizugehörigkeit unterschrieben sind, dargestellt. Auch die *Illustrierte Zeitung Leipzig* stellt in der Ausgabe vom 13. Februar 1919 anhand von 25 Portraitaufnahmen die „Weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung in Weimar“ in dem dazugehörigen Artikel „Das weibliche Element in der Nationalversammlung“<sup>14</sup> vor. Helene Weber wurde in diesem Zusammenhang erstmals als eines von sechs weiblichen Mitgliedern der „Christlichen Volkspartei“ schriftlich erwähnt, ist allerdings eine von elf weiblichen Abgeordneten, die nicht zu den 25 fotografisch Vorgestellten zählte. Dieser Artikel betont die starke Vertretung von Frauen aus dem KDFB und begründet dies damit, dass es sich hier um Frauen handelt, die gewohnt sind, Führungsaufgaben zu übernehmen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen die Forschungen Birgit Sacks, die den KDFB in der Frühzeit der Weimarer Republik als „Rekrutierungsfeld von Parlamentarierinnen der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei“ beschreibt, eine Bedeutung, die der

<sup>10</sup> *Illustrierte Zeitung Leipzig*, Nr. 3947, Bd. 152, 20. Februar 1919, 5.

<sup>11</sup> *Illustrierte Zeitung Leipzig*, Nr. 4452, Bd. 172, 10. Juli 1930, 62.

<sup>12</sup> *Illustrierte Zeitung Leipzig*, Nr. 4489, Bd. 176, 26. März 1931, 428.

<sup>13</sup> *Berliner Illustrierte Zeitung*, Jg. 28, Nr. 4, 26. Januar 1919, 26.

<sup>14</sup> *Ischenhaeuser, Eliza*, Das weibliche Element in der Nationalversammlung, in: *Illustrierte Zeitung Leipzig*, Nr. 3946, Bd. 152, 13. Februar 1919, 168, 174.

KDFB jedoch „infolge seines neuen ‚unpolitischen‘ Selbstverständnisses und infolge der Zusammensetzung seiner Mitglieder“<sup>15</sup> in den folgenden Jahren zunehmend einbüßt.

In den folgenden Ausgaben der Illustrierten Zeitungen des Jahres 1919 werden immer wieder Politikerinnen erwähnt. Insbesondere die jeweils erstmalige Beteiligung der Frauen, beispielsweise als Rednerinnen in der Nationalversammlung<sup>16</sup> oder als einzige Frau auf dem Rätekongress<sup>17</sup>, finden Beachtung. In den Folgejahren dagegen wird über weibliche Abgeordnete nur noch marginal berichtet: Vorzugsweise in Form von Konterfeis werden die Bilder der Politikerinnen anlässlich von Geburtstagen, Ehrungen oder Ernennungen mit kurzen Textangaben zu ihren Verdiensten veröffentlicht.

Für den Untersuchungszeitraum 1919–1933 werden in den untersuchten Medien genau drei Bilder von Helene Weber veröffentlicht, alle drei in der *Illustrierten Zeitung Leipzig*, eines davon in Form eines Gruppenfotos, die beiden anderen als Portrait. Die Darstellung der Politikerin Helene Weber erfolgt dabei zunächst im Kontext der Auseinandersetzung der Medien mit dem Frauenwahlrecht, der Aufstellung der Kandidatinnen der Parteien zur Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 und schließlich mit der Vorstellung der weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung. Die anderen beiden Bilder Helene Webers, die anlässlich der Verleihung der Doktorwürde und ihres 50. Geburtstages veröffentlicht wurden, lassen sich in den Kontext der kurzen Erwähnungen von Politikerinnen und Politikern bzw. von Personen des öffentlichen Lebens anlässlich einer Ehrung einordnen.

## II.2. Beispielanalyse: Illustrierte Zeitung Leipzig

Für die Jahrgänge 1919, 1926 und 1931 der *Illustrierten Zeitung Leipzig* wurden alle Fotografien von Frauen systematisch erfasst und, insofern sie eindeutig kategorisierbar waren, folgenden Rubriken zugeordnet: Frauen auf Modefotografien, Fotos von Schauspielerinnen/Tänzerinnen, Sportlerinnen, Schriftstellerinnen und Dichterinnen,

sowie Darstellungen von Politikerinnen. Die Auswahl der Rubriken folgt den Themenrubriken der *Illustrierten Zeitung Leipzig*, die, wie bereits erwähnt, sowohl eine umfangreiche politische Bildberichterstattung, wie auch die Ressorts Politik, Literatur, Sport, Kunst und Kultur, Technik, Gesellschaft, Mode und Unterhaltung enthalten.

### Ergebnis der quantitativen Untersuchung

1919:

Die 282 Fotografien, auf denen Frauen abgebildet sind, verteilen sich wie folgt:

|       |                                   |            |
|-------|-----------------------------------|------------|
| 27%   | Fotografien von Schauspielerinnen | (77 Stk.), |
| 15,6% | Modefotografien                   | (44 Stk.), |

<sup>15</sup> Sack, Vertretungen, 247.

<sup>16</sup> Berliner Illustrierte Zeitung, Jg. 28, Nr. 16, 20. April 1919, 123.

<sup>17</sup> Berliner Illustrierte Zeitung, Jg. 28, Nr. 9, 2. März 1919, 67.

|                                                              |            |
|--------------------------------------------------------------|------------|
| 15,2% Fotografien von Politikerinnen                         | (43 Stk.), |
| 9,2% Fotografien von Sportlerinnen                           | (26 Stk.), |
| 3,5% Fotografien von Schriftstellerinnen<br>und Dichterinnen | (10 Stk.), |
| 29,5% andere Kategorien                                      | (82 St.).  |

Hinter dem Begriff „andere Kategorien“ verbergen sich beispielsweise Fotografien von Frauen ohne eine zuordnende Bezeichnung (43 Stk.), von Frauen in Berufen wie Pilotin, Detektivin oder Buchbinderin (12 Stk.), fotografische Darstellungen von Adelligen, wie Kaiserinnen und Königinnen (1 Stk.), Gräfinnen (2 Stk.) und Fürstinnen (3 Stk.), sowie Bezeichnungen der Frauen als „Mutter von ...“ (6 Stk.), oder als „Gattin von...“ (6 Stk.). Am häufigsten werden im Jahrgang 1919 also Schauspielerinnen abgebildet, die Anzahl der Darstellung von Politikerinnen ist dabei fast so hoch wie die der Modefotografien.

1926:

Die 387 Fotografien, auf denen Frauen abgebildet sind, verteilen sich wie folgt:

|                                                              |             |
|--------------------------------------------------------------|-------------|
| 14,2% Fotografien von Schauspielerinnen                      | (55 Stk.),  |
| 49,8% Modefotografien                                        | (193 Stk.), |
| 0% Fotografien von Politikerinnen                            | (0 Stk.),   |
| 4,6% Fotografien von Sportlerinnen                           | (18 Stk.),  |
| 2,3% Fotografien von Schriftstellerinnen<br>und Dichterinnen | (9 Stk.),   |
| 29,1% andere Kategorien                                      | (112 Stk.). |

„Andere Kategorien“ steht hierbei beispielsweise für Fotografien von Frauen ohne eine zuordnende Bezeichnung (31 Stk.), für Frauen in Berufen wie Künstlerinnen (2 Stk.), Wissenschaftlerinnen (1 Stk.) und weiteren Berufen wie beispielsweise Ärztin (1 Stk.), fotografische Darstellungen von Adelligen wie Kaiserinnen und Königinnen (7 Stk.), Prinzessinnen (5 Stk.) und Gräfinnen (3 Stk.), Fotografien von Schönheitsköniginnen (3 Stk.), sowie die Bezeichnungen der Frauen als „Gattin von...“ (6 Stk.) oder als „Tochter von...“ (1 Stk.).

Am häufigsten werden im Jahrgang 1926 Modefotografien und Fotos von Schauspielerinnen veröffentlicht. Die Frau, die in der Mode im Jahr 1926 zunehmend mehr Bein zeigt, ist auch als Schauspielerin und Tänzerin in modischer Bekleidung in vielerlei Varianten in den Printmedien dargestellt. Die zunehmende Unterhaltungskultur unter anderem in Form von Schauspiel und Revuetanz wird auch durch die Printmedien dem Massenpublikum zugänglich gemacht. Politikerinnen werden im Jahr 1926 keine abgebildet (Abb. 6a und 6b).

1931:

Die 594 Fotografien, auf denen Frauen abgebildet sind, verteilen sich wie folgt:

|       |                                      |             |
|-------|--------------------------------------|-------------|
| 7,2%  | Fotografien von Schauspielerinnen    | (43 Stk.),  |
| 51%   | Modelfotografien                     | (302 Stk.), |
| 1%    | Fotografien von Politikerinnen       | (6 Stk.),   |
| 5,2%  | Fotografien von Sportlerinnen        | (31 Stk.),  |
| 1%    | Schriftstellerinnen und Dichterinnen | (6 Stk.),   |
| 34,6% | andere Kategorien                    | (206 Stk.). |

Auch hier steht der Begriff „andere Kategorien“ beispielsweise für Abbildungen von Frauen ohne eine zuordnende Bezeichnung (73 Stk.), Frauen in Berufen wie Wissenschaftlerinnen (4 Stk.), Arbeiterinnen (4 Stk.) und weiteren Berufsfeldern wie Pilotin oder Regisseurin (35 Stk.), fotografische Darstellungen von Adligen wie Königinnen (3 Stk.), Prinzessinnen (14 Stk.), Gräfinnen (6 Stk.) und Fürstinnen (1 Stk.), Fotografien von Schönheitsköniginnen (11 Stk.) und die Bezeichnungen der Frauen als „Gattin von...“ (25 Stk.) oder als „Tochter von...“ (1 Stk.).

Mit der Publikation von 302 Fotografien zum Thema Mode werden im Jahrgang 1931 demnach am häufigsten Modelfotografien abgebildet, wohingegen die Anzahl der Darstellungen von Politikerinnen verschwindend gering ist (Abb. 6c).

Neben der erheblichen generellen Zunahme der Anzahl der Abbildungen von Frauen in den Illustrierten Zeitschriften (eine mehr als 100%-ige Steigerung über gut zehn Jahre) fällt auf, dass nach der anfänglich umfangreichen Berichterstattung über weibliche Abgeordnete, die sowohl über Text-, als auch über Bildbeiträge erfolgt, Frauen in der politischen Berichterstattung nur noch marginal auftauchen. Hingegen nimmt die Präsenz von Modelfotografien und die Darstellung von Schauspielerinnen deutlich zu. Im Jahr der Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung 1919, welches zugleich das Jahr war, in dem das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt wurde, erweist sich die Zahl der Abbildungen von Politikerinnen als überproportional hoch. Schon im Jahr 1926 sind in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* Frauen aus dem Bereich der Rubrik Politik wieder verschwunden. Diese empirischen Befunde ‚von außen‘ korrespondieren mit der ‚Innensicht‘ der beteiligten Politikerinnen:

„Nach den hohen Erwartungen an die neuen Möglichkeiten politischer Teilhabe unmittelbar nach Kriegsende machte sich Mitte der 1920er Jahre unter katholischen Politikerinnen und unter den in der politischen Bildungsarbeit engagierten Katholikinnen Resignation breit, angesichts des politischen Desinteresses der weiblichen Wählerschaft, der Zurückdrängung von Frauen aus den politischen

Vertretungskörperschaften, der heftigen Kritik an ihrer politischen Arbeit und des fehlenden Rückhalts der wenigen Parlamentarierinnen.“<sup>18</sup>

Dass im Jahre 1931 über Helene Weber als Politikerin in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* berichtet wurde, stellt einen Einzelfall der Berichterstattung über Politikerinnen dar. Ansonsten fällt in diesem Jahr das Interesse der Printmedien an der Frau als Politikerin weit hinter das an anderen Frauenabbildungen zurück.

### II.3. Die Bilder 1919– 1933 in der Einzelanalyse

#### *Bildfund 1 (Abb. 1 & 1a) – Gruppenbild mit Damen*

Rund um die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung fand in allen drei gesichteten Illustrierten Zeitschriften eine umfassende Berichterstattung statt. Neben der ausführlichen Vorstellung der – männlichen und weiblichen – Abgeordneten wurde ausführlich über die Themen „Die Frau als Wählerin“ bzw. die „Frau als Politikerin“ berichtet. Abb. 1 zeigt eine Seite der auf hochwertigem Papier mit glänzender Oberfläche gedruckten Sonderberichterstattung der *Illustrierten Zeitung Leipzig* vom 20. Februar 1919. Die Parteien wurden jeweils im Gruppenbild dargestellt, die von einem in Weimar ansässigen Fotoatelier für die Außenaufnahmen vor dem *Weimarer Nationaltheater* bzw. für die Innenaufnahmen in dessen Innenräumen fotografiert wurden. Die Personen wurden dabei so aufgestellt, dass alle Gesichter auch bei der großen Aufnahmedistanz gut zu erkennen sind. Um für die einzelnen Personen einen Verweis auf ihre Namen, ihre Funktion und ihre Parteizugehörigkeit zu ermöglichen, wurden ihnen Nummern zugewiesen, zu denen eine unter dem Bild stehenden Legende entsprechende Informationen liefert. Die numerische Beschriftung von auf Fotografien abgebildeten Personen war dabei in den Illustrierten Zeitschriften durchaus üblich (so lassen sich z.B. häufig während des Redaktionsprozesses nachträglich auf den Fotografien vermerkte Zahlen finden, die in einer Legende unter den Bildern wieder aufgegriffen werden). Dieses Hilfsmittel diente dazu, die Personen der politischen Berichterstattung insbesondere auf Fotografien, auf denen viele Menschen abgebildet wurden, besser erkennen und zuordnen zu können. In der eigenen Ausschnittvergrößerung Abb. 1a besser erkennbar sind in der Bildmitte die weiblichen Abgeordneten, eingerahmt von ihren männlichen Kollegen. Unter der Nummer 21 ist Helene Weber auszumachen.

#### *Unveröffentlicht – Gruppenfotografien der weiblichen Abgeordneten (Abb. 2 & 2a)*

Neben den in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* veröffentlichten Gruppenfotografien wurden vom gleichen Fotoatelier in Weimar vor der Kulisse des Geschehens, dem Weimarer Nationaltheater, auch separate Kleingruppen-Aufnahmen der weiblichen Abgeordneten erstellt, die allerdings in keiner der gesichteten Illustrierten Wochenzeitschriften veröffentlicht wurden. Die beiden vorliegenden Aufnahmen (vgl. Abb. 2) stammen aus dem Archiv des KDFB in Köln. Abgebildet sind die weiblichen Abgeordneten der Zentrumsparterie, einmal als Außen- und einmal als Innenaufnahme.

---

<sup>18</sup> Sack, Vertretungen, 251.

Dass es sich dabei ebenfalls um Aufnahmen handelt, die zeitgleich mit den in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* veröffentlichten Bildern im Weimarer Nationaltheater gefertigt worden sein müssen, ergibt sich aus einem Vergleich von Abb. 1), obere Hälfte, und Abb. 2a): Beide Gruppen wurden vor dem gleichen Hintergrund aufgenommen, wenngleich im einen Fall (Abb.1 obere Hälfte) mit einem größeren Aufnahmeabstand (notwendig aufgrund der Breite der Menschengruppe, die fotografiert wurde) und im anderen Fall näher dem Türstock zugewandt (notwendig bei Abb. 2a). Die in beiden Bildern gleiche weiße Schmuckwand links neben der Türe belegt dies eindeutig. Bei genauem Hinsehen fällt zudem auf, dass im Hintergrund beider Bilder zahlreiche leere, durcheinander stehende Stühle erkennbar sind, die offensichtlich für die anderen Gruppenaufnahmen benötigt wurden. Insbesondere in dem Bild der weiblichen Abgeordneten lassen sich diese Requisiten links im Bildrand deutlich ausmachen. Demnach wurde der in den Hintergründen abgebildete Raum zu einem provisorischen Photoatelier umfunktioniert.

*Bildfund 2 (Abb. 3): Darstellung Helene Webers 1930*<sup>19</sup>

Im Jahr 1930 erscheint Helene Weber anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Münster in einer Rubrik der *Illustrierten Zeitung Leipzig*, die regelmäßig in Notizform über Daten und Fakten von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens berichtet. Auf der von Ausgabe zu Ausgabe immer gleich aufgemachten Seite dieser Rubrik wird das Konterfei Helene Webers gesetzt in einen regelmäßig gleich groß publizierten Rahmen, bestehend aus vier verschiedenen Einzelbildern der für diese Rubrik vorgesehenen Personen. In der korrespondierenden Bildunterschrift wird sie den Lesern als „Helene Weber, Reichstagsabgeordnete des Zentrums, seit 1921 als Ministerialrätin im Preußischen Wohlfahrtsamt tätig“ vorgestellt, die „für ihre Verdienste um die Jugendpflege und die soziale Frauenschulung von der Universität Münster den Titel Dr. rer. Pol. ehrenhalber“ erhält. Helene Webers Konterfei ist umgeben von den Portraits dreier weiterer akademischer Persönlichkeiten. Auf den Bildern über ihrem Portrait werden „Prof. Dr. Max Bodenstein“, der als „Direktor des Pysikalisch-Chemischen Instituts der Universität Berlin“ „zum Präsidenten der Deutschen Chemischen Gesellschaft gewählt“ wurde und ein Portrait von „Prof. Dr. Elfried Bock“, der „zum Direktor des Kupferstich-Kabinetts in Berlin ernannt“ wurde, vorgestellt. Neben dem Portrait Helene Webers ist, ebenfalls in einem Kopfbild, „Dr. Führ“ präsentiert, der als „früherer Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a.M.“ „in Anerkennung seiner wertvollen Tätigkeit die Ernennung zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht Düsseldorf“ erhalten hat. Die mit Helene Webers Portrait abgebildeten Konterfeis gleichen sich in ihrer fotografischen Darstellung, da sie die Personen in typischen Portraitposen zeigen: Vor einem neutralen Hintergrund aufgenommen, Kopf und Schulteransatz zeigend, ist der Körper leicht seitlich dem Betrachter zugewandt, der Kopf in der Regel ein wenig zur Seite geneigt, um ernsthaft in die Kamera zu blicken.

*Bildfund 3 (Abb. 4) Helene Weber 1931*<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4452, Bd. 172, 10. Juli 1930, 62.

„Aus aller Welt“, so lautete die Überschrift einer weiteren feststehenden Rubrik der *Illustrierten Zeitung Leipzig*, die 1931 ein weiteres Photo von Helene Weber publizierte. Formal dem im Vorjahr veröffentlichten Konterfei sehr ähnlich, wird Helene Weber hier anlässlich ihres 50. Geburtstages geehrt. Wiederum in einer feststehenden Rubrik mit stets am gleichen Platz erscheinender Seite findet sich diese Abbildung als eine von zwei nebeneinander an immer derselben Stelle des Seitenlayouts positionierten Fotografien. Als „Dr. e.h. Helene Weber, bedeutende Persönlichkeit des Jugendpflegewesens, Ministerialrätin, Mitglied des Reichtags (Zentrum)“ wird Helene Weber titulierte und es wird vermerkt, dass sie am „17. März ihren 50. Geburtstag“ feierte.

#### *Helene Weber 1930 und 1931 im Vergleich (Abb. 5)*

Stellt man die zwei von Helene Weber veröffentlichten Portrait-Fotografien der *Illustrierten Zeitung Leipzig* nebeneinander, so fällt auf, dass sich die formale Aufmachung dieser Bilder sehr ähnelt. Ohne dass die Herkunft dieser Bilder genauer zu klären wäre, darf als gesichert gelten, dass sie nicht das Ergebnis fotojournalistischen Arbeitens sind, sondern inszenierte Studioportraits. Einen ersten Beleg liefert das hierfür typische Setting: Vor neutralem Hintergrund, sorgfältig frisiert und das Gesicht schmeichelnd mit Kunstlicht ausgeleuchtet, wurden hier von Helene Weber professionelle Portraitfotografien erstellt. Blick und Gesichtsausdruck vermitteln Sanftheit und Güte.

Ein zweiter Beleg ergibt sich aus den praktischen Arbeitsabläufen zeitgenössischer Zeitschriftenredaktionen<sup>21</sup>: Fotografien von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden zu vielfachen Anlässen gefertigt. Zum einen gab es die fotojournalistische Berichterstattung des alltäglichen politischen Geschehens, das wöchentlich den Lesern präsentiert wurde. Hierbei fanden überwiegend Fotos Verwendung, die das Tagesgeschehen dokumentierten, die Personen also während ihrer Arbeit an deren Schauplatz abbildeten. Diese Fotografien wurden produziert und möglichst schnell publiziert, solange die Ereignisse, die sie dokumentierten, noch aktuell waren. Eine zweite Form der Berichterstattung bildeten die Fotografien, die eine Person als Portrait, außerhalb ihres Wirkungsraumes, nur in Form eines Konterfeis oder einer Halbfigur darstellen. Sie dienten der Illustration der besprochenen Persönlichkeit und weniger der Darstellung tagespolitischer Ereignisse. Aufnahmen dieser Art wurden in der Regel von den Redaktionen in Bildarchiven gelagert und bei Bedarf hervorgeholt oder, wenn sie denn nicht in ihrem Besitz waren, von Agenturen angefordert. Entsprechend sind die beiden vorliegenden Portraitfotografien von Helene Weber als Fotografien einzuschätzen, die nicht bei tagespolitischen Ereignissen aufgenommen wurden.

#### *Kleidung, Ausdruck und Pose*

---

<sup>20</sup> Quelle: *Illustrierte Zeitung Leipzig*, Nr. 4489, Bd. 176, 26. März 1931, 428.

<sup>21</sup> Zu den Abläufen in Bildredaktionen vgl. *Salomon, Erich*, Faszinierender Bildjournalismus. Der Kampf um die Aufnahmemöglichkeit, in: *W. Joachim Freyburg/Hans Wallenberg* (Hg.), *Hundert Jahre Ullstein*, Bd. 1, Frankfurt/Main/Berlin 1977, 385-405.

Helene Webers Kleidungsstil in diesen Aufnahmen verkörpert idealtypisch die in der „katholischen Welt“ des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts vertretenen Auffassungen hinsichtlich dessen, was sich für katholische Frauen zu tragen ziemt. Die hinter diesen Auffassungen stehenden theologisch-anthropologischen Grundannahmen fasst Ines Weber so zusammen:

„Es sind in erster Linie theologische Glaubenswahrheiten, die Bewertungsmaßstab für die Mode sind und ihn zum Frauendiskurs werden lassen: Weil die Sünde von Eva kam, weil die Frau zur Sünde verführt und weil der Mann verführt wird. Katholisch sittsam gekleidet zu sein bzw. Schönheit zu pflegen kann demnach nur bedeuten, auf äußeren Putz und Tand zu verzichten und in schlichter, jede Aufreizung ablehnender Kleidung das rechte Maß zu finden, den ‚natürlichen Liebreiz‘ zu betonen.“<sup>22</sup>

Die sich in den 1920er Jahren rasant verändernde Mode, gekennzeichnet u.a. von fließenden Stoffen, figurbetonten Schnitten und größerer Hals- und Beinfreiheit, stand in eklatantem Widerspruch zu den vor dem Hintergrund oben skizzierten Modeverständnisses für Katholikinnen in der Öffentlichkeit propagierten strengen, hochgeschlossenen, langärmligen Kleidern mit nur kleinem Halsausschnitt. Als Reaktion auf die Veränderungen gründete der KDfB eine sogenannte Modekommission, die das „katholische Modeverständnis“ mittels unterschiedlicher Medien (Vorträge, die Verbandspresse, etc.) popularisieren und entsprechende Kleidung leichter zugänglich machen sollte. Dieses Unterfangen jedoch stand von Anfang an unter keinem guten Stern und wurde dann auch Anfang der 1930er Jahre – gescheitert – eingestellt.<sup>23</sup> Obwohl also die katholischen Massen nicht wirklich erreicht wurden, und der Siegeszug der Modeindustrie im Verbund mit den Medien, die diese Mode popularisierten, auch vor Katholikinnen nicht halt machte, so verkörperten deren Eliten doch ihr eigenes Ideal. Helene Webers Bilder der 1920er und 1930er Jahre belegen dies.

*Helene Weber privat-öffentlich (Abb. 6)*<sup>24</sup>

Aber nicht nur in der Kleidung, sondern auch in Haltung und Pose repräsentieren die von Fotografen inszenierten Bilder der jüngeren Helene Weber das zeitgenössische katholisch-sittliche Frauenideal (vgl. Abb. 6): ruhig, mitunter fast kontemplativ, mit festem Blick, gütig-milde und doch willensstark, standfest, prinzipientreu und so das genaue Gegenteil weltlicher Oberflächlichkeit. Die im KDfB-Archiv gesammelten späteren Bilder Helene Webers dagegen zeigen eher die engagierte, tatkräftig-zupackende Seite ihrer Persönlichkeit. Sie sind in der Regel aber auch keine inszenierten Studiofotografien, sondern dokumentieren Helene Weber auf Reisen, Empfängen und bei öffentlichen Reden und Vorträgen.

*Exkurs: Bilder Helene Webers im Archiv des KDfB*

Die quantitative Auswertung der 500 digitalisierten und geordneten Fotografien des Bildarchivs des KDfB in Köln ergibt, dass auf 59 Bildern Helene Weber dargestellt ist.

<sup>22</sup> Weber, Ines, Kann denn Mode katholisch sein? Katholischer Modediskurs und die Modekommission des KDfB, in: Muschiol, Katholikinnen, 143-162, 145.

<sup>23</sup> Vgl. zu dieser Entwicklung ebd., 150-156.

<sup>24</sup> Quelle: Bildarchiv der Bundesgeschäftsstelle des KDfB, Köln.



Davon handelt es sich bei den meisten Aufnahmen um Gruppenaufnahmen, welche zu Jubiläumsveranstaltungen [70., 75., und 80. Geburtstag Helene Webers (8 Stück)] oder anlässlich von Veranstaltungen des KDFB (22 Gruppenfotos, 1 Einzelportrait) entstanden sind.

Von der Zeit vor 1945 existieren zum einen 5 Fotografien (Gruppenfotos), die Helene Weber im Kontext der Nationalversammlung, als Lehrerin und im Kontext der sozialen Frauenschule zeigen. Zum anderen existiert eine eigens für das 10-jährige Jubiläum im preußischen Wohlfahrtsministerium angefertigte Serie von Einzelportraits (5 Einzelbilder). In dem im Folgenden analysierten Zeitabschnitt ab 1945 ist Helene Weber vornehmlich bei Auslandsreisen als Leiterin der deutschen Delegation des Europarates (11 Stück/Gruppenfotos) und auf zwei Fotografien im Kontext von CDU-Veranstaltungen (2 Stück/Gruppenaufnahmen) dargestellt.<sup>25</sup>

### III. Ergebnis der Analyse für den Erhebungszeitraum 1949–1962

Der zweite Abschnitt der Untersuchung des Bildes der Politikerin Helene Weber in den Printmedien analysiert die Jahre 1949–1962 der Nachkriegszeit. Von Beginn der frühen Bundesrepublik an nahm Helene Weber gleichsam ein zweites Mal bis zu *ihrem Tod* am politischen Geschehen teil. Helene Weber galt nun als eine erfahrene Politikerin, die wesentlich an der Gründungs- und Aufbauarbeit der CDU beteiligt war.<sup>26</sup> Sie zählt zu den vier „Müttern des Grundgesetzes“, wirkte 1948/1949 im Parlamentarischen Rat und war von 1949–1962 Mitglied der ersten vier Deutschen Bundestage. Helene Weber arbeitete führend mit in der von ihr mit aufgebauten überkonfessionell organisierten Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU (1949–1958), auf Europäischer Ebene engagierte sie sich in ihren späten Jahren in Straßburg als Mitglied und spätere Leiterin der deutschen Delegation des Europarates.<sup>27</sup>

#### III.1. Quellen

##### *Archiv des Bundespresseamtes*

Einen repräsentativen Gesamtüberblick in deutschen Printmedien veröffentlichter Artikel über Helene Weber lieferte die Recherche beim Archiv des Bundespresseamtes. Damit konnten die im Vergleich zur Weimarer Republik mit deutlich mehr Bildmaterial operierenden, und deshalb für diese Untersuchung wichtiger gewordenen Tageszeitungen in die Quellenerfassung miteinbezogen werden.

##### *Der Spiegel*

<sup>25</sup> Drei weitere existierende Fotografien enthalten keinen Quellen-Nachweis.

<sup>26</sup> Zum Wirken Helene Webers als Mitglied des Deutschen Bundestages von 1949–1962 vgl. Holz, Petra, CDU-Politikerinnen und KDFB – Kontinuitäten und Neuansätze, in: Muschiol, Katholikinnen, 315-331.

<sup>27</sup> Vgl. Ebd., 321-327.

Das Printmedium, das in der Nachkriegszeit wohl die meisten Parallelen zu den Illustrierten Zeitschriften der Weimarer Republik aufweist, ist das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, wenngleich mit einem deutlich markanteren Schwerpunkt auf Information denn auf Unterhaltung. Darüber hinaus war der *Spiegel* das Leitmedium politischer Berichterstattung in den Nachkriegsjahren.

### III.2. Ergebnisse Archiv des Bundespresseamts

Die Recherche im Archiv des Bundespresseamts in Berlin, ergab, dass für den Erhebungszeitraum 130 Artikel mit Helene Weber verschlagwortet sind, deren wichtigste Beispiele im Folgenden thematisch gruppiert aufgeführt werden:

Zu allgemein politischen Fragen findet sich u.a. ein ausführliches Gespräch der *Süddeutschen Zeitung* 1949 mit „Helene Weber, der Beraterin Dr. Adenauers in Frauenfragen“ (Abb. 7) oder ein Portrait der *Ruhr-Nachrichten Dortmund* aus dem Jahr 1950 in der Serie „Bonner Köpfe“ (Abb. 8). Eine zweite Gruppe bilden Presse-Berichte über ihre Vortragstätigkeit beim KDFB, u.a. im *General-Anzeiger für Bonn und Umgebung* (25. Juni 1952) und in der *Frankfurter Neue Presse* (07. März 1952). Es kommt zu ehrenden Portraits anlässlich ihres 70. Geburtstags 1951 (Abb. 8 und 9), und zwei Jahre später porträtieren v.a. die Zeitungen des Köln/Bonner-Raums Helene Weber im Kontext der Wahlkampf- und Wahlberichterstattung rund um die Bundestagswahl 1953 (Abb. 10). Eine letzte große Gruppe bilden die Todesnachricht bzw. Nachrufe 1962 in der lokalen rheinischen wie der nationalen Presse (Abb. 12-16; 18).

#### Auswertung

Die meisten Beiträge erschienen Anfang der 1950er Jahre und im Jahr 1962 anlässlich ihres Todes. Die Beiträge Anfang der 1950er Jahre stehen im Zusammenhang mit dem sich langsam normalisierenden politischen Alltag der noch sehr jungen BRD – es geht um die politische Repräsentation von Frauen, Auslandsreisen zum ehemaligen Kriegsgegner Frankreich, Friedenssicherung angesichts des sich langsam entwickelnden Kalten Krieges. Außerdem finden sich Berichte zum 70. Geburtstag Helene Webers und zu ihrer Wahl als Abgeordnete des 2. Deutschen Bundestags 1953. Es folgen beinahe zehn Jahre, in denen es in den Medien still wird um Helene Weber. Bei den im Jahr 1962 erschienenen Artikeln handelt es sich beinahe ausschließlich um Nachrufe, die in einer Gesamtschau von Leben und Wirken Helene Webers berichten. Zahlreiche davon sind bebildert, einige auch mit gezeichneten Portraits illustriert.

Bei den Zeitungen, die bebilderte Artikel über Helene Weber publizierten, handelt es sich überwiegend um Lokal- bzw. Regionalzeitungen des Rheinlands und des Ruhrgebiets, also der Gegenden, in denen sie mit Ausnahme der Berliner Jahre während der Weimarer Republik ihr ganzes Leben verbracht hat. Zu den überregional erscheinenden Zeitungen, die Nachrufe mit Bildern Helene Webers veröffentlichten,

zählten die führenden deutschen Tageszeitungen: *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Welt am Sonntag* und die *Deutsche Tagespost*.<sup>28</sup>

### *Bildbeschreibung*

Mit Ausnahme der Abb. 11), 13) und 16) wird Helene Weber in Form von Konterfeis abgebildet. Sie zeigen sie – vermittelt über Gesichtsausdruck und Kopfhaltung - als aufmerksame und zugleich kritische ZuhörerIn. Auch die Zeichnungen sind Konterfeis. An Abb. 8) ist deutlich zu erkennen, dass Fotografien als Vorlage der Zeichnungen dienten, in diesem Fall die in Abb.10) wiedergegebene bzw. eine dieser sehr ähnliche Fotografie: Kopfhaltung und der Ausdruck von Mund- und Augenpartie werden übernommen und vom Foto ins Zeichnerische übertragen. Lediglich die Hand, mit der Helene Weber auf der Fotografie ihr Kinn stützt, wird weggelassen. Mit lockerem Zeichenstrich dagegen wird Helene Weber in Abb. 9) mit einem schelmischen Gesichtsausdruck portraitiert, ein Eindruck, der beim Leser noch durch die Bildüberschrift „Mit Mutterwitz“ verstärkt wird.

Die Fotografien der Abb. 11.), Abb. 13) und Abb. 16) bilden im Gesamt der Abbildungen Ausnahmen: Sie stellen Helene Weber – anders als die Mehrzahl der in dieser Zeit von ihr veröffentlichten Bilder – als im Mittelpunkt des Geschehens stehende bzw. zumindest am Geschehen beteiligte Person dar. Zusammenfassend lässt sich für die Rechercheergebnisse im Bundespressearchiv festhalten, dass Helene Weber trotz der durch die überwiegend anzutreffende Form der Konterfeis nur eingeschränkt-reduzierten Darstellungsmöglichkeiten in einer weiten Spannbreite zwischen kritisch zuhörend und humorvoll abgebildet wird.

## **III.3. Ergebnisse *Der Spiegel***

Die Recherche im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* ergab, dass in den Jahrgängen 1949–1962 44 Artikel erschienen sind, in denen Helene Weber Erwähnung findet, allerdings enthalten nur zwei davon Fotografien von ihr.

Die erste fotografische Abbildung Helene Webers im *Spiegel* erschien 1955 (Abb. 17).<sup>29</sup> In dem Artikel „Moskau-Note. Das große Spiel begann“<sup>30</sup>, dem Bericht über die

<sup>28</sup> Neben der weiter unten näher ausgeführten zweimaligen Veröffentlichung derselben Aufnahme in *Spiegel* und *FAZ* treten zwei weitere Doppelungen in den o.g. Veröffentlichungen auf: Das Foto aus der Wahlkampfberichterstattung der *Aachener Volkszeitung* vom 19. August 1953 (Abb. 10) wird zwei Wochen später, auf ca. 25% verkleinert, auch von der *Kölnischen Rundschau* in der Ausgabe vom 5. September 1953 verwendet. Auch die *Ruhr-Nachrichten Dortmund* setzten im Abstand von etwa einem halben Jahr zweimal die gleiche gezeichnete Illustration (Abb. 8) ein: einmal in der Ausgabe vom 30. September 1950 und dann nochmals in der Ausgabe vom 16. März 1951.

Bei den fotografischen Abbildungen Helene Webers im Rahmen der aufgeführten Artikel handelt es sich in aller Regel mit hoher Wahrscheinlichkeit um Archiv-Konterfeis, auch wenn deren genaue Herkunft, abgesehen von zwei Ausnahmen, unbestimmt bleibt. Die Herkunft ausgewiesen wird zum einen für das Bild im Nachruf der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 27. Juli 1962 dessen Bildunterschrift lautet: „Helene Weber, gestorben im Juli 1962. Das Bild wurde zu ihrem 80. Geburtstag im März vorigen Jahres aufgenommen. Foto: dpa“. Die zweite Herkunftsbezeichnung findet sich in der Bildunterschrift des Nachrufs im *Münchener Merkur*, die die Aufnahme Helene Webers mit Bundeskanzler Adenauer und Altbundespräsident Heuss als Bild der Agentur Keystone ausweist.

<sup>29</sup> *Der Spiegel*, Jg. 9, H. 25, 15. Juni 1955, 10.

überraschende Einladung Bundeskanzler Adenauers nach Moskau, wird beschrieben, wie Helene Weber als „des Bundeskanzlers alte Zentrumsgefährtin und CDU-Abgeordnete“ vor den Ereignissen gefragt wurde, was „Konrad Adenauer wohl tun würde, wenn er eine Einladung nach Moskau bekäme?“ Ihre Antwort, Adenauer würde CDU-Fraktionschef Heinrich von Brentano zum Außenminister machen, wird in dem Artikel als prophetisch beschrieben, da genau dies wenige Tage darauf geschah. So erklärt sich auch die Bildunterschrift unter dem Konterfei, welches Helene Weber auf der zweiten Seite dieses Artikels darstellt: „Bonner Prophetin Helene Weber. Was tut der Kanzler, wenn Moskau einlädt?“<sup>31</sup>

Diese fotografische Abbildung Helene Webers, welche die Politikerin in Form einer Portraitaufnahme darstellt, ist vermutlich ein Bildausschnitt einer Halb- bzw. Ganzkörper-Fotografie Helene Webers.

Mit dem Titel „So schöne Augen“ erschien am 21. März 1956 im *Spiegel* ein Beitrag, in dem berichtet wurde, wie Helene Weber Bundeskanzler Konrad Adenauer auf dem Bundesparteitag 1956 zur Seite nimmt und ihm einen „Vortrag über die stiefmütterliche Behandlung der Frauen bei der Vergabe öffentlicher Ämter“<sup>32</sup> hält, der Kanzler aber einer Antwort ausweicht, in dem er mit den Worten „Wat haben Se für ein schickes Hütchen auf, Frau Weber“<sup>33</sup> die Diskussion beendet. Helene Weber wird in diesem Artikel als „die weißhaarige Parlamentarierin“<sup>34</sup> titulierte, eine Beschreibung, die zu dem Konterfei passt, welches die weißhaarige Helene Weber in einer Portraitaufnahme darstellt (Abb. 18). Dieses Konterfei Helene Webers ist exakt dasselbe, das in der FAZ vom 27. Juli 1962 mit der Unterschrift „Das Bild wurde zu ihrem 80. Geburtstag im März vorigen Jahres aufgenommen. Foto: dpa“<sup>35</sup> publiziert wurde. Eine der beiden Bildunterschriften kann folglich nicht stimmen. Vermutlich handelt es sich bei der Fotografie, die im *Spiegel* 1956 und in der FAZ 1962 publiziert wurde, um ein Agentur-Bild, das von Helene Weber nicht anlässlich ihres 80., sondern zu ihrem 70. Geburtstag aufgenommen wurde. In jedem Fall wird anhand dieses Beispiels deutlich, dass es sich um eine Fotografie handeln muss, die nicht während des politischen Tagesgeschäfts entstand, sondern um ein wiederholt eingesetztes Archivbild der Deutschen Presse-Agentur dpa.

---

<sup>30</sup> Der Spiegel, Jg. 9, H. 25, 15. Juni 1955, 9-11.

<sup>31</sup> Der Spiegel, Jg. 9, H. 25, 15. Juni 1955, 10.

<sup>32</sup> Der Spiegel, Jg. 10, H. 12, 21. März 1956, 12.

<sup>33</sup> Ebd., 12.

<sup>34</sup> Ebd., 12.

<sup>35</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juli 1962.

### **III.4. Ergebnisse des Vergleichs der Bildfunde Helene Weber – Elisabeth Schwarzhaupt - Annemarie Renger im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* 1949–62**

Von Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) werden im Berichtszeitraum elf Fotografien veröffentlicht<sup>36</sup>, von Annemarie Renger (SPD) drei<sup>37</sup>, von Helene Weber zwei.

Sowohl Annemarie Renger wie auch Elisabeth Schwarzhaupt wurden nicht mehr nur in Form eines Konterfeis abgebildet, sondern ihr politischer Alltag wird fotografisch dokumentiert. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Aufnahmen erheblich von denen Helene Webers.

Um die Bildbefunde der zum Vergleich herangezogenen Politikerinnen besser einordnen zu können, werden im Folgenden die Biographien beider kurz vorgestellt.

#### *Biographie Annemarie Renger*<sup>38</sup>

Die aus einer traditionellen sozialdemokratischen Familie stammende Annemarie Renger, geboren 1919, trat im Oktober 1945 als Privatsekretärin in die Dienste Kurt Schumachers – eine Position, die sie bis zu dessen Tod 1952 innehatte. Sie avancierte rasch zu seiner Vertrauten, zumal sie Kurt Schumacher, der im Ersten Weltkrieg seinen rechten Arm verloren hatte und dem 1948 ein Bein amputiert wurde, beim Gehen unterstützen musste (vgl. Abb. 19). Später bezeichnete Annemarie Renger diese Zeit als ihre „Politischen Lehrjahre“. Sie kandidierte 1953, kurz vor ihrem 33. Geburtstag, zum ersten Mal erfolgreich für den Bundestag (also in einem ähnlichen Alter wie Helene Weber ihren Einstieg in die nationale Politik hatte), dem sie bis 1990 angehörte. 1960 wurde Annemarie Renger von der SPD-Bundestagsfraktion in die Beratende Versammlung des Europarates delegiert – auch hier findet sich wieder eine Parallele zur Vita Webers. Sie war die erste deutsche Bundestagspräsidentin (1972–76), und bekleidete nach der Neuwahl 1976 bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament das Amt einer Bundestagsvizepräsidentin. Für den Europarat arbeitete sie bis 1967, u.a. zusammen mit Helene Weber bis zu deren Tod 1962. Über ihre Zeit zusammen im Europarat schreibt sie:

„Dieses interessante Parkett gefiel mir außerordentlich gut. Man lernte über die eigenen Grenzen hinauszudenken. Zu meiner Zeit gehörten von sozialdemokratischer Seite die bekannten Politiker Carlo Schmid, Fritz Erler, Heinz Kühn und Max Brauer dazu, von der anderen Fraktion Fürst Bismarck, Kurt Georg Kiesinger, Richard Jaeger, Helene Weber und Erich Mende. Also eine illustre und anregende Gesellschaft.“<sup>39</sup>

---

<sup>36</sup> Exemplarisch sei genannt: *Der Spiegel*, Jg. 16, H. 49, 5. Dezember 1962, 86.

<sup>37</sup> Exemplarisch sei genannt: *Der Spiegel*, Jg. 7, H. 29, 15. Juli 1953, 26.

<sup>38</sup> Vgl. *Renger, Annemarie*, *Ein politische Leben. Erinnerungen*, Stuttgart 1993, 65–193.

<sup>39</sup> Ebd., 188.

*Biographie Elisabeth Schwarzhaupt*<sup>40</sup>

Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986; vgl. Abb. 20), aus einem offenen, liberal geprägten protestantischen Elternhaus stammend, arbeitete nach ihrer juristischen Promotion zunächst für zwei Jahre in einer Frauenrechtsschutzberatung. Nach Zwischenstationen als Richterin und als Angestellte des Deutschen Rentnerbundes begann sie 1935 als juristische Mitarbeiterin der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Berlin. Von 1948–53 bestimmte sie im Außenamt der Evangelischen Kirche in Frankfurt als zuletzt Oberkirchenrätin und Geschäftsführerin der Evangelischen Frauenarbeit maßgeblich letztere mit. 1953 in die CDU eingetreten, war sie 1953–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages. Insbesondere durch das jahrelange Drängen Helene Webers, unterstützt vom Bundesfrauenausschuss der CDU, wurde 1961 erstmalig seit der Verleihung des Frauenwahlrechts 1918 ein Bundesministerium von einer Frau besetzt. Als einzige Frau in der Regierung wurde Elisabeth Schwarzhaupt ein zusätzliches Fachministerium der CDU, das Gesundheitsministerium, eingerichtet, welches neben den Bereichen der Human- und Veterinärmedizin auch die Abteilungen des Umweltschutzes und des Lebensmittelrechts enthielt. Neben ihren Aufgaben als Gesundheitsministerin von 1961–1966 trat Elisabeth Schwarzhaupt für die Interessen der Frauen ein und kämpfte für die Gleichberechtigung der Frauen im privaten wie im öffentlichen Leben.

Als Ergebnisse der Sichtung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* im Hinblick auf Abbildungen von Helene Weber (Abb. 17/18) und den als Vergleichsgrößen hinzugezogenen Fotografien Annemarie Rengers (Abb. 19/20) und Elisabeth Schwarzhaupts (Abb. 21/22) lässt sich festhalten, dass Helene Weber, die im *Spiegel* vordergründig in schriftlicher Form in Artikeln, die oftmals im Kontext von Berichten über Konrad Adenauer stehen, erwähnt ist, auf den beiden im *Spiegel* veröffentlichten Fotografien in Form eines Konterfeis dargestellt ist. Ähnlich den fotografischen Darstellungen Helene Webers in der *Illustrierten Zeitung Leipzig* von 1930 und 1931 bilden die Portraits den Kopf und den Schulterbereich der Politikerin ab. Diese Darstellungsform des sogenannten Kopfportraits hat die Wirkung, dass die vor einem neutralen Hintergrund abgebildete Person – charakterisiert über ihr Gesicht, den Ausdruck ihres Mundes und der Augen, sowie der Haltung des Kopfes – im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Betrachters steht. Die Darstellungsform Helene Webers in Form der Konterfeis vermittelt somit ein charakterisierendes und ihre Persönlichkeit in den Vordergrund stellendes Bild der Politikerin, welches losgelöst vom Kontext der eigentlichen Aufnahmesituation existiert.<sup>41</sup>

Vergleicht man nun die beiden fotografischen Darstellungen Helene Webers mit denen von Annemarie Renger und Elisabeth Schwarzhaupt, so fällt auf, dass diese beiden

---

<sup>40</sup> Vgl. zu Leben und Wirken Elisabeth Schwarzhaupts: *Salentin, Ursula*, Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg, Freiburg i.Br. 1986; *Hessische Landesregierung*, (Hg.), Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin, Freiburg 2001.

<sup>41</sup> Gleichwohl ist davon auszugehen, dass die beiden Konterfeis Helene Webers nicht in dieser Form des Bildausschnittes aufgenommen wurden, sondern dass sie für die Publikation im *Spiegel* in Form einer Ausschnittsvergrößerung das bewusst eingesetzte Format des Konterfeis erhielten.

Politikerinnen nicht in Form von Kopfportraits, sondern im Halbportrait (Abb. 20, 21, 22), oder ‚in Bewegung‘ (Abb. 19) abgebildet sind. Die fotografische Darstellungsform des Halbportraits ermöglicht dem Betrachter die abgebildete Person über deren Körpersprache, wie beispielsweise der Gestik der Hände, zu erfassen. So kann der Betrachter beispielsweise Elisabeth Schwarzhaupt in ihrer Körpersprache während des Sprechens (Abb. 21) ‚erleben‘.

Ist eine Person inmitten einer Bewegung, wie Annemarie Renger, die Kurt Schumacher während des Laufens stützt (Abb. 19), abgebildet, so hat der Betrachter die Möglichkeit an der Handlung des Geschehens teilzunehmen und die Lebendigkeit der Situation nachvollziehen zu können.

### III.5. Ein Kreis schließt sich

1919 wurde das erste Bild der Politikerin Helene Weber veröffentlicht – ein Gruppenbild der Zentrums-Abgeordneten zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vor dem Weimarer Theater, das zugleich, nach dem 1919 eingeführten Wahlrecht für Frauen, in der deutschen Politik zu den ersten Gruppenbildern mit politisch aktiven Frauen zählte (Abb. 1). Um alle Personen deutlich abbilden zu können, wurden die Mitglieder der Zentrumsparlei für diese Aufnahme vor und auf eine Treppe gestellt. Die weiblichen Zentrums-Abgeordneten Helene Weber (auf dem Bild mit der Nummer 21 gekennzeichnet), Hedwig Dransfeld (mit der Nummer 7 dargestellt), Marie Zettler (mit der Nummer 8 versehen) und Agnes Neuhaus (mit der Nummer 23 dargestellt) stehen dicht beieinander an prominenter Stelle in der Mitte der ersten, beziehungsweise zweiten Reihe.

Ein weiteres Gruppenbild mit Dame, ein erstes in der Politik der jungen Bundesrepublik, entstand 1961 vor der Villa Hammerschmidt, welches das vierte Kabinett Adenauer erstmals mit einer Frau als Bundesministerin abbildet (Abb. 23).

Auch für dieses Gruppenfoto stellten sich die Politiker und die Politikerin auf eine Treppe, in diesem Fall die Freitreppe der Villa Hammerschmidt. Im Vergleich zu der Gruppenaufnahme der Zentrums-Abgeordneten ist Elisabeth Schwarzhaupt jedoch nicht in einer der vorderen Reihen zu erkennen, sondern sie steht in der vierten und letzten Reihe eher unscheinbar zwischen ihren männlichen Kollegen.

## IV. Schlussbetrachtung

Leitfrage vorliegender Untersuchung war, inwieweit bzw. in welcher Form die Fotoberichterstattung ausgewählter Printmedien der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik Deutschland ein Bild der Politikerin Helene Weber vermittelt.

Für die Zeit der Weimarer Republik lässt sich festhalten, dass die Fotografien Helene Weber als ‚Frau der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts‘ mit einem stark in diesem Jahrhundert verankerten Wertesystem darstellen. Betrachtet man den ‚kontemplativen‘ Gesamtausdruck, in dem die beiden Portrait-Aufnahmen der *Illustrierten Zeitung Leipzig* von 1930 und 1931 gehalten sind, und auch Kleidung und Pose, so entspricht sie damit

dem Frauentypus, den partei- und damit milieuübergreifend auch andere Politikerinnen dieser Zeit verkörperten: Frauen, die beweisen mussten, dass sie seriös waren und in ihrem neu eroberten politischen Tätigkeitsfeld seriös arbeiteten.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Unterschied zu den Darstellungen der Frauen, die in den zeitgenössischen Printmedien mehrheitlich abgebildet wurden, zu erklären: Tänzerinnen, Schauspielerinnen und Fotomodelle wurden abgebildet um die Leser mit der neuesten Mode, dem neuesten Trend und den Schönheiten der Glamourwelt zu unterhalten und um somit die Auflagenzahlen der illustrierten Zeitschriften zu erhöhen. Die politische Berichterstattung hingegen hatte mit dieser (Schein-)Welt nichts gemein. Sie zielte ab auf eine sachliche, informative Berichterstattung. Es verwundert daher nicht, dass der Anteil von Fotografien von Politikerinnen in der Weimarer Republik insgesamt nur relativ gering war, und auch von Helene Weber – trotz ihrer gesellschaftlich relativ exponierten Position – nur ein Gruppenfoto und zwei Portraits veröffentlicht wurden.

In der frühen Bundesrepublik verhält es sich ähnlich: Auch hier präsentieren Fotojournalisten Schauspielerinnen häufiger als Politikerinnen. Helene Weber, die in der Politik nun als eine sehr erfahrene Politikerin galt, gehörte zudem innerparteilich wie für die öffentliche Meinung zur älteren Generation der Politikerinnen. Die Presse spiegelt dieses Bild wider: Sie charakterisiert Helene Weber häufig – auch schon lange vor den Nachrufen anlässlich ihres Todes – vornehmlich mit Verweisen auf ihr umfassendes christlich-soziales und politisches Lebenswerk. Zur Illustration greifen die Redaktionen in der Regel eher auf Bilder zurück, die von Helene Weber bereits existierten, als sie im politischen Tagesgeschäft abzubilden.

Die Tatsache, dass es quantitativ mehr Bildmaterial von jüngeren Politikerinnen wie Elisabeth Schwarzhaupt und Annemarie Renger gibt, die zudem noch in Aufnahmesituationen „in Bewegungen“ dargestellt wurden, hat mehrere Gründe. Zu einen verkörperten die jungen Politikerinnen eine neue, für die Medien auf vielfältige Weise interessante Generation. Zum anderen befindet sich auch die Bildsprache des Fotojournalismus in einem ständigen Wandel, der auf die Bedürfnisse der Leser abgestimmt und um neue Bildideen bemüht ist. Für ein Nachrichtenmagazin erscheint es deshalb lohnenswert, lebendige Bilder junger Politikerinnen zu veröffentlichen, die sich elegant, interessant und vielseitig darstellen lassen.

Die vielfach erwähnte Menschlichkeit Helene Webers lässt sich anhand der Beschreibungen ihrer Weggefährten<sup>42</sup> und auch den Aussagen mancher Presseartikel zufolge darauf beziehen, dass Helene Weber ganz in ihrem Element war, wenn sie mit Menschen in Kontakt war. Besonders wenn sie vor zahlreichen Zuhörern öffentlich sprach, schien sie geradezu aufzublühen und den Reiz des unmittelbaren Kontakts zu genießen.

---

<sup>42</sup> Ernte eines Lebens. Blätter zur Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h.c. Helene Weber am 17. März 1961, gesammelt und herausgegeben von der Zentrale des Katholischen Deutschen Frauenbundes, Köln 1961.



Da die in den untersuchten Printmedien veröffentlichten Fotografien Helene Weber jedoch entweder auf Gruppenbildern oder als Einzelperson in Form des beschriebenen Kopfportraits zeigen, lässt sich dieser Kontext nicht erkennen.

Indes sind im Bildarchiv des KDFB Fotografien zu finden, die Helene Weber dokumentarisch darstellen. Beispielsweise wurde sie häufig in einer Situation fotografiert, in der sie eine Rede vor zahlreichem Publikum hält, oder sich aufmerksam und neugierig zu den Menschen beugt, mit denen sie im Gespräch ist. Diese Aufnahmen, die Helene Weber „in Bewegung“ zeigen, verweisen auf das hohe Maß an Vitalität und Menschlichkeit, mit welchem sie charakterisiert wird.

Insofern kann abschließend gesagt werden, dass die untersuchten Printmedien nur ein reduziertes Bild von Helene Weber abbildeten. Allein anhand der in den untersuchten Medien veröffentlichten Fotografien ist es nicht möglich, sich ein Bild von Helene Weber zu machen, das ihrer vielseitigen Persönlichkeit gerecht würde. Dies erschließt sich erst im Zusammenspiel mit den Textbeiträgen der Printmedien.

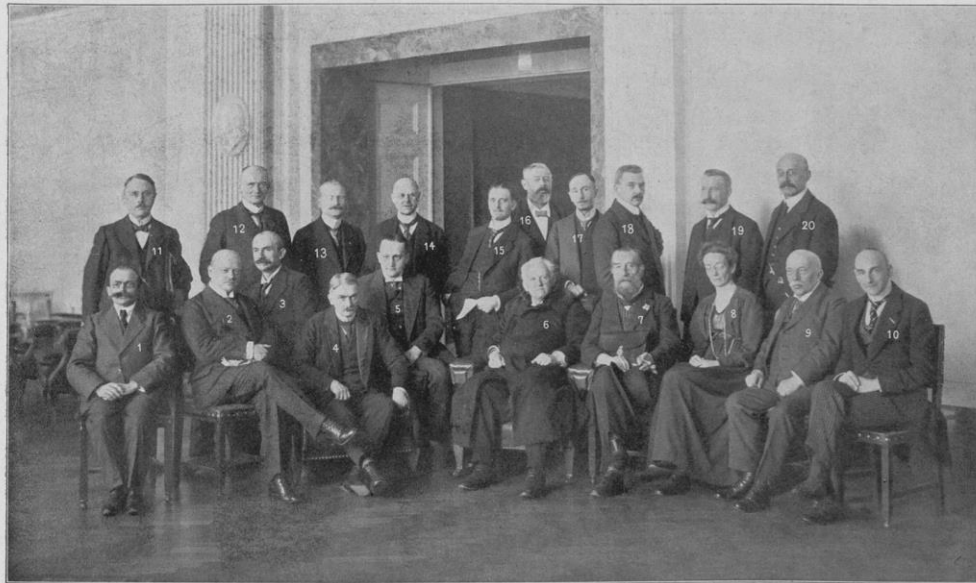
Das Ziel vorliegender Untersuchung war es, die fotografische Darstellung Helene Webers in den Printmedien der Weimarer Republik und der jungen Bundesrepublik auf eine gesicherte Datengrundlage zu stellen und, davon ausgehend, inhaltlich aufzuarbeiten. Dafür war im Rahmen dieser Untersuchung die Konzentration auf ausgewählte Quellen notwendig. Diese auszuweiten und so die Datenbasis zu vergrößern, wären Strategien für die weitere Forschung: Soll der Repräsentativitätscharakter der untersuchten Medien aufgebrochen werden hin zu einer wirklich umfassenden Datenanalyse, so wären die Archive *sämtlicher* überregionaler (und für das Rheinland und das Ruhrgebiet auch regionaler) Zeitungen und Zeitschriften einzeln zu sichten - ein Ansatz, der möglicherweise speziell für die Nachkriegszeit Erfolg zeitigen könnte. Eine zweite Möglichkeit bestünde darin, die Datenbasis zu verbreitern hin auf Vereinsmedien und verbandsinterne Presse, evtl. mittels der systematischen Auswertung der im Archiv des KDFB vorliegenden verzeichneten, aber nicht verschlagworteten Zeitschriften, darunter speziell das KDFB-Verbandsorgan „Die Christliche Frau“. Eine dritte Möglichkeit bestünde im Erschließen anderer Arten von Medien: Dazu zählen Film und Fernsehen, aber auch Wahlpublikationen und Plakate.

Anm. der Redaktion:

Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht gelungen, Kontakt zu allen Bildrechtsinhabern (oder ihren Erben) herzustellen oder in allen Fällen deren Identität festzustellen. Wir bitten Personen, die Rechtsansprüche geltend machen möchten, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit wir entsprechend tätig werden können.

## Anhang–Bildmaterial

Abb. 1) Gruppenbild mit Damen<sup>43</sup>



Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei.

1. Bergmann Winnefeld; 2. Syndikus Dr. Stresemann; 3. Finanzminister Dr. Becker (Hessen); 4. Staatsminister a. D. Dr. Heine; 5. Schriftsteller Dr. Mittelmann; 6. Geh. Justizrat Prof. Dr. Rieder; 7. Professor Dr. Dr. Kahl; 8. Frau Nendo; 9. Geh. Kommerzienrat Dr. Wiedmann; 10. Stadtsyndikus Martzky; 11. Gemeindevorsteher Fusch; 12. Generalreithr. Dr. Hugo; 13. Oberbürgermeister Dr. Most; 14. Rechtsanwalt Komplex; 15. Schulrat Beusmann; 16. Pfarrer Oetel; 17. Professor Dr. Graf von Dohna; 18. Generaldirektor Vögler; 19. Geh. Regierungsrat Dr. Runkel; 20. Kaufmann Witthöft.



Mitglieder der Fraktion der Christlichen Volkspartei.

1. Zeiler Kubetsko; 2. Oberscher Hofmann (Ludwigsborn); 3. Gemeinschaftsschuldirch Legende; 4. Arbeiterkreislär Adams; 5. Arbeiterkreislär Gilling; 6. Arbeiterkreislär Hagmann; 7. Fr. Drasfeld, Schriftföhrer; 8. Fr. Tietzer, Landwirtsch. u. Haush.; 9. Staatssekretär A. Groler; 11. Rechnungsw. Dr. Meyer (Schwanau); 12. Verlagsschreiber Dr. Otto; 13. Sagewitz Erbsen; 14. Transtramm; 15. Prof. Dr. Wirth; 15. Schneidmester Jürg; 16. Antierlicher Holz; 17. Prof. Dr. Kaas; 18. Ministerialdirigent v. Brentano di Tressano; 19. Oberrpostsekretär Alkotte; 20. Schreibler Joon; 21. Fr. Weber; 22. Geschäftsföhrer Becker (Amberg); 23. Frau vser. Antiergeschirft Neuhaus; 24. Gst. Isidura Thier; 25. Arbeiterkreislär Kossman; 26. Kaufmann Astor; 27. Landwirt Linn; 28. Reichsarbetsminister Giesbers; 29. Reichsminister (Thälw.); 30. Reichsminister (Thälw.); 31. Reichsminister (Thälw.); 32. Reichsminister (Thälw.); 33. Reichsminister (Thälw.); 34. Reichsminister (Thälw.); 35. Reichsminister (Thälw.); 36. Reichsminister (Thälw.); 37. Reichsminister (Thälw.); 38. Reichsminister (Thälw.); 39. Reichsminister (Thälw.); 40. Reichsminister (Thälw.); 41. Reichsminister (Thälw.); 42. Reichsminister (Thälw.); 43. Reichsminister (Thälw.); 44. Reichsminister (Thälw.); 45. Reichsminister (Thälw.); 46. Reichsminister (Thälw.); 47. Reichsminister (Thälw.); 48. Reichsminister (Thälw.); 49. Reichsminister (Thälw.); 50. Reichsminister (Thälw.); 51. Reichsminister (Thälw.); 52. Reichsminister (Thälw.); 53. Reichsminister (Thälw.); 54. Reichsminister (Thälw.); 55. Reichsminister (Thälw.); 56. Reichsminister (Thälw.); 57. Reichsminister (Thälw.); 58. Reichsminister (Thälw.); 59. Reichsminister (Thälw.); 60. Reichsminister (Thälw.); 61. Reichsminister (Thälw.); 62. Reichsminister (Thälw.); 63. Reichsminister (Thälw.); 64. Reichsminister (Thälw.); 65. Reichsminister (Thälw.); 66. Reichsminister (Thälw.); 67. Reichsminister (Thälw.); 68. Reichsminister (Thälw.); 69. Reichsminister (Thälw.); 70. Reichsminister (Thälw.); 71. Reichsminister (Thälw.); 72. Reichsminister (Thälw.); 73. Reichsminister (Thälw.); 74. Reichsminister (Thälw.); 75. Reichsminister (Thälw.); 76. Reichsminister (Thälw.); 77. Reichsminister (Thälw.); 78. Reichsminister (Thälw.); 79. Reichsminister (Thälw.); 80. Reichsminister (Thälw.); 81. Reichsminister (Thälw.); 82. Reichsminister (Thälw.); 83. Reichsminister (Thälw.); 84. Reichsminister (Thälw.); 85. Reichsminister (Thälw.); 86. Reichsminister (Thälw.); 87. Reichsminister (Thälw.); 88. Reichsminister (Thälw.); 89. Reichsminister (Thälw.); 90. Reichsminister (Thälw.); 91. Reichsminister (Thälw.); 92. Reichsminister (Thälw.); 93. Reichsminister (Thälw.); 94. Reichsminister (Thälw.); 95. Reichsminister (Thälw.); 96. Reichsminister (Thälw.); 97. Reichsminister (Thälw.); 98. Reichsminister (Thälw.); 99. Reichsminister (Thälw.); 100. Reichsminister (Thälw.); 101. Reichsminister (Thälw.); 102. Reichsminister (Thälw.); 103. Reichsminister (Thälw.); 104. Reichsminister (Thälw.); 105. Reichsminister (Thälw.); 106. Reichsminister (Thälw.); 107. Reichsminister (Thälw.); 108. Reichsminister (Thälw.); 109. Reichsminister (Thälw.); 110. Reichsminister (Thälw.); 111. Reichsminister (Thälw.); 112. Reichsminister (Thälw.); 113. Reichsminister (Thälw.); 114. Reichsminister (Thälw.); 115. Reichsminister (Thälw.); 116. Reichsminister (Thälw.); 117. Reichsminister (Thälw.); 118. Reichsminister (Thälw.); 119. Reichsminister (Thälw.); 120. Reichsminister (Thälw.); 121. Reichsminister (Thälw.); 122. Reichsminister (Thälw.); 123. Reichsminister (Thälw.); 124. Reichsminister (Thälw.); 125. Reichsminister (Thälw.); 126. Reichsminister (Thälw.); 127. Reichsminister (Thälw.); 128. Reichsminister (Thälw.); 129. Reichsminister (Thälw.); 130. Reichsminister (Thälw.); 131. Reichsminister (Thälw.); 132. Reichsminister (Thälw.); 133. Reichsminister (Thälw.); 134. Reichsminister (Thälw.); 135. Reichsminister (Thälw.); 136. Reichsminister (Thälw.); 137. Reichsminister (Thälw.); 138. Reichsminister (Thälw.); 139. Reichsminister (Thälw.); 140. Reichsminister (Thälw.); 141. Reichsminister (Thälw.); 142. Reichsminister (Thälw.); 143. Reichsminister (Thälw.); 144. Reichsminister (Thälw.); 145. Reichsminister (Thälw.); 146. Reichsminister (Thälw.); 147. Reichsminister (Thälw.); 148. Reichsminister (Thälw.); 149. Reichsminister (Thälw.); 150. Reichsminister (Thälw.); 151. Reichsminister (Thälw.); 152. Reichsminister (Thälw.); 153. Reichsminister (Thälw.); 154. Reichsminister (Thälw.); 155. Reichsminister (Thälw.); 156. Reichsminister (Thälw.); 157. Reichsminister (Thälw.); 158. Reichsminister (Thälw.); 159. Reichsminister (Thälw.); 160. Reichsminister (Thälw.); 161. Reichsminister (Thälw.); 162. Reichsminister (Thälw.); 163. Reichsminister (Thälw.); 164. Reichsminister (Thälw.); 165. Reichsminister (Thälw.); 166. Reichsminister (Thälw.); 167. Reichsminister (Thälw.); 168. Reichsminister (Thälw.); 169. Reichsminister (Thälw.); 170. Reichsminister (Thälw.); 171. Reichsminister (Thälw.); 172. Reichsminister (Thälw.); 173. Reichsminister (Thälw.); 174. Reichsminister (Thälw.); 175. Reichsminister (Thälw.); 176. Reichsminister (Thälw.); 177. Reichsminister (Thälw.); 178. Reichsminister (Thälw.); 179. Reichsminister (Thälw.); 180. Reichsminister (Thälw.); 181. Reichsminister (Thälw.); 182. Reichsminister (Thälw.); 183. Reichsminister (Thälw.); 184. Reichsminister (Thälw.); 185. Reichsminister (Thälw.); 186. Reichsminister (Thälw.); 187. Reichsminister (Thälw.); 188. Reichsminister (Thälw.); 189. Reichsminister (Thälw.); 190. Reichsminister (Thälw.); 191. Reichsminister (Thälw.); 192. Reichsminister (Thälw.); 193. Reichsminister (Thälw.); 194. Reichsminister (Thälw.); 195. Reichsminister (Thälw.); 196. Reichsminister (Thälw.); 197. Reichsminister (Thälw.); 198. Reichsminister (Thälw.); 199. Reichsminister (Thälw.); 200. Reichsminister (Thälw.); 201. Reichsminister (Thälw.); 202. Reichsminister (Thälw.); 203. Reichsminister (Thälw.); 204. Reichsminister (Thälw.); 205. Reichsminister (Thälw.); 206. Reichsminister (Thälw.); 207. Reichsminister (Thälw.); 208. Reichsminister (Thälw.); 209. Reichsminister (Thälw.); 210. Reichsminister (Thälw.); 211. Reichsminister (Thälw.); 212. Reichsminister (Thälw.)</

Die Parteien in der Nationalversammlung. Nach Sonderaufnahmen für die Leipziger „Illustrierte Zeitung“ von Louis Held, Weimar.

5

<sup>43</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 3947, Bd. 152, 20. Februar 1919, 5.

Abb. 1a) Ausschnittvergrößerung Gruppenbild Zentrum (selbst vorgenommen)



Abb. 1b) obere Hälfte

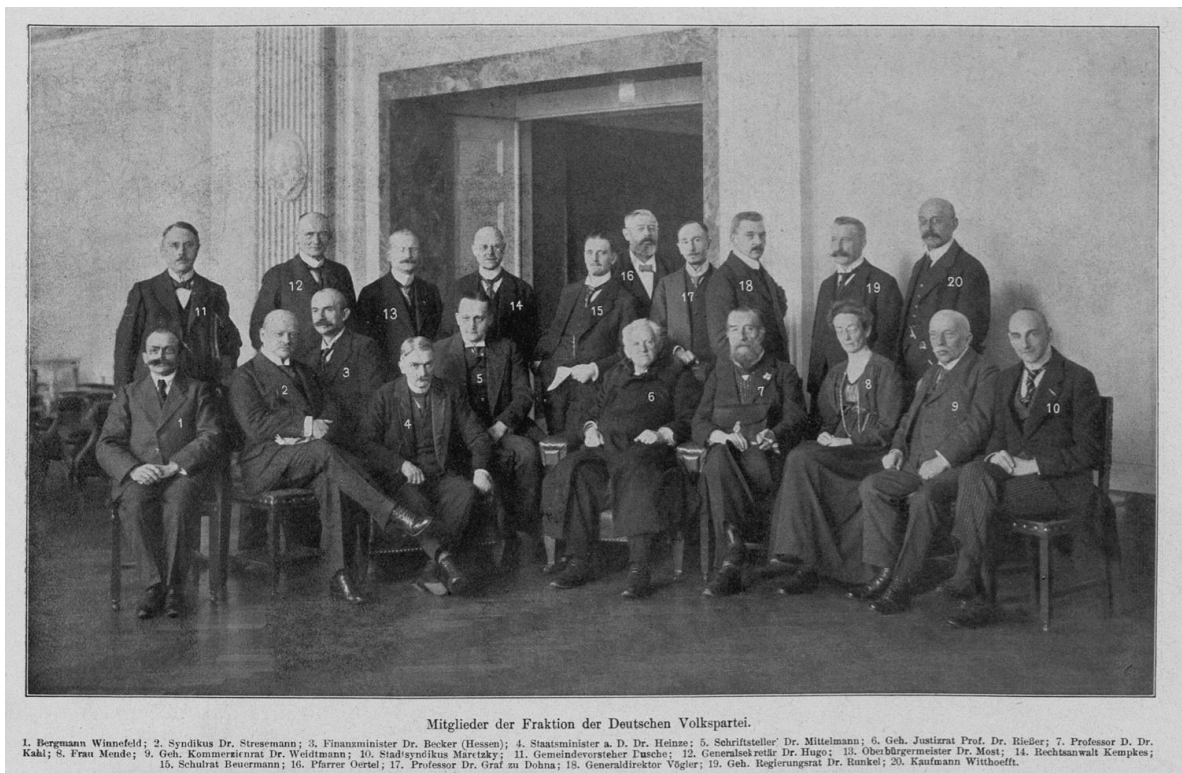


Abb. 2) Die weiblichen Abgeordneten des Zentrums und der BVP in der Weimarer Nationalversammlung von 1919 – Außenaufnahme<sup>44</sup>



1. Reihe v.l.n.r.: Helene Weber, Hedwig Dransfeld, Agnes Neuhaus, Marie Zettler
2. Reihe v.l.n.r.: Christine Teusch, Maria Schmitz

<sup>44</sup> Quelle: Bildarchiv der Bundesgeschäftsstelle des KDFB, Köln.



Abb. 2a) Die weiblichen Abgeordneten des Zentrums und der BVP in der Weimarer Nationalversammlung von 1919 – Innenaufnahme<sup>45</sup>



1. Reihe v.l.n.r.: Maria Schmitz, Hedwig Dransfeld, Agnes Neuhaus, Helene Weber
2. Reihe v.l.n.r.: Christine Teusch, Marie Zettler

---

<sup>45</sup> Quelle: Bildarchiv der Bundesgeschäftsstelle des KDFB, Köln.

Abb.3) Portrait Helene Weber 1930<sup>46</sup>

62

Nr. 4452



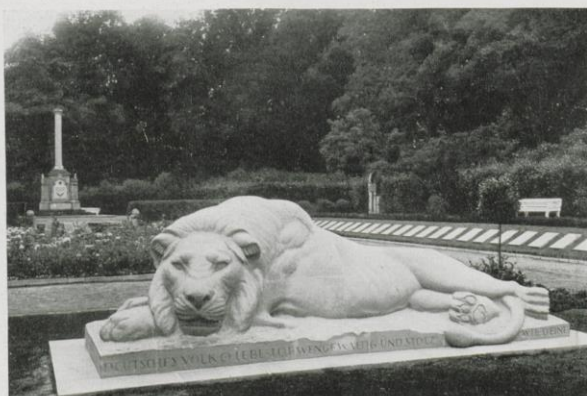
Dem Gedächtnis der gefallenen Flieger.

Entüllung eines Flieger-Gedenksteins auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal anlässlich des Fliegergedenkings am 29. Juni: Major a. D. Dr. Hildebrand bei der Weiherede.



Deutsche Schüler als Gäste in England.

Der englischen Hauptstadt statten auf Einladung einer Londoner Schule 20 Hamburger Schüler einen Besuch ab; dort wurden sie zu den historischen Stätten und anderen Sehenswürdigkeiten geführt und auch vom Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald empfangen. — Dr. Salter, ein englischer Parlamentsabgeordneter, erzählt auf der Terrasse des Unterhauses den Schülern von der Geschichte des englischen Parlaments.



Das Löwendenkmal an der Kriegergedenkstätte in Treuenbrietzen (Brandenburg).

Dieses Gedächtnismal, ein Werk von Prof. A. Kraus, wurde am 29. Juni eingeweiht. — Im Hintergrund das Kriegerdenkmal von 1870/71.

## LIEBENSWÜRDIGE ANTWORTEN

AUS GALANTER ZEIT

Als die Königin Anna von England den Thron bestieg, erschien unter den zahlreichen Gratulanten auch der Marquis von Normanby, der bereits in hohem Maße die Gunst der Fürstin besaß. Er wußte seinen Glückwunsch in so wohlgefaßter Form abzustatten, daß die Königin ihm wie berauscht zuhörte, ohne ein Wort des Dankes zu finden. Als er fertig war, atmete sie nur tief auf. Dann sagte sie nach einer längeren Pause: „Es ist recht warm heute“, und sie fächelte ihr erhitztes Gesicht. „Kann es denn anders sein, allergnädigste Königin?“ sagte der Marquis. „Solange die Welt steht, hat die Sonne noch nie so schön und so warm über England geschienen wie heute!“ Der Dank für eine so liebenswürdige Schmeichelei folgte bald. Die Königin machte den Marquis zum Herzog von Buckingham.

Es ist in aller Welt bekannt, daß die Türken in früheren Zeiten sehr abgeneigt waren, auf Fragen der Ungläubigen, die sich auf ihre Religion und deren Sitten und Gebräuche bezogen, ernstlich zu antworten, zumal in den von Voltaireschem Geiste und dem leichten Spott der Enzyklopädisten erfüllten Salons des 18. Jahrhunderts. Als daher am Wiener Hofe eine sehr vornehme Dame an den türkischen Gesandten die Frage richtete, warum eigentlich die mohammedanische Religion den Männern so weitherzig erlaube, mehr als eine einzige Frau zu nehmen, antwortete der Gesandte, da er doch nicht gut umhin konnte, überhaupt eine Antwort zu geben: „Unsere Religion erlaubt uns die Vielweiberei nur deshalb, Madame, weil sich in unseren Ländern die vielen Tugenden und liebenswürdigen Eigenschaften nur zerstreut und vereinzelt in den Vertretern des weiblichen Geschlechtes finden, die in Ihrer Person, Madame, alle zu einer Einheit zusammengeschlossen sind.“

Die vornehme Fragerin erröte anmutig, aber sie wußte nichts zu antworten und unterließ weitere Fragen. Vo.



Prof. Dr. Max Bodenstein, Direktor des Physikalisch-Chemischen Instituts der Universität Berlin, Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften, wurde zum Präsidenten der Deutschen Chemischen Gesellschaft gewählt.



Prof. Dr. Eilfried Bock, langjähriger Mitarbeiter Geheimrat Friedländer, wurde als dessen Nachfolger zum Direktor des Kupferstich-Kabinetts in Berlin ernannt.



Helene Weber.

Reichstagsabgeordnete des Zentrums, seit 1921 als Ministerialrätin im Preussischen Wohlfahrtsamt tätig, erhielt für ihre Verdienste um die Jugendpflege und die soziale Frauenschulung von der Universität Münster den Titel Dr. rer. pol. ehrenhalber.



Dr. Führ.

früherer Oberlandesgerichtsrat in Frankfurt a. M., der während der Besatzungszeit im Auftrag der deutschen Regierung als Offizialverteidiger die Interessen deutscher Angeklagter im besetzten Gebiet wahrzunehmen hatte, erhielt in Anerkennung seiner wertvollen Tätigkeit die Ernennung zum Senatspräsidenten am Oberlandesgericht in Düsseldorf.

<sup>46</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4452, 172. Bd., 10. Juli 1930, 62.



Abb. 4) Helene Weber 1931<sup>47</sup>

428

Nr. 4489

# A U S A L L E R W E L T



Von der Erdrutschkatastrophe in Savoyen (Südostfrankreich).  
Erdarbeiten zur Abwehr gegen weitere Erdbewegungen: Ein großer Graben wird ausgehoben, der die Erd- und Gesteinsmassen aufhalten soll. — Drei Dörfer wurden durch die Katastrophe vernichtet.



Frankreich schlägt Deutschland 1:0.  
Szene aus dem ersten Nachkriegs-Länderkampf zwischen einer deutschen und einer französischen Fußball-Nationalmannschaft. Vor dem deutschen Tor: Krell und Leinberger retten in gefährlicher Situation. — Dieser mit Spannung erwartete Kampf endete durch Selbsttor mit einer Niederlage der Deutschen; 60000 Zuschauer wohnten im Stadion von Colombes bei Paris dem Treffen bei.



Marlene Dietrich in Paris.  
Ankunft der bekannten Filmstarstellerin Marlene Dietrich (rechts) mit Barbara Gould, der „Königin der Schönheitspflege“, auf dem Nordbahnhof in Paris.



Jeder Ehemann seine eigene Köchin!  
Teilnehmer am Weltkochen der Ehemänner auf der Kochkunst-Ausstellung in Berlin beweisen einander, was sie können.



Lösung des Klavierproblems im Rundfunk?  
Seit je war der Klaverton das Schmerzkind des Rundfunks. Eine Abstellung der bisherigen Klangfehler soll durch eine von dem Hamburger Albert Hiller eingeführte Einrichtung erreicht werden: Ohne Verwendung des Mikrophons wird der Klang durch einen bei den einzelnen Saiten angebrachten elektromagnetischen Tonabnehmer direkt auf den Sender übertragen. Diese neuartige Vorrichtung wurde vor kurzem im Berliner Rundfunk erfolgreich erprobt.



Dr. e. h. Helene Weber,  
bedeutende Persönlichkeit des Jugendpflegewesens, Ministerialrätin, Mitglied des Reichstages (Zentrum), feierte am 17. März ihren 50. Geburtstag.



Katharina v. Haxthausen,  
verdientvolle Förderin der Frauenbewegung, 1. Vorsitzende des Lettevereins in Berlin (Verein zur Förderung der weiblichen Erwerbstätigkeit), † am 12. März.

<sup>47</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4489, 176. Bd., 26. März 1931, 428.

Abb. 5) Helene Weber 1930 und 1931 im Vergleich (leicht vergrößert)

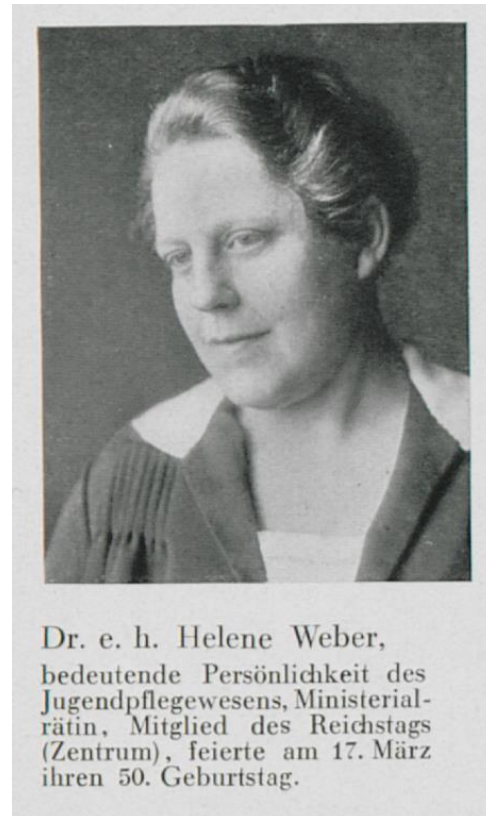




Abb. 6) Helene Weber privat-öffentlich<sup>48</sup>



---

<sup>48</sup> Quelle: Bildarchiv der Bundesgeschäftsstelle des KDFB, Köln.

Abb. 6a) Modefotografie 1926<sup>49</sup>

<sup>49</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4246, Oktober 1926, S. 489.

Abb. 6b) Schauspiel und Revue<sup>50</sup>

<sup>50</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4247, Oktober 1926, S. 524.



Abb. 6c) Modefotografie 1931<sup>51</sup>



<sup>51</sup> Quelle: Illustrierte Zeitung Leipzig, 1931.

Abb. 7 – 16) Die Rechercheergebnisse aus dem Bundespressearchiv

Abb. 7) SZ 1951<sup>52</sup>



---

<sup>52</sup> Quelle: Süddeutsche Zeitung, 23. September 1949.

Abb. 8) Ruhr-Nachrichten Dortmund 1950 & 1951<sup>53</sup>



---

<sup>53</sup> Quelle: Ruhr-Nachrichten Dortmund, 30.9.1950.



Abb. 9) Welt am Sonntag 1951<sup>54</sup>



Abb. 10) Aachener Volkszeitung 1953 & Kölnische Rundschau 1953<sup>55</sup>



<sup>54</sup> Quelle: Welt am Sonntag, 4. März 1951.

<sup>55</sup> Quelle: Aachener Volkszeitung, 19. August 1953; Kölnische Rundschau, 5. September 1953.

## **Helene Weber als Europäerin**

*von Dr. Marie-Emmanuelle Reytier*



|                                                                                                                                     |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. Einführung.....                                                                                                                  | 218 |
| II. Helene Weber als Europäerin vor 1933 .....                                                                                      | 218 |
| II.1. Ein gemäßigter Patriotismus.....                                                                                              | 218 |
| II.1.1. Helene Webers Verständnis von Europa vor 1914 .....                                                                         | 218 |
| II.1.2. Der Erste Weltkrieg, das Kriegsende und der Versailler Vertrag....                                                          | 219 |
| II.1.3. Elsass-Lothringen.....                                                                                                      | 224 |
| II.2. Die Tagungen der ‚Demokratischen Parteien christlicher Prägung‘ .....                                                         | 227 |
| II.2.1. Die Gründung 1925.....                                                                                                      | 227 |
| II.2.2. Entwicklung, Höhepunkte und Untergang: 1926–1932.....                                                                       | 228 |
| III. Überleitung 1933–1945 .....                                                                                                    | 231 |
| IV. Helene Weber als Europäerin nach 1945 .....                                                                                     | 233 |
| IV.1. Helene Weber als Delegierte des Bundestages zur beratenden<br>Versammlung des Europarates nach 1945 .....                     | 233 |
| IV.1.1. Die bescheidene Stellung Helene Webers .....                                                                                | 233 |
| IV.1.2. Helene Weber, die deutschen Kriegsgefangenen und die<br>Kriegsverbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs ..... | 235 |
| IV.1.3. Helene Weber, die Konvention zum Schutze der Menschenrechte<br>und Grundfreiheiten und die europäische Sozialcharta .....   | 239 |
| IV.2. Helene Webers Engagement für Europa in den internationalen<br>katholischen Frauenverbänden .....                              | 242 |
| V. Schlussbetrachtung .....                                                                                                         | 243 |

## I. Einführung

In einem biographischen Artikel schreibt Rudolf Morsey, dass Helene Weber „zum kleinen Kreis derjenigen Zentrumsabgeordneten, die intensiv an einer deutsch-französischen Aussöhnung arbeiteten“<sup>1</sup>, gehörte. Joseph Joos hat den Einsatz Helene Webers für den Frieden zwischen den beiden Weltkriegen 1958 wie folgt zusammengefasst: „Von einem edlen Patriotismus durchglüht und auf nationale Freiheit und Unabhängigkeit bedacht, bewahrte sie eine innere Ausgeglichenheit vor jeder Regung zu nationalistischer Unvernunft. Ideen des Weltfriedens, der Friedensbereitschaft lagen ihr selbstverständlich nahe, aber sie verlor sich nie in einen illusionistischen Pazifismus. Und weil sie europäisch dachte, gehörte sie zu jener kleinen Gruppe von Männern und Frauen, die sich zu einer Zeit, da es in den Augen vieler noch als halber Landesverrat galt, ernsthaft um eine echte, politische Verständigung mit Frankreich bemühte. Unsere französischen Freunde, Pioniere der heutigen Zusammenarbeit, schätzten an der sprachkundigen deutschen Kollegin insbesondere die Besonnenheit und Behutsamkeit in der Behandlung von Fragen, für deren Lösung die Zeit noch nicht gekommen war.“<sup>2</sup>

Mit diesem Aufsatz möchte ich das Idealbild von Helene Weber als Verfechterin für den Frieden in Frage stellen und folgende Fragen beantworten:

Wie beabsichtigte Helene Weber nach dem Ersten Weltkrieg den Frieden wieder aufzubauen? Welche Vorstellung hatte sie von den deutsch-französischen Beziehungen, insbesondere nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg? Inwiefern unterschieden sich ihre Ideen von denen der anderen Abgeordneten des Zentrums sowie der anderen Verantwortungsträgerinnen im Katholischen Deutschen Frauenbund? Wie setzte sie sich in ihren verschiedenen Ämtern in der Politik und in Verbänden, die sie im Laufe von fast 50 Jahren innehatte, für den Frieden und den Aufbau Europas ein? Mit wem arbeitete sie, abgesehen von Konrad Adenauer, eng zusammen? Welches Beziehungsnetz hatte sie auf europäischer Ebene?

## II. Helene Weber als Europäerin vor 1933

### II.1. Ein gemäßigter Patriotismus

#### II.1.1. Helene Webers Verständnis von Europa vor 1914

Im Allgemeinen kann man Helene Weber ohne weiteres dem Lager der Frankophilen zuordnen. Während ihres Studiums der Geschichte, der Soziologie, der Philosophie und des Französischen hatte sie 1906 einige Monate an der Universität von Grenoble verbracht. Sie kannte Frankreich gut und beherrschte die französische Sprache sehr gut.

---

<sup>1</sup> Morsey, Rudolf, Helene Weber (1881–1962), in: Ders./Jürgen Aretz/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, 223–234, 229.

<sup>2</sup> Joos, So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958, 30–31. Wiederholt in Ders., Im Rückblick, in: Katholischer Deutscher Frauenbund (Hg.), Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961, Köln 1961, 71–76.

Sie interessierte sich nicht nur für Frankreich und seine Kultur, sondern auch für England und wollte die politische und soziale Entwicklung dieser beiden Länder bekannt machen. Luise Jörissen, eine der Schülerinnen von Helene Weber, als diese 6- bis 18-jährige Gymnasiastinnen in Köln unterrichtete, erzählt, dass sie im Unterricht oft Artikel der französischen Tageszeitung *Le Temps* sowie der *Times* verwendet hat.<sup>3</sup> Zu dieser Zeit war diese Art des Unterrichts eine Innovation. Sie beweist, welche Bedeutung Helene Weber der politischen Bildung ihrer jungen Schülerinnen beimaß.

Außerdem hatte sie mit dem Ehepaar Joos Freundschaft geschlossen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich Joseph Joos in den Gewerkschaften einen Namen gemacht. Er war Tischler von Beruf und hatte 1903 beim Volksverein für das katholische Deutschland einen Wirtschaftskurs belegt. Danach arbeitete er als Journalist (1904) und als Chefredakteur (1905–1919) bei der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*.<sup>4</sup> Joseph Joos erzählt, dass er Helene Weber 1906 durch Carl Sonnenschein, damals Kaplan in Elberfeld, kennenlernte.<sup>5</sup> Carl Sonnenschein hatte seinen Freund Joseph Joos in Mönchen-Gladbach in Begleitung einer jungen Lehrerin besucht. Diese junge Lehrerin war Helene Weber. Sie war damals 25 Jahre alt. Sie interessierte sich sehr für die Arbeit des Volksvereins und hatte Kontakte mit der zentralen Stelle der westdeutschen katholischen Arbeiterbewegung. 1908 stellte Joseph Joos Helene Weber seiner frisch angetrauten Ehefrau Barbara (1883–1939) vor, die seit 1906 Sekretärin der katholischen Arbeiterinnenvereine Westdeutschlands war. Diese Begegnung war der Beginn einer langen Freundschaft zwischen Helene Weber und der Familie Joos, die während der Weimarer Republik, als Helene Weber und Joseph Joos Abgeordnete des Zentrums im Reichstag wurden, noch enger wurde.<sup>6</sup> Joseph Joos stammte aus dem Elsass und war dieser Region sehr verbunden. Er liebte Frankreich genauso wie Helene Weber und beherrschte, wie sie, die französische Sprache nahezu perfekt. Helene Webers Engagement für eine deutsch-französische Annäherung lässt sich sicherlich teilweise auf den Einfluss dieser Freundschaft zurückführen, auch wenn es keine Quellen gibt, die das eindeutig bestätigen.

### II.1.2. Der Erste Weltkrieg, das Kriegsende und der Versailler Vertrag

Wie die Mehrheit der Deutschen war auch Helene Weber empört über die Härte des Versailler Vertrages. 1919 mussten die Abgeordneten des Reichstags entscheiden, ob

<sup>3</sup> Vgl. Jörissen, Luise, Als Oberlehrerin in Köln, in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 13–21, 15.

<sup>4</sup> Vgl. Wachtling, Oswald, Joseph Joos (1878–1965), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, 236–250.

<sup>5</sup> Vgl. Eschenburg, Theodor, Carl Sonnenschein, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 11 (1963) 333–361; Löhner, Wolfgang, Carl Sonnenschein (1876–1929), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 4, Mainz 1980, 92–102. Helene Weber und Carl Sonnenschein verband eine tiefe Freundschaft. Helene Weber pflegte Carl Sonnenschein während seiner langen Krankheit bis zu seinem Tod 1929. Vgl. Joos, So sah ich sie, 26.

<sup>6</sup> Vgl. ebd., 26–27. Siehe die Photographie (eine Privataufnahme von 1913) von Helene Weber und Barbara Joos, S. 96, sowie die Photographie von Joseph Joos, Helene Weber und Barbara Joos, 1913, in: Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens, 64. Der Name Helene Weber erscheint nicht im Index der Bibliographie von Wachtling, Oswald, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974. Diese Auslassung ist erstaunlich.

Deutschland den Versailler Vertrag akzeptierte. Am 22. Juni 1919 stimmte Helene Weber unter der Bedingung, dass die ‚Sieger‘ auf die sogenannten ‚Ehrenpunkte‘ verzichteten, für seine Annahme. In diesen Paragraphen wurde dem Kaiserreich die alleinige Verantwortung am Ausbruch der Feindseligkeiten zugewiesen und die Auslieferung der Kriegsverursacher gefordert.<sup>7</sup> Da die ‚Sieger‘ das ablehnten, war Helene Weber zusammen mit Maria Schmitz<sup>8</sup> bei der zweiten Abstimmung am 23. Juni eine der wenigen Abgeordneten, die sich nicht entschließen konnten, für die Annahme des Vertrages zu stimmen. Wenige Tage später gestand sie einer Bekannten in Köln: „Zuerst, ohne Schmachparagraphen für >ja<, dann für >nein<. Ich konnte nicht mehr. Mehr kann ich nicht schreiben.“<sup>9</sup> Sie erklärte ihre Haltung einige Wochen später öffentlich in einem Artikel der *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen*: „Für mich stand das sittliche Gesetz des Volkes höher als die Existenzfrage. Ich konnte nur ein ‚Nein‘ sprechen, als der Feind auch das Opfer der ‚Ehrenpunkte‘ verlangte.“<sup>10</sup> Für Helene Weber wie für die meisten ihrer Landsleute hatten die Deutschen einen ‚gerechten Krieg‘ geführt, weil es ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Ihr Land sei gezwungen gewesen, sich gegen die Feinde, die es eingekreist hatten, zu wehren. Während des Krieges hatte sie getan, was sie konnte, um ihrem Land zum Sieg zu verhelfen: Sie hatte sich ehrenamtlich in der Kriegsfürsorge engagiert und hatte zum Beispiel Kriegsamts-Nebenstellen eingerichtet.<sup>11</sup>

Helene Weber unterschied sich allerdings von den konservativen und nationalistischen Eliten ihres Landes insofern, als sie, wie eine Mehrheit in den katholischen Eliten, der Meinung war, dass immerhin beide Seiten eine gewisse moralische Verantwortung trügen, da der Krieg die Folge einer neuen Ideologie war, die sich seit dem 19. Jahrhundert in Europa ausbreitete: des Materialismus. Die europäischen Völker hätten sich nach und nach von der Liebe Gottes abgewandt und sich der Gewalt verschrieben.<sup>12</sup> Dieses Erklärungsmuster war nichts Neues: Helene Weber ließ sich von den Schriften von Papst Benedikt XV., die von vielen führenden Katholiken Deutschlands übernommen worden waren, inspirieren. Sie bedauerte zutiefst und mit einer gewissen

<sup>7</sup> Vgl. Sharp, Alan, *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919*, Houndmills/London 1991, 86-87.

<sup>8</sup> Vgl. Emmerich, Marilone, Maria Schmitz (1875–1962), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, Mainz 1979, 204-222.

<sup>9</sup> Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Bd.47, Helene Weber an L. Bardenhewer, 1. Juli 1919, zit. nach Lauterer, Heide-Marie, *Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949*, Königstein/Taunus 2002, 130.

<sup>10</sup> Weber, Helene, Gedanken zum Friedensschluß, in: *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* 32 (1919) 227-229, 228, zit. nach Sack, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998, 206.

<sup>11</sup> Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 39. Dietlein-Rust, Hedwig/Hartmann, Sibille, Beginn der Sozialarbeit, in: Mohr/Prégardier, *Ernte eines Lebens*, 23-30, 26.

<sup>12</sup> Vgl. Weber, Friedensschluß; Weber, Helene, Wege zum Frieden, in: *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* 32 (1919) 353-354.

Bitterkeit, dass die kriegführenden Parteien die Friedensvorschläge von Papst Benedikt XV. nicht befolgt hatten.<sup>13</sup>

Konrad Adenauer<sup>14</sup> orientierte sich übrigens auch an den Schriften von Papst Benedikt XV. Zu Beginn der zwanziger Jahre prangerte Papst Benedikt XV. wiederholt und insbesondere in seiner Enzyklika *Pacem dei mundus* vom 23. Mai 1920 die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages und den fehlenden Frieden in Europa an.<sup>15</sup> Auf dem Katholikentag<sup>16</sup> von 1922 in München bezeichnete Konrad Adenauer, der dem Kongress vorstand, den Versailler Vertrag als willkürlich, da er sich auf das erzwungene Eingeständnis gründete, dass nur das Wilhelminische Reich am Kriegsausbruch schuld war. Er rief aus: „In der europäischen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit gibt es kein Dokument, das so allen menschlichen, allen christlichen Grundsätzen hohnspricht wie das Diktat von Versailles.“<sup>17</sup> Seiner Meinung nach war der Krieg der Beweis des Scheiterns von Sozialismus und Liberalismus: „Es wird behauptet, das, was wir erlebt haben und noch erleben, beweise die Wertlosigkeit der christlichen Grundsätze, sei ein Zusammenbruch des Christentums. Das ist eine grobe Geschichtsfälschung. Gerade das Gegenteil ist richtig; was wir erleben, ist der Zusammenbruch des Materialismus, die Götterdämmerung der materialistischen Weltauffassung.“<sup>18</sup>

Auf dem Katholikentag in Hannover 1924 vertrat Joseph Joos die Meinung, dass die Deutschen nun feststellen konnten, dass „auch der Machtgedanke in seiner Veräußerlichung und Ueberspannung zum Untergang [führt]. Wir Deutsche haben etwas davon erfahren.“<sup>19</sup> Allerdings schloss der ehemalige Chefredakteur der *Westdeutschen Arbeiter-Zeitung*, dass „[wir] keine Alleinschuld an dem europäischen Unglück auf uns nehmen [können]“, da das nicht der historischen Realität entspreche.<sup>20</sup>

Die Aussagen von Helene Weber, Konrad Adenauer und Joseph Joos sind beispielhaft für die Meinung jener Zeit. Die Mehrheit der katholischen Eliten Deutschlands war der Auffassung, dass die Mitglieder der Triple-Entente die mitteleuropäischen Reiche manipuliert hatten, um diese zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu zwingen.

<sup>13</sup> Vgl. *Renoton-Beine, Nathalie*, La Colombe et les tranchées. Benoît XV. Et les tentatives de paix Durant la Grande Guerre, Paris 2004, 241-309.

<sup>14</sup> Vgl. *Morsey, Rudolf*, Konrad Adenauer (1876–1967), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, 186-201.

<sup>15</sup> Vgl. *Benedict XV.*, *Pacem Dei munus*, in: *Acta Apostolicae Sedis* 12 (1920) 209-218; *Stehlin, Stewart A.*, Weimar and the Vatican, 1919–1933. German-Vatican Relations in the Interwar Years, Princeton 1983, 42.

<sup>16</sup> Über die Katholikentage zur Zeit der Weimarer Republik siehe *Reytier, Marie-Emmanuelle*, Les catholiques allemands et la République du Weimar. Les Katholikentage 1919 – 1932. Thèse sous la direction du Professeur Jean-Dominique Durand, Université Jean Moulin – Lyon 3, 2004.

<sup>17</sup> *Adenauer*, Eröffnungsrede des Präsidenten, in: Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München. 27. bis 30. August 1922, Würzburg 1923, 43-53, 44.

<sup>18</sup> Ebd., 46.

<sup>19</sup> *Joos, Joseph*, Jugend – Nationalismus – Pazifismus, in: Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Hannover. 30. August bis 3. September 1924, Würzburg 1924, 149-156, 153.

<sup>20</sup> Ebd., 154.

Oft beriefen sie sich dabei auf das Telegramm vom 3. Oktober 1918, das Prinz Max von Baden dem amerikanischen Präsidenten gesandt hatte: Der Kanzler hatte erklärt, dass das Kaiserreich bereit sei, die Waffen niederzulegen, und er hatte Thomas Woodrow Wilson gebeten, die Verhandlungen auf der Grundlage der ‚14 Punkte‘ vom Januar 1918 zu führen.<sup>21</sup> Am 5. November hatte der amerikanische Außenminister seinem Berliner Amtskollegen geschrieben, dass die Alliierten die allgemeinen Grundsätze der ‚14 Punkte‘ akzeptierten. Die deutsche Regierung war also davon überzeugt, dass diese Grundsätze die Basis für die Verhandlungen bildeten, und fragte General Ferdinand Foch, der an der Spitze der Truppen an der Westfront stand, nach den Bedingungen des Waffenstillstands. Auf der Friedenskonferenz von Paris vom 12. Januar bis 28. Juni 1919 musste sich die deutsche Delegation dann der augenscheinlichen Realität stellen: Die Alliierten weigerten sich, die ‚14 Punkte‘ als Diskussionsthema anzuerkennen. Die Versuche der deutschen Regierung, eine Abschwächung des Vertrages durch einen Bezug auf die ‚14 Punkte‘ zu erreichen, blieben erfolglos. Seitdem wurden die ‚Sieger‘ beschuldigt, ihr Wort nicht gehalten zu haben.<sup>22</sup>

Helene Weber empörte sich auch über die Deutschland in Versailles aufgezwungenen territorialen Sanktionen.<sup>23</sup> Der Verlust großer Gebiete im Osten und die Gründung Österreichs wurden von den Deutschen als eine tiefe Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das im ‚10. Punkt‘ von Thomas Woodrow Wilson erwähnt wurde, angesehen.<sup>24</sup> Am 12. Mai 1919, während der Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, ergriff Helene Weber allerdings nicht das Wort, um die territorialen Verluste im Osten anzusprechen, sondern erwähnte nur die Politik der Alliierten im Westen. Zunächst empörte sie sich über das Schicksal der Bevölkerung von Eupen und Malmédy. Ihrer Meinung nach waren Eupen und Malmédy ‚urdeutsche Gebiete‘<sup>25</sup>. Sie erkannte aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker an und akzeptierte, dass der Westen von Malmédy Belgien wieder zugesprochen werden konnte, wenn die Bevölkerung dies mehrheitlich wünschte, da dieser Teil wallonisch war. Andererseits vertrat sie die Meinung, dass der Osten Malmédys, wo vornehmlich Deutsch gesprochen wurde, das Recht hatte, deutsch zu bleiben, wenn die Bevölkerung dies wünschte.<sup>26</sup> Für Helene Weber waren Eupen und Malmédy Kriegsbeute, derer sich Belgien aus Trotz bemächtigt hatte, da es die nahe gelegene Regionalhauptstadt Aachen nicht bekommen konnte.<sup>27</sup>

<sup>21</sup> Siehe den Text der ‚14 Punkte‘ in: Wilson, Woodrow, Rede vor dem Kongreß, 8. Januar 1918, in: Klaus Schwabe (Hg.), Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, 47-49.

<sup>22</sup> Vgl. Dülffer, Jost, Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, 17-34.

<sup>23</sup> Vgl. Weber, Friedensschluß.

<sup>24</sup> Vgl. Suval, Stanley, Overcoming Kleindeutschland. The Politics of Historical Mythmaking in the Weimar Republic, in: Central European History 2/4 (1969) 312-330.

<sup>25</sup> Vgl. Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (1919/1920), Bd. 326, Berlin 1919–1920, 2700.

<sup>26</sup> Vgl. Ebd.

<sup>27</sup> Vgl. Ebd.

Es bekümmerte sie auch, was die ‚Sieger‘ mit der Bevölkerung im Rheingebiet vorhatten. Sie verurteilte die militärische und wirtschaftliche Besatzung, durch die die Bevölkerung zusehends verarmte. In ihren Augen verlängerte die Anwesenheit von Besatzungstruppen auf deutschem Boden den Kriegszustand: „Das ist kein Frieden!“ rief sie aus und fragte: „Soll jenes Ordnungswesen weiter quälen? Soll jenes Haß- und Rache- und Bitterkeitsgefühl noch höher emporzüngeln?“<sup>28</sup>

Zu den Territorialklauseln kamen die materiellen und finanziellen Klauseln in Artikel 232 des Versailler Vertrages hinzu.<sup>29</sup> Für die Mehrzahl der katholischen Eliten Deutschlands war die Armut der deutschen Bevölkerung, die sich seit dem Ende des Krieges verschlimmert hatte, direkt auf die Reparationen zurückzuführen. Man vertuschte die Rolle, die die Weltwirtschaft angesichts der Überproduktion, die Finanzierung des Krieges mit der daraus resultierenden allgemeinen Inflation und vor allem die Verantwortung der Regierung Wirth spielten: Da die Regierung die Inflation nicht bekämpfte, überließ sie die Rentner, Beamten und kleinen Kaufleute, die vor 1914 die Mittelklasse gebildet hatten, ihrer Not.<sup>30</sup>

Die katholischen Eliten machten die ‚Sieger‘ allein für die Not verantwortlich und verfolgten dabei ein doppeltes politisches Ziel. Zunächst wollten sie ihre Regierung und insbesondere das Zentrum unterstützen, um die Annullierung oder zumindest eine Abschwächung der Wirtschaftsklauseln zu erreichen. Sie malten ein übertriebenes Bild der tatsächlichen Lage und das war Teil ihrer Exekutionspolitik. Ziel dieser Politik war es zunächst, eine Verringerung der Reparationen zu erreichen. Im Gegensatz zu den Rechtsextremen beschuldigte kein Katholik die Regierung des Verrates. Die Katholiken wiesen die Verantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch und an den Territorialklauseln des Vertrages zurück und zeigten sich so solidarisch mit der Außenpolitik von Joseph Wirth und seinem Außenminister Walter Rathenau. Das zweite Ziel bestand darin, den sozialen Frieden zu bewahren. Zu Beginn der zwanziger Jahre konnten mit Gewalt agierende Gruppen und Parteien langfristig nur durch wirtschaftlichen Aufschwung unterdrückt werden. Die Regierung wollte die Inflation nicht wirksam bekämpfen, um die Schulden nicht bezahlen zu müssen und versuchte deshalb die Aufmerksamkeit der Massen solange davon abzulenken, bis ein Aufschwung möglich würde. Indem äußeren Faktoren die Ursache für die Krise zugeschrieben wurde, konnten revolutionäre Tendenzen zurückgedrängt werden.

Auch Helene Weber verfolgte diese Strategie und versuchte so die ‚Volksgemeinschaft‘ zu bewahren und tiefere Spaltungen zu verhindern. Wie die Mehrheit der deutschen katholischen Eliten glaubte sie, dass die Verbreitung der ‚Dolchstoßlegende‘ eine Manipulation war.<sup>31</sup> Und schlimmer noch, sie spaltete die Deutschen, während diese

---

<sup>28</sup> Ebd., 2701.

<sup>29</sup> Vgl. *Feldman, Gerald D.*, *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York/Oxford 1993, 329–343.

<sup>30</sup> Vgl. *Küppers, Heinrich*, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik*, Stuttgart 1997, 195–203; *Hörster-Philipps, Ulrike*, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie*, Paderborn u.a. 1998, 274–278.

<sup>31</sup> Unter dem Einfluss von Paul von Hindenburg und anderer hoher Militärs sowie der konservativen protestantischen Presse und der völkischen Bewegungen interpretierten viele Deutsche die Revolution

sich eigentlich vereinen sollten, um das Land wieder aufzubauen.<sup>32</sup> Ihr lag der nationale Zusammenhalt ganz besonders am Herzen. Infolge dessen verurteilte sie alles, was in ihren Augen dieser Kohäsion schaden konnte: In den zwanziger Jahren ergriff sie auf den Katholikentagen mehrmals das Wort und trat für die katholische Familie ein, indem sie den Anstieg der Scheidungen, den Geburtenrückgang und die Berufstätigkeit der Mütter insbesondere in der Industrie anprangerte.<sup>33</sup>

Es bleibt festzuhalten, dass Helene Weber in den zwanziger Jahren ihre Meinung über den Versailler Vertrag, den sie weiterhin als ‚Diktat‘ bezeichnete, nicht revidierte. Immerhin gab sie zu, dass sie Unrecht hatte, als sie sich weigerte ihm zuzustimmen. 1929 schrieb sie in der Zeitschrift *Die Christliche Frau*, dass Deutschland den Vertrag zu Recht akzeptiert habe, denn das Land hätte sich ohne diese Unterzeichnung niemals vom ‚Joch der Sieger‘ befreien können.<sup>34</sup> Im Gegensatz zu vielen anderen war Helene Weber in der Lage, ihre Meinung zu revidieren. Nach längerer Überlegung und angesichts der Umstände war sie davon überzeugt, dass die Weimarer Republik immer noch das Beste aus ihrer Lage gemacht hatte. Diese Einschätzung der Situation war 1929 realistisch, denn Deutschland hatte es in der Tat geschafft nur einen sehr geringen Teil der Reparationen zu bezahlen und seine Wirtschaft schnell wieder aufzubauen.<sup>35</sup>

### II.1.3. Elsass-Lothringen

In seinen Erinnerungen erzählt Josef Hofmann, dass er in den zwanziger Jahren mit Joseph Joos, Helene Weber, Christine Teusch<sup>36</sup> – Abgeordnete der Nationalversammlung 1919 und des Reichstags (1920–1933) – und Julius Stocky (1879–1952) – Direktor der *Kölnischen Volkszeitung* – zu einer Tagung der Internationalen Christlich-Demokratischer Parteien nach Paris fuhr. Er schrieb: „Sehr erschrocken war ich allerdings, als Helene Weber bei einer Besichtigung der französischen Kammer auf die Rednertribüne ging und leise sagte: ‚Elsaß-Lothringen wird doch wieder deutsch‘.“<sup>37</sup> Diese Erklärung von Helene Weber ist umso überraschender, als sie sich damit den ultranationalistischen konservativen sowie den rechtsextremen Kreisen sehr näherte.

Die Mehrzahl der deutschen Katholiken hatte wie der Rest der Bevölkerung die Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zu Frankreich in der Tat ohne große Schwierigkeiten

---

und die „Niederlage“ als das Ergebnis eines neuen Komplotts, das von den Juden und den Bolschewisten angezettelt worden war. Vgl. Krumeich, Gerd, Die Dolchstoßlegende, in: Etienne Francois/Hagens Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, 585-599.

<sup>32</sup> Vgl. Weber, Friedensschluß; Weber, Wege zum Frieden.

<sup>33</sup> Vgl. Reytier, Les catholiques, 603-606, 627-628.

<sup>34</sup> Vgl. Weber, Die Nationalversammlung in Weimar. Nachklänge, in: Die christliche Frau 26 (1929), 66-67; zit. nach Lauterer, Parlamentarierinnen, 131.

<sup>35</sup> Vgl. James, Harold, Economic Reasons for the Collapse of the Weimar Republic, in: Ian Kershaw, Weimar. Why did German Democracy fail? London 1990, 30-57; Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, 241-252.

<sup>36</sup> Vgl. Ballof, Domenica, Christine Teusch (1888–1968), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, 202-213.

<sup>37</sup> Hofmann, Josef, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947, Mainz 1977, 57.



akzeptiert. Die Reden auf den Katholikentagen Anfang der zwanziger Jahre, die die politischen und sozialen Ideen der deutschen Katholiken in der Weimarer Republik widerspiegeln, sind aufschlussreich. Viele Redner kritisierten vehement die neuen Ostgrenzen der Weimarer Republik, doch keiner beklagte das Schicksal der elsässischen und lothringischen Bevölkerung. Im Jahr 1921 in Frankfurt sprach Alois zu Löwenstein<sup>38</sup>, der für die Organisation der Katholikentage verantwortlich und Präsident der Kongresse von Metz 1913 und Straßburg 1905 war – der einzigen in dieser Region zwischen 1871 und 1914 organisierten Katholikentage –, diese Zugehörigkeit in sehr gemäßigter Form vor Flüchtlingen an, die aus Elsass-Lothringen in die Mainegegend gekommen waren.<sup>39</sup> In den Augen des Fürsten durfte eine eventuelle Rückkehr ins Deutsche Reich nur durch ‚friedliche Kulturarbeit‘ geschehen.<sup>40</sup> Heinrich Held<sup>41</sup>, der Präsident des Katholikentages in Frankfurt, richtete „[in] Trauer und Wehmut einen Gruß auch an die, welche vor dem Krieg als unsere Volks- und Reichsgenossen teilhatten an unseren Generalversammlungen und die uns das grausame Geschick des Krieges und das Spiel des Friedens entrissen hat!“<sup>42</sup> Er schloss mit den Worten: „Gott hat es zugelassen, wir beugen uns vor ihm in christlicher Entsagung und Demut!“<sup>43</sup> Danach erwähnte kein einziger Redner mehr Elsass-Lothringen, dessen Schicksal ein für alle Mal geklärt schien.<sup>44</sup>

Josef Hofmann sagt nichts über den Zeitpunkt, zu dem Helene Weber die Worte „Elsaß-Lothringen wird doch wieder deutsch“ gesprochen hat, doch es war sicher nach der Unterzeichnung der Verträge von Locarno, da die erste Tagung der Internationalen Christlich-Demokratischen Parteien am 12. und 13. Dezember 1925 in Paris stattfand.<sup>45</sup> Die von Deutschland am 16. Oktober 1925 paraphierten und in London am 1. Dezember offiziell unterzeichneten Verträge leiteten eine neue Epoche in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ein: Deutschland erkannte seine Grenzen im Westen an und wurde Mitglied des Völkerbundes; Frankreich wiederum verzichtete auf

<sup>38</sup> Vgl. Reytier, Alois Fürst zu Löwenstein (1871–1952), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 10, Münster 2001, 115–128. Dies., Die Fürsten Löwenstein an der Spitze der deutschen Katholikentage. Aufstieg und Untergang einer Dynastie (1868–1968), in: Günter Schulz/Markus A. Denzel (Hg.), *Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 2005, 461–502.

<sup>39</sup> Vgl. Die Seele der Frankfurter Katholikenversammlung, in: Kölnische Volkszeitung 629, 5. September 1921, 1.

<sup>40</sup> Vgl. Vorgeschichte und Verlauf der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main 27.–30. August 1921, in: Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main. 27. bis 30. August 1921. Nebst einer kurzen Einleitung über Vorgeschichte und Verlauf der Tagung. Würzburg 1921, 11–12.

<sup>41</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus, Heinrich Held (1868–1938), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 1, Mainz 1973, 220–235.

<sup>42</sup> Held, Heinrich, Begrüßungsrede, in: Reden Katholikentag 1921, 27–42, 32.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Vgl. Reytier, *Les catholiques*, 431–439.

<sup>45</sup> Siehe unten.

militärische Sanktionen, und Großbritannien räumte die Besatzungszone um Köln.<sup>46</sup> In gewisser Weise besiegelte das Ende des Jahres 1925 die Wende, die sich bereits seit 1923 mit dem Scheitern der Ruhrbesetzung durch die französischen Truppen abgezeichnet hatte. Dieser Misserfolg hatte den Franzosen gezeigt, dass sie nicht mächtig genug waren, um den Versailler Vertrag mit Gewalt durchsetzen zu können. Einige Monate später setzte der Dawesplan, der am 9. April 1924 bekannt gegeben und vom Reichstag am 29. August angenommen wurde, ein neues Memorandum für die Reparationszahlungen fest. Er trat im Oktober in Kraft und führte zu einer Flut amerikanischer Anleihen, deren Auswirkungen ab dem Frühjahr 1925 spürbar waren und einen schnellen Wirtschaftsaufschwung bewirkten.<sup>47</sup> Ab diesem Zeitpunkt entspannten sich die internationalen Beziehungen. War also Helene Weber Anfang der zwanziger Jahre nationalistischer als die Mehrheit der Katholiken und ist sie das auch nach 1925 noch geblieben, ohne ihre Meinung zu hinterfragen?

Man darf nicht vergessen, dass solche Aussagen nicht durch schriftliche Zeugnisse erhärtet werden können: Helene Weber hat so etwas vielleicht ausgesprochen, doch sie hat es niemals zu Papier gebracht. Abgesehen davon hat ihr Eintreten für den Frieden noch vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrags nicht ahnen lassen, dass sie zu solchen Aussagen fähig war. Sie war zwar vom Völkerbund, der „durch die harten Bestimmungen“ des Versailler Vertrages „getötet [wurde]“, enttäuscht<sup>48</sup>, hatte aber Hoffnung für die Zeit danach. Im politischen Engagement der Frauen sah sie eine Chance für Deutschland: Es würde zur Wiederherstellung des inneren und internationalen Friedens beitragen und dem Land helfen, sich wieder zu erholen. Ein Auszug aus ihrer Rede vor der Nationalversammlung vom 12. Mai 1919 fasst ihre Auffassung vom Frieden, geprägt von gemäßigtem Patriotismus, sehr gut zusammen:

„Ja, meine Damen und Herren, wir [Frauen] sind in die Politik eingetreten, weil wir für Deutschland den Frieden und für die Welt den großen Völkerfrieden ersehnten und schaffen wollten [...]. Höre es, o Welt: Deutschland wird, solange es den Glauben und die Hoffnung und seine Menschen hat, die der Zukunft entgegengehen, nicht untergehen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen)“<sup>49</sup>

<sup>46</sup> Vgl. Wright, Jonathan R. C., Stresemann and Locarno, in: Contemporary European History 4 (1995) 109-131; Baechler, Christian, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'imperialisme à la sécurité collective, Straßburg 1996, 583-660.

<sup>47</sup> Vgl. Schuker, Stephen A., The End of the French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976, 264; Feldman, Great Disorder, 834-835.

<sup>48</sup> Verhandlungen der Nationalversammlung 326, 2701-2702.

<sup>49</sup> Ebd.

Diese Auffassung ähnelte der anderer Verantwortlicher des KDfB während des Ersten Weltkrieges, wie zum Beispiel Hedwig Dransfeld, oder auch anderer Katholikinnen wie Maria von Gebsattel<sup>50</sup>.

## II.2. Die Tagungen der ‚Demokratischen Parteien christlicher Prägung‘

Helene Weber und Joseph Joos arbeiteten intensiv zusammen, insbesondere auch im Hinblick auf eine Annäherung zwischen französischen und deutschen Katholiken.<sup>51</sup> Am bekanntesten ist ihr gemeinsames Engagement im Rahmen des ‚Secrétariat international des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne, (Internationales Sekretariat Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘, SIPDIC), einer der wenigen Versuche, regelmäßigen politischen Kontakt zwischen Abgeordneten des Zentrums und französischen katholischen Mandatsträgern herzustellen. Welche Rolle spielte Helene Weber in dieser Organisation?

### II.2.1. Die Gründung 1925

Die Mitte November 1924 in Paris gegründete ‚Parti démocratique populaire‘ (PDP) beschloss kurz nach ihrer Gründung, die erste Internationale Konferenz demokratischer Parteien christlicher Prägung zu organisieren.<sup>52</sup> Ursprünglich ging die Idee einer solchen Veranstaltung auf Pater Luigi Sturzo (1871–1959), den Gründer der ‚Partito Popolare Italiano‘ (Italienische Volkspartei, PPI) im Jahre 1919, zurück.<sup>53</sup> Bereits 1920 gründete er ein Komitee zur Propagierung des Gedankens einer ‚Internationale Popolare‘, deren Mitglieder durch Reisen in Europa Kontakte mit anderen katholischen Politikern knüpfen sollten. Einige Monate später lud Pater Sturzo die Parlamentarier verwandter ausländischer Parteien zu einem Treffen am Rande der ‚Konferenz der Interparlamentarischen Union‘ in Stockholm am 17. August 1921 ein. Sein Ziel war die Gründung einer ‚Entente interparlementaire‘, die sich aus katholischen Abgeordneten verschiedener europäischer Länder zusammensetzen sollte. Die Mitglieder dieser ‚Entente interparlementaire‘ sollten sich regelmäßig treffen, um gegenüber dem Völkerbund und in wichtigen politischen Fragen eine einheitliche Haltung anzustreben. Ihre Debatten sollten der Öffentlichkeit durch diverse Veröffentlichungen, insbesondere durch ein monatliches Mitteilungsblatt, bekannt gemacht werden. Dieses Projekt scheiterte großenteils an den französischen und belgischen Parlamentariern, die durch ihre Weigerung, nach Stockholm zu reisen, ihrer Missbilligung der Anwesenheit deutscher und österreichischer Abgeordneter Ausdruck verliehen.

<sup>50</sup> Vgl. Sack, Religiöse Bindung, 202-203; Reytier, Marie-Emmanuelle, Maria Freiin von Gebsattel (1885–1958). Eine Adelige mit bürgerlichem Engagement, in: Gisela Muschiol (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 223-237.

<sup>51</sup> In seiner politischen Biographie von Joseph Joos erwähnt Oswald Wachtling dessen Engagement für eine Annäherung der Katholiken beiderseits des Rheins nur sehr kurz. Dieser Aspekt seines politischen Handelns wurde von den Historikern vernachlässigt.

<sup>52</sup> Vgl. Mayeur, Jean-Marie, Des partis catholiques à la démocratie chrétienne XIXe-XX siècles, Paris 1980, 118-122.

<sup>53</sup> Vgl. Vecchio, Giorgio, La democrazia cristiana in Europa (1861–1963), Mailand 1979, 73-82; Lönne, Karl-Egon, Politischer Katholizismus im 19. und 10. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1986, 253-258.

Im September desselben Jahres reiste Pater Sturzo nach Deutschland, um den dortigen Vertretern vorzuschlagen, katholische Abgeordnete der verschiedenen europäischen Länder im Februar 1922 einzuladen. Ziel sollte diesmal die Gründung eines ‚internationalen parlamentarischen Büros‘ sein. Bei dieser Gelegenheit musste er einsehen, dass die Unterstützung dieses Projektes nur ein Lippenbekenntnis war. Die Deutschen fürchteten die Reaktion der protestantischen Konservativen der DNVP, die die Gründung einer katholischen Internationalen sofort als Beweis für die Romhörigkeit der katholischen Minderheit interpretieren würden. Während der Konferenz von Genua vom 10. April bis 19. Mai 1922 versuchte Pater Sturzo erneut die katholischen Teilnehmer zu mobilisieren, um sein Projekt doch noch zu verwirklichen, jedoch wiederum ohne Erfolg.<sup>54</sup> Als Benito Mussolini im Oktober 1922 an die Macht kam, spaltete sich die PPI in einen demokratischen und einen pro-faschistischen Flügel, was Pater Sturzos Position schwächte. Im Oktober 1924 ging er schließlich nach London ins Exil, da er hoffte, dort gegenüber dem Vatikan mehr Handlungsspielraum zu haben als in Paris.<sup>55</sup>

Auf Initiative der PDP versammelten sich am 12. und 13. Dezember 1925 dennoch Abgeordnete aus Frankreich, Belgien, Polen und Deutschland in Paris. Auch Helene Weber wohnte diesem Treffen in Begleitung von Joseph Joos bei.<sup>56</sup> Da die Diskussionen geheim bleiben sollten, ist es schwierig, heute etwas über ihren Inhalt zu erfahren. Die katholische Presse hat weder in Frankreich noch in Deutschland die Protokolle dieser Debatten abgedruckt und die Archive der Protagonisten – wie Joseph Joos, Julius Stocky oder auch Ernest Pézet – enthalten auch keine Dokumente über diese beiden Tage in Paris. Man weiß trotzdem, dass die Teilnehmer am 13. Dezember 1925 das SIPDIC gründeten, damit sich Vertreter europäischer christlicher Parteien regelmäßig trafen. Dieses Sekretariat in Paris unter der Leitung von Henri Simondet, einem Franzosen, sollte zunächst einen Kongress pro Jahr organisieren. Folgende Themen sollten dabei behandelt werden: die Aktivitäten der teilnehmenden Parteien sowie die öffentliche Meinung und die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in den jeweiligen Ländern. Die Teilnehmer diskutierten die großen gesellschaftlichen Probleme ihrer Zeit und versuchten eine gemeinsame Linie bei den Lösungen zu finden.<sup>57</sup>

### II.2.2. Entwicklung, Höhepunkte und Untergang: 1926–1932

Es ist eindeutig, dass Helene Weber auf den Tagungen der ‚Internationalen Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘ nur eine zweitrangige Rolle spielte. Sie

<sup>54</sup> Vgl. *Hanschmidt, Alwin*, Eine christlich-demokratische ‘Internationale’ zwischen den Weltkriegen. Das ‘Secrétariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne’ in Paris, in: *Winfried Becker/Rudolf Morsey* (Hg.), *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, 155-162.

<sup>55</sup> Über die christliche Demokratie in Europa in der Zwischenkriegszeit siehe: *Durand, Jean-Dominique*, *L’Europe de la démocratie chrétienne*, Brüssel 1995.

<sup>56</sup> Vgl. *Papini, Roberto*, L’Internationale démocrate-chrétienne. La coopération internationale entre les partis démocrates-chrétiens de 1925 à 1986, Paris 1988, 33.

<sup>57</sup> Vgl. *Pezet, Ernest*, *Chrétiens au service de la Cité. De Léon XIII au Sillon et au MRP 1891–1965*, Paris 1965, 111-112.

war, neben Joseph Joos, Heinrich Vockel und Richard Kuenzer, eine der vier deutschen Delegierten, die am zweiten Treffen in Brüssel vom 22. bis 23. März 1926 teilnahmen. Dort hielt sie aber keine Rede. Ein Jahr danach nahm sie vom 9. bis 11. Juli 1927 am dritten Kongress in Köln teil, wiederum ohne das Wort zu ergreifen.<sup>58</sup> Im darauffolgenden Jahr blieb sie dem Kongress vom 20. bis 21. Juli 1928 im niederländischen Bois-le-Duc fern. Das ist aus heutiger Sicht umso bedauerlicher als das Archiv der Pariser Nationalbibliothek ausschließlich Informationen über den Kongress in Bois-le-Duc bietet. Die beiden vorhergehenden Kongresse sind nicht dokumentiert. Am Kongress von 1928 nahmen Delegierte aus neun Ländern teil. Für Deutschland kamen acht vom Zentrum entsandte Delegierte: Julius Stocky, Ernesto Ruffini, Hans Broermann und fünf Abgeordnete des Zentrums: Joseph Joos, Wilhelm Hammacher, Christine Teusch, Heinrich Vockel und Heinrich Krone.<sup>59</sup> Joseph Joos stellte einen Bericht mit dem Titel „Die politische Lage in Deutschland und die Rolle des Zentrums“ vor.<sup>60</sup> Er erklärte der Zuhörerschaft, dass die Besetzung des Rheingebiets ein Ende haben sollte und das Saarland, das unter der Kontrolle des Völkerbundes stand, wieder voll und ganz zum Reich gehören sollte. Solange diese beiden Probleme nicht gelöst seien, würden die Deutschen am Friedenswillen der ‚Sieger‘ zweifeln. Gleichzeitig betonte er den Friedenswillen des deutschen Volkes mit bewegenden Worten, die von Helene Weber stammen könnten:

„Man kann nur hoffen, dass die offizielle Politik durch ihr zukünftiges Handeln, durch Abkommen und Verordnungen diesen Willen zur Einigung, der bereits heute besteht, noch weiter verstärkt: dann wird die Idee des Völkerbundes im deutschen Volk wie ein tiefer Glaube und eine unumstößliche Überzeugung verankert sein.“<sup>61</sup>

Am Ende seiner Rede musste sich Joseph Joos entsprechend dem üblichen Kongressablauf einer Reihe von Fragen stellen. Er versicherte unter anderem, dass

<sup>58</sup> Vgl. *Delbreil, Jean-Claude*, Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933), Metz 1972, 115; *Müller, Guido*, Anticipated Exile of Catholic Democrats. The Secrétariat International des Partis Démocratiques d’Inspiration chrétienne, in: *Wolfram Kaiser/Helmut Wahnout* (Hg.), Political Catholicism in Europe 1918–1945, Bd. 1, London/New York 2004, 252–264, 256.

<sup>59</sup> Vgl. Liste des délégations, in: Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d’inspiration chrétienne, 1<sup>er</sup> Novembre 1928, Nr. 1, 2–4.

<sup>60</sup> Joos, Rapport sur la situation politique en Allemagne et le rôle du parti du Centre, in: Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d’inspiration chrétienne, 1<sup>er</sup> Novembre 1928, Nr. 1, 4–8.

<sup>61</sup> Auf Französisch sagte er: „Dans le domaine extérieur, la politique de rapprochement et de solidarité européenne poursuivie depuis des années répond aujourd’hui à la volonté de l’immense majorité du peuple allemand. L’idée de la Société des Nations trouve l’approbation générale. Nous ne désirons que voir s’accroître encore l’autorité politique et morale de la Société des Nations. Il faut espérer que la politique officielle réussira par ses actes futurs, par les conventions et règlements qu’elle élaborera, à encourager encore cette volonté d’entente qui existe dès maintenant: alors l’idée de la Société des Nations prendra dans le peuple allemand la force profonde d’une foi populaire, d’une conviction inébranlable.“ Ebd., 5.

„kein deutscher Politiker den Wunsch habe, das Elsaß von Frankreich zu trennen“<sup>62</sup>. Auch Julius Stocky betonte: „[Für] uns ist die politische Frage geklärt.“<sup>63</sup> Während der Sitzung des Exekutivkomitees ergriff Joseph Joos erneut das Wort, um zu bestätigen, dass das Zentrum den Völkerbund trotz seiner Parteilichkeit und seiner Misserfolge insbesondere bei der Entwaffnung seiner Mitgliedsstaaten unterstützte.<sup>64</sup> Diese Äußerungen schienen der Auffassung von Helene Weber, die zum damaligen Zeitpunkt die Politik von Gustav Stresemann und Aristide Briand unterstützte, zu entsprechen.<sup>65</sup>

Die fünfte Tagung der ‚Internationalen Demokratischer Parteien christlicher Prägung‘ fand vom 26. bis 28. Juli 1929 in Paris statt. Zur deutschen Delegation gehörten neben anderen Joseph Wirth, Konrad Adenauer, Joseph Joos, Helene Weber und Julius Stocky.<sup>66</sup> Helene Weber ergriff das Wort nicht. Die wesentlichen Reden hielt wiederum Joseph Joos. Er sprach die finanziellen Schwierigkeiten des Reiches an und Julius Stocky prangerte den Young Plan an.<sup>67</sup> Das empörte den Franzosen A. Champetier de Ribes: „Es gibt Worte, die uns in Verlegenheit bringen und unser Handeln behindern.“<sup>68</sup> Es gab also immer noch Meinungsverschiedenheiten: Die Deutschen wünschten eine Aufhebung der Verträge und die Franzosen (die PDP) wollten, dass die Deutschen sie respektierten und lehnten eine Revision der Verträge ab.

Helene Weber reiste mit Joseph Joos und Julius Stocky zum Kongress nach Antwerpen vom 24. bis 26. Juli 1930. Im Zentrum der Diskussionen stand der Young Plan. Joseph Joos forderte eine Revision der Verträge, während Ernest Pezet nochmals versicherte, dass die Franzosen diese nicht akzeptieren würden. Die Meinungsverschiedenheiten blieben also unverändert bestehen.<sup>69</sup>

Man versuchte aber die Zusammenarbeit weiter zu pflegen. Im Januar 1931 tagte das Exekutivkomitee in Paris, um eine gemeinsame Friedenserklärung der demokratischen Parteien christlicher Prägung auszuarbeiten. Die Abgeordneten des Zentrums verfassten einen Gegenentwurf, der die negativen Folgen der Wirtschaftskrise, welche eine Wiederherstellung des Friedens verhinderten, anprangerte. Diese wurde von den französischen Vertretern angenommen.<sup>70</sup>

Auch Helene Weber bemühte sich um eine Intensivierung der Kontakte: Am 9. März 1931 hielt sie in Paris vor dem ‚Comité national d’Etudes sociales et politiques‘,

<sup>62</sup> „[...] aucun homme politique allemand avait le désir de séparer l’Alsace de la France“. Ebd., 8.

<sup>63</sup> „[...] pour nous la question politique est réglée“. Ebd.

<sup>64</sup> Vgl. Joos, L’attitude du Centre allemand à l’égard de la SDN, in: Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d’inspiration chrétienne, 1<sup>er</sup> Novembre 1928, Nr. 1, 24-25.

<sup>65</sup> Vgl. Pünder, Hermann, Frau Helene Weber, die 'Europäerin', in: KDFB, 80. Geburtstag Weber, 96-99, 96; Bariéty, Jaques, Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe 1919-1932, in: Stephen A. Schuker (Hg.), Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914-1963, München 2000, 117-134.

<sup>66</sup> An ihrer Seite waren Vockel, Hermes, Bell, Brauns. Vgl. Pezet, Chrétiens au service, 112-113.

<sup>67</sup> Vgl. Delbreil, Les catholiques français, 116.

<sup>68</sup> „Il y a des paroles qui nous gênent et qui entravent notre action“. Zit. in ebd.

<sup>69</sup> Vgl. Ebd., 182-183.

<sup>70</sup> Vgl. Ebd., 183.

anlässlich einer Tagung, an der sie zusammen mit Joseph Joos teilnahm, eine Rede.<sup>71</sup> Die Presse berichtete allerdings nicht darüber, sondern interessierte sich nur für die Appelle von Joseph Joos an das katholische Frankreich. Pater Desbuquois, François Marsal, Adeodat Boissard, Pater Merklen und Mlle Dommanget antworteten darauf mit dem allgemein gehaltenen Thema der ‚Beziehungen zwischen den Katholiken und den Parteien der Mitte in Frankreich und Deutschland‘.<sup>72</sup> Das mangelnde Verständnis der Franzosen für die deutschen Belange und die Verstärkung der politischen Spannungen unter der Regierung Brüning (30. März 1930 – 30. Mai 1932) führten dazu, dass sich die deutschen Delegierten von den SIPDIC distanzierten. Im Dezember 1931 tagte das Exekutivkomitee erneut, diesmal in Luxemburg. Joseph Joos entschuldigte sich schriftlich dafür, dass die deutsche Delegation nicht kommen konnte. Im Oktober 1932 fand der Kongress in Köln statt.<sup>73</sup> Die Abwesenheit der Deutschen zeigt, dass es im Dezember 1931, also bereits bevor Hitler an die Macht kam, zwischen den Vertretern des Zentrums und denen der PDP zum Bruch gekommen war.<sup>74</sup>

### III. Überleitung 1933–1945

Helene Weber reagierte mit Empörung auf Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933. Am 23. März 1933 stimmte sie allerdings aus Parteigehorsam dem Ermächtigungsgesetz zu, obwohl sie zunächst mit elf anderen Zentrumsabgeordneten – darunter Joseph Joos und Heinrich Brüning - während der Probeabstimmung ihrer Partei dagegen gestimmt hatte.<sup>75</sup> Kurz danach wurde sie aus dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entlassen. Am 5. Juli verlor sie auch ihr Abgeordnetenmandat, als ihre Partei sich selbst offiziell auflöste.<sup>76</sup> Sie widmete sich wieder der katholischen Verbandsarbeit. Bis 1943 wohnte sie in Berlin-Schöneberg, wo sie die Bombenangriffe ‚im Todesschatten‘ erlebte, und dann bei ihrer Schwester in Marburg.<sup>77</sup> Wie die Historikerin Heide-Marie Lauterer schreibt, „interpretierte Helene Weber im Nachhinein ihre Situation im Dritten Reich als religiöse Prüfung, die ihr nicht erlaubt habe, sich resigniert ins Privatleben zurückzuziehen“.<sup>78</sup>

Im Herbst 1945 siedelte Helene Weber nach Essen über, wo sie im Haus des Katholischen Frauenbundes wohnte, begann wieder politisch tätig zu werden und engagierte sich bei der Gründung der CDU in Essen.<sup>79</sup> Ihr politisches Engagement

<sup>71</sup> Vgl. *Morsey, Rudolf*, Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumsparlei 1926–1933, Mainz 1969, 521.

<sup>72</sup> „Les Relations entre catholiques et partis centristes de France et d’Allemagne“.

<sup>73</sup> Dabei ereignete sich folgender Zwischenfall: Junge Hitleranhänger drangen in das Kongressgebäude ein. Vgl. *Delbreil*, Les catholiques français, 183.

<sup>74</sup> 1933 fand der Kongress in Wien statt, wo Ernest Pezet und Joseph Wirth, der dort im Exil lebte, sich trafen. Vgl. Ebd., 184.

<sup>75</sup> Vgl. *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 201.

<sup>76</sup> Vgl. Ebd., 230.

<sup>77</sup> Vgl. Brief von Helene Weber an Christine und Käthe Teusch vom 21. Dezember 1943, zit. nach: *Lauterer*, Parlamentarierinnen, 235.

<sup>78</sup> Ebd., 245–247, hier 245.

<sup>79</sup> Vgl. Ebd., 290, 310–313.

wurde schnell intensiver und im April 1947 war sie eine der vier Frauen des 37 Mitglieder umfassenden Zonenbeirats, der im März 1946 von der britischen Militärregierung gegründet und 1947 umstrukturiert wurde.<sup>80</sup> 1948/49 wurde sie Mitglied des Parlamentarischen Rates und von 1949 bis zu ihrem Tod 1961 war sie Mitglied des deutschen Bundestages.<sup>81</sup>

Helene Webers Engagement für Europa begann erst 1950, als es der Bundesrepublik als Staat wieder erlaubt wurde, Außenpolitik zu betreiben. Ihr Engagement für den Frieden und die deutsch-französische Annäherung hatte jedoch schon früher begonnen. In einem Vortrag in Stuttgart am 1. September 1946 reflektierte sie über die schrecklichen Jahre unter dem nationalsozialistischen Joch. Sie bedauerte den Ausgang der Ereignisse nicht: „Und dann kam mit dem 3. Reich der Weltkrieg, der verlorengegangen ist und verlorengehen musste, nicht nur für uns; leider muß man das sagen und hat einen Schmerz nicht nur als deutsche Frau, sondern für die Welt.“<sup>82</sup> Ihrer Meinung nach untergruben die tieferen Gründe des Krieges die europäischen Gesellschaften noch immer. Sie erklärte: „Eine Bewegung, die immer noch anläuft, ich weiß nicht, wann sie ihr Ende erreicht hat, aber sie ist noch immer im Gange – das ist jene Bewegung der Verweltlichung, der Säkularisation, die die Welt herausnimmt aus den göttlichen Ordnungen, Stück für Stück, wirtschaftlich und kulturell, zuletzt die Zivilisation.“ Sie bedauerte zutiefst, „wie friedlos die Welt [war]“ und wie sehr gerade die Unschuldigen leiden mussten, insbesondere „die Säuglinge mit den Müttern“. Sie war der Meinung, dass nur eine „neue Geistlichkeit“ Deutschland vor dem Abgrund retten könne und dass die deutschen Frauen nach dem Beispiel der Jungfrau Maria eine zentrale Rolle spielen sollten, damit sich diese „religiöse Erneuerung“, diese „Erneuerung im Glauben“, vollziehen könne. Sie machte darauf aufmerksam, dass diese Erneuerung Zeit brauche, da es unmöglich sei, schnell zu entnazifizieren. Sie lud die katholischen Frauen ein, ihre Position zu festigen: „Ich sage Ihnen, das Bürgertum ist zerbrochen. Wir müssen einen neuen gesellschaftlichen Aufbau in Deutschland erhalten, und der wird entweder von den anderen oder den Christen gestaltet.“ Diese gut eine Stunde dauernde Rede ist insgesamt interessant, da man feststellen kann, dass der Nationalsozialismus die Vorstellungen Helene Webers über die politische Rolle der katholischen Frauen gestärkt hatte. Sie erklärte:

„Dann kann man nachher sagen, ich wusste es nicht. Ich wusste von den KZ, ihren Vergehen, der Judenverfolgung usw. Nein, Du sollst es wissen vor Gottes Antlitz, Du sollst Dich auf dieser Welt entscheiden und endlich tapfer sein und Deine Furcht abwerfen, dass es keine christlichen Frauen geben darf ohne politische Bildung und ohne politische Entscheidung.“

<sup>80</sup> Vgl. Ebd., 345.

<sup>81</sup> Vgl. Holz, Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960, Königstein/Taunus 2004, 60-62. Siehe auch die Beiträge von Annett Büttner, Stefanie Pfennig und Angela Bauer-Kirsch.

<sup>82</sup> Archiv KDFB, ohne Signatur, Vortrag von Frl. Dr. Helene Weber am 1. September [1946] in Stuttgart: Die christliche Frau an der Wende der Zeit. (ebenso die folgenden Zitate)



Für Helene Weber konnte der Frieden nur dann auf Dauer wiederhergestellt werden, wenn die katholischen Frauen ihre Rolle in der Politik wirklich wahrnahmen.

## **IV. Helene Weber als Europäerin nach 1945**

### **IV.1. Helene Weber als Delegierte des Bundestages zur beratenden Versammlung des Europarates nach 1945**

#### **IV.1.1. Die bescheidene Stellung Helene Webers**

Während des Zweiten Weltkrieges waren zahlreiche Gruppen aus dem Widerstand heraus entstanden mit dem Ziel, ein anderes Europa als das der Nationalsozialisten zu errichten. Etwa 800 Personen aus diesen Gruppen versammelten sich vom 8. bis 10. Mai 1948 in Den Haag. Die Mächte des Brüsseler Paktes schlossen sich ihrer Initiative bald an, hatten aber unterschiedliche Zielsetzungen: Belgien und Frankreich schlugen vor, eine europäische parlamentarische Versammlung zu gründen, während Großbritannien eher einen europäischen Ministerrat ins Leben rufen wollte. Im Herbst 1948 gründeten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Großbritannien einen Ausschuss, der den Auftrag erhielt, den französisch-belgischen und den britischen Vorschlag zu prüfen. Man fand einen Kompromiss, indem man eine ‚beratende‘ Versammlung gründete und sie einem Ministerkomitee unterstellte, dessen Entscheidungen von den Regierungen der Mitgliedsstaaten allerdings nicht zwangsläufig umgesetzt werden mussten. Die Mitglieder der beratenden Versammlung sollten die jährlichen Berichte des Ministerkomitees analysieren. Das Ministerkomitee sollte Übereinkommen erzielen und nicht-bindende Empfehlungen aussprechen. Es war aber nicht gehalten, den Ratschlägen und den Empfehlungen der Beratenden Versammlung zu folgen. Ein Sekretariat sollte den beiden Organen des Europarats zur Seite stehen.<sup>83</sup> Man lud Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden ein, sich an dem Vorhaben zu beteiligen. Straßburg wurde als Sitz des Europarats gewählt. Am 5. Mai 1949 wurden die Statuten des Europarats in London von zehn Ländern (Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und Schweden) unterzeichnet.<sup>84</sup> Er stand allen demokratischen europäischen Ländern offen.

---

<sup>83</sup> Außerdem koordiniert ein „Gemischter Ausschuss“ seit 1950 die Arbeiten der beratenden Versammlung und des Ministerkomitees. Heinrich von Brentano, Lord Layton, Georges Bidault, Maxwell Fyfe, sowie die Herren Mercuris und Moe gehörten ihm an. Vgl. Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Europarat, Bd. 45, *Hermann Pünder/Georg Federer*, Bericht über die Teilnahme der Delegierten des Bundestages an der zweiten Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 7. bis 28. August 1950, 10.

<sup>84</sup> Vgl. Die Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949, in: *Otto Schmuck* (Hg.), *Vierzig Jahre Europarat. Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive?* Bonn 1990, 258-270, 259.

Im August 1949 stellte Winston Churchill auf der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats eine Frage: „Wir sind hier eine illustre Versammlung – aber wo sind die Deutschen?“<sup>85</sup> Und dann erklärte er, dass

„die Schaffung einer Europäischen (Parlamentarischen) Versammlung ein wirksames Mittel und möglicherweise das einzige unmittelbar wirkende Mittel war, um ein demokratisches und freies Deutschland mit den westlichen Demokratien zu verbinden....“<sup>86</sup>

Vor dem Ende der ersten Sitzungsperiode beschloss die Beratende Versammlung, dass Deutschland eingeladen werden sollte, beizutreten. Ende März 1950 sandte der Generalsekretär des Europarats, J. C. Paris, eine förmliche Einladung an Konrad Adenauer: Gemäß der Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949 sollte Deutschland assoziiertes Mitglied des Europarats werden.

Am 13. Juni 1950 stimmten die Abgeordneten des Bundestages über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat ab: 218 Abgeordnete stimmten mit Ja, 151 Abgeordnete der SPD, des Zentrums und der KPD mit Nein und 9 enthielten sich der Stimme. Die Bundesrepublik zog im Laufe der zweiten Tagung in Straßburg vom 7. bis 28. August 1950 in die beratenden Versammlungen des Europarates offiziell ein.

Die Versammlung war in sechs Ausschüsse unterteilt, um effizienteres Arbeiten zu gewährleisten: Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten, Ausschuss für Geschäftsordnung, Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Ausschuss für soziale Fragen, Ausschuss für kulturelle und wissenschaftliche Fragen und Ausschuss für Rechts- und Verwaltungsfragen. Diese Ausschüsse tagten auch außerhalb der Sitzungsperiode der Versammlung, um Berichte zu verfassen, die dann während der darauffolgenden Versammlung den Teilnehmern zur Abstimmung vorgelegt wurden. Jedes Land verfügte über eine bestimmte Anzahl von Sitzen. An der Spitze stand ein ständiger Ausschuss. Am 11. August 1950 wurden die Ausschüsse neu konstituiert und um 3 bis 4 Plätze erweitert, um die neuen Länder (Deutschland, Irland, Saargebiet) aufzunehmen. Die deutschen Delegierten erhielten in jedem Ausschuss drei Plätze und in den Unterkommissionen der Hauptausschüsse zusätzliche Plätze, so dass sich deren Zahl insgesamt auf 29 belief. Heinrich von Brentano (mit Hermann Pünder als Stellvertreter), Gerhard Lütken (mit Wilhelm Birkelbach als Stellvertreter) und Hermann Schäfer (mit Karl-Georg Pfleiderer als Stellvertreter) waren Mitglieder im Ständigen Ausschuss. Helene Weber erhielt von den deutschen Delegierten keinen Platz zugewiesen. Sie wurde lediglich als Stellvertreterin des Fürsten Fugger in den Ausschuss für Geschäftsordnung unter der Leitung von van Cauwelaert und zur

---

<sup>85</sup> Medefind, Heinz, Die Deutschen im Europarat. Zwei Jahrzehnte Nachkriegspolitik im Spiegel von Strassburg. Ein Bericht und eine Dokumentation (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung) München 1972, 15.

<sup>86</sup> Ebd., 16.

Stellvertreterin von Dr. Eugen Gerstenmaier in den Ausschuss für soziale Fragen unter der Leitung von Serrarens gewählt.<sup>87</sup>

Am 19. August erhöhte man die Anzahl der Vizepräsidenten um 2 Plätze, damit die Neuankömmlinge auch auf höchster Ebene vertreten waren. Die Versammlung wählte einen Parteikollegen von Helene Weber, Heinrich von Brentano, und den Türken Uergüplü, auch er ein Neuankömmling, zum Vizepräsidenten. Die vier anderen Vizepräsidenten – François de Menthon (Frankreich), Lord Layton (Großbritannien), Jacini (Italien) und Gjöres (Schweden) – waren bereits während der ersten Tagung wiedergewählt worden.<sup>88</sup>

Als Vorsitzender der deutschen Delegation schien Hermann Pünder den Aufstieg Helene Webers in die europäischen Instanzen nicht besonders gefördert zu haben. Dennoch kannte er, der auch aus dem katholischen Rheinland stammte, Helene Weber seit langem. In der Weimarer Republik war Hermann Pünder von 1926 bis 1932 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei gewesen. Im Oktober 1945 hatte ihm der britische Militärbefehlshaber der Nordrhein-Provinz, Brigadier John Barraclough, das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Köln angeboten, nachdem der britische Offizier am 6. Oktober Konrad Adenauer entlassen hatte. Außerdem war Hermann Pünder Vorsitzender des Verwaltungsrats vom März 1948 bis September 1949.<sup>89</sup> Dank seiner glänzenden Karriere und seiner Zugehörigkeit zur CDU, der für die Einigung Europas wichtigsten Partei, war er der ideale Kandidat für die Leitung der deutschen Delegation. Dennoch war dieser Posten nur ein Trost, da Konrad Adenauer ihn im September 1949 einfach übergangen hatte. Der neue Kanzler misstraute seinem Nachfolger im Bürgermeisteramt von Köln, der ein Vertrauter von Heinrich Brüning war. Dieser hatte offensichtlich seinem Wunsch, auf der politischen Bühne Deutschlands wieder eine Rolle zu spielen, Ausdruck verliehen und hätte sich, um das zu erreichen, auch auf Hermann Pünder stützen können. Unter diesen Umständen ist leicht verständlich, dass dieser mit Helene Weber, einer Vertrauten von Konrad Adenauer, nicht eng zusammengearbeitet hat. Die äußerst bescheidene Stellung von Helene Weber in diesen Ausschüssen ist ohnehin nicht erstaunlich, da sich unter den deutschen Delegierten beziehungsweise den Teilnehmern an der zweiten Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats kaum zehn Frauen befanden.

#### **IV.1.2. Helene Weber, die deutschen Kriegsgefangenen und die Kriegsverbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs**

Während der Arbeitssitzungen verhielt sich die Mehrzahl der Teilnehmer wohlwollend gegenüber den neuen deutschen Kollegen, doch die Atmosphäre war bei weitem nicht entspannt. Die Deutschen kamen im August 1950 genau in dem Moment neu hinzu, als die Anhänger der Bildung einer Europäischen Politischen Behörde auf Grund der

<sup>87</sup> Vgl. Pünder/Federer, Bericht (wie Anm.86), 4-5.

<sup>88</sup> Vgl. Ebd., 3, 6.

<sup>89</sup> Vgl. Morsey, Rudolf, Hermann Pünder (1888–1976), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 9, Münster 1999, 183-198.

politischen Ohnmacht der beratenden Versammlung äußert verärgert waren.<sup>90</sup> Die Deutschen waren mit der Hoffnung nach Straßburg gekommen, den baldigen Abschluss eines europäischen Bundespaktes zu erreichen. Doch mussten sie sich schnell der Realität stellen: ihr Projekt, das dem vom Europa-Kongress in Den Haag 1948 angenommenen Vorschlag entsprach, stieß insbesondere seitens der englischen und skandinavischen Abgeordneten, die in ihrer Mehrheit entschieden gegen ein vereintes föderalistisches Europa waren, auf sehr starken Widerstand.

Im August 1950 konnten die Deutschen zwar nicht die Zusage erlangen, dass eines Tages ein Bundespakt unterzeichnet würde, doch der Europarat ermöglichte ihnen, die Probleme ihres Landes darzustellen und um Verständnis zu werben. Diese Aufgabe übernahmen vier Redner: die Sozialistin Louise Schroeder,<sup>91</sup> der SPD-Abgeordnete Ernst Paul, der CDU-Abgeordnete Hans Schütz und Helene Weber, die am 25. August 1950 ihre erste Rede im Europarat hielt. Die Flüchtlingsfrage lag Schroeder, Paul und Schütz offensichtlich ganz besonders am Herzen: Bei der Themenwahl entschieden sich alle drei für diese Problematik.<sup>92</sup> Nur Helene Weber, die als vierte das Wort ergriff, sprach über ein anderes Thema: die Kriegsverbrecher, die in Frankreich angeklagt waren.<sup>93</sup>

Helene Weber hatte zwar sehr gute Frankreichkenntnisse, galt aber nicht als Expertin, wenn es um deutsche Kriegsgefangene in französischen Internierungslagern ging. Andere deutsche Politiker, insbesondere der CDU-Abgeordnete Eugen Gerstenmeier, hatten sich dieses Problems schon früher angenommen. Dieser hatte in einer viel beachteten Rede vor dem deutschen Bundestag im Dezember 1949 Frankreich aufgefordert, sich zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener zu äußern.<sup>94</sup>

Bereits unmittelbar vor Kriegsende stellte sich in Frankreich die Frage, was mit den deutschen Kriegsgefangenen in französischen Internierungslagern geschehen sollte. Für die Franzosen war die deutsche Besatzung ein traumatisches Ereignis.<sup>95</sup> Die Militärbefehlshaber hatten entschieden, ab Herbst 1941 die Sabotageakte der Résistance

---

<sup>90</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 4. Sitzung, 146 ff.

<sup>91</sup> Helene Weber kannte Louise Schroeder gut, denn sie hatten in den zwanziger Jahren, als sie beide Abgeordnete des Reichstages waren, zusammengearbeitet. Damals genoss Helene Weber unter den übrigen weiblichen Abgeordneten hohes Ansehen, denn sie wandte sich oft an sie, um die ihr wichtigen politischen Projekte zu verteidigen. Louise Schroeder und Helene Weber gehörten zwar zwei konkurrierenden Parteien an, doch ihre Vorstellungen von der Frau und ihrer Rolle in der deutschen Gesellschaft überschnitten sich in vielerlei Hinsicht. Sie waren in der Lage, die Unterschiede zu überwinden, um gemeinsam mehr Einfluss auf die sozialpolitischen Entscheidungen, insbesondere im Bereich des Kinder- und Mutterschutzes, auszuüben. Vgl. *Teusch, Christine/Löbe, Paul/Krone, Heinrich*, Die Parlamentarierin, in: *Mohr/Prégardier*, Ernte eines Lebens, 71-80, 77.

<sup>92</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 14. Sitzung, 788 ff., 820 ff.

<sup>93</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 17. Sitzung, 924 ff.

<sup>94</sup> Vgl. *Frei, Norbert*, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, 181-183.

<sup>95</sup> Vgl. *Meyer, Ahlrich*, Die Razzien in Marseille 1943 und die Propagandaphotographien der deutschen Wehrmacht, in: *Francia* 22/3 (1995), 127-154; *Meyer, Ahlrich*, Die Deutsche Besatzung in Frankreich 1940-1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000.

mit der Deportation von Juden und Kommunisten zu beantworten, auch wenn sie auf diese Begründung der Deportation möglicherweise nur gewartet hatten.<sup>96</sup> Ab dem Sommer 1942 hatte die Gestapo immer mehr Razzien und Exekutionen von Geiseln durchgeführt. Angesichts dieser massenhaften Morde verlangte die französische Bevölkerung am Ende des Krieges nicht nur die Bestrafung der Kollaborateure, sondern auch der Deutschen, die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und die Kriegsgefangenen begangen hatten. Der Pariser Rechtsgelehrte René Cassin, der auf De Gaulles Appell hin diesem 1940 nach London gefolgt war, wurde 1944 damit beauftragt, Vorschläge zur Änderung des französischen Strafrechts auszuarbeiten, damit die Kriegsverbrecher in Frankreich angeklagt werden konnten. Man wollte verhindern, dass sie sich, wie nach dem Ersten Weltkrieg, vor deutschen Gerichten zu verantworten hätten, weil man sich erinnerte, dass die wenigen Verbrecher, die tatsächlich vor Gericht standen, nach den sogenannten ‚Leipziger Prozessen‘ freigesprochen wurden.<sup>97</sup>

Am 10. Oktober 1944 – kurz nach der Errichtung der provisorischen Regierung unter Charles De Gaulle am 9. September 1944 – wurde der Service de Recherche des Crimes de Guerre ennemis (SRCGE) im Pariser Justizministerium eingerichtet. Diese Dienststelle wurde damit beauftragt überall auf der Welt Kriegsverbrecher aufzuspüren. In der Praxis hatte sie allerdings wegen der Wirtschaftskrise und der Kommunikationsschwierigkeiten nicht die Möglichkeit, ihre Recherchen außerhalb Frankreichs ohne die Hilfe der Alliierten fortzusetzen. Bis zum Sommer 1947 lieferten die Amerikaner und die Engländer den Franzosen Kriegsverbrecher aus. Mitte 1947 hörten sie damit auf, weil sie vor dem Hintergrund des verschärften Ost-West-Konflikts die deutsche Bevölkerung, die diese Maßnahmen immer weniger akzeptierte, nicht gegen sich aufbringen wollten.<sup>98</sup> Die Suche nach deutschen Tätern in den französischen Kriegsgefangenenlagern erwies sich wegen des Mangels an kompetenten Übersetzern als besonders schwierig.<sup>99</sup> Deswegen wurde am 15. September 1948 im französischen Parlament ein neues Kriegsverbrechergesetz verabschiedet, dessen Ziel es war, mutmaßliche Kriegsverbrecher bereits für ihre Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation, wie zum Beispiel der Waffen-SS, zu belangen.

In ihrer Rede im Europarat erklärte Helene Weber, aus welchen Gründen die deutsche Öffentlichkeit ganz besonders empört sei. Erstens verurteilte sie das Prinzip der vermeintlich per Gesetz vom 15. September 1948 eingeführten Kollektivhaftung.<sup>100</sup> Das Gesetz vom 15. September 1948 wurde sogar in Frankreich lebhaft kritisiert. In einem berühmten, in *La France catholique* vom 7. Juli 1950 erschienenen Artikel, zögerte

---

<sup>96</sup> Vgl. Delacor, Regina M., Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2000.

<sup>97</sup> Nur 3 von den insgesamt 900 Personen, deren Namen die Franzosen übergeben hatten, standen vor Gericht. Vgl. Hankel, Gerd, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003; Becker, Jean-Jacques, Le procès de Leipzig, in: Annette Wieviorka (Hg.), Les procès de Nuremberg et de Tokyo, Brüssel 1996, 51-60.

<sup>98</sup> Vgl. Moisel, Claudia, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004, 238-239.

<sup>99</sup> Vgl. Ebd., 153.

<sup>100</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode, 17. Sitzung, 924 ff.

Gabriel Marcel nicht, es als „ein Gesetz [zu bezeichnen], das durch die Nazizeit kontaminiert [war]“.<sup>101</sup> Darüber hinaus prangerte Helene Weber die Langsamkeit der französischen Justiz an. Sie erinnerte daran, dass der Hohe französische Kommissar, André François-Poncet, Konrad Adenauer Ende 1949 versprochen hatte, dass am 1. Oktober 1950 nur noch 234 Fälle (das entspricht 600 Angeklagten) zu behandeln wären und, abgesehen von zwei Fällen, der Rest vor Ende Juni 1950 untersucht werden würde. Doch dieses Versprechen konnte nicht gehalten werden, da bis zu diesem Zeitpunkt erst zu wenige Anklagen erhoben worden waren. Viele Haupttäter, deren schwere Verbrechen lange Ermittlungen erforderten, waren noch nicht vor Gericht.<sup>102</sup> Das galt zum Beispiel für die vermutlich 200 Soldaten der Waffen-SS, die am 10. Juli 1944 die Bevölkerung des französischen Dorfes Oradour systematisch ermordet hatten: als die Ermittlungen im Oktober 1949 für abgeschlossen erklärt wurden, warteten nur sieben Deutsche und ein Franzose im Gefängnis auf ihren Prozess.<sup>103</sup>

Offensichtlich empfand Helene Weber das Bedürfnis, sich über die Frage der Kriegsverbrecher zu informieren, da sie während einer Sitzung in Bonn am 2. November 1950 sehr ausführliche Notizen machte. Ganz besonders besorgte sie das Schicksal der wegen Folterungen von Gefangenen zum Tode verurteilten Polizeibeamten, „da der Präsident der französischen Republik wiederholt zu erkennen gegeben hat, dass er nicht geneigt ist, in den Fällen von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu machen, in denen der Gegenstand der Verurteilung Folterungen sind“.<sup>104</sup> Das strukturell Böse des Dritten Reiches war Helene Weber offenbar nicht bewusst. Nach ihrer Meinung durften sogenannte ‚verschärfte Verhöre‘ durch die deutschen Besatzer nur „bei solchen Personen angewandt werden, bei denen ein begründeter Verdacht bestand, dass sie Kenntnis von der Person anderer Maquis-Mitglieder hatten oder das Versteck von Waffen kannten“. Sie bestritt zwar nicht, dass bei diesen verschärften Verhören Grausamkeiten begangen worden waren, doch handelte es sich in ihren Augen lediglich um Übergriffe, da „den Anweisungen zufolge für die verschärften Verhöre nur strenge Haft, Nahrungsentzug und Schläge angewandt [wurden], auch diese nur in beschränktem Umfang, gegebenenfalls unter Zuziehung eines Arztes“. Ihrer Meinung nach war die Strenge der französischen Gerichte nicht gerechtfertigt und beruhte auf fünf Faktoren: Erstens unterschied die französische Öffentlichkeit nicht zwischen dem Vorgehen der dem Militär unterstellten Polizeistellen und dem der Gestapo und des SD; zweitens dachten die Franzosen, dass die deutsche Polizei systematisch auf Mittel der Gewalt zurückgriff, da diese Methoden bei der französischen Polizei, die „Verhaftete zunächst einmal verprügelte“, ohne dass jemand daran besonderen Anstoß nahm, sehr verbreitet waren; drittens machte die französische Öffentlichkeit die Polizisten für die

---

<sup>101</sup> Gabriel Marcel in: *La France catholique*, 7.7.1950 : „une loi qu’a contaminé l’époque hitlérienne“.

<sup>102</sup> Vgl. Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand Ed 160, Europarat, Bd. 45, Note d’information concernant la question des prisonniers de guerre détenus en France. Information zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. 15. septembre 1950, 2-3.

<sup>103</sup> Zwischen 1945 und 1946 wurden aber zahlreiche Todesurteile gefällt, so gegen Robert Wagner, Chef der Zivilverwaltung im Elsass. Vgl. *Moisel*, Frankreich, 97-102.

<sup>104</sup> Institut für Zeitgeschichte, NL Helene Weber, Bestand, Ed 160, Europarat, Bd. 45, Aufzeichnung, 2. November 1950.

Deportationen verantwortlich, ohne zu wissen, dass „untergeordnete Beamte über Deportationen nicht zu entscheiden hatten“; viertens waren die Aussagen französischer Belastungszeugen aus zwei Gründen unzuverlässig: Sie waren älter als fünf Jahre und dienten oft dem eigenen Schutz, um nicht selbst der Kollaboration angeklagt zu werden; fünftens wurden die Urteile über die Deutschen vom Feind gefällt, der sich nach Vergeltung sehnte.<sup>105</sup> Wie viele ihrer Zeitgenossen hatte Helene Weber offensichtlich keine Vorstellung von der Instrumentalisierung der Polizei in den besetzten Gebieten und von den auch durch Polizeieinheiten begangenen Verbrechen während des 2. Weltkriegs.

#### **IV.1.3. Helene Weber, die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die europäische Sozialcharta**

Hat Helene Weber bei der Annahme der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, unterzeichnet am 4. November 1950 und in Kraft getreten am 3. September 1953, und bei der Verabschiedung der europäischen Sozialcharta, unterzeichnet am 18. Oktober 1961 und in Kraft getreten am 26. Februar 1965, wirklich eine Rolle gespielt? Das zumindest behauptet zum Beispiel Rudolf Morsey im *Lexikon der christlichen Demokratie*.<sup>106</sup>

Der Name Helene Weber erscheint zwar relativ häufig in den Sitzungsprotokollen der CDU, doch wird schnell deutlich, dass sie sich damit begnügte, mit wenigen Sätzen einer Äußerung zuzustimmen oder ihr zu widersprechen. So zum Beispiel auf der Fraktionssitzung vom 27. Juni 1955, bei der sie in kurzen Worten bedauerte, dass nur so wenige Abgeordnete der CDU und der CSU an der Abstimmung über die Montan-Union, deren entschiedene Verfechterin sie war, teilgenommen hatten.<sup>107</sup>

Längere Redebeiträge waren eher die Ausnahme. Das war beispielsweise auf der Fraktionssitzung vom 6. November 1956 der Fall. Es ging zum großen Teil um die Suez-Krise und die ungarischen Aufstände gegen die sowjetischen Besatzungstruppen. Aus diesem Anlass betonte Helene Weber, dass Deutschland sich nicht gegenüber Frankreich und Großbritannien, unabhängig von den Fehlern, die diese beiden Nationen in diesen Krisen begangen hätten, und ungeachtet ihrer Passivität im Fall Ungarn, isolieren dürfe. In den Sitzungsprotokollen steht:

„Frau Dr. Weber betont die Notwendigkeit, die europäische Politik zu verstärken, weil man nur so den Russen zeigen könne, dass es keinen Sinn habe, ein

<sup>105</sup> Vgl. Ebd. Zur wissenschaftlichen Bewertung der Frage der Kollaboration vgl. Aron, Robert, *Histoire de l'épuration*, Paris 1974; Nowick, Peter, *L'épuration française 1944–1949*, Paris 1985; Rousso, Henry, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1987.

<sup>106</sup> Vgl. Morsey, Rudolf, Weber, Helene, in: *Ders. u.a. (Hg.), Lexikon der christlichen Demokratie*, Paderborn u.a. 2002, 393–394.

<sup>107</sup> Vgl. Heidemeyer, Helge, *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, Bd. 1, Düsseldorf 2003, 698.

starkes Europa anzugreifen. In dieser Politik müsse man den Bundeskanzler unterstützen.“<sup>108</sup>

Wie Konrad Adenauer war Helene Weber davon überzeugt, dass die westeuropäischen Länder zu schwach waren, um sich gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Sie mussten sich ihrer Meinung nach einigen, um gegenüber den Vereinigten Staaten, der einzigen Macht, die Westeuropa gegen die Rote Armee verteidigen konnte, eine gewisse politische Autonomie zu erreichen.

Auch in den Sitzungsberichten der beratenden Versammlung erscheint der Name Helene Weber so gut wie nicht. Wenn er doch erwähnt wird, dann nur im Zusammenhang mit klar umrissenen Themen wie Familien- und Frauenrechte. Sie interessierte sich zum Beispiel für das Recht der Eltern, die Schule ihrer Kinder frei zu wählen: Am 7. Dezember 1951 meldete sie sich zu Wort, um ihrer Genugtuung darüber Ausdruck zu verleihen, dass dieses Recht von der Rechtskommission als wesentlich anerkannt wurde.<sup>109</sup> Am 3. Mai 1958 unterstützte sie die Ratifizierung der Konvention vom 2. Dezember 1949 zur Bekämpfung und Abschaffung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Prostituierten. Helene Weber sprach sich gegen Bordelle und für ein Verbot der Prostitution in ganz Europa aus. Diese Fragen der öffentlichen Moral lagen ihr am Herzen. Insofern war ihr diesbezügliches Engagement auf europäischer Ebene nur eine Verlängerung ihrer Bemühungen in der Bundesrepublik.<sup>110</sup> Am 22. Januar 1959 ergriff sie das Wort, um die Mitglieder des Europarates zu ermutigen ein kleines Abzeichen mit dem Bild des Brandenburger Torres zu tragen, um so ihrem Wunsch nach der Wiedervereinigung Deutschlands Ausdruck zu verleihen.<sup>111</sup>

Aus den Protokollen geht hervor, dass Helene Weber in ihren Beiträgen nur ein einziges Ziel verfolgte: die Verabschiedung der Sozialcharta. Nach 1950 bezogen sich alle ihre längeren Reden auf dieses Thema. Sie wurde außerdem beauftragt, über dieses Projekt einen Bericht zu verfassen, den sie am 17. September 1954 vorlegte. Am 23. September 1953, am 23. September 1954, am 18. Oktober 1955 und am 24. Oktober 1956 meldete sich Helene Weber zu Wort, um die Annahme der Sozialcharta zu unterstützen.<sup>112</sup> Am 18. Oktober 1955 erklärte sie, dass „diese das Gegenstück zur europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen sollte.“<sup>113</sup> Sie fuhr fort, dass „[die] sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte genauso garantiert

---

<sup>108</sup> Ders., Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, Bd. 2, Düsseldorf 2003, 1296.

<sup>109</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 7. Dezember 1951.

<sup>110</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 3. Mai 1958.

<sup>111</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 22. Januar 1959.

<sup>112</sup> Vgl. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 23. September 1953; Sitzungsbericht 29. September 1954; Sitzungsbericht 28. Oktober 1955; Sitzungsbericht 24. Oktober 1956.

<sup>113</sup> „Elle [devait] constituer le pendant à la Convention européenne des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentale“. Archives du Conseil de l'Europe, Sitzungsbericht 28. Oktober 1955.



werden müssten wie die Menschenrechte.“<sup>114</sup> Sie schloss ihre Rede mit folgenden Worten, die ihre sozialpolitischen Vorstellungen in Bezug auf Europa verdeutlichen:

„Meine Freunde und ich begrüßen die Verabschiedung einer europäischen Wirtschafts- und Sozialcharta mit großer Freude. Da die politische Einigung Europas – weiterhin das wichtigste Ziel, das wir anstreben – noch nicht verwirklicht werden konnte, ist es wichtig, vor allem im sozialen Bereich eine Harmonisierung zu erreichen und einen Austausch zwischen den Völkern der Mitgliedsstaaten des Europarates zu entwickeln. Wir sind der Meinung, dass eine europäische Sozialcharta neben denen der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation ihren Platz hat. Europa hat seine eigene Sozialstruktur, und es hat auch eine soziale Aufgabe, insbesondere gegenüber Russland und seinen Satellitenstaaten. Dennoch müssen wir die sozialen Ziele im kalten Lichte der wirtschaftlichen Möglichkeiten betrachten. Unser unverrückbares Ziel muß die Einigung Europas sein. Es werden noch viele Änderungen an diesem uns vorgelegten Entwurf nötig sein, doch in einem Punkt sind wir uns alle einig: wir wollen ein soziales Europa.“<sup>115</sup>

Am 19. Januar 1960 hielt sie nochmals eine lange Rede über dieses Thema: Gemäß Helene Weber sollte die Charta die sozial Schwächsten schützen, indem sie ihnen Pflichten übertrug und gleichzeitig die Mittel an die Hand gab, sich gegen ihre Arbeitgeber zu wehren.<sup>116</sup> Wie viele ihrer Kollegen in Straßburg war sie davon überzeugt, dass die Reden in der beratenden Versammlung des Europarats eine Auswirkung auf die demokratischen Regierungen Europas und die jeweilige Öffentlichkeit haben würden. Die Geschichte der europäischen Einigung hat gezeigt, dass diese Wirkung letztendlich ziemlich beschränkt war, aber Helene Weber und ihre Kollegen waren noch von in gewissem Sinne naiver Begeisterung erfüllt.

---

<sup>114</sup> „Elle expliqua que „[les] droits sociaux, économiques et culturels [devaient] être garantis de la même façon que les Droits de l’Homme“. Ebd.

<sup>115</sup> „En résumé, mes amis et moi-même accueillons avec satisfaction l’institution d’une Charte économique et sociale européenne. Puisque l’unification politique de l’Europe – qui demeure le but principal auquel nous aspirons – n’a pu encore être réalisée, il importe, surtout dans le domaine social, de parvenir à une harmonisation et de développer les échanges entre les peuples des pays membres du Conseil de l’Europe. Nous estimons aussi qu’une Charte sociale européenne a sa place à côté de celle des Nations Unies et de l’Organisation Internationale du Travail. L’Europe a sa propre structure sociale; elle a aussi une mission sociale, notamment par rapport à la Russie et à ses satellites. Nous devons toutefois envisager les objectifs sociaux dans la froide perspective des possibilités économiques. Notre but immuable doit être l’unification politique de l’Europe. Il nous faudra encore faire subir maintes modifications au projet qui nous est soumis, mais il y a un point sur lequel nous sommes tous d’accord : nous voulons une Europe sociale.“ Ebd.

<sup>116</sup> Vgl. Archives du Conseil de l’Europe, Sitzungsbericht 19. Januar 1960.

## IV.2. Helene Webers Engagement für Europa in den internationalen katholischen Frauenverbänden

Helene Weber veröffentlichte zahlreiche Artikel in *Frauenland*, in der *Monatsschrift für katholische Lehrerinnen* und in den *Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei*, die sich ausdrücklich mit dem Frieden befassten.<sup>117</sup> Über diese Vereinszeitschriften konnte sie viele katholische Frauen erreichen. Ihr Engagement für Europa in Vereinen ist aber nur schwer durch Dokumente aus den Archiven zu belegen. Auf den Generalversammlungen der KDFB beispielsweise ergriff Helene Weber nie das Wort, um ihre Vorstellungen vom Frieden darzulegen. Abgesehen von einigen geschönten Berichten zu ihrer Person weiß man aber sehr wenig über ihre Tätigkeiten in der Union catholique internationale de Service social (UCISS) und der Weltunion katholischer Frauenorganisationen. Im Folgenden werden nur einige Schlüsseldaten wiedergegeben.

Helene Weber war Leiterin der deutschen Delegation beim 6. Internationalen Kongress der katholischen Frauenverbände in Rom vom 22. bis 28. Oktober 1925 und wurde in den ständigen internationalen Zentralrat gewählt.<sup>118</sup> Sie hielt bei dieser Gelegenheit in ausgezeichnetem Französisch eine viel beachtete Rede mit folgender Botschaft: Die katholischen Frauen sollen nicht die Gleichheit mit den Männern anstreben, sondern ihre politische Verantwortung wahrnehmen. Die Frauen seien die geistigen Mütter der Völker und müssten dementsprechend ihre naturgemäße Aufgabe erfüllen, nämlich die Wegweiserinnen der Völker zu sein.<sup>119</sup>

1933 zwang die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten sie, ihr Engagement zu beenden. Sie konnte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Kampf in den internationalen Frauenverbänden wiederaufnehmen: Von 1950 bis 1958 war sie Mitglied des Vorstands der Weltunion katholischer Frauenorganisationen. 1953 wurde sie in dieser Organisation zur Sachverständigen für europäische Fragen ernannt. 1954 reiste sie kurz entschlossen nach Fatima zum Kongress der Weltunion katholischer Frauenorganisationen: Obwohl sie bereits erklärt hatte, aufgrund ihres übervollen Terminkalenders Deutschland nicht verlassen zu können, war es ihr gelungen, in letzter Minute doch noch Zeit zu finden und das Flugzeug zu nehmen. Als sie abends ankam, wurde sie von den Anwesenden, die sich sehr freuten sie zu sehen, mit Beifall empfangen. Außerdem fand 1954 vom 21. bis 23. April der 8. Internationale Kongress des Sozialdienstes in Köln statt. Helene Weber hielt auf dieser Veranstaltung nicht nur eine Rede, sondern nahm sogar persönlich an den Vorbereitungen teil. 1955 reiste sie bis nach Rio de Janeiro, um an einer Sondertagung der UCISS in der Folge des Eucharistischen Weltkongresses teilzunehmen. 1958 begab sie sich nach Tokio für die

---

<sup>117</sup> In diesen Zeitschriften sind folgende Artikel von Helene Weber am bemerkenswertesten: *Weber, Helene*, Für Deutschlands Leben und Freiheit, in: *Frauenland* 25 (1932) 185; *Dies.*, Friedensschluß; *Dies.*, Grundsätzliches zur Frage des Völkerbundes, in: *Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei* 2 (1926) 1-3; *Dies.*, Wege zum Frieden.

<sup>118</sup> Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes PA AA, R 72356 (Po 26 Vatikan, Bd. 3: Bericht der Deutschen Botschaft beim Vatikan vom 1. November 1925).

<sup>119</sup> Vgl. *KDFB*, 80. Geburtstag Weber, 135-136.

9. Internationale Konferenz für Sozialarbeit – bei dieser Gelegenheit besichtigte sie Hongkong und Bangkok. Das zentrale Thema ihrer Reden blieb immer das gleiche: Sie wollte den katholischen Frauen auf der ganzen Welt zu verstehen geben, dass sie sich politisch engagieren und zur Wahl gehen sollten, um die Werte der römisch-katholischen Kirche zu verteidigen. Auch wenn sie sich anscheinend nicht explizit für die Völkerverständigung eingesetzt hat, ist davon auszugehen, dass sie den Frieden als logische Folge einer verstärkten Beteiligung katholischer Frauen an der Politik ihres Landes betrachtete.

## V. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen:

Erstens reichen die Quellen nicht aus, um die Behauptung Rudolf Morseys „[Helene Weber habe] intensiv an einer deutsch-französischen Aussöhnung [gearbeitet]“<sup>120</sup> zu bestätigen.

Zweitens hatte Helene Weber unterschiedliche Vorstellungen von den deutsch-französischen Beziehungen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Ideen über den Frieden haben sich also im Laufe der Zeit entwickelt. Zur Zeit der Weimarer Republik war Helene Weber eine katholische Patriotin: Sie war bereit, mit Politikern anderer europäischer Länder unter der Bedingung, dass sie auf den Versailler Vertrag verzichten würden, zusammenzuarbeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kann man sie als Vernunfteuropäerin bezeichnen: Sie sah in der politischen Einigung Europas die einzige Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland vor der Sowjetunion zu schützen. Mit anderen Worten: Zur Zeit der Weimarer Republik trat sie für einen nationalen Frieden, nach 1945 eher für ein föderalistisches Europa ein.

Drittens drängte Helene Weber sich weder auf parteipolitischer Ebene in der CDU noch auf parlamentarischer Ebene in der Bundesrepublik Deutschland noch auf internationaler Ebene im Europarat in den Vordergrund, um ihre Vorstellung von Europa zu verteidigen, weil sie dachte, dass es nicht ihrer Rolle als Frau entspräche, eine führende Kraft in der Außenpolitik der Bundesrepublik zu sein. Sie stellte die Position, die man einer katholischen Frau zu ihrer Zeit zugestand, nicht in Frage und versuchte nie, den Männern ihre Stellung streitig zu machen. So erklärt sich wohl auch die Tatsache, dass ihre Funktion nie völlig ihren Fähigkeiten und ihrer Leistung entsprach.

Viertens hat Helene Weber zwar bei der Verabschiedung der Europäischen Sozialcharta durchaus eine Rolle gespielt, nicht aber bei der Annahme der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Durch diese aktive Beteiligung an der Europäischen Sozialcharta lässt sich also ihre untergeordnete Rolle während ihrer zwölf Jahre Engagement auf europäischer Ebene relativieren.

---

<sup>120</sup> Morsey, Weber 1979, 229.

Fünftens war Helene Weber von 1950 bis 1958 Mitglied des Vorstandes der Weltunion katholischer Frauenorganisationen und als solches besonders aktiv, um ihre Idee von der katholischen Familie, nicht jedoch ihre Idee des Friedens zu verteidigen.

Sechstens konnte für Helene Weber der Frieden in Europa nur durch die politische Erziehung der Frauen, denen sie mit gutem Beispiel vorangehen wollte, erreicht werden.

Aus diesen Gründen war Helene Weber nach 1945 sowohl eine ‚Vernunfteuropäerin‘ als auch eine ‚Herzenseuropäerin‘.

## Bibliographie

- Adamthwaite, Anthony*, France, Germany and the Treaty of Versailles: France's Bid for Power in Europe, 1919–1924, in: *Karl Otmar Freiherr von Aretin/Jacques Bariéty/Horst Möller* (Hg.), *Das deutsche Problem in der neueren Geschichte*, München 1997, 75-88. [*Adamthwaite, France*]
- Adenauer, Konrad*, *Erinnerungen 1945–1953*, Wien 1965. [*Adenauer, Erinnerungen*]
- Adenauer, Konrad*, Eröffnungsrede des Präsidenten, in: *Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München 27. - 30. August 1922*, Würzburg 1923, 43-53. [*Adenauer, Eröffnungsrede 1922*]
- Allen, Ann Tylor*, *Feminismus und Mütterlichkeit in Deutschland 1800–1914*, Weinheim 2000. [*Allen, Feminismus*]
- Altherr, Ulrike*, Sachwalterinnen des Vormodernen oder Förderinnen der Mündigkeit von Frauen? Katholische Frauenorganisationen der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom Kriegsende bis zur Würzburger Synode (*Europäische Hochschulschriften: Reihe 23, Theologie 694*), Frankfurt a. M. u.a. 2000.
- Amling, Elisabeth*, Für unsere Kinder und Kindeskinde. Die Kölner Frauenstimmrechtsbewegung, in: *10 Uhr pünktlich Gürzenich. 100 Jahre bewegte Frauen in Köln – zur Geschichte der Organisationen und Vereine*, hrsg. Vom Kölner Frauengeschichtsverein, Münster 1995, 76-84.
- Anschütz, Gerhard*, Das Programm der Reichsregierung, in: *Juristische Wochenschrift* 47 (1918) 751-752. [*Anschütz, Reichsregierung*]
- Anschütz, Gerhard*, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin <sup>14</sup>1933. [*Anschütz, Verfassung*]
- Aron, Robert*, *Histoire de l'épuration*, Paris 1974. [*Aron, Histoire*]
- Art. Jugendbewegung, in: „Die Zeit“-Lexikon 7 (2005), 325f., 325. [Art. Jugendbewegung]
- Baadte, Günter/Rauscher, Anton* (Hg.), *Dokumente deutscher Bischöfe*, Bd. I: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985. [*Baadte/Rauscher, Dokumente deutscher Bischöfe Bd. I*]
- Bachem, Jenny*, Bericht über den Zeitraum 1918 bis 1930, in: *Pressestelle der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, 1918–1978. 60 Jahre Katholische Ausbildungsstätte für Sozialarbeit in Aachen*, Köln 1978, 8-12. [*Bachem, Bericht*]
- Bachem, Jenny*, Die Geschichte des Vereins von 1916–1930, in: *Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen* (Hg.), *Geschichte und Probleme der Berufsbewegung katholischer deutscher Sozialbeamtinnen*, Köln 1930, 13-28. [*Bachem, Geschichte Sozialbeamtinnen*]
- Bachem, Karl*, Politik und Geschichte der Zentrumsparlei. Im Anschluß an die Richtlinien für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918, Köln 1918. [*Bachem, Zentrumsparlei*]

- Bachem, Karl*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, Köln 1927–1932. [*Bachem*, Vorgeschichte Zentrumspartei]
- Baechler, Christian*, Gustave Stresemann (1878–1929). De l'impérialisme à la sécurité collective, Straßburg 1996. [*Baechler*, Stresemann]
- Ballof, Domenica*, Christine Teusch (1888–1968), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, 202–213. [*Ballof*, Teusch]
- Bariéty, Jacques*, Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe 1919–1932, in: *Stephen A. Schuker* (Hg.), Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, München 2000, 117–134. [*Bariéty*, Briand]
- Baron, Rüdiger* (Hg.), Sozialarbeit und Soziale Reform. Zur Geschichte eines Berufs zwischen Frauenbewegung und öffentlicher Verwaltung. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Sozialen Frauenschule Berlin-Schöneberg/Fachschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Weinheim/Basel 1983. [*Baron*, FS Soziale Frauenschule Berlin]
- Barthelemy-Madaule, Madeleine*, Marc Sangnier 1873–1950, Paris 1973. [*Barthelemy-Madaule*, Sangnier]
- Bauer-Kirsch, Angela*, Herrenchiemsee. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee und seine Bedeutung für die Entstehung des Grundgesetzes, Diss. Bonn 2006 (diss-online@ulb.uni-bonn.de). [*Bauer-Kirsch*, Herrenchiemsee]
- Bauer-Kirsch, Angela*, Zur Legitimation des Bonner Grundgesetzes – Das Selbstverständnis des Parlamentarischen Rates wider die Kritik, in: Zeitschrift für Politik 49 (2002) 171–179. [*Bauer-Kirsch*, Legitimation des Bonner Grundgesetzes]
- Baum, Marie*, Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950. [*Baum*, Rückblick]
- Bautz, Friedrich Wilhelm*, Art. Hartmann, Felix von, in: BBKL 2 (1990) 577. [*Bautz*, Hartmann]
- Bautz, Friedrich Wilhelm*, Art. Hitze, Franz, in: BBKL 2 (1990) 902–904. [*Bautz*, Hitze]
- Becker, Jean-Jacques*, Le procès de Leipzig, in: *Annette Wieviorka* (Hg.), Les procès de Nuremberg et de Tokyo, Brüssel 1996, 51–60. [*Becker*, Le procès de Leipzig]
- Becker, Winfried/Morsey, Rudolf* (Hg.), Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Köln/Wien 1988. [*Becker/Morsey*, Christliche Demokratie]
- Becker, Winfried*, L'idea europea dei cattolici ultramontani da Görres alla seconda democrazia tedesca, in: *Alfredo Canavero/Jean Dominique Durand* (Hg.), Il fattore religioso nell'integrazione europea, Mailand 1999, 335–358. [*Becker*, L'idea europea]
- Beilmann, Christel*, Eva, Maria, Erdenfrau. Der Verrat an den Frauen durch Kirchen und Theologen, Wuppertal 1999. [*Beilmann*, Verrat]
- Bendel-Maidl, Lydia/Bendel, Rainer* (Hg.), Katholisches Denken zwischen Aufbruch und Retrospektive (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 4) Berlin u.a. 2006. [*Bendel-Maidl/Bendel*, Katholisches Denken]

- Bendel-Maidl, Lydia* (Hg.), *Katholikinnen im 20. Jahrhundert. Bilder, Rollen, Aufgaben* (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert 2) Berlin u.a. 2007. [*Bendel-Maidl, Katholikinnen*]
- Benedikt XV.*, *Pacem Dei munus*, in: *Acta Apostolicae Sedis* 12 (1920) 209-218. [*Benedikt XV., Pacem Dei munus*]
- Benz, Wolfgang* (Hg.), *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/1955*, Berlin 1999. [*Benz, Deutschland*]
- Benz, Wolfgang* *Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat*, 5., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1999. [*Benz, Bundesrepublik*]
- Berger, Manfred*, Art. Dietrich, Charlotte Elise, in: *BBKL* 22 (2003) 256-263. [*Berger, Dietrich*]
- Berger, Teresa/Gerhards, Albert* (Hg.), *Liturgie und Frauenfrage. Ein Beitrag zur Frauenforschung aus liturgiewissenschaftlicher Sicht (Pietas liturgica 7)*, St. Ottilien 1990
- Berger, Manfred*, Art. Lauer, Amalie, in: *BBKL* 22 (2003) 768-775. [*Berger, Lauer*]
- Berliner Illustrierte Zeitung*, 28. Jg., Nr. 4, 26. Januar 1919.
- Berliner Illustrierte Zeitung*, 28. Jg., Nr. 9, 2. März 1919.
- Berliner Illustrierte Zeitung*, 28. Jg., Nr. 16, 20. April 1919.
- Besier, Gerhard/Piombo, Francesca*, *Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären*, München 2004. [*Besier/Piombo, Heiliger Stuhl und Hitler-Deutschland*]
- Besier, Gerhard*, *Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*, München 2000. [*Besier, Kirche*]
- Bierling, Stephan*, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft)* München u.a. 1999. [*Bierling, Außenpolitik*]
- Blackbourn, David*, *Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, Wiesbaden 1980. [*Blackbourn, Class*]
- Bloch, Marc*, *Erbschaft dieser Zeit*, Zürich 1935. [*Bloch, Erbschaft dieser Zeit*]
- Blumenwitz, Dieter u.a.* (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Stuttgart 1976. [*Blumenwitz, Konrad Adenauer*]
- Blüml, Rudolf* (Hg.), *Ignaz Seipel. Im Dienste des Wortes. Der Kaplan, Katechet, Kanzler in seinen Predigten, Exhorten und Ansprachen*, Wien 1955. [*Blüml, Seipel*]
- Boak, Helen*, *Women in the Weimar Republic*, Manchester 2013.
- Bock, Teresa*, Teresa Bock. \* 21. Oktober 1927, in: *Hermann Heitkamp/Alfred Plewa* (Hg.), *Soziale Arbeit in Selbstzeugnissen*, Freiburg i.Br. 1999, 55-84. [*Bock, Teresa Bock*]
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, *Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik*, in: *Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft –*

- Gesellschaft (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte) Düsseldorf 1987, 17-43. [Böckenförde, Zusammenbruch der Monarchie]
- Bourdieu, Pierre, Die biographische Illusion, in: BIOS 3 (1990) 75-81. [Bourdieu, Biographische Illusion]
- Bracher, Karl Dietrich/Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1953, bearb. von Helge Heidemeyer, Düsseldorf 1998. [Bracher u.a., CDU/CSU-Fraktion]
- Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte) Bonn 1987. [Bracher u.a., Weimarer Republik]
- Brauksiepe, Aenne, Im Deutschen Bundestag, in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Anweiler 1991, 109-115, 118-120. [Brauksiepe, Bundestag]
- Braun, Georg, Die sozialrechtlichen Bestimmungen im Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. Nov. 1918, in: Juristische Wochenschrift 47 (1918) 752-754. [Braun, Bestimmungen]
- Braun, Michael, Helene Weber, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hg.), Geschichte und Staat. Die Gründung der Union – Tradition, Entstehung und Repräsentanten (Geschichte und Staat, 254/255) München u.a. 1981, 145-156.
- Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966. [Brecht, Aus nächster Nähe]
- Breitenborn, Konrad, Der Friedensbund Deutscher Katholiken 1918/1919–1959, Berlin 1981. [Breitenborn, Friedensbund]
- Bremme, Gabriele, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956. [Bremme, Politische Rolle]
- Breuer, Gisela, Frauenbewegung im Katholizismus. Der Katholische Frauenbund 1903–1918, Frankfurt/Main/New York 1998. [Breuer, Frauenbewegung]
- Bröckling, Ulrich, Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens, München 1993. [Bröckling, Katholische Intellektuelle]
- Brown, Esther/Wolters, Rita (Hg.), Der Erste Weltkrieg 1914–1918, in: Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Berlin (Hg.), FS Katholischer Deutscher Frauenbund 1909–1999 - 90 Jahre in Berlin, Berlin 1999, 30-31. [Brown/Wolters, Der Erste Weltkrieg]
- Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970. [Brüning, Memoiren]
- Buchstab, Günter/Keller, Angela, Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung, St. Augustin 1990.
- Bücker, Vera, Heinrich Hirtsiefer, in: Hugo Maier (Hg.), Who's who der sozialen Arbeit, Freiburg i.Br. 1998, 254-255. [Bücker, Hirtsiefer]
- Büttner, Annett, Helene Weber (1881–1962) als katholische Publizistin, in: Thomas Pittrof/Walter Schmitz (Hg.), Freie Anerkennung übergeschichtlicher Bindungen. Katholische Geschichtswahrnehmung im deutschsprachigen Raum des 20.



- Jahrhunderts. Beiträge des Dresdener Kolloquiums vom 10. bis 13. Mai 2007, Freiburg i.Br. u.a. 2010, 89-106. [Büttner, Weber]
- Caron, Jeanne, *Le Sillon et la démocratie chrétienne 1894–1910*, Paris 1967. [Caron, Le Sillon]
- Cary, Noel D., *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge (Massachusetts)/London 1996. [Cary, Christian democracy]
- Chaline, Nadine-Josette, Marc Sangnier. *La Jeune République et la paix*, in: 14-18. Aujourd'hui - Today - Heute 1 (1998) 86-99. [Chaline, Marc Sangnier]
- Chenaux, Philippe, *Une Europe Vaticane? Entre le plan Marshall et les Traités de Rome*, Brüssel 1990. [Chenaux, Une Europe Vaticane]
- Chenaux, Philippe, *Pie XII. Diplomate et pasteur*, Paris 2003. [Chenaux, Pie XII.]
- Ciupke, Paul, Rezension zu Detlef Grothmann, "Verein der Vereine"? Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik, in: *Forum Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur* 1 (2001) 77. [Ciupke, Rez. Grothmann]
- Clay, Lucius D., *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt/Main 1950. [Clay, Entscheidung]
- Conze, Vanessa, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005. [Conze, Europa der Deutschen]
- Conze, Vanessa, Richard Coudenhove-Kalergi - umstrittener Visionär Europas, *Gleichen* 2004. [Conze, Coudenhove-Kalergi]
- Conzemius, Victor, Robert Schuman 1886–1963. Ein Christ für Deutschland und Frankreich, in: *Ulrich von Hehl/Friedrich Kronenberg* (Hg.), *Zeitzeichen. 150 Jahre deutsche Katholikentage 1848–1998*, Paderborn u.a. 1999, 153-163. [Conzemius, Schuman]
- Cornides, Wilhelm/Volle, Hermann, *Die Londoner Außenministerkonferenz der vier Großmächte*, in: *Europa Archiv* 3 (1948) 1067-1086. [Cornides/Volle, Außenministerkonferenz]
- Damberg, Wilhelm, *Bildung und katholische Identität in Deutschland*, in: *Wilhelm Damberg/Antonius Liedhegener* (Hg.), *Katholiken in den USA und Deutschland. Kirche, Gesellschaft und Politik*, Münster 2006, 132-144. [Damberg, Bildung]
- Damberg, Wilhelm, *Krieg, Theologie und Kriegserfahrung*, in: *Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Kirchen im Krieg - Europa 1939–1945. Internationales und interdisziplinäres Symposium „Kirchen im Krieg 1939 - 1945“ in der Katholischen Akademie in Bayern im Oktober 2004*, Paderborn 2007, 203-215. [Damberg, Krieg]
- Damberg, Wilhelm u.a. (Hg.), *Mutter Kirche - Vater Staat? Geschichte, Praxis und Debatten der konfessionellen Heimerziehung seit 1945*, Münster 2010. [Damberg u.a., Mutter Kirche]
- Damberg, Wilhelm/Meier, Johannes (Hg.), *Das Bistum Essen 1958-2008. Eine illustrierte Kirchengeschichte der Region von den Anfängen des Christentums bis zur Gegenwart*, Münster 2008. [Damberg u.a., Bistum Essen]

- Degler-Spengler, Brigitte*, Die religiöse Frauenbewegung des Mittelalters. Konversen – Nonnen - Beginen, in: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 3 (1984) 75-88. [*Degler-Spengler*, Religiöse Frauenbewegung]
- Dehler, Thomas*, Frühling in Bonn, in: Informationsdienst der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Bayern, Nr. 76 vom 30. April 1949, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß*, Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 184-187. [*Dehler*, Frühling in Bonn]
- Dehler, Thomas*, Die Gefahren für Bonn, in: Fränkischer Tag 5 vom 31. Dezember 1948, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß* (Hg.), Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 95-99. [*Dehler*, Gefahren für Bonn]
- Dehler, Thomas*, Der Kompromiß in Bonn, in: Informationsdienst der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Bayern, Nr. 66 vom 12. Februar 1949, 1-4, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß* (Hg.), Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 115-119. [*Dehler*, Kompromiß]
- Dehler, Thomas*, Die Lage in Bonn, in: Informationsdienst der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Bayern, Nr. 73 vom 2. April 1949, 1-3, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß* (Hg.), Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 160-162. [*Dehler*, Lage in Bonn]
- Dehler, Thomas*, Das rechte Maß, in: Informationsdienst der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Bayern, Nr. 63 vom 22. Januar 1949, 1-4, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß* (Hg.), Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 104-107. [*Dehler*, Das rechte Maß]
- Deilmann, Astrid*, Bild und Bildung. Fotografische Wissenschafts- und Technikberichterstattung in populären Illustrierten der Weimarer Republik (1919–1932), Osnabrück 2004. [*Deilmann*, Bild und Bildung]
- Delacor, Regina M.*, Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2000. [*Delacor*, Attentate und Repressionen]
- Delbreil, Jean-Claude*, Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933), Metz 1972. [*Delbreil*, Les catholiques français]
- Der Spiegel, 7/29, 15. Juli 1953.
- Der Spiegel, 9/25, 15. Juni 1955.
- Der Spiegel, 10/12, 21. März 1956.
- Der Spiegel, 16/49, 5. Dezember 1962.
- Deuerlein, Ernst*, Zur Friedensaktion Papst Benedikts XV. (1917), in: Stimmen der Zeit 155 (1954/1955) 241-256. [*Deuerlein*, Friedensaktion]
- Die Deutschen Bischöfe*, Erklärung nach Annahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, 23. Mai 1949, in: *Günter Baadte/Anton Rauscher* (Hg.), Dokumente deutscher Bischöfe, Bd. I - Hirtenbriefe und Ansprachen zu

- Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985, 311–316. [*Die Deutschen Bischöfe*, Erklärung Grundgesetz]
- Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 5/I: Ausschuß für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein 1993. [Parlamentarischer Rat, Akten und Protokolle 5/I]
- Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 5/II: Ausschuss für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein 1993. [Parlamentarischer Rat, Akten und Protokolle 5/II]
- Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 6: Ausschuß für Wahlrechtsfragen, Boppard am Rhein 1994. [Parlamentarischer Rat, Akten und Protokolle 6]
- Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 9: Plenum, bearb. von Wolfram Werner, München 1996. [Parlamentarischer Rat, Akten und Protokolle 9]
- Im Dienst für das Gemeinwohl. Aus den Erinnerungen von Helene Rothländer, in: *Katholische Bildung* 84 (1983) 550–555. [Im Dienst für das Gemeinwohl]
- Dietlein-Rust, Hedwig/Hartmann, Sibille*, Beginn der Sozialarbeit, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), *Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3)*, Essen/Annweiler 1991, 23–30. [*Dietlein-Rust/Hartmann, Sozialarbeit*]
- Dinzelbacher, Peter*, Beginen, in: *Ders.*, *Wörterbuch der Mystik*, Stuttgart 1989, 48. [*Dinzelbacher, Beginen*]
- Dirichs, Ferdinand, Bischof von Limburg*, Fastenhirtenbrief über Kirche und Staat (25. Januar 1948), abgedruckt in: *Günter Baadte/Anton Rauscher* (Hg.), *Dokumente deutscher Bischöfe*, Bd. I Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985, 233–240. [*Dirichs, Fastenhirtenbrief*]
- Dörr, Beate*, Die vier Mütter des Grundgesetzes – Ein Glücksfall für die Demokratie, Stuttgart 2009. [*Dörr, Mütter des Grundgesetzes*]
- Doering-Manteuffel, Anselm*, Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das 'christliche Europa' in der Weltsicht Konrad Adenauers, in: *Martin Greschat/Wilfried Loth* (Hg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*, Stuttgart u.a. 1994, 237–246. [*Doering-Manteuffel, Rheinischer Katholik*]
- Dokumente zur künftigen politische Entwicklung Deutschlands („Frankfurter Dokumente“) Frankfurt, 1. Juli 1948, in: *Kurt Wernicke/Hans Booms* (Hg.), *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 1: Vorgeschichte, Boppard am Rhein 1975, 30–36. [Frankfurter Dokumente]
- Dransfeld, Hedwig*, Grundsatzprogramm der katholischen Frauen zum Eintritt in die Politik, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), *Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik*, Essen/Annweiler 1990, 103–118. [*Dransfeld, Grundsatzprogramm*]
- Dransfeld, Hedwig*, Schattenseiten der modernen Frauenbewegung, in: *Die christliche Frau* 3 (1904/05) 369–374. [*Dransfeld, Schattenseiten*]

- Drießen, Helene*, Mitarbeit der Frauen in der Deutschen Zentrumsparlei, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik, Essen/Annweiler 1990. [*Drießen*, Mitarbeit der Frauen]
- Drucksachen des hessischen Landtags, Abteilung III: Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen. [Drucksachen hessischer Landtag]
- Dülffer, Jost*, Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Gerd Krumeich* (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001, 17-34. [*Dülffer*, Versailles]
- Duppré, Fritz*, Erinnerungen eines Zeitzeugen, in: *Bundesrat* (Hg.), Stationen auf dem Weg zum Grundgesetz. Festansprachen aus Anlaß der 40. Jahrestage der Rittersturz-Konferenz, des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee und des Zusammentretens des Parlamentarischen Rates, Bonn 1988, 11-15. [*Duppré*, Erinnerungen eines Zeitzeugen]
- Durand, Jean-Dominique*, L'Europe de la démocratie chrétienne, Brüssel 1995. [*Durand*, L'Europe]
- Durand, Jean-Dominique*, Pie XI, la paix et la construction d'un ordre international, in: *Ecole Française de Rome* (Hg.), Achille Ratti. Pape Pie XI., Rom 1996, 873-892. [*Durand*, Pie XI.]
- Eggemann, Maike/Hering, Sabine* (Hg.), Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit. Texte und Biographien zur Wohlfahrtspflege, Weinheim 1999. [*Eggemann/Hering*, Wegbereiterinnen]
- Elias, Norbert*, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Frankfurt/Main 1997. [*Elias*, Prozeß der Zivilisation]
- Emmerich, Marilone, Maria Schmitz* (1875–1962), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, 204-222. [*Emmerich*, Maria Schmitz]
- Eppink, Bernhard*, Leitstern auf dem Lebenspfade der katholischen Lehrerin, Dülmen/Westfalen 1906. [*Eppink*, Leitstern]
- Epstein, Klaus*, Adenauer 1918–1924, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 19 (1968) 553-561. [*Epstein*, Adenauer]
- Epstein, Klaus*, Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die französische Revolution 1770-1806, Frankfurt/Main 1973. [*Epstein*, Ursprünge des Konservatismus]
- Erdmann, Karl Dietrich*, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem 1. Weltkrieg, Stuttgart 1966. [*Erdmann*, Adenauer]
- Eschenburg, Theodor*, Carl Sonnenschein, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 11 (1963) 333-361. [*Eschenburg*, Sonnenschein]
- Eyermann, Gertrud*, Die Hausfrau und die beruflich tätige Frau, in: Frauenland 20 (1927) 98-100. [*Eyermann*, Hausfrau]
- Fattorini, Emma*, Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli fra la Grande Guerra e la Repubblica di Weimar (Annali dell'Istituto Storico Italo-Germanico in Trento 18) Bologna 1992. [*Fattorini*, Germania]

- Feldkamp, Michael F.*, Der Parlamentarische Rat 1948–1949, Göttingen 1998. [*Feldkamp*, Parlamentarischer Rat]
- Feldman, Gerald D.*, The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924, New York/Oxford 1993. [*Feldman*, Great Disorder]
- Feustel, Adriane* (Hg.), Die Schriften Alice Salomons. Bibliographie 1896–2004, Berlin 2004. [*Feustel*, Schriften Salomons]
- Fischer-Holz, Elisabeth*, Maria Schmitz, in: Katholische Bildung 88 (1987) 670–678. [*Fischer-Holz*, Schmitz]
- Först, Walter* (Hg.), Land und Bund, Köln u.a. 1981. [*Först*, Land]
- Forster, Bernhard*, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003. [*Forster*, Stegerwald]
- La France catholique, 7.7.1950.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.7.1962.
- Franz, Corinna* (Hg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966, Düsseldorf 2004. [*Franz*, CDU/CSU-Fraktion]
- Frei, Norbert*, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996. [*Frei*, Vergangenheitspolitik]
- Frese, Matthias*, Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003. [*Frese*, Demokratisierung]
- Friese, Alfred*, Alois Fürst zu Löwenstein, in: *Sigmund Freiherr von Pölnitz* (Hg.), Lebensläufe aus Franken, Bd. 6, Würzburg 1960, 365–381. [*Friese*, Alois Fürst zu Löwenstein]
- Friese, Elisabeth*, Helene Wessel (1898–1969), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 8, Mainz 1997, 107–122. [*Friese*, Wessel 1997]
- Friese, Elisabeth*, Helene Wessel (1898–1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie, Essen 1993. [*Friese*, Wessel 1993]
- Frings, Joseph Kardinal*, Erzbischof von Köln, Jahresschlußpredigt zu Grundfragen des politischen und sozialen Lebens (31. Dezember 1948), in: *Günter Baadte/Anton Rauscher* (Hg.), Dokumente deutscher Bischöfe, Bd. I: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985, 266–271. [*Frings*, Jahresschlußpredigt]
- Führ, Christoph*, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß 1919–1923 und im Ausschuß für Unterrichtswesen 1924–1933. Darstellung und Quellen, Weinheim/Berlin/Basel 1970. [*Führ*, Schulpolitik]
- Furger, Franz*, Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzungen, Stuttgart/Berlin/Köln 1991. [*Furger*, Sozialethik]
- [*-g.-*], „Ich habe immer den Menschen gesucht...“. Gedenkfeier zum 100. Geburtstag von Dr. h.c. Helene Weber, in: Prisma der Frau 64 (1981) 37. [Gedenkfeier 100. Geburtstag]

- Gabriel, Karl/Große Kracht, Hermann-Josef* (Hg.), Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform. „Beginnen wir einmal praktisch...“, Paderborn 2006. [*Gabriel/Große Kracht, Hitze*]
- Gabriel, Karl* (Hg.), Religionsfreiheit und Pluralismus. Entwicklungslinien eines katholischen Lernprozesses (Katholizismus zwischen Religionsfreiheit und Gewalt 1) Paderborn u.a. 2010. [*Gabriel, Religionsfreiheit*]
- Gallison-Reuter, Marie*, Mein Leben in zwei Welten, Heilbronn 1950. [*Gallison-Reuter, Leben*]
- Gasper, Paul/Zapp, Mirjam*, Die Geschichte der Sozialen Frauenschule in Aachen, in: *Norbert Jers* (Hg.), Soziale Arbeit gestern und morgen. FS zum 75-jährigen Bestehen der katholischen Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Aachen, Aachen 1991, 51-94. [*Gasper/Zapp, Frauenschule*]
- Gatter, Magda*, „Ein bewahrender, ordnender Mensch“. Helene Weber wäre am 17. März 100 Jahre alt geworden, in: *Prisma der Frau* 64 (1981) 15-16. [*Gatter, Bewahrender, ordnender Mensch*]
- Gauly, Thomas M.*, Katholiken. Machtanspruch und Machtverlust, Bonn 1991. [*Gauly, Katholiken*]
- Gelberg, Karl-Ulrich*, Bayerische Strategien für den Konvent, in: *Peter März/Heinrich Oberreuther* (Hg.), Weichenstellung für Deutschland. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, München 1999, 53-70. [*Gelberg, Bayerische Strategien*]
- Gerhard, Ute*, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek bei Hamburg 1990. [*Gerhard, Frauenbewegung*]
- Gerl, Hanna-Barbara*, Frauenbilder in der Geschichte, in: *ApuZ*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 42 (1988) 3-19. [*Gerl, Frauenbilder*]
- Germain, Maurice* (pseud. de *Dr. Lemesle*), Chrétiens à la recherche de l'Europe. Essai romancé, Paris 1931. [*Germain, Chrétiens*]
- Giese, Friedrich*, Religionsunterricht als Pflichtfach der deutschen Berufsschulen, Berlin 1933. [*Giese, Religionsunterricht*]
- Gille-Linne, Karin*, Verdeckte Strategien. Hertha Gotthelf, Elisabeth Selbert und die Frauenarbeit der SPD 1945–1949 (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 90) Bonn 2011.
- Giorgio, Michela de*, Das katholische Modell, in: *Georges Duby/Michelle Perrot* (Hg.), Geschichte der Frauen, Bd. 4, Frankfurt/Main/New York 1994, 187-220. [*Giorgio, Katholisches Modell*]
- Gotto, Klaus u.a.* (Hg.), Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion, eingeleitet und bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981. [*Gotto u.a., Sitzungsprotokolle CDU/CSU*]
- Gotto, Klaus/Hockerts, Hans-Jürgen/Repgen, Konrad*, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: *Klaus Gotto/Konrad Repgen* (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, 3., erweiterte und überarb. Auflage, Mainz 1990, 173-190. [*Gotto u.a., Nationalsozialistische Herausforderung*]
- Gottwald, Herbert/Wirth, Günter*, Zentrum (1870–1933), in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 4 (1986) 552-635. [*Gottwald/Wirth, Zentrum*]

- Götz von Olenhusen, *Irmtraud*, Feminisierung von Religion und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Ingrid Lukatis u.a.* (Hg.), Religion und Geschlechterverhältnis, Opladen 2000, 37-48. [Götz von Olenhusen, Feminisierung]
- Graßhoff, *Herbert*, Von der Bruderschaft Christlicher Mütter zur Katholischen Frauengemeinschaft in Deutschland, Diss. jur. München 1989. [Graßhoff, Zur Katholischen Frauengemeinschaft]
- Griesmayr, *Gudrun*, Von der Katholischen Aktion zu den Laienräten. Zur Entwicklung der kirchlichen Laienarbeit im Bistum Augsburg, Augsburg 2000. [Griesmayr, Laienräte]
- Groß, *Arnulf*, Weltverantwortung des Christen. Zum Gedenken an Ernst Michel (1889–1964). Dokumentationen, Frankfurt/Main u.a. 1996. [Groß, Weltverantwortung]
- Grossmann, *Thomas*, Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 56) Mainz 1991. [Grossmann, Kirche]
- Grothmann, *Detlef*, Art. Sonnenschein, Carl, in: BBKL 10 (1995) 793-796. [Grothmann, Sonnenschein]
- Grothmann, *Detlef*, Verein der Vereine? Der Volksverein für das katholische Deutschland im Spektrum des politischen und sozialen Katholizismus der Weimarer Republik (Paderborner historische Forschungen 9) Paderborn 1997. [Grothmann, Verein der Vereine?]
- Die Gründung der katholischen Sozialen Frauenschule, in: *Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Berlin* (Hg.), Festschrift Katholischer Deutscher Frauenbund 1909 bis 1999 - 90 Jahre in Berlin, Berlin 1999, 30-31. [Gründung Frauenschule]
- Grünthal, *Günther*, Reichsschulgesetz und Zentrumsparlei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968. [Grünthal, Reichsschulgesetz]
- Habermas, *Jürgen/Ratzinger, Joseph*, Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion. Mit einem Vorwort hg. von Florian Schuller, Freiburg/Basel/Wien 2005. [Habermas/Ratzinger, Säkularisierung]
- Haffner, *Sebastian*, Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1989. [Haffner, Rückblick]
- Haffner, *Sebastian*, Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, Stuttgart/München 2000. [Haffner, Geschichte eines Deutschen]
- Hankel, *Gerd*, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003. [Hankel, Die Leipziger Prozesse]
- Hanschmidt, *Alwin*, Eine christlich-demokratische 'Internationale' zwischen den Weltkriegen. Das 'Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration chrétienne' in Paris, in: *Winfried Becker/Rudolf Morsey* (Hg.), Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Köln/Wien 1988, 153-188. [Hanschmidt, 'Internationale']
- Haunfelder, *Bernd*, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumsparlei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien, Düsseldorf 1999. [Haunfelder, Reichstagsabgeordnete]

- Heidemeyer, Helge* (Hg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, Bd. 1, Düsseldorf 2003. [*Heidemeyer, Sitzungsprotokolle CDU/CSU-Fraktion 1*]
- Heidemeyer, Helge* (Hg.), Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, Bd. 2, Düsseldorf 2003. [*Heidemeyer, Sitzungsprotokolle CDU/CSU-Fraktion 2*]
- Heyder, Regina*, Deutsche Katholikinnen und das Konzil, in: *Margit Eckholt/Saskia Wendel* (Hg.), *Aggiornamento heute. Diversität als Horizont einer Theologie der Welt*, Ostfildern 2012, 42-50.
- Der heilige Vater und der Katholische Deutsche Frauenbund, in: *Frauenland* 22 (1929) 65-67. [*Heiliger Vater und Frauenbund*]
- Heimbach-Steins, Marianne*, Unterscheidung der Geister. Strukturmoment christlicher Sozialethik. Dargestellt am Werk Madeleine Delbrêls (Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster 31) Münster u.a. 1994. [*Heimbach-Steins, Unterscheidung der Geister*]
- Held, Heinrich*, Begrüßungsrede, in: Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main. 27. bis 30. August 1921. Nebst einer kurzen Einleitung über Vorgeschichte und Verlauf der Tagung, Würzburg 1921, 27-42. [*Held, Begrüßungsrede*]
- Helene-Weber-Schule* (Hg.), *Helene-Weber-Schule 1917–1967. 50 Jahre Katholische Schule für Sozialarbeit*, Berlin 1967. [*Helene-Weber-Schule*]
- Henkelmann, Andreas*, „Die christlichen Frauen müßten jetzt ihre Aufgabe im politischen Leben erkennen.“ Konfession, politische Partizipation und Geschlecht am Beispiel des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Münster, in: *Westfälische Forschungen* 60, 2010, 455-492.
- Henkels, Walter*, Helene Weber, in: *Henkels, Walter* (Hg.)/ *Szewczuk, Mirko* (Ill.), *Zeitgenossen. Fünfzig Bonner Köpfe*, Hamburg 1953, 232-235.
- Hering, Sabine/Kramer, Edith* (Hg.), *Aus der Pionierzeit der Sozialarbeit. Elf Frauen berichten*, Weinheim/Basel 1984. [*Hering/Kramer, Pionierzeit*]
- Hermanns, Manfred*, Wo steht die christliche Gesellschaftslehre? Von Heinrich Weber über Josef H ffner bis zur Gegenwart, in: *Die neue Ordnung* 55 (2001) 193-208. [*Hermanns, Christliche Gesellschaftslehre*]
- Hermanns, Manfred*, Heinrich Weber. Sozial- und Caritaswissenschaftler in einer Zeit des Umbruchs. Leben und Werk (Studien zur Theologie und Praxis der Caritas und Sozialen Pastoral 11) Würzburg 1998. [*Hermanns, Weber*]
- Hermanns, Manfred*, Sozialethik im Wandel der Zeit. Persönlichkeiten - Forschungen - Wirkungen des Lehrstuhls für Christliche Gesellschaftslehre und des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster 1893–1997 (Abhandlungen zur Sozialethik 49) Paderborn 2006. [*Hermanns, Sozialethik*]
- Hermanns, Manfred*, Die Verknüpfung von Sozialethik und Caritaswissenschaft bei Heinrich Weber, in: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften* 38 (1997) 92-114. [*Hermanns, Verknüpfung*]



- Hertfelder, Thomas/Heß, Jürgen C.* (Hg.), Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999. [*Hertfelder/Heß, Staatsfragment*]
- Hertrampf, Susanne*, „Zum Wohle der Menschheit“. Feministisches Denken und Engagement internationaler Aktivistinnen 1945–1975 (Frauen in Geschichte und Gesellschaft 41), Herbolzheim 2006.
- Hessische Landesregierung* (Hg.), Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin, Freiburg 2001. [*Hessische Landesregierung, Schwarzhaupt*]
- Heuss, Theodor*, Nach der zweiten Lesung, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Nr. 13 vom 22. Januar 1949, 2, abgedruckt in: *Thomas Hertfelder/Jürgen C. Heß*, Streiten um das Staatsfragment. Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes, Stuttgart 1999, 108–111. [*Heuss, Zweite Lesung*]
- Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz 1948, abgedruckt in: Kirchlicher Anzeiger Köln 88 (1948) 237–246. [*Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz*]
- Hodes, Fritz*, Elternrecht und Staatsbefugnis, Frankfurt/Main 1932. [*Hodes, Elternrecht*]
- Höfling, Beate*, Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Kriegen. Der Friedensbund Deutscher Katholiken 1917–1933, Waldkirch 1979. [*Höfling, Friedensbewegung*]
- Hofmann, Josef*, Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947, Mainz 1977. [*Hofmann, Journalist*]
- Holl, Karl*, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi und seine Vision von 'Paneuropa', in: *Heinz Durchhardt* (Hg.), Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des 'modernen' Europa, Mainz 2002, 11–73. [*Holl, Coudenhove-Kalergi*]
- Holz, Petra*, CDU-Politikerinnen und KDFB – Kontinuitäten und Neuansätze, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 315–331. [*Holz, CDU-Politikerinnen*]
- Holz, Petra*, Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960, Königstein/Taunus 2004. [*Holz, Tradition*]
- Hömig, Herbert*, Brüning, Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn u.a. 2000. [*Hömig, Brüning*]
- Hoppe, Ulrike*, Katholische Studentinnenvereine 1909–1936. Ihr Selbstverständnis und ihre Vorstellungen vom weiblichen Lebenszusammenhang, Bonn 1990. [*Hoppe, Studentinnenvereine*]
- Hörster-Philipps, Ulrike*, Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie, Paderborn u.a. 1998. [*Hörster-Philipps, Wirth*]
- Huber, Ernst Rudolf* (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd.4, Stuttgart <sup>3</sup>1992. [*Huber, Dokumente Verfassungsgeschichte 4*]
- Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. V: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919, Stuttgart u.a. 1978. [*Huber, Verfassungsgeschichte V*]

- Hübner, Rudolf*, Was verlangt Deutschlands Zukunft von der neuen Reichsverfassung? Halle/Saale 1919. [*Hübner*, Deutschlands Zukunft]
- Huerkamp, Claudia*, Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996. [*Huerkamp*, Bildungsbürgerinnen]
- Hummel, Karl-Joseph*, Kirche und Katholiken im Dritten Reich, in: *Ders.* (Hg.), Zeitgeschichtliche Katholizismusforschung. Tatsachen, Deutungen, Fragen. Eine Zwischenbilanz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd.100) Paderborn u.a. 2004, 59-82. [*Hummel*, Kirche und Katholiken]
- Hürten, Heinz*, La Germania ponte tra Est e Ovest nel quadro delle relazioni religiose, in: *Alfredo Canavero/Jean-Dominique Durand* (Hg.), Il fattore religioso nell'integrazione europea, Mailand 1999, 69-80. [*Hürten*, La Germania]
- Hürten, Heinz*, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960, Mainz 1986. [*Hürten*, Kurze Geschichte]
- Hürten, Heinz*, Deutsche Katholiken 1918–1945, Paderborn u.a. 1992. [*Hürten*, Deutsche Katholiken]
- Hürten, Heinz*, Katholizismus, staatliche Neuordnung und Demokratie 1945–1962 (Beiträge zur Katholizismusforschung A 7) Paderborn u.a. 1991. [*Hürten*, Katholizismus]
- Hürten, Heinz*, Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: *Albrecht Langner* (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn u.a. 1985, 131-154. [*Hürten*, Topos]
- Hürten, Heinz*, Katholische Verbände, in: *Anton Rauscher* (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Bd. 2, München 1982, 215-277. [*Hürten*, Katholische Verbände]
- Icken, Angela*, Der Deutsche Frauenrat. Etablierte Frauenverbandsarbeit im gesellschaftlichen Wandel, Opladen 2002.
- Illemann, Regina*, Katholische Frauenorganisation und Politik in den 1950er Jahren: „Der CDU in allen Wahlkämpfen grösste Dienste geleistet“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 21 (2014).
- Illemann, Regina*, „Zum Wohl der Kirche und des Volkes“. Der Katholische Deutsche Frauenbund zwischen Krieg und Konzil, Diss. Univ. Bonn 2013, im Erscheinen.
- Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 3947, 152. Bd., 20. Februar 1919.
- Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4452, 172. Bd., 10. Juli 1930.
- Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 4489, 176. Bd., 26. März 1931.
- Ischenhaeuser, Eliza*, Das weibliche Element in der Nationalversammlung, in: Illustrierte Zeitung Leipzig, Nr. 3946, Bd. 152, 13. Februar 1919, 168, 174. [*Ischenhaeuser*, Das weibliche Element]
- Jahrbuch des öffentlichen Rechts N.F. 1 (1951).
- James, Harold*, Economic Reasons for the Collapse of the Weimar Republic, in: *Ian Kershaw* (Hg.), Weimar. Why did German Democracy fail? London 1990, 30-57. [*James*, Economic Reasons]

- Jansen, Paul*, Helene Weber. 1881–1962. Politikerin, in *Karl Schein* (Hg.), *Christen zwischen Niederrhein und Eifel. Lebensbilder aus zwei Jahrhunderten*, Bd. 3, Aachen 1993, 171-186.
- Janusch, Cordula*, Tradition und Innovation. Frauen auf den Katholikentagen in der Weimarer Republik, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 163-178. [*Janusch*, Tradition und Innovation]
- Jensen, Anne*, Thekla, Vergessene Verkünderin, in: *Karin Walter* (Hg.), *Zwischen Ohnmacht und Befreiung. Biblische Frauengestalten*, Freiburg i.Br. 1988, 173-179, 179. [*Jensen*, Thekla]
- Joos, Joseph*, L'attitude du Centre allemand à l'égard de la SDN, in: *Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d'inspiration chrétienne*, 1er November 1928, Nr. 1, 24-25. [*Joos*, L'attitude du Centre allemand]
- Joos, Joseph*, Jugend – Nationalismus – Pazifismus, in: *Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 63. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Hannover. 30. August bis 3. September 1924*, Würzburg 1924, 149-156. [*Joos*, Jugend]
- Joos, Joseph*, So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958. [*Joos*, So sah ich sie]
- Joos, Joseph*, Am Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung und Politik, Augsburg 1951. [*Joos*, Räderwerk]
- Joos, Joseph*, Rapport sur la situation politique en Allemagne et le rôle du parti du Centre, in: *Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d'inspiration chrétienne*, 1er Novembre 1928, Nr. 1, 4-8. [*Joos*, Rapport]
- Joos, Joseph*, Im Rückblick, in: *Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), *Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961*, Köln 1961, 71-76. [*Joos*, Rückblick 1961]
- Joos, Joseph*, Im Rückblick, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), *Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3)* Essen/Annweiler 1991, 63-70. [*Joos*, Rückblick 1991]
- Jörissen, Luise*, Als Oberlehrerin in Köln, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), *Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3)* Essen/Annweiler 1991, 13-21. [*Jörissen*, Oberlehrerin]
- Juchacz, Marie*, Die politische Erziehung der Frauen in der Sozialdemokratie, in: *Die Frau* 36/5 (1929) 262-264. [*Juchacz*, Politische Erziehung der Frauen]
- Kall, Alfred*, Katholische Frauenbewegung in Deutschland, Paderborn u.a. 1983. [*Kall*, Katholische Frauenbewegung]
- Kaminsky, Uwe*, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933–1945, Köln 1995. [*Kaminsky*, Zwangssterilisation]
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands* (Hg.), *Lebensräume – Gleichheitsträume. Die Geschichte der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands*, Düsseldorf 1993. [*KFD*, Lebensräume]

- Katholische Sozialarbeit. Mitteilungen des Berufsverbandes Katholischer Fürsorgerinnen und des Berufsverbandes Katholischer Sozialarbeiter 8 (1956) 22. [Katholische Sozialarbeit 8 (1956)]
- Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), 25 Jahre KDFOB, o.O., 1928. [KDFOB, 25 Jahre KDFOB]
- Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Ernte eines Lebens. Blätter der Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h. c. Helene Weber am 17. März 1961, Köln 1961. [KDFOB, 80. Geburtstag Weber]
- Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Die Soziale Frauenschule des Katholischen Frauenbundes Deutschlands. 1918–1978 - 60 Jahre Katholische Ausbildungsstätte für Sozialarbeit Aachen, Köln 1978. [KDFOB, Soziale Frauenschule Aachen]
- Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Jahrhundertwende-Jahrhundertmitte. Der Katholische deutsche Frauenbund auf dem Wege 1903–1953, Köln 1953. [KDFOB, Jahrhundertwende]
- Keller, Michael, Bischof von Münster*, Fastenhirtenschreiben über die Familie (11. Januar 1948), abgedruckt in: *Günter Baadte/Anton Rauscher* (Hg.), Dokumente deutscher Bischöfe, Bd. I: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985, 217–224. [Keller, Fastenhirtenschreiben]
- Keller-Kühne, Angela*, Protestantin Elisabeth Schwarzhaupt und Katholikin Helene Weber. Zwei weibliche Pole der Union, in: *Hessische Landesregierung* (Hg.), Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Portrait einer streitbaren Politikerin und Christin, Freiburg 2001, 186–193. [Keller-Kühne, Schwarzhaupt]
- Kettern, Bernd*, Art. Le Fort, Gertrud von, in: BBKL 4 (1992) 1348–1356. [Kettern, Le Fort]
- Keynes, John M.*, Der Friedensvertrag von Versailles, Berlin 1921. [Keynes, Versailles]
- Kirk, Tim*, Fascism and Austrofascism, in: *Günter Bischof/Anton Pelinka/Alexander Lessner* (Hg.), The Dolfuss/Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment, New Brunswick/London 2003, 10–31. [Kirk, Facism]
- Klausmann, Christina*, Vordenkerinnen, Organisatorinnen, Freundinnen, Gegnerinnen. Beziehungen und Netzwerke in der Frauenbewegung, in: *Ariadne – Almanach des Archivs der deutschen Frauenbewegung* 37/38 (2000) 36–41. [Klausmann, Vordenkerinnen]
- Klemperer, Klemens von*, Ignaz Seipel, Christian Statesman in a Time of Crisis, Princeton 1976. [Klemperer, Seipel]
- Klens, Hermann*, Anwalt der Frauen. Leben und Werk, bearb. von Ingeborg Rocholl-Gärtner, Düsseldorf 1978. [Klens, Anwalt der Frauen]
- Knapp, Thomas A.*, Heinrich Brüning im Exil. Briefe an Wilhelm Sollmann 1940–1946, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22 (1971) 93–120. [Knapp, Brüning]
- Knapp, Thomas A.*, Joseph Wirth (1879–1956), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, 160–173. [Knapp, Wirth]
- Koepke, Cordula*, Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Von den Anfängen bis 1945, Freiburg/Basel/Wien 1981. [Koepke, Frauenbewegung]

- Köser, Silke, Denn eine Diakonisse darf kein Alltagsmensch sein. Kollektive Identitäten Kaiserswerther Diakonissen 1836–1914 (Historisch-theologische Genderforschung 2) Leipzig 2006. [Köser, Diakonisse]
- Kohl, Helmut (Hg.), Konrad Adenauer 1876–1967, Stuttgart/Zürich 1976. [Kohl, Adenauer]
- Krabbel, Gerta, Frau und Staat, in: Die Schildgenossen 6 (1926) 74-77. [Krabbel, Frau und Staat]
- Krabbel, Gerta, Joseph Mausbach zum Gedächtnis, in: Die christliche Frau 29 (1931) 66-69. [Krabbel, Mausbach]
- Krabbel, Gerta, Weibliche Kultur, in: Die christliche Frau 22 (1924) 136–139, 145–149. [Krabbel, Weibliche Kultur]
- Krabbel, Gerta, Nach 1933, in: *Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Jahrhundertwende - Jahrhundertmitte. Der KDfB auf dem Wege 1903–1953, Köln 1953, 93-98. [Krabbel, Nach 1933]
- Krause-Brewer, Fides, Helene Weber, in: *Dies.* (Hg.), Vom Brahmssee bis Shanghai. Begegnungen mit Leuten von Format, München 1987, 53-59. [Krause-Brewer, Weber]
- Krumeich, Gerd, Die Dolchstoßlegende, in: *Etienne Francois/Hagen Schulze* (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, 585-599. [Krumeich, Dolchstoßlegende]
- Kuby, Erich, Der Verfassungskonvent auf der Herreninsel. Juristische Generalstabsarbeit auf unsicherem Boden, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14.8.48, 3. [Kuby, Verfassungskonvent]
- Kuhn, Annette u.a. (Hg.), 100 Jahre Frauenstudium. Frauen der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dortmund 1996.
- Küppers, Heinrich, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik, Stuttgart 1997. [Küppers, Wirth]
- Landahl, Heinrich, In memoriam Dr. h.c. Christine Teusch. Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen a.D. 11. Oktober 1888-24. Oktober 1968, Bonn 1969. [Landahl, Teusch]
- Landé, Walter, Die Schule in der Reichsverfassung, Berlin 1929. [Landé, Schule]
- Landwehr, Rolf/Baron, Rüdiger, Von der Berufung zum Beruf. Zur Entwicklung der Ausbildung für die soziale Arbeit, in: *Rüdiger Baron* (Hg.), Sozialarbeit und Soziale Reform. Zur Geschichte eines Berufs zwischen Frauenbewegung und öffentlicher Verwaltung, Weinheim/Basel 1983, 1-36. [Landwehr/Baron, Berufung]
- Lange, Erhard H.M., Porträt Helene Weber (1881–1962). Ein Frauenleben für die Politik, in: *Geschichte im Westen. Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte* 21 (2006) 183-193. [E. Lange, Weber]
- Lange, Helene, Helene Weber, in: *Die Frau* 38 (1930/31) 429. [H. Lange, Weber]
- Latour, Francis, La papauté et les problèmes de la paix pendant la Première Guerre Mondiale, Paris 1996. [Latour, La papauté]

- Latour, Francis*, De la spécificité de la diplomatie vaticane durant la Grande Guerre, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine* 43/2 (1996) 349-365. [*Latour*, Grande Guerre]
- Lautenschläger, Gabriele*, Art. Salomon, Alice, in: *BBKL* 8 (1994) 1247-1250. [*Lautenschläger*, Salomon]
- Lauterer, Heide-Marie*, Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19–1949, Königstein/Taunus 2002. [*Lauterer*, Parlamentarierinnen]
- Lauterer, Heide-Marie*, Zentrums Politikerinnen im "Dritten Reich". Helene Weber, Christine Teusch und Helene Wessel, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 295-314. [*Lauterer*, Zentrums Politikerinnen]
- Lehnert, Esther*, Die Beteiligung von Fürsorgerinnen an der Bildung und Umsetzung der Kategorie "minderwertig" im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2003. [*Lehnert*, Fürsorgerinnen]
- Lenz, Marlene*, Helene Weber, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V.* (Hg.), *Christliche Demokraten der ersten Stunde*, Bonn 1966, 403-419. [*Lenz*, Weber 1966]
- Lenz, Marlene*, Helene Weber. Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Helene Weber, Köln 1981. [*Lenz*, Weber 1981]
- Leo XIII.*, *Rerum Novarum*, in: *Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands – KAB* (Hg.), *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*, 7. erw. Aufl., Köln/Kevelaer 1989, 41-78. [*Leo XIII.*, *Rerum Novarum*]
- Leugers-Scherzberg, August Hermann* (Hg.), *Die Zentrumsfraktion in der verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung 1919–1921. Sitzungsprotokolle (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3)* Düsseldorf 1994. [*Leugers-Scherzberg*, Zentrumsfraktion]
- Ley, Richard*, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Ihre Wahl, Zugehörigkeit zu Parlamenten und Regierungen. Eine Bilanz nach 25 Jahren, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4 (1973) 373-391. [*Ley*, Mitglieder des Parlamentarischen Rates]
- Lienkamp, Andreas*, *Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialethische Relecture*, Paderborn u.a. 2000. [*Lienkamp*, Sozialismusrezeption]
- Link, Roswitha*, „Mit ihrem sozial warm empfinden Herzen“ Die ersten Frauen in Münsters Stadtverordnetenkollegium 1919–1924, in: *Arbeitskreis Frauengeschichte* (Hg.), *FrauenLeben in Münster. Ein historisches Lesebuch*, Münster 1991, 34-66, hier: 50.
- Liste des délégations, in: *Bulletin trimestriel du Secrétariat des partis démocratiques d'inspiration chrétienne*, 1er Novembre 1928, Nr. 1, 2-4. [*Liste des délégations*]
- Lohe, Eilert*, *Heinrich Brüning. Offizier – Staatsmann – Gelehrter*, Göttingen/Zürich/Frankfurt/Main 1969. [*Lohe*, Brüning]
- Löhr, Wolfgang*, *Carl Sonnenschein (1876–1929)*, in: *Jürgen Aretz/ Rudolf Morsey/ Anton Rauscher* (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 4, Mainz 1980, 92-102. [*Löhr*, Sonnenschein]

- Longerich, Peter*, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995. [*Longerich, Deutschland*]
- Lönne, Karl-Egon*, Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1986. [*Lönne, Katholizismus*]
- Loth, Wilfried* (Hg.), Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne (Konfession und Gesellschaft 3) Stuttgart u.a. 1991. [*Loth, Katholizismus im Umbruch*]
- Luhmann, Niklas*, Soziologische Aufklärung, Bd. 4: Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, Opladen 1987. [*Luhmann, Soziologische Aufklärung*]
- Lukatis, Ingrid u.a.* (Hg.), Religion und Geschlechterverhältnis, Opladen 2000. [*Lukatis, Religion und Geschlechterverhältnis*]
- Maas, Georg*, Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung. Lebensgang, Lebensarbeit, Lebensziele ihrer Mitglieder nach eigenen Angaben, Charlottenburg 1919. [*Maas, Nationalversammlung*]
- Maier, Hans*, Deutscher Katholizismus nach 1945. Kirche, Gesellschaft, Geschichte, München 1964. [*Maier, Katholizismus*]
- Maier, Reinhold*, Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966. [*Maier, Erinnerungen*]
- Mann, Golo*, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Taschenbuchausgabe, Frankfurt/Main 1992. [*Mann, Deutsche Geschichte*]
- Mann, Michael/Plessen, Elisabeth* (Hg.), Katia Mann. Meine ungeschriebenen Memoiren, Frankfurt/Main 1974. [*Mann/Plessen, Katia Mann*]
- Mannes, Astrid Luise*, Heinrich Brüning. Leben, Wirken, Schicksal, München 1999. [*Mannes, Brüning*]
- Mannheim, Karl*, Das konservative Denken. Soziologische Beiträge zum Werden des politisch-historischen Denkens in Deutschland, in: *Hans Gerd Schumann* (Hg.), Konservatismus, Köln 1974, 24-75. [*Mannheim, Konservatives Denken*]
- Marckwardt, Wilhelm*, Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen (unter Einschluß einer Bibliographie dieses Presstypus 1918–1932), München 1982. [*Marckwardt, Weimarer Zeit*]
- Marcus, Paul*, Das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt (1919–1932). Vorgeschichte, Geschäftskreis, Tätigkeit und Auflösung sowie seine Überlieferung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, in: *Archivalische Zeitschrift* 83 (2000) 93-137. [*Marcus, Ministerium für Volkswohlfahrt*]
- Marquardt, Regine*, Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949 – 1961). Ausgewählte Biographien, Opladen 1999.
- Mausbach, Joseph*, Joseph Mausbach, in: *Erich Stange* (Hg.), Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Bd. 3, Leipzig 1927, 57-89. [*Mausbach, Joseph Mausbach*]
- Mausbach, Joseph*, Religionsunterricht und Kirche. Aus den Beratungen des Weimarer Verfassungsausschusses. Mit einem Anhang über die Grundschule, Freiburg i.Br. 1922. [*Mausbach, Religionsunterricht*]

- Matthes, Eva/Hopf, Carolin* (Hg.), Helene Lange und Gertrud Bäumer. Ihr Beitrag zum Erziehungs- und Bildungsdiskurs vom Wilhelminischen Kaiserreich bis in die NS-Zeit, Bad Heilbrunn 2003. [*Matthes/Hopf, Bildungsdiskurs*]
- Mayeur, Jean-Marie*, Des partis catholiques à la démocratie chrétienne XIXe-XXe siècles, Paris 1980. [*Mayeur, Des partis catholiques*]
- Medefind, Heinz*, Die Deutschen im Europarat. Zwei Jahrzehnte Nachkriegspolitik im Spiegel von Strassburg. Ein Bericht und eine Dokumentation (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung) München 1972. [*Medefind, Europarat*]
- Meissner, Boris*, Russland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953, Hamburg 1953. [*Meissner, Russland*]
- Meiwes, Relinde*, „Arbeiterinnen des Herrn“. Katholische Frauenkongregationen im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2000. [*Meiwes, „Arbeiterinnen des Herrn“*]
- Mensing, Hans Peter*, Adenauer im Dritten Reich, Berlin 1991. [*Mensing, Adenauer*]
- Mergel, Thomas*, Die subtile Macht der Liebe. Geschlecht, Erziehung und Frömmigkeit in katholischen rheinischen Bürgerfamilien 1830–1910, in: *Götz von Olenhusen, Irmtraud*, Frauen unter dem Patriarchat der Kirchen. Katholikinnen und Protestantinnen im 19. und 20. Jahrhundert (Konfession und Gesellschaft 7) Stuttgart 1995, 22–47. [*Mergel, Subtile Macht*]
- Meyer, Ahlrich*, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000. [*Meyer, Deutsche Besatzung*]
- Meyer, Ahlrich*, Die Razzien in Marseille 1943 und die Propagandaphotographien der deutschen Wehrmacht, in: *Francia* 22/3 (1995) 127–154. [*Meyer, Razzien*]
- Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumspartei 7 (1932). [*Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates 7 (1932)*]
- Mockenhaupt, Hubert*, Weg und Wirken des geistlichen Sozialpolitikers Heinrich Brauns, Paderborn 1977. [*Mockenhaupt, Brauns*]
- Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth* (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991. [*Mohr/Prégardier, Ernte eines Lebens*]
- Mohr, Anne/Prégardier, Elisabeth* (Hg.), Politik als Aufgabe. Engagement christlicher Frauen in der Weimarer Republik, Essen/Annweiler 1990. [*Mohr/Prégardier, Politik als Aufgabe*]
- Moisel, Claudia*, Frankreich und die deutschen Kriegsverbrecher. Politik und Praxis der Strafverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2004. [*Moisel, Frankreich*]
- Möller, Frank*, Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004. [*Möller, Charismatische Führer*]
- Möller, Horst*, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1994. [*Möller, Weimar*]
- Mommsen, Hans*, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933, München 2001. [*Mommsen, Aufstieg*]
- Mommsen, Hans*, Heinrich Brünnings Politik als Reichskanzler. Das Scheitern eines politischen Alleingangs, in: *Karl Holl* (Hg.), Wirtschaftskrise und liberale



- Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, Göttingen 1978, 16-45. [Mommsen, Brüning Politik]
- Mommsen, Wilhelm (Hg.), Deutsche Parteiprogramme (Deutsches Handbuch der Politik 1) München 1960. [Mommsen, Parteiprogramme]
- Morsey, Rudolf, Christine Teusch, in: Walter Först (Hg.), Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Portraits, Köln 1979, 200-209. [Morsey, Teusch]
- Morsey, Rudolf, Heinrich Brüning (1885–1970), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 1, Mainz 1973, 251-262. [Morsey, Brüning]
- Morsey, Rudolf, Helene Weber (1881–1962), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern Bd. 3, Mainz 1979, 223-234. [Morsey, Weber 1979]
- Morsey, Rudolf, Hermann Pünder (1888–1976), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 9, Münster 1999, 183-198. [Morsey, Pünder]
- Morsey, Rudolf, Konrad Adenauer (1876–1967), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Mainz 1975, 186-201. [Morsey, Adenauer]
- Morsey, Rudolf, Nordrhein-Westfalen und der Parlamentarische Rat, in: Walter Först (Hg.), Land und Bund, Köln u.a. 1981, 69-93. [Morsey, Nordrhein-Westfalen]
- Morsey, Rudolf (Hg.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der deutschen Zentrumspartei 1926–1933, Mainz 1969. [Morsey, Protokolle 1969]
- Morsey, Rudolf (Hg.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925, Mainz 1981. [Morsey, Protokolle 1981]
- Morsey, Rudolf, Die Rolle der Ministerpräsidenten bei der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland 1948/49, in: Bundesrat (Hg.), 50 Jahre Herrenchiemseer Verfassungskonvent - Zur Struktur des deutschen Föderalismus. Tagungsband zum wissenschaftlichen Symposium vom 19. bis 21. August 1998 im Kloster Seeon, Bonn 1999, 35-54. [Morsey, Ministerpräsidenten]
- Morsey, Rudolf, Der Staatsmann im Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, in: Rheinische Vierteljahresblätter 40 (1976) 199-211. [Morsey, Staatsmann]
- Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977. [Morsey, Untergang]
- Morsey, Rudolf, Weber, Helene, in: Ders. u.a. (Hg.), Lexikon der christlichen Demokratie, Paderborn u.a. 2002, 393-394. [Morsey, Weber 2002]
- Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966. [Morsey, Zentrumspartei]
- Morsey, Rudolf/Gotto, Klaus (Hg.), Die Kirche in der Nachkriegszeit - ihr Beitrag zum Wiederaufbau, Trier 1986. [Morsey/Gotto, Kirche Nachkriegszeit]
- Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans-Peter (Hg.), Adenauer. Briefe 1947–1949, bearb. von Peter Mensing, Paderborn 1984. [Morsey/Schwarz, Briefe Adenauer]

- Müller, Frank, Die "Brüning Papers". Der letzte Zentrumskanzler im Spiegel seiner Selbstzeugnisse, Frankfurt/Main u.a. 1993. [Müller, "Brüning Papers"]
- Müller, Guido, Das Europabild der katholischen Monatszeitschrift 'Stimmen der Zeit' im jesuitischen Umfeld (1918–1933), in: Michael Grunewald (Hg.), Le discours européen dans les revues allemandes (1933–1939)/Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1918–1933), Bern u.a. 1997, 149-179. [Müller, Europabild]
- Müller, Guido, Anticipated Exile of Catholic Democrats. The Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration chrétienne, in: Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.), Political Catholicism in Europe 1918–1945, Bd. 1, London/New York 2004, 252-264. [Müller, Anticipated Exile]
- Müller, Guido, Jenseits des Nationalismus? Europa als Konzept grenzübergreifender adligbürgerlicher Elitendiskurse seit dem Ersten Weltkrieg, in: Heinz Reif (Hg.), Adel und Bürgertum in Deutschland Bd. 2: Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2001, 235-268. [Müller, Nationalismus]
- Müller, Guido/Plichta, Vanessa, Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1923–1957, in: Journal of European Integration History 5/2 (1999) 17-48. [Müller/Plichta, Rhein und Donau]
- Müller-List, Gabriele, Gleichberechtigung als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957, Düsseldorf 1996. [Müller-List, Gleichberechtigung]
- Muschiol, Gisela, Katholikinnen und Moderne - Forschung und Perspektiven, in: Dies. (Hg.), Katholikinnen und Moderne, Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 1-9. [Muschiol, Einleitung]
- Muschiol, Gisela (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003. [Muschiol, Katholikinnen]
- Müther, Jutta, Der KDFB in den Anfängen der NS-Herrschaft. Notizen aus den Beständen des Kölner Archivs des KDFB, in: Gisela Muschiol (Hg.), Katholikinnen und Moderne, Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 281-293. [Müther, NS-Herrschaft]
- Muthesius, Hans (Hg.), Alice Salomon. Die Begründerin des Sozialen Frauenberufes in Deutschland. Ihr Leben und Werk, in: Schriften des Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Köln/Berlin 1958. [Muthesius, Salomon]
- Muthesius, Hans, Als Ministerialrätin im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt und in der Zusammenarbeit mit den Verbänden, in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 83-85. [Muthesius, Ministerialrätin]
- Neuss, Beate/Neubert, Hildigund (Hg.), Mut zur Verantwortung. Frauen gestalten die Politik der CDU, Köln u.a., 2013.
- Niehaus, Irmgard, Die Krone unserer Berufswürde. Die Auseinandersetzung um den Lehrerinnenzölibat im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen und im Katholischen Frauenbund, in: Gisela Muschiol (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 43-67. [Niehaus, Lehrerinnenzölibat]

- Nietfeld, Joseph*, Die Zentrumspartei. Geschichte und Struktur 1945–1958, Braunschweig 1981. [*Nietfeld*, Zentrumspartei]
- Nipperdey, Thomas*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist, Broschierte Sonderausgabe, München 1998. [*Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1]
- Nipperdey, Thomas*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München <sup>3</sup>1995. [*Nipperdey*, Deutsche Geschichte 2]
- Nowak, Kurt*, Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995. [*Nowak*, Geschichte]
- Nowick, Peter*, L'épuration française 1944–1949, Paris 1985. [*Nowick*, L'épuration française]
- Offenberg, Maria* (Hg.), Festschrift der Sozialen Frauenschule Aachen, Aachen 1930. [*Offenberg*, Frauenschule Aachen]
- Offenberg, Maria*, Der Weckruf, in: *Anne Mohr/Elisabeth Prégardier* (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 31-36. [*Offenberg*, Weckruf]
- Öffentliche Elternversammlung, in: *Katholische Frauenbildung* 57 (1956) 515-527. [Öffentliche Elternversammlung]
- Osten, Petra von der*, Jugend- und Gefährdetenfürsorge im Sozialstaat. Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder auf dem Weg zum Sozialdienst katholischer Frauen 1945–1968 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 93), Paderborn 2002.
- Papini, Roberto*, Il corraggio della democrazia. Sturzo e l'Internazionale popolare tra le due guerre, Rom 1995. [*Papini*, Il corragio]
- Papini, Roberto*, Le courage de la démocratie. Sturzo et l'Internationale populaire entre les deux guerres. Matériaux pour une histoire, Paris 2003. [*Papini*, Le courage]
- Papini, Roberto*, L'Internationale démocrate-chrétienne. La coopération internationale entre les partis démocrates-chrétiens de 1925 à 1986, Paris 1988. [*Papini*, L'Internationale]
- Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49. [Parlamentarischer Rat, Hauptausschuss]
- Pasture, Patrick u.a.* (Hg.), Gender and christianity in modern Europe. Beyond the feminization thesis (KADOC-studies on religion culture and society 10, Leuven 2012.
- Paul, Ernst*, Helene Weber – ein erfülltes Leben, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst* 7 (1962), H. 26, S. 6.
- Patch, William L.*, Heinrich Brüning and the dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998. [*Patch*, Brüning]
- Paulini, Christa*, Der Dienst am Volksganzen ist kein Klassenkampf. Die Berufsverbände der Sozialarbeiterinnen im Wandel der Sozialen Arbeit (Siegener Studien zur Frauenforschung 8) Opladen 2001. [*Paulini*, Dienst am Volksganzen]

- Pennera, Christian*, Robert Schuman. La jeunesse et les débuts politiques d'un grand européen de 1886 à 1924, Sarreguemines 1985. [*Pennera, Schumann*]
- Peukert, Detlef J. K.*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1997. [*Peukert, Weimarer Republik*]
- Pezet, Ernest*, Chrétiens au service de la Cité. De Léon XIII au Sillon et au MRP 1891–1965, Paris 1965. [*Pezet, Chrétiens au service*]
- Pitz-Savelsberg, Elisabeth*, [Autobiographie], in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Deutscher Bundestag – wissenschaftliche Dienste – Abt. Wissenschaftliche Dokumentation (Hg.), Bd. 3, Boppard 1985, 175-296, 276 f.
- Pöhlmann, Barbara*, Heinrich Held als Bayerischer Ministerpräsident (1924–1933). Eine Studie zu 9 Jahren Bayerischer Staatspolitik, München 1995. [*Pöhlmann, Held*]
- Poidevin, Raymond*, Robert Schuman, homme d'Etat 1886–1963, Paris 1986. [*Podevin, Schuman*]
- Pöpping, Dagmar*, Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945, Berlin 2002. [*Pöpping, Abendland*]
- Prégardier, Elisabeth* (Hg.), Elisabeth Gnauck-Kühne (1850–1917). Zur sozialen Lage der Frau um die Jahrhundertwende, Essen/Annweiler 1997. [*Prégardier, Gnauck-Kühne*]
- Prégardier, Elisabeth*, Engagiert – Drei Frauen aus dem Ruhrgebiet. Albertine Badenberg – Helene Weber – Antonie Hopmann, Annweiler 2003.
- Prégardier, Elisabeth*, Helene Weber (1881–1962). Sozialpolitikerin und Frauenrechtlerin, in: *Alfred Pothmann/Reimund Haas* (Hg.), Christen an der Ruhr, Bottrop 1998, 165-188. [*Prégardier, Weber*]
- Pressestelle der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen*, 1918–1978. 60 Jahre Katholische Ausbildungsstätte für Sozialarbeit in Aachen, Köln 1978. [*Pressestelle der KFH, 60 Jahre Katholische Ausbildungsstätte*]
- Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt* (Hg.), Richtlinien für die Lehrpläne der Wohlfahrtsschulen, Berlin 1930. [*Preußisches Ministerium, Lehrpläne Wohlfahrtsschulen*]
- Probst, Ernst*, Superfrauen, Feminismus und Familie, Mainz 2006. [*Probst, Superfrauen*]
- Probst, Ernst*, Superfrauen 3 – Politik. Das Leben berühmter Politikerinnen, Juristinnen, Soldatinnen, Spioninnen und Umweltschützerinnen in Wort und Bild, Norderstedt 2001.
- Pünder, Hermann*, Frau Helene Weber, die 'Europäerin', in: *Katholischer Deutscher Frauenbund* (Hg.), Ernte eines Lebens. Blätter zur Erinnerung zum 80. Geburtstag von Dr. h.c. Helene Weber am 17. März 1961, Köln 1961, 96-99. [*Pünder, Weber*]
- Rahden, Till van*, Demokratie und väterliche Autorität. Das Karlsruher "Stichentscheid"-Urteil von 1959 in der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History Online-Ausgabe 2* (2005) <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Rahden-2-2005>; eingesehen 8.5.2012. [*Rahden, Stichentscheid-Urteil*]

- Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main. 27. bis 30. August 1921. Nebst einer kurzen Einleitung über Vorgeschichte und Verlauf der Tagung, Würzburg 1921. [Reden Katholikentag 1921]
- Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu München. 27. bis 30. August 1922, Würzburg 1923. [Reden Katholikentag 1922]
- Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 63. General-Versammlung der Katholiken Deutschlands zu Hannover. 30. August bis 3. September 1924, Würzburg 1924. [Reden Katholikentag 1924]
- Rauscher, Anton* (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Bd. 1, München 1981. [*Rauscher, Sozialer und politischer Katholizismus 1*]
- Rauscher, Anton* (Hg.), Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963, Bd. 2, München 1982. [*Rauscher, Sozialer und politischer Katholizismus 2*]
- Rauscher, Anton* (Hg.), Kirche und Katholizismus 1945–1949, München 1977. [*Rauscher, Kirche*]
- Reichel, Saskia*, Helene Weber (1881–1962), in: *Elisabeth Fischer-Holz* (Hg.), Bedeutende Frauen aus dem Dreiländereck. Lebensbilder in drei Bänden, Bd. 3, Aachen 1992, 75-90. [*Reichel, Weber*]
- Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei* (Hg.), Offizieller Bericht des Ersten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 19. bis 22. Januar 1920, Berlin 1920. [*Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Erster Reichsparteitag*]
- Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei* (Hg.), Offizieller Bericht des Zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922, Berlin 1922. [*Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Zweiter Reichsparteitag*]
- Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei* (Hg.), Offizieller Bericht des Vierten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei vom 16. und 17. November 1925, Berlin 1926. [*Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Vierter Reichsparteitag*]
- Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei* (Hg.), Offizieller Bericht des Fünften Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei am 8. und 9. Dezember 1928 in Köln, Berlin 1928. [*Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Fünfter Reichsparteitag*]
- Reimann, Viktor*, Zu groß für Österreich. Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik, Wien u.a. 1968. [*Reimann, Österreich*]
- Reinicke, Peter*, Die Berufsverbände der Sozialarbeit und ihre Geschichte. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 1990. [*Reinicke, Berufsverbände*]
- Renger, Annemarie*, Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993. [*Renger, Leben*]

- Renn, Heinz*, Dr. Dr. Hermann Pünder (1888–1976). Bedeutender Staatsmann - großer Europäer, in: Nachrichtenblatt des Vereins Alter Münstereifler 52/1 (1977) 1-11. [Renn, Pünder]
- Rennhofer, Friedrich*, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann, Wien/Köln 1978. [Rennhofer, Seipel]
- Renoton-Beine, Nathalie*, La Colombe et les tranchées. Benoît XV et les tentatives de paix durant la Grande Guerre, Paris 2004. [Renoton-Beine, La Colombe]
- Reppen, Konrad*, Die Außenpolitik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege, in: *Hubert Jedin/Konrad Reppen* (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VII: Die Weltkirche im 20. Jahrhundert, Freiburg i.Br./Basel/Wien 1979, 36-96. [Reppen, Außenpolitik]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Alois Fürst zu Löwenstein (1871–1952), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Mosey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 10, Münster 2001, 115-128. [Reytier, Alois Fürst zu Löwenstein]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Les catholiques allemands et la paix au lendemain de la Première Guerre mondiale, in: *Historiens de l'Europe contemporaine/Historians of Contemporary Europe* 10 (1995) 19-42. [Reytier, Paix]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Les catholiques allemands et la République de Weimar. Les Katholikentage 1919 – 1932. Thèse sous la direction du Professeur Jean-Dominique Durand, Université Jean Moulin – Lyon 3, 2004. [Reytier, Les catholiques]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Des catholiques pacifistes. Die Katholische Friedenswarte (1924–1927) et Der Friedenskämpfer (1928–1933), in: *Michel Grunewald/Uwe Puschner/Hans-Manfred Bock* (Hg.), Le milieu intellectuel catholique en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1871–1963)/Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963), Bern 2006, 255-280. [Reytier, Des catholiques pacifistes]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, I cattolici tedeschi e l'Europa all'indomani della Prima Guerra Mondiale. L'esempio dei Katholikentage, in: *Alfredo Canavero/Jean-Dominique Durand* (Hg.), Il fattore religioso nell'integrazione europea, Mailand 1999, 359-371. [Reytier, I cattolici tedeschi]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Die Fürsten Löwenstein an der Spitze der deutschen Katholikentage. Aufstieg und Untergang einer Dynastie (1868–1968), in: *Günther Schulz/Markus A. Denzel* (Hg.), Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2005, 461-502. [Reytier, Fürsten Löwenstein]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Die deutschen Katholiken und der Gedanke der europäischen Einigung 1945–1949. Wende oder Kontinuität? in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 3 (2002) 166-167. [Reytier, Katholiken]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Les Katholikentage dans l'entre-deux-guerres, in: 14-18. Aujourd'hui, Today, Heute 1/1 (1998) 71-85. [Reytier, Katholikentage]
- Reytier, Marie-Emmanuelle*, Maria Freiin von Gebstättel (1885–1958). Eine Adelige mit bürgerlichem Engagement, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 223-237. [Reytier, Maria Freiin von Gebstättel]

- Richter, Ingrid*, Von der Sittlichkeitsreform zur Eugenik. Katholischer Deutscher Frauenbund und eugenische Beratung, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 255-280. [*Richter*, Sittlichkeitsreform und Eugenik]
- Rieden, Charlotte*, Helene Weber als Gründerin der katholischen Schule für Sozialarbeit in Köln und als Sozialpolitikerin, in: *Rüdiger Baron* (Hg.), *Sozialarbeit und soziale Reform. Zur Geschichte eines Berufes zwischen Frauenbewegung und öffentlicher Verwaltung. Festschrift zum 75-jährigen Bestehen der Sozialen Frauenschule Berlin-Schöneberg/Fachschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik* Berlin, Weinheim/Basel 1983, 110-143. [*Rieden*, Weber]
- Riesenberger, Dieter*, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1985. [*Riesenberger*, Friedensbewegung]
- Riesenberger, Dieter*, Der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ und der politische Katholizismus in der Weimarer Republik, in: *Johannes Horstmann* (Hg.), *75 Jahre katholische Friedensbewegung in Deutschland. Zur Geschichte des »Friedensbundes deutscher Katholiken« und von »Pax Christi«*, Schwerte 1995, 17-48. [*Riesenberger*, Friedensbund]
- Rohlfes, Joachim*, Ein Herz für die Personengeschichte? Strukturen und Persönlichkeiten in Wissenschaft und Unterricht, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 50 (1999) 305-320. [*Rohlfes*, Herz]
- Rohr, Dorothea*, „...mit heiliger Begeisterung“. Zur Gründungsgeschichte des Katholischen Frauenbundes in Freiburg, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 91-103. [*Rohr*, Gründungsgeschichte]
- Rölly-Alkemper, Lukas*, Familie im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 89) Paderborn u.a. 2000. [*Rölly-Alkemper*, Familie im Wiederaufbau]
- Rosenbach, Harald*, Einleitung, in: *Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hg.), *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 6: Ausschluß für Wahlrechtsfragen, München 1994, VII-LIII. [*Rosenbach*, Einleitung]
- Roth, François*, Robert Schuman. Du catholique lorrain à l'homme d'Etat européen, 1886–1963, in: *Gérard Cholvy* (Hg.), *L'Europe, ses dimensions religieuses*, Montpellier 1998, 113-135. [*Roth*, Schuman]
- Roth, Thomas*, Helene Weber (1881–1962), in: *100 Jahre Frauenstudium*, Bonn 1996, 148-151.
- Rousso, Henry*, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1987. [*Rousso*, Le syndrome de Vichy]
- Ruster, Thomas*, Die verlorene Nützlichkeit der Religion. Katholizismus und Moderne in der Weimarer Republik, Paderborn u.a. 1994. [*Ruster*, Nützlichkeit der Religion]
- Sachße, Christoph*, *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929*, 2. überarbeitete Auflage, Opladen 1994. [*Sachße*, Mütterlichkeit]
- Sachße, Christoph*, *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929*, Weinheim/Basel/Berlin 2003.

- Sack, Birgit, Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik (1918/19–1933), Münster u.a. 1998. [Sack, Religiöse Bindung]
- Sack, Birgit, Dr. Amalie Lauer 1882–1950, in: *Kölner Frauengeschichtsverein* (Hg.), "10 Uhr pünktlich Gürzenich". Hundert Jahre bewegte Frauen in Köln, Köln 1995, 135-139. [Sack, Lauer]
- Sack, Birgit, Vertretungen nach eigener Wahl und aus den eigenen Kreisen. Katholischer Frauenbund, Zentrumspartei und Zentrums Politikerinnen in der Weimarer Republik, in: *Gisela Muschiol* (Hg.), *Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation*, Münster 2003, 239-254. [Sack, Vertretungen]
- Saint-Gille, Anne-Marie, *La Paneurope. Un débat d'idées dans l'entre-deux-guerres*, Paris 2003. [Saint-Gille, La Paneurope]
- Salentin, Ursula, Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg, Freiburg i.Br. 1986. [Salentin, Schwarzhaupt]
- Salomon, Alice, *Die Ausbildung zum sozialen Beruf*, Berlin 1927. [Salomon, Ausbildung]
- Salomon, Alice, Die Frau in der sozialen Hilfstätigkeit, in: *Helene Lange/Gertrud Bäumer* (Hg.), *Handbuch der Frauenbewegung*, Berlin 1901, 1-119. [Salomon, Hilfstätigkeit]
- Salomon, Erich, Faszinierender Bildjournalismus. Der Kampf um die Aufnahmemöglichkeit, in: *W. Joachim Freyburg/Hans Wallenberg* (Hg.), *Hundert Jahre Ullstein*, Bd. 1, Frankfurt/Main/Berlin 1977, 385-405. [Salomon, Bildjournalismus]
- Salzmann, Rainer, Einleitung, in: *Klaus Gotto u.a.* (Hg.), *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, eingeleitet und bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981, VII-XXXI. [Salzmann, Einleitung]
- Die Satzung des Europarats vom 5. Mai 1949, in: *Otto Schmuck* (Hg.), *Vierzig Jahre Europarat. Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive?* Bonn 1990, 258-270. [Satzung des Europarats]
- Sauer, Thomas (Hg.), *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik (Konfession und Gesellschaft 21)* Stuttgart 2000. [Sauer, Katholiken]
- Sauser, Ekkart, Art. Leo XIII., in: *BBKL* 4 (1992) 1451-1463. [Sauser, Leo XIII.]
- Schaser, Angelika, Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft, Köln/Weimar/Wien 2000. [Schaser, Lange und Bäumer]
- Schatz, Klaus, Zwischen Säkularisation und Zweitem Vatikanum. Der Weg des deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 1986. [Schatz, Säkularisation]
- Schauff, Johannes, Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928. [Schauff, Katholiken]
- Scheepers, Rajah, Von der weiblichen Lust am Studium der Theologie. Frauen gestatten Geschichte, in: *Ulrike Auga* (Hg.), *Das Geschlecht der Wissenschaften. Zur*



- Geschichte von Akademikerinnen im 19. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main u.a. 2010, 281-302.
- Schewick, Burkhard van*, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 30) Mainz 1980. [*Schewick*, Katholische Kirche]
- Schiffers, Reinhard*, Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961, Düsseldorf 2004. [*Schiffers*, CDU/CSU-Fraktion]
- Schildt, Axel*, Konservatismus in Deutschland, München 1998. [*Schildt*, Konservatismus]
- Schlüter-Hermkes, Maria*, Die neue Familie durch die neue Frau, in: *Luise Bardenhewer/Aenne Franken* (Hg.), Die katholische Frau in der Zeit, Düsseldorf 1931, 11-22. [*Schlüter-Hermkes*, Neue Familie]
- Schlüter-Hermkes, Maria*, Wiege und Welt. Aufsätze und Reden über Frau, Ehe und Familie, Münster 1950. [*Schlüter-Hermkes*, Wiege und Welt]
- Schmid, Carlo*, Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979. [*Schmid*, Erinnerungen]
- Schmidt-Koddenberg, Angelika*, Helene Weber (1881–1962), in: *Michael Fröhlich* (Hg.), Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002, 244-255. [*Schmidt-Koddenberg*, Weber]
- Schmidt-Koddenberg, Angelika/Silva Antunes Alves, Susanne da/Ernst, Renate*, Weibliche Führungskräfte im Berufsfeld Soziale Arbeit. Ein Beitrag zur Machtfrage, in: *Brigitte Hasenjürgen/Christine Rohleder* (Hg.), Geschlecht im sozialen Kontext. Perspektiven für die soziale Arbeit. Schriften der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen, Bd.1, Opladen 2005, 145-177. [*Schmidt-Koddenberg u.a.*, Weibliche Führungskräfte]
- Schmitt, Hermann Josef*, Der heimgegangenen Vorsitzenden des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen Dr. h.c. Helene Weber, in: Katholische Sozialarbeit. Mitteilungen des Berufsverbandes katholischer Fürsorgerinnen 14 (1962) 80-81. [*Schmitt*, Helene Weber]
- Schmuck, Otto (Hrsg.)*, Vierzig Jahre Europarat. Renaissance in gesamteuropäischer Perspektive? Bonn 1990. [*Schmuck*, Vierzig Jahre Europarat]
- Schnabl, Christa*, Gerecht sorgen. Grundlagen einer sozialetischen Theorie der Fürsorge (Studien zur theologischen Ethik 109) Freiburg/Schweiz u.a. 2005. [*Schnabl*, Gerecht sorgen]
- Scholder, Klaus*, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1988. [*Scholder*, Kirchen]
- Schönhoven, Klaus*, Heinrich Held (1868–1938), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, 220-235. [*Schönhoven*, Held]
- Schrappner, Christian*, Hans Muthesius (1885–1977). Ein deutschsprachiger Fürsorgejurist und Sozialpolitiker zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Münster 1993. [*Schrappner*, Muthesius]
- Schroeder, Augusta*, Höhere Fachschule für Sozialarbeit. Soziale Frauenschule Aachen 1916–1966, Aachen 1966. [*Schroeder*, Fachschule]

- Schroeder, Josef*, Die Katholische Aktion unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse, Menden 1933. [*Schroeder*, Katholische Aktion]
- Schuker, Stephen A.*, The End of the French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976. [*Schuker*, End of the French Predominance]
- Schulz, Hermann*, Die Verhältniswahl zur Nationalversammlung. Leitfaden für die Wahl und Erläuterung der Grundsätze des neuen Wahlverfahrens, Berlin 1919. [*Schulz*, Verhältniswahl]
- Schulze, Hagen*, Die Biographie in der „Krise der Geschichtswissenschaft“, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978) 508-518. [*Schulze*, Biographie]
- Schütz, Klaus*, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 6) Stuttgart/Düsseldorf 1955. [*Schütz*, Sozialdemokratie]
- Schwartz, Michael*, Sozialistische Eugenik, Bonn 1995. [*Schwartz*, Sozialistische Eugenik]
- Schwartz, Michael*, Konfessionelle Milieus und Weimarer Eugenik, in: Historische Zeitschrift 261 (1995) 403-448. [*Schwartz*, Konfessionelle Milieus]
- Schwarz, Hans-Peter*, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1991. [*Schwarz*, Adenauer]
- Schwarz, Hans-Peter*, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980. [*Schwarz*, Vom Reich zur Bundesrepublik]
- Schwarz, Rudolf*, Die Christliche Kunst an Kunstgewerbeschulen. Tagung für christliche Kunst, Dresden, 1. Oktober 1929, in: Die Schildgenossen 9 (1929) 523-531. [*Schwarz*, Christliche Kunst]
- Die Seele der Frankfurter Katholikenversammlung, in: Kölnische Volkszeitung 629, 5. September 1921, 1. [Frankfurter Katholikenversammlung 1921]
- Seelen, Manja*, Art. Katholischer Deutscher Frauenbund, in: LThK 5<sup>3</sup>, 1366. [*Seelen*, Frauenbund]
- Sharp, Alan*, The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris 1919, Houndmills/London 1991. [*Sharp*, Versailles]
- Sitter, Carmen*, Die Rolle der vier Frauen im Parlamentarischen Rat. Die vergessenen Mütter des Grundgesetzes (Frauenforschung interdisziplinär. Historische Zugänge zu Biographie und Lebenswelt; Bd. 3), Münster 1995.
- Sitzungsberichte der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung. Tagung 1919/21, Bd. 2, Berlin 1921. [Sitzungsberichte Preußische Landesversammlung 2]
- Skala, Dieter*, Art. Stegerwald, Adam, in: BBKL 10 (1995) 1265-1270. [*Skala*, Stegerwald]
- Smith, Helmut Walser*, German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870–1914, Princeton 1995. [*Smith*, German Nationalism]
- Soden, Kristine von*, Auf dem Weg zur "neuen Sexualmoral" - die Sexualberatungsstellen in der Weimarer Republik, in: Johanna Geyer-

- Kordesch/Annette Kuhn* (Hg.), *Frauenkörper, Medizin, Sexualität. Auf dem Weg zu einer neuen Sexualmoral*, Düsseldorf 1986, 237-262. [*von Soden, Sexualmoral*]
- Sohn-Kronthaler, Michaela/Sohn, Andreas*, *Frauen im kirchlichen Leben vom 19. Jahrhundert bis heute*, Kevelaer 2008.
- Sonthheimer, Kurt*, *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik*, München 2005. [*Sonthheimer, Adenauer-Ära*]
- Sörgel, Werner*, *Konsensus und Interessen. Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1969. [*Sörgel, Konsensus*]
- Soziale Berufsarbeit*, Organ der Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands 12 (1932).
- Die Soziale Frauenschule an der Zentrale des Katholischen Frauenbundes Deutschlands*, in: *Die christliche Frau* 14 (1916) 334-342. [*Soziale Frauenschule*]
- Spael, Wilhelm*, *Das katholische Deutschland im 20. Jahrhundert. Seine Pionier- und Krisenzeiten 1890–1945*, Würzburg 1964. [*Spael, Deutschland*]
- Sproll, Johannes Baptista, Bischof von Rottenburg*, *Hirtenwort zur Bekenntnisschule* (11. November 1948), in: *Günter Baadte/Anton Rauscher* (Hg.), *Dokumente deutscher Bischöfe, Bd. I: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949*, Würzburg 1985, 259-265. [*Sproll, Hirtenwort*]
- Stehkämper, Hugo*, *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*, Köln 1976. [*Stehkämper, Adenauer*]
- Stehlin, Stewart A.*, *Weimar and the Vatican, 1919–1933. German-Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years*, Princeton 1983. [*Stehlin, Weimar and the Vatican*]
- Stein, Edith*, *Die Frau. Ihre Aufgabe nach Natur und Gnade* (Edith Steins Werke 5) Louvain/Freiburg 1959. [*Stein, Die Frau*]
- Steinmaus-Pollak, Angelika*, *Das als Katholische Aktion organisierte Laienapostolat. Geschichte seiner Theorie und seiner kirchenrechtlichen Praxis in Deutschland*, Würzburg 1988. [*Steinmaus-Pollak, Katholische Aktion*]
- Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1948*. [*Stenographische Berichte, Bürgerschaft zum Hamburg*]
- Stenographischer Bericht über die 56.-59. Sitzung [14. Sitzungsabschnitt (Sondersitzung)] des Landtages Nordrhein-Westfalen am 5. und 6. August 1948*. [*Stenographischer Bericht 56.-59. Sitzung, Landtag NRW*]
- Stern, Fritz*, *Adenauer and a Crisis in Weimar Democracy*, in: *Political Science Quarterly* 73 (1958) 1-27. [*Stern, Adenauer*]
- Stern, Fritz*, *The Failure of Illiberalism. Essays on the Political Culture of Modern Germany*, New York 1974. [*Stern, Illiberalism*]
- Stern, Klaus*, *Staatlichkeit und Verfassunggebung in Deutschland vor 50 Jahren. Das Schicksalsjahr 1948*, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 51 (1998) 795-805. [*Stern, Schicksalsjahr*]
- Stern, Klaus*, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. V: Die geschichtlichen Grundlagen des Deutschen Staatsrechts. Die*

- Verfassungsentwicklung vom Alten Deutschen Reich zur wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland, München 2000. [Stern, Staatsrecht]
- Stoehr, Irene, Staatsfeminismus und Lebensform. Frauenpolitik im Generationenkonflikt der Weimarer Republik, in: Dagmar Reese u.a. (Hg.), Rationale Beziehungen? Geschlechterverhältnisse im Rationalisierungsprozeß, Frankfurt/Main 1993, 105-141. [Stoehr, Staatsfeminismus]
- Strauß, Franz Josef, Die Rittersturzkonferenz – ein Meilenstein auf dem Weg zur Bundesrepublik Deutschland – Erinnerung und Auftrag, in: Bundesrat (Hg.), Stationen auf dem Weg zum Grundgesetz. Festansprachen aus Anlaß der 40. Jahrestage der Rittersturz-Konferenz, des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee und des Zusammentretens des Parlamentarischen Rates, Bonn 1988, 16-39. [Strauß, Rittersturzkonferenz]
- Strauß, Walter, Die Gesamtdeutsche Aufgabe der Ministerpräsidenten während des Interregnums 1945 bis 1949, in: Hanns Seidel (Hg.), Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Ehard, München 1957, 85-96. [Strauß, Gesamtdeutsche Aufgabe]
- Streubel, Christiane, Radikale Nationalistinnen. Agitation und Programmatik rechter Frauen in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main (u.a.) 2006.
- Süssmuth, Hans, Kleine Geschichte der CDU-Frauen-Union. Erfolge und Rückschläge 1948–1990 (Parteien und Verbände 1) Baden-Baden 1990, 82-96.
- Suval, Stanley, Overcoming Kleindeutschland. The Politics of Historical Mythmaking in the Weimar Republic, in: Central European History 2/4 (1969) 312-330. [Suval, Overcoming]
- Tenfelde, Klaus (Hg.), Religion in der Gesellschaft. Ende oder Wende? Essen 2008. [Tenfelde, Religion]
- Terhardt, Ursula (Hg.), Jugendbund des Katholischen Deutschen Frauenbundes. Ein Beitrag zur Frauenbewegung, Köln 2003. [Terhardt, Jugendbund]
- Teusch, Christine/Löbe, Paul/Krone, Heinrich, Die Parlamentarierin, in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 71-80. [Teusch/Löbe/Krone, Die Parlamentarierin]
- Theologische Kommission des KDFB (Hg.), Die Tür ist geöffnet. Das Zweite Vatikanische Konzil – Leseanleitungen aus Frauenperspektive, Münster 2013.
- Tischner, Wolfgang, Helene Weber (1881–1962). Frauen- und Familienpolitikerin, Nordrhein-Westfalen, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann (Hg.), In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg i. Br. u.a. 2008, 374-383. [Tischner, Weber]
- Trippen, Norbert, Josef Kardinal Frings (1887–1978), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B, Forschungen, 2 Bde.) Paderborn 2003.
- Trippen, Norbert, Joseph Kardinal Höffner (1906–1987), (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte: Reihe B: Forschungen, 2 Bde.) Paderborn 2009.
- Uertz, Rudolf, Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken in Deutschland von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil

- (1789–1965) (Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft 25) Paderborn 2005. [*Uertz*, Gottesrecht und Menschenrecht]
- Vecchio, Giorgio*, La democrazia cristiana in Europa (1861–1963), Mailand 1979. [*Vecchio*, Democrazia cristiana]
- Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (1919/1920), Bd. 326, Berlin 1919–1920. [Verhandlungen der Nationalversammlung 326]
- Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (1919/1920), Bd. 327, Berlin 1919–1920. [Verhandlungen der Nationalversammlung 327]
- Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (1919/1920), Bd. 329, Berlin 1919–1920. [Verhandlungen der Nationalversammlung 329]
- Vogelsang, Thilo*, Koblenz, Berlin und Rüdesheim. Die Option für den westdeutschen Staat im Juli 1948, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Bd.1, Göttingen 1971, 161–179. [*Vogelsang*, Koblenz]
- Vorburger-Bossart, Esther*, „Was Bedürfnis der Zeit ist ...“ Identitäten in der katholischen Frauenbildung. Die Innerschweizer Lehrschwwesterninstitute Baldegg, Cham, Ingenbohl und Menzingen 1900–1980, Fribourg 2008. [*Vorburger-Bossart*, Identität]
- Vorgeschichte und Verlauf der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main 27. - 30. August 1921, in: Reden gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 61. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Frankfurt am Main. 27. bis 30. August 1921. Nebst einer kurzen Einleitung über Vorgeschichte und Verlauf der Tagung, Würzburg 1921, 11–12. [Vorgeschichte und Verlauf Katholikentag 1921]
- Wachtling, Oswald*, Joseph Joos (1878–1965), in: *Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher* (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 1, Mainz 1973, 236–250. [*Wachtling*, Joos Lebensbild]
- Wachtling, Oswald*, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrums Politiker. Politische Biographie 1878–1933 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd.16) Mainz 1974. [*Wachtling*, Joos]
- Wachtling, Oswald*, Die Position von Joseph Joos in der christlich-sozialen Bewegung und in der Zentrums Partei bis zum Jahr 1933, Marburg 1970. [*Wachtling*, Position Joos]
- Wagner, Johannes Volker*, Einleitung, in: *Kurt Wernicke/Hans Booms* (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte, Boppard am Rhein 1975, XI–LXXXI. [*Wagner*, Einleitung]
- Waldecker, Ludwig*, Zur augenblicklichen staatsrechtlichen Lage, in: Juristische Wochenschrift 47 (1918) 745–751. [*Waldecker*, Zur staatsrechtlichen Lage]
- Weber-Fahr, Kristin*, Helene Weber. Eine Politikerin mit Mut zum Engagement. Zum 100. Geburtstag, in: Fuldaer Zeitschrift, 1981, Bd. 102, H. 68, S. 14.

- Weber, Heinrich, Einführung in die Sozialwissenschaften, Berlin 1930. [Weber, Heinrich, Sozialwissenschaften]
- Weber, Helene, Vom "Amt" zur "Aufgabe", in: Anne Mohr/Elisabeth Prégardier (Hg.), Ernte eines Lebens. Helene Weber (1881–1962). Weg einer Politikerin (Zeugen der Zeitgeschichte 3) Essen/Annweiler 1991, 99-108. [Weber, Amt]
- Weber, Helene, Die Aufgaben der lehrenden Frau, in: Katholische Frauenbildung 52 (1951) 540-546. [Weber, Aufgaben]
- Weber, Helene, Der Beruf der Sozialbeamtin, in: Jahrbuch für Sozialpolitik 2 (1931) 172-177. [Weber, Beruf der Sozialbeamtin]
- Weber, Helene, Für Deutschlands Leben und Freiheit, in: Frauenland 25 (1932) 185. [Weber, Leben und Freiheit]
- Weber, Helene, Familie, Volk und Vaterland, in: Erneuerung der Familie, Vorträge gehalten bei der Gelegenheit der Deutschen Frauenwoche am Rhein, Köln 1925, 58-60. [Weber, Familie]
- Weber, Helene, Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, in: Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen (Hg.), Ungelöste Fragen der Wohlfahrtspflege, Köln 1929, 5-13. [Weber, Ungelöste Fragen]
- Weber, Helene, Die katholische Frau und die Not der Gegenwart, in: Bericht über den Katholikentag zu Magdeburg. 5. bis 9. September 1928, Paderborn 1928, 95-100. [Weber, Katholische Frau]
- Weber, Helene, Die Frau im politischen Wandel unserer Zeit, in: Katholische Frauenbildung 51 (1950) 132-135. [Weber, Frau im politischen Wandel]
- Weber, Helene, Frauen erstmalig im Parlament, in: Bundeszentrale für Heimatdienst (Hg.), Die Weimarer Nationalversammlung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst 46) Bonn 1960, 173-179. [Weber, Frauen im Parlament]
- Weber, Helene, Frauenberufe und Frauenberufung. Ein Vorwort zur Generalversammlung des Katholischen Deutschen Frauenbundes, in: Frauenland 20 (1927) 97-98. [Weber, Frauenberufe]
- Weber, Helene, Gedanken zum Friedensschluß, in: Monatsschrift für katholische Lehrerinnen 32 (1919) 227-229. [Weber, Friedensschluß]
- Weber, Helene, Gedanken über den Sinn unserer Bewegung, in: Verein katholischer deutscher Sozialbeamtinnen (Hg.), Geschichte und Probleme der Berufsbewegung katholischer deutscher Sozialbeamtinnen, Köln 1930, 5-12. [Weber, Gedanken]
- Weber, Helene, Gedanken zum Wahlkampf, in: Die christliche Frau 30 (1932) 202-203. [Weber, Wahlkampf]
- Weber, Helene, Gegenwartsfragen, in: Alice Scherer (Hg.), Die Frau. Wesen und Aufgaben, Freiburg 1951, 197-198. [Weber, Gegenwartsfragen]
- Weber, Helene, Die Gesinnungsgemeinschaft unserer Verbände, in: Soziale Berufsarbeit 1 (1922) 37-38. [Weber, Gesinnungsgemeinschaft]
- Weber, Helene, Eine Grundfrage der katholischen Frauenbewegung, in: Kölnische Volkszeitung 789, 10. Oktober 1924, Rubrik „Aus der Frauenwelt“. [Weber, Grundfrage]

- Weber, Helene, Grundsätzliches zur Frage des Völkerbundes, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirats der Deutschen Zentrumspartei 2 (1926) 1-3. [Weber, Völkerbund]
- Weber, Helene, Grundsätzliches zur politischen Mitarbeit der Frau, in: Die Schildgenossen 6 (1926) 68-73. [Weber, Politische Mitarbeit der Frau]
- Weber, Helene, Grundsätzliches und Zeitgeschichtliches zur Mitarbeit der Frau in der Politik, in: Die christliche Frau 22 (1924) 50-53. [Weber, Frau in der Politik]
- Weber, Helene, Die Gründung, in: Maria Offenberg/Maria Held (Hg.), Das neue Haus und sein Geist. Festschrift der Sozialen Frauenschule Aachen, Aachen 1930, 4. [Weber, Gründung]
- Weber, Helene, Hedwig Dransfeld (1871–1925), in: Gerta Krabbel (Hg.), Selig sind des Friedens Wächter. Katholische deutsche Frauen aus den letzten hundert Jahren, Münster 1949, 1-27. [Weber, Dransfeld 1949]
- Weber, Helene, Hochschulstudium und Frauenarbeit, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumspartei 7 (1932) 146-149. [Weber, Hochschulstudium]
- Weber, Helene, Hoffnung in der Not, in: Soziale Berufsarbeit 12 (1932) 1-2. [Weber, Hoffnung]
- Weber, Helene, Ein alter, aber neuer Kampf, in: Frauenwelt 43, Beilage zur Germania Nr. 295, 23. Oktober 1932. [Weber, Kampf]
- Weber, Helene, Leben und Propaganda. Gedanken zum Müttertag, in: Frauenland 21 (1928) 65. [Weber, Leben und Propaganda]
- Weber, Helene, Ihr Leben und ihr Werk [Hedwig Dransfeld], in: Die Christliche Frau 25 (1927) 69-72. [Weber, Leben [Dransfeld]]
- Weber, Helene, Die sittlich-soziale Mission der unverheirateten Frau, in: Zentralstelle des Katholischen Frauenbundes Deutschlands (Hg.), Kriegstagung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands im Reichstagsgebäude zu Berlin 1916, Köln 1916, 66-74. [Weber, Mission]
- Weber, Helene, Die Nationalversammlung in Weimar. Nachklänge, in: Die Christliche Frau 26 (1929) 66-67. [Weber, Nationalversammlung]
- Weber, Helene, Der Reichsfrauenbeirat der Deutschen Zentrumspartei, in: Die Frau 36 (1929) 258-264. [Weber, Reichsfrauenbeirat]
- Weber, Helene, Rundbrief der Führung, in: Mitteilungen des Vereins für katholische deutsche Sozialbeamtinnen 4 (1935) 55-56. [Weber, Rundbrief]
- Weber, Helene, Am Scheidewege. Die Frage des Doppelberufes der Frau, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumspartei 6 (1931) 63ff. [Weber, Am Scheidewege]
- Weber, Helene, Wachsende Städte, wachsende Gemeinden, in: Frauenland 21 (1928) 154-155. [Weber, Wachsende Städte]
- Weber, Helene, Die neue Verantwortung der katholischen Frau, in: Frauenland 32 (1948/49) 67. [Weber, Neue Verantwortung]
- Weber, Helene, Versailles, in: Die christliche Frau 27 (1929) 161. [Weber, Versailles]

- Weber, Helene, Die katholische Volksgemeinschaft und der Katholische Deutsche Frauenbund, in: KDFB (Hg.), 25 Jahre KDFB, o.O., 1928, 124-125. [Weber, Katholische Volksgemeinschaft]
- Weber, Helene, Unser Wahlkampf, in: Frauenland 23 (1930) 225-227. [Weber, Unser Wahlkampf]
- Weber, Helene, Wege zum Frieden, in: Monatsschrift für katholische Lehrerinnen 32 (1919) 353-354. [Weber, Wege zum Frieden]
- Weber, Helene, Zeitenwende, in: Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der deutschen Zentrumspartei 5 (1930) 1. [Weber, Zeitenwende]
- Weber, Ines, Kann denn Mode katholisch sein? Katholischer Modediskurs und die Modekommission des KDFB, in: Gisela Muschiol (Hg.), Katholikinnen und Moderne. Katholische Frauenbewegung zwischen Tradition und Emanzipation, Münster 2003, 143-162. [I. Weber, Katholischer Modediskurs]
- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1922. [M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft]
- Weber, Wilhelm, Götz A. Briefs, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, 235-246. [W. Weber, Briefs]
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003. [Wehler, Gesellschaftsgeschichte]
- Weichlein, Siegfried, Sattelzeit der Milieuerosion. Die deutschen Katholiken in den 1950er Jahren, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 50 (2003) 54-58. [Weichlein, Sattelzeit]
- Wendel, Joseph, Bischof von Speyer, Hirtenbrief über das Elternrecht (27. Februar 1949), in: Günter Baadte/Anton Rauscher (Hg.), Dokumente deutscher Bischöfe, Bd. I: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945–1949, bearb. von Wolfgang Löhr, Würzburg 1985, 305-310. [Wendel, Hirtenbrief]
- Wendel, Saskia, "Als Mann und Frau schuf er sie". Auf dem Weg zu einer genderbewussten theologischen Anthropologie, in: Herder Korrespondenz 63 (2009), 135-140.
- Werner, Wolfram, Einleitung, in: Deutscher Bundestag/Bundesarchiv (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 5/I: Ausschluß für Grundsatzfragen, bearb. von Eberhard Pikart und Wolfram Werner, Boppard am Rhein 1993, IX-LVII. [Werner, Einleitung Parlamentarischer Rat 5/1]
- Werner, Wolfram, Einleitung, in: Deutscher Bundestag/Bundesarchiv (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 9: Plenum, bearb. von Wolfram Werner, München 1996, VII-XLI. [Werner, Einleitung Parlamentarischer Rat 9]
- Wernicke, Kurt/Booms, Hans (Hg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1: Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard am Rhein 1975. [Parlamentarischer Rat, Akten und Protokolle 1]
- Williams, Charles, Adenauer. Der Staatsmann, der das demokratische Deutschland formte. Biographie, Bergisch Gladbach 2001. [Williams, Adenauer]



- Wilson, Woodrow, Rede vor dem Kongreß, 8. Januar 1918, in: Klaus Schwabe (Hg.), Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997, 47-49. [Wilson, Rede 1918]
- Winkelhausen, Ilona H., Helene Weber - erste Frau Deutschlands in leitender Position in einem Ministerium, dem Preußischen Wohlfahrtsministerium, in: Hugo Maier (Hg.), Who is who in der Sozialen Arbeit, Freiburg i.Br. 1998, 609-611. [Winkelhausen, Helene Weber]
- Winkler, Heinrich A., Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993. [Winkler, Weimar]
- Wobbe, Theresa, Edith Stein (1891–1942). Der Wandel von Geschlechterordnung und Religion im frühen 20. Jahrhundert, in: Ingrid Lukatis u.a. (Hg.), Religion und Geschlechterverhältnis, Opladen 2000, 49-68. [Wobbe, Edith Stein]
- Wolfrum, Edgar, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anhand von Biographien. Heinrich Lübke, Carlo Schmid, Thomas Dehler, Franz Josef Strauß, Ludwig Erhard, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998) 40-54. [Wolfrum, Biographien]
- Wolfrum, Edgar, Konrad Adenauer. Politik und Vertrauen, in: Frank Möller, Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2004, 171-192. [Wolfrum, Adenauer]
- Wollasch, Andreas, Der Katholische Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder (1899–1945). Ein Beitrag zur Geschichte der Jugend- und Gefährdetenfürsorge in Deutschland, Freiburg 1991. [Wollasch, Fürsorgeverein]
- Wollasch, Hans-Josef, Mathilde Otto (1875–1933), „Armenfürsorgerin“. Eine (fast) vergessene Frau der Caritas, in: Caritas '89. Jahrbuch des DCV, Freiburg i.Br. 1988, 297-324. [Wollasch, Mathilde Otto]
- Wosgien, Gerlinde, Die Geschichte der sozial-caritativen Frauenschule, in: Bayerischer Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V. (Hg.), Festschrift Neun Jahrzehnte starke Frauen in Bayern und der Pfalz. 1911-2001, München 2001, 254-275. [Wosgien, Geschichte der Frauenschule]
- Wright, Jonathan R. C., Stresemann and Locarno, in: Contemporary European History 4 (1995) 109-131. [Wright, Stresemann]
- Zeller, Susanne, Maria von Graimberg. Vierzig Jahre Sozialarbeiterinnenausbildung in Heidelberg, Freiburg 1989. [Zeller, Maria von Graimberg]
- Ziegerhofer-Prettenhaler, Anita, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004. [Ziegerhofer-Prettenhaler, Botschafter Europas]
- Ziegerhofer-Prettenhaler, Anita, Europäische Christdemokraten und die Paneuropa-Bewegung von Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wonnout (Hg.), Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th century in Europe/La Démocratie chrétienne en Europe au XXe siècle, Wien/Köln/Weimar 2001, 574-603. [Ziegerhofer-Prettenhaler, Europäische Christdemokraten]
- Ziegerhofer-Prettenhaler, Anita, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, in: John M. Spalek/Konrad Feilchenfeldt/Sandra H. Hawrylychak (Hg.), Deutschsprachige

Exilliteratur seit 1933, Bd. 4, München 2003, 1-21. [*Ziegerhofer-Prettenhaler, Coudenhove-Kalergi* 2003]

*Ziegerhofer-Prettenhaler, Anita*, Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, in: *Robert Rill/Ulrich E. Zellenberg* (Hg.), *Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute*, Graz/Stuttgart 1999, 291-312. [*Ziegerhofer-Prettenhaler, Coudenhove-Kalergi* 1999]

## **Unveröffentlichte Quellen**

### **Archiv der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)**

Protokoll der ersten Konferenz der Leiter der sozialen Frauenschulen in Deutschland.

### **Archiv der „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“**

Brief Heinrich Brünings an Weber vom 18. Februar 1949.

Brief Helene Webers an Hilde Lion vom 4. Januar 1949.

Brief Helene Webers an Hilde Lion vom 26. Januar 1949.

Paginierung 267.

### **Archiv des Diakonischen Werkes der EKD**

CA 980 II.

### **Archiv des Deutschen Caritasverbandes (ADCV)**

219.3, Fasz. 1.

319.4 F03/01a Fasz. 02.

319.4 F07/04 Fasz. 1.

461.040 + 055, Fasz. 1.

461.045 VI. Fasz. 1.

599 w Helene Weber.

### **Archiv KDFOB, Köln**

Ohne Signatur, Anlage zum Vorstandsprotokoll vom 21.-23. November 1925.

Ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 21. Januar 1926.

Ohne Signatur, Vortrag von Frl. Dr. Helene Weber am 1. September [1946] in Stuttgart:  
Die christliche Frau an der Wende der Zeit.

Ohne Signatur, Anlage zum Vorstandsprotokoll vom 21.-23. November 1925.

Ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 21. Januar 1926.

Ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 23. September 1934.

Ohne Signatur, Protokoll der Vorstandssitzung vom 24. September 1934.

Ohne Signatur, Vorstandsprotokoll vom 24. September 1934.

Frauenbundhaus Essen, o.O., o.J., Sign. F-ORG-1932-Z.

Materialsammlung Helene Weber, unverzeichnet.

Rundbrief an ehemalige Schülerinnen, Briefabschrift, unverzeichnet.

Nachlass Weber, ungeordnetes Material.

Mappe 1-3-5.

Mappe 1-5-3.

Mappe 1-5-4.

Mappe 1-7-4.

Mappe 1-7-8.

Mappe 1-14-6.

Mappe 1-16-2.

Mappe 1-24-3.

Mappe 1-27-1.

Mappe 1-37-5.

Mappe 1-38-2.

Mappe 1-43-10.

Mappe 1-64-2.

Mappe 1-74-2.

Mappe 1-104-6.

Mappe 1-104-7.

Mappe 1-115-7.

Mappe 1-115-8.

Mappe 1-115-9.

Mappe 1-119-3.

Mappe 1-222-1.

Mappe 1-133-6.

Mappe 1-134-6.

Mappe 1-135-4.

Mappe 1-136-4.

Mappe 1-136-5.

Mappe 1-136-7.

Mappe 1-137-7.

Mappe 1-140-5.

Mappe 1-141-10.

Mappe 1-148-1.

Mappe 1-150-1.

Mappe 1-642-2.

Mappe 2-25-3.

Archiv KFH NW, Abt. Aachen.

Mappe 1917/1918.

Mappe 1919/1920.

Jahresbericht 1923/24 der Wohlfahrtsschule zu Aachen, Soziale Frauenschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes, unpaginiert.

Mappe „Glückwünsche zur Eröffnung der Sozialen Frauenschule in Köln im November 1916“, unpaginiert.

### **Archives du Conseil de l'Europe**

Sitzungsbericht der Beratenden Versammlung, Zweite Sitzungsperiode.

Sitzungsbericht 7. Dezember 1951.

Sitzungsbericht 23. September 1953.

Sitzungsbericht 29. September 1954.

Sitzungsbericht 28. Oktober 1955.

Sitzungsbericht 24. Oktober 1956.

Sitzungsbericht 3. Mai 1958.

Sitzungsbericht 22. Januar 1959.

Sitzungsbericht 19. Januar 1960.

### **Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI)**

C 9896.

### **Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)**

I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, Akte 4468.

I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, Akte, 14.4492.

I. HA Rep. 76 Kultusministerium, VIII B Jüngere Medizinalregistratur, 15.19 Soziale Ausbildung, Akte, 4524.

42 a M 25 1920.

42 a M 25 1924.

42 a M 25 1926.

### **Institut für Zeitgeschichte, München**

NL Helene Weber, Bestand ED 160.

Ed 160/25.

Ed 160/28.

### **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes**

PA AA, R 72356 (Po 26 Vatikan, Bd. 3: Bericht der Deutschen Botschaft beim Vatikan vom 1. November 1925).

### **Universitätsarchiv Münster**

Bestand 30 Nr. 159.

Bestand 35 Nr. 29.

### **Sonstiges**

*Fuchs, Gotthard*, „Spiritualität und Soziale Arbeit – Erinnerung und Ausblick“, unveröffentlichter Festvortrag anlässlich des Festaktes zum 75-jährigen Bestehen des Rudolf-Schwarz-Baus der KFH NW Abt. Aachen am 5. Juli 2005.

## Die Autorinnen

Die Historikerin und Archivarin *Dr. Annett Büttner* arbeitet als Archivarin der Fliedner-Kulturstiftung Kaiserswerth und Lehrbeauftragte der Fliedner-Fachhochschule Düsseldorf. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf den Gebieten der Diakoniegeschichte und der katholische Frauenbewegung, der Medizin- und Pflegegeschichte sowie der Geschichte religiöser Minderheiten.

*Dr. des. Regina Illemann* hat als katholische Theologin am Beispiel des Katholischen Deutschen Frauenbundes Zusammenhänge von Religion, Gesellschaft und Geschlecht in den 1950er Jahren erforscht. Sie arbeitet aktuell am Institut für Kirchengeschichte der Universität Bonn sowie für Dr. Maria Flachsbarth MdB und betreibt eine „Wortwerkstatt“ für Sprachkunst und Wortspielerei ([rmi-wortwerkstatt.net](http://rmi-wortwerkstatt.net)).

Diplom-Theologin *Stefanie Pfennig* war viele Jahre als Bildungsreferentin im Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Münster tätig sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikers Karl Schiewerling MdB. Aktuell arbeitet sie im Vorstand der Familiengenossenschaft Münsterland eG ([www.familienantworten.de](http://www.familienantworten.de)). Sie lebt mit ihrer Familie in Münster/Westfalen.

*Dr. Marie-Emmanuelle Reytier* (1971-2012) hat an der Universität Jean Moulin – Lyon III im Jahr 2005 mit der Arbeit „Les catholiques allemands et la République de Weimar: les Katholikentage, 1919–1932“ promoviert und danach in Deutschland, Polen und Kanada zu verschiedenen Themen der Politik-, Religions- und Kulturgeschichte Deutschlands und Frankreichs im 19. und 20. Jahrhundert geforscht. Zuletzt hat sie von 2009-2011 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Hamburg an einem Projekt zu religiösen Konversionen im Frankreich des 19. Jahrhunderts gearbeitet.

*Dr. Birgit Sack* hat an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau Neue und Neueste Geschichte, Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und Wirtschafts- und Sozialgeschichte studiert. 1995 wurde sie mit einer Arbeit über die katholische Frauenbewegung in der Weimarer Republik promoviert. Seit 1999 leitet sie die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden.

*Katrin Schubert* ist Wirtschaftsmediatorin und Innovationstrainerin. Als Art-Direktorin, Diplom Designerin (FH) und Fotografin hat sie 15 Jahre lang schöpferische Prozesse gestaltet, bevor sie ihr Handlungsfeld um die Bereiche Kommunikation und Konfliktmanagement erweiterte. Kreativität und Kommunikation verbindend, gründete sie 2010 ihr Unternehmen Katrin Schubert – Ideen- & Innovationsmanagement. Sie berät und trainiert vorwiegend Unternehmerinnen und Teams in Prozessen der Potentialentwicklung und des Kreativitäts- und Innovationsmanagements. Dozententätigkeiten im Hochschul- und Weiterbildungsbereich runden ihre Arbeit zu zielgerichteten Veränderungsprozessen ab.